



This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

### Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

- + *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.
- + *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.
- + *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.
- + *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

### About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at <http://books.google.com/>







**D. Franz Dominicus Häberlin's  
Neueste Deutsche  
Reichs-Geschichte,**

**Vom Anfange  
des Schmalkaldischen Krieges  
bis auf unsere Zeiten.**



**Als eine Fortsetzung  
Seiner bisher herausgegebenen  
Deutschen Reichs-Geschichte  
in den zwölf ersten Bänden des Auszuges  
aus der neuen allgemeinen Welthistorie.**

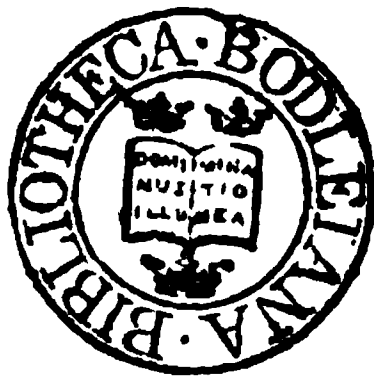


**Achter Band.**

Mit gnädigster Churfürstl. Sächsl. Freyheit.



**H A L L E,  
bey Johann Jacob Gebauer. 1779.**



## Vorrede.

inem, in der Vorrede des siebenten Bandes, gethanem Versprechen zufolge, liefere ich hiemit den achten Band Meiner Neuesten Teutschen Reichs-Geschichte, welcher die vornehmsten Begebenheiten enthält, die sich sowohl in unserm Reiche überhaupt, als auch in den besondern Provinzen und hohen Häusern unsers Vaterlandes, vom J. 1569. bis zum J. 1573. zugetragen haben, und die sowohl umständlich, richtig und genau, als auch in dem möglichsten Zusammenhange vorgetragen sind.

Um auch meinen Lesern einen kurzen Begriff von dem Inhalte dieses Bandes zu geben, so will ich bemerken, daß Sie, bey dem Jahr 1569., gleich anfangs eine richtige Erzählung von dem unternommenem merkwürdigen Zuge des Pfalzgraf Wolfgang von Zweybrücken nach Frankreich, zum Beistande der unterdrückten sogenannten Zugewotten finden werden, womit dann die Nachrichten von  
a 2  
seinem

seinem Tode, und der hierauf, vermöge seines Testaments, geschehenen Theilung seiner hinterlassenen Länder unter seine zwey älteste Söhne, auch Abfindung seiner drey jüngern Söhne verbunden sind. Und hierauf folgen die in den Chur- und Fürstlichen Häusern Pfalz und Baden, und zwar in den Linien zu Simmern und Baden, vorgefallene Regierungsveränderungen. Die in Frankreich entstandene innerliche und Religions-Kriege veranlaßten, daß starke Corps teutscher Völker, sowohl zum Dienste des Königs von Frankreich, als auch der Huguenotten, in Teutschland geworben, und nach Frankreich abgeführt wurden, wobei die Länder verschiedener Fürsten und Stände, wegen der damaligen schlechten Kriegszucht, öfters vieles leiden mußten, welches dann Anlaß gab, daß hier und da Kreistage und endlich der R. Deputationstag zu Frankfurt gehalten, und auf dem letztern verschiedene heilsame Verordnungen zu Hemmung dieses Uebels, und besserer Handhabung der Exekutionsordnung gemacht, zugleich aber auch noch ein und anderes wegen der rückständigen Gotha'schen Exekutionskosten abgehandelt wurde. Ausserdem enthält das J. 1569. auch noch einige Anzeigen, Nachrichten und Erläuterungen von der gewöhnlichen jährlichen Visitation des Kayserlichen und R. Kammergerichtes, von dem im Fränkischen Kreise gehaltenem Münz-Probationstage, der Erneuerung und Verlängerung des Landspergischen Bundes, dem Städtetag zu Donauwörth; ferner von dem zwischen dem B. Johannes von Münster und der Gräfin Anna von Tecklenburg und Bentheim, wegen der Grafschaft Steinfurt, getroffenen Vergleich; ingleichen von der vom H. Johann Wilhelm von Sachsen vorgenommenen Erneuerung und Verbesserung der Statuten

ten der Universität zu Jena, und der von ihm  
gechehenen Wiedereinlösung des Schlosses und  
Amtes Königsberg in Franken; und endlich von  
der ungleichen Theilung der beiden Brüder und  
Herzoge Heinrichs und Wilhelms von Brauns-  
schweig, Lüneburg, Zellischer Linie, ihrer ererbten  
väterlichen Länder. Den Beschluß bey diesem  
J. 1569. macht die Nachricht von der, durch den  
P. Pius den V. geschehenen Ernennung des H. Cos-  
mus von Florenz zum Großherzog von Toscana.

Diese Materie wird in der Geschichte des  
Jahrs 1570. fortgesetzt, und gezeigt, wie der Kay-  
ser sich diesem unbefugten Unternehmen des Pab-  
stes widersetzet habe. Hierauf wird der merkwür-  
dige Vorfall von der geschehenen Vermählung des  
evangelischen Administrators des Erzstiftes Mag-  
deburg, des Marggraf Joachim Friedrichs von  
Brandenburg, bemerkt, welche hernach zu seiner  
Ausschließung von Sitz und Stimme auf den  
Reichstagen Gelegenheit gegeben hat. Es folgen  
alsdann Nachrichten von dem obsieglichen Urthei-  
le, welches der Churfürst von Trier, in dem wider  
ihn erhobnem fiscalischen Processe, wegen Exem-  
tion der Abtey zu S. Maximin, von dem K. G.  
erhalten hat; ingleichen von dem Absterben des Fürst  
Bernhards von Anhalt, und der hiedurch geschehe-  
nen Wiedervereinigung der über 300. Jahr lang  
vertheilt gewesenen Fürstlich-Anhaltischen Länder;  
und dem Aussterben der Gräflichen Familie von  
Bitsch, auch dem hierauf über die von dem letzten  
Grafen von Zweybrücken und Bitsch hinterlassene  
Länder und Erbschaft entstandenem Successions-  
streite. Mit diesen Materien wechselt nun die Fort-  
setzung der in der Protestantischen Kirche, nach  
dem Tode des Melanchthons, ausgebrochenen in-  
nerlichen Streitigkeiten ab; zu dem Ende von dem,



vornemlich durch den berühmten Württembergischen Theologen, den D. Jacob Andrea, stark betriebnem Concordienwerke, dem zu Zerbst gehaltenem Synodus einiger evangelisch-lutherischen Gottesgelehrten, und dem Ermahnungsschreiben einiger zu Heidelberg versammelten protestantischen Fürsten an den H. Johann Wilhelm von Sachsen, seine Glacianisch gesinnte Theologen und Prädikanten von sich zu schaffen, oder ihnen alles fernere Schmähren und Lästern gegen die chursächsischen Kirchen und Universitäten zu verbieten, gehandelt wird. Eben diese zu Heidelberg, bey Gelegenheit der Vermählung des Pfalzgraf Johann Casimirs mit der chursächsischen Prinzessin Elisabeth, anwesende Churfürsten und Fürsten, ließen auch an den König von Frankreich, zum Besten ihrer in dessen Königreiche befindlichen Glaubensverwandten, ein Fürbittschreiben ergehen, und ermahnten ihn, sein Reich, durch einen Frieden, wieder in den vorigen Ruhestand zu setzen, welches auch, nebst der vom Kayser geschehenen Vorstellung, die gute Wirkung hatte, daß der König das bekannte Pacificationsedict zu S. Germain en Laye publiciren ließ.

Das wichtigste Stück aber unserer R. Geschichte im J. 1570. ist der zu Speyer gehaltene Reichstag, deswegen ich auch von demselben, und was sich sonst, bey der Gelegenheit, zu Speyer ereignet hat, sehr umständlich gehandelt habe. Es betrafen aber die damaligen Berathschlagungen und gemachten Schlüsse 1) die Einschränkung der immer mehr überhand nehmenden Frechheit des teutschen Kriegsvolkes, und der für auswärtige Potentaten und Fürsten anzustellenden Kriegswerbungen in Teutschland; deswegen dann auch die sogenannte Reuterbestallung, auf dem damaligen Reichstage, verfaßt und dem Reichsabschiede angehängt

gehänget, jedoch aber die alte teutsche Freiheit, standen Potentaten, ohne Beleidigung des Vaterlandes, zu dienen, behauptet und sicher gestellt wurde. Ferner berathschlagte man sich 2) über die Verbesserung der R. Exekutionsordnung; 3) über die vom Kayser gebetene abermalige sechsjährige R. Hülfe an Gelde wider die Türken; und 4) über die Berichtigung der noch ausstehenden Gothaischen Exekutionskosten. Weiter und 5) wurde verschiedenes wegen Verbesserung des R. Justizwesens, und besserer Einrichtung des R. G. verordnet, woben ich zugleich das nöthige von der, in diesem Jahr geschehenen, Visitation desselben beigebraucht habe. Es kam auch 6) die Materie von Wiederherbeybringung der dem H. R. entzogenen Stände, Land und Leute, das Moderationswesen und die Rectifikation der R. Matrikel, in Berathschlagung; ingleichen 7) die bessere Beobachtung der im J. 1559. publicirten R. Münzordnung, womit ich dasjenige verknüpft habe, was noch ausserdem, in diesem Jahr, von Münzsachen im Reiche vorgefallen ist. Endlich 8) wurden auch einige in das R. Policeywesen einschlagende Verordnungen, die besonders die Buchdruckereyen betrafen, gemacht, und 9) wegen der unter einigen Fürsten und Ständen noch immer obwaltenden Sessionsirrungen die Erörterung und Ausmacheung derselben vom Kayser versichert.

Ausser diesen im R. A. enthaltenen, und in der Geschichte d. J. umständlich ausgeführten Materien, kam aber auf dem Reichstage noch ein und anderes vor, welches ich, nach vorausgeschicktem Auszuge aus der publicirten Reuterbestallung, der Geschichte des Speyerischen Reichstages angehängt habe. Als z. E. die auf demselben vorgebrachten Religionsbeschwerden; die Handlungen auf

dem zu gleicher Zeit gehaltenem Städtetage zu Speyer; die Streitigkeiten zwischen den Herzogen von Holstein und der Stadt Hamburg, wegen der von jenen über diese angesprochenen Oberherrschaft und Exemption; verschiedene vor dem R. Hofrathe ventilirte Rechts- und Gnaden-Sachen; die Ansprüche des Pfalzgraf Georg Johannis von Veldenz an den Churfürsten von der Pfalz aus der Erbschaft des verstorbenen Churfürst Otto Heinrichs; die Handel der Stadt Rostock mit den Herzogen von Mecklenburg, und die Streitigkeiten der Grafen von Schwarzburg über die Erbtheilung ihrer väterlichen und ihnen angefallenen Länder. Endlich publicirte auch der Kayser, auf dem damaligen Reichstage, eine neue Hof-, Reichs-, Ranzleys-Ordnung, ließ verschiedene Urkunden ausfertigen, schloß mit dem Fürsten Johann Sigmund von Siebenbürgen einen Frieden, und stattete zwey seiner Prinzessinnen an die Könige von Spanien und Frankreich aus, wovon die Evangelischen Churfürsten und Fürsten Gelegenheit nahmen, eine Gesandtschaft an den König von Frankreich abzufertigen, um ihm sowohl zu seiner Vermählung Glück zu wünschen, als auch ihn zu ersuchen, seine protestantische Unterthanen bey der ihnen, in dem letzt publicirten Religionsedicte, zugesicherten Religionsfreyheit ungestört zu lassen. Hingegen fand die von den geflüchteten Niederländischen Grafen, Herren und Edelleuten übergebene Supplication, und deswegen von den evangelischen Churfürsten, Fürsten und Ständen bey dem Kayser gethane Vorstellung und eingelegte Fürbitte, kein Gehör, bey welcher Gelegenheit ich dann die Fortsetzung der, im vorigen Bande dieses Werkes, mit dem Jahr 1566., abgebrochenen Niederländischen Unruhen eingeschaltet habe. Zuletzt wird auch noch bey dem

J. 1570. der geschehenen Sequestration des größten Theiles der Grafschaft Mansfeld, und des unter Kayserlicher Vermittlung, zu Stettin, zwischen Schweden, Dänemark und Lübeck geschlossenen Friedens gedacht.

Der Anfang des folgenden J. 1571. macht sich, durch die vom Kayser, für seine evangelische Unterthanen vom Herren- und Ritter-Stande in Unter-Oesterreich, endlich ausgefertigte Religions-Affekuration, merkwürdig, womit diese, in dem vorigen Bande, bey dem J. 1568., abgehandelte Materie fortgesetzt wird. Hierauf wird der geschehenen Erneuerung der Böhmisches, Sächsischen Erbeinigung, der Belehnung des Churfürstens und Herzogs von Sachsen mit den Böhmischen Lehen, und der gewöhnlichen Visitation des Kammergerichtes gedacht. Eine mehrere Aufmerksamkeit verdienen die in verschiedenen Kreisen, zufolge des letztern Speyerischen R. A., vorgegangene Berathschlagungen über das R. Münzwesen und die Ergänzung und Rectification der R. Matrikel, um dadurch diese Materie auf den hierauf zu Frankfurt gehaltenen R. Deputationstag vorzubereiten, von welchem und den darauf gemachten Schlüssen alsdann das weitere erfolgt. Ferner wird in diesem Jahr von dem Städtetag zu Eßlingen und der Zusammenkunft der Hansestädte zu Lübeck gehandelt. Ingleichen wird von dem Absterben des Churfürst Joachims des II. zu Brandenburg und seines Bruders, des Marggraf Johannis zu Cüstrin, und der dadurch erfolgten Consolidation der churmärkischen Länder; von verschiedenen das chur- und fürstliche Haus Sachsen betreffenden Angelegenheiten; weiter von dem zu Dresden gehaltenem Synodus der chursächsischen Theologen, und

endlich von dem Aussterben der Herren von Plesse, Nachricht gegeben.

Das folgende Jahr 1572. ist zwar an merkwürdigen Vorfällen nicht so reichhaltig, als die vorhergehende Jahre; doch werden verschiedene Arten meiner Leser auch ein und anderes in demselben finden, was in den bisherigen Reichshistorien entweder gar nicht, oder doch wenigstens nicht so umständlich, und theils mit einigen bisher noch unbekannt gebliebenen Nachrichten bemerkt worden. Unter die Begebenheiten dieses Jahrs gehören aber z. E. das Absterben des P. Pius V., und die Erwählung des neuen P. Gregorius des XIII., der nachmals, durch seinen publicirten neuen Calender, zu mancherley Zerrüttungen in unserm Teutschen Reiche Anlaß gegeben, wovon zu seiner Zeit soll gehandelt werden; ferner die jährliche Visitation des R. G.; die gehaltenen Münz-Probationstage, und andere in das R. Münzwesen einschlagende Dinge; die von dem Landspergischen Bunde, den Hansestädten und den Reichs-Städten gehaltene Zusammentünfte; der Fortgang und die neue Einrichtungen in der Mansfeldischen Sequestrationssache; und vornehmlich die in diesem Jahr zu Erfurt vorgenommene Theilung der Herzoglich-Sächsischen Länder zwischen dem H. Johann Wilhelm und den Söhnen seines geächteten und gefangenen Bruders, des durch seine Schuld unglücklich gewordenen H. Johann Friedrichs des Mittlern. Ein mehreres will ich von dem Inhalte dieses Bandes ißo nicht gedenken, damit ich noch Raum zu einigen Verbesserungen und beträchtlichen Zusätzen zu den vorhergehenden Theilen dieses Werkes, und vornehmlich zu dem izzigen Bande übrig behalte, die ich zum Theil, durch die Gewogenheit einiger Gönner und Freunde, alsdann erst erhalten habe, nachdem die

die

die Materien, wozu sie gehörten, schon abgedruckt waren.

Ich will den Anfang mit einigen wenigen Verbesserungen und Zusätzen zu einigen Bänden des sogenannten Auszuges 1c. machen. In dem dritten Bande desselben, auf der S. 52., wird bey der Kayserlichen Krönung Heinrichs des VII. zu Rom bemerkt, daß ihm der Cardinal-Bischof von Sabina die Krone aufgesetzt habe. Nun ist aus dem ALBERTINO MUSSATO *de gestis Henrici VII. Imp., L. IV. c. I.*, in REUBERI *Scriptor. rer. German., p. m. 866. edit. noviss.*, bekannt, daß sich, bey der Benennung der Cardinal-Legaten zur Krönung K. Heinrichs des VII., die Cardinal-Bischöfe von Ostia und Sabina mit einander gestritten haben, wer von ihnen die Ehre haben solle, dem Kayser die Krone aufzusetzen, welche Frage damals für den Cardinal-Bischof von Sabina entschieden worden. In den Göttingischen Anzeigen von gelehrten Sachen vom J. 1769., n. 1. p. 7., wird des *Fausti Antonii MARONI Comm. de Ecclesiis & Episcopis Ostiensibus & Veliternis etc.; Romae, 1766. 4.*, recensirt, und dabey bemerkt, daß unter andern in dieser Schrift auch untersucht werde: ob, in Abwesenheit des Pabstes, der Cardinal-Bischof von Ostia, den Kayser zu krönen, ein Recht habe. Da ich die Abhandlung des Maronus nicht selbst besitze, und meine Bemühungen darnach bisher vergeblich gewesen; so kann ich von seinen Gründen nichts anführen, sondern muß mich mit dieser blossen Anzeige begnügen.

In eben diesem dritten Bande des Auszuges 1c., auf der 14. und f. Linie der S. 66., wird des, von dem R. Johannes von Böhmen, dem Predigers-Orden ertheilten Zeugnisses der Unschuld, wegen der denselben beschuldigten Vergiftung seines Vaters,



ters, des R. Heinrichs des VII. gedacht. Es steht diese *Epistola IOHANNIS, Regis Boemiae, de morte HENRICI VII. Imp., Patris sui, de 17. Maii 1346.*, in des Steph. BALUZII *Miscellaneis*, L. f. T. I. p. 161 - 164. in *Leibnitii Cod. Iur. Gen. diplomat.*, P. I. n. 87. p. 188. sq. und in Lünigs R. A., T. XV. n. 98. p. 192. sq. Um aber die üble Nachrede, durch ein noch kräftigeres Mittel, zu unterdrücken, berebete man nachher Kayser Carol den IV., daß er, im J. 1355., dem Prediger-Orden ein Privilegium ertheilte, worin er den Dominikanern alle Vertheidigung und Sicherheit im Teutschen Reiche versprach. Es steht auch bey Lünig, l. c. T. cc., n. 99. p. 193. sq., und solches hat nun Kayser Carl der V. zu Augspurg, im J. 1530., den 1. September bestätigt; s. *Literarisches Museum*; (Altdorf, 1777. 8.) im 3. Stück, n. 1. p. 315 - 344. Beiläufig will ich hieben ein Paar Druckfehler bemerken, die sich auf der 43. Seite des fünften Bandes des Auszuges 1c. finden, als wofelbst auf der 9. Linie für: anwesenden gelesen werden muß: abwesenden, und auf der Linie 20.: Coranda, für Corandor.

Ben der im VI. Bande des Auszuges 1c., auf der S. 25., bemerkten Wahl des Polnischen Prinz Casimirs zum König von Böhmen wider den Römischen König Albrecht den II., verdienet angeführt zu werden, daß der gelehrte Herr D. Anton im ersten Theil seiner diplomatischen Beyträge zu den Geschichten und zu den deutschen Rechten, die zu Leipzig 1778. in 8. herausgekommen, n. II., eine, gleich damals im J. 1438., auf Befehl des vorbesagten Römischen Königs Albrechts, von einem für die damaligen Zeiten grossen Publicisten, dessen Name aber nicht bekannt ist, verfertigte Deduction abdrucken lassen, unter dem Titel: Vorstellung der

der Betrachtersamen des H. Albrechts von Oesterreich auf die Krone Böhmen gegen den wider ihn gewählten polnischen Prinzen Casimir. In eben diesen Beyträgen, und zwar P. I. n. III., liefert der belobte Herr D. Anton auch einen Bericht des Stadt-Rathes zu Basel an den Rath der Stadt Erfurt, welcher als ein Beytrag zu der Geschichte des von H. Carl dem Kühnen von Burgund gegen die Eidgenossen geführten Krieges kann angesehen, und daher zu der Note p) auf der S. 123. u. f. des siebenten Bandes des Auszuges 2c. bemerkt werden. Und zu den, in der Note r), auf der S. 556. des achten Bandes des Auszuges 2c., angeführten Schriften kann man noch hinzusehen eben diese Beyträge des Herrn D. Antons, P. I. n. IV., welche des verstorbenen Senators Cridesius zu Görlitz lesenswürdige Abhandlung von dem Gerichtszwange der Westfälischen heimlichen Freygerichte, welchen dieselben im funfzehnten Jahrhundert über die Ober-Lausitz auszuüben gesucht haben, enthält. Ueberhaupt kann man sich zu diesem achten Bande des *Adalphi* Voigts & S. Germano Beschreibung der bisher bekannten Böhmischen Münzen nach chronologischer Ordnung, 2. Bände; Prag 1771. und 1772. in 4. bemerken, welche nach den Götting. Anzeigen von gelehrten Sachen, vom J. 1774. n. 73. p. 618-623., sehr gute Anmerkungen zum Teutschen Staats-Rechte des mittlern Zeitalters, und vortrefliche Nachrichten vom Böhmischen Münzwesen enthalten sollen, wovon ich aber, aus Mangel dieses Buches, keinen Gebrauch machen kann, und also meine Leser bloß auf dasselbe verweisen muß.

Zu demjenigen, was im eilften Bande des Auszuges 2c., auf der S. 69. u. ff., von dem, durch den R. Franz von Frankreich, gebrochenen Madrid-ter

ter Frieden, der zu Cognac geschlossenen heiligen Liga und den Händeln des Kayser Carls des V. mit dem P. Clemens dem VII., gesagt ist, kann man sich, etwa bey der Note e), auf der S. 72., ein Paar sehr seltene Schriften bemerken, wovon ich die erstere kürzlich aus einer Bücherversteigerung erhalten, und die andere in einem alten Bande von Miscellanschriften in unserer Universitäts-Bibliothek aufgefunden habe. Jene, die ich selbst besitze, hat den Titel: *Pro Divo CAROLO — Quinto, Rom. Imp. — in Satisfactionem quidem sine Talione eorum, quae in illum scripta, ac pleraque etiam in vulgum edita fuere, Liber Apologeticus ex Hispaniis allatus: et primum Antverpiae, a. 1527. apud Godfridum Dumacum editus: nunc vero recusus A. C. 1587. etc. etc.; f. l. 4. 8. Bogen stark.* Die andere auf der hiesigen Universitäts-Bibliothek befindliche Schrift aber führt den Titel: *Apologia altera refutatoria illius, quae est Pacis Madriciae Conventionis dissuasoria, et quasi totius rei, et pace et bello gestae, inter CAESAREM et FRANCUM succincta Narratio, iam primum in lucem aedita. Item: Apologia Madriciae Conventionis inter FRANCO-RUM REGEM et CAROLUM Imp. dissuasoria; Romae, Cal. Febr., apud Nicetum Pistophilum, anno Salutis 1528. Excudebat Emmens; in 4to 5½ Bogen stark.* Endlich kann auch noch zur Note p) auf der S. 143. f. bemerkt werden eines COAEVI ANONYMI Geschichte der Belagerung der Stadt Wien im J. 1529., welche in des Herrn D. Antons weiter oben angeführten Beyträgen, P. I. n. I. steht.

Was die Verbesserungen und Zusätze zu den bisherigen Bänden Meiner Neuesten Deutschen Reichs-Geschichte betrifft; so will ich erstlich überhaupt ein Paar Anmerkungen machen. Es ist in verschiedenen Theilen dieses Werkes, von Zeit zu Zeit,

Zeit, von den innerlichen Streitigkeiten in der evangelisch-lutherischen Kirche gehandelt worden. Zu gründlicher und umständlicherer Kenntniß derselben kann ich meinen Lesern eine erst in dem izigen Jahr 1779. in zwey Theilen, zu Leipzig in Octav, herausgekommene vortrefliche Schrift, nemlich des Herrn M. Johann Titolaus Antons Geschichte der Concordienformel der Evangelisch-Lutherischen Kirche, empfehlen, aus welcher man zu dem bisher hievon vorgekommenen den ersten Abschnitt und die zwölf ersten Paragraphen des zweiten Abschnittes im ersten Theile nachlesen kann.

Auch von den Grumbachischen Zändeln und der Gotha'schen Achts-Exekution ist in etlichen Bänden Meiner Reichs-Geschichte vieles gedacht, und sind dabey die vornehmsten und merkwürdigsten Schriften und *Acta publica* genützt und angeführet worden. Eine aber hab ich übersehen, die ich daher noch anzeigen will, nemlich Georg Arnolds Anfang der Grumbachischen Zwietracht mit dem Bischoff von Würzburg, wann und woher sie entstanden, und was sie hernach für einen Ausgang und Ende genommen. Sie steht in des wohlseiligen Herrn Geheimen Raths und gewesenen Comitialgesandten von Pistorius *Amoenitatibus Historico-Iuridicis*, im 3. Theil, n. VIII. p. 743 - 777. Auch ist kürzlich im Jenner d. J. 1779. des im Weygandischen Verlage herauskommenden beliebten Deutschen Musenus, sub n. 9. p. 61 - 87., ein altes teutsches Gedicht, welches besonders von dem Gotha'schen Kriege handelt, bekannt gemacht worden. Es hat den Titel: Grabschrift, d. i. histor. Bericht und Ursprung, Anfang, Proceß und Ende des Gotha'schen Kriegs, begreifende die heimliche und verrätherische Gefängnis, Folterung, Urtheil, Exekution und christlichen Abschied etlicher Führer  
mer

mer von Adel, und anderer ansehnlichen Personen, so im Dienst des Durchl. H. Johann Friederich begriffen. Auch was nach der heimlichen Aufgabe in derselbigen Sach auf beiden nächst verschiebenen Reichstagen und sonst beschlossen, mit eingemischter verlaufener Geschichte, so im J. 1567. in und ausser dem Römischen Reich, sich zugetragen. An die Grafen und Ritter, so der christlichen Religion zu Schirm in Frankreich erschienen. Man kann schon aus diesem weitläufigen Titel abnehmen, daß dieses Gedichte die Sache des H. Johann Friedrichs und des Grumbachs zu beschönigen und zu vertheidigen suche. Der Dichter ist eine Person mit dem Verfasser der sogenannten Nachtrigall, die damals auch, im J. 1567., in Quart und in Octav, 1½ Bogen stark herausgekommen, und hieß Wilhelm Klewitz oder CLEUVICIUS, wie solches der selige Kreyfig in seiner histor. Bibliothec von Ober- u. Sachsen, P. I. Sect. I. c. 34. p. 73., der neuesten Ausgabe, bemerkt hat.

In dem sechsten Bande der Neuesten Deutschen Reichs-Geschichte kann zu Ende der, auf der Seite 315. u. f. befindlichen, Note q) noch hinzugesetzt werden, des berühmten Herrn geheimen Regierungsrath Sagerts zu Gießen Abhandlung von der Dauer der ehemaligen ordentl. Visitationen des K. und R. Cammergerichts; (Gießen, 1772. 4.) S. 9. p. 26-30. Einen Auszug aus dem, im siebensten Bande der Neuesten Deutschen Reichs-Geschichte, auf der S. 175., erwähnten Kayserlichen Patente, ingleichen die von dem H. Johann Wilhelm von Sachsen, unter dem 17. Hornung 1567., geschehene Infimulation desselben an die sämtliche Thüringische Grafen und Herren, und ein Rückschreiben über solche Infimulation von dem Letzten der gedachten Grafen und Herren, findet man in der  
De-

*Deductione Juris et Facti in Sachen Sachsen-Weymar contra Schwarzburg-Arnstadt;* (f. l. 1712. fol.) in den Beylagen, Lit. G. 6. 7. et 8., pag. 24. sq. Aus der Beylage G. 5. aber, pag. 23. sq., ersiehet man, daß die Thüringischen Grafen und Herren, auf dem damaligen Landtage zu Saalfeld, den 8. Jenner 1567., dem H. Johann Wilhelm von Sachsen, den Erbhuldigungseid anfangs mit gegebenen Handtreuen persönlich angelobet, und hernach solchen, in Gegenwart der chursächsischen Gesandten und des Kayserlichen Ehrenholdes, körperlich geschworen haben.

Die noch übrigen Zusätze betreffen den gegenwärtigen achten Band der Neuesten Teutschen Reichs-Geschichte. In demselben wird von S. 89 u. 113. des Frankfurtschen R. Deputationstages vom J. 1569. gedacht, woben aus Meinem schon öfters angeführtem Manuskripte \*) noch kann bemerkt werden, daß dißmal wiederum die Fürstlichen Gesandten wider den von den Churfürsten formirten besondern Rath, als gegen eine Neuerung, so wie sie auch ehmalß auf dem R. Deputationstage zu Worms im J. 1564. gethan hatten †), protestirt haben.

In eben diesem achten Bande, auf der S. 114. u. f., erwähne ich zwar der im J. 1569. gehaltenen Visitation des R. und R. Kammer-Gerichtes, melde aber zugleich, daß ich, ungeachtet aller sorgfältigen Nachforschung, nirgends etwas, zur Geschichte dieser Visitation dienendes hätte entdecken können, und daß es mir auch an schriftlichen Nachrichten davon fehle. Diesem Mangel ist nach gesch-

\*) S. im I. Bande der N. T. R. G., S. 348. Note \*).

†) S. in ebenderselben den VI. Band, S. 55. ff.



schönenem Abdrucke dieser Stelle, durch die nicht genug zu rühmende Gewogenheit des höchst verehrlichen Herrn R. G. Assessors, Barons von Harprecht, nunmehr abgeholfen worden, als durch dessen geneigteste Mittheilung ich folgende Nachrichten von dieser Visitation geben kann. Aus dem von den Kayserlichen Commissarien und Visitatoren der R. Stände, unter dem 25. May 1569., aus Speyer an den Kayser erstatteten Berichte ist zu ersehen, daß der H. Otto von Braunschweig, Lüneburg zu Haaburg der Visitation anfangs persönlich beigewohnt habe, wegen zugestossener Schwachheit und Kriegsunruhen aber, noch vor Ablauf derselben, zurückgereiset sey, da er dann seinen Rath, D. Friedrich von Wesche zurückgelassen hat. Von wegen des Bischofs zu Hildesheim gab sich zwar D. Ganser, *Vicarius in Spiritualibus* an. Weil aber derselbe dem gedachten Bischof nicht mit Pflichten zugethan war, und auch seine Vollmacht mit dem Insiegel des Bischofs nicht versehen gewesen; so stellte das R. G. vor, daß es ihm bedenklich sey, seine *Secreta Iudicia* solchen Personen anzuzeigen, die ihren Herren und Obern nicht verpflichtet wären. Deswegen wurde auch der vorbesagte D. Ganser, bey unterbliebener besserer Legitimation, zur Visitation nicht zugelassen, sondern hat sich derselben vielmehr von selbst enthalten.

Der damalige Kammerrichter, Graf Friedrich von Löwenstein, konnte Schwachheit halber nicht examinirt werden, und weil auch die Visitatoren erfahren, daß er um seine Entlassung angesucht habe, so baten sie den Kayser, eine andere taugliche Person an seine Stelle zu verordnen. An den Präsidenten fand man, von Visitations wegen, nichts auszusetzen, und sind auch die übrigen R. G. Personen als qualificirte und ehrliche Leute befunden wor-

worden. Vom 1. May 1568. bis zum 1. May 1569. hätten die Beysitzer 42. Definitiv- und 319. Interlocutori-Sentenzen publicirt. Da nun aber vorher, ungeachtet das Gericht mit wenigen Personen besetzt gewesen, doch mehr referirt worden; so wäre deshalb denselben eine Erinnerung geschehen. Endlich seyen zwar bey dem Examen der Personen allerhand Mängel vorgekommen. Allein da deshalb schon in den vorigen Visitationsabschieden die nöthige Verordnung geschehen sey; so wären dimal, statt eines Abschiedes, nur einige Artikel \*) dem K. G. zugestellet worden, wie sich die Kammergerichtliche Personen zu verhalten hätten. Weiter heißt es in dieser Relation der Kayserlichen Commissarien und Visitatoren an den Kayser, daß der Kanzleyverwalter, und die ihm untergebene Personen der K. G. Ordnung und ihren Aemtern gemäß, so wie die Fiskals- und Pfennigmeisterey-Rechnungen richtig befunden worden. Zuletzt werden auch noch einige Berathschlagungen von Verlegung des K. G., wegen befürchteter Kriegsunruhen, an den Kayser berichtet, woben sich aber die Assessoren hätten merken lassen, daß sie an keinem Orte lieber, als zu Speyer wären, die Visitatoren aber auf allen Fall Frankfurt für den sichersten Ort gefunden hätten, ob sie gleich hoffen wollten, daß keine Verlegung nöthig seyn würde.

\*) Diese stehen in des wohlhel. Hrn. K. G. Assessors von Ludolf Corp. Iur. Camer., n. 172. p. 297. sq., mit der unrichtigen Jahrzahl 1568., welches mich verführt hat, den Inhalt derselben schon bey dem J. 1568., im VII. Bande der N. U. K. G., S. 544 u. 546. bezubringen, und wornach also dasjenige zu berichtigen ist, was ich in diesem VIII. Bande, auf der S. 114., unrichtig gemeldet habe, als ob nemlich die Jahrzahl 1569. bey dem Ludwig falsch wäre, der sie doch ganz richtig angegeben hat.

der Proturator aus seinem Verzeichniß oder Protokoll alle die Reccessse ordentlich, damit es von dem Richter und allen Proturatoren öffentlich vernommen werden möchte, ablesen sollte.

Bei Gelegenheit des, auf der Seite 145. dieses achten Bandes, bemerkten Kayserlichen Ausschreibens zu dem Speyerischen Reichstage kann ich noch folgendes aus archivalischen Reichstagsacten anführen. Es findet sich nemlich in denselben eine Instruktion vom Kayser Maximilian für Schweickarten, Grafen von Helfenstein, Freyherrn zu Gundelfingen und den Kayserlichen Hofrath, D. Johann Hegenmüller, welche der Kayser als seine Abgeordnete, zu vorläufiger Berathschlagung eines nächst auszuschreibenden Reichstages, an die Churfürsten von Maynz, Trier, Cöln und von der Pfalz, abgeschickt hat. Eben dergleichen Instruktion vom 3. April 1569. findet sich auch für den Herrn von Stahrenberg, der an die Churfürsten von Sachsen und Brandenburg abgefertiget wurde. Hernach erfolgte im J. 1570., aus gleichen Ursachen, die zweite Abordnung des Graf Ulrichs von Montfort und des D. Hegenmüllers an die vier Rheinische Churfürsten, und des Herrn von Hassenstein und Licentiat Jungens, beider Kayserlichen Räthe, an Chur-Sachsen und Brandenburg. Uebrigens will ich auch noch von dem Speyerischen Reichstage, aus erhaltenen sichern Nachrichten, bemerken, daß der Kayserliche Rath und Landvogt zu Burgau, Achilles Jlsung, anßer dem Hauptprotokolle, noch ein Privatprotokoll über alle, auf dem Reichstage, täglich vorgekommene Handlungen geführt habe, worin sich verschiedene merkwürdige Anmerkungen finden sollen, daß es also wohl verdiente, aus seiner Dunkelheit hervorgezogen, und zu gemeinnützigem Gebrauche communicirt zu werden.

In

In dem gegenwärtigen achten Bande der N. L. R. G. wird, von der Seite 208, 219., von der auf dem Speyerischen Reichstage starb betriebenen, und auch endlich erlangten Restitution der drey Söhne des geächteten und gefangenen H. Johann Friedrich des Nüttlern, umständlich gehandelt, und dabey einiger damals gewechselten Schriften gedacht. Seitdem habe ich in einem, durch die Gewogenheit und Freundschaft des Herrn Hofrath Lessings, mir, aus der Hochfürstlichen Bibliothek zu Wolfenbüttel, gütigst überschicktem starken *Volumine MSsio variorum Actorum miscellaneorum*, einige von diesen damals gewechselten Schriften vorgefunden. Der ganze Zusammenhang dieser Handlung ist zwar daraus nicht zu ersehen; allein ich glaube, daß manchen von meinen Lesern auch durch die Mittheilung dieser einzelnen Stücke ein Gefallen geschehen wird. Vielleicht, daß ich so glücklich bin, auch die dazwischen fehlende Stücke, mit der Zeit, noch ausfindig zu machen, die ich alsdann dem Publikum nicht vorenthalten will. Vor-erst mag sich dasselbe mit diesen Fragmenten begnügen, die genau, nach der darin beobachteten Orthographie, abgeschrieben, und von mir sorgfältig collationirt worden sind.

## No. I.

Summarischer Bericht, Herzog Johans Wilhelmen zu Sachsen Handlung of dem Reichstag zu Speier; Anno 1570.

## Stende

## 1. Herzog Johans Wilhelm.

Man solle die jungen Herren Herzog Johans-  
friderichs Söhne Resti-  
tuiren, dieweil sie unschul-  
dig

Hatt sich der Jungen  
Vettern halben allenweg  
gar wol erboten, vnd je  
vrböttig gewesen Die  
Jun-

## Stende.

## Hertzog Johans Wilhelm.

big und Hertzog Johans Wilhelm Lande und Leute nicht angefellet noch eigenthumblichen angewiesen, wie dann dieses auch nicht hette beschehen mögen, vnd die Restitution stehe bey der Kayserlichen Majestät und Irer der Stende Bewilligung.

Jungen Vettern zum halben Theil angefallener und angewiesener Lande widerumb kommen zu lassen, doch nicht aus Pflicht, Sondern aus freyherrlichem freundschaften und vetterlichem willen, vnd vñ vorgehende billiche vergleichung.

Kayserlicher Majestät ist Hertzog Johan Wilhelmen im Rechten beygefallen und die Restitution auf Hertzogen Johan Wilhelmen Consens, jedoch in sondere maß vnd vorbehalt, vnd das der Jungen Herrn halben ein Abbitze beschehe, aus Lautern gnaden bewilligt.

2.

Dem Churfürsten zu Sachssen solle zugelassen seyn, die vier Affecurirten Embter selbst ein zu nehmen, Darauf auch sein Churfl. G. die in ihren polligen Gewalt, aufgefördert.

Die einnehmung habe nicht statt, weil die Ursachen der Affecuration implirt, So sey auch die einnehmung mit gewissen Conditionen und vorbehalt der, Inhalt der Affecuration, verrechneten Summa auch anderer vier Embter zu einer Recompensation, bewilligt.

Kayserliche Majestät wollen Commissarios verordnen wieviel vnd was gestalt die Affecurirte Embter, dem Churfürsten einzugehen.

3.

Sendte.

Die Drey Weltlichen  
Churfürsten sollen der  
Jungen Herrn vormun-  
den sein.

3.

Hertzog Johans Wil-  
helm.

Er sey der nechst Agnat  
vnd möge leiden, das  
Im Jemandes aus den  
Erbuerbruderten oder  
Erbuereimichten zugeor-  
dent werde.

Kayserliche Majestät Decretirt Die Drey  
weltliche Churfürsten vnd Hertzog Johan  
Wilhelm sollen Vormunden seyn doch der  
Churfürst zu Sachssen vnd Hertzogt Johan  
Wilhelm, wenn ihre Anforderung verrichtet,  
vnd Ire Kayserliche Majestät wollen Ober  
Vormund sein.

4.

Die R. M. solle Hertz-  
zog Johan Wilhelm  
von seiner forderung ab-  
weisen, oder doch erst  
nach der theilung die  
Rechtlich auffuren las-  
sen.

Hertzog Johans Wil-  
helm hat Der empfangen-  
nen schaden erstattung-  
begert. Item das S. S.  
S. schuld vor allen din-  
gen bezahlt werde, und  
Ius Hypothecae et Re-  
tentionis allegirt, auch  
anders in die Restitution  
nicht bewilligt.

Kayserliche Mayestät hat erkand, das Hertz-  
zog Johan Wilhelm schuld vnd schaden ent-  
richtet werden, vnd mittermweile in der posses-  
sion der Landen bleiben solle.

5.

Der Bischof zu Würtz-  
burg, Hertzog Julius  
zu Braunschweig vnd  
Landgraf Wilhelm sol-  
len

Die Commissarien sol-  
len aus den Erbuorbru-  
derten vnd Erbuoreinig-  
ten Zeusern Brandenburg,  
b 5



gestätet: ich gestrigen tages, vff der Stende bei  
 Ewer Kayserliche Mayestät Dritten Puncten ver-  
 glichen, bedencken, so viel Ich Desselbenn Aus mei-  
 nes Inn Deren Fürsten Rath, geordneten Rathes  
 Relation einnehmen mogen, meine Beschwerden  
 aller vnterthenigst für mich selbstenn, vnd Inn  
 vormunds Namen meiner Jungen vetteren, Sum-  
 marie In der Eil Angebracht, vnd aber bey mir  
 befunden, das mein vnuormeidliche notturfft in Na-  
 menn wie oben, erfordern wolt, bey E. K. M.  
 noch fernere vnd ettwas ausführliche erinnerunge  
 aller vnterthenigst zu thun, Als bitt E. K. M. ich  
 aller vnderthenigst, die geruhen, solches mit gnedig-  
 sten ohren anzuhören, vnd darauf solcheyn meinen hö-  
 chyen beschwerungen, gnedigsten Rath noch maln zu  
 schaffen, vnd abzuhelffen,

So ist nun die erste hauptbeschwerung, das  
 die Stende von meinen Jungen Vetteren, den ganz-  
 gen vfgewendten Krieges costen, vnd also mehr  
 denn zuuoren je geschehen, auch in keiner Hand-  
 lung niemals vorgeloffen, fordern vnd haben  
 wollen,

Denn in der ersten schrift, die ich Ewer Key-  
 serlichen Mayestät nach meiner hieher Ankunst, al-  
 ler vnderthenigst vberreicht, habe ich ausgeführet,  
 das von gemeinen geschriebenen rechten Res publica,  
 vnd die Obriqkeit schuldig sen, Executionem Iusti-  
 ciae contra delinquentes proprijs sumtibus zu thun,  
 vnd das die lehen In Confiscatione bonorum nicht  
 begrieffen, noch gemeinet seien, Inmassen ich mich  
 fürge halben, vff solche schriefft ziehe,

Vnd ob wol MATTH. de AFFLECTIS in tit.  
*quae sint regalia*, in *usib. feudor.* argüret, das der  
 Fiscus zu forderst des Custens sollen beyalt werden,  
 So redet er doch viel in einem andern fol, vnd GI-  
 GAS in *tract. de crimine laesae Maiestatis. tit. de*  
*pluri-*

*pluribus et varijs quaestionibus, quaestio. 12.*; refutir ihm seine Rationes und MATTH. de AFFLICTIS gestehet selbst, daß seine meinung nicht statt habe, wo von den gleubigern darwider protestirt worden, inmassen von mir in der *Assecuration*, die ich den *Exequirenden* Kreysen gegeben, lautter beschehen.

So habe ich auch in meinem vorigen und sonderlich in der vierden schrift, städlich ausgeföhret, daß die *Constitution* des Landfriedens, den nechsten Agnaten ihr lus nicht abschneide, sondern vorbehalte, zu dem die Cammergerichts ordnung allein limitative, als nemblichen von möglichen Costen redet, und der Regenspurgische abschied, von den Lehen und in praesudicium Agnatorum nichts, sondern allein von haab und guetern (in quibus feuda gar nicht, sondern die mehr andere Ding, beuorab aber das geschick, Artelern, und was demselben zugehörig begriffen,) statuiret, Auch von den verursachern in gemein redet, und die burde nicht allein vff einen legt, und verscheubt,

Dann in demselben Ehlar vermeldet, daß der Kriegs Costen, nach abzug dessen, so man sich an dieses Aufgewanden Kriegscostens verursachern, auch Deren haab guttern und sonsten Zuerholen, welches dann dem heiligen Reich, und deselben gliedern, dißfalls zu guetem kommen möchte, vff alle stende und kreys zu gleich geschlagen und ausgeheilt werden solt,

Was dann die *Deputations* tage, und andere versamlungen anlangt, da ist vff denselben nicht weiter, als von einer leidlichen, træglichen, und dem einfomen bequemen Summa, welche den Stenden zu etwas ergeßligkeit ihres vfgewanten Costens gegeben werden solte, gehandelt worden,

Vnd warum haben die Stende zu Erfurt die Rechnung vñ sich genohmen, wo sie nicht bezahlen wollen, So doch dieselbe, vermöge der recht, vñ aller billigkeit, niemands andern, als den Ihnigen, der bezahlen solle, gebueret, Inmaßen denn meine Kette damals protestirt, vñ sich viel Gesandten desselben ad partem zum höchsten beschwert, Vber welcher in der *Assecuration*, die mein Vetter der Churfürst zu Sachsen, von mir erlangt, sonderbar vñ lauter versehen, wie es mit solcher rechnung gehalten, vñ weme dieselbige gethan werden solte,

Fürder ist E. R. M. schreiben vñ befelich, welchen E. R. M. zu anfang der Execution an meinen freundlichen lieben Vettern, vñ Brüdern den Churfürsten zu Sachsen ausgehen lassen, lauter zuuernemen, daß die Stende solchen vnkosten erlegen sollen, Mit welchem die ausgegangne gedruckte historische beschreibung vber einstimmet, daß Nemblich, die Execution vñ gemeinen Costen gefuret werden,

So redet auch E. R. M. an mich damals geferttigt schreiben allein von einer *Assecuration*, vñ *Limitative*, nemlich so weit sich solches antheill Landes vermögen, vñgeferhlich erstrecken möcht, in massen denn auch solche limitirte vñ Modificirte clausul ad Verbum in die erfolgte *Assecuration* inuorleibt, vñ in derselben *Assecuration* sehen mir vñ andern gleubigern, ire lura prioritatis, darzu meinem freundlichen lieben Brüdern Johans Friderichen, Auch S. L. Gemahl vñ Kindern Ihr vntherhalt vñ Alimenta außgesagt, vñ vorbehalten, Welcher *Assecuration* die Stende billich nach zu setzen, vñ gehet sie die special *Assecuration*, die ich von mir zugeben nicht schuldig gewesen, gar nichts ahn,

Wann ich dann auch die *Restitucion* meiner Jungen Vettern auß mitleidlichem freundlichem vñ vetter-

vetterlichem gemuet, nicht anders bewilliget, Als mit dieser lauterer maß, nemlich, daß sie vber die möglichkeit vnd billigkeit nicht beschweret wurden, vnd E. K. M. in ihrer nechsten gnedigsten Resolution an die Stende aller gnedigst. gesonnen, daß sie meiner Jungen vettern mit ihrer Anforderung miltiglich verschonen solten, Als weiß ich in der Stende beschwerlich, vntreglich vnd vnbillich, auch wider Euer Keyserlichen Mayestät allergnedigste habende Zuvorsicht, vorhabend beharlich suchen, vnd vorbehalten in vormunds Namen, vnd auch für mich selbst, keineswegs zu willigen, in Ansehung, daß dardurch, meine Junge Vettern in eussersts vnd vnwiderbringlichs vnzweiffenlichs verderben gesetzt, Desgleichen mir vnd andern gleubigern vnser vorge- rechtigkent entzogen vnd genohmen, darzu auch meinem Brudern, S. L. Gemahlen vnd Kindern, Ire *Alimenta*, vnd unterhaltung, geschwecht vnd gemindert wurden, Vnd were meinen Jungen Vettern viel besser vnd nußer, sie wurden gar nicht, Als solcher gestalt Restituiret,

Derwegen an E. K. M. mein vnterthenigste Zuversicht vnd bitten, sie wollen die Stende, von solchem hartten vnd vnfreundlichem vorhaben, aller gnedigst Ab, vnd dahin weisen, daß sie solch ihr suchen, schwinden, vnd fallen lassen, damit sich meine Vettern, wenn sie zu ihren Tharen lohmen, Euer Keyserlichen Mayestät vnd meiner gewilgten Restitution zu freuen, vnd den Stenden ihrer beschehenen vorbit zu dancken haben, Vnd das von der Ersten beschwerung,

Die andere beschwerung ist, daß der Stende bedencken nach, die Theilung durch aus gleich beschehen solle, dann hiedurch wurden mir Königsberg vnd Zell, die ich von meinem eignen peculio erkaufft, vnd derwegen keineswegs in die Theilung

zu bringen sein, benahmen, Dergleichen wurde die Affecuration Allein in dem fall, do sie wider mich, do sie aber für mich, als furnemlich Zuvorbehalt der andern Ämpter, deren ich mich of vorgeschlagne, vnd auf bewilligte vergleichung nicht zu begeben weiß, gar nichts gehalten, Welchs dann die höchste vnbilligkeit, in ansehung, das, vormög aller Recht, solche vnd dergleichen Ding, nicht gesondert, vnd Diuidirt werden mogen, Sondern entweder gahr etwas, oder gar nichts sein sollen.

So achte ich auch dafür, ich sey von recht vnd billigkeit nicht schuldig, zu der meisten vererbten portion des Landes, darzu ich kein vrsach gegeben, zu gleichen theilen ein zu stehen, Sonderen das billich ein Respectus vnd sonderung dervwegen zu halten,

Das ich dann zum dritten erst nach beschehener theilung, mein forderung anstellen solle, das ist wider offenbare beschriebene recht, wellichem nach, ich Ius Retentionis et Hypothecam in denen Guthern habe, vnd das vmb jowiel desto mehr, dieweß ich nicht eigenthettiger vnbefugter weise, Sondern durch E. K. M. vnd des ganzen Reichs anweisung, auf mein voraehend habend recht Agnationis et simultaneae inuestiturae, in sollicher guetter possession kommen bin, Inmassen ich diesen Paß fast durch alle meine vorgehende schriften ganz stadlich vnd grundlich außgefuhret, vnd durch die obennermelte gedruckte historische beschreibung bezeuget wurdet, Es were auch ausdrücklich vnd in specie wider die den Kreysen vnd Stenden gegebene gemeine Affecuration, in wellicher lautter begrieffen, das ich das Ius prioritatis, vnd vorzug, Auff solchen angewiesenen gutern haben, vnd die Stende schuldig sein solten, mich bey denselben zu schutzen, vnd hand zu haben,

Item

Item es wäre wider mein Ausgesetzte Condition, vormittelt derer ich die Restitution gewilligt, Dann wie sich E. K. M. allergnädigst aus vorgehenden meine Schriften zu erinnern, hab ich die Restitution nicht anderst, als mit ausdrücklichen Vorbehalt meines habenden rechtens Retentionis et Hypothecae gethan, welcher Vorbehalt mir durch E. K. M. Iustificirt, und für gerecht erkant worden, dergestalt das E. K. M. in ihrer Jungsten, gnädigsten Resolution lautter statuirt, das meine forderung *pari passu*, mit der Handlung der Abtheilung wandeln, und ich nicht schuldig sein soll, unbilllicher rechtmessiger vergleichnis, solcher meiner forderungen, meiner process abzutreten, dessen ich mich dann nicht zu begeben weiß, Inmassen ich mich gegen E. K. M. und den Stenden oftmals erkleret,

Die vierde beschwerung ist der Rechnung halber, an ihr selbst, welche von den Stenden zu Erfurt angenommen, und derselben Liquidation und endliche vorgleichung alhier vorgenommen worden, Dann es ist in der Sonderbaren Assecuration, welche mein freundlicher lieber Vetter, und Bruder, der Churfürst zu Sachsen, von mir erlangt, der vircost, welcher S. L. aus den Emptern erleget, oder verpensioniret werden solle, Also genennet, qualificiret, und Ausgedruckt, das er Allein vor und in der Voreroberung der Bhestung ausgeben und dargestellen, undt nichts ungewöhnlichs und übermässig In sich haben noch-begreifen solle, So ist auch mit klaren wortten Disponiret, das die Rechnung niemands anders als mir geschehen, und do sich seine L. und meine Kette hierüber nicht vorgleichen konten, E. K. M. Derwegen zu sprechen und zu weissen haben solten,

Wann dann solchem nach den Stendenjbes Reichs gar nicht gebueret, die Rechnung mit mir oder jemandes anders beschwerung aufzunehmen,

Als haben meine uf den *Deputationstage* zu Erfurt geordnete Rethen, nach deme sie vormarckt, daß viel übermässiges und ungewöhnliches darinnen Passiret wird, mich dessen berichtet, und deswegen protestiret, daß sie in solche Rechnung, wo der vnkost auf das halb angewiesen Land geschlagen solte werden, gar nicht willigen, Sondern mir mein recht und eherebe vorbehalten haben wolten,

So haben sich auch viel Stende dessen zu Erfurt beschweret, Ob denn auch wol mein in der Fürsten Rethen verordneter Rethen, als die Liquidation solcher Gotischen rechnungen alhier vorgenommen, und von dem Ausschuss des Fürsten Raths Referiret, mein und meiner Jungen vettern notturtz über den gangen werck ausführlich vorgebracht, und gebeten, daß man solch werck der Affecuration nach richten wolte, und letztlich zum zierlichsten protestiret, So hett doch solches alles nicht stad finden, oder betrachtet, viel weniger die protestation referiret werden wollen, Sondern sie haben alle und jede Posten, durch auß passieren lassen, und über solches den Schleif Costen, nicht allein der Vehrungen, Sondern auch des Wonnhauses Grimmerstein, und der Stad Mauren zu Getha, desgleichen Munition und das Geschutz, auch dieses daran mir noch mein theil geburet, welliches alles viel Thonnen Goldes wert, an statt des geforderten Interesse, und begertter verehrung bewilligt,

Wann ich aber in die Rechnung principaliter in vormunds Namen, und denn in den Schleifcosten und wegtschenckung der Munition und des Geschutzes principaliter für mich selbst, nicht willigen kan, in Ansehung daß das werck der Rechnung, strack der sonderbahren Affecuration zu wieder, und mir do ich in solch puncten williget, als ob ich mich meiner habenden wolbefugten spruch und forderung begeben hette, gedeutet, dadurch mir denn alle mein  
recht





Conditionen, vermittelst derer ich die Restitution bewilligt, nicht begeben kont, Sondern of solchem allen bestehen, biß es mir mit recht, darauf ich mich auf solchen fall berufen thue, Abtandt wurde,

Wier R. III. geruechen mich vnd meine Junge Vettern in gnedigsten beuelich, schuß vnd schirm zu haben, vnd mich, vnd die meinen E. R. III. vorigen allergnedigsten Resolution, vnd meiner darauf erfolgter erklerung nach, wider Recht vnd billigkeit nicht beschweren zu lassen,

Das will vmb E. R. III. Ich zu iederzeit mit altem getreuen, gewirrigem gehorsamb, vnderthenigst verdienen, Vnd thue E. R. III. mich vnd meine Junge Vettern zu gnaden vnderthenigst beuehlende  
E. R. III.

Vnderthenigster gehorsamer Fürst

Johans Wilhelm,  
Hertzogt zu Sachsen.

No. III.

Kayserlicher Mayestät Erclerung auf der Stende Duplic, vnd was auf der Churfl. Sächsischen Räch bey dem 3 Artickel Propositioner Resolutiones, den 24. Nouembris.

Es hatt die Kömische Kayserliche Mayestät, Unser aller gnedigster Herr, aus vorlesung der Churfürsten, Fürsten vnd stende Jungsten vbergebenen Duplic schrieffen, benebens auch dem Jenigen, So ihrer Kayserlichen Mayestät von den Churfürstlichen Sächsischen Rächen, erklerungs weise angezeigt, vnd vbetreicht worden vernohmen, Weß bey dem Dritten Artickel Irer Mayestät Keyserlichen proposition, auf mehrer ihrer Keyserlichen Mayestäten gethaner erklerung, weiters bedacht vnd furbracht worden,

Und lassen es Iree Keyserliche Mayestät iduiel anfangs die Restitution dero gefangenen Hertzogens Kinder, begleichen auch ihre beuermundung anlangt,

lang, bey ihrer Mayestät wehren erclerung, das  
Nemlich, dieselben, auf darin angebeutete Maß und  
vorbehalt, Sonderlich aber ihres Vetteren Herzog  
Johans Wilhelms zu Sachsen, 2c. gethane bewila-  
gung, zu dem halbtheil Landes, widerwärtig gelassen  
werden sollen, gnädiglich beruhen, Seind auch verbit-  
tig, darauf, in ihrer Keyserlichen Mayestät Reichs-  
Camley, nach schließlicher erörterung die Artickels,  
geburliche Tutoria und Curatoria verttigen zu lassen,  
ungezwiselt, es werden die jenigen, so Ir der Jun-  
gen Herzogen Theils also zu Vormunden geordnet,  
das jenige so zu erlangung berurter Resitation wei-  
ters dienlich, und nötig, der gebuer zu suchen, und  
anzustellen wissen.

Gleicher gestalt lassen es ihre Keyserliche Ma-  
jestät auch der Commissarien halben, so zu wurd-  
gung und einnehmung der Affecurirten Empirer,  
furderlich verordnet werden sollen, bey ihrer Key-  
serlichen Mayestät erclerung und erbieten bleiben,  
und sind Demselben so sie von Irer Mayestäten Hof-  
dazu verordnen werden, Irer vorhaltens genugs-  
same Instruction und nachrichtung, in diesem und an-  
dern zu geben, Danebens auch ob sich in solchem an-  
schlag und ein Antwortung vber vorsehens, bey ei-  
nem oder dem andern theill, mißverstand zutrüge, dar-  
unter solchem geburlichem entscheid und anordnung  
zu thun entschlossen, das demjenigen wes angezogene  
beider theils, vbergebene Affecurationes. Deögleichen  
auch hiebevur furbrachte und Passierte rechnung, des  
hinderstands mitbringen, und darauf alhie verabschie-  
det wurdet, der gebuer gelebet, und also allenthal-  
ben gehierrende gleichheit gehalten werden soll.

Nicht weniger gedenden ihre Keyserliche Ma-  
jestät neben Deme, das ihre Mayestät die benan-  
ten Commissarien, zu abtheilung des landes, und  
vergleichung obgedachtes Herzogt Hans Wils-  
helms forderungen, unverlangt Zuerognen erböt-  
tig,

tlig, Esß auch mit nichten vorsehen, daß sich Dieselben, als gefreunde, vnd mit verbruderte benachbarte Fürsten solcher Commission, mit einigen fugenentschlagen werden oder mugen, Der Stende wolmeiniglich bedencken, auch Ihrer Mayestät neherm vorbehalt nach, Dieselbe Landthethungs sachen, da sich darunter über vorsehen etwas widerwerttiges zutragen sollte, aus handen nicht zu lassen; Sondern vielmehr in Deme, vnd allem andern desselben puncten hinc inde, anhängigen sachen, solch einsehens zu haben, damit sich einer oder der ander theil einiger ungleichheit, mit fugen zu beklagen, nicht beschähen sol, vnd zu demselben Effect, inhalt der Stende bedencken, aus Jr Keyserlichen Mayestäten hofvorbemelten Commissarien zu zuordnen, vnd zu noch mehrer richtigkeit solcher abtheilung, halten es ihrer R. M. für ganz recht vnd billich, daß anfangs in dieselbe weß sich befindet, gedachten Herzogt Hans Wilhelmen alleinig zustendig vnd von dem seinen erkauf, oder widerkauf sey, mit nichten eingezoget; Desgleichen auch ihme, was von den vier Affecrirten Emptern, dem Churfürsten zu Sachsen eingereamet, an andern dergleichen Emptern, widerumb erstattet, vnd also auf das halb teil Landes, welches ihme zuertheilet, nichts derselben schulden, oder beschwerungen, geschlagen werde, Derwegen vnd damit auch in Deme, nichts übermässig gestattet, Jr Keyserliche Mayestät ermelten Commissarien gleichergestalt ihres verhaltens genugsahmen beuelich zu geben, entschlossen sein. Neben vnd vnter solcher abtheilung aber, sollen zugleich sein Herzog Hans Wilhelms beschwerungen vnd forderungen angehört, vnd inhalt seiner gegen Affecuration oder sonst auf andere gebürliche leibliche wege, zum forderlichsten erörtert, vnd entscheiden werden,

Weß denn darauf über angezogene solche schulden befolunge, vnd versicherung derselben, bemelten  
 Jun-

Jungen Herzogen, an Land, leuten und einnehmen, zu theilen, das soll gedachter Herzog Hans Wilhelm, ihnen abzutreten und ein zu reimen, Herzogen auch sie die Jungen Herzogen, oder ihre Vormundere, Iherlich davon ihres Vattern vnderhaltung, vntwegerlich zuerlegen, schuldig sein,

Doben sich gleichwol Ir Keyserliche Mayestat nicht weniger (Als in der nehern Resolution des Churfursten zu Sachsen 2c. Hinderstands haben auch vermeldet worden:) genzlich vorsehen wollen, Es werde bemelter Herzog Johans Wilhelm, sich in vorbringung angeregter seiner forderung, gegen Denen Jungen seinen Vettern, dermassen milde, und vetterlich erzeigen, Das dieselben, in Ansehung zuvor obliegender mercklicher beschwerungen und schulden lassen, so viel Inmer muglich ersetzet, und danebens Die bewilligt Landtheilung und Restitution zum besten befurdert werden muge,

Was denn lechlich Der Stende angeheften vorbehalten, Ires aufgewanten Executions Costens belanget, Do haben Ir Keyserliche Mayestat gleichwol in derselben nehere Replik schriefften, mit Kurzen angedeutet, aus was ursachen vngesehrlich solche Ire forderung nunmehr billich einzustellen, und deren zuvor mehr denn in ein weg hochbeladen Herzogen zuuerschonen sein mochten, und sich darauf nichts weniger vorsehen, denn das weiters Darvon einige anmeldung, auch vorbehalt bescheen sein sollte, Beuorab Diemeil Die Stende in ihrer ersten Antwort selbst dafur geachtet, das mit ihnen disfalls ein Erbarm und mitleiden zu tragen, und sonsten auch leichtlich zuermessen, das vber ertragung obbestimpter auf dem halben theil Landes lgender beschwerungen, und misrichtung des gefangen, auch Jungen Herzogen, und dero Fraw Mutter Alimenten, (welches alles sich dennoch fast vber den dritten theil Aufgeloffenes Execution Costens erstreckt.) gar ein riges vber bleiben wird.

Demnach aber desselben alles ungeachtet, Ist  
ihre der Stende bedanken, von erholung des Co-  
stens, nochmals anregung geschieht, und dann Juer  
Keyserlichen Mayestat nicht lieber sehen, Denn  
wie ihr. M. theils dieses alles so hierinnen bewilligt,  
aus lauter gnaden erfolget, Das es der Stende und  
sonsten aller andern hundert Interessirten theils,  
auch also gehalten, So wollen ihre Keyserliche May-  
estat Churfürsten, Fürsten und Stende zusam-  
mer abgesandten Råthen und Pötschaften, freun-  
dlich, gnedig, und gnedigst nochmals ermahnet und  
ersucht haben, Sie wollen ihrer selbst ersten ernestlich-  
nach, mit den viel gedachten Jungen herrschaften  
ein gunstig freundlich, und Christlich mitleiden tra-  
gen, und in erwegung obengedeuteter, und anderer,  
wahr wichtiger Ursachen alhier zu erzehlen unnö-  
tig, solche Ire vorbehaltene anforderung gänglich hin-  
cken und fallen lassen, damit also dieser Artickel nun  
mehr ohne fernere vorlengerung, seine erledigung  
bekommen möge.

No. IV.

Der Römischen Keyserlichen Mayestat Durch-  
Zerzogt Johannes Wilhelmen zu Sachsen re-  
præsentiret den 26. November Anno 1570.

Aller Durchleuchtigster, Größmechtigster, un-  
überwindlichster Keyser, Allergnedigster Herr,  
Wie ich mich der hieuorigen, also thue ich der ihigen  
Aller gnedigsten Resolution, mich vnderthenigst be-  
danken, und will nachmahlen verhoffen, die Stende  
werden, ungeacht ihrer vormeinten Motiuen, nu-  
mehr darüber, darzu sie dann auch kein vrsach, und  
hieuor E. K. M. solche sachen vnterthenigst heimges-  
telt haben, nichts weiters Difficuliren, Sondern  
E. K. M. als des Obersten Haupts gnedigsten ge-  
sinnen, der schuldigen gebur nach, vnterthenigst ge-  
horsamen, Und nachdem ich mich gegen meinen  
Jungen vettern, aus Vetterlicher gutwilligkeit, des  
mehr

mehren, Als Band und Fette begeben, soll ich mich auch in dem geringern, als meinen forderungen, gegen ihnen dergestalt Bitterlich erzeigen, Das E. K. M. Jr. zu mir habend gnedigste Zuversicht nicht setzen, Sondern das sie daran ein gnedigst gefallen tragen sollen,

Und begere nicht mehr, denn das diese ding alle freuntlich und friedlich vorglichen worden; Will auch an mir zu Aller billigst nichts erwinden lassen, Aber Zumerhuttung allerley Zwispatts, mißverständes und weitleufigkeit, habe ich, als dens der Landen gelegenheit bewußt, von Notten geachtet, E. K. M. etliche Puncten in vnderthenigkeit zu erinnern,

Erstliches Diemelt die vier Affecurirte Ambster, nicht allein meinem lieben Vetter, dem Churfuersten zu Sachsen zc. Pfandsweise eingereumbt werden, Sondern auch hernach meinen Jungen Vettern Erblich bleiben sollen, das ich mich der vier gegen Affecurirten Ambter auch nicht zubegeden weiß, sondern gleichfalls Erblichen zubehalten, bedacht, Doch bin ich vrbittig, was die meinen an einnehmen besser, das solches meinen Vettern mit andern guetern, oder in abfuehrung meiner Tegenforderungen, verglichen werde,

Behalt mir auch die angelöste Empter und Gueter, Königsberg und Zell, sambt der lössung an dem Ampt Alstedt, auch alles Geschenck, Minirion, Voerach und andere Jahrmis, so vß der Vbesetzung Coburg, und mir allein zugehoret, im fall die meinen Jungen Vettern in der theilung mitehne, genßlich beuor,

Und thue dann die theilung der vbrigen Empter und Gueter, darzu die vergleichung meiner schulden und schäden, vß der Commisarielen Handlung stellen.

Diemelt aber die Vnuersitæt zu Jhena, von meinem Herrn Vater hochwöbllicher Christlicher gedechtnis, Gestiftet, und verordnet, und von E. K. M. Herrn Vater, Kayser Sebastianus, hochwöbllich



höchster Gottseliger gedechtniß; mildiglich privile-  
giert; und Confirmirt, Die auch zusamt den *Stipendiarum* in die Sunfzt persohnen vom Adel, Pfars-  
rer, Burger, und Bauren, Kinde, biß anhero  
von den Geistlichen Gnetern vnderhalten worden,  
nicht allein zu pflanzung Göttlichß worts, guter  
Kunsten, und zierlicher sprachen, Sondern auch das  
durch die Theologische *professores* zu Jhena, das  
Superintendenten Ambs dajelbst, Item die Ordina-  
tion der Kirchen Diener, und das *consistorium* zum  
theil versehen, Desgleichen durch die Juristische  
Facultet das *Consistorium* zum theil, Item das Hof-  
gericht mit geleerten *Affessoren*, *Advocaten* und *pro-  
curatorn*, Item der Schöppenstuel, daran die Ger-  
icht und vnderthanen des Landes, sich des Rechts  
kenn belernen, bestalt worden, Sich auch meine  
vnderthanen der Arzenei Doctore, dajelbst, In  
ihren furfallenden Nöthen, gebrauchen.

Es ist demnach mein Vnderthenigste bitte, *R. M.* wollen die gnedigste verordnung bey ihren  
*Commissarien* thun, Das die *Universities*, *Consistoria*  
und Hofgericht, unzertrennt, zusamt der *Stipendiarum*,  
und was dergleichen angeordnete in dier sachen mehr  
seind, Wie biß anhero, von den Geistlichen Gnetern er-  
halten, und verrichtet werde, an welchen *R. M.* ein-  
sonder Reuerlich, loblich und Christlich werck thun.

Betreffende die vier *Affecurirte* Kempter, Dier-  
weil ich derwegen; meinen Jungen Vetteren, und  
dem Lande zum besten; nichts erhalten können, habe  
ich solches den andern meinen nye Tzorn heimge-  
setzt, jedoch von Nöthen geachtet, biß nochmals vn-  
derthenigst zuerwehenen, das die Einkauffung als-  
lein *Iure pignoris* und mit geburtlicher maß besche-  
he, und die vnderthanen meinem Vetteren, dem  
Churfürsten, nicht Anders und ferner schweren, dann  
dem Pfandherren zu seiner Pfandgerechtigkeit, In son-  
derer betrachtung auch, das sie sonst zuvor vilbereit-  
auf

auf die Erbvorbedenens huldung gethan haben, und das sie in geistlichen und weltlichen sachen, nicht außserhalb Landes, In das Churfürstenthumb gezogen, Sondern bey den eñlendischn Consistorijs, Hoffgericht, Schoppenstuelen, Landsoednungen, und gebreuchen, auch ihren freyheiten, gelaßen werden;

Item, daß ihnen kein sondere Saecur und besckwerden vfferlegt; und sie in des Reichs Canonibutionen, darinn mein lieber Bruder ein zimliche große Summa aufwachsen lassen; neben andern pro rata mit Contribuare,

Item daß die so der Leinwandsteuer des Biers zur Neussad, und andern orten, biß anhero befreiet gewesen; als die *Membra Academiæ*, hoffgesunde &c. auch freygelassen werden,

Item Das die von der Ritterschaft, sonderlich so nicht Ampt, sondern Cangeleissen, in dieser pfandschaft Eximirt bleiben, wie sie dann auch in der Affecuration gar nicht begrieffend seind,

Letztlich ist ferner mein vnderthenigst bitten Euer K. M. wollen die gnedigste vorsehung thun, daß die gnedigste *Restitution* des halben theils, auf die von E. K. M. bestimpte Maß, *Restringiret* werde, damit die mir an andern zu keinem *præiudicio* gedeutet werden möge.

Welches alles E. K. M. ich meinem, zu Derro habenden vnderthenigsten vertrauen nach, gehorsamlich ohnangezeigt nicht lassen sollen,

Vnderthenigst bittende, E. K. M. wollen die *Tutoria* und *Curatoria*, auch die *Commissiones* dasnach allergnedigst fertigen lassen. Das bin. umb E. K. M. höchstes vormugens, leibs und gutes, in trewer vnderthenigkeit, zuuerdienen, ich jederzeit willig und gebliesen, und thue mich deren zu gnaden vnderthenigst befehlen, E. K. K. M.

Vnderthenigster gehorsahmer Fürst,  
Johans Wilhelm, Herzog zu Sachsen.  
Bey



01. Bey der in diesem achten Bande, von der S.  
 221. u. 246., erzählten Geschichte der Visitation des  
 Kammergerichtes im J. 1570. hab ich auch noch  
 einiges zu verbessern, und hinzu zu setzen. Es  
 muß nemlich, auf der ersten und zweiten Linie der  
 Seite 245., statt der Worte: die gebetene Dila-  
 tion *pro omni arbitrio* anzusetzen, gelesen werden:  
 eine Dilation *pro omni, pro arbitrio*, anzusetzen, und  
 auf der dritten und zweiten Linie von unten auf  
 eben diesen Seite muß es heißen: Attestirens, für:  
 Attestirens. Auf der folgenden Seite 246. aber,  
 Zeile 4 u. 12., sind die, aus dem vom R. G. der  
 damaligen Visitation übergebenen Bedenken, unter  
 dem Nummern 12. u. 14., ausgelegenen Punkten fol-  
 gender massen richtiger und vollständiger zu fas-  
 sen: — — 12) Die R. G. Personen vermehret  
 „wurden, nemlich mit noch zwey Präsidenten, zer-  
 „ehen Assessoren, zwölf Prokuratoren, zwey Pro-  
 „tonotarien, drey Notarien, zwey Lesern und ei-  
 „nem Bedellen, da alsdann vierzig Assessoren vor-  
 „handen wären. Diese könnten dann 13) also ge-  
 „theilt werden, daß zwanzig den einen, und  
 „zwanzig den andern Tag die Audienz hielten, auf  
 „welche Art auch vier definitive, sechs interlokuto-  
 „tori und zwey Råthe zu Bescheidtschassen  
 „gesetzt werden könnten; eine fast gleiche Theilung  
 „aber müßte man hernach auch unter den Procura-  
 „toren und übrigen R. G. Personen machen, also  
 „daß Zwöizehen zu dem einen, und Achtzehn zu dem  
 „andern Gerichte oder Audienz verordnet würden.  
 „Und wenn endlich 14) es, zu mehrerer Richtig-  
 „keit, mit solcher Theilung also gehalten würde,  
 „daß die Zehen, sie wären *simpliciter* *Ordinarii* oder  
 „*Appellacionis*, *ordinarii* oder *extraordinarii*, nach den  
 „sechs Kreisen, in zwey unterschiedene Gewölber  
 „abgesondert, so viel möglich den Audienzen nach  
 „gleich eingetheilt, und in jedem Gewölbe 2. Le-  
 „ser

„Se verordnet würden.“ Auf der Linie 21. der S. 156. ist nach der Zahl: 150. das Wort Gulden noch hinzu zu setzen.

Zu demjenigen, was in diesem achten Bande, S. 307 + 309., von dem achten Punkt der Kayserlichen Proposition, wegen der zwischen etlichen Ständen streitigen Session vorkommt, kan man in der Note c), S. 309., noch bemerken: Fürstlich-Schwarzburgisches Recht zu besonderm Sitz und Stimme in dem R. Fürsten- u. Rath; (f. l., 1713. fol.) in den Beylagen Lit. O. und R., Blat 2. 2. a. — J. 2. a. und R. 1. a. et b. Die Beylage O. enthält nemlich einen Auszug aus dem damaligen Reichstags-Protokolle von dieser Materie, und in der Beylage R. steht die Erklärung des Kayser, vom 1. December 1570., auf das ihm von der Reichsversammlung in dieser Sache übergebene Gutachten. Aus derselben nun verdienet vornemlich folgende Stelle bemerkt zu werden: „Doch ver-  
 „sehen sich Ihre Kayserliche Majestät dabey, die-  
 „weil diese Sessions-Sachen mehrentheils zwischen  
 „hohen Fürstlichen und sonst fürnehmen Stän-  
 „des-Personen schwebig, und also ihrer Wichtig-  
 „keit nach wohl gutes zeitlichen Nachdenkens bedürf-  
 „tig: Es werden Churfürsten, Fürsten und Stände,  
 „nach Gelegenheit derjenigen Partheyen und Sachen,  
 „uff Ihre Kayserlichen Majestät Erinnern und  
 „Begehren, jemand aus ihren Mitteln zu Beraths-  
 „schlagung und Erwegung der einkommenden be-  
 „schlossenen Aeren zu verordnen, unbeschwert seyn.“

Auf der Seite 310. dieses achten Bandes hab ich, nach der bemerkten Unterschrift und Besieg-  
 lung des R. A., versehen, aus meinem schon öfter  
 erwähntem Manuscripte, oder des Melchior Sche-  
 rers Repertorio der Frey- und Reichs-Städte Re-  
 gistratur u., dasjenige anzuführen, was wegen der  
 R. Städte Stand, Stimme und Session auf die-  
 sem

ten Reichstage vorgefallen ist; welches ich also noch nachholen will. Infolge dieser geschriebenen Nachrichten, im ersten Abschnitte, f. m. 51. a. - 53. b., ist den Reichs-Städten eben sowohl als den obern Ständen, durch den R. Erb-Marschall, zu Anhörung der Kayserlichen Proposition auf die Rathstube angesagt worden. Nachdem nun der Vortrag geschehen, und der Kayser selbst mündlich Begehret hatte, mit den Sachen förderlich zu verfahren; so traten, - altem Gebrauche nach, erstlich die Churfürsten, Fürsten, Prälaten, Grafen und Herren, und dann auch die Städte besonders zusammen, und unterredeten sich über die Kayserliche Proposition. Und als sich die Churfürsten und Fürsten u. über eine Antwort verglichen hatten; so wurde dieselbe den Gesandten der Städte vorgehalten, die sich dann mit den Obern Ständen verhandelten, worauf diese einhellige Antwort dem Kayser, durch den Churfürsten von Trier, im gemeinen Reichsrathe übergeben wurde. Man sagte auch hernach den R. Städten, gleich den andern Ständen, zu Abschreibung der Proposition an, worüber man hernach, von Punkt zu Punkt, in verschiedenen Rächen berathschlugte.

Als nun das Bedenken oder Gutachten der Obern Stände über den ersten Punkt, die Defensionsverfassung betreffend, den R. Städten eröffnet wurde, und diese, einen Abtritt zu nehmen, verlangten; so verwies es ihnen jene, und bedeuteten die Städte, sich dessen hinfüro zu enthalten, deswegen sie sich mit den Obern Ständen durchaus verglichen, worauf das einstimmige Bedenken verfaßt, im gemeinen Rathe abgelesen, genehmiget, und in Beyseyn etlicher von den R. Städten dem Kayser übergeben wurde. Allein bey dem Punkte wegen der Türkenhülfe konnten die R. Städte mit den Churfürsten und Fürsten, bey der angestellten Res

Re: und Correction, sich nicht vergleichen; daher sie ihr schriftliches Gutachten dem Kayser besonders überreichten. Ueber den Justizpunkt wurde nicht nur in gemeiner R. Versammlung von allen Ständen, und also auch von den Städten, gehandelt, sondern auch ein besonderer Ausschuss aus der Churfürsten, Fürsten und Städte Rath geordnet, die Nothwendigkeit zu berathschlagen. Wie nun zuletzt der Schluss schriftlich verfaßt, in gemeinem Reichsrathe verlesen, und den R. Städten, auf ihr Begehren, zwar ein Bedacht, aber nicht eine Abschrift davon bewilliget, sondern derselbe ihnen, in ihrer Rathstube, durch den Maynzischen Kanzler, mit fernerer mündlicher Erklärung, nochmals vorgelesen wurde; so fielen etliche Städte demselben bey, andere aber ahndeten es, doch vergeblich.

Bei dem Münzpunkte wurde zwar, nach Anhörung der Bedenken der Obern Stände und der R. Städte, diesen, auf ihr Begehren, Bedacht zugelassen; aber hernach auf ihr den Obern Ständen eröffnetes ferneres Gutachten gar nicht geachtet. Es ersuchten daher die R. Städte den Churmaynzischen Kanzler, daß er ihr Gutachten, neben dem Bedenken der Obern Stände, dem Kayser schriftlich oder mündlich vorbringen möchte, worüber sich aber derselbe beschwerte, unter dem Vorwande, daß es wider das alte Herkommen sey, und ihm auch solches verboten worden. Er setzte noch hinzu, daß auf den Reichstagen nur zwey, nemlich der Churfürsten und Fürsten, Räche seyn sollten, die *Vota conclusiva* oder *decisiva* hätten, und würden die Bedenken der R. Städte allein angehört, im Fall etwa, daß es den Obern Ständen, als auf die es hieben lediglich ankomme, beliebt, ihren gefaßten Schluss darnach zu ändern, und dieses vermöge auch die Kayserliche Resolution. Hätten also die R. Städte etwas vorzubringen; so möchten sie

sie es besonders, und nicht in Gegenwart der beider Obern Räte thun; deswegen dann die R. Städte ihr vorgedachtes ferneres Bedenken dem Kayser, durch einen Ausschuss, übergeben haben, welcher Punkt hernach auf einen allgemeinen Mänztage verschoben, und mit Vergleichung der Stände und Städte nach Frankfurt auf den 1. August des folgenden J. 1571. angesetzt worden.

Die noch übrigen Punkten der Kayserlichen Proposition, nemlich die Gothaische Handlung, die Wiederherbeybringung der dem Reiche entzogenen Stände, die Ergänzung und Rectification der R. Matricel und die Sessionssitzungen sind ebenfalls in den verschiedenen Räten tractirt, die Meinung der R. Städte gehört, einhellig geschlossen, und die Vergleichung dem Kayser vorgebracht worden. Uebrigens sind auf dem damaligen Reichstage die R. Städte in den Ausschuss zu den Supplicationen, und zur Abnahme der Rechnung des R. Pfennigmeisters von Sebottendorf, ingleichen von dem Kayser selbst, neben den Churfürsten und Fürsten, die Städte Straßburg und Nürnberg, zu der gütlichen Unterhandlung zwischen den Herzogen von Mecklenburg und der Stadt Rostock verordnet worden. Ferner sind auch die R. Städte bey Anhörung der fremden Botschaften, und des Reichs Abschiedes, mit zugegen gewesen, bey welcher Gelegenheit der Churmaynzische Kanzler, von wegen der Churfürsten, ihnen anzeigte, daß, obgleich der R. A., altem Herkommen nach, ehe er im gemeinen Ausschusse abgehört würde, erst bey den Churfürsten pflegte verlesen zu werden, Sie, die Churfürsten, es dimal, zu Beförderung der Sache, doch mit Vorbehalt ihrer Rechte, unterlassen wollten. Allein die Verordneten des Fürsten Rathes und die Deputirten der erbaren R. Städte widersprachen, nach gehaltener Unterredung,

bung, dieser Aeußerung, und zeigten an, es wäre vielmehr der Gebrauch, daß der verfaßte R. A. alsobald durch den gemeinen Ausschuß abgehört worden.

Endlich so sind auch die R. Städte bey allen gemeinen Vorträgen mit zugezogen, und nichts beschwerliches, der Ausschließung halber, gegen sie gesucht worden, als was sich der Chur-Maynzische Kanzler, über das schon gemeldete, noch weiter gegen sie herausgenommen hat. Nämlich 1) daß dasjenige, was die Chur- und Fürstliche Collegia, auf die vom Kayser proponirte Punkten, und auf andere, in den abgesonderten Räthen zu berathschlagen, vorgekommene Sachen, unterhandelt und bedacht, ehe es den Gesandten der R. Städte, gewöhnlicher Weise, referirt worden, als ein gemeines aller R. Stände Bedenken, so wie es dem Kayser zu übergeben, zu Papier gebracht, und hernach erst den Gesandten der Städte etwa mündlich referirt, und von dem Papiere vorgelesen worden. Ferner und 2) daß die Dekrete, welche durch den gemeinen Ausschuß zum Supplikations-Rathe bedacht, und schriftlich verfaßt worden, den Räthen der Churfürsten und Fürsten, in Abwesenheit, und wohl etwa gar mit Abweisung der Gesandten der R. Städte, verlesen und durch jene ferner erwogen worden, ehe man solche Dekrete im gemeinen Reichsrathe, auch in Abwesenheit der R. Städtischen Gesandten, vorgelesen hätte, welches aber dem alten Zerkommen zuwider wäre. Dann in solchen Fällen hätte man es vor Alters ungefähr so gehalten: Wenn die Chur- und Fürstens-Räthe den R. Städten, und diese hinwiederum jenen referirt hätten, daß sie Beiderseits, auf die proponirte oder andere wichtige Punkten, in ihren abgesonderten Räthen, sich bedacht hätten, und man sich hierauf über ein gemeines Bedenken aller Stände verglichen; so wäre solches erst alsdann,

als ein gemeines Bedenken aller Stände, in der Form, wie es dem Kayser vorzubringen, schriftlich aufgesetzt, und hernach den gemeinen Ständen vorgelesen, auch dieselben darauf unterschiedlich, ob es der Berathschlagung gemäß, gehört worden. Ingleichen wären auch die im gemeinen Supplikations-Rathe bedachte und schriftlich verfaßte Dekrete jederzeit sogleich in den gemeinen Rath gebracht, daselbst in Beyseyn der Gesandten der R. Städte verlesen, und darauf, wenn es die Nothdurft erfordert, das weitere bedacht und gehandelt worden. Es wären auch die Gesandten der R. Städte, so viel sie in Erfahrung bringen mögen, niemals, ausser was dßmal geschehen, von der Ablesung und Abhörung der vorgedachten Dekrete ausgeschlossen worden.

Die Reuterbestallung, von der ich, von der Seite 310/337. dieses achten Bandes, einen kurzen Auszug gegeben, und in der Note h), auf der S. 337. angezeigt habe, wo sie anzutreffen sey, ist auch des Lazarus von Schwendi, Freyherrns zu Hohen-Landsperg ic., Kayserlichen Raths und Felbobrists in Ober-Ungarn, so genanntem Kriegs-Discurs von Bestellung des ganzen Kriegswesens und von den Kriegsämptern ic.; (Frankfurt am Main, 1593. 4.) S. 119. 165., mit gedruckt. Aus dem, von dem Herausgeber dieses Kriegs-Discurses, dem Hans Lewentlaw von Amelbeurn, auf der Seite 118., vorangesetztem Berichte ersehe ich übrigens, daß die Reuter-Bestallung durch den General von Schwendi entworfen, und sein Concept den Reichständen, auf dem Reichstage, übergeben, und von ihnen darauf decretirt worden, welcher Aufsatß vielleicht einerley ist mit dem Wiener-Projecte der Reuterbestallung, dessen ich auf Seite 111. in der Note ff) des achten Bandes der N. L. R. G. gedacht habe. Und auf eben



eben dieser Seite 111. in der Note f), können den  
 dort selbst angeführten Gränkischen Kreisabschieden  
 noch einige, nemlich vom 26. August 1569. S. 1: 8.  
 vom 1. November 1569. S. 1: 4., und vom 15.  
 März 1570. S. 1. et 2., in J. C. Mosers Samml-  
 ung des H. R. R. sämtl. Crays-Abschiede, P. II.  
 n. 45. p. 71-76., n. 46. p. 81-84. und n. 48. p. 93-  
 97., beigegefüget werden.

Endlich kann ich auch aus archivalischen  
 Reichstagsacten vom J. 1570., und zwar aus  
 dem, weiter oben erwähnten, R. Tags-Protokolle  
 des Kayserlichen Rathes und Landvogts von Jle-  
 sung, zu demjenigen, was, auf der S. 442. 497.f. und  
 dieses achten Bandes, von der, durch die aus den  
 Niederlanden geflüchtete Edelleute, zu Speyer  
 übergebenen Supplication vorkommt, noch folgen-  
 des bemerken. Den 2. October 1570., als sich Ei-  
 nige vom Westfälischen Kreise beklaget hätten, daß  
 ihnen ihre Reichslehen von Burgund wären ein-  
 gezogen worden, als Battenberg, Berg und Hoorn,  
 wäre auf dem Reichstage der Antrag gemacht wor-  
 den, die Burgundische Gesandtschaft darüber zu  
 hören. Wosern sie sich aber nicht einlassen wollte,  
 sollte man den Kayser bitten, Battenberg und  
 Hoorn zu sequestriren, und alsdann, der andern  
 Beschwerden halber, eine Commission auf den  
 Churfürsten von Trier und den Landgrafen Wil-  
 helm von Hessen-Cassel an Burgund ausgehen zu  
 lassen, die Sachen in Güte, zu Aug des H. R.,  
 und durch die Reichsstände abhandlen zu lassen.  
 Den in der Note x), auf der Seite 501. ff. des achten  
 Bandes, angeführten Schriftstellern von den Nie-  
 derländischen Unruhen kann man noch beifügen  
 des Alfonsus von Ulloa in Spanischer Sprache  
 geschriebene, und zu Venedig im J. 1569., in  
 Quarr gedruckte Geschichte der Verrichtungen des  
 Herzogs von Alba in den Niederlanden, von der



ich eine alte teutsche Uebersetzung besitze, unter folgendem Titel: Gründliche Beschreibung inn zwey Thail verfaßt, durch Herrn Alfonso Ulloa des Niderländischen Kriegs, so Herr Don Fernando Alvares von Toledo, Herzog von Alba, Kriegs Obrister des Durchl. Cathol. Königs Philippi geführt hat, wider Wilhahnen, von Nassau, Prinzen von Oranien, und Graven Ludwigen seinen Brüder, auch gegen ihrer Catholischen Majestet andern Rebellen und Aufständischen im Niderland, des 1568. Jars. Sambt denen sachen, so sich zwischen der Königin in Engeland, des Catholischen Königs Philippi Putschafft, bey derselben Königin, und obgedachtem Herzogen verlossen hat, wegen auffhaltung und Arrestation etlicher Schiff und etliches Gelts, des hochgedachten Königs, in den Englischen porten und häfen. Auch von dem Englischen und iren Gütern im Niderland &c. Gedruckt zu Dillingen; durch Sebaldum Mayer. Anno MDLXX., in Quart, 22½ Bogen stark.

Andere Verbesserungen und Zusätze verspare ich bis zu der Vorrede des folgenden Theiles, welcher, wenn Gott Leben und Gesundheit mir ferner fristet, in der nächsten Leipziger Jubilate-Messe des künftigen Jars an das Licht treten, und den Rest der Regierungsgeschichte Kayser Maximilians des Zweiten, nebst dem Anfange der Regierung Kayser Rudolfs des Zweiten enthalten soll.

Der Herr aber lasse auch meine dßmalige Bemühung nicht ohne Segen seyn, sondern zu einigen Nutzen für das Reich der Wissenschaften, und zum Besten des gemeinen Befens reichen.

Geschrieben auf der Julius-Cæsar-Universität zu Helmstedt, den 4. October im Jahr 1779.

D. Franz Dominicus Häberlin.

Fortsetzung der Regierungsgeschichte  
**Kayser Maximilians des Zweiten,**  
 vom Jahr 1569 — 1576.

---

ist in dem vorhergehenden Bande I. Abt.  
 dieses Werkes von der Capitulation,<sup>1569</sup>  
 welche Pfalzgraf Wolfgang in  
 Zweybrücken mit dem von France  
 court, im vorigen Jahr, geschlossen  
 hatte, und von seinen hierauf gemachten Zurüstun-  
 gen, ein ansehnliches Heer, zum Dienste des Prin-  
 zens von Conde und seiner Religionsverwande-  
 ten, nach Frankreich zu führen, umständlich ge-  
 handelt worden \*). Nunmehr wollen wir von die-  
 ser Expedition das nöthige herbringen, und aber  
 hauptsächlich auf dasjenige einschränken, was den  
 Pfalzgrafen Wolfgang und die andern Teutschen  
 Fürsten und Herren, die zum Dienste des Königs  
 von

a) S. im VII. Bande der N. L. A. G., S. 479: 501.  
 N. K. Z. 8. Th.      A

J. Car. von Frankreich die Waffen ergriffen, und ihm  
 1569 gleichfalls einen starken Haufen Kriegsvölker zuge-  
 führt hatten, betrifft, weil solches zu einigen Hand-  
 lungen in unserm Reiche Anlaß gegeben, und  
 also in die teutsche Reichsgeschichte einschlägt.  
 Die umständlichere Erzählung aber dieses dritten  
 bürgerlichen und Religions-Krieges in  
 Frankreich gehört in die Französische Geschichte.

Die von dem Pfalzgrafen Wolfgang ange-  
 stellten Werbungen hatten aller Orten einen gu-  
 ten Fortgang gehabt, und die in Pommern, der  
 Mark Brandenburg, in Sachsen, Franken  
 und Schwaben zusammengebrachten Reuter zo-  
 gen von allen Orten her dem Pfalzgrafen zu. Der  
 von Stein war mit etlichen seiner Reuter im  
 Prurhein angekommen, und mußte einige Tage im  
 Speyerischen stille liegen, weil man ihm die Ue-  
 berfahrt über den Rhein bey Lauterburg nicht  
 gestatten wollte. Endlich aber gleng selbige vor sich,  
 und er legte seine Leute um Weissenburg in die  
 Quartiere. Dieses, daß hieben die Speyerischer  
 Untertanen etwas gelitten haben sollten, veran-  
 laßte den Kayser, daß er seinen Hofrath, Chri-  
 17 Jan. stof Philipp Zotten von Perneck, mit einem zu  
 Linz ausgefertigten Creditive, zum zweytenmal b)  
 an den Pfalzgrafen Wolfgang abfertigte. Der  
 selbe stellte nun dem Pfalzgrafen vor, daß seine  
 im vorigen Jahr, abgegebene Erklärung allzu ab-  
 gekürzt und undeutlich befunden worden; daß der  
 Bischof von Speyer gegen die R. Constitutionen  
 beschwoeret werde, mit Begehren, die in  
 Speyerischen liegenden Reuter sogleich abzu-  
 führen; und endlich, daß die Rede gehe, der  
 Pfalzgraf wolle in die drey Bisthümer, May  
 Tul

b) S. ebendasselbst, S. 495.

Tull und Verdin einrüden; welches ihm aber der J. Chr. Kayser, aus dem Grunde, ernstlich verbiethen<sup>1569</sup> sie, weil diese drey Bischöfe des H. R. gehorsame Fürsten und Glieder wären, und ihre Tirsken; und andere R. Contributionen und Anlaggen treulich und ordentlich erlegten. Zuletzt hängt der Kayserliche Gesandte die Drohung an; daß, wenn Klagen einliefen, der Kayser nicht würde Umgang nehmen können, den Landfrieden und andere sich darauf bezieheude R. und Deputations Abschiede zu handhaben.

Auf diesen Vortrag erfolgte von Seiten des Pfalzgrafens eine weitläufige Ablehnung, deren Hauptinhalt dahin gieng: der Pfalzgraf wisse sich des Landfriedens, der Exekutionsordnung, und des Wormser Deputationsabschiedes ganz wohl zu erinnern, und befehle auch seinen Obrißten ernstlich, sich denenselben gemäß zu verhalten. Der von Stein lebe, nebst den Seinigen, für baates Geld, und der Durchzug sey bey dem Bischof von Speyer schriftlich nachgesucht worden, wovon man dem Kayserlichen Gesandten eine Abschrift zustellte, um den Kayser zu überzeugen, daß der Pfalzgraf, als ein gehorsamer Fürst, jederzeit den Ordnungen nachlebe. Was den andern Punkt, nemlich die drey vorbenannten Stifter, betreffe; so wisse der Pfalzgraf noch zur Zeit nicht, wo sein Zug hingehen werde. Er wisse aber auch nicht, was er sich zu den Inhabern dieser drey Stifter, in welchen der Herzog von Ausmale mit einem Kriegsheere stehe, zu versehen habe. Außerdem sey dem Kayser nicht unbekannt, was auf erlichen Reichstagen, und besonders auf seinem Wahl- und Krönungstage zu Frankfurt, wegen dieser drey Bisthümer vorgefallen, und daß auf dem letzten R. Tage zu Augspurg deren

2. Die Gesandten aus dem R. Fürstenthum ausge-  
 1569 schlossen worden. Nicht zu gedenken der unglaublichen Kosten, die man, seit dem J. 1552., auf die Wiederherbeybringung dieser drey Stifter verwendet, und die den Pfalzgrafen und seine Unterthanen allein über 100000. Gulden kosteten, dessen allen man hätte überhoben seyn können, wenn es mit diesen drey Bisthümern die Beschaffenheit hätte, wie der Gesandte vorgeben wollen. Mit dieser Antwort mußte der Kayserliche Gesandte wieder abreißen, und der Pfalzgraf hielt nochmals mit seinem wahren Vorhaben zurück, ließ aber den Gesandten merken, daß der Kayser die Königlichke Parthey begünstige, von deren gesetzwidrigen Durchzügen nichts sage, und, um nur einen Anlaß zur Drohung gegen ihn zu finden, den so sehr zweifelhaften Punkt von der R. Landschaft der drey, dem König von Frankreich mit Pflichten zugewandten, Bistümer mit anjehle. Es beschwerte sich aber auch das Kayserliche Kammergericht zu Speyer über die Pfalzgräflichen Reuter, indem es nemlich drey Assessoren, den von Friltsch, D. Drechfeln und D. Cifnern, zu dem Pfalzgrafen Wolfgang nach  
 30 Jan. Heydelberg schickte, die über zu befürchtende Vergewaltigung und Hemmung der Justiz klagen. Der Pfalzgraf verlangte, daß sie besondere Fälle angeben sollten, um sofort die nöthigen Befehle ertheilen zu können, wozu sie aber nicht gefaßt waren, und daher unverrichteter Dingen nach Speyer zurückgingen.

Indessen war von allem dem Gelde, welches D. Weyer anzuschaffen versprochen hatte \*), noch kein Heller eingegangen, und doch stunden die Reuter zum Anritte fertig, hatten auch größtentheils ihr

\*) S. im VII. Bande der N. T. R. G., S. 411.

ihm Antrittsgeld schon erhalten, und sollten nun ihren J. Chn. nennlichen Gold empfangen, deswegen man alles 1569 mögliche that, um Geld aufzutreiben. Dem D. Weyer ward hiebei nicht wohl zu Muth, er erichtete aber in der Angst einen Brief von der Königin Elisabeth in Engelland, worin Sie sich erbot, Geld zum Zuge des Pfalzgrafen herzugeben. Da man ihm trauete; so wurde er mit einem Schreiben an die Königin abgefertiget, um das Geld in Empfang zu nehmen, wovon sich die Nachricht unter die Reuter verbreitete, die also um so williger waren, nunmehr den Zug, auf gute Hoffnung, anzutreten, und man hoffte, mit der noch übrigen Baarschaft immer einen Schritt näher zu kommen. Der D. Weyer bekam auch nachmals wirklich Geld in Engelland, gieng aber da mit nach Rochelle, und, auf die erhaltene Nachricht von des Pfalzgrafen Tode, gab er davon dem Admiral soviel, als er wollte, das übrige behielt er für sich, und unterschlug die ihm an den Pfalzgrafen mitgegebene Antwort. Um diese Zeit kam der Prinz Wilhelm von Oranien, der im vorigen Jahr, mit dem Reste seiner Truppen, aus den Niederlanden, durch die Pikardie und Lothringen, in das Elfaß gezogen war, mit seinem Bruder, dem Grafen Ludwig von Nassau, Diegen von Schönberg, Hermann Riedeseln und andern, zum Pfalzgrafen Wolfgang nach Bergzabern, und bezeugte Lust, mit ihm zu ziehen. Der Pfalzgraf nahm zwar sein Erbieten an, aber mit der Bedingung, daß ihn der Prinz in der ganzen Expedition für seinen Feldherrn erkennen, unter seinem Oberbefehl stehen, und seine Leute, bis zur Vereinigung mit der Condeischen Armee, selbst besolden sollte, wegen des weitem aber möchte er sich mit dem Francourt vergleichen. Prinz Wil-

init.  
Febr.

3. Hr. helm willigte zwar in diese Bedingungen; aber  
 1569 seine Reuter weigerten sich, ihm zu folgen, bevor er ihnen nicht ihren rückständigen Sold bezahlte, und künftig der Pfalzgraf die Bezahlung über sich nähme. Allein dieser hatte genug mit sich selbst zu thun, und schlug also diese Anmuthung ab, worüber  
 11. Hr. der Prinz sich endlich mit seinen Leuten dahin verglich, daß er einem jeden Reuter einen dreymonatlichen Sold baar bezahlte, und ihnen versprach, den übrigen Rückstand innerhalb zwölf Jahren zu entrichten, wofür und bis zur völligen Bezahlung er sein Fürstenthum Oranien und die Herrschaft Montfort verpfändete. Indessen mußte er doch den größten Theil seiner Reuter und Knechte auseinander gehen lassen, und stieß nachher, nur mit einer geringen Anzahl Reuter und Schützen, zum Pfalzgrafen.

- Kayser Maximilian war mit der seinem Gesandten, von dem Pfalzgrafen Wolfgang, gegebenen und weiter oben erwähnten Antwort gar nicht zufrieden, und schickte daher den obgedachten Zotten von Perneck, mit einem zu Wien datirten  
 3. Hr. Creditiv, zum drittenmal an ihn. Das Anbringen des Gesandten bestand in drey Punkten:  
 1) daß er auf die Abführung der Reuter aus dem Speyerischen drung; 2) den Pfalzgrafen vor dem Einfall in die drey Biathümer, die allerdings zum Reiche gehörten, ob sie gleich der K. von Frankreich ipso facto inne hätte, wiederholt warnete; und 3) ein für allemal eine deutliche Erklärung begehrte, wohin des Pfalzgrafens außerordentliche Rüstung eigentlich abzielte. Pfalzgraf Wolfgang antwortete auf den ersten Punkt, daß er im Begriff stehe, die Reuter abzuführen, und würde es noch an diesem Tage geschehen seyn, wenn der Gesandte nicht gekommen wäre. Auf den  
 zweis

zweiten Punkt gab er keine eindeutige Erklärung, 3. Chr. sondern stellte nur umständlich vor, was für ein großer Schaden den R. Ständen, und besonders den Benachbarten zugefügt worden, seitdem der R. von Frankreich die drey Bisthümer inne habe. Es würden auch die Franzosen nicht fern, je länger je mehr einen festen Fuß in Deutschland zu setzen, und die disseite des Rheins gelegenen Teutschen Länder, mittelst solcher drey Stifter und Städte, die stets mit Kriegsvolke besetzt und gewaltig befestiget wären, unter ihre Gewalt zu bringen, wofern ihnen nicht in Zeiten begegnet würde. Man könne solches auch nicht undeutlich daraus abnehmen, weil der Herzog von Numale dem Herzog von Lothringen einen Tausch seiner Herzogthümer Lothringen und Barr gegen eben so viel Land in Frankreich ernstlich angetragen, und als solches nicht angenommen worden, dennoch so viel erhalten habe, daß der H. von Lothringen ihm bewilliget, zu Kaufmanns Saarbrück, auf der Lothringischen Gränze nach Teutschland zu, eine starke Königliche Besatzung einzulegen. Endlich in Ansehung des dritten Punkts hielt der Pfalzgraf Wolfgang mit der Antwort nicht weiter zurück, sondern gab dem Kayserlichen Gesandten eine Abschrift von dem Schreiben mit, welches er aus Bergzabern an den König von Frankreich hatte ausfertigen lassen, worin die Ursachen des Zuges ausführlich enthalten sind. Zugleich trug er dem Gesandten auf, ihn bey dem Kayser zu entschuldigen, daß er die Musterung seiner Völker, welche er gerne auf fremden Boden vorgenommen hätte, noch auf teutschem Boden vor sich gehen lassen müßte. Es wäre nemlich der Herzog von Numale über die Steig bey Elßazabern vorge-  
gedrungen, hätte solche inne, läge im Bisthume



**J. W. Straßburg**, und also auf deutschem Boden, 1569 und griffe etliche Fürsten, Grafen und Stände des **H. R.** mit Brennen, Rauben und Plündern feindlich an. Ja es wäre zu besorgen, daß er noch weiter in das deutsche Reich eindringen würde, wofern ihm nicht Widerstand geschähe, welches aber der Pfalzgraf mit einem ungemusterten Kriegsvolke nicht thun könnte.

Der König von Frankreich hielt sich damals mit seiner Frau Mutter und dem Cardinal von Lothringen zu Metz auf, und es war ihm vornehmlich darum zu thun, die Vereinigung der Condeischen und Zweybrückischen Armeen zu verhindern. Gegen jene hatte er seinen Bruder, den Herzog von Anjou, mit einem Heer nach Poitou geschickt, um den Prinzen daselbst aufzuhalten, dem Pfalzgrafen aber sollte der **H. v. Almale** den Einmarsch in Frankreich verwehren, und wo möglich sollten beide Armeen, jede besonders, zerstreuet werden. Indessen hatte der König noch immer die Hoffnung nicht ganz aufgegeben, den Pfalzgrafen Wolfgang in der Güte von seinem Vorhaben abzu ziehen, und es schickte daher, auf des Königs Verlangen, der Herzog von Lothringen seinen Rath und Amtmann zu Saargemünd, Wilhelm Cramen von Weispolza heim, der vorher etliche Jahre als Statthalter zu Zweybrücken in des Pfalzgrafen Diensten gestanden war, an denselben nach Bergzabern, als er eben im Begriff war, von da aufzubrechen. Dieser Lothringische Gesandte brachte nun an: den König wünsche, die Pfalzgrafen Wolfgang und Johann Casimir persönlich zu sehen und zu sprechen. Wenn es aber ihm, dem Pfalzgrafen Wolfgang, ungelegen wäre, in Person zu kommen; so möchte er an den König einen Gesandten abschicken,

den, woben der Herzog von Lothringen noch 30 Jhr.  
für sich hinzufügen ließ, daß er diese Zusammenkunft  
sehr gerne sähe, in Betracht, daß solches nicht  
ohne Frucht abgehen, sondern dem gemeinen Nutzen,  
Fried und Ruhe sehr dienlich seyn würde. Unser  
Pfalzgraf Wolfgang antwortete auf dieses Anbrin-  
gen: Er sey in alle Wege geneigt, die Reputar-  
tion des Königs und den Wohlstand des Königs-  
reiches zu befördern, wie solches seine Erklä-  
rung, die er dem König in wenig Tagen, mittelst  
eines Schreibens, zuschicken würde, ausführlich  
besage. Er sey auch niemals gemeint gewesen,  
etwas zum Nachtheil des Königs zu unterneh-  
men, sondern habe bloß auf Ansuchen des Königs  
von Navarra, des Prinzens von Conde und an-  
derer Religionsverwandten, ihnen gegen die  
grausamen Verfolgungen einen christlichen und recht-  
mäßigen Beistand bewilliget, der aber gar nicht  
gegen den König gieng. Ohne deren Vora-  
wissen könne Er sich mit dem König in kein Ges-  
präch oder Handlung einlassen, glaube aber gewiß,  
daß, wenn den Verfolgten, wegen Leibes und Gutes,  
auch wegen ihrer Gewissensfreiheit, die nöthige Si-  
cherheit verschafft werde, sie dem König allen Ges-  
horsam leisten würden. Wollte man übrigens Ihm,  
dem Pfalzgrafen, die Ursachen, warum die Zus-  
ammentkunft oder Schickung geschehen sollte,  
schriftlich und mit allen Umständen zukommen lassen;  
so sollte es ihm nicht entgegen seyn, alsdahn nach Er-  
wägung derselben, auf gemüßame Versicherung und  
Geleit, seine Rätche abzufertigen, und alles das mit  
beyzutragen, was zur Reputation, zum Wohls-  
tande und Aufnehmen der Krone Frankreich  
reichen möchte.

Hierauf brach der Pfalzgraf Wolfgang von 20 Jhr.  
Bergzabern mit der Hoffahne auf, und zog nach

3. Hr. Minfeld in der Herrschaft Guttentberg, da 1569 dann, währendem Zuge, die übrigen Truppen zu ihm stießen, die zusammen eine beträchtliche Armee ausmachten, welche der Pfalzgraf selbst, als Generallissimus oder oberster Feldherr, commandirte, und den Grafen Volrath von Mansfeld zu seinem Generallieutenant, Mainharden von Schönberg aber zum Feldmarschall hatte. Die Reuterey war in fünf Haufen getheilt, und bey deren erstem war die Hof- oder Leib- Fahne, welche Otto von Zeim, ein Pommerischer Edelmann, commandirte, dem noch fünf Fahnen unter dem Ritter, Egidius von Sonnenberg, dem Freyherrn Wilhelm von Haydeck, dem Balthasar von Dierbach, dem Georg von Derß und dem Feldmarschall, Mainhard von Schönberg zugeordnet waren, und machte überhaupt der erste Haufe 2478. Reuter aus. Der zweite Haufe war 1558. Pferde stark, und wurde von dem Obristen, Reinhard von Cracow commandirt, der ausser seiner eigenen Fahne, noch vier andere Fahnen, unter ihren eigenen Rittmeistern, nemlich seinem Lieutenant, Henning Mannteufel, Dietrich Glanz, Wenzel von Johannewitz und Ernsen von Wallenfels bey sich hatte. Den dritten Haufen von 1163. Reitern commandirte der Obriste, Johann von Buch, und waren bey ihm, ausser seiner eigenen Fahne, noch drey andere Fahnen mit ihren Rittmeistern, nemlich Johann Pasweln von Rammungen, Conrad Mannteufel und Nicolaus von Krosigt. Der vierte Haufe von 1232. Pferden bestand aus vier Fahnen, nemlich des commandirenden Obristen, Johanns von Derß, und der drey Rittmeister, Stephans von Oerz, Johanns von Kunig und Heinrichs von Kirpergt. Endlich den fünften Haufen com-

commandirte Heinrich von Stein zu Nieders. Obr. Stogingen, er hatte aber nur einen Rittmeister, 1569 Namens Johann Wendel bey sich, und sein Hauße machte nur 672. Reuter aus. Außerdem waren auch noch drey Freycorps, die ebenfalls in des Pfalzgrafens Sold stunden; nemlich Graf Carl zu Mannsfeld, ein Bruder des Generala lieutenants, mit 40. Reitern, Ludolf von Heimbrück, Namens Graf Justs von Schaumburg, mit 279. Pferden, und Dietrich von Schönberg mit 129. Reitern. Es betrug also die ganze Summe aller teutschen Reuter bey des Pfalzgraf Wolfgang's Armee, die er auf seine Kosten zusammengebracht hatte, 7551. Mann und Pferde, wozu noch die Artiglerie- und Bagages Pferde kamen. Eigentlich hatte der Pfalzgraf sich in der, mit dem von Francourt, geschlossenen Capitulation nur zu 6000. Reitern anheischig gemacht, er lieferte aber dagegen desto weniger Fußvold †).

Sein Fußvold bestand nemlich, statt dreyer, nur aus zwey Regimentern, deren eines der Freyherr Quirin Gangolf zu Gerolzeck, das andere aber Johann Jacob von Gramweil commandirte, und der Obristlieutenant bey diesem Corps war Jacob von Windeck. Beide Regimenter waren in 26. Fahnen eingetheilt, und machten nach den Musterlisten 7646. Mann aus; Nun kommen zwar die meisten Geschichtschreiber darin überein, daß das Pfalzgräfliche Fußvold nur 6000. Mann stark gewesen, ja Languetius giebt es nur für 4. bis 5000. Mann an; es kann aber wohl seyn, daß es, bis zur Vereinigung mit dem Pfalzgrafen Wolfgang, die erst einige Wochen 22 Apr. nach

†) S. im VII. Bande der 17. T. R. G., S. 481. u. f.

3. Ebr. nachher zu Mainbrey geschehen, durch offthand 1569 Zufälle, bis auf 6000. Mann geschmolzen ist. Hierauf nächst so stießen auch gleich im Elsass zu dem Pfalzgrafen der Prinz Wilhelm von Oranien; mit seinen beiden Brüdern, den Grafen Ludwig und Heinrich von Nassau, nebst 600. Reitern, und auch noch 600. Französische Reuter und 800. Fußknechte, welche der Niederländischen Expedition des Prinzens von Oranien mit beigewohnt hatten, und fast inmier die Avantgarde ausmachten. Bey dem Französischen Corps waren einige Französische Herren, nemlich von Morvilliers, von Renel, von Clermont d' Ossonville, Dully, Moiry, die beiden Briquemauts, von denen der jüngere das Fußvolk commandirte, Esternay, Feuquieres, Austricourt und Lantey; ihr gewesener Général aber, der Herr von Jentis war zu Bergzabern gestorben. Und alle diese Truppen zusammen machten eine Armee von 8751. Reitern und 8446. Fußknechten, folglich inögesamt 17197. Mann aus, ohne die Artiglerie. Derselben sehte der Herzog von Annale, der durch den Herzog von Nemours und den Baron des Adrets war verstärkt worden, 14. alte Ordonnanzcompagnien, 18. neue Standarten, 52. Fahnen Fußvolk, 6. schwere Canonen und 9. Feldschlangen mitgegen; wie viel aber diese Mannschafft an der Kopffzahl ausgemacht habe, wird nirgends angezeigt. Soviel ist indessen richtig, daß die Pfalzgräflische Armee der Annalischen an Reuterey, so wie diese jetzt am Fußvolke überlegen gewesen. Und als der Pfalzgraf seinen Marsch antrat, stund der H. von Annale, mit seinem Heere, bey Elsfassabern, S. Johann, Ederstal, Ertersweiler und Krafftal.

Wiele

Viele mutmaßten und glaubten sogar da-  
 mals, daß der H. v. Numale nicht abwarten würde, 1569  
 bis sich die Zweybrückische Armee vereinigt hät-  
 te, sondern daß er das Herzogthum Zweybrücken  
 überziehen, die ankommenden Haufen theils aufhe-  
 ben, theils zerstreuen, und überhaupt den Pfalzgra-  
 fen, der die Gelder zu diesem Zuge aus seinem eige-  
 nem Lande nicht heben konnte, sondern solche meistens  
 auf Zinsen aufnehmen mußte, außer Stand setzen  
 würde, sein Versprechen zu erfüllen. Der bekannte  
 Languetius äusserte vornehmlich diese Gedanken in  
 seinen damals an den Churfürsten Augustus von  
 Sachsen geschriebenen Briefen, auf welche auch  
 der berühmte Köhler seine Nachrichten bauet, die  
 er, an dem in der Note anführenden Orte, von  
 diesem Zuge des Pfalzgrafen giebt. Allein die  
 Folge hat diese Mutmassungen widerlegt, und man  
 findet nicht, daß dem Pfalzgrafen Wolfgang je-  
 mals vor einem solchen Einfall in sein Herzogs-  
 thum bange gewesen, welcher Umstand doch einen  
 wirksamen Einfluß auf sein bisher erzähltes Betra-  
 gen gegen den Kayser und die Könige von Spa-  
 nien und Frankreich würde gehabt haben. Viel-  
 leicht ist dieser Einfall deswegen unterblieben, weil  
 der Kayser sich bereits über den Einmarsch der  
 Französischen Völker in den Waßgor und das  
 Elsaß bey dem König von Frankreich beschwer-  
 ret hatte; oder weil dieser es mit dem ganzen teuta-  
 schen Reiche überhaupt, und den protestantis-  
 schen Churfürsten und Fürsten insonderheit, zu et-  
 ner solchen Zeit, nicht verderben wollte, da er zu Hause  
 genug zu thun hatte, und sein Reich in seinen Eing-  
 weiden angegriffen war; oder weil zwischen seiner, in  
 ihren herrschsüchtigen Absichten nicht zu erschöpfenden,  
 Frau Mutter und dem, der Vergrößerung seines  
 Hauses alles aufopferndem, Cardinal von Lothrin-  
 gen

Es gegen kein standhaftes Vornehmen war; aber end-  
 lich, weil der König den Weg der Güte gegen den  
 Pfalzgrafen, noch in dem Augenblicke seines Auf-  
 bruches, versucht hatte. Allein man hat nicht nöthig,  
 seine Zuflucht zu solchen Muthmassungen zu nehmen,  
 gesetzt, daß auch einige ihren guten Grund haben möch-  
 ten; vielmehr ist der wahre Bewegungsgrund  
 in der Folge der Sachen zu finden. Der H. von  
 Annale getraute sich nemlich nicht, den standhaf-  
 ten und entschlossenen Pfalzgrafen Wolfgang  
 anzugreifen, sondern wich ihm sorgfältig aus. Sein  
 Hof hatte auch das Herz nicht, ihm solches zu be-  
 fehlen; dann es war damals eine elende Kriegs-  
 verfassung in Frankreich, und ein jeder auch noch  
 so wenig beträchtliche Verlust hatte die verdrüsslich-  
 sten Folgen. Der Pfalzgraf war dem H. von  
 Annale an der Anzahl der deutschen Reuter  
 überlegen, schon deren Name war den Franzosen  
 fürchterlich, wie man aus ihren Geschichtschreibern  
 sehen kann, und sie wandten das äufferste an, um  
 gleichfalls deutsche Reuter in ihren Sold zu be-  
 kommen, damit sie solche ihren Landsteuten entge-  
 gen stellen könnten. Es hielt daher der H. von Aus-  
 male niemals Stand, sondern marschirte nur im-  
 mer an der Seite des Pfalzgrafen her; da es  
 dann von Zeit zu Zeit zu Scharmützeln kam, in  
 denen zwar meistens der Pfalzgraf die Ober-  
 hand hatte, die aber in der Hauptsache nichts ent-  
 schieden. Indessen führte der Pfalzgraf Wolfgang  
 sein Heer, auf eine fast unglaubliche Art, an der  
 Seite einer feindlichen Armee, mitten durch Frank-  
 reich, mit Ueberwindung aller Hindernisse, bis an  
 den Ort ihrer Bestimmung.

Wir wollen nun von diesem höchst wunderba-  
 ren Marsche das merkwürdigste auszeichnen. Pfalz-  
 graf Wolfgang rückte mit seinen den May habenden  
 Reu-



Reutern von Minsfeld weiter fort nach Sulz, <sup>21. Br.</sup>  
 und von da nach Reichshofen, an welchem Tage <sup>22. c. m.</sup>  
 es seinem Obristen von Derß gelang, ben Neus <sup>1569</sup>  
 weiler und Dossenheim einige Vorthelle über  
 acht Compagnien Fußknechte von der Aumalis-  
 schen Armee zu erfechten, welcher glückliche Epoche  
 die Würtung hatte, daß der Pfalzgraf vier Tage <sup>vom 23.</sup>  
 ben Reichshofen ruhig stille liegen konnte, um die <sup>25. Br.</sup>  
 nachkommenden Truppen an sich zu ziehen, und vor-  
 theilhaft zu vertheilen. Die Aumalische Armee  
 verließ ben dessen Annäherung ihre vorliegende Quar-  
 tiere, und zog sich näher ben Elfsatzabern zusam-  
 men, nachdem sie, vor ihrem Rückzuge, einige um-  
 liegende Dörfer ausgeplündert und angesteckt hatte,  
 dergleichen Unordnungen auch von den ben der  
 Pfalzgräflichen Armee befindlichen Französis-  
 schen Truppen mehrmals begangen wurden, wel-  
 che hernach der Pfalzgraf, zu seinem größten Ver-  
 drusse meistens auf seine und seiner Teutschen  
 Rechnung mußte schreiben lassen, und gleichwohl  
 dem Uebel nicht abhelfen konnte, weil jene Truppen  
 von ihren Hauptleuten unrichtig bezahlt wurden,  
 und ihm in dem Vorzuge gar sehr nöthig waren, mit  
 hin weder die Strenge, noch die gänzliche Absonde-  
 rung rathsam war. Endlich kam man über Ing <sup>28. c. m.</sup>  
 weiler nach Zochfelden, als dem erwählten  
 Sammelplaze, da dann zwar der Pfalzgraf, der  
 seine eigene Infanterie noch nicht bey sich hatte, sein  
 Französisches Fußvolk sich vor Zabern zeigen  
 ließ, ob etwa die Feinde Lust hätten, sich in das Feld  
 zu wagen; allein der H. von Aumale bezeugte keine  
 Neigung, sich einzulassen, sondern ließ den Pfalza-  
 grafen sein Lager ruhig beziehen, und zog sich schlei-  
 nig über die Zaberer Steg in das Gebürge und  
 Lothringen zurück. Ob nun gleich der Pfalza-  
 graf 12. Tage zu Zochfelden liegen blieb, so ließe  
 sen

3. Es seth sich doch, diese ganze Zeit hindurch, kein feindli-  
 1569 che Truppen sehen. Man nahm daselbst die Mus-  
 sterung vor, anfangs zwar mit ziemlichem Widers-  
 spruche der deutschen Reuten, die ihre Unentbehr-  
 lichkeit mißbrauchten, einen Monatsold gleich zum  
 Voraus, und über das empfangene Antrittsgeld  
 noch die Erstattung eines sogenannten Nachgel-  
 des haben wollten, doch brachte man sie endlich in  
 Ordnung.

Hierauf wurde ein grosser Kriegsrath gehalten, wohin man den Zug weiter fortsetzen wollte.  
 Unser Pfalzgraf Wolfgang war anfangs der Mei-  
 nung, daß man sich des Feindes Schrecken zu Nu-  
 zen machen, und ihn in die drey Bisthümer nach-  
 ziehen müßte, damit gleich anfangs etwas entschei-  
 dendes ausgerichtet würde. Dann wenn auch gleich  
 schon alles ausgeplündert, verheeret und aufgekehrt  
 wäre; so könnte man sich doch auf sechs und mehr  
 Tage mit Proviant versehen, da indessen auf eine  
 oder andere Art Vortheil erscheinen würde. Allein  
 die andern, und besonders der von Francourt miß-  
 rathen solches; dann diesem war es hauptsächlich  
 darum zu thun, denen sich im Gebirge befindenden  
 Prinzen Lust zu machen, und den Sitz des Krie-  
 ges in das Herz von Frankreich zu spielen. Er  
 stellte daher weitläufig vor, was für enge Wege,  
 Waldungen, besetzte Pässe und Städte man zu passiren  
 habe, da man dann das schwere Geschütz nicht  
 würde nachbringen können, und außer dem so fehle  
 es auch noch an der Infanterie, deswegen er zu  
 dem Zuge durch Burgund riet. Da nun endlich  
 auch der Generallicutenant, Graf Volcath von  
 Mansfeld, dieser Meinung betrat; so gab zwar  
 der Pfalzgraf ihnen nach, ließ sich aber von dem  
 Grafen Volcath und dem von Francourt ihren  
 Rathschlag schriftlich geben, weil bey dem Zuge  
 durch

doch Burgund eben sowohl unglaubliche Hindernisse zu überwinden wären, und Er, im Falle eines unglücklichen Ausganges, sich vor einem Vorwurfe in soweit sicher stellen wollte. Die Armee rückte nun also weiter fort nach Molsheim, passirte glücklich den Landgraben und die Landwehr, und kam ungehindert bis nach Reichenweyer, wo er einen Rasttag hielt. Man fand zwar auf dem Marsche Schlettstadt und andere Städte, mit besetzten Wällen und fliegenden Fahnen, kriegerisch gerüstet, es geschah aber nirgends der geringste Widerstand, sondern man gestattete überall den freyen Durchzug, und fand das ausgebreitete Gerüchte falsch, als sollte die Landwehr im Elsass bey Reichenweyer und Ruffach von der Oesterreichischen Regierung zu Ensisheim, dem Bischof von Straßburg und andern Elsassischen Ständen besetzt seyn. Es kam vielmehr der Bruder des neuen Bischofs von Straßburg, der Graf von Manderscheid, selbst zu dem Pfalzgrafen nach Molsheim, und läugnete nicht, daß man etliche tausend Mann zusammengebracht hätte, weil man befürchtet, es möchten die bey der Zweybrückischen Armee befindliche Franzosen einen Streif in das Land thun. Da man aber vernommen, daß der Pfalzgraf selbst bey der Armee sey, so habe man sich weiter nichts besorget.

Zu Reichenweyer fanden sich sechs Deputirte von der Regierung zu Ensisheim bey dem Pfalzgrafen ein, die ihre Verwunderung zu erkennen gaben, daß, da er doch um einen Durchzug ange sucht, er die Antwort nicht abgewartet, sondern seinen Zug fortgesetzt habe. Allein Er antwortete darauf, daß er an der Bewilligung des Durchzuges nicht gezweifelt hätte, womit man dann auch zufrieden war, ihm das Städtchen Sennen eröffnete,

3. Oct. und Oesterreichische Commissarien zur Begleis-  
 1569 tung zugab. Uebrigens schickte der Pfalzgraf von  
 da aus Gesandten an den Spanischen Gouver-  
 neur in der Grafschaft Burgund und das Pars-  
 lament zu Dole, ließ um einen freyen Durchzug  
 16. Mrz. anhalten, und setzte seinen Marsch weiter nach  
 17 e. m. Ruffach und Semmen fort. An diesem Orte muß-  
 te Er von den Oesterreichischen Commissarien  
 die bittersten Beschwerden über die Ungezogen-  
 heit und Ausschweifungen des bey ihm befindli-  
 chen Französischen Kriegsvolkes anhören, und  
 man sagte ihm ganz deutlich, daß, wenn man seine  
 Person nicht angesehen hätte, man wohl würde ge-  
 wußt haben, ihrem Troße und Hochmuthe zu bege-  
 gen. Zugleich lief auch von dem vorgedachten Spa-  
 nischen Gouverneur und dem Parlamente zu  
 Dole eine schriftliche Antwort ein, worin sie den  
 Durchmarsch verboten, weil dazu ein besonderer  
 Königlicher Befehl erforderlich wäre, und sie  
 solchen auch dem Herzog von Nemours abge-  
 schlagen hätten, der es, nach des Pfalzgrafen  
 Abzuge, an ihnen ahnden möchte, auch ausserdem  
 ihre Bundsgenossen, die Schweizer, ihre Ein-  
 willigung hiezu geben mußten. Es lief auch wirt-  
 lich zu gleicher Zeit ein Schreiben von den drey-  
 zehn eidgenössischen Cantons, die auf den Ruf  
 von diesem Zuge eine Tageleistung zu Baden im  
 Ergau gehalten hatten, an den Pfalzgrafen ein,  
 des Inhalts, daß er die Grafschaft Burgund  
 mit dem Durchmarsche verschonen möchte, wo-  
 dringefalls sie sich der Bedrängten annehmen muß-  
 ten. Der Pfalzgraf beantwortete diese Schreiben  
 sehr höflich, und versicherte, daß der Durchzug  
 unschädlich seyn, und alles baar bezahlt werden  
 19 e. m. sollte, worauf er seinen Marsch, über Engelsach  
 20 e. m. und la Chapelle nach Lüders fortsetzte. Hier  
 wurde

wurde ihm anfangs der Eingang erschweret, und 1569  
alles dasjenige wiederholet, was bereits von Seiten<sup>12</sup> des  
Gouverneurs und des Parlamentes zu Do-  
le ihm war vorstellig gemacht worden. Anfangs  
gab der Pfalzgraf die besten Worte, daß ihm die  
Thore eröffnet werden möchten. Als aber solches  
nichts helfen wollte; so ließ er die Französischen  
Hackenschützen und etliche teutsche und französ-  
sische Fahnen vor die Stadthore rücken, um  
Gewalt zu gebrauchen. Allein die Einwohner von  
Lüders ließen es nicht auf das äußerste ankommen,  
öffneten alle Thore, übergaben die Schlüssel dazu  
dem Pfalzgrafen, und beschenkten ihn reichlich mit  
Wein, Brod, Haber und anderm Proviant; wie  
dann auch von Seiten des in der Abtey Lüders  
liegenden Kriegsvolkes ihm nichts in Weg gelegt, son-  
dern ihm vielmehr alle Beförderung bis Conflans  
erzeigt wurde, wohin er, nach einem dreytägigen  
Aufenthalte zu Lüders, abgieng. 24 e. m.

Die, den Tag vorher voraus commandirte, 23 e. m.  
bey der Armee befindliche Franzosen, stifteten in-  
zwischen zweyerley Unheil an; da sie nemlich sowohl  
ein Paar hundert zusammen gelaufene Burgun-  
der, die ihnen den Paß versperren wollten, ansie-  
len, zerstreueten und viele todtschlugen, als auch  
in die, dem Cardinal von Granvella zuständige,  
Abtey Claire Fontaine einfielen, selbige, nebst an-  
dern Klöstern, ausplünderten, sie mit Feuer ansteck-  
ten, die Mönche verjagten und übel behandelten.  
Eben diese Franzosen halfen, einige Tage nachher, 27 e. m.  
einen Paß über die Saone einnehmen. Der Graf  
Volrath von Mansfeld besetzte nemlich, mit etli-  
chen Fahnen Reuter, einen Paß und die Brücke  
bey Ormoy; die ganze Humalische Armee aber  
lag nur eine teutsche Meile unterhalb Jussey, und  
suchte den Paß zu wehren, wie sie dann zu Ormoy

3. Die Brücke abwerfen wollte. Die dispirirten  
 1569 Franzosen aber verhinderten solches unter Be-  
 deckung des Graf Volraths, besetzten ein an dem  
 Ufer der Saone gelegenes Ides Schloß mit sieben  
 Fahnen Hackenschützen, und die übrigen lagerten sich  
 darum her. In der folgenden Nacht fielen die Aus-  
 malischen dem Baron von Clermont in sein Las-  
 ger zu Cogné, dem aber sogleich die Mansfeldis-  
 schen Reuter zu Hülfe eilten, worauf sich die Aus-  
 malischen zurückzogen. Weil man nun so sehr na-  
 he beisammen lag, und nicht wissen konnte, was et-  
 wa noch nachkommen würde; so ließ der Graf von  
 Mansfeld drei Stückschüsse thun, auf deren Ver-  
 nehmung der Pfalzgraf seine Armee, noch in der  
 Nacht, eilends ausbrechen ließ, und zu seinen Bot-  
 truppen eilte. Kaum wurden die Feinde seiner An-  
 kunft gewahr, als sich dieselben, ohne Schwerdstreich,  
 in der größten Eile und aus Furcht vor den teuts-  
 schen Reutern, bis nach Langres zurückzogen,  
 auch auf ihrer eilfertigen Flucht vieles zu ihrer Er-  
 leichterung von sich warfen. Niemand hatte sich vor-  
 gestellt, daß die Feinde, bei diesem dem Pfalzgrafen  
 so höchst wichtigen Uebergange über die Saone,  
 so wenig Hindernisse machen, und so geschwind  
 fliehen würden. Man hatte sich daher zwar auf ei-  
 nen heftigen Angriff des Gegentheils, aber noch  
 nicht auf dessen Verfolgung angeschickt, wie man  
 doch, nur mit zehn Fahnen deutscher Reuter, dem-  
 selben grossen Abbruch, zumal an Geschütze und dem  
 Gepäcke, nach den eingelangten Rundschäften, wü-  
 de haben thun können. Da aber die Feinde schon  
 zu weit voraus waren; so mußte man sich mit dem  
 ruhigen Uebergange über den Fluß begnügen. Der  
 Pfalzgraf zog also mit dem Geschütze und der  
 Hoffahne zu Ormoy über die Brücke, und la-  
 1570 gerte sich in und um Jussey; die übrige Reutes-  
 rey

wey hingegen setzte durch eine Fuhr über die Saone, I. Ebe-  
re, und man blieb bis in den April hinein bey 1569  
Jussy stille liegen, um das noch zurückgehende Fuß- 12 Apr.  
volt zu erwarten, ohne welches nicht wohl weiter  
fortzukommen war.

Während diesem Stilllager lief die Nachricht  
von dem Tode des Prinzens von Conde ein, wel-  
cher um diese Zeit die Schlacht bey Jarnac ver- 13 Apr.  
loren hatte, auf der Flucht war eingehelet, und hierauf,  
ungeachtet des erhaltenen Quartiers, von dem  
Baron von Montesquieu rückwärts niederge-  
schossen worden. Die Pfalzgräfliche Armee,  
gerieth dadurch in nicht geringe Bestürzung, war aber  
doch zum Fortzuge bereit, nachdem der Pfalzgraf  
bey Gelegenheit dieses Todesfalles, von der Kö-  
nigin von Navarra, erhaltenen Brief, unter  
der Hand bekannt machen ließ, worin Sie versicherte,  
daß Sie, was auch ihre Feinde immer aussprengen  
möchten, dennoch stark genug wäre, ihnen die  
Spitze zu bieten; auch sowohl Sie, als ihre Leute,  
fest entschlossen wären, lieber zu sterben, als die Waf-  
fen nieder zu legen, bevor nicht der wahre Gottes-  
dienst wieder hergestellt sey; mithin der Pfalzgraf  
nur eilen möchte, seine Armee herben zu führen.  
Allein bald hätte ein anderer Umstand sein Heer wan-  
kend gemacht. Der Pfalzgraf Wolfgang war  
mit einem Fieber befallen worden, und dasselbe setzte  
ihn so heftig zu, daß er sich außer Stand hielt, ohne  
offenbare Lebensgefahr weiter mitgehen zu können.  
Er eröffnete daher dem Prinzen von Oramien sei-  
nen vorläufigen Entschluß, über Mumpelgard  
nach Hause zu gehen, zumal da die mit dem von  
Francourt geschlossene Capitulation ihn nicht  
weiter verbande, dem Zuge selbst beizuwohnen,  
als in so fern er, wegen seiner Gesundheit, oder an-  
derer dringender Umstände halber, daran nicht ver-  
hindert



3. Apr. hindert würde. Der Prinz war ihm auch nicht entgegen, 1569 gegen, dann, daß er krank war, konnte ihm ein jeder ansehen; er sagte aber, daß man zuvörderst die Obristen darüber vernehmen müßte, die man also nach Jussey kommen ließ. Allein nach dem ihnen geschehenem Vorhalte, erklärten sie alle einmüthig, daß sie alsdann auch nicht bleiben würden, und sie geriethen auch darüber in die größte Verlegenheit, die sich bald unter den Truppen zu verbreiten anfing. Es mußte sich also der Pfalzgraf, ehe dieser Umstand seine anfängliche Absichten völlig vereitelte, nur entschliessen, bey seiner Armee zu bleiben, so krank er auch war, und wenn es ihm auch das Leben kosten sollte.

Es ist weiter oben \*) eines Schreibens gedacht worden, welches der Pfalzgraf Wolfgang, 19 Apr. noch vor Antretung seines Zuges, zu Bergzabern an den König von Frankreich hatte ausfertigen lassen, worin er die Gründe ausgeführt hat, warum er sich zu dieser Expedition entschlossen habe. Dasselbe war noch nicht abgeschickt worden, und es scheint, daß man es deswegen so lange zurückgehalten, bis man sehen würde, ob auch dessen Uebergabe noch nöthig seyn würde. Der Tod des Prinzens von Conde und die Entschliessung des Pfalzgrafens, seinen Zug fortzusetzen, mithin nunmehr so bald den französischen Boden zu übertreten, machten nun die Uebergabe dieses Schreibens nothwendig, und der ehemalige churpfälzische, nunmehr Pfalz-Zweybrückische Rath, der Licentiat Johann Wolf, welcher unsern Pfalzgrafen auf seinem Zuge begleitete, sollte dasselbe überbringen. Man suchte also zuvörderst bey dem H. von Aumale um ein sicheres Geleite für den Gesandten an, welches

\*) S. in diesem VIII. Bande der H. L. B., S. 7. 9.

welches auch derselbe überschickte. Weil aber der 9. Apr. Geleitsbrief nur auf ein sicheres Geleite zum 1569 König lautete, und nichts von der sichern Zurückkunft enthielt; so schickte man solchen zurück, und man bekam dafür einen verbesserten Geleits- 14 e. m. brief, mit welchem sich der Rath Wolf auf den Weg zum König machte, der sich damals zu Ver- 18 e. m. dän aufhielt.

Inzwischen setzte der Pfalzgraf mit der Ar- 13 e. m. mee seinen Marsch, über Glory oder Fleurey, weiter nach Mainbray fort, wo er glücklich ankam, 15 e. m. aber wieder stille liegen mußte, um die Ankunft seiner zwey Regimenten deutscher Infanterie zu erwarten, welche auch endlich, unter ihrem Obristen, 22 e. m. dem Freyherrn von Geroldseck und dem von Gramweil anlangten. Nachdem sie einen Tag aus- 23 e. m. geruhet hatten; so marschirte die ganze Armee in der folgenden Nacht und den Tag darauf bis nach 24 e. m. Montallan. Die Aumalische Armee gieng ihr immer an der Seite her, wollte aber niemals ein Haupttreffen wagen, ob sich gleich der Pfalzgraf, da er, an diesem Tage, nur eine halbe Meile vor dem 25 e. m. feindlichen Lager vorbey ziehen mußte, mit 22. Fahnen in Schlachtordnung stellte. Weil nun der Pfalzgraf in den nächsten vorliegenden Dörfern Rheingräfliche Reuter von der Aumalischen Armee vor sich fand; so mußte er seinen Zug etwas ändern, und zog sich also, am folgenden Tage, wieder 25 e. m. etwas zurück, da er dann an dem gestrigen Orte sich, auf einem Hügel, nochmals in Schlachtordnung stellte. Der Herzog von Aumale sah dieses für eine bloße Prahlerei an, und hielt sich also ganz stille, da mittlerweile die Zweybrückische Artiglerie und sämtliche Bagage, hinter der Schlachtordnung vorbey, durch ein enges Gehölze und Pässe fortrückte, denen endlich der Pfalzgraf mit der Armee folgte,

3. Oct. welche, nach der allgemeinen Meinung, mit 2000.  
 1569 Hackenschüssen hätte abgehalten, oder doch wenigstens  
 die halbe Equipage zu Grunde gerichtet werden könn-  
 ten. Währendem Marsche nahm der Pfalzgraf  
 das Schloß Montsagon weg, machte darin 50.  
 Numalische Soldaten zu Kriegsgefangenen,  
 und lagerte sich des Abends zu Riviere la Fosse, in  
 einem Grunde und einem wegen seiner Lage höchst ge-  
 fährlichen Orte. Man hielt sich auch auf einen An-  
 griff gefaßt, der aber nicht erfolgte, indem der Z. von  
 24 Apr. Numale, am folgenden Morgen, in aller Frühe, auf-  
 brach, um dem Pfalzgrafen vorzukommen, und ihm  
 an einem andern Orte den Paß zu verlegen, auch  
 hiedurch den begangenen Fehler wieder einzubringen.  
 25 e.m. Um diese Zeit kam der Rath und Licentiat  
 Wolf von seiner Gesandtschaft zurück, und startete  
 von seiner Berührung folgenden Bericht ab. Als  
 er zu dem Z. von Numale gekommen wäre, hätte  
 dieser vieles von seiner jederzeit gehaltenen guten  
 Nachbarschaft und Freundschaft geredet, und sehr ge-  
 wünscht, daß der Pfalzgraf noch jezo zurückges-  
 hen, und seinen Frieden mit dem König machen  
 möchte. Zu Verdün wäre er in das Zimmer des  
 Cardinals von Lothringen auf dem Schlosse  
 einquartiert, und nach dem Abendessen durch einen  
 Edelmann befragt worden: ob seine Werbung  
 mündlich oder schriftlich sey; in letzterm Falle  
 sey er nemlich abgeschickt, um sie ihm abzunehmen,  
 und dem König zu überbringen. Allein Er,  
 der Rath Wolf, habe verlangt, seine Schreib-  
 sen dem König selbst zu übergeben, worauf man  
 ihn vorgelassen habe, da er dann den König, mit  
 seiner Frau Mutter, in einem langen schmalen  
 Saale angetroffen, an dessen Hinterthüre der Bis-  
 chof von Verdün und ein Secretarius gestan-  
 den. Er habe alldann sein Creditiv übergeben,  
 nach

nach dessen Verlesung man ihm erlaubt habe, zu sprechen; da er dann, nach kurzer Wiederholung dessen, was zu diesem Zuge Anlaß gegeben, das Schreiben selbst überreicht und gebeten habe, daß es der König selbst lesen und beherzigen möchte, und Falls etwas in demselben zu scharf oder zu dunkel scheinen sollte, wäre er bereit, sich darüber weiter zu erklären. Es habe auch der König ihm das Schreiben abgenommen, und geäußert: Er wolle es selbst lesen, und sich hernach mit ihm darüber weiter bereden.

Der Hauptinhalt dieses Schreibens war folgender: Es wären, seit den letztern Jahren, viele Rittermeister, durch sein, des Pfalzgrafen, Land, ohne vorgängige Erlaubniß, in und aus Frankreich gezogen, und dadurch seine Unterthanen gar sehr beschweret worden. Diesem nun den jetzigen Prackricen und Kriegswerbungen in Deutschland vorzubeugen, habe Er sich um Reuter und Knechte beworben. Michlerweil hätten ihm der König von Navarra und der Prinz von Conde kläglich vorbringen lassen, wie unbilliger Weise und wider alle Königliche Pacificationsedicte man ihnen und allen ihren Religionsverwandten in Frankreich zusehe, und sie nicht allein ihrer Güter und Ehrenämter entseze, sondern auch ganz und gar zu vertilgen suche; wie dann täglich viele einheimische und fremde Kriegsteute angenommen würden. Sie hätten ihn daher ersucht, daß Er ihnen mit seinem bestellten Kriegsvolke, in solcher ihrer äußersten Noth, zu Hülfe kommen möchte, welches Er ihnen nicht hätte abschlagen können. Es sey aber diese Kriegsrüstung keinesweges wider die Krone Frankreich, wie der H. von Ausmale in seinem Schreiben vorgebe, sondern vielmehr derselben zum Besten vorgenommen worden. Der König von Navarra und der Prinz von Conde,

3. Er. nebst ihren Bünden und Glaubensgenossen, hätten 1569 ten ihn nemlich versichert, daß sie gar nichts feindseliges oder aufrührerischer Weise gegen ihren König handeln und vornehmen, sondern dessen getreue und gehorsame Unterthanen seyn und bleiben, ihr Haab, Gut und Blut für ihn aufsehn, und ihn in allen weltlichen Sachen den schuldigen Gehorsam leisten wollten, wofern man nur nicht ihr Gewissen in Religionsfachen, wider die aufgerichtete Verträge, beschwerte. Würde sich ein anderes im Werke befinden, so dürfte Er, der Pfalzgraf, ihnen keinen Beistand leisten, sondern Er wäre befugt, sich von ihnen ab, und auf des Königs Seite gegen sie, als Rebellen, zu wenden; wie sie sich auch auf eine ähnliche Art, in dem neulichen Kriege, gegen seinen Vetter, den Pfalzgrafen Johann Casimir, erklärt hätten, und es sich auch also nachher im Werke befunden, indem der König sie darauf begnadiget, und ihre Handlungen, in dem aufgerichteten Verträge, gebilliget hätte.

Singegen hätten ihre Feinde das Friedensedict im geringsten nicht gehalten, und giengen täglich damit um, daß sie den König gegen die gehorsamen Religionsverwandten verbitterten, um selbige um Ehre, Leib und Gut zu bringen. Es gehe das gemeine Geschrey, daß, seit dem letzten Verträge, etliche tausend Religionsverwandten, und darunter viele alte Leute, Weiber und Kinder, die niemals zu den Waffen gegriffen, und nicht einmal verstanden, was Meuteren sey, wider Treu und Glauben, unter Vorschüßung und Mißbrauchung des Königlichen Namens, jämmerlich gemartert und getödtet worden. Es wäre ja eine schwere Sünde, Christenblut zu vergießen, und auf sich zu laden, welches sich am jüngsten Tage nicht würde entschuldigen lassen. Weil es auch nicht weltliche Sachen wären,

wors

worüber die Obrigkeiten zu gebieten hätten, sondern 3. Ob. die Gewissen, die sich Gott vorbehalten, betreffe; so 1569 wäre am sichersten, dem Rathe des Barnabius, in dem 38. und 39. Versickel des 5 Capitel der Apostelgeschichte zu folgen. Deswegen könne der König seinem Königreiche nicht besser zur Ruhe helfen, als wenn er denen, die sich auf ihr Gewissen beriefen, und sonst mit groben Irrthümern nicht be-  
 haftet wären, in allen Ständen die Religion frey-  
 lasse; wie er dann den aufgerichteten Religions-  
 frieden im 2. R. L. VI. zum Exempel hätte.  
 Daß es aber den bedrängten Christen in Frank-  
 reich nicht so sehr um das Zeitliche, als vielmehr  
 um ihre Gewissen und die Religion zu thun sey,  
 erscheine daraus, daß sie ihr Leben, Weiber und Kin-  
 der, Land und Leute, Haab und Güter in Gefahr set-  
 zen, dessen sie lieber überhoben blieben, wenn sie nicht  
 den ernstlichen Befehl Gottes beim Evangelisten  
 Matthäus im 10 Capitel und dessen 32. 33. und  
 37. Versickel vor Augen hätten. Ferner wäre  
 auch wohl zu bedenken, wie schädlich die bestän-  
 dige Kriegswerbung in Frankreich sey, und  
 daß der König wenig Nutzen davon hätte, wenn er  
 seine Blutsverwandten Fürsten und Herren derges-  
 talt hinrichten liesse. Und obgleich etliche unmordens-  
 liche Sachen aus Unverstand vorgefallen, wodurch  
 der König zu billigem Zorn und Strafe möchte ge-  
 reizet worden seyn; so wäre es doch eine Königl.che  
 Tugend, solches alles zu verzeihen, und es so viele  
 unschuldige Kinder und alte Leute nicht entgelten zu  
 lassen.

Er, der Pfalzgraf, bäte also den König,  
 es nicht ungütig aufzunehmen, daß er dem Kö-  
 nig von Navarra, dem Prinzen von Conde und  
 ihren Mitgenossen, welche die Noth zur Erlaub-  
 nis Gegenwehr wider ihre Feinde triebe, und die  
 nichts

Es. nichts desto weniger erbietig wären, dem König ab  
 1769 len schuldigen Gehorsam zu leisten, aus christlichem  
 Mitleiden und andern erheblichen Ursachen, Beistand  
 leiste. Seine Meinung sey dabey gar nicht, die Kö-  
 niglichen Unterthanen zu beschweren und zu verber-  
 ben, sondern ihnen vielmehr allen nachbarlichen Wil-  
 len zu erzeigen, so fern es nur der Religion nicht  
 nachtheilig wäre. Das Haus Pfalz und der chur-  
 fürstliche Stamm hätte jederzeit mit dem König  
 von Frankreich in gutem Vertrauen gestanden,  
 und er begehrt auch für seine Person, noch ferner  
 darin zu beharren, zu dessen Beweis er sich erböte,  
 in die Königliche Beistellung sich zu begeben, und  
 sich nichts vorzubehalten, als die Religion, das  
 H. R. und den Prinzen von Conde, samt seinen  
 Angehörigen. Falls aber sein billiger Vorschlag  
 nicht statthaben, oder die Ursache dieser Unruhen  
 nicht abgeschafft werden, und daraus der Krone  
 Frankreich weiteres Unheil oder Blutvergießen er-  
 folgen sollte; so wollte Er vor Gott und allen  
 Menschen protestirt haben, daß Er daran keine  
 Schuld habe.

17Apr.

Diesem Schreiben war eine zu Mainbray  
 datirte Nachschrift beigelegt, worin es heißt: der  
 Pfalzgraf habe das Schreiben so lange zurückgehal-  
 ten, weil er immer gehofft hätte, es würde inzwi-  
 schen der Friede erfolgen. Da aber die Verfolgung  
 fortbauerte, der Prinz von Conde gegen Treu und  
 Glauben ermordet, und noch nach seinem Tode miß-  
 handelt worden, und niemand, hohes und niedrigen  
 Standes, seines Lebens mehr sicher wäre; so wolle  
 Er nun, um der armen betrübten Christen Heil und  
 Wohlfarth, auch des Königreichs Beruhigung wil-  
 len, fortziehen. Das Schreiben war übrigens  
 dem von Francourt zur Uebersetzung zugestellet  
 worden, um solche, zur geschwinden Einsicht, dem  
 Origis



Originalschreiben beizulegen, wie auch geschehen ist. Allein es hatte sich der von Francourt bey 1569 der Uebersetzung, solcher heftigen Ausdrücke bedient, welche dem Sinne des Originals ganz unvörder waren, auch ganze Stellen aus den Vorstellungen der Reformirten in Frankreich eingebracht, die auf den Pfalzgrafen Wolfgang gar nicht passeten, und sich zu seinem Schreiben nicht schickten. Man begienß dabey am Pfalzgräflichen Hofe die Unvorsichtigkeit, daß man die Uebersetzung mit dem Original nicht vergleichen ließ, weil man dem Uebersetzer traute. Deswegen verworf der Rath Wolf zu Verdün die Uebersetzung, erklärte sie für unächt, und berief sich lediglich auf das Original, hatte auch alle seine Beredsamkeit nöthig, um sich die Rückreise frey zu halten.

Der König von Frankreich ließ, noch an dem Tage der Ueberreichung dieses Schreibens, und auch den andern Morgen abermals, seine Minister zusammenkommen, und das Schreiben untersuchen. Man hatte am Königlichen Hofe darauf gerechnet, daß diese Gesandtschaft, bey den, durch den Tod des Prinzens von Conde, veränderten Umständen, die Absicht habe, ein Mittel zu treffen, wodurch der Pfalzgraf Wolfgang mit Ehren von seiner Verbindung zurückgehen könnte; mithin war man um so mehr erbittert, als man aus dem Pfalzgräflichen Schreiben das Gegentheil erfuhr. Der Rath Wolf hatte des Vormittages ein langes Gehör bey dem Cardinal von Lothringen, und des Nachmittages bey der Königin Frau Mutter. Von jenem mußte er die herbeften Vorwürfe anhören; dann der Cardinal bestund hauptsächlich darauf, daß den Pfalzgrafen die ganze Sache nichts angehe; der König habe keinen Rath von ihm verlangt, wie er seine und seiner

3. Chr. seiner Krone Reputation erhalten sollte; das **Pacis**  
**1569** sificationsedict sey in des Königs Minderjäh-  
 rigkeit ergangen; nun aber, da der König selbst  
 regiere, habe er den Entschluß gefaßt, keine an-  
 dere Religion, als die seinige, in seinem Königs-  
 reiche öffentlich zu dulden. Die Königin Frau  
 Mutter aber, die weit feiner und schlauer war,  
 suchte durch höflichere und gemäßigte Ausdrücke  
 den Pfalzgrafen von seinem Vorhaben abzuleiten.  
 Sie sagte unter andern zu dessen Gesandten: Sein  
 Herr, der Pfalzgraf Wolfgang, sey, durch Hinter-  
 haltung der wahren Umstände, hintergangen wor-  
 den; man habe von den Anstalten des Admirals  
 von Coligny sichere Nachrichten, daß er den jün-  
 gen König von Navarra, der nichts thue, als  
 weinen, mit Gewalt verhüten lasse, um ihn nur  
 zum Schanddeckel gebrauchen zu können. Der  
 Gesandte würde also seinem Herrn gute Dienste  
 leisten, wenn er ihm zum Frieden riethe; Sein gus-  
 ter Fürst, der jederzeit ihrem Sohne, dem König,  
 und ihr ein guter Freund und Nachbar gewesen,  
 würde von den verfluchten Rebellen verführt; und  
 er, der Gesandte, würde Gott ein angenehmes  
 Werk, seinem Herrn einen treuen Dienst, und  
 dem König einen grossen Gefallen erzeigen, wenn  
 er diese Sache zu einem friedlichen Ende bringen  
 würde; wenn er übrigens mit guter Nachricht  
 und glimpflicher Werbung wiederkäme, so woll-  
 te Sie ihn reichlich beschenken. Hierauf sah der  
 Gesandte den König nicht weiter, sondern man  
 stellte ihm nur sein Recreditiv und die Antwort  
 des Königs an den Pfalzgrafen, die beide zu  
 20 Apr. Verdün datirt sind, zu, und die Königin Frau  
 Mutter ließ ihn in ihrem eigenen, mit sechs Hof-  
 pferden bespanntem, Wagen, die er drei Stationen  
 befiel, wegfahren. Die Königliche Erklärung  
 laut

lautete nun zwar, auf die Rechnung der sogenannten 3. <sup>ten</sup> Rebelln, sehr hart; aber man siehet doch daraus, 1569 daß unser Pfalzgraf Wolfgang, in Hoffnung, daß er noch zurückgehen werde, dabey sehr geschonet worden. Der König sagte unter andern in seiner Antwort: Er kenne an dem Stil die Sprache der Rebelln, und beklage den Pfalzgrafen, daß er seine Hand und Siegel zu dergleichen untergeschobenen Schriften hergeben mögen; Er ermähne ihn hiernächst, sein Gewissen zu bedenken, dann da schon ein jeder Mensch einsehe, daß der Pfalzgraf aus einem andern Grunde, als dem angegebenen Vorwande, handle; so werde er noch viel weniger Gott betrügen können.

Dem allen ungeachtet blieb Pfalzgraf Wolfgang dennoch bey seinem einmal gefaßten Entschlusse, seinen Zug weiter fortzusetzen, ob es gleich auf eine höchst beschwerliche Art geschehen mußte. Auf dem Marsche nach Drechateau 26 Apr. kam es mit dem Mittelzuge der Humalischen Armee, die schon vor Tage auf der Seite vorausgezogen war, zu einem scharfen Scharmügel, in welchem viele von den Feinden blieben und gefangen wurden. Dietrich von Schönberg, der mit seiner Freycompagnie selbst recognoscirt hatte, rieth zu einem allgemeinen Angriffe, woben es freylich gute Beute würde gesetzt haben, und suchte die vornehmsten Befehlshaber auf seine Seite zu bringen; allein der Pfalzgraf wollte es nicht wagen, weil die beiden Reuterhaufen unter dem von Cracow und dem von Derß schon zu weit voraus, und der Platz zum Batailliren nicht bequem war, welches Betragen des Pfalzgrafen auch hernach die Verständigeren billigten, obgleich die Raubbegierigen ihm wegen dieser vermeinten Versäumnisß übel nachredeten. Man  
setzte

## 38 Achte Periode. Zweite Epocha.

27 Apr. setzte vielmehr den Marsch über Estille, und bey  
28 e.m. Dijon vorbei, nach Solon les Rues fort, und  
1569 kam ohne Hinderniß über den Paß und die Brücke,  
weil der H. von Aumale, ungeachtet seines Vorju-  
ges, zu spät kam, wodurch ihm der Pfalzgraf  
obermals den Paß abgewonnen hatte; und am folgen-  
29 e.m. den Tage kam man endlich bis nach Prissey. Un-  
terwegs wurde ein, dem Cardinal von Lothrins-  
gen zugehöriges und besetztes Kloster angegriffen,  
welchem die Aumalische Armee zu Hülfe eilte,  
worüber es leicht zu einem allgemeinen Treffen  
hätte kommen können, wosern nicht Heinrich von  
Stein, der den Befehl zum Angriffe nicht abwar-  
tete, zu frühzeitig auf den Feind losgerannt  
wäre, worüber derselbe, mit einem Verluste von  
mehr als 80. Mann, sich schleunig zurückzog. Nach  
einem sechstägigem höchst beschwerlichen Marsche  
30 e.m. hielt man nun zu Prissey einen Rasttag, an wel-  
chem aber doch wieder einige Scharmügel vorsie-  
len, und diese dauerten hernach fast immer fort, als  
die Armee, unter vielen Beschwerlichkeiten, die fol-  
genden Tage ihren Marsch bis nach Villiers für  
vom 1. 2. May Jone fortsetzte. Auf diesem Zuge versah der von  
Sequieres die Stelle und Verrichtungen des Felds-  
marschalls, welcher dieser Gegenden sehr kundig  
war, und den Feind, durch seine unerwartete Mär-  
sche, so irre machte, daß er niemals die Vors-  
hand bekommen konnte. Vor dem, eine Viertel-  
meile von dem Hauptquartiere zu Villiers für Jos-  
ne gelegenen, Schlosse Breve hatte der Pfalzgraf  
Wolfgang durch einen, wider die getroffene Cas-  
pitation, gefallenen Schuß leicht sein Leben  
einbüßen können, deswegen er es mit stürmender  
Hand wegnehmen, und hernach in Brand stecken  
ließ. Gleich darauf kam ein Aumalischer Trom-  
13 e.m. peter, wegen Auswechslung etlicher Gefangenen,  
im

im Pfalzgräflichen Lager an, durch welchen der J. Hr. H. von Aumale dem Pfalzgrafen zugleich sagen 1569 ließ: Er möchte doch endlich der Sache, die er ihm kühn, durch seinen Gesandten, vermelden lassen, ernstlich nachdenken. Allein der Pfalzgraf ließ ihm nurd sagen: Er habe ein anderweitiges Schreiben, welches jedoch hernach nicht abgegangen ist, an den König geschickt, woben er es bewenden liesse.

Dunnehro näherte man sich dem strengen Flusse der Loire, über den man setzen mußte, wenn man sich mit der Armee des Königs von Navarra und des Admirals vereynigen wollte. In der Gegend, wo unser Pfalzgraf Wolfgang seinen Marsch hinrichtete, schien solches ohne eine Brücke unmöglich zu seyn, und ein jeder glaubte, daß der Pfalzgraf hier den Kopf zerstoßen würde. Der Admiral und selbst der Cardinal von Coligny war davon so überzeugt, daß er den Fehler, den sein Bruder, der H. von Aumale, bey dem Uebert gange des Pfalzgrafens über die Saone begangen hatte, zum voraus mit der unvermeidlichen Niederlage der Zweybrückischen Armee an der Loire entschuldigte. Es hatte nemlich der Herzog von Anjou alle Brücken und Pässe über die Loire in seiner Gewalt, und gegen Süden eine Furth für die Zweybrückische Armee zu suchen, war, wegen der Berge und Wälder, auch Mangel der Lebensmittel, mit einer so starken Reuterey ohnehin nicht thunlich. Allein alle diese Hindernisse wurden glücklich überwunden, da der Gouverneur von Vesele, einem den Condeischen zugethanen Edelichen, Anton Marrasin Guerchy, der mit einigen Pferden und Schützen zur Pfalzgräflichen 1569 Armee gestossen war, anzeigte, daß ihm eine Furth bey Pouilly, zwen Meilen von der Stadt Charité, bekannt wäre, durch den man reiten, und allerhand

3. Ehr. Kriegsbedürfnisse auf kleinen Mäthen hinüber bringen  
1569 könnte. Weil man nun auch Rundschau bekam,

daß die Stadt Charité, wo eine steinerne Brücke über die Loire geht, schlecht besetzt sey; so wurde beschlossen, solche anzugreifen, und wo möglich, zu erobern, ehe der H. von Humale zum Entsat käme. Es wurde daher Dietz von Schönberg, der Herr von Heydeck, der von Mours und der besagte Guerchy, mit etlichen Fahnen deutscher und französischer Reuter und Kriegsvolkes, auch Geschütze, vorausgeschickt, und der Pfalzgraf Wolfgang

14 May folgte ihnen mit der Hauptarmee nach, und langte  
15 e.m. über Marsy, wo er einen Rasttag hielt, und Chas-  
16 e.m. teauneuf, bis auf eine halbe Meile vor Charité

17 e.m. an. Das voraus geschickte Commando hatte inzwischen über die Loire, an dem angegebenen Orte, ohne den mindesten Verlust, gesetzt, so fort die Stadt berannt und aufgefordert, auf erhaltene trostige Antwort aber sich in die Vorstadt gelegt, und daselbst verschanzt.

Unser Pfalzgraf Wolfgang ließ nun, nach seiner Ankunft, die Stadt noch enger einschließen, und recognoscirte sie mit seinen vornehmsten Officiers, wo man ihr am besten beikommen könnte, da dann beschlossen wurde, daß man sie bey dem Thore von Nevers, auf der Mittagsseite, angreifen, und der von Mours sie aus der Vorstadt auf der  
18 e.m. Mittagsseite beschießen sollte. Am folgenden Tage machte man alle nöthige Anstalten zur Beschießung und Bestürmung der Stadt durch den Grafen Ludwig von Nassau, womit den Tag darauf der Anfang gemacht, und der Stadt so scharf zugesetzt wurde, daß sich niemand mehr auf der Mauer sehen lassen durfte, und der Schutt den Graben auszufüllen anfieng. Darüber entfiel der Besatzung aller Muth, und sie that keine weitere Gegen-

genwehr; nur einige derselben zogen sich, mit einigen J. Obr. Geistlichen, Kaufleuten und andern Bürgern, in 1569 ein altes in der Stadt gelegenes Schloß. Mittheil kam der Gouverneur, der Herr von Sischan selbst, nebst seinem Bruder; auf die Mauer, sprach mit dem von Schönberg, und übergab die Stadt auf Gnad und Ungnad, bedung aber sich und seinem Bruder das Leben, Pferd und Wehr aus; stieg auch, auf Begehren des von Schönberg, über die Mauer herab, und gab sich gefangen. Allein der Pfalzgraf war hernach deswegen sehr übel auf den von Schönberg zu sprechen; dann dadurch entstand die Unordnung, daß, ehe er noch die nöthigen Befehle geben konnte, die teutschen und französischen Fußvölker, durch das Thor und die zerbrochenen Mauern, in die Stadt eindringen, alle Mannspersonen, die sie vorfanden, in der Hitze niedermachten, und die Stadt plünderten, welches die ihnen nachgefolgten Obristen nicht gänzlich abwehren konnten. Der Obriste, Johann von Derß, gieng mit seinen Brüdern, Georg und Volprecht, vor das Schloß, in welchem sich ein Hauptmann, Nicolaus von Groß, zum Commandanten aufgeworfen hatte. Die viele, im Schlosse befindliche Geistliche und Kaufleute begeherten zu capituliren, deswegen der Pfalzgraf dem Volprechten von Derß das nöthige auftrug. Aber währendem Capituliren schoß ein Bösewicht aus dem Schlosse auf die von Derß, und verwundete Volprechten tödtlich, daß er eine halbe Stunde hernach starb, worüber sich die Handlung zerstückte, und das Schloß eingeschlossen blieb. Eine halbe Stunde nach der Uebergabe der Stadt sah man die Aumalische Armee auf jener Seite der Loire anrücken, gegen welche man stark canonirte; deswegen der H. von Aumale, da er ohnehin sah,



3. Ebr. daß er zu spät gekommen war, sich sogleich wieder  
 1569 zurückzog. Man säuberte hierauf in der Geschwin-  
 21. May digkeit die Stadt, und der Pfalzgraf zog alsdenn  
 22 e.m. mit der Hoffahne in dieselbe, und lag darin einen  
 Tag stille; das Schloß aber, mit allem, was darin  
 war, bis auf die Kinder des gewesenen Gouver-  
 2. e. neurs von Sichan, schenkte er dem Obristen  
 von Derß, welches dann, noch am selbigem Tage, mit  
 demselben capitulierte, der sich seinen Bruder theuer  
 bezahlen ließ.

Nachdem nun der Pfalzgraf Wolfgang den  
 oberwähnten Herrn von Guerchy zum Commen-  
 danten in Charite' bestellet, und ihm eine genug-  
 23 e.m. same Besatzung zugegeben hatte; so folgte er mit der  
 Hoffahne seiner Armee, die sich indessen jenseits  
 der Loire gelagert hatte, nach, und nahm nun zum  
 erstenmale sein Quartier unter seinem prächtigen  
 Zelte. Sein Hauptaugenmerk aber richtete er nun  
 mehrto darauf, um durch starke Märsche sich, je eher,  
 je lieber, mit dem Admiral zu vereinigen, welcher  
 auch so fort, nach erhaltener Nachricht von dem glück-  
 lichen Uebergange über die Loire, ihm in das  
 Limousin entgegen zog; die Kranken und Ver-  
 wundeten hingegen ließ er nach Sancerre, fünf  
 Meilen von Charite', bringen. Man setzte daher  
 25 e.m. den Marsch über Montfaucon, Omery, Con-  
 tres, S. Amand, Orvier, Ardenay, Chas-  
 teau meillant, Crevant, Bory und Duny schleu-  
 nig fort, und passirte einige kleine Flüsse, als die  
 Aurron, die Cher, die Kleine und die große Cas-  
 reuse, u. a. m., wobei es bisweilen zu Schammis-  
 6 Jan. geln kam, und langte endlich zu Benevent, einem  
 Städtchen und sehr reichen Abtey zu S. Bas-  
 tholome', Augustiner Ordens, und zum Bis-  
 thume Limoges gehörig, glücklich an, nachdem  
 man noch unterwegs die Nachricht erhalten, daß sich  
 die

die Herzoge von Anjou und Aumale, bey Bour: J. Ebr. ges und Jffoudin, mit einander vereiniget hätten. 1569

Der Tag, an welchem man zu Benevent ankam, war sehr heiß, und der Pfalzgraf hatte sich, in seiner Rüstung, auf dem Marsche sehr erhitzt, woyu sein noch immer anhaltendes Fieber kam, welches ihm einen unnatürlichen Durst verursachte. Als er nun, bey'm Absteigen vom Pferde, in der Abtey einen springenden Brunnen erblickte, so gieng er darauf zu, und that einen starken Trunk, dergleichen er bisher, auf seinem Marsche, mehrere ohne Schaden gethan hatte, aber diesemal war ihm dieser Trunk kalten Wassers tödtlich. Es haben daher einige gar etwas anders dahinter gesucht, so aber falsch ist; dann Schar dius versichert, daß noch viele andere aus diesem Brunnen getrunken hätten, denen es nichts geschadet habe, und die noch am Leben gewesen, als er seine Jahrbücher geschrieben. Indessen ist doch Benevent, den Tag hernach, von 7 Jun. dem Nachtrusse in Brand gesteckt worden, weil etliche der übrigen bey'm Jouragiren von den Beneventern waren erschlagen worden. Vor dem Abzuge des Pfalzgrafens von Benevent brachte der Herr von Mouy einige Gefangene, mit einer blauen und weissen Fahne, von der vereinigten Königlichen Armee ein, welche dem Marquis von Renel in sein Lager gefallen waren, und übel darin gehauset hatten, dem aber der von Mouy zu Hülfe gekommen war, gegen vierzig der Feinde erschlagen, und viele Gefangene, mit ihrer Fahne, gemacht hatte. Unter diesen war nun ein Hauptmann, Namens Guitinerez, welcher aussagte, daß die Herzoge von Anjou und Aumale fest entschlossen wären, dem Pfalzgrafen, noch vor dessen Vereinigung mit dem Admiral, mit ihrer ganz

3. Dec. ganzen zusammengezogenen Nacht, ein Haupttreffen  
1569 fen zu liefern. Da nun jene zusammen wohl noch einmal so stark waren, als Er, so suchte er, wo möglich, dem Treffen auszuweichen, und sich so geschwind, als thunlich, mit dem Admiral zu vereinigen.

Der Admiral von Coligny zog sich mit seiner Armee nach Limoges, wohin zwey Wege von Benavent gehen, von denen der eine zur rechten Hand gut und eben ist, der andere aber zur linken Hand über Berg, Thal, Wasser, enge und dem Ansehen nach ungangbare Pässe führt. Diesen letztern wählte der Pfalzgraf, obgleich mit Verlust vieler Menschen und Pferde, und nahm  
7 Jan. sein erstes Nachtquartier in dem Dorfe Allocour,  
8 e. m. am folgenden Tage aber kam er nach Ambasac, befand sich jedoch sehr übel, weil er zu dem Quartan- fieber, womit er, seit dem ganzen Zuge her, befallen war, schon seit etlichen Wochen, die Rose an einem Schenkel, den er vor einigen Jahren gebrochen hatte, bekommen, und bey dem höchst beschwerlichen Zuge, in der größten Sommerhize sich sehr abgemattet und entkräftet hatte. Indessen mußte man doch  
9 e. m. den Marsch fortsetzen, und sollte, den Tag darauf, den Fluß Vienne passiren, woben man sich ein Haupttreffen vermuthete, weil ein starkes Corps der Königlichen Armee jenseit des Flusses stand; doch kam es nicht dazu, ob man gleich eine Schlachtordnung bereits formirt hatte. An dies-  
d. e. sem Tage thaten die Französischen Truppen, unter Bedeckung der teutschen Reuter, vortrefliche Dienste. Dann der Herr von Mouy forcirte den Paß über die Vienne, erlegte über 200. Feinde mit ihrem Hauptmann, und nahm ihre Fahne; der Herr von Plusy aber griff ein Corps von 400.

Itas

Italiänern an, und schlug es, mit grossem Verluste, 3. Oct. um so leichter in die Flucht, weil diese beide feind- 1569 liche Haufen von den übrigen, die doch nur ein, zwei bis drei Meilen davon campirten, nicht gehörig unterstützt wurden. Nach der glücklichen Passage über die Vienne, übernachtete der Pfalz- 9 Jan. graf Wolfgang in einer Scheune des kleinen Dorfes Naigo, wo er, bey seiner zunehmenden Schwachheit, das heilige Abendmahl empfing, und sich, am folgenden Tage, auf seinem Wagen nach Ber- 10 e.m. nardenay bringen ließ. Den Tag darauf überbrachte 11 e.m. der von Francourt die Nachricht, daß der Admiral gegen Mittag zu ihm kommen würde; deswegen er sich, so krank er auch war, indem er vor Zittern weder Hand noch Fuß mehr halten konnte, und schon ganz schwarzbraun unter dem Gesichte war, dennoch ankleiden und auf seinen Wagen helfen ließ. Allein er konnte nicht weiter ausdauern, als bis nach Tessun, wo man ihn zu Bette brachte, und er die Sprache verlor, weil die Bräune zu sehr überhand genommen hatte. Etwa eine Stunde nachher kam auch der Admiral, mit einem Gefolge von 200. Pferden, zu Tessun an, und hielt sich eine Zeitlang in des von Francourt Quartier auf, ob er etwa noch den Pfalzgrafen sprechen könnte. Als es sich aber mit demselben augenblicklich verschlimmerte; so gieng er gegen Abend nach seinem Hauptquartier zu Escar wieder zurück, und bald darauf um sieben Uhr starb unser Pfalzgraf Wolf- d. e. gang in Graf Ludewigs von Nassau Armen, zu grossem Leidwesen seiner Armee und seines Fürstlichen Hauses. Sein Leichnam wurde hierauf anfangs nach Angoulesme, und als diese Stadt dem 15 Jun. König wieder eingeräumt wurde, nach Coignac, von da aber den 8. Junius 1571. nach Rochelle, und endlich von da, über das Meer nach Lübeck,

3. Ohr und folgendes nach Meisenheim in die fürstliche 1569 Gruft †) gebracht.

Für seine Armee hatte unser Pfalzgraf Wolfgang, noch vor seinem Absterben, gesorget. Dann als er merkte, daß sein Tod unvermeidlich war; so übergab er das Commando, in Gegenwart aller Obristen und Befehlshaber, seinem Generallieutenant, dem Grafen Volrath von Mansfeld, und hielt zugleich an jene eine wohlgesetzte Rede, worin er ihnen die Ausführung des gemeinschaftlichen Vorhabens nachdrücklich empfahl. Seine Kriegsverrichtungen endigte er nun zugleich mit seinem Leben, nachdem sein unternommener Kriegszug nach Frankreich, bis zur Vereinigung seiner mit der Condeischen Armee, nur vier Monate gedauert hatte. Wenn nun gleich bey demselben keine Hauptschlachten und langwierige Belagerungen vorgefallen sind; so entgeht doch dadurch nichts seinem verdienten Nachruhm, indem der Gegentheil selbst gestehen muß, daß dieser Pfalzgräfliche Zug ein Wunder von Kriegsklugheit sey \*). Es hatte nemlich Pfalzgraf Wolfgang, den ganzen Zug über, den Feind auf der Seite, der ihm am Fußvolke überlegen und aller Gegenden kundig war, dem auch das Land zu Gebote stand; ihm fehlte es an Magazine, und der Proviant mußte unterwegs gesucht und herben getrieben werden; die ihn aber hergeben sollten, waren seine Feinde. Unser Pfalzgraf konnte keine Heerstrasse halten, sondern mußte die Armee meistens über Berge, durch Wäldungen, enge

†) G. Gabr. Brynolphi Sandahl, (vel potius: Ge. Christ. Ioannis,) Orat. de Meisenhemio; (Bipontii, 1717 4.) p. 30. sq. Nota \*).

\*) P. Daniel Hist. de France, T. V. (à Amsterdam, 1710. 4.) p. 911.

aus Thäler und ungebahnte Wege führen; Er hatte 3. Er viele kleine und etliche Hauptflüsse zu passiren, 1569 und doch keine Schiffbrücken bey sich; Seine französische Truppen waren nicht disciplinirt, und die Deutschen murreten öfters; Er selbst war krank, da ihm doch, neben der Gegenwart des Geistes, die Gesundheit des Leibes so unentbehrlich war. Indessen überwand Er alle diese Hindernisse durch seine Klugheit, Geschwindigkeit und Tapferkeit, und führte sein Heer, ohne einen beträchtlichen Verlust, von einem Ende Frankreichs, bis an das andere, an den Ort seiner Bestimmung. Ein jedes Nachtlager war ein Sieg, den er den vorhergehenden Tag erfochten hatte; so oft man des Morgens auszog, mußte man zum Treffen gerüstet seyn, und wie sich der Feind sehen ließ, so wurde er auch geschlagen, und flohe. Ja wenn sich auch etwas der Feind an einem Tage nicht hatte sehen lassen; so hatte man doch am Abend die dem Marsche von der Natur entgegen gesetzte Hindernisse überwunden; mithin der ganze Zug ein tägliches Kämpfen und ein tägliches Siegen war†).

Graf Volrath von Mansfeld übernahm also, nach des Pfalzgraf Wolfgangs Tode, den Oberbefehl über die Zweybrückische Armee, und vereinigte sich, einige Tage nachher, mit dem 23. Jun. Condeischen Heere unter dem König von Navarra und dem Admiral von Coligny, bey St. Rvier, wo das Deutsche Kriegsvolk von dem Admiral gemustert wurde, und einen Monats sold erhielt. Die vereinigte Armeen zogen sich hierauf mit dem Königlichen Heere, welches der Herzog von Anjou commandirte, nach Poitou, und es kam von Zeit zu Zeit zu Scharmützeln, in welchen bald der eine, bald der andere Theil die Oberhand

E. 5.

hand

†) S. im VII. Bande der H. T. R. G., S. 496.

3. Chr. hand behielt. Man unternahm auch von beiden  
 1569 Seiten Angriffe auf verschiedene Plätze, die aber  
 größtentheils fruchtlos abliefen, bis es endlich zu dem  
 1. Oct. Haupttreffen bey Montcontour kam. Im ers-  
 ten Angriffe litt die Königliche Armee den  
 größten Schaden, im zweiten mußte die Reu-  
 terey von der Armee der Prinzen und des Admis-  
 rals weichen, und im dritten Angriffe trafen  
 die Königlichen Reuter und die Schweizer  
 auf das hugenottische Fußvolk, erlegten die  
 Gascogner größtentheils, und machten auch die  
 deutschen Fußknechte, ungeachtet sie ihre Spiesse  
 sinken ließen, und um ihr Leben baten, meistens nie-  
 der, also daß endlich der H. von Anjou, jedoch auch  
 mit großem Verluste der Seinigen, einen vollkom-  
 menen Sieg erhielt. Nach dem Berichte der zu-  
 verlässigsten Geschichtschreiber hatten die Hugenot-  
 ten, in dieser Schlacht, einen Verlust von etwas  
 über 5500. Mann, von denen die meisten vom  
 Fußvolke waren, wie dann allein bey 1200. von  
 den Franzosen und die Deutschen fast insgesamt,  
 mit ihren Obristen, dem Freyherrn von Ge-  
 boldseck und dem von Gramweil, wie auch 27.  
 Hauptleuten, und zwey Obristen von den Reu-  
 tern, erschlagen wurden. Hingegen war der Ver-  
 lust von der Cavallerie nicht allzustark, wohl  
 aber mußte man sechs Carthaunen, zwey Felds-  
 schlangen und drey kleine Feldgeschütze den  
 Siegern überlassen. Von der Königlichen Ar-  
 mee blieben, ausser einigen vornehmen Französ-  
 ischen Officiers, von den Anführern der dabey be-  
 findlichen Deutschen Truppen der Marggraf  
 Philibert von Baden-Baden, die Grafen  
 Philipp und Albrecht von Dietz und der ältere  
 Rheingraf, der von dem Admiral von Coligny,  
 den er, in der Schlacht verwundet hatte, niederges-  
 schossen



schossen wurde. Der jüngere Rheingraf aber, J. Chr. ingleichen Graf Peter Ernst von Mansfeld und 1569 Caspar von Schönberg wurden zum Theil gefährlich verwundet. Nach erhaltenem Siege rückte der Herzog von Anjou vor S. Jean d'Angely, 16 Oct. einen von den Hugonotten besetzten festen Ort in Unter-Saintonge, und belagerte denselben. Der König von Frankreich und seine Frau Mutter begaben sich selbst in das Lager, und wohnten der Belagerung bey, da sich dann endlich diese feste Stadt, nach einer tapfern Gegenwehr, an ihn ergeben mußte. 2 Dec. Die weitem Umstände dieses Krieges gehören in die französische Geschichte, und wir begnügen uns, bloß dieses noch anzuführen, daß der Graf Volrath von Mansfeld mit dem noch übrigen Zweybrückischen Kriegsvolke bey der Armee des Admirals geblieben sey, und den Hugonotten den, im folgenden Jahr, zu S. Germain en Laye (1570 2 Aug.) geschlossenen sehr vortheilhaften Frieden erflehten helfen, worauf der Graf Volrath den Rest des Wolfgangischen Heeres, welches von 28. bis auf 11. Fahnen Reuter zusammen geschmolzen war, mit Ehren nach Deutschland zurückführte, und sich nach Speyer begab, wo just damals ein Reichstag gehalten wurde, da ihn dann der Kaiser und die anwesenden Fürsten sehr freundlich empfingen, und friedlich nach Hause ziehen ließen.<sup>c)</sup>

Der

c) Scharidii Epitome etc., ad a. 1569. coll. aa. 1570. & 1571., in Eius Scriptor., T. IV. p. m. 116. h. - 119. a. 119. b. - 123. b. 124. a. - 130. a. 130. b. - 133. b. & 134. b. - 135. b. coll. pagg. 135. 139. a. - 140. a. 142. a. - 145. a. & 160. a. - 168. a. passim. Chytraci Saxonia, L. XXII. p. m. 583 - 594. Eiusdem Or. de Wolfgango, Pal. Com., in Herm. Kirchneri Curricul. super. aevi Imp., Regum, Electorum, Ducum ac Principum Heroum,

1569 Der in der Schlacht bey Montcontour ge-  
9 Oct. bliebene Marggraf Philibert von Baden, Baden  
bekannte sich gleich seinem Vater zur evangelischen  
lutherischen Religion, und ließ sich die weitere  
Ausbreitung derselben in seinen Landen eifrig angele-  
gen seyn. Allein seine Gemahlin Mechtild, S.  
Wilhelms des IV. von Bayern und der Baisischen  
Prinzessin Maria Jacobas eine Tochter, war  
der catholischen Religion beigethan. Er hatte  
sich

roum, Vol. I. n. 11. p. 299 - 314. Hub. Lan-  
gueri Epistolae secretae, L. I. ep. 36 - 67. p. 77-  
134. passim, besonders aber ep. 40 - 45. Laur.  
Sarii Comm. rer. in orbe gest., ad a. 1569. p. m.  
768. sq. & 770-776. Bernh. Herzogs Edelkassers  
Chronik; (Straßburg, 1592. fol.) L. II. c. 92.  
p. 217-219. Mich. Casp. Lundorpii Contin. Sle-  
idani, T. I. L. IX. p. m. 1010 - 1052. & T. II.  
p. 4-15. & L. X. p. 19 - 32. Of. Schedaci, Fort-  
sch. des Sleidanus; (Straßb., 1625. fol.) P. II.  
L. V. §§. 5-8., 11-21., 23-26., 28., 33-35.,  
39-45., 48-57., 59-61. 65-80., 82. sq., 85-  
88. & 91., pagg. 147. sq., 150-156., 157. sq.,  
158. sq., 160. sq., 161. sq., 163-167., 166.  
sq., 168-172., 173. & 174-176. und L. VI.  
§§. 4. 5. & 47. p. 177. sq. & 191. sq. Commen-  
tarii de statu Relig. & Reipubl. in Regno Galliae,  
P. III. L. IX. p. m. 248 - 324. passim. Tivuanus,  
T. II, L. XLV-XLVII. p. m. 564-614, & 641-  
661. Dan. Paresi Hist. Bavarico-Palatina, ex edit.  
Ge. Christi. Joannis; (Francof. ad Moen., 1717.  
4.) L. V. Sect. II. p. 195. sq. P. Daniel Hist. de  
France, T. V. p. m. 896-958. passim. Louis La-  
guille Hist. d' Alsace; (à Strasbourg, 1727. fol.)  
P. II, L. VI. p. 51. sq. Köblers Mühlbedräftig.,  
P. IX. n. 12. & 13. p. 95. & 98-104. coll. P. X.  
p. 122. & 124. Io. Dan. Schoepflii Hist. Zarin-  
gu-Badensis, T. III. L. V. cap. 2. §. 10-13.  
p. 29-35., und besonders Joh. Heinr. Bachmanns  
O. Wolfganges zu Zweybrücken Kriegs-Verrich-  
tungen; (Mannheim, 1769. 8.) §. 29-73. p. 49-  
236.

sich mit derselben ohne vorgängige päpstliche Dispensation, im J. 1556., verlobt; weil er aber 1569 mit ihr im dritten Grade der ungleichen Linie verwandt war, so nahm solches der damalige P. Paulus der IV. sehr übel auf, und schrieb deswegen, unter dem 15. Julius 1556., an den Cardinal und B. Otto von Augsburg, daß er die Sponsalien trennen sollte, da dann endlich, nach vielem Disputiren, der erstgedachte Cardinal, den 13. Jenner 1557., im Kloster zu S. Emmeram zu Regensburg, den Ausspruch dahin that, daß der Marggraf Philibert und die Mechtild, ein jedes 150. Gulden, zur Aussteuer armer Mädchen in München, statt der Strafe, bezahlen sollten, worauf sie sich mit einander vermählen konnten. Mit dieser seiner Gemahlin, die aber bereits den 2. November 1565. starb, hatte unser Marggraf Philibert, ausser drey Töchtern, einen einzigen Sohn, Namens Philipp, erzeugt, welcher den 19. Hornung 1559. geboren, und also noch minderjährig war, als er seinem Vater in der Regierung des Landes folgte. Deswegen setzte ihm Kayser Maximilian zu Vormündern seinen mütterlichen Oheim, H. Albrechten den V. von Bayern und seine mütterliche Großmutter, die vorher erwähnte Maria Jacobäa, eine geborne Badische Prinzessin und Wittwe H. Wilhelms des IV. von Bayern, wie auch den Grafen Carl von Hohenzollern. Es machte aber der Marggraf Carl von Baden-Durlach, wegen der nahen Verwandtschaft, einen Anspruch auf die Vormundschaft, und erhob deswegen, im folgenden J. 1570., auf dem Reichstage zu Speyer, bey dem R. Maximilian eine Klage gegen den H. Albrecht. Allein der Kayser machte diesem Streite dadurch ein Ende, daß er, den 29. August 1571.,

den

Der. den jungen Marggrafen Philipp, ob er gleich erst 1569 im dreyzehnten Jahr seines Alters war, für matorum erklärte. Derselbe war übrigens von seinem Oheim, dem H. Albrecht von Bayern, in der catholischen Religion erzogen worden, und als er daher zur Regierung kam, so führte er dieselbe in der obern Marggrafschaft ein, und entsetzte alle ihrer Bedienungen, welche die protestantische Religion nicht verlassen wollten d).

Pfalzgraf Wolfgang, der Stammvater aller jezo noch lebenden Churfürsten von der Pfalz und Pfalzgrafen am Rhein, besaß, bey seinem Absterben, aus seiner väterlichen Verlassenschaft, das Herzogthum Zweybrücken, und durch die Schenkung Churfürst Otto Heinrichs von der Pfalz, das Herzogthum Neuburg e); durch die verschiedene Pfälzische Hausverträge aber hatte er, mit seinem Vetter, dem Pfalzgrafen Georg Johann zu Veldenz, nach Abgang der alten Pfälzischen Churlinie, die Helfte der hintern Grafschaft Sponheim, die Herrschaft Lützelstein im Sundgau, den churpfälzischen Antheil an der Guttengerger Gemeinschaft, an Alsenz und dem Weinziehenden zu Weissenburg und Kleeburg erhalten f). Diesen letztern Zuwachs an Land und Leuten besaß er anfangs mit seinem erstgedachten Vetter dem Pfalzgrafen Georg Johann, gemeinschaftlich, nachher aber fanden sie für rathsamer, selbigen unter sich zu theilen;

b) Schoepflin, l. modo c., T. III. L. V. cap. 2. §. 13-14. & cap. 4. §. 1. pagg. 32-36. & 53. sq. coll. T. VII. in Cod. diplom., n. 485. p. 126-131.

c) S. im III. Bande der A. T. A. G., S. 77: 79.

f) S. ebendieselbe im III. Bande, S. 73. f. 76. f. 78. f. und im IV. Bande, S. 198. f.

len; zu dem Ende sie sechs Rätthe dazu verordnete. 3. Or.  
 ten, welche zu Zweybrück sich diesem Geschäfte un- 1569  
 tragen, den Heidelbergischen Anschlag, und den  
 Ertrag der vorgedachten, und von dem Churfürsten  
 Friedrich von der Pfalz, eingeräumten Aemter und  
 Stücke nachsahen und untersuchten. In dem hier  
 auf den 6. Jenner 1564. zu Zweybrücken errichtes-  
 tem Recesse machten sie nun die Theilung folgender  
 massen, daß die halbe hintere Grafschaft Spon-  
 heim für einen Theil, und die Herrschaft Lüz-  
 gelsstein, die Helfte des Amtes Guttenberg,  
 und der Theil an Alsenz, wie auch an dem Weins-  
 zehenden zu Weissenburg und Kleeburg für  
 den andern Theil gerechnet werden sollte. Nach  
 diesem vorläufigen Entwurfe einer Theilung, er-  
 nannte Kayser Maximilian den H. Christofen  
 von Württemberg und den Marggrafen Carl von  
 Baden = Durlach zu Curatoren des jungen  
 Pfalzgraf Georg Johannis zu Veldenz, welche  
 sich anfangs, den 24. Julius 1564., zu Ettlin-  
 gen mit dem Pfalzgrafen Wolfgang zu Zwey-  
 brück dahin verglichen, daß ihnen die sämtliche,  
 diese Länder betreffende Dokumente und Register  
 ausgehändigt werden, und frey stehen sollte, die Bes-  
 schaffenheit solcher Aemter und Stücke durch  
 eigene Commissarien genauer untersuchen zu las-  
 sen. Nachdem solches geschehen, und die obervähn-  
 te Abtheilung für richtig angenommen worden; so  
 überließ der Pfalzgraf Wolfgang seinem Vetter  
 Georg Johann die Wahl, der dann den andern  
 Theil, nemlich Lüzelsstein und die vorbenannte  
 dazu geschlagene Stücke, wählte, und hingegen  
 dem Pfalzgrafen Wolfgang die Helfte der hins-  
 tern Grafschaft Sponheim überließ. Seine  
 vorbesagte Curatoren genehmigten solches, und  
 wurde alsdann deswegen, auf dem Reichstage zu  
 Augs-

3. Augspurg, den 27. May 1566., ein neuer 1569 Abschied geschlossen, wobei jedoch der Pfalzgraf Wolfgang sich die Gesamtlehnung wegen Lützelsteins und der übrigen Stücke, für sich und seine Nachkommen, vorbehielt. Und auf eben diesem Reichstage zu Augspurg, im J. 1566., erhielt derselbe als nächster Anverwandter der damaligen Churlinie, für sich und seine Linie, vom R. Maximilian die Expectanz auf die Pfälzische Chur, das Erztruchjessenamt und die dazu gehörige Land und Leute, und wurde vom Kayser, mittelst verstatteten Mitangriffs des Evangelienbuches und des Schwerdtes, damit eventualiter belehnet. Pfalzgraf Georg Johann zu Veldenz hingegen brachte es damals dahin, daß ihn der Kayser, wegen seiner nunmehrigen gesamten Lande, als einen Stand und Fürsten des Reichs belehnte, und er auf vorbesagtem Augspurgischen Reichstage, gleich den andern Pfälzischen Häusern, zum erstenmal zu Sitz und Stimme zugelassen wurde 1).

Da Pfalzgraf Wolfgang mit seiner Gemahlin, der Hessischen Prinzessin Anna, fünf Prinzen, nemlich Philippen Ludewigen, Johann,

1) Gründliche — Species Facti, sammt Summar. Deduction, daß die Succession der von weisland H. Leopold Ludwig, Pfalzgrafen bey Rhein ꝛ., hinterlassenen Pfalz, Veldenzischen und übrigen Landen — Niemand anders, als J. R. M. in Schweden, als Regier. Pfalzgraffen des Herzogth. Zweybrücken zugehöre ꝛ.; (f. l. 1698. 4.) p. 7. sq. Ge. Christi. Joannis Miscella Hist. Palatinae; (Francof ad Moen., 1725. 4.) p. 36-41. und B. G. Kruij formula Success. Palat.; (Lepae, 1726. fol.) Sect. III. §. 4. p. 216. et §. 21. p. 320-324. Cf. der Augspurg. R. A. vom J. 1566., in der Unterschrift, in der N. Samml. der R. A., P. III. p. 241, 2.

hann, Otto Heinrichen, Friedrichen und Carlin, 3. Th.  
 erjaget hatte, und zwey Fürstenthümer, nebst 1569  
 der Helfte der hintern Grafschaft Sponheim,  
 ließ; so machte er, das Jahr vor seinem Absterben, (1621  
 ein Testament, wie seine hinterlassene Land und 1568)  
 Leute, nach seinem Tode, unter seine Söhne ver-  
 theilet werden sollen. Durch dieses Testament ent-  
 standen zwey regierende Linien im Pfälzischen  
 Hause, die noch bis jezo Sitz und Stimme auf dem  
 Reichstage haben, und es ist auch dieses Testament  
 nachmals, bey entstandenen Erbfolgsstreitigkei-  
 ten im Pfälzischen Hause, als eine pragmatische  
 Haus-Sanktion, öfters angeführet worden. Mit-  
 hin wird nöthig seyn, aus demselben, so weit es bis-  
 her befehlet gemacht worden, das weitere anzuführen.  
 In dessen neunten Artickel äussert nun unser Pfälz-  
 graf Wolfgang: in allen und jeden letzten Willen  
 und Testamenten müste vornehmlich die Erbein-  
 setzung und Benennung der Erben geschehen, in  
 Erwägung, daß die Institution der Erben die  
 rechte Grundfeste eines jeden Testamentes sey:  
 Er, als Vater, erkenne sich schuldig, zwischen seinen  
 Söhnen, der Succession und Erbschaft halber,  
 seinen nachgelassenen Landen und Leuten zum Nutzen,  
 eine gewisse Ordnung zu machen. Es wäre solches  
 im H. R., in den chur- und fürstlichen Häu-  
 sern, ein löbliches Herkommen, und den geschrie-  
 benen und wohl hergebrachten Lebensgebräuchen  
 nicht ungemäß, ja vielmehr, zu Erhaltung fürst-  
 lichen Namens und Standes, und daß die Für-  
 stenthümer und Herrschaften unzerstreuet, un-  
 zergänzt und unzerbrochen bey einander blieben;  
 und dem H. R. in allen Obliegen desto stattlicher ge-  
 dienet, auch die Regierung der Land und Leute desto  
 füglicher angeordnet werden möge, nicht undienlich,  
 sondern zum höchsten förderlich, erspriesslich und



**2. Art. zuträglich.** Ausserdem vergönnten solches nicht als  
 1569 lein die weltliche Rechte, Gebräuche und Gewohnheiten, sondern auch die heilige Schrift selbst ermahne dazu, woraus dann deutlich abzunehmen, daß einem jeden nicht nur nach menschlichen, sondern auch nach göttlichen Rechten freye Hand, Macht und Gewalt erlaubt und zugelassen sey, wegen seiner Zaab und Güter eine nützliche Verordnung und Austheilung zu machen, wie solches die Exempel der Könige Davids, Salomons, u. a. m., die in der Regierung gewisse Nachfolger benannt hätten, noch mehr bezeugten und auswiesen. Deswegen habe also auch Er, mit wohlbedachtener Rathe, wegen der Succession, Erbschaft und Regierung seiner zu hinterlassenden Land und Leute, eine im H. R. gebräuchliche Disposition, Ordnung und Austheilung vornehmen wollen.

So viel also das Fürstenthum Neuburg, samt dessen zugehörigen und inorporirten Landen und Leuten betreffe, die jezo dabey seyn, oder künftig, durch Kauf, Losung, Expectanzen, Tausch oder andere Contracte, dazu kommen mögen; so verordne und ernenne Er in solchem zu seinem rechten und unzweifelhaften Erben und Nachfolger seinen Sohn, H. Philipp Ludewigen, als den Aeltern und Erstgebohrnen, der von Natur, Recht und Billigkeit, auch fürstlicher Gewohnheit und Herkommens wegen, nicht weniger nach Ausweisung göttlicher Rechte und des allgemeinen Völkerrechtes, vor andern seinen Brüdern und Miterben, die von der Natur angebohrne und von Gott selbst verordnete Prärogative und Vorgang billig haben und behalten solle. Er gebiete daher allen und jeden seines Neuburgischen Fürstenthums zugehörigen Gliedern und Verwandten von Prälaten, Herren und der Ritterschaft, ingleichen allen Land-  
 fassen,

fassen, besonders aber seinem Hofmeister, Statthalter und Råthen zu Neuburg an der Donau, 1569 und allen seinen Ober- und Unter- Amtleuten, Landvögten, Landrichtern, Pflegern, Pflegverwesern, Landschreibern, Kastnern, Vögten, Richtern und Befehlshabern, desgleichen den Bürgermeistern und Råthen aller und jeder seiner Städte und Märkte, und insgemein allen seinen, in oder ausser Landes gefessenen Unterthanen, und angehörigen Lehens- und Dienst- Leuten des obbesagten Fürstenthums, daß sie allein seinen obgedachten Sohn, den Pfalzgrafen Philipp Ludewigen, so lang derselbe lebe, oder dessen eheliblicher Mannstamm vorhanden sey, und sonst niemand andern, die Landeshuldigung thun, ihm gehorsam und unterworfen seyn, und ihn für ihren rechten natürlichen Landesfürsten und Herrn ehren, lieben und halten sollen. Falls aber künftig, über kurz oder lang, andere Erbfälle von väterlicher, mütterlicher, oder uralmütterlicher Seiten, auch sonst von andern Orten her, sich anfinden sollten; so sollen alsdann nicht allein seinen beider ältern Söhnen, die Er jezo in seinen beiden Fürstenthümern zu regierenden Fürsten eingesetzt und benennet hätte, sondern auch seinen andern jüngern Söhnen, und also seinen Söhnen mit einander und zugleich, auch deren männlichen ehelichen Leibeserben, nach Ordnung der Rechte und G. B., *salva Gradus praerogativa*, ihr Recht und Gerechtigkeit vorbehalten seyn.

In dem zehnten Artickel seines Testaments verordnet der Pfalzgraf Wolfgang in seinem Fürstenthume Zweybrücken, und dessen angehörigen und incorporirten Land und Leuten, zu seinem rechten, einzigen und wahren Erben seinen zweiten Sohn, den H. Johannes, als den, des

3. Er. Alters halber, nach seinem obbenannten ältesten  
 1569. Sohne, den andern Brüdern billig vorgehend  
 damit in solcher seines Fürstenthums Erbfolge  
 das gemeine Völkerrecht, und das lang approbirt  
 Herkommen aller Nationen, und insonderheit der  
 Fürstlichen Häuser gehalten und vollzogen werde.  
 Diese Erbeinsetzung seines zweiten Sohnes  
 des Pfalzgräf Johannis, im Fürstenthume Zwey-  
 brücken, geschiehet nun mit eben den Worten  
 und Clauseln, auch in Ansehung der Disposition  
 wegen der künftigen Erbfälle, als in der Ver-  
 ordnung wegen der Succession seines ältesten  
 Sohnes, des H. Philipp Ludewigs, in dem  
 Fürstenthume Neuburg, vorbesagter massen  
 enthalten ist. Uebrigens sollen solche beide Suc-  
 cessionen obgemeldter zweyer unterschiedliche  
 Fürstenthümer, die Er hiemit seinen beiden äl-  
 testen Söhnen zuwenbe, mit allen ihren Präro-  
 gativen, Ehren, Würden, Regalien, Præ-  
 minenzen, Hoheiten, Ober- und Gerechtig-  
 keiten, Dignitäten, Freyheiten und Privile-  
 gien, wie die Namen haben, gänzlich und vollkom-  
 men gemeint, und deren aller und jeder seine beiden  
 älteste Söhne, ein jeder an seinem Orte, dergestalt  
 fähig und habhaft seyn, als wie er dieselben, als  
 ein Fürst des Reichs, an beiden Orten innege-  
 habt und besessen habe. Gleichwie nun aber ein  
 jeder seiner beiden ältesten Söhne, Kraft dieses  
 seines Testamentes, sein anererbtes Fürsten-  
 thum, mit allen Würden und Nutzungen, inne-  
 hätte und besäße; also sollte er auch dessen Be-  
 schwerden in Reichs- oder andern Steuern und  
 Anlagen, ohne des andern Zuthun, tragen. Es  
 solle auch ein jeder von seinen beiden ältesten  
 Söhnen im Reichsrathe, und wo es sonst ge-  
 bräuchlich, wegen seines Fürstenthumes, die ge-  
 büh-

hörende und hergebrachte Session einnehmen, und 2. Er-  
 sich derselben nach Fürstlichen Ehren, Würden und 1569  
 Hofkommen, unbehindert männiglich, gebrauchen.  
 Damit jedoch aller Mißverstand, Widerwille und  
 Beynachte künftig verhütet würde, so solle jederzeit der  
 Älteste von seinen beiden Söhnen, auch deren  
 männlichen ehlichen Leibeserben und Nach-  
 kommen, die regierende Fürsten in den beiden  
 Fürstenthümern seyn würden, dem Alter nach,  
 vor, und nachsigen, und in allwege der Älteste  
 in Reichsräthen und andern Versammlungen,  
 da man solche Ordnung zu halten pflege, den Vor-  
 sitz haben, ungeachtet in welchem Fürstenthü-  
 me derselbe ein regierender Landesfürst sey; in  
 Betracht, daß solches unter den Pfalzgrafen am  
 Rhein, von uralten Zeiten her, also Herkom-  
 mens, und an sich selbst in dergleichen Dignitäten  
 und Privilegien üblich und gebräuchlich wäre.

Und nun aber auch seine drey jüngere Söh-  
 ne, so viel immer möglich, und zu Erhaltung  
 Stamms und Namens dienlich, väterlich zu bes-  
 denken, ermahnet Pfalzgraf Wolfgang, im sechs-  
 zehnten Artikel seines Testaments, dieselben,  
 daß sie diese seine väterliche Disposition nicht an-  
 ders, als wohlmeinend, und wie gehorsamen Söh-  
 nen gegen ihren Vater gebührte, vermerken möch-  
 ten. Dann sie rühre gar nicht aus dem Grun-  
 de her, daß Er einen oder mehr seiner Söhne  
 vor den andern unterdrücken oder verkleinern,  
 vielmehr enterben wolle, sondern sie sey nur als  
 lein zu Erhaltung Fürstlichen Namens und  
 Stamms gemeint, damit nemlich seine Fürstent-  
 thümer, Land und Leute nicht in zu viele Regie-  
 rungen, zu Verringerung Fürstlicher Reputation,  
 und höchster Beschwerung der Untertanen, auch ihm,  
 seinen Nachkommen und dem Euthause Pfalz zum

3. Er. Hohn und Spotte, vertheilet würden, wie not  
1569 wendig geschehen müste, wenn Er aus einem jeden  
seiner Söhne einen regierenden Fürsten machen  
und seine Land und Leute zugleich unter sie aus  
theilen wollte, wie Er, aus gleicher väterlichen Lie  
gegen alle seine Kinder, zu thun zwar wohl geneig  
t wäre, wofern ihm nicht die vorangezogenen, hohen  
und wichtigen Ursachen vor Augen stünden. Er ge  
tröste sich daher zu seinen drey jüngsten Söh  
nen, daß sie diese seine väterliche Disposition ke  
inesweges bestreiten oder in Zweifel ziehen, sondern  
als Gebotne aus dem churfürstlichen Hau  
Pfalz zuörderst dieses Hauses Ehre, Heil, An  
nehmen und Wohlfarth sich zu Gemüthe führen  
und höher achten würden, als ihren Privatnutzen  
oder alles dasjenige, was sie aus gemeiner und gl  
eicher Theilung aller seiner Land und Leute zu gewart  
 gehabt hätten. Hierzu möchten sie nicht wenig  
Beyspiele derjenigen bewegen, welche die Fürsten  
thümer stückweise zertheilet hätten; da nemlich  
nachdem selbige, durch mancherley Beschwanden,  
Verderben und Verkleinerung gerathen, die Sach  
endlich wieder dahin gebrachten wären, daß man Land  
und Leuten, wenn man ihnen helfen wollen, wieder  
an einen einigen regierenden Fürsten suchen  
müssen. Ausserdem bezeuge, neben den alten Dis  
tinctionen, die Erfahrung, daß vielfältige und zerthe  
te Regierungen nicht allein gemeinen Fürste  
thümern, sondern auch grossen und gewaltigen R  
eichthümern höchst schädlich und verderblich  
wesen sehen. Endlich möchten sich auch seine drey  
jüngste Söhne zu Gemüthe führen, daß er d  
falls nichts neues verordne, sondern daß solch  
bey andern Fürstlichen Häusern auch also ge  
bräuchlich, und von seinen Voreltern, besonde  
von seinem Großvater, dem Pfalzgrafen Alexan  
der

der, welcher eben dergleichen Testamentsverord-  
 ordnung zwischen seinem, des Pfalzgraf Wolf-  
 gangs, Vater und dessen Brüdern errichtet hätte,  
 auf ihn erwachsen sey. Er trete daher in diesem  
 Falle nur in die Fußstapfen seiner Voreltern,  
 und zwar um so viel desto mehr, weil ihm solches, in  
 Rücksicht auf das Fürstenthum Neuburg, durch  
 das Testament Churfürst Otto Heinrichs von  
 der Pfalz, auferleget worden, und weil auch die  
 geschriebenen Lebensgebräuche, die nicht  
 wollen, daß die Regalien, Hoheiten und Dignis-  
 täten der Fürstenthümer zertrennet werden sol-  
 len, solches zulassen, und ihre Disposition dahin  
 richten, daß die Erstgebohrnen vor andern, in  
 Verordnung der Erbfolge, bedacht werden sollen.

Auf solche ausführliche väterliche Erinnes-  
 rung verordne Er also, Kraft seines Testamentes,  
 daß es mit seiner drey jüngsten Söhne, der Pfalz-  
 grafen Otto Heinrichs, Friedrichs und Carls,  
 fürstlichen Unterhaltung, womit er sie, statt ih-  
 res gebührenden Erbtheils, nach dem, in Fürstlis-  
 chen Häusern, in dergleichen Fällen, nach Aus-  
 weisung der geschriebenen Lehenrechte, üblichem  
 Gebrauche, bedenken wolle, folgender massen gehal-  
 ten werden solle. Erstlich solle sein ältester Sohn,  
 der Pfalzgraf Philipp Ludewig, als der eine  
 von seinen eingesetzten Erben, dazu verbunden seyn,  
 seine zween jüngere Brüder, die Pfalzgrafen  
 Otto Heinrich und Friedrich, bis sie ihr acht-  
 zehntes Jahr erreicht hätten, mit aller Unter-  
 haltung, als Essen, Trinken, Kleibern, samt ihren  
 Hofmeistern, Zuchtmeistern, Präceptoren,  
 Kammer- und andern Dienern, auch Pferden,  
 so viel sie deren, in solchem Alter, zu ihrer Uebung  
 bedürftig, nothdürftig zu versehen, wie solches bey  
 jungen Fürsten sich gebühre, und es in dem Pfalz-  
 D 4 gräf-

3. Er. gräflichen Hause hergebracht sey, auch er soll  
 1569 seinen ältesten Sohn erziehen lassen. Und da er  
 nicht allein demselben, sondern auch allen seinen Sö-  
 hnen, von Jugend an, gottselige, verständig  
 und getreue Präceptoren, auch Zucht- und  
 Hofmeister verordnet hätte, wie sie dann mit sol-  
 chen Personen noch jezo nothdürftig versehen wa-  
 ren; so sollen dieselben, so lang es ihre Gelegenhe-  
 ite, in solchem Dienste, bey seinen drey jüngste  
 Söhnen gelassen werden. Wenn aber, bey seiner  
 Absterben, einer oder mehr von ihnen nicht vorhande  
 wäre; so solle der Pfalzgraf Philipp Ludwig  
 nach andern tüchtigen Personen, so viel seine Söhne  
 Otto Heinrich und Friedrich betreffe, trachten  
 und sich bemühen, daß ihnen andere gelehrte, got-  
 selige, ehrbare und erfahrene Präceptoren, Zucht-  
 und Hofmeister zugeordnet werden, die der wahre  
 und allein selig machenden A. C. eifrig und ernstlich  
 zugethan, mit verführerischen Meinungen und Sed-  
 ten nicht befleckt, und eines aufrichtigen, redlichen  
 und ehrbaren Wesens und Wandels wären. Hierbei  
 aber solle Pfalzgraf Philipp Ludwig eine fleißi-  
 ge Aufsicht haben, daß seine beide mehrgedach-  
 ten Brüder, Otto Heinrich und Friedrich fürstlich  
 gottselig und ehrbar erzogen und unterrichtet, inglei-  
 chen in ernstlicher und strenger Zucht gehalten  
 würden. Würde auch etwa von seinen nachgelasse-  
 nen Räten oder andern verständigen Leuten für  
 nützlich angesehen, einen oder beide dieser seine  
 Söhne auf Universitäten, oder in fremde Län-  
 der zu schicken; so solle solches sein ältester Sohn  
 gleichfalls thun, und sie alsdann, wie es sich in solchen  
 Alter, ihrem Stande nach, gebühret, nothdürftig  
 und brüderlich unterhalten. Zweitens alles, was  
 in vorstehendem ersten Artikel dem Pfalzgrafen  
 Philipp Ludwig, wegen seiner beyden Brüder  
 Otto



Otto Heinrichs und Friedrichs, aufgelegt wäre, 3. 1569  
 folte auch seinem Sohne, dem Pfalzgrafen Jo-  
 hann, als künftigen Erbfolger im Fürstenthum  
 zu Zweybrücken, in Ansehung seines, des Pfalz-  
 graf Wolfgangs, jüngsten Sohnes, Carls,  
 anbefohlen seyn. Und damit solche seine Disposi-  
 tion desto klärer sey, so sollen seine zween älteste  
 Söhne seine drey jüngere Söhne, bis auf das  
 achtzehnte Jahr ihres Alters, in dem Staate  
 erhalten, wie sie denselben, nach seiner Anordnung,  
 zur Zeit seines Absterbens, finden würden.

Wenn aber drittens seine mehrbesagte drey  
 jüngere Söhne, Otto Heinrich, Friedrich und  
 Carl ihr siebzehntes Jahr zurückgelegt, und das  
 achtzehnte angetreten hätten; so sollen sein ältes-  
 ter Sohn, Pfalzgraf Philipp Ludewig, seine  
 zween Brüder, Otto Heinrich und Friedrich,  
 die ihm, als Nachfolger und Inhaber des Für-  
 stenthums Neuburg, zur Unterhaltung empfoh-  
 len gewesen, und dann der Pfalzgraf Johannes,  
 als Erbfolger im Zweybrückischen Fürstent-  
 hume, seinen Bruder, Carl, an ihrem Hofe,  
 mit dreyzehn Personen und eilf Pferden zu un-  
 terhalten schuldig seyn. Nämlich ein Pferd für  
 den jungen Fürsten, für seinen Hofmeister und  
 einen Knecht zwey Pferde, und zwey Pferde  
 für zween von Adel, die ihr eigen Haab seyn sol-  
 len; in gleichen zween jungen Edelknaben ein  
 Pferd, einen Schneider, der zugleich Kammer-  
 knecht seyn solle, und endlich einen Schreiber, ei-  
 nen Marstallen, einen Schenck, einen Lebens-  
 knecht und einen Troffer, jeden mit einem Pfer-  
 de, und den zween von Adel, einen Fußgehens-  
 den Troffer. Wenn auch einer von seinen jün-  
 gern Söhnen über land reisen würde; so solle der  
 ältere Bruder ihm den andern Edelknaben,  
 D 5

3. ~~Es~~ samt dem Schneider oder Kammerknecht auch  
 4. ~~Es~~ beritten machen, oder sie auf dem Kammerwagen  
 fahren lassen. Was nun die Pferde betreffe;  
 so solle sein ältester Sohn seinen Brüdern, Otto  
 Heinrichen und Friedrichen, und sein zweiter  
 Sohn seinem jüngsten Bruder Carln, erstlich  
 sieben Pferde, einmal für allemal, als ihm eigens-  
 thümlich zugehörige Pferde, im Fürstlichen  
 Stalle, verordnen lassen, nemlich ein Pferd für  
 den jungen Fürsten und dann für einen Edel-  
 Knaben, den Schreiber, den Marstaller, den  
 Schmidt, den Lebentknecht und Trosser, für  
 jeden auch ein Pferd. Die übrige viere, die  
 für den Hofmeister und zween von Adel gehören,  
 sollen deren eigen Haab seyn. Ferner sollen ei-  
 nem jeden seiner vorgebachten drey jüngern Söh-  
 ne, für ihre Kleidung und übrigen Ausgaben,  
 in jedem Quartal, 300. Gulden und also jähre-  
 lich 1200. Gulden, gereicht; ihre Diener aber  
 aus der Kammer so besoldet und gekleidet wer-  
 den, wie einer seiner zwey ältesten Söhne, an  
 dessen Hofe der junge Fürst ist, seine Diener,  
 die jenen gleich sind, zu besolden und jährlich zu  
 kleiden pflegt. Uebrigens solle vorgebachte Unter-  
 haltung auf alle drey junge Fürsten, Otto  
 Heinrich, Friedrich und Carl, nach der obbesag-  
 ten Austheilung unter seinen zween ältesten  
 Söhnen, unterschiedlich verstanden werden.

Würde aber viertens für rathsam angesehen,  
 daß einer oder mehr von seinen drey jüngsten  
 Söhnen, wenn er das achtzehnte Jahr erreicht  
 hätte, an einen fremden Hof, oder sonst in fremde  
 Länder verschickt werden sollte; so sollen alsdann  
 demselben an dem Orte, wohin er gewiesen ist, jähre-  
 lich, für alle obgemelte Unterhaltung, 5000. Guld-  
 den, in zwey Terminen, nemlich in jedem 2500.  
 Guld

Goldem, entrichtet und bezahlet werden. Es sol. 3. The. in auch dißfalls seine zween älteste Söhne mit 1569 der Bezahlung nicht säumnig seyn; damit ihre Betrüder ihren Stand, in fremden Ländern, nach jämlicher Nothdurft, mit Ehren führen mögen. Allein Er wolle, als ein getreuer Vater, seine jüngere Söhne hiemit erinnern und ermahnen, daß sie sich bey fremden Nationen, derselben Benspiel und Gebrauch nach, oder sonst, in keinen übermäßigen Pracht einlassen sollen, woraus Schulden, Verkleinerung ihrer Personen, böse Nachrede und anderes mehr leicht erfolgen möchte. Sie sollten auch nicht fremde Leichtfertigkeit annehmen, sondern jederzeit gedenken, daß sie geborne deutsche Fürsten seyen, welchen vor allen Dingen Treu und Glauben, auch Redlichkeit und Tapferkeit gebühre und wohl anstehe; wie Er sie dann auch ausserdem zum höchsten erimere und warne, daß sie sich vor fremder Nationen Unzucht, Schand und Lastern fleißig hüten, und die Ihrigen ernstlich davon abhalten sollen.

Soviel nun fünftens die Abweisung oder Abfertigung seiner drey jüngsten Söhne belange, ob es gleich seinen zween ältesten Söhnen, als Nachfolgern in seinen beiden Fürstenthümern, schwer fallen würde, etwas von ihren zugetheilten Landen und Leuten zu entrathen; so verordne Er doch, aus besondern Ihn dazu bewegenden Ursachen, folgendes. Wenn seine drey jüngste Söhne insgesamt, oder einer von ihnen, zu seinen Tagen, nemlich über 24. Jahre seines Alters, käme, und ihm nicht gelegen wäre, Leibesblödigkeit halber, oder aus andern Ursachen, an seines Bruders Hofe, oder auch an fremden Höfen und in deren Diensten zu bleiben, oder, mit Rath seiner Freundschaft, sich vermählen wollte,

3. Er wolle, welches er ihnen, durch diese seine Disposi-  
 1569 tion, nicht wolle benommen haben; so solle sein äl-  
 terster Sohn, der Pfalzgraf Philipp Ludwig  
 seinem Bruder, Otto Heinrich, das Schloß  
 das Landgericht und die Stadt Sulzbach, in-  
 gleichen die verpfändeten Ämter und Landgerichte  
 Hilpoltstein und Allersberg, in gleichen seinen  
 andern Bruder, Friedrichen, das Schloß, das  
 Amt und Landgericht Pockstein und Weiden  
 und zu demselben die Pflege Flossenbürg, mit al-  
 len ihren Zugehörungen, Ober- und Gerech-  
 tigkeiten, Zinsen, Renten, Gütern, Einkünf-  
 ten, Jagden und Gerechtigkeiten, nur allein  
 dasjenige, was hernach folgen würde, und die Ap-  
 pellation, die im obern Fürstenthume nach  
 Neuburg gehörig seyn solle, ausgenommen, wirt-  
 lich und erblich einräumen. Jedoch vergestalt  
 daß, wenn einer ohne männliche Leibes-  
 Erben abstürbe, die ihm angewiesenen Äm-  
 ter u., wieder auf den oder dessen Erben fallen  
 sollten, von dem es ihm eingeräumt und übergeben  
 worden. Welcher auch alsdann dieselben Äm-  
 ter, Landgerichte und Pflegen wirklich inne-  
 haben und besigen; aber nichts desto weniger die  
 Nutzung derselben den andern noch lebenden  
 jüngsten Brüdern, die darauf gemessen worden,  
 zu gleichen Theilen, nemlich einem jeden 3000  
 Gulden, hinaus reichen und geben solle. Falls  
 auch nur einer solcher jungen Fürsten im Leben  
 bliebe; so sollen demselben von jeztgemelten Gül-  
 den, der halbe Theil, nemlich 3000. Gulden  
 gefolget, und in beiden Fällen die Jahressumme, von  
 noch beiden, oder einem überbleibenden Fürsten  
 aufstehen und gelassen werden. Es solle auch der  
 jenige, welcher vorgedachte Landgerichte und  
 Ämter einnimmt und erhält, nicht Macht ha-  
 ben,

ben, solche auf einige Art zu verpfänden, zu ver-  
äußern und zu verwenden, als welches ihnen, 1569  
Kraft dieses seines letzten Willens, gänzlich abge-  
stiftet und verboten seyn solle. Und da diejenigen  
Leuter, welche seinen beiden Söhnen, Otto  
Heinrichen und Friedrichen, eingeräumt werden  
sollen, keine gebaute Häuser oder Schlösser hät-  
ten; so sollen dem Pfalzgrafen Otto Heinrich, zu  
Erbauung des Schlosses Sulzbach, 3000. Gul-  
den, und auch dem Pfalzgrafen Friedrich 3000.  
Gulden aus der Neuburgischen Rentkammer  
gereicht werden, um sie zu solchem nothwendigen  
Bau anzuwenden.

Gleichergestalt solle auch sein anderer Sohn,  
der Pfalzgraf Johannes, seinem jüngsten Bruder  
Carl, wenn es die voretwähnte Gelegenheit mit ihm  
gewinne, seinen Theil an der hintern Grafschaft  
Sponheim, nebst aller und jeder ihrer Zugehör,  
wie oben von den andern Städten gemeldet, einräu-  
men, mit der Bedingung, wie von seinen zweien  
andern Söhnen, den Pfalzgrafen Otto Heinri-  
chen und Friedrichen, angeführt worden. Dage-  
gen aber solle an beiden Orten die jährliche Un-  
terhaltung, wovon oben disponirt worden, gänzlich  
wegfallen, und seine zweien älteste Söhne sollen  
nicht schuldig seyn, selbige ferner zu geben.  
Damit auch hierunter kein Mißverstand, Ir-  
rthum oder Zweifel vorfallen möge; so solle einem  
jeden seiner drey jüngern Söhne, Otto Heinz-  
richen, Friedrichen und Carln, das jährliche  
Einkommen und die Nutzung, in ziemlichem ge-  
meinem und landläufigem, auch aus neunjährigen Rei-  
gisten gezogenem Anschlag, auf 6000. Gulden  
gesetzt seyn, also und dergestalt, daß, wenn die Nu-  
zung und Einkünfte des Amtes soviel, in ge-  
meinen Jahren, nach vorgedachter Rechnung, nicht  
extra:

3. Er. ertragen könnten, der Abgang ihm, aus der  
 1569 Kammer des Fürstenthumes, wohin solches  
 Amt gehörte, jährlich erstattet werden solle. Das  
 gegen und wenn es jährlich etwas mehr, als  
 die vorerwähnte Summe der 6000. Gulden er-  
 trüge; so solle der Inhaber schuldig seyn, solchen  
 Ueberschuß in die Fürstliche Kammer, zu der  
 solches Amt gehört, heraus zu geben, oder seinen  
 Bruder deswegen auf eine andere Art zu vergnügen  
 und zu versichern, damit durchaus eine Gleich-  
 heit gehalten werden, und seine zween älteste  
 Söhne, als die regierenden Fürsten, solche Last  
 und Bürde desto füglich ertragen mögen. Daß  
 Er aber seinem jüngsten Sohn die hintere Grafs-  
 chaft Sponheim einzuräumen verordnet habe,  
 darüber hätten sich seine zween andere Söhne,  
 die des nächsten Alters vor ihm wären, nicht zu  
 beschweren. Dann derselbe habe nicht mehr  
 Einkommen, als wie ihrer einer, müsse auch den  
 Ueberschuß herausgeben, und sitze in der Ges-  
 meinschaft; da hingegen sie meistens sonder-  
 bare Aemter inne hätten, und ihm in der Sub-  
 stitution vorgehen. Uebrigens aber sollen alle vor-  
 gedachte Aemter den jüngsten Söhnen frey, le-  
 dig und unbeschwert eingeräumt und überge-  
 ben werden.

Ob nun gleich, bereits weiter oben, verordnet  
 worden, daß seine zween älteste Söhne die R.  
 Anlagen und Beschwerden der beiden Fürsten-  
 thümer auf sich nehmen, und tragen sollen; so  
 wolle Er doch diesen Punkt, zu Verhütung aller-  
 hand Mißverständes, noch besser und ausführlicher  
 erklären. Es sey nemlich seine Meinung und sein  
 Wille, daß zwar seine beide älteste Söhne, ein-  
 jeder die Beschwerden seines Fürstenthumes  
 und der dazu gehörigen Aemter, die seinen jüngern  
 Söh-

Söhnen angewiesen worden, gegen den Kayser 3. Br. und das L. R., in gemeinen oder besondern Anla- 1569  
gen, Tributen, Steuern, Lebensempfangung, Bes  
suchung der R. und Kreistage, und was dergleichen  
mehr ist, allein, ohne Rathun der jüngern Brü  
der, als ein regierender Fürst, tragen, auch die,  
welche auf sein Fürstenthum, der jährlichen Un  
terhaltung halber, verwiesen worden, deswegen  
gänglich vertreten solle, nicht anders, als wie ein  
einziger regierender Fürst desselben Fürstenthums,  
wie er es dann auch, Kraft dieser seiner väterli  
chen Disposition, seyn und bleiben solle. Wenn nun  
aber eine gemeine Reichs- und Kreis-Anlage  
vorfalle; so sollen die, von seinen jüngern Söhnen  
inne habenden, Aemter, gleich andern Unterthanen  
des Fürstenthums, ebenfalls angelegt, aber doch  
die Schatzung oder Steuern, von den Inha  
bern des Amtes, eingezogen, und zur Rentkame  
mer des Fürstenthums unverzüglich und zu gebüh  
render Zeit geliefert werden. Es solle aber solche  
Anlage sich nicht weiter erstrecken, als des R.  
oder Kreis-Anlage oder Contribution erfordert,  
und die Unterthanen sollen unter solchem Scheine,  
nicht höher beschweret werden. Uebrigens aber sollen  
sich solche Aemter in demjenigen, was durch den  
regierenden Fürsten und die gemeine Landstän  
de jederzeit beschlossen worden, mithülfflich und  
mitleidig erzeigen, und sonst, ausser dergleichen ge  
meinen Reichs-, Kreis- und Land-Steuren,  
weiter nicht belegt werden. Gleichwie nun die  
Appellationen, Reichs-, Kreis- und Land-  
Steuren von der Pfalzgrafen Otto Heinrichs  
und Friedrichs Aemtern nach Neuburg gehörig  
sind; also sollen dagegen die Landsassereyen, Rayss  
und Folge dem Inhaber der mehrgedachten Aem  
ter zugehörig seyn und bleiben.



9. Art.

Aus dem berühmten Wolfgangischen Testamente ist ferner auch noch der neunzehnte Artikel zu bemerken, in welchem von den etwa fünfzig erfolgenden Anfällen das nöthige disponiret worden. Es verordnet nemlich der Pfalzgraf Wolfgang in demselben, daß, Falls etwa noch bey seinen Lebzeiten, oder nach der schon geschehenen Antretung seiner Erbschaft, sein ältester Sohn, Pfalzgraf Philipp Ludwig, als sein eingefetzter Erbe im Fürstenthume Neuburg, oder dessen männliche, eheliche Leibeserben mit Tode abgiengen, alsdann das Neuburgische Fürstenthum und alles, was Er demselben Erbweise verlassen, auf seinen zweiten Sohn, den Pfalzgrafen Johannes, oder dessen männliche ehliche Leibeserben, doch daß der Aeltere in der Regierung vorgehe, Substitutionsweise fallen solle. Er substituirt also hiemit den, oder dieselben, aus väterlicher Gewalt, in bester Form, und setze sie zu Aftenerben ein, nicht anders, als wäre solches mit sonderbaren Solennitäten der Rechte geschehen, wozu er ja doch als ein Vater und regierender Fürst, der zwischen seinen Kindern testire, unverbunden sey. Wenn nun ein solcher Fall sich ereignete; so solle hienviederum seinem Sohne, dem Pfalzgrafen Johannes, einer von seinen, des Pfalzgraf Wolfgang, jüngsten Söhnen, der ihm Alters halber am nächsten sey, oder von dessen männlichen ehlichen Leibeserben, doch mit obiger Clausel, daß nur der Aelteste allein regiere, im Fürstenthume Zweybrücken und allem dessen Zugehör nachfolgen. Er substituirt daher den, oder dieselben hiemit gleichergestalt, und wolle sie zu Aftenerben benennet haben. Und solle solche Substitution also *Ordine successivo*, dem Alter nach, per *Gradus* gehalten, und der erledigte Theil neuen  
seine

seine noch übrige jüngste Söhne, einen oder mehr, *ex parte* ausgetheilet werden, wie oben im sechszehten Artikel, auf den Fall des Absterbens eines oder des andern seiner jüngsten Söhne, disponirt und gemeldet worden. Gleichergestalt solle es auch auf den andern Fall, wenn sein zweiter Sohn, der Pfalzgraf Johannes stirbe, gehalten werden, und jederzeit der nächste unter seinen jüngsten Söhnen, oder desselben ehliche männliche Leibeserben, Substitutionsweise, nachfolgen. Er wolle also seine vorgedachte Söhne, und zwar einen nach dem andern, *vulgariter, pupillariter & per Fideicommissum*, in bester Form Rechtens, hiemit substituirt haben. Wosern aber dem Inhaber des Fürstenthums Zweybrücken gefälliger wäre, dasselbe zu behalten, und seinem Bruder, den ihm im Alter nachfolgte, das Fürstenthum Neuburg zu überlassen; so solle ihm solches frey stehen, und der jüngere Bruder schuldig seyn, das Fürstenthum Neuburg anzunehmen. Wenn auch einer oder mehr von seinen Söhnen, der ohne ehliche männliche Leibeserben abstürbe, Töchter hinterliesse; so sollen dieselben von den substituirten Erben fürstlich erzogen und ausgesteuert werden; doch daß sie nicht weniger, als wie hernach insgemein von Aussteuerung der Fräuln versehen ist, den gewöhnlichen Verzicht leisteten.

Endlich im fünf und dreyszigsten Artikel verordnet der Pfalzgraf Wolfgang noch folgendes: Sollten etwa seine eingesetzte Erben, einer oder mehr, ingleichen seine jüngste Söhne, welche durch seine beide älteste Söhne alimentirt und abgefertiget werden sollen, und nach Gestalt der Sachen, als seine ehliche natürliche Söhne, väterlich und dergestalt bedacht worden, daß sie oder ihre Erben sich darüber nicht beschweren

3. Erbkönnen, oder etwa seine Töchter, welche gleicher  
 1569 gestalt, Fürstlichem Herkommen nach, versehen, oder  
 andere, denen Legatsweise etwas verschafft wor-  
 den, sich daran nicht begnügen, und sich sonst die-  
 sem seinem Geschäfte und Ordnung, in einem  
 oder mehr Punkten, widerwärtig, und künlichen  
 gebührendem Gehorsam, auch diesem seinem letzter  
 und allerliebsten Willen widerspenstig erzeigen  
 denselben, verordneter massen, nicht vollstrecken  
 oder in allen Dingen gebührende Folge leisten, son-  
 dern darin Verhinderung, Eintrag oder Sper-  
 rung suchen, es geschehe nun durch sie selbst, oder  
 durch andere von ihrentwegen, und vornehmlich wenn  
 seine Testamentarien und Erben, oder Erbens-  
 Erben, in den Fällen, da es von nöthen, und in  
 Testamente also versehen ist, mit genugsamer  
 Quittungen, Revers, Verschreibungen oder Ver-  
 zeichnungen nicht versichern, und also dieses Testa-  
 ment nicht annehmen, noch darein willigen, son-  
 dern sich eines oder mehr Stücke oder Artikel we-  
 gern, und in dem, was das Testament verordnete  
 einige Hinderniß erregen, diesem allen, in einem oder  
 mehr Punkten, inner, oder ausserhalb Rechts, wo  
 oder mit was Worten oder Werken solches, durch sie  
 selbst, oder durch andere von ihrentwegen, geschähe, zu-  
 wider seyn, und also Zank oder Widerwillen erzeu-  
 gen, Ursache dazu geben, oder, solches zu thun, jemandem  
 befehlen, oder andern gestatten würden; Alsdann und  
 in allen solchen Fällen sollen die Widerwärtigen  
 Ungehorsamen und Widerspenstigen alles des  
 jenigen, was ihnen Institutions, Substitu-  
 tions, Alimentations, oder Legatsweise ver-  
 ordnet oder vermacht worden, ist als dann, und  
 dann als ist, ganz und gar nicht fähig, sondern ent-  
 setzt und beraubet seyn. Es solle ihnen auch von  
 seinen Testamentarien und eingesetzten oder un-

tergeordneten Erben überall nichts gegeben, J. Eben noch gereicht werden, sondern solches alles solle den 1569 gehorsamen instituirten oder substituirtten, und ihren männlichen eheleiblichen Erben gänglich und gar, nebst dem andern, was Er ihnen zuvor verordnet hätte, folgen, zustehen und bleiben, und nichts desto weniger alles das, was Er in diesem seinem Testamente disponirt hätte, stracks gehalten und endlich vollzogen werden. Wosern es sich aber, wider Verhoffen, zutrüge, daß alle seine nachgelassene Söhne und Töchter diesem seinem letzten Willen sich widersetzen würden, und denselben nicht nachkommen wollten; so sollen auch alsdann alle und jede von solcher Succession und Erbschaft seiner hinterlassenen Land und Leute ausgeschlossen seyn, und solches alles auf seine nächste Agnaten fallen. Uebrigens solle dieses sein Testament, binnen zwey, oder längstens drey Monaten nach seinem Absterben, eröffnet, exequirt und vollstreckt werden.

Palzgraf Wolfgang hatte zwey Originale von diesem Testamente verfertigen lassen, sie eigenhändig unterschrieben, sein Insiegel an beide gehängt, und das Testament durch die Unterschrift von sieben Zeugen, nemlich dem Zweybrückischen Hofmeister, Christof Landschaden von Steinach, Philippen von Gemmingen, D. Ludewig Gremper, dem Hofmeister des H. Philipp Ludewigs, Adam von Galen, Hanssen von Hain, Amtmann zu Meisenheim, dem Licentiat Heinrich Schwebeln, und dem Peter Agricola, seiner beiden ältesten Söhne Präceptor, bekräftigen lassen. Das eine Original dieses Testamentes wurde bey der Zweybrückischen Kanzley oder Archiv aufbewahrt, und das andere war bey dem Rathe der Stadt Straßburg

3. Er. birtg niedergelegt worden; zu Exekutoren aber  
 1569 seines Testamentes und Obervormündern sei-  
 ner noch minderjährigen Söhne hatte der Pfalz-  
 graf Wolfgang den damaligen pfälzischen Chur-  
 prinzen, Ludwig, und den Landgrafen Wil-  
 helm von Hessen-Cassel ernannt, und es selbigen,  
 noch bey seinen Lebzeiten, bekandt gemacht, da sie sich  
 dann hiezu willfährig erklärten, wenn sie mit der  
 Regierung, den Rechnungen, Einnahmen,  
 Ausgaben und dergleichen Sachen würden ver-  
 schonet werden. Diese beide Fürsten erhoben sich  
 13 Nov. also nach Neuburg an der Donau, wo sich auch  
 des verstorbenen Pfalzgrafen Wolfgang fünf Söh-  
 ne, Philipp Ludwig, Johann, Otto Hein-  
 rich, Friedrich und Carl, zugegen befanden. In  
 deren und ihrer Räte und Bedienten, wie auch  
 eines Notarius Gegenwart, geschah nun, nach  
 14 e.m. vorgängiger Recognition der Unterschriften und  
 Siegel von den jungen Fürsten und anwesenden  
 Testamentzeugen, die Eröffnung der beider  
 Originarien des Testamentes, welche, nebst einer  
 von dem Pfalzgrafen Wolfgang verzeichneten und  
 verschlossenen Abschrift, der Zweybrückische  
 Kanzler, Johann Stieber, den Fürsten über-  
 lieferte, worauf der Churprinz Ludwig und der  
 Landgraf Wilhelm solche mit ihren Pitschieren  
 wieder versiegelten, und der Hessische Kanzler,  
 D. Reinhard Schaffet, selbige in seine Verwah-  
 rung nahm.
- 17 e.m. Nach einigen Tagen ließen die erstgenannten  
 Testaments-Exekutoren und Obervormünder  
 den Pfalzgrafen Philipp Ludwig zu sich kom-  
 men, und ihm, in Beiseyn der vom Pfalzgrafen  
 Wolfgang, in seinem Testamente, ernannten  
 Regenten der Neuburgischen und Zweybrück-  
 ischen Fürstenthümer, durch den Hessischen  
 Kanzo-

Rathler, vorstellen: da, nach nunmehr eröffnetem J. Ehr. und verlesenem Testamente Pfalzgraf Wolfgang, dasselbe exequirt werden sollte; so fiel ihnen, den Exekutoren, ein beschwerlicher Punkt vor, woraus sie sich nicht finden könnten, und deswegen solchen dem Pfalzgrafen Philipp Ludwig anzeigen wollten, um darüber seinen Bericht und Bedenken zu vernehmen. Es hätte nemlich der Pfalzgraf Wolfgang die Erbtheilung, in seinem Testamente, dahin gemacht, daß dem H. Philipp Ludwig das Fürstenthum Neuburg, und dem H. Johannes das Fürstenthum Zweybrücken mit ihren Beschwerden, zugetheilet worden. Nun befunde sich, daß Neuburg gegen 60000. Gulden jährlicher Einkünfte habe, und obgleich auf diesem Fürstenthume eine Schuldenlast wäre, so hätte doch die Landschaft solche übernommen; doch wären gleichwohl noch 80000. Gulden an Schulden darauf erwachsen, wovon man jährlich 4000. Gulden Zinsen entrichtete, und der H. Philipp Ludwig mußte jährlich jedem seiner beiden jüngern Brüder, Otto Heinrich und Friedrich, 6000. Gulden reichen; folglich bliebe ihm noch ein feiner Ueberschuß, wovon er sich wohl erhalten könnte. Hingegen hätte das Fürstenthum Zweybrück jährlich nicht mehr als 26000. Gulden an Einkünften, und stünden auf demselben 700000. und mehr Gulden Schulden, wovon die jährlichen Zinsen 35000. Gulden betrügen. Die Einkünfte reichten also nicht zu, um die jährlichen Zinsen abzutragen, sondern es fehlten noch daran 9000. Gulden. Ferner mußte der H. Johannes seiner Frau Mutter jährlich 2000. Gulden Wittumsgelder, und seinem jüngsten Bruder, dem H. Carl, alle Jahr 6000. Gulden zur Unterhaltung

**3. Er.** tung reichen; mithin seine Ausgabe um 17000  
1569 Gulden stärker wäre, als seine Einnahme.

Dieses gab nun Anlaß, daß die beiden Testamentarien und Obervormünder, der Churprinz Ludewig und der Landgraf Wilhelm, so auch des Pfalzgraf Wolfgang beide älteste Söhne, Philipp Ludewig und Johannes, sich zu Neuburg über einen Abschied, wegen Execution des väterlichen Testaments, mit einander verglichen. In demselben wird gleich anfangs gedacht, daß, da in dem väterlichen Testamente unter andern verordnet worden, daß der S. Philipp Ludewig das Fürstenthum Neuburg, mit den darauf versicherten Schulden, und der S. Johannes das Fürstenthum Zweybrücken, gleichfalls mit seinen darauf hypothecirte Schulden, haben sollte, die Vormünder davon Anlaß genommen, sich um die jährlichen Einkünfte eines jeden Fürstenthumes und die darauf versicherte Schulden genauer zu erkundigen. Aus dem von den Zweybrückischen Regenten übergebenem Verzeichniß habe sich nun ergeben, daß die auf dem Fürstenthume Zweybrücken, sowohl vor, als nach Aufrichtung des väterlichen Testaments, versicherten Schulden sich um etlich 100000. Gulden höher beliefen, als sich das jährliche Einkommen dieses Fürstenthumes erstreckte. Deswegen hätten die Zweybrückischen Regenten gebeten, daß, weil nicht nur S. Johannes die auf sein Fürstenthum jährlich verzeichneten Pensionen bis auf etlich tausend Gulden nicht ausrichten könnte, sondern auch zu seiner eigenen Unterhaltung überall nichts haben würde, zu geschweigen, daß er seinem jüngsten Bruder, dem S. Carl, die im Testamente vermachte jährliche 6000. Gulden reichen sollte, und  
Ober



Obervormünder solches beherzigen, und auf zu Tr. trägliche Mittel, zu Abwendung dieser mercklichen 1569 Beschwerung gedenken möchten. Nun hätten zwar die Obervormünder, nebst dem verordneten Regenten, aus allerhand Ursachen, für das nützlichste erachtet, die Theilung beider Fürstenthümer vorerst noch einzustellen, und die Regierung derselben noch so lange bey einander zu lassen, bis durch eine fürsichtige und auf das engeste eingerichtete Haushaltung so viel erspartet würde, daß etwas ansehnliches von dieser beschwerlichen Schuldenlast abgeführt werden könnte. Allein der H. Philipp Ludewig und seine Räte hätten solches für bedenklich gehalten, jedoch ersteter sich erboten, auf seine Kosten seinen Bruder, den H. Johannes, bey sich und an seinem Hofe, bis er 24. Jahr alt würde, zu behalten, und demselben, jedoch dem väterlichen Testamente unabbrüchig, die hüffliche Hand zu Abtragung der beschwerlichen Zweybrückischen Schuldenlast treulich zu bieten.

Witthin wurde dieser Punkt, mit gutem Wissen und Willen beider Brüder, in Gegenwart ihrer Regenten und Räte, dahin verglichen, daß der Pfalzgraf Philipp Ludewig, an den verzinsten und unverzinsten Zweybrückischen Schulden, die damals sich auf 5,15923. Gulden beliefen, 1,85365. Gulden übernahm, und solche, bis zu endlicher Ablegung des Capitals, jährlich zu verzinsen versprach. Die übrigen verzinsten und unverzinsten 3,30567. Gulden aber sollten, nebst den verschriebenen und andern Leuten bereits eingeräumten wiederkäuflichen Aemtern, auf dem Fürstenthume Zweybrücken bleiben, und würden sich nunmehr beide Brüder, der Austheilung halber, welche Creditoren insbesondere jedem

3. Er. Fürsten zugewiesen werden sollen, ferner zu vers-  
 1569 gleichen wissen, damit ein jeder Fürst seine be-  
 willigte Summe bekomme, und sich mit Bezah-  
 lung der jährlichen Pensionen und Abtragung  
 des Capitals darnach verhalten könne. Falls aber  
 über vorge dachte Schulden sich über kurz oder lang  
 noch weitere Schuldforderungen von den  
 Französischen Reutern, oder wegen des jüngsten  
 Französischen Kriegszuges hervorthun würden,  
 solches sollen beide Fürsten, H. Philipp Ludew-  
 wig und H. Johannes, über sich nehmen, dage-  
 gen aber auch dasjenige, was iho oder künftig aus  
 Frankreich, von der Condéschen Parthey, er-  
 langet werden möchte, sämtlich genießen. Ue-  
 brigen obgleich der H. Philipp Ludewig einen  
 guten Theil an den Zweybrückischen Schul-  
 den auf sich genommen; so solle doch solches ihm,  
 des väterlichen Testaments halber, nichts prä-  
 judiciren, sondern dasselbe durchaus in allen sei-  
 nen Kräften und Würden bleiben, welches auch  
 H. Johannes, nebst freundlicher Dankagung, ver-  
 sprachen und zugesagt hat.

Wegen des Wittumms der hinterlassenen  
 Gemahlin des Pfalzgraf Wolfgang, des Uns-  
 terhaltes der jüngern Fürsten und Prinzessins-  
 nen und des Neuburgischen Hofstaates wurde  
 für gut und nützlich erachtet, daß die Fürstliche  
 Wittwe mit ihren sämtlichen Söhnen und Töch-  
 tern, wie bisher, zu Neuburg, in einer gemeins-  
 schaftlichen Hofhaltung, beisammen bleiben,  
 und demnächst einem jeden der drey jüngsten Für-  
 sten, wenn sie ihre im Testamente bestimmte Jahre  
 erreicht hätten, wie auch den Prinzessinnen dasje-  
 nige, was ihnen im Testamente vermacht worden,  
 gereicht werden sollte. Man sollte auch alle über-  
 mässige und unnöthige Unkosten abschaffen,  
 und

und die Hof- und Haushaltung auf das engste, 3. etc. nach dem, von den Obervormündern, dem J. 1569 Philipp Ludewig übergebenem Verzeichniß, einzuziehen, und die Sachen also anstellen, damit an den Einkünften jährlich etwas erspartet würde, um die Schulden davon abzutragen. Insonderheit wurde abgeredet, daß der J. Philipp Ludewig seiner Frau Mutter jährlich an Handgelde eben so viel, als zu seines Vaters Lebzeiten geschehen, reichen lassen, die von ihr ihrem Gemahl geliehenen 2000. Gulden verzinsen, und seine Schwestern, deren noch viere am Leben waren, nebst gebührender Kleidung, mit ziemlichen Handgelde, nemlich die Älteste mit 40. Gulden und die andern eine jede mit 30. Gulden, versehen sollte. Falls aber die Fürstliche Frau Wittwe nicht länger zu Neuburg bleiben könnte und wollte; so solle ihr frey stehen, ihr Wittumb zu begehren, da ihr alsdann dasjenige, was ihr weiter verstorben ist, nach Anweisung Briefe und Siegel, zugestellt und gereicht werden solle.

Da auch in dem väterlichen Testamente besondere und unterschiedliche Regenten in beiden Fürstenthümern benannt und verordnet worden, nemlich im Fürstenthume Neuburg der Prälat zu Speinshart, Johann Georg von Gleissenthal zu Enchof, Hans von Laibelsing zum Hantzenstein, Adam von Kreut zu Straß und D. Walther Drechsel, Kanzler zu Neuburg, und im Fürstenthume Zweybrücken der Hofmeister Christof Landschad von Steinach, Philipp von Gemmüngen zu Gutenberg, der Kanzler Johann Stieber zu Zweybrück und der Licentiat Heinrich Schwebel; so erklärten sich dieselben samt und sonders, auf Begehren der Obervormünder, daß sie dem Vertrauen des

3. Er. verstorbenen Pfalzgraf Wolfgang's Folge leisten, 1569 und nach ihrem besten Verstande dasjenige rathen helfen und befördern wollten, was der jungen Herrschaft, auch Land und Leuten zu Ehren und Wohlfarth gereichen möchte, welches Erbieten die Obervormünder mit Dank annahmen. Weil indessen einige von diesen Regenten sich, aus vorgeschützten Ehehaften und Verhinderungen, entschuldigten, daß sie nicht immer bey der Hofhaltung und Kanzley gegenwärtig seyn könnten; so wurde ein besonderes Verzeichniß gemacht, mit was für Personen die Regierung und Kanzley in einem jeden Fürstenthume vorerst bestellet, und der Hofstaat zu Neuburg angeordnet werden möchte. Doch wurde es dem Gutbefinden der beiden ältesten Fürsten und der verordneten Regenten heimgestellt, darauf bedacht zu seyn, daß die Fürsten mit übermäßigen Dienern nicht beladen, sondern deren nur so viele bestellet wurden, als zu Betrichtung der Fürstlichen Geschäfte und gemeiner Landesfachen nöthig wären. Fielen nun Sachen vor, worin der abwesenden Regenten Rath und Bedenken von nöthen; so wären selbige an einen jeden Ort zu forbern und zu den Sachen zu ziehen. Kämen aber solche Sachen vor, worin die Regenten und Räte das rathliche Bedenken der Obervormünder bedürften; so könnten sie sich dessen bey ihnen jederzeit erholen.

Wegen des Leichnams des seligen Pfalzgraf Wolfgang's, ob nemlich selbiger in Frankreich zu lassen, oder von da abzuholen? wurde, nach gehaltenen Berathschlagung, dafür gehalten, daß man es bey der, von dem seligen Pfalzgrafen selbst, in seinem Testamente, gemachten Verord-  
nung, Falls nicht andere Bedenken hiernächst vorfielen, lassen, und den D. Gabriel Seel, der des-  
halb

hat in Frankreich auf Resolution warte, wieder 3. Ebn  
abfordern wolle. Nichts desto weniger aber konnte 1569  
im in den Kirchen zu Lauingen und Zweybrück  
den ein ziemliches Epitaphium, zur Gedächniß,  
verfertigt, und seine, dem Testamente eingerückte,  
christliche Bekenntniß abgeschrieben, und den  
Superintendenten in beiden Fürstenthümern,  
mit dem Befehle, zugeschickt werden, bey den Prä-  
dikanen zu veranstalten, daß es mit den Leich-  
predigten, nach dem Inhalte solches Testaments,  
gehalten werden möge. Wegen der, im Fürstlich-  
chen Testamente enthaltenen, Vermächtnisse  
an die Hospitäler und Hausarme Leute zu Neus-  
burg und Zweybrücken ward beliebt, daß dem  
Spital zu Neuburg eine Verschreibung über  
2000. Gulden Hauptgut gegeben werden sollte,  
um davon jährlich, zu ewigen Zeiten, den Zins an  
das Hospital zu entrichten; oder auch das Capital,  
um die benannte Verzinsung, an andern sichern Or-  
ten anzulegen. Ob auch gleich den Hausarmen  
Leuten im Fürstenthume Neuburg, nach der  
gehaltenen Leichpredigt, bereits gegen 800. Gulden  
zum Almosen gereicht worden; so solle doch nichts  
desto weniger, weil 150. Gulden, zu Erhaltung  
armer Leute, in ewige Zeit, im Testamente  
verordnet worden, die Hauptsumme angelegt,  
und die Zinsen davon jährlich ausgespendet wer-  
den. Und weil übrigens den Hausarmen zu Zwey-  
brücken noch nichts gegeben worden; so solle sol-  
ches, vermöge des Testamentes, noch geschehen,  
und auch dasjenige, was dem dasigen Spital ver-  
macht worden, so lange durch eine Verschreibung  
versichert werden, bis man das Capital abtragen  
könnte.

Nachdem auch nöthig wäre, die Erbhuldig-  
ung in beiden Fürstenthümern einzunehmen;  
so

2. Ur. so wurde verabschiedet, daß solche in den Städten 1569 und Märkten, besonders an den vornehmsten Orten des Fürstenthums Cleburg, der H. Philipp Ludewig sich in Person, nach dem entworfenem Formular, solle leisten lassen. Im Zweybrückischen Fürstenthume aber könnten die Regenten selbige, durch etliche Personen aus ihrem Mittel, anstellen, und wäre daselbst solche Erbhuldigung auf den H. Johannes, nach vorgebachtetem Formular, zu richten. Da hiernächst beide Fürsten münchro zu solchen Jahren und Verstande gekommen, daß sie ihre Wohlfarth selbst erkennen könnten; so sollten die Befehle im Fürstenthume Cleburg im Namen des H. Philipp Ludewigs, oder in geringen Sachen, im Namen seiner Statthalter und Ráthe, im Fürstenthume Zweybrücken aber, auf gleiche Art, im Namen des H. Johannes, oder seiner Statthalter und Ráthe ausgehen, in welchem allen ein jeder Fürst an seinem Orte zu seinen Sachen selbst zu sehen, und das beste und möglichste zu bedenken wissen würde.

Vornehmlich aber wolle sich gebühren, daß die Fürsten ihre Regalien und K. Lehen bey dem Kayser empfangen. Da nun Graf Ludewig von Löwenstein u., der damals mit zu Cleburg war, und der Eröffnung des Wolfgangischen Testamentes mit beigewohnt hatte, ohnehin bald nach dem Kayserlichen Hoflager reisen würde; so solle derselbe zu dieser Lehensempfahung vermocht, und nebst ihm noch ein Cleburgischer Rath dazu gebraucht, auch sie mit nöthiger Instruction versehen werden. Insonderheit aber sah man für nöthig an, daß die Regalien der beiden Fürstenthümer Cleburg und Zweybrücken, wie auch andere Lehen, im Namen der beiden Pfalzgrafen Philipp Ludewigs und Johans, für sich

sich selbst, ihre Gebrüder und Erben Ingesamt, &c. &c. und auf gemeine Unkosten empfangen, und bey 1569 solcher Empfangniß keiner von den Brüdern, der künftigen, im väterlichen Testamente verordneten, Anwartsung halber, abgesondert oder ausgeschlossen werde. Ingleichen hielt man für rathsam, daß die beiden Fürsten und Brüder, nach geschehener Belehnung, dem Kayser für sein letztes Schreiben, und darin geschehenes Erbietten dankten, und ihn nochmals bitten ließen, Sie in seinem Schutz und Schirm zu halten, und Sie ihres Vaters vorgenommene Französische Kriegsexpedition nicht entgelten, sondern Sie ihrer kindlichen Unschuld genießen zu lassen, mit dem Erbietten, daß sie sich hißfalls dem Kayser allerdings unterwürfen, wie dann deswegen auch die Obervormünder an den Kayser besonders schreiben würden. Wegen der Oesterreichischen Klagen \*) aber würden die jungen Fürsten die Sache bey etlichen Kayserlichen Räthen, besonders dem R. Vicetanzler, D. Zasius, und andern schon nach Gelegenheit zu unterbauen wissen.

Wegen Beurlaubung der Diener, und Bezahlung ihrer Befoldungen und Dienstgelder wäre zwar im Testamente selbst einiges verordnet. Weil aber solches fast zu allgemein und etwas dunkel, so hielt man für das beste, einen Unterschied zwischen den von Haus aus bestellten Dienern, die nichts sonderliches gedienet, und denen, die zu Hofe oder in Verrichtung ihrer Aemter bisher geblieben und gearbeitet, zu halten, und mit einem jeden, nach Gelegenheit seines Dienstes, nach Billigkeit zu handeln. Einigen also, als den Ritterscheften und den von Haus aus bestellten

\*) S. weiter oben in diesem VIII. Bande der H. G. K. G., S. 18.



3. Ebr. stellten Dienern wären ihre Bestallungen we-  
 1569 ter nicht, als bis zum nächst verwichenen 12. Ju-  
 nius d. J., da durch den Tod des Pfalzgr  
 Wolfgangs ihre Dienstbestallungen ohnehin  
 erloschen, zu reichen; den andern aber, die bis-  
 her noch wirklich gedienet, möchten ihre Besol-  
 dungen bis auf diese Zeit oder bis auf das näch-  
 ste Quartal Lucia zu geben seyn. Was man  
 dann von diesen Dienern nicht mehr nöthig  
 hätte, denen könnte man bey Zeiten ihren Dienst  
 aufkündigen, und sie ab danken.

Würde hiernächst das Inventarium über  
 das Silbergeschirr, die Kleider und Kleinodien,  
 dessen im Testamente Meldung geschehe  
 het kurz oder lang aufgefunden werden; so würd  
 es billig laut desselben und vermöge des Testaments  
 gehalten. Weil es aber ungewiß sey, ob solcher  
 Inventarium vorhanden; so sollen unverzüglich  
 das Silbergeschirr, die Kleider und Kleinodien  
 durch die verordnete Regenten, oder etliche dersel-  
 ben, von neuem inventirt werden, damit die jun-  
 gen Fürsten, wenn sie hiernächst ihr vollkommene  
 Alter erreichen, sich deswegen selbst brüderlich ver-  
 gleichen könnten. Da indessen der H. Philip  
 Ludewig, an den Zweybrückischen Schulden  
 ein stattliches zu bezahlen, auf sich genommen; 1  
 bewilligte dagegen H. Johannes, daß sein ältere  
 Bruder, als Erstgebohrner, bey künftiger Thei-  
 lung des Silbergeschirres, einen ziemlichen Vor-  
 theil haben, und ihm besonders das Silberge-  
 schirr, welches zu dem Fürstenthume Neubur-  
 gehörig, und was die Neuburgische Landschaft  
 geschenkt habe, bleiben solle. Weil hiernächst d  
 Württembergische und Mömpelgardische Vor-  
 mundschaft, durch das Absterben des Pfalzgr  
 Wolfgangs erloschen wäre; so sollten solche Vor-  
 mund

mundschaften von den Neuburgischen und Zweybrückischen Kanzleyen, nebst Ueberschreibung der Acten und Vermeldung der Ursachen, schriftlich aufgekündiget werden. Und da endlich die Original-Testamente nicht allein die beide regierende junge Fürsten, sondern auch ihre Brüder und Schwestern betrafen; so ward für gut angesehen, daß eines dieser Originalien verschlossen bey der Stadt Lauingen niedergelegt, und einem jeden Fürsten zuvor eine Abschrift davon gegeben werde, die gleichfalls auf Pergamen geschrieben, und von dem Erblasser unterschriebene Copey aber bey den Obervormündern bleibe. Uebrigens wurden von diesem Abschiede drey gleichlautende Exemplare, unter der Obervormünder, der beiden jungen Fürsten, und der verordneten Regenten Unterschriften, und beigesetzten Secreten und Petschaften, ausgefertigt, und eines davon den beiden Obervormündern, die zwey andere aber den beiden jungen Fürsten zugestellt, um sich darnach zu achten.

Zufolge dieses Abschiedes ließ sich nun der Älteste von den fünf Söhnen Pfalzgraf Wolfgang, nemlich H. Philipp Ludewig zu Neuburg angelegen seyn, die Lehen, für sich und seine Brüder, bey dem Kayser zu nehmen. Zu dem Ende stellte der H. Johannes seinem Bruder, dem H. Philipp Ludewig, eine, unter der Direction der Obervormünder, von den damaligen Pfälz Neuburgischen und Zweybrückischen Råthen, entworfene Vollmacht zu, um auch für ihn die Belehnung über das ihm zugetheilte Fürstenthum Zweybrücken zu empfangen. Solche erfolgte nun, von Seiten des Kayfers, das Jahr darauf, zu Prag, da nemlich Pfalzgraf Philipp Ludewig,  
durch

3. Er durch seine Bevollmächtigte, die Lehen nicht  
 1569 nur über das Fürstenthum Neuburg, sonder  
 auch das Fürstenthum Zweybrücken, in Vol  
 macht seines Bruders, des H. Johannis, und di  
 Mitbelehnung für die übrigen jüngern Brüder  
 nach eines jeden Anwartsung, vom Kayse  
 nahm, und ditzfalls, in ihrem Namen, die gewöhn  
 liche Lebenspflicht leistete, wie solches die darüber, zu  
 (7 Apr. Prag, ausgefertigte Kayserliche Lehenbrief  
 1570.) deutlich zu erkennen geben. Und an eben diesen  
 (4. e.) Tage hat auch R. Maximilian, auf Ansuchen  
 des Pfalzgraf Philipp Ludewigs, das Testa  
 ment des Pfalzgraf Wolfgangs, in allen seinen  
 Artikeln, und besonders was die, wegen der künfti  
 gen Anfälle, verordnete Anwartsung und Erb  
 folge dessen jüngern Söhne betrifft, auf das ferner  
 lichste bestätigt, und alle Mängel und Gebre  
 chen, die etwa in mehrgedachtem Testamente vor  
 handen seyn möchten, und etwas desjenigen, so dazu  
 von rechtswegen gebraucht seyn sollte, unterlassen  
 worden wäre, aus Römisch, Kayserlicher  
 Macht, Vollkommenheit, erfüllet und erstat  
 det, unter einer Strafe von 50. Mark löthiger  
 Goldes gegen die Uebertreter. Endlich hat auch, bei  
 eben dieser Gelegenheit, der Pfalzgraf Philipp Lude  
 wig bey dem Kayser um die Bestätigung der  
 im J. 1566., seinem Vater erteilten Anwarts  
 schaft und Mitbelehnung auf die Pfälzische  
 Chur, das Erztruchessenamt und die Chur  
 lande †), für sich als den Erstgebornen, und  
 demnächst auch für seine jüngere Brüder, Jo  
 hann, Otto Heinrich, Friedrich und Carl, u  
 eines jeden, vermöge der ältern Hausverträge vor  
 den

†) S. weiter oben in diesem VII. Bande der 17. T.  
 R. G., S. 48.

den J. 1543. und 1553. \*), und ihres Vaters J. Ein  
hinterlassener testamentlicher Verordnung, da 1569  
bender Anordnungen, angesucht, und solche, durch  
eine zu Prag ausgefertigte Urkunde, auch wirklich (7 An.  
erhalten \*). Auf was für eine Art nachher die jün-  
geren Söhne des Pfalzgraf Wolfgang, nach-  
dem sie zu erwachsenen Jahren gekommen, sich mit  
ihren ältern Brüdern, wegen der ihnen, im vä-  
terlichen Testamente, angewiesenen Aemter ver-  
glichen haben, soll zu seiner Zeit gemeldet werden.

In

\*) C. im XII. Bande des sogenannten Auszuges 1c.,  
C. 604. f. und im III. Bande der N. T. R. G.,  
C. 76. f.

b) *Parvus* l. c., L. V. Sect. II. p. 197 - 199. & 201.  
sq. und Sect. III. p. 204. *Koblers Münzbelustig.*  
P. IX. n. 12. p. 95. sq. Vornehmlich aber die  
in der vorhergehenden Note g.) angeführte Pfalz-  
Zweybrückische Deduction wegen Veldens, p. 8 - 11.  
und in den Beylagen, Lit. G. p. 64 - 71. *Copia*  
*Schreibens* an einen *Ministram* eines Fürstl.  
Hofes, sub Dato Straßburg den 26. Jan. 1722.,  
des Chur- und Fürstl. Hauses der Pfalz Succession  
überhaupt, insonderheit aber die künftige Erbfolge  
im Fürstenthum Zweybrücken betreffend; (f. l. &  
n. 4.) p. 6 - 26. *passim* und in den Beylagen, Lit.  
A. B. C. D. & K. p. 36 - 63. & 80 - 86. *Facti*  
*Species* des Pfalzgraf *Christiani III.* (zu Birken-  
feld,) und dero hochfürstl. Stammes näheres  
Successions-Recht an das Fürstenthum Zweybrük-  
ken, im Fall der einstens erfolgenden Erledigung  
desselben; (f. l. & a. fol.) p. 4 - 9. und in den Bey-  
lagen, n. I - III. p. 15 - 26. *Servii formula Suc-*  
*cess. Palat.*, Sect. III. §. 22 - 26. p. 324 - 357.  
und *Statut Caussae*, nebst Rechtl. Ausführung der  
dem Pfalzgr. Christian dem III. und dero Hoch-  
fürstl. Hause im Herzogth. Zweybrücken compe-  
tirenden possessor. Berechtigungen; (f. l. 1729. fol.)

3. Oct. In dem pfälzischen Hause trug sich, in die-  
 1569 sem Jahr, noch ein anderer Todesfall eines regie-  
 renden Fürstens zu. Es starb nemlich Pfalzgraf  
 Georg zu Simmern, dem sein älterer Bruder,  
 der Churfürst Friedrich der III. von der Pfalz,  
 nach ererbter Chur, das väterliche Fürstenthum  
 abgetreten hatte<sup>1)</sup>. In seiner Jugend hatte er den  
 geistlichen Stand erwählt, und war ein Dom-  
 herr worden, verließ aber nachher denselben, diente  
 dem K. Philipp von Spanien im Kriege, und  
 vermählte sich, im J. 1563., mit der Hessischen  
 Prinzessin Elisabeth, Landgraf Wilhelms des  
 ältern Tochter, mit der er aber keine Kinder erzeugte.  
 Er war der evangelisch-lutherischen Religion  
 eifrig bengethan, und war mit seinem Bruder, dem  
 Churfürsten, nicht zufrieden, daß er die Zwing-  
 lische Lehre in seinem Lande einführte. Zu sei-  
 nem Nachfolger im Fürstenthume Simmern  
 hatte er seinen jüngsten Bruder, den Pfalzgrafen  
 Reichart, der sich ebenfalls zur A. C. bekannte,  
 und bisher Domprobst zu Straßburg gewesen  
 war; aber in eben diesem Jahr den geistlichen  
 Stand aufgab, vielleicht aus Verdruß, weil er  
 bey

P. I. cap. I. §. 1-5. cap. II. §. 9. p. 10. sq. & cap.  
 III. §. 73. p. 116. und in den Beylagen, Lit. A.  
 B. C. F. H. Ss. p. 1-14. 17-19. 21. & 69. sq.  
 Cf. die iho sehr seltene Schrift, welche zu Lan-  
 gen, im J. 1604. in 4to, unter dem Titel heraus-  
 gekommen: Verantwortung des Pfalzgrafen Wol-  
 gangs u. standhafter Glaubens-Bekandnus u., in  
 deren IV. und V. Abschnitte, p. 192-251., die Stras-  
 gen negativ beantwortet werden: 1) ob Pfalzgraf  
 Wolfgang Zwinglisch oder Calvinisch gewesen? und  
 2) ob derselbe die große Kriegsexpedition in Frank-  
 reich dem Calvinismo zu Gutem vorgenommen habe?

1) S. im IV. Bande der N. L. Z. G., S. 197. :

ben der neuen Bischofswahl zu Straßburg warz. Gr.  
übergegangen worden <sup>1</sup>). 1569

Es ist weiter oben gedacht worden, daß nicht nur die in das Elsaß eingerückte Aumalische Armee, sondern auch die bey dem Pfalzgräflichen Heere befindlichen Oramischen und Fränkischen Truppen, von Zeit zu Zeit, verschiedene Ausschweifungen begangen, und allerhand Unordnungen angerichtet haben. Dazu kamen noch die starken Werbungen im Teutschen Reiche sowohl von Seiten des Pfalzgraf Wolfgang von Zweybrücken, als auch des Marggraf Philiberts von Baden-Baden, und die häufigen Durchzüge ihrer nach Frankreich abzuführenden Völker, wobei die Länder und Unterthanen verschiedener Fürsten und Stände leiden mußten, die darüber bey dem Kayser Klage führten. Solches bewog nun den Kayser, so wohl ein Generalmandat an alle R. Kreise, als auch an die vorliegende und benachbarte Kreise besondere Aufnahmungsschreiben <sup>2</sup> ergehen zu lassen, um sich in die gehörige Verfassung zu setzen, damit sie den Bedrängten, auf ihr Erfordern, den gesuchten Beistand leisten könnten. Zu dem Ende hielt unter andern der Fränkische Kreis einen Kreistag zu Nürnberg, regulirte, zu Bestreitung der Kosten, die Kreisanlagen, bestellte einen neuen Nachgeordneten, und trug seinem Kreisobristen auf, sich auf gute Rundschaft zu legen, was es für eine Beschaffenheit mit den in Thüringen und am Rheinstrom liegenden Pfalzgräflichen Reutern habe, auch von ih-

§ 2

nen,

<sup>1</sup>) Scharidii Epit. ad a. 1569., in Eius Scriptor. T. IV. p. 116. b. coll. p. 124. a. Schadaeus l. c., P. II. L. V. §. 36. p. 161. coll. §. 4. p. 147. und Parnus l. c., L. V. Sect. I. p. m. 127. sq.

2. Mr. nur auf den Fall ihres Durchzuges die nöthige  
1369 Caution zu fordern.

Bald darauf suchte der Churfürst von der Pfalz, wegen der von dem Französischen Kriegsvolke ausgeübten Excesse und Beschädigung etlicher Rheinischen Kreisstände durch die geworbenen Reuter, bey dem Fränkischen Kreise an sich mit der dreifachen Hülfe dermassen gefaßt und bereit zu halten, damit sie, auf sein, des Churfürstens, Erfordern, an den zu benennenden Orten und Enden gewiß erscheinen könnte. Eine gleiche  
2081r. Anforderung geschah auch von dem Oberrheinischen Kreisobristen, dem Grafen Ernst von Solms, und weil man auch glaubwürdige Nachricht erhalten hatte, daß der Marggraf Philibert von Baden-Baden willens sey, 1500. Reuter zum Dienste der Krone Frankreich, werben zu lassen, und sie im Fränkischen Kreise zusammen zu führen; so wurde, solcher Umstände halber, abermals ein Kreistag nach Nürnberg ausgeschrieben, und auf demselben beschlossen, daß, wenn der Marggraf Philibert seine Reuter im Kreise versammeln, und mustern, auch die zu verlangende Caution nicht leisten wollte, solches durchaus nicht gestattet, sondern das Volk, mittelst der Kreishülfe und des Glockenstreiches, gänzlich getrennet werden sollte. Ferner bestimmte man die dreifache Kreishülfe auf 600. Mann zu Pferde, in zwey Fahnen und unter zwey Rittmeistern, und auf acht Fahnen Fußvolkes, jedes zu 300. Knechten stark, worunter 100. Schützen, 50. Doppelsoldner und 150. einfache Knechte seyn sollten, woben der Sold des Reuters monatlich zu 15. Gulden, und des Fußgängers zu 4. Gulden angeschlagen wurde. In Ansehung des Beschützes aber sollte es bey dem  
Kreis



Kriegsbeschlüsse des J. 1556. gelassen werden; nur J. 43. daß, nach dem vorigen Vorschlage des Kreisobristen, das große Geschütz nach Gelegenheit in Kanonen zu verwandeln wäre. Endlich wurden auch noch auf diesem Kreistage, die Antwortschreiben auf das Kayserliche Generalmandat und auf die besondere Schreiben des Kayfers, des Churfürstens von der Pfalz, und des Oberheymischen Kreisobristen verabredet, worin der Fränkische Kreis sich zwar erbot, in nöthiger Bereitschaft zu stehen, indessen aber doch erst das weitere abwarten wollte, was auf dem, wegen dieses Kriegswesens, bereits ausgeschriebenen R. Deputationstage zu Frankfurt weiter berathschlagen und verabschiedet werden würde <sup>1)</sup>.

Auch von dem Schwäbischen Kreise verlangte der Churfürst Friedrich von der Pfalz die dreyfache Reichs- oder Kreis-Hülfe, nachdem die Aumaische Armee in die Pfalz-Neuburgische Herrschaft Lützelstein eingefallen war, und den Paß bey Elßatzabern besetzt hatte. Er schrieb deswegen an den H. Ludwig von Württemberg; man gab ihm aber zur Antwort, daß solches, als eine wichtige Sache, an die Vormünder gebracht werden müßte, indem der junge H. Ludwig mit der Kreisobristenstelle sich nicht belasten, noch weniger, ohne die in den R. Satzungen verordnete Deputirte, etwas einseitig verfügen könnte. Da nun aber die Gefahr grösser wurde, indem der Prinz von Oranien, den der Herzog von Aumale verfolgte, sich mit seinen Völkern,

1) Friedr. Carl Mosers Samml. sämtl. Trays: Abschiede, P. II. n. 43. & 44. p. 60 - 70. Cf. den Fränkischen Kreis-Abschied, de Dato Nürnberg, am Mittwoch nach Quasimodogeniti 1556., §. 11., bey eben demselben, l. c., P. I. n. 6. p. 66.

3. Car. fern, die er wegen Mangel an Gelde größtentheils  
 1569 abhandeln mußte, gegen die Marggrafschaft Baden zog, und man befürchtete, daß dieselben, wenn sie sich verließen, allerhand Ausschweifungen begehen möchten; so hielt man für nöthig, einen Kreis auf den tag nach Ulm auszuschreiben. Mittlerweil unterzog sich der Marggraf Carl von Baden + Durchlach der, durch das Absterben des H. Christofs erledigten Kreisobristenstelle, berufte die von den Kreise zugeordnete Kriegsräthe zu sich nach Carlsburg, und drang darauf, daß ein gewisser Kreisobristler erwählt werden sollte. Er hatte dabei die Absicht, solche Stelle selbst zu erhalten dagegen die Kreisstände zu ihm kein Vertrauen hatten, und ihm, bei der damaligen Lage der Umstände, nur die Verweisung derselben, bis zu dem künftigen schon ausgeschriebenen Kreistage, auftrugen damit man doch wenigstens wüßte, an wen man sich, im Falle der Noth, zu wenden hätte. Und weil demnächst der Marggraf Carl selbst, als man ihm vor einigen Jahren das Kreisobristenamt angetragen, solches, unter dem Vorwande seiner wenigen Kriegserfahrung, ausgeschlagen hatte so wolke man ihm den Statthalter zu Mömpelgard, Arbogast von Herwen zugeben, der sich aber entschuldigte.

Ob nun gleich der Marggraf Carl einer von den Vormündern des jungen H. Ludewigs war so setzte er doch denselben und dessen übrige Vormundschaft in große Verlegenheit und Nachtheil. Die Herzoge von Württemberg versahen nemlich, neben dem Bischof von Augspurg oder Costniz, das Kreisausschreibamt, und hatte die Kreiskanzley bei sich, also, daß die Herzogen den Kreis + Sekretär verordneten, und hernach den übrigen Kreisständen präsentirten, welche

dan

dann nicht nur bei den allgemeinen, sondern auch 3. Chr.  
bei den engern Versammlungen des Kreises, 1569  
das Protokoll zu führen, und den Kreisabschied  
zu verfassen pflegte. Nun erinnerte man zwar daran  
an den Marggrafen; aber erkehrte sich daran  
im geringsten nicht, und beschrieb nicht einmal  
den Herzog, als einen ihm zugeordneten Kreis-  
stand, sondern schickte ihm, nur durch ein schlechtes  
Schreiben, den zu Carlsburg gemachten Abschied  
zu. In diesem war nun beschlossen worden, den  
Badischen Rath, D. Hirschmann, an den  
Rheinischen Kreistag abzufertigen, und durch  
denselben eine Schwäbische Kreishülfe verspre-  
chen zu lassen. Zugleich richtete der Marggraf  
den Zulauf des Fußvolkes auf Maulbronn,  
welches er von seines Pflegbefohlenen landen um so  
mehr abzuwenden schuldig gewesen wäre, als nach  
der Reichsordnung solcher Zulauf auf den Feind  
gerichtet werden sollte. Das beschwerlichste aber  
war noch dieses, daß, ungeachtet der H. Christof  
bisher alle Gelegenheit sorgfältig vermieden hatte,  
sich mit dem Churfürsten von der Pfalz einzulaf-  
sen, über seiner Verbindungen wider die Krone  
Frankreich sich theilhaftig zu machen, und da-  
durch dieselbe gegen sich zu reizen, der junge H. Lu-  
dewig und der Schwäbische Kreis, durch die  
von dem Marggrafen versprochene Kreishülfe,  
in diese Zündel mit eingezogen werden wollte.  
Selbst dem Schwäbischen Kreise wurde solches desto  
bedenklicher, da derselbe bisher die von andern  
Reisen ausgeschriebene Kreistage nicht einmal  
beschieden wollen, weil sie den K. und Exekus-  
tions-Ordnungen gerade zuwider waren.

Allein alle Absichten des Marggrafens  
wurden unterbrochen, als auf dem nachher zu 11. Mrz.

2. Mr. Ulm gehaltenem Kreistage, sogleich bey der Er-  
 1569öffnung desselben, die Württembergischen Gesandten auf die Wiederbesetzung der erledigten Kreisobristenstelle drungen. Alle Kreisstände waren nemlich mit dem Verfahren des Marggrafens unzufrieden, und keiner wollte, bey der Umfrage, demselben seine Stimme geben, als nur der Marggraf Philibert von Baden-Baden. Diesem schienen die Württembergischen Gesandten mit beyzustimmen, damit die Stelle einem Fürsten vorbehalten bliebe; dann die geistliche Bank hatte einen Grafen oder Herrn dazu ausersehen, da hingegen die R. Städte einmüthig den H. Ludewig baten, dieselbe zu übernehmen. Nun stellten zwar die Württembergischen Gesandten dagegen vor, daß ihr Herzog noch zu jung sey, und selbst unter der Vormundschaft stehe, da man dann die vorkommende Fälle erst an die Vormünder gelangen lassen müßte, welches durch den Verzug eine merckliche Ungelegenheit verursachen könnte. Allein diese Entschuldigung fand kein Gehör, und man antwortete darauf, daß, da die Regierung im Namen des jungen Herzogs geführt würde, auf diese Weise auch das Kreisobristenamt, wie das Directorium, versehen werden könnte, zumal da er die Kanzley und alle Schriften, wie auch in Kreissachen erfahren Râthe habe, welche unter H. Christofs Regierung grosse Einsichten erworben hätten. Endlich trau-  
 14Mr. auch die geistliche Bank dieser Meinung bey, und die Kreisstände schickten einige Abgeordnete an den H. Ludewig, ihm das Kreisobristenamt anzutragen, welches er aber, ohne Einwilligung seiner Vormünder, anzunehmen, Bedenken trug jedoch endlich solches übernehmen, um den befürchteten

sete

tem ferner Eingriffen von den Marggrafen J. Chr. von Baden auszuweichen m). 1569

Auf den bisher erwähnten einzelnen Kreistagen wurde nun zwar beschlossen, sich wegen des von dem Churfürsten von der Pfalz und dem Oberheimischen Kreise gesuchten Beistandes in Bereitschaft zu setzen, die wirkliche Hülfsleistung aber so lange anstehen zu lassen, bis man erst von den Schülßen des bereits nach Frankfurt ausgeschriebenen R. Deputationstages unterrichtet seyn würde. Es hatten nemlich die bisherigen häufigen Durchzüge der nach Frankreich marschirten Kriegsvölker, und die damit verknüpfte Vergewaltigung und Landbeschädigung vieler Stände und ihrer Unterthanen einige Kreisobristen und ihre Zu- und Nachgeordnete veranlaßt, sich, schon im vorigen Jahr, zu Köln zu versammeln, und zu berathschla- (14 Nov. 1568)  
gen, wie solchen Unruhen und Friedbetrübnissen, durch die verordnete Hülfe der fünf Kreise, zu steuern, und die Stände und Unterthanen vor weiterm androhemdenn Unrath verhütet werden möchten. Allein bei angestellter Berathschlagung kamen ihnen die Sachen so wichtig und beschwerlich vor, daß sie die Hülfe der fünf Kreise nicht für hinlänglich genug erachteten, sondern eine ansehnliche Hülfe aller Kreise für nöthig hielten. Sie ließen also solches an den Kayser gelangen, mit dem Zusatze, daß etliche von ihnen für rathsam und nothwendig ansähen, auf die Ansetzung eines gemeinen R. Deputationstages Bedacht zu nehmen. Auf solches Ansinnen ermahnte der Kayser

§ 5

den

m) E. F. Sattlers Gesch. des Herzogth. Württemberg unter der Regier. der Herzoge, P. V. Sect. VI. §. 2. p. 3-5. W. von Steuten Gesch. der R. Stadt Augsburg, P. I. c. 9. §. 15. p. 586. und Schoepflin, I. c. T. IV. L. VI. c. 2. §. 1. p. 36.

9. Chr. den Churfürsten von Maynz, einen solchen R.  
 1569 Deputationstag, nach der in einigen R. A.  
 davon enthaltenen Vorschrift \*), auf das schleu-  
 nigste zu veranstalten, welcher dann auch denselben  
 auf den 14. April 1569. nach Frankfurt am  
 Mayn ausschrieb. Auf demselben erschienen nun,  
 als Kayserliche Commissarien, der B. Mar-  
 quard von Speyer und der Graf Ulrich von  
 Monfort und Rotenfels, und die Churfürsten  
 von Maynz, Trier, Cöln, Pfalz, Sachsen und  
 Brandenburg, nebst den, in den Augspurgi-  
 schen R. A. von den J. 1555. und 1559., be-  
 nannten Fürsten und Ständen †), schickten ihre  
 Gesandten dahin.

14. Apr.  
 1569 Nach geschehener Eröffnung des R. Depu-  
 tationstages trugen die Kayserlichen Commis-  
 sarien, mündlich und schriftlich, zwey Punkten  
 der Versammlung vor. Erstlich läge genugsam  
 am Tage, was für unerhörte Widerwärtigkeiten  
 und Elend sich eine Zeither, und besonders in den  
 zwey letzten Jahren, im Teutschen Reiche, sowohl  
 wegen der benachbarten Unruhen, als auch der  
 einheimischen Beschwerden, Vergewaltigun-  
 gen und gemeinen Landbeschädigungen ge-  
 gen hohe, mittlere und andere Stände, auch deren  
 arme Unterthanen, zugetragen hätten. Solche  
 Beschädigungen wären auch von mehreren Krei-  
 sen, in welchen selbige vorgefallen, auf den gehaltenen  
 Kreistagen vorgebracht worden, und einige  
 derselben hätten sich gegen den Kayser erklärt, ihre  
 Klagen, Obliegen und erlittenen Schaden an  
 dem isigen R. Deputationstage noch weiter vor-  
 zulegen; wie dann nunmehr solches von etlichen  
 hoch

\*) S. im II. Bande der 17. T. R. G., S. 646.

†) S. eben dieselbe, im II. Bande, S. 646. und im  
 IV. Bande, S. 61. u. f.

hochbeschädigten Ständen bereits geschehen wäre, 3. Ob  
andere aber sich vorbehalten hätten, ihre erlittene 1569  
Belästigungen und Schaden zu anderer Zeit vor-  
zubringen. Michin halte der Kayser dafür, daß  
darüber eine eifrige Berathschlagung und ernstli-  
ches Einsehen höchst nöthig seyn wolke. Es wäre  
nemlich fast dahin gerathen, daß diejenigen, welche  
sich neulich einer besondern Kriegserpedition un-  
terfangen, allen heilsamen K. Constitutionen ver-  
meffen widerstreben, ja sogar, unter diesem oder  
jenem vorgegebenem verborgenem Scheine, sich un-  
terstehen dürfen, im Reiche, ohne Geld und ohne  
einen gewissen Kriegsherrn, eine Aufwiegelung  
von Reutern und Knechten, in gewaltiger An-  
zahl, zu machen, und nicht allein in An- Durch- und  
Abzügen unleidlichen Schaden zu verursachen;  
sondern auch solch vergabbertes mächtiges Kriegs-  
volk in anderer Fürsten und Stände des Reichs  
Fürstenthume, Länder und Gebiete eigenmächtig  
zu führen, einzulagern, den armen Leuten alle ihre  
Nahrung, ohne einige Bezahlung, aufzuzehren, zu  
verwüsten, und sie mit öffentlichem rauben, plündern  
und andern Unthaten in das äußerste Verderben zu  
setzen. Wenn sie nun also bey einem aufgeräumer  
hätten; so wären sie alsdann, unter dem Vorwande  
angemaßter Durchzüge, auf andere fortgerückt, um  
dieselbst noch mehreres Verderben anzurichten, und  
dazu fremde Kriegsleute zu hochbeschwerlichen  
Ausfällen zu reizen.

Insbefondere aber wolke der Kayser die grau-  
lichen Unthaten der verschiedenen, im vorigen und  
isigen Jahre, in den Nieder- und Oberrhein-  
ischen Landen versammelten mächtigen Kriegs-  
heere anzeigen lassen, deren einige in die Burgun-  
dische Nieder- Erblande, und von da aus, durch  
Frankreich, in das Nieder- Elßaß, die andern  
aber



3. Mr. aber nach Frankreich, mit starker Macht, gezogen  
 1769 wären. Ingleichen des Französischen wüthens  
 den Kriegsvolkes, welches in das Elfaß mit  
 Gewalt eingefallen, und bey seinen verschiedenen Aus-  
 Durch- und Abzügen, eine Lägerung, Plünderung,  
 Ein- und Ausfälle vorgenommen, die  
 Länder und Unterthanen vieler Stände und  
 Glieder des H. R., wider alle hochverpönte R.  
 Constitutionen, Recht und Billigkeit, ja mit öffent-  
 licher Verachtung der ihnen eingehändigten Kay-  
 serlichen Befehle, und geschehenen ernstlichen Ver-  
 warnungen, zum höchsten beleidiget, beraubet, ge-  
 plündert, zum Theil verbrannt, geschäst, die ar-  
 men Leute theils erstochen und erschossen, und  
 alle unerhörte Grausamkeiten im H. R., ausge-  
 übet hätten. Solche oberzählte Unthaten wären  
 hochschädlich, ärgerlich und sträflich, und  
 müßten daher einem jeden friedliebendem Reichs-  
 stande billig zu Herzen gehen. Vornehmlich da es  
 leider! allzu sichtbar wäre, daß das ißige gemeine  
 Wesen, und zwar größtentheils Teutscher Kriegs-  
 volkes, welches ehemals vor andern Nationen, we-  
 gen seiner Frömmigkeit, Zucht und Ehrbarkeit, den  
 Preis gehabt, nummehr ein Ansehen fast barba-  
 rischer Art gewonnen, auch in eine solche Freiheit  
 verwandelt werden wolle, daß in die Länge kein Bi-  
 dermann bey Haus und Hof, und kein Herr bey  
 Land und Leuten bleiben solle. Dann es wäre wohl  
 zu erwägen, daß, wenn man solcher Freiheit und  
 Landverderben ferner ruhig ansehen würde, es dabey  
 nicht bleiben, sondern, wenn es heute bey einem  
 Stande aufgehört, morgen bey einem andern an-  
 fangen, und zuletzt zum Barren geraten werde.  
 Endlich stünde auch noch diese unerfliche und große  
 Gefahr vor Augen, daß, wenn das nach Frankreich  
 geführte teutsche Kriegsvolk abgezückgetrie-  
 ben

ben werden, oder es sonst mit denselben zum Abzuge kommen sollte, alsdann der ganze Schwarzhäuser freiwilligen und ungezwungenen Haufen nicht allein in das Elß gerathen, sondern auch andere Reichsstände dergestalt treffen könnte, daß es hernach viel zu spät sein würde, solchem Uebel und Unheil zu steuern. Es begehete daher der Kayser von den erschienenen Räthen und Gesandten, daß sie dieses alles treulich erwägen und in Berathscholung ziehen möchten, wie den von den Reichsen und Orten angebrachten Klagen abzuhelfen, ihren die erlittenen Schäden zu erstatten, und was für Strafen gegen die Uebertreter, vermög des h. R. Landfriedens, Exekution und anderer Satzungen, vorzunehmen seyn möchten. Hiernächst möchten sie auch fleißig bedenken, durch was für fernere Verbesserung und Vollstreckung vorbesagter R. O., solch geschwinder und ungewöhnlicher Ueberlast im Reiche künftig verhütet, und man dafür gesichert seyn könnte. Insonderheit aber möchten sie schleunig berathschlagen, durch was für Mittel und Wege fernern Unrath und Landesverderb, die aus dem Abzuge des Teutschen Kriegsvolkes erfolgen möchten, vorzukommen wäre; ingleichen wie es mit Verbiethung der fremden Kriegsdienste, oder auch mit Abforderung deren, die sich bereits in dergleichen Kriegsdienste eingelassen, zu halten seyn möchte, indem dißfalls eine durchgängige Gleichheit zu beobachten seyn würde.

Der andere Punkt der von den Kayserlichen Commissarien geschehenen Proposition betraf die Gothaischen Exekutionskosten. Der Kayser ließ nemlich den anwesenden Räthen und Gesandten zu Gemüthe führen, wie sie sich zu erinnern wissen würden, daß der Gothaische Exekutions-

9. Ex. tionskrieg ursprünglich ein Werk des heilsamen 1569 Landfriedens gewesen, und daß der Kayser, auf die treue Heimstellung der Stände, den Churfürsten von Sachsen, durch fleißige Unterhandlung, bewogen habe, sich der Sache als Kayserlicher Geldherr und Generalobrist zu unterziehen, und zu Vollstreckung dieser Exekution eine ansehnliche Summe Geldes dem H. R. vorzuschießen. Nun hätte der gedachte Churfürst den Kayser benachrichtiget, daß, ungeachtet des Erfurtischen Abschiedes \*), die versprochene Wiedererstattung, durch die verabschiedete Contribution, nicht erfolgt sey, sondern daran noch eine sehr große Summe ausstehe. Ausserdem besinde sich, daß solche verglichene und bewilligte Contribution, wegen Ungewißheit vieler Stände, zu Bezahlung der vorgestreckten Summen nicht zureichen wolle; wie dann der Churfürst, auf dem izigen Depositionstage, durch seine Gesandten, davon weitem Bericht geben würde. Es möchten daher die anwesenden Räte und Gesandten, statt ihrer Herren und Obern, auf solche Mittel bedacht seyn, damit der Churfürst von Sachsen, wegen seines Darlehens und Ausstandes, ungesäumt vergnügt werde, und, wofern es sich befinden würde, daß die zuvor bewilligte Contribution zu gänzlicher Abzahlung nicht zureichen wolle, möchten sie auf ein mehreres und so weit gehen, daß die völlige Wiedererstattung vergewissert werden könnte. Was nun die anwesenden Räte und Gesandten über diese beide Punkten berathschlagen hätten, möchten sie den Kayserlichen Commissarien anzeigen, welche sich alsdann, vermöge ihrer Instruktion, mit ihnen darüber endlich vergleichen würden.

Nach

\*) S. im VII. Bande der H. T. R. G., S. 340. n. ff.

Nach der, von den abgeordneten Churfürsten, Erbkäm-  
 lichen und der deputirten Fürsten und Stände 1569  
 Räten und Botschaften, angestellten Beraths-  
 schlagung, und hierauf gepflogenen Communica-  
 tion und Vergleichung mit den Kayserlichen  
 Commissarien, auch geschenehen Berichtserstat-  
 tung an den Kayser, wurde das Beschlossene,  
 gewöhnlicher massen, in einen Abschied gebracht.  
 Nämlich bey der Berathschlagung über den erst-<sup>ten</sup> 14 Jun-  
 sten Punkt der Kayserlichen Proposition we-  
 gen des bevorstehenden gefährlichen Abzuges der  
 beiden mächtigen teutschen Kriegsheere, die  
 sowohl dem König von Frankreich, als auch dem  
 gegen ihn kriegendem Theile gezogen, ward in  
 Erwägung gezogen, in was für eine grosse Gefahr  
 oder äusserste Verheerung die an Frankreich  
 nächst gränzende Stände und deren Länder und  
 Unterthanen, oder auch vielleicht das ganze Reich  
 leichtlich gesetzt werden könnte, wenn entweder ein  
 Haufe, mit obliegenden Macht, den andern zu-  
 rück, und auf den Reichsboden triebe und ver-  
 folgte, oder wenn etwa sonst beide Haufen ihren  
 Abzug nähmen, und sich nicht erst trenneten, son-  
 dern Haufenweise wieder nach Teutschland zurück-  
 gehen wollten, da man dann nicht weniger ein allge-  
 meines Verderben allenthalben gewärtig seyn müßte,  
 weil von ihren Obristen, Rittmeistern und  
 Hauptleuten keine verbürgte und im Reiche ge-  
 nugsam angeessene Cautionen, nach Inhalt des  
 R. O., geleistet worden. Da nun, auf dem, im  
 vorigen Jahr, zu Fulda gehaltenen Churfürstent-  
 tage †), von einem fast ähnlichen Falle des das-  
 mals bevorstehenden gefährlichen Abzuges der  
 mächtigen nach Frankreich gezogenen Kriegshau-  
 fen,

†) S. die 17. T. R. G., im VII. Bande, S. 459.

3. Ge. fen, bereits berathschlaget, und solche ersprießli-  
 1549 che Mittel bedacht worden, wodurch alle dro-  
 drohende Unruhen im teutschen Vaterlande  
 abgewandt werden könnten; so hielt man für gut,  
 es auch diesmal bey solchen, in dem Artickel vom  
 Abzuge des Fuldischen Abschiedes wohl bedach-  
 ten Mitteln zu lassen, nur mit Aenderung und  
 Verbesserung etlicher Punkte, nach Gestalt und Ge-  
 legenheit der itzigen Zeitläufte.

Man beschloß daher, daß die sechs Churfür-  
 sten und die vier deputirte Fürsten, als Oester-  
 reich, Würzburg, Bayern und Hessen, auf  
 23 Jul. den nächstkünftigen Jacobstag etliche Kriegoer-  
 fahrne Gesandten nach Straßburg abfertigen,  
 und den dahin abzuschickenden Kayserlichen Com-  
 missarien zuordnen sollten, die sich alsdann daselbst,  
 oder wo sie es sonst für bequem befinden würden,  
 nach aller Gelegenheit und vorkommenden Befehl fleißig  
 erkundigen, und davon ihren Bericht an den Kays-  
 ser erstatten sollten. Vornehmlich aber sollten die  
 Kayserlichen Commissarien, nebst den erstbesag-  
 ten churfürstlichen und fürstlichen Gesandten  
 sich über verschiedene Abschiedungen aus ihrem  
 Mittel an die Königliche Würde in Frank-  
 reich, und an das beiderseitige geworbene und ge-  
 zogene teutsche Kriegsvolk, dessen Feld-, und  
 andere Obristen, Lieutenant, Rittmeister und  
 Hauptleute, zu folgendem Endzwecke sich verglei-  
 chen. Den König von Frankreich sollten sie nem-  
 lich ersuchen, daß, wenn etwa die itzige Unruhe in  
 Frankreich sich stillen, und das von ihm geworbene  
 teutsche Kriegsvolk abgedankt werden sollte, er  
 dahin sehen möchte, daß solche Abdankung, Abzug  
 und Trennung der Kriegsvölker nicht auf dem  
 F. R. Boden, sondern ehe und bevor sie dessen  
 Gränzen erreichen, geschähe. Er möchte auch ih-  
 ren



3. Da, wenn man kann zur Execution behäuflich sein  
1509 sollte. Solche offene Patente und Mandate des  
Kaisers, der Churfürsten, Fürsten und Stände  
da sollte man dem verbotenen Kayserslichen  
Commisariaten und den chur- und fürstlichen  
Gesandten gesendet werden, um sie den Kriegs-  
knechten, wenn sie etwa zu den Haufen geschickt wür-  
den, öffentlich zu verhandeln.

Denn man aber die Kayserslichen Com-  
missarien und die Gesandten der Churfürsten  
und Fürsten zu höher ihrer Beistandung und Ver-  
sicherung auch das richtige Recht und Sicherheit  
haben sollten, so sollte der Kaiser ihnen offene  
Patente antworten: wie dann auch ein jeder absehi-  
ender Churfürst und Fürst den Seinigen be-  
stimmte Patente zuschicken lassen sollte. Jedoch bey  
ihrem Fortzuge sollten sie sich um weitere nach-  
drückliche Verordnungen des dem König von Frank-  
reich und seiner Gemahlinne ausgesandten haben;  
solche sollten auch ein Kaysersliches Herold zu-  
geschickt werden solle. Auch der Execution sollten  
von dem Kaiser, den Churfürsten und mischi-  
gender Mächten Befehle und Anordnungen, gleich  
den verordneten Commissarien, antwortet werden.  
Sonderlich sollte man auch ihre Instructionen  
ansehen, und einige andere dahin eingerichtet,  
zur Erhaltung und Absicherung die-  
ses und gegen das Kriegs-  
ma. und auch sonst noch andere  
erfinden sollten; so sollten sich  
Commissarien, mit den chur-  
fürstlichen Gesandten, bey ihrer  
Zugabe, wegen ihrer Ver-  
sicherung unterreden und verglei-  
chen, oder sollte sie darüber gute  
Rathen: wie sich die Sachen im  
Frankr.



Frankreich zur Pacifikation anliesen, und wann, *J. 1569*  
 wie und wohin die Abzüge gerichtet werden möch-  
 ten; ferner ob zu vermuthen, daß die abziehende  
 Kriegsleute den Kayserlichen und den übrigen  
 verkündigten Patenten oder Mandaten gehors-  
 chen würden, oder aber schädliche Practicken  
 im *Z. R.*, dem Kayser oder einem Stande zum  
 Nachtheile, vornemlich durch böses Anstiften  
 der vertriebenen R. Richter, angesponnen werden  
 wollten, als welches sie fleissig zu verhindern, und  
 den Kayser von dem, was etwa vorkommen möchte,  
 schleunigst zu verständigen hätten, damit man dage-  
 gen schleunige Hülfe und Rettung vornehmen möchte.

Weil indessen vor Augen liege, in welchen be-  
 trübten Stand Frankreich, durch die innerlichen  
 und bürgerliche Uneinigkeit, iſo gerathen; so hätte  
 der Kayser, mit den Churfürsten, Fürsten und  
 deputirten Gesandten, bey dem iſo obschwebendem  
 benachbarten Ungewitter im *Z. R.*, worauf beson-  
 dere gute Achtung zu haben, des zu Augspurg, im  
*J. 1555.*, geschlossenen hochbetheuerten Religions-  
 friedens, an dessen Festhaltung Er, mit den Chur-  
 fürsten, Fürsten und Ständen des *Z. R.* keinen  
 Zweifel trüge, und der heilsamen Constitution des  
 allgemeinen Landfriedens, dessen Erklärung und  
 ferner verbesserten Exekutionsordnung, sich billig  
 erinnert, und deren Inhalt in gemeinem Rathe er-  
 wogen. Man wäre daher einstimmig entschlossen;  
 solche wohlbedächtlich aufgerichtete Satzungen des  
 Religions- und Profan- Friedens, auch die  
 darauf weitere Exekutionsordnungen in  
 allwege zu halten und zu vollziehen; zu dem Ende  
 ein Kreis oder Stand dem andern, welcher mit  
 der solchen Religions- oder Profan- Frieden bei-  
 leidiget werden sollte, Hülfe und Beistand besto-  
 getreuer und werththätig erzeigen sollte. Damit also,

3. Evt. aus dem iſo in Frankreich obwaltenden Kriegswie-  
 2369 ſen, die dem H. R. angehörige Stände, Länder  
 und Unterthanen, durch des einen oder andern  
 Theiles geworbene teurſche und andere Kriegs-  
 leute, mit gewaltigen und ungebührlichen Ausfä-  
 len oder Abzügen, wider den Religions- und Land-  
 Frieden, nicht weiter beleidiget und beſchädiget,  
 ſondern dagegen mit Hülfe und Rettung gefaßt ſeyn,  
 und die Kaiſerliche und Reichs-Reputation und Ho-  
 heit erhalten werden möchte; ſo würde, Kraft unſers  
 R. Deputationsabſchiedes, allen und jeden  
 Kreisobriſten, Zu- und Nachgeordneten ernſt-  
 lich befohlen, mit guter Verfaſſung in Bereit-  
 ſchaft zu ſtehen, alles nach Ordnung der R. A. zu  
 beſtellen, und alsobald die gebührenden Muſterun-  
 gen, vermöge des zu Worms, im J. 1564., auf-  
 gerichteten Deputationsabſchiedes \*), vorzu-  
 nehmen, weſwegen auch noch beſondere Kaiſerliche  
 Mandate ausgehen ſollen. Da man aber mehr-  
 mals wahrgenommen, wie langſam und verzügs-  
 lich die Kreishülfe zu erlangen, bey den itzigen  
 Kriegsunruhen in Frankreich aber leichtlich ein  
 ſolcher eilender und unverfehener Ueberfall ſich er-  
 eignen könnte, daß ein oder mehr Stände oder  
 Kreiſe des H. R. und deren Länder und Untertha-  
 nen beſchweret werden möchten, und alſo die weits  
 entlegene Kreiſe dem beſchwerten Kreiſe oder  
 Stande, in ſolcher eilenden Noth, die gebührende  
 Hülfe nicht wohl leiſten könnten: ſo wurde be-  
 ſchloſſen, daß, an ſtatt aller Kreiſe, die fünf nächſt-  
 geſeſſene, nemlich der Churfürſtliche (Churheis-  
 niſche), Fränkische, Bayeriſche, Schwäbiſche  
 und Rheinische (Oberrheinische) Kreis, ſich  
 ſogleich nach dem Datum dieſes Abſchiedes, mit  
 Kriegs-

\*) E. im VI. Bande der H. T. R. G., S. 47. u. f.

Kriegsleuten und anderer Nothdurft in bereite Vers-  
fassung, und zwar mit Reutern auf die gedop- 1569  
pelte Hülfe, mit dem Fußvolke aber auf die eins-  
fache, auf ihre Kosten, nach Vorschrift der R.  
A., setzen sollten.

Damit man auch dieser hochnothigen Vers-  
fassung und Hülfsleistung desto gewisser seyn  
möge; so solle man in jedem der vorgebachten fünf  
Kreise die in dem Wormser Deputationsabs-  
chiede verordnete Musterung, sobald es nach ge-  
endigtem isigen R. Deputationstage geschehen  
möge, vornehmen. Und wenn diese fünf gefasste  
Kreise von dem Generalobristen aufgefodert  
würden; so solle ein jeder seine bestellte Kriegs-  
leute, auf gemeine Kosten aller zehen Kreise,  
zum Abzuge unverzüglich abschicken. Deswegen  
dann zu Unterhaltung dieser und anderer, im Fall  
der Noth, etwa noch anzunehmenden Kriegsleute;  
alle zehen Kreise und deren angehörige Stände  
sich auf eine gemeine Geldhülfe, nemlich mit ges-  
doppelter Hülfe auf zwey Monate, nach eines  
jeden Anschlag, gefast machen sollen. Und zwar  
dergestalt, daß alle zehen Kreise und deren Stän-  
de, innerhalb Monatsfrist nach Publikation dieses  
Abschiedes, die zweymonatliche Geldhülfe rich-  
tig machen, und an einem gewissen, unter sich zu  
vergleichendem, bequemen Orte des Kreises, ver-  
wahrlich niederlegen sollen. Damit auch diese be-  
schlossene hochnothwendige Hülfe in einem jeden Kreise  
desto statlicher und ansehnlicher zusammengebracht  
werden möchte; so sollten die durch andere ausgezo-  
gene Stände ihre gebührende Anlagen, neben den  
übrigen Ständen, vermöge der R. Anschläge, es  
se mit Schickung der Leute oder des Geldes,  
selbst entrichten, oder die ausziehende Stände  
sollen solches statt ihrer leisten; jedoch den auszie-

**9. Cir.** henden Ständen an ihrer Gerechtigkeit, in an  
 1569 dem Fällen, nichts benommen. Wenn nun der  
 Generalobrist, bey sich ereignendem Nothfalle,  
 alle zehen Kreise zur eilenden Hülfe aufnehmen  
 würde; so sollen die obbenannte fünf schickende  
 Kreise ihre gebührende Hülfe zwiefach an Reu-  
 tern und einfach an Fußvolke, wie auch aus ih-  
 rem zusammengelegten Gelde anfangs einen Mos-  
 nat, auch doppelt, nebst einem Verzeichniß, was  
 sie davon ihren Kriegsleuten zum Anritze oder  
 Laufgelde gegeben, abschicken. Die andern fünf  
 Kreise aber, als Oesterreich, Ober- und Sachsen,  
 Burgund, Westfalen und Nieder- und Sachsen,  
 und die darein gehörige Stände, sollen gleichfalls  
 ihre schuldige gedoppelte Geldhülfe, innerhalb  
 vierzehn Tagen, nach des Generalobristens Auf-  
 mahnung, auch anfangs auf einen Monat, an  
 den Rath zu Nürnberg oder Frankfurt, als  
 verordnete R. Legstädte gewiß und vollkommen  
 einschicken.

Aus solchen gemeinen und von allen zehen  
 Kreisen zum ersten Monat bengetragenen Geld-  
 hülfen solle nun der Generalobrist die Macht  
 haben, noch 1000., oder 1500., oder, wenn es  
 nöthig, 2000. Reuter, zu eilender Defension, je-  
 doch mit Rath der andern fünf mitschickenden  
 Kreisobristen, Zu- und Nachgeordneten, auf  
 einen Monat lang aufzunehmen und zu besole-  
 den; wie dann auch von solchem Gelde dem Gene-  
 ral und andern Obristen ihr Stattgeld und  
 Sold, ingleichen was sonst auf Munition, Ar-  
 tiglerie, Rundschaft und andere außerordent-  
 liche Ausgaben aufgehen möchte, entrichtet wer-  
 den solle. Er solle aber die Rechnung, sowohl in  
 Annehmung der vorgebachten Reuter, und in  
 Unterhaltung des von den andern fünf Kreisen  
 zuge-

geschickten Kriegsvolkes, als auch in Bestel-  
 lung der Aemter und anderer Kriegsnothdurft 1569  
 dergestalt machen, daß er keine weitere Ausga-  
 ben oder Unkosten auf den ersten Monat anstel-  
 k, als die Summe der vorermähnten, von allen  
 zehen Kreisen, zum ersten Monat bengetrage-  
 nen doppelten Geldhülfsen zureichte, und daher  
 alles abbezahlt werden könne. Falls nun der Ge-  
 neral und die Obristen, Zu- und Nachgeord-  
 neten der andern fünf schickenden Kreise, nach  
 ihrem Anzuge, bemerken sollten, daß die entstandene  
 Gefahr im ersten Monat nicht zu stillen wäre, son-  
 dern fernere Rettung und Hülfe nöthig seyn würde;  
 so solle das Kriegsvolk in längerem Dienste, nem-  
 lich noch auf einen Monat, behalten, und es mit  
 dessen Unterhaltung und Besoldung, wie im  
 ersten Monat, gehalten werden. Der General-  
 obriste aber solle alsdann allen zehen Kreisen zu-  
 schreiben, ihre andere zwiefache Geldhülfe auf  
 den zweiten Monat, innerhalb 14. Tagen, aber-  
 mals zu erlegen, welches dann auch in solcher Zeit  
 von einem jeden Kreise völlig geschehen solle. Und  
 eben so sollte es, bey fortbauender Gefahr, auch im  
 dritten Monat mit der dritten doppelten  
 Geldhülfe gehalten werden. Wenn aber hernach  
 die Gefahr zu noch längerer Verweilung oder  
 zu grösserer Weiterung im Reiche sich anlassen  
 sollte, daß also solche bewilligte Hülfe nicht zurei-  
 chend seyn würde; alsdann solle man es an den  
 Kayser gelangen lassen, um mit Gutachten der  
 sechs Churfürsten eine allgemeine Reichsvers-  
 ammlung auszuschreiben und zu halten. Wäre  
 nun solche Hülfe geleistet, das Kriegsvolk hernach  
 abgedankt und bezahlet, auch bey abgelegter  
 Rechnung befunden worden, daß ein Kreis etwas  
 mehr, als der andere, ausgegeben hätte; so solle

3. Chr. demselben solches von dem gesammelten gemeinen  
1569 Gelde vergütet werden, damit bey diesem gemei-  
nen Werke allenthalben eine Gleichheit unter den  
Kreisen gehalten werde.

Nachdem indessen diese hochnothwendige eis-  
kende Hülfe, in wüthlicher und fordersamster Erles-  
gung des Geldes, und Zuschickung der Kriegsleute  
zu Ross und zu Fusse, keinen Verzug litte; so solle  
dem General und den fünf übrigen, zum Zuguge  
verordneten, gehorsamen Kreisobristen, Zu- und  
Nachgeordneten, auf den Fall, wenn einer oder  
mehr Kreise oder Stände, in Leistung ihrer Anla-  
ge an Leuten oder Geld, säummig oder ungehorsam  
seyn würden, zugelassen seyn, die schuldige Ans-  
zahl zu Ross und zu Fusse des Säummigen oder  
Ungehorsamen anzunehmen, und auch dessen Ges-  
bühr an Gelde, wie sie es am ersten erlangen  
möchten, auf Interesse aufzunehmen. Was nun  
darauf gienge, solle der Säummige oder Ungehors-  
ame, nebst allen daraus entstehenden Kosten und  
Schaden, unweigerlich und ohne allen Verzug, zu  
entrichten schuldig seyn. Wüthlich sollen der Ge-  
neral, die andern Obristen, Zu- und Nachge-  
ordnete volle Gewalt haben, wider denselben alle  
schleunige Wege zu Einbringung solches auf-  
genommenen Geldes, auch aller anderer Kosten,  
Schäden und Interesse, nach Vorschrift und  
Maassgabe der beiden Augspurgischen R. A.,  
von den Jahren 1555. und 1566. †), vor die  
Hand zu nehmen, und damit wüthlich zu verfab-  
ren, auch darunter niemanden zu verschonen. Ue-  
brigens aber solle diese gemeine Hülfsleistung nicht  
anders, dann nur im Reiche, zu gebührender Ver-  
theidigung der Stände und ihrer Länder und  
Unter-

†) S. die R. A. G., im II. Bande, S. 656. u. f.  
und im VI. Bande, S. 246. f.

Untertanen, die wider des H. R. Religions- u. d. Land- und Profan- Frieden beleidiget wurden, 1569 gebrauchet werden, und mithin nur allein auf die thätliche Vergewaltigungen der besorgten Ausfälle, feindlichen Angriffe, oder ungebührlichen Abszüge der iß in Frankreich vorfenden Kriegsempörungen, und der dasigen Kriegsheere, die sich für beide Parteyen eingelassen hätten, zu gebührender Beschützung der wider die obgedachte Frieden beleidigten und bedrängten Stände und Untertanen verordnet seyn. Es solle auch dieselbe nicht länger dauern, als bis das von beiden Kriegsführenden Theilen in Teutschland geworbene Kriegsvolk wieder beurlaubet worden, sich getrennet, und seinen Abzug, nach Vorschrift der R. A., in das Vaterland und nach Hause, einzeln oder Rottenweise, ohne alle Beschädigung, genommen hätte. Oder aber, bis daß der Kayser, die Churfürsten, Fürsten und Stände, auf einem Reichstage, ein anderes verordneten.

Da nun aber zu einem so wichtigen und allgemeinen Werke ein Generalobristen nöthig war: so ersuchten die, auf dem damaligen R. Deputationsstage anwesende Räte und Gesandten, im Namen ihrer Herrschaften und Oberrn, den Kayser, daß er solches Generalobristenamt, dem H. R. zu Ehren, auf sich nehmen möchte. Der Kayser übernahm auch solches, und verordnete, für sich selbst, und auf der Churfürsten, Deputirten Fürsten und Stände Ersuchen, seinen Rath und Obristen des Zipser Landes, Lazarus von Schwendi, als einen berühmten und wohlversahnen Kriegsmann, zu seinem Obristen Lieutenant. Zugleich erbot er sich, denselben unverweilt nach den Rheinlanden abzufertigen, um von Sineswegen, bey den ihigen geschwinden und



**Die widerwärtigen Kriegsläufen, fleißiges Aufsetzen:**  
 1569 und Erkundigung zu haben, wo das Kriegswesen in Frankreich hinauslaufen, und wenn, wohin, und auf was Art das deutsche Kriegsvolk etwa zum Abzuge kommen möchte. Würde nun der Kayser daraus vernehmen, daß das gedachte deutsche Kriegsvolk nicht gewillet wäre, sich zu trennen, sondern haufenweise und mit starker Gewalt wiederum in das Reich abzuführen, und dessen Stände oder Unterthanen, wider den aufgerichteten Religions- und Landfrieden, zu verungewaltigen und zu beschädigen, mithin eine Aufnehmung zu eilender Hülfe und Defension nöthig seyn möchte; so wolle Er, der Kayser, die vorbestimmten fünf Kreise zum eilenden Anzuge, und die andern fünf Kreise zu Leistung ihrer Geldshülfe, unverzüglich aufnehmen und erfordern. Wie und auf was für eine Art aber den Kriegsheuten ihre Bestallung zu machen, ingleichen ihre Zahlung und Rechnung aller Einnahme und Ausgaben, auch sonst alle andere Kriegsdirection, wolle Er, mit Rath und Zuthun der erstbejagten fünf zuschickenden Kreisobristen, Zu- und Nachgeordneten, abhandeln und verrichten lassen.

Wosern auch etwa sonst ein Kreis oder Stand aus gewissen Anzeigen vernehmen sollte, daß eine Aufnehmung zu nothwendiger Hülfe und Zuzug, wegen des ihigen Französischen Kriegswesens, in obgedachten billigen Fällen, nöthig seyn möchte; so möge er solches auf das eheste an Ihn, den Kayser, gelangen lassen, worauf Er, nach Gestalt der nothwendigen Defension, das Aufnehmen thun, und dagegen, mit Hülfe und Rathe der andern zuschickenden fünf Kreisobristen, Zu- und Nachgeordneten, gebührende Rettung unverzüglich vornehmen wolle. Nichts desto weniger aber

aber solle einem jeden beschwerten Kreise oder 3. Or. Stande frey stehen, sich zu seiner nothwendigen 1569 Vertheidigung gleichfalls gefaßt zu machen; wie dann auch sonst alle andere sich zutragende Fälle bey den gemeinen Constitutionen und Ordnungen des H. R. gelassen würden. Als es hiernächst an und für sich billig, und in den R. A. versehen wäre, daß die Verursacher, und Betrüber des heilsamen Landfriedens, alle Kosten und Schäden, welche die Kreise oder Stände ihrenthalben anwenden und leiden müßten, wiederum erstatten, und dazu, neben andern Strafen, angehalten werden sollten; so wolle der Kayser auch disfalls gegen alle und jede, welche die gehorsamen Stände oder Kreise in einige Kosten oder Schäden, wegen geleisteter Hülfe und Rettung, in vorberührten fünfzig Fällen, brächten, durch gebührliche Mittel und Wege ernstlich verfahren, und auch sonst alle gehorsame Reichsstände und Unterthanen wider die Friedbetrüber und Landbeschädiger, vermöge der R. Constitutionen, aus Kayserlichem Amte, der Gebühr nach, schützen und beschirmen.

Außerdem nahmen auch die abgefertigten Räte und Gesandten der Churfürsten, deputirten Fürsten und Stände die übrigen vier Punkten im ersten Theile der Kayserlichen Proposition in Berathschlagung; nemlich: a) wie die erlittene vielfältige Schäden den Beschädigten zu erstatten; b) was für Strafen gegen die Uebertreter vorzunehmen; c) wie die R. Constitutionen gegen solche geschwinde Ueberläste zu bestärken; und d) wie es mit Verbietung der fremden Kriegsdienste, oder der Abforderung zu halten seyn möchte? Nun habe man gleich anfangs nicht nur aus den häufig eingekommenen Klagen der hochbeschädigten und vergewaltigten gehorsamen Stände

3. Chr. Stände, Glieder und Unterthanen des H. R., 1569 sondern auch sonst aus mündlicher Anzeige und Bericht etlicher mehrerer Stände, deren Länder und Unterthanen zum höchsten verdorben, beschweret und beleidiget worden, genugsam vernommen, zu was für einem unerhörten und barbarischen Wesen, der Kriegseute Muthwille nunmehr gerathen wäre, als welche eben so wenig ihrer Freunde und der Unschuldigen in ihrem eigenen Vaterlande, als ihrer Feinde mit Rauben, Plündern und andern sträflichen Unthaten verschonten. Deswegen hätten dann vorbelegte Räthe und Gesandten für recht, billig und hoch nöthig ermessen, daß solchet unteutschen und barbarischen Grechheit keinesweges länger nachzusehen, sondern vielmehr die allgemeine Wohlfarth, der uralte Wohlstand und berühmte Name der Teutschen Nation fortzusetzen, und daher der Kayser, auch alle Stände des H. R. schuldig wären, der unschuldig bedrängten R. Glieder und Unterthanen sich fleißig und ernstlich anzunehmen, und gegen solche, je länger, je mehr, anwachsende Uebel ernstliche Mittel zu gebrauchen. Da aber diese vorbelegte vier Punkten von solcher Wichtigkeit und Weitläufigkeit wären, daß ihnen ditzmal und bey der izzigen R. Deputationshandlung nicht wohl abzuhelfen wäre, sondern sie eine gemeine Berathschlagung aller R. Stände erforderten; so habe der Kayser die Handlung und Erörterung dieser hochwichtigen Punkten auf den nächstkünftigen Reichstag verschoben, da dann diese Dinge, auf die fernere Kayserliche Proposition, in gemainer R. Versammlung, von allen Churfürsten, Fürsten und Ständen, zu Handhabung gemeiner Wohlfarth, und des H. R. Majestät und Deputation,

den; viel statlicher berathschlaget, beschlossen, und ein und würcksam zu vollziehen verabschiedet werden 1569 möchten. Indessen solle nichts desto weniger einem jeden beschädigten oder vergewaltigtem Stande und Reichsangehörigen frey stehen, mittel- und weile aller gebührliehen Mittel und Wege, vermöge der R. Constitutionen, Rechte und Ordnungen, gegen die Thäter oder Beschädigten sich zu bedienen.

So viel nun auch noch von zweitem Theil der Kayserlichen Proposition betrifft, nemlich die Gothaische Exekutions- und Kriegs-Kosten; so brachten die chursächsischen Gesandten vor, daß zwar, auf dem letzten gemeinen Deputations- und Kreis-Tage zu Erfurt, diese Gothaische Kriegs- und Exekutions-Kosten auf 9,53684. Gulden, 17. Groschen und  $7\frac{1}{2}$  Pfenninge berechnet, und die Stände, zu gebührlicher Entrichtung solcher Kosten, auf zehen Monate zur Contribution angelegt, auch die Restanten an den beiden zu Worms und Augspurg bewilligten Wartgeldern \*) mit dazu geschlagen worden. Allein nunmehr befunde sich, daß daselbst die alte Anschläge vieler Stände, die doch damals schon moderirt gewesen, angesetzt worden. Hiernächst hätte man auch viele Stände in den Anschlag mit gebracht, die doch dem Reiche nichts contribuiren wollten; wie dann auch im Niedersächsischen Kreise Irrungen zwischen den Ständen und dem H. Adolf von Holstein, wegen einer ansehnlichen Summe, die man demselben, bey der Abrechnung zu Erfurt, nicht passiren lassen wollen, und daher dem Reiche noch zu erstatten, vorgefallen wären. Sie begehrten daher im Namen ihres Herrn, auf Mit-  
tel

\*) S. im VI. Bande der N. E. R. G., S. 5153. n. 243. f.

3. Et. tel und Wege zu gedenken, wie die gewiffen; so  
 1569 doch fäumigen Stände zur Contribution zu  
 bringen, ingleichen wie diejenigen Stände, die  
 ihre Gebühr nicht erlegen wollten, dazu zu  
 vermögen, und was endlich zwischen dem erstge-  
 dachten H. Adolf und den Niedersächsischen  
 Ständen zu handeln seyn möchte, damit auch dies  
 der Rest eingebracht würde. Wenn nun aber auch  
 alle diese Posten einfämen; so mangle doch noch  
 eine ansehnliche Summe an den Gothaischen  
 Kosten, deswegen auf eine neue, auf etliche Mos-  
 nate, den Ständen aufzulegende Contribution  
 zu gedenken wäre.

Auf diesen Bericht, und in Rücksicht auf das  
 jenige, was wegen solcher Gothaischen Contris-  
 bution und der beiden Wartgelder zu Regens-  
 purg und Erfurt hiebevot verabschiedet wor-  
 den \*), wurde, wegen der fäumigen Stände,  
 von den Kayserlichen Commissarien und der R.  
 Deputation, sogleich von Frankfurt aus, an das  
 Kayserliche R. G. geschrieben, und demselben bes-  
 fohlen, auf Anrufen des Kayserlichen Fiskals,  
 gegen vorgebachte fäumige Stände, die ihre Ge-  
 bühr nicht bezahlet, auf das schleunigste, mit Abthun-  
 gung aller aufzüglichen Dilationen oder Prorogatio-  
 nen, auf die Erklärung deren notorisch verwürkten  
 Strafen, nach Inhalt des Erfurtischen Abs-  
 chiedes, zu verfahren; wie dann auch dem Kays-  
 serlichen Fiskal ein gleiches schriftlich auferlegt  
 werden sollte. Und obgleich etliche Stände nament-  
 lich angezeigt worden, von denen keine Bezahlung  
 erfolgen wolle, daher dann dem Reiche eine gewisse  
 Summe an dessen Anschlägen abgehen solle; so  
 wolle man sich doch versehen, daß dieselben, als uns  
 alte

\*) S. im VII. Bande der H. E. K. G., S. 307 u.  
 313, und 340, 346.

alte ansehnliche Stände und angehörige Glieder. **Chr. 3**  
 des H. R. ihre schuldige Anlagen zu diesem hoch 1569  
 nützlich: verrichtetem Werke, an gebührenden Orten,  
 unweigerlich entrichten würden; wie sie dann auch,  
 auf dem izigen R. Deputationstage, von den  
 Kayserlichen Commissarien und den anwesenden  
 Räten und Gesandten, deswegen schriftlich nach-  
 ren ersucht worden, und der Kayser sie dazu fers-  
 ner ermahnen wolle. Was aber den vorgefallenen  
 Streit zwischen dem H. Adolf von Holstein und  
 dem Niedersächsischen Kreis belange; so wolle  
 der Kayser den Churfürsten von Brandenburg,  
 den Administrator zu Magdeburg und den H.  
 Julius zu Braunschweig-Wolfenbüttel, samt  
 und sonders, zu seinen Commissarien verordnen,  
 welche beide Theile, auf dem nächsten Nieders-  
 sächsischen Kreistage, noch vor dem nächstkünf-  
 tigen Reichstage, gegen einander verhören, allen  
 Bericht einnehmen, und fleißig dahin handeln sol-  
 len, damit der übrige Rest vollends erlegt werde.  
 Diese Commissarien sollten auch Macht und Befehl  
 haben, den andern Theil, der im Unfuge be-  
 funden würde, ernstlich zu ermahnen, seine Ges-  
 bühr zu leisten. Und wenn derselbe nicht ge-  
 horchen wollte; so sollten die Commissarien sol-  
 ches an den Kayser mit dem ehesten berichten, wor-  
 auf Er seinem Ristal befehlen wollte, gegen dens-  
 selben, auf die schwere verabschiedete Strafe, ver-  
 möge des Erfurtischen Abschiedes †), zum schleus-  
 nigsten zu verfahren. Und endlich wolle der Kays-  
 ser allen und jeden Kreisanschreibenden Fürs-  
 ten, vermöge dieses Abschiedes, und der hernach  
 noch weiter an sie zu erlassenden ernstlichen Befehle,  
 nachdrücklich befohlen haben, ihre Kreisangehör-  
 rige

†) S. die 17. T. R. G., im VII. Bande, S. 345. f.

2. 11. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100. 101. 102. 103. 104. 105. 106. 107. 108. 109. 110. 111. 112. 113. 114. 115. 116. 117. 118. 119. 120. 121. 122. 123. 124. 125. 126. 127. 128. 129. 130. 131. 132. 133. 134. 135. 136. 137. 138. 139. 140. 141. 142. 143. 144. 145. 146. 147. 148. 149. 150. 151. 152. 153. 154. 155. 156. 157. 158. 159. 160. 161. 162. 163. 164. 165. 166. 167. 168. 169. 170. 171. 172. 173. 174. 175. 176. 177. 178. 179. 180. 181. 182. 183. 184. 185. 186. 187. 188. 189. 190. 191. 192. 193. 194. 195. 196. 197. 198. 199. 200. 201. 202. 203. 204. 205. 206. 207. 208. 209. 210. 211. 212. 213. 214. 215. 216. 217. 218. 219. 220. 221. 222. 223. 224. 225. 226. 227. 228. 229. 230. 231. 232. 233. 234. 235. 236. 237. 238. 239. 240. 241. 242. 243. 244. 245. 246. 247. 248. 249. 250. 251. 252. 253. 254. 255. 256. 257. 258. 259. 260. 261. 262. 263. 264. 265. 266. 267. 268. 269. 270. 271. 272. 273. 274. 275. 276. 277. 278. 279. 280. 281. 282. 283. 284. 285. 286. 287. 288. 289. 290. 291. 292. 293. 294. 295. 296. 297. 298. 299. 300. 301. 302. 303. 304. 305. 306. 307. 308. 309. 310. 311. 312. 313. 314. 315. 316. 317. 318. 319. 320. 321. 322. 323. 324. 325. 326. 327. 328. 329. 330. 331. 332. 333. 334. 335. 336. 337. 338. 339. 340. 341. 342. 343. 344. 345. 346. 347. 348. 349. 350. 351. 352. 353. 354. 355. 356. 357. 358. 359. 360. 361. 362. 363. 364. 365. 366. 367. 368. 369. 370. 371. 372. 373. 374. 375. 376. 377. 378. 379. 380. 381. 382. 383. 384. 385. 386. 387. 388. 389. 390. 391. 392. 393. 394. 395. 396. 397. 398. 399. 400. 401. 402. 403. 404. 405. 406. 407. 408. 409. 410. 411. 412. 413. 414. 415. 416. 417. 418. 419. 420. 421. 422. 423. 424. 425. 426. 427. 428. 429. 430. 431. 432. 433. 434. 435. 436. 437. 438. 439. 440. 441. 442. 443. 444. 445. 446. 447. 448. 449. 450. 451. 452. 453. 454. 455. 456. 457. 458. 459. 460. 461. 462. 463. 464. 465. 466. 467. 468. 469. 470. 471. 472. 473. 474. 475. 476. 477. 478. 479. 480. 481. 482. 483. 484. 485. 486. 487. 488. 489. 490. 491. 492. 493. 494. 495. 496. 497. 498. 499. 500. 501. 502. 503. 504. 505. 506. 507. 508. 509. 510. 511. 512. 513. 514. 515. 516. 517. 518. 519. 520. 521. 522. 523. 524. 525. 526. 527. 528. 529. 530. 531. 532. 533. 534. 535. 536. 537. 538. 539. 540. 541. 542. 543. 544. 545. 546. 547. 548. 549. 550. 551. 552. 553. 554. 555. 556. 557. 558. 559. 560. 561. 562. 563. 564. 565. 566. 567. 568. 569. 570. 571. 572. 573. 574. 575. 576. 577. 578. 579. 580. 581. 582. 583. 584. 585. 586. 587. 588. 589. 590. 591. 592. 593. 594. 595. 596. 597. 598. 599. 600. 601. 602. 603. 604. 605. 606. 607. 608. 609. 610. 611. 612. 613. 614. 615. 616. 617. 618. 619. 620. 621. 622. 623. 624. 625. 626. 627. 628. 629. 630. 631. 632. 633. 634. 635. 636. 637. 638. 639. 640. 641. 642. 643. 644. 645. 646. 647. 648. 649. 650. 651. 652. 653. 654. 655. 656. 657. 658. 659. 660. 661. 662. 663. 664. 665. 666. 667. 668. 669. 670. 671. 672. 673. 674. 675. 676. 677. 678. 679. 680. 681. 682. 683. 684. 685. 686. 687. 688. 689. 690. 691. 692. 693. 694. 695. 696. 697. 698. 699. 700. 701. 702. 703. 704. 705. 706. 707. 708. 709. 710. 711. 712. 713. 714. 715. 716. 717. 718. 719. 720. 721. 722. 723. 724. 725. 726. 727. 728. 729. 730. 731. 732. 733. 734. 735. 736. 737. 738. 739. 740. 741. 742. 743. 744. 745. 746. 747. 748. 749. 750. 751. 752. 753. 754. 755. 756. 757. 758. 759. 760. 761. 762. 763. 764. 765. 766. 767. 768. 769. 770. 771. 772. 773. 774. 775. 776. 777. 778. 779. 780. 781. 782. 783. 784. 785. 786. 787. 788. 789. 790. 791. 792. 793. 794. 795. 796. 797. 798. 799. 800. 801. 802. 803. 804. 805. 806. 807. 808. 809. 810. 811. 812. 813. 814. 815. 816. 817. 818. 819. 820. 821. 822. 823. 824. 825. 826. 827. 828. 829. 830. 831. 832. 833. 834. 835. 836. 837. 838. 839. 840. 841. 842. 843. 844. 845. 846. 847. 848. 849. 850. 851. 852. 853. 854. 855. 856. 857. 858. 859. 860. 861. 862. 863. 864. 865. 866. 867. 868. 869. 870. 871. 872. 873. 874. 875. 876. 877. 878. 879. 880. 881. 882. 883. 884. 885. 886. 887. 888. 889. 890. 891. 892. 893. 894. 895. 896. 897. 898. 899. 900. 901. 902. 903. 904. 905. 906. 907. 908. 909. 910. 911. 912. 913. 914. 915. 916. 917. 918. 919. 920. 921. 922. 923. 924. 925. 926. 927. 928. 929. 930. 931. 932. 933. 934. 935. 936. 937. 938. 939. 940. 941. 942. 943. 944. 945. 946. 947. 948. 949. 950. 951. 952. 953. 954. 955. 956. 957. 958. 959. 960. 961. 962. 963. 964. 965. 966. 967. 968. 969. 970. 971. 972. 973. 974. 975. 976. 977. 978. 979. 980. 981. 982. 983. 984. 985. 986. 987. 988. 989. 990. 991. 992. 993. 994. 995. 996. 997. 998. 999. 1000.

In Ansehung des zu Ende angehängten Beschlusses, daß, wegen des gedachten merkwürdigen Abschlusses und Ausstandes, auf eine neue Contribution unter allen Ständen zu denken wäre, erwarben die anwesenden Räte und Gesandten, daß, obgleich ihre Herren und Obern für billig erachteten und wohl geneigt wären, alles mögliche zu bewerkstelligen, damit dem Churfürsten zu Sachsen das zu Erfurt verabschiedete völlig entrichtet und begahlet werden möchte, dennoch die Bewilligung obigen Begehrens nicht in ihrer Macht oder Disposition allein stehe, sondern zu einer allgemeinen Reicherversammlung gehöre, da dann alle Stände, in gemeiner Berathschlagung, neben dem Kays für, den Churfürsten und den deputirten Fürsten und Ständen, sich hierüber aller Gebühr ohne Zweifel verhalten würden. Endlich hatte auch der Kays für, auf diesem R. Deputationstage, von den anwesenden Räten und Botschaften ihr höchstes Bedenken über die besondere Beschwerde und das Gebieten des H. Johann Wilhelms von Sachsen erfordern lassen. Allein dieselben erachteten es von solcher Wichtigkeit, daß derselben in obigen Deputationshandlungen neben dem zu verordnen wäre, sondern die gemeiner R. Berathschlagung gezogen



gen werden mußte. Es wolle daher auch der Kayser deren Erörterung bis dahin einstellen, insofern aber zu mehrerer Beförderung und schleuniger Abhandlung, mit dem gedachten Herzog über sein gebores Erbieten, jedoch auf Genehmigung aller Stände, handeln lassen, um von dem Landesanteile seines gefangenen Bruders eine ansehnliche Summe Geldes, dem k. R. zu einiger Ergötzlichkeit der aufgewandten grossen Exertions- und Kriegskosten, in einer gewissen bestimmten, doch kurzen Zeit, baar zu erlegen; worauf dann alle Stände, auf dem künftigen Reichstage, sich entweder darüber vergleichen, oder es bey dem zu Erfurt beschlossenen lassen möchten. Zuletzt folgen die gewöhnliche Urkunde des Kayfers, der Churfürsten und deputirten Fürsten und Stände, wie auch die Unterschrift oder die Namen der Kayserlichen Commissarien mit der Gesandten. Der Abschied aber wurde von dem Kayser, und von wegen der Churfürsten, durch Maynz und Pfalz, von Seiten der geistlichen und weltlichen Fürsten, durch Oesterreich und Bayern, und endlich wegen der Prälaten und Grafen von ihren anwesenden Gesandten, so wie für die Reichsstädte von dem Cölnischen Gesandten besiegelt <sup>a)</sup>).

Noch

a) Scharff's Epitome etc., ad a. 1569., in *Ein. Scriptor.*, T. IV. p. m. 123. b. & 125. b. *Schadaeus* I. c., P. II. L. V. §. 27. p. 158. und das im I. Bande der *U. T. R. G.*, S. 348., in der *Notiz* \*), angeführte *Repertorium* MS. in meiner Bibliothek, Sect. II. fol. 70. a. & b. Der Abschied steht in *Königs R. A.*, T. III. n. 24. p. 180 - 191. und in der *U. Sammlung* der *R. A.*, P. III. n. 16. p. 276 - 286.

**J. 68.** Noch währendem Frankfurtschen R. Des  
 1569 putationstage gieng die gewöhnliche jährliche Vis-  
 25 May sitation des Kammergerichtes <sup>o)</sup> vor sich <sup>p)</sup>.  
 Ich bin. aber nicht im Stande, von selbiger eine nä-  
 here Nachricht zu ertheilen, weil ungeachtet aller  
 sorgfältigen Nachforschung ich davon nirgends etwas,  
 zur Geschichte dieser Visitation dienendes ent-  
 decken können, und es mir auch an schriftlichen Nach-  
 richten davon fehlt. Lünig hat zwar ein Ver-  
 zeichniß einiger Artickel, welche im J. 1569.,  
 von Visitation wegen dem Kammerrichter und  
 den Beysitzern, um sich darnach zu richten, zuge-  
 stellet worden, abdrucken lassen <sup>q)</sup>; Er scheint aber  
 das J. 1569. unrichtig, oder durch einen Druck-  
 fehler, angegeben zu haben, indem der Herr von  
 Ludolf <sup>r)</sup> eben dieses Verzeichniß x. schon bey  
 dem J. 1568. anführet, deswegen ich auch dessen  
 Inhalt, bereits bey dem vorigen Jahre, ange-  
 zeigt habe <sup>s)</sup>. Ich kann also von der im J. 1569.  
 gehaltenen Visitation weiter nichts anzeigen, als  
 daß dieselbe den Prokuratoren einen Memorial-  
 zettel zustellen lassen, vermöge dessen ihnen nach-  
 drücklich aufgelegt wurde, sich der schon mehrmals  
 verbotenen langen und unnötigen mündlichen Res-  
 cesse zu enthalten, und dagegen die in der R. G.  
 O., bey allen Terminen, vorgeschriebene Form der  
 Reccessen genau zu beobachten. Da man auch be-  
 funden hätte, daß die Prokuratoren das Geld,  
 welches ihnen von ihren Principalen und Patteren,  
 zu

o) S. im VII. Bande der N. E. R. G., S. 535:542.

p) (Des Freyherrn von Nettelblä) vermehrter und ver-  
 besserter Bericht x. von den R. A. G. Visitation-  
 en; (Freiburg, 1767. 4.) §. 80. p. 48.

q) Lünigs R. A., T. IV. n. 261. p. 404. sq.

r) im Corp. Jur. Cam., n. 171. p. 297. sq.

s) S. im VII. Bande der N. E. R. G., S. 544-545.

zu Unterhaltung des R. G., zugesandt worden, 3. Oct. um es an den Pfenningmeister zu liefern, bisweilen 1569  
 len lange Zeit bey sich behielten, dasselbe in andere Münze umwechselten, und auch sonst allerhand Vortheile dabey suchten; so sollten künftig die Procuratoren jedesmal solches Geld, in der Münze, worin sie es empfangen, dem Pfenningmeister sogleich zustellen, demselben einen Auszug ihres empfangenen Schreibens, nebst dem Datum, soviel diesen Punkt belange, behändigen, und selbigen mit dem Originalschreiben bescheinigen, damit der Pfenningmeister daraus ersehen könne, wenn sie das Geld empfangen, und in was für Sorten, Wehrt und Münzen es gewesen, auch wie hoch und theuer eine jede gerechnet und angegeben worden. Endlich wurden die Procuratoren, in diesem Memorialzettel, auch noch angewiesen, sich in allen andern Stücken der R. G. O., den R. A., Satzungen und Constitutionen, so viel dieselben sie belangen, gemäß zu verhalten <sup>1)</sup>. Uebrigens trug sich bey dem R. G., in diesem Jahr, auch noch die Veränderung zu, daß der bisherige Kammer- 10 Mr.  
 richter, Graf Friedrich von Löwenstein abdankte, und bald darauf starb, worauf der Kay- 5 Jun.  
 ser an seine Stelle den B. Marquarden von Speyer wiederum zum Kammerrichter ernannte, der auch solches Amt wirklich antrat. Ingleichen 8 Aug.  
 zog in diesem Jahr der andere Präsident oder Asses- 7 Jan.  
 sor *generosus*, der Freyherr Georg Desiderius in alt und neu Fronhoven, an, und an die Stelle des im vorigen Jahr verstorbenen Niedersächsischen Präsentatens, Nikolaus Rückers, wurde 14 Mr.  
 Jodokus Schad, so wie in die Stelle des auch im vorigen Jahr abgegangenen chärrierischen

§ 2

Prae-

1) de Ludolf Corp. Iur. Cam., n. 173. p. 298. sq.  
 und Lünigs R. A., T. IV. n. 262. p. 405. sq.

1568. Praesentati, Andreas Gails, Franz Glad, und für  
1569 den in diesem Jahr in Kayserliche Dienste berufen  
2 a. m. nen Rupprechten von Stozingen, Johann Chris-  
stof von Hornstein, als neue Assessoren aufge-  
nommen 11).

In dem Fränkischen Kreise hielt man, ge-  
wöhnlicher massen, den in den R. Münzord-  
nung vorgeschriebenen Münzprobationstag 12)  
zu Nürnberg, da sich dann, laut des vorhandenen  
1691us. Abschiedes, auswies, daß der Marggräflich-  
Brandenburgische Münzwardein, Marx  
Roschel oder Pöschel, der ihm, im vorigen Jahre,  
gethanen Auflage, seine gemünzte Werte auf Lor-  
che und Greene zu rechnen 13), nachgekommen.  
Aus den hierauf übergebenen Münzzetteln und bei  
Eröffnung der Büchsen befand man von Brand-  
enburgischer Seite die Proben 1) von 418.  
Werten Guldenergrofschen, die vom 2. May  
1568. bis auf den 20. Jun. 1569., 2) von 47.  
Werten halber Bagen, die vom 16. May 1568.  
bis zum 10. August 1569., 3) von 23. Wert-  
ten Dreyer, welche vom 2. Jun. 1568. bis auf  
den 14. August d. J., und 4) von 6. Werten  
Pfenn

11) de Ludolf Comm. systemat. de Iure Camerali,  
in App. X. ad a. 1569. p. m. 81. sq. und Abband-  
lung von dem Kayserl. und R. R. G., und dessen  
bevorstehender Distraction; (Regensburg, 1767. 4.)  
P. II. §. 3. p. 18. In dieser letztern Schrift wird  
außerdem noch ein anderer neuer Assessor von Sei-  
ten des Schwäbischen Kreises, Namens: Mächlin-  
ger, sonst Widmann, angeführt, den ich aber bei  
dem von Ludolf, l. c., nicht finde. Cf. Schardius  
l. c. ad h. a., in Eins Scriptor., T. IV. p. m.  
124. b. und Schadeus l. c., P. II. L. V. §. 32  
p. m. 161.

12) S. im VII. Bande der N. U. R. G., S. 572 : 574

13) S. ebendasselbst, S. 572.

Pfenninge, die vom 16. bis zum 20. Julius 1568. I. Ob.  
 waren ausgemünzet worden. Aus den Münz- 1569  
 zetteln der Stadt Nürnberg aber erfah' man, daß  
 dieselbe 1) vom 14. May 1568. bis auf den  
 1. April 1569. 25. Werte Reichsgulden,  
 2) vier Werte Dreyer, und 3) 19. Werte an  
 Pfenningen vom 9. Julius 1568. bis zum 30.  
 April 1569., hatte prägen lassen, wovon man die  
 Proben in den eröffneten Büchsen fand. Weil  
 nun aber der Fränkische Kreis-Münzwardein,  
 Franz Clement, nach der angestellten Probe, an-  
 zeigte, daß etliche Werte um zwey Green zu  
 geringe gewesen; so wurde befohlen, hinfürö bes-  
 sern und genauern Fleiß bey dem Münzen zu  
 beobachten. Eben dieser Clement meldete hernach  
 den Fränkischen Kreisständen auf dem zu Nürn-  
 berg gehaltenem Kreistage, daß in der letztern  
 Frankfurter Herbstmesse d. J. etliche zehen  
 Kreuzerstücke, mit dem Gepräge des H. Jo-  
 hann Wilhelms von Sachsen, unter andere derg-  
 gleichen Münzen geschoben und ausgegeben worden,  
 welche zu geringhaltig wären. Es wurde also, in  
 dem damaligen Kreisabschiede, festgesetzt, daß 1. Nov.  
 ein jeder Kreisstand, in seinen Landen und Gebie-  
 ten, ein besonderes Mandat, mit Einverleibung  
 und Abdruck solcher bösen Münze solle ausgehen,  
 und einen jeden davor warnen lassen, bis man, auf  
 einem bevorstehenden Reichstage, sich eines andern,  
 mit andern Kreisen und Ständen, vergleichen  
 möchte. Zugleich wurde von Seiten des Fränk- 1. Nov.  
 schen Kreises an den vorbesagten H. Johann  
 Wilhelm ein Schreiben abgelassen, des Inhalts,  
 daß die, unter seinem Gepräge, ausgegebene Ze-  
 hen-Kreuzerstücke, nach angestellter Probe,  
 nur 4. Loth 3. Green hielten, deren 62. auf eine  
 Mark giengen, und die feine Mark um 39. Gul-  
 den

3. Er den 40 $\frac{1}{2}$  Kreuzer und  $\frac{1}{2}$  vermünzet worden, 1569 folglich das Stück auf dem Bruch 2 $\frac{1}{2}$  Kreuzer und  $\frac{1}{3}$  Theilchen werde. Sie wollten daher ihn, nebst Ueberschickung solcher Münze, ersuchen, nachfragen zu lassen, wer diese Landes- und Münz-Betrüger seyn möchten, damit sie zu gebührender Strafe gezogen werden könnten <sup>m)</sup>).

Von dem Landspergischen Bunde ist seit dem J. 1564. her <sup>f)</sup> weiter nicht gedacht worden. Indessen dauerte derselbe noch immer fort, und in dem <sup>m. Jun.</sup> 1569. hielten die Bundstände, nemlich der ErzH. Ferdinand von Oesterreich, der ErzB. Johann Jacob von Salzburg, die Bischöfe Veit zu Bamberg und Friedrich zu Würzburg, und ihre Domkapitel, der H. Albrecht von Bayern, und die Reichsstädte Augspurg und Nürnberg einen Bundstag zu München, auf welchem sie dieses Bündniß abermals erneuerten und verlängerten. Einige Zeit nachher schickte der H. Albrecht von Bayern, den D. Wigulejus Zundden, seinen geheimen Rath, an den jungen H. Ludwig von Württemberg, mit dem Auftrage, daß, weil etliche Friedhässige die R. Satzungen verachteten, und die Landspergische Einigungsverwandten, mit friedbrüchigen An- und Einfällen, Plünderungen, Durchzügen, Schatzungen u., großen Schaden erlitten, welche abzuwenden, sie nicht mächtig genug gewesen, sie für gut befänden, daß dieser Bund mit mehrern Verwandten verstärkt, und beiderley Religionsstände dazwischen aufgenommen werden sollten. Der H. Albrecht

<sup>m)</sup> Hirsch T. R. Münz; Archiv, P. II. n. 27. p. 61 - 63. und G. E. Mosers Samml. der Erzg; Abschiede, P. II. n. 46. p. 85. sq.

<sup>f)</sup> S. im V. Bande der H. T. R. G., S. 659.

brecht ließe also den H. Ludwig ersuchen, diesem 3. Chr. Bunde mit beyzutreten, und die geringe Bürde, 1569  
welchen jedem Mitgliede desselben jährlich obläge, auf  
sich zu nehmen. Dieser Antrag und noch einige an-  
dere Umstände veranlaßten eine Zusammenkunft  
der Vormünder des H. Ludwigs, welche dann  
den Schluß faßten, dem H. Albrechten, durch 19 Nov.  
den H. Ludwig, die Antwort geben zu lassen,  
daß er, die Reichs- und Kreis-Hülfsen, wie  
auch seinen Erb-Bundsverwandten den verspro-  
chenen Beistand, im Fall der Noth, zu leisten,  
schuldig wäre, und dabey, seine eigene Untertanen  
zu schützen, gefast seyn müßte; mithin nicht nöthig  
fände, sich in ein neues Bündniß einzulassen. Er  
wollte aber dennoch, wenn der Herzog wider den  
Landfrieden angegriffen würde, alles thun, was  
ihm die Reichs- und Kreis-Abschiede auferleg-  
ten. Bald hernach wurde, wegen der Niederländ-  
ischen Unruhen ein abermaliger Bundstag zum Dec.  
München gehalten, auf welchem sich auch Ge-  
sandten von den Churfürsten von Maynz, Trier  
und Sachsen einfanden, und Hoffnung machten,  
daß sich ihre Herren gleichfalls in die Landsper-  
gische Verein begeben wollten 9). Uebrigens kam  
ben diesem Jahre auch ein zu Donauwörth gehal-  
tener Städtetag bemerkt werden 1). m. Sept.

Kayser Maximilian hielt sich in diesem  
Jahr meistens zu Wien auf, ich hab aber nur we-  
nige Urkunden entdecken können, die er in diesem  
Jahr hat ausfertigen lassen, und durch den Abdruck  
allgemeiner bekannt worden sind. Es gehören nem-

H 4

lich

9) von Stetten l. c., P. I. c. 9. §. 15. p. 586. 587.  
& 589. und Sattler, l. c., P. V. Sect. VI. §. 6.  
p. 9. sq.

1) von Stetten, l. c., P. I. c. 9. §. 15. p. 588. Cf.  
H. E. B. G., im VII. Bande, S. 382. u. f.



1569 lich hieher ein paar Restripte, die er an den  
 4 Febr. Churfürsten von Sachsen, wegen der anbringen-  
 den Gläubiger der Grafen von Mansfeld, von  
 welchem Mansfeldischen Schuldenwesen, bey  
 dem folgenden Jahr, noch ein mehreres zu sagen seyn  
 wird, erlassen hat <sup>a</sup>). Ferner erhielt von ihm die  
 6 Apr. Stadt Magdeburg ein Privilegium wider Ar-  
 restte und Repressalien <sup>b</sup>), und eben dergleichen  
 6 Aug. Gnadenbrief ertheilte er auch der Stadt Ham-  
 1 e. m. burg <sup>c</sup>); dem Ritel Hansen von Westernach  
 aber gab er ein Privilegium wider die wucher-  
 sche Contracte der Juden <sup>d</sup>). Im Herbst gieng  
 der Kayser nach Preßburg <sup>e</sup>), dann daselbst am  
 9 Sept. folgte die R. Aferbelehrnung des H. Ludewigs  
 von Württemberg <sup>f</sup>), woben der Kayser sich ent-  
 schuldigte, daß er solche außserhalb des Reiches  
 vornähme. Die zu dem Ende abgeschickte drey  
 Württembergische Gesandte mußten den ihnen  
 vorgelesenen gewöhnlichen Lehenseid auf das  
 Evangelienbuch ablegen, und der Kayser reichete  
 ihnen den Schwerdtknopf zu küssen dar; wie ih-  
 nen

a) Ebur: Sächs. gründl. Beantwort. des unumstößl.  
 Vormundschafft-Recht x. der Fürstin Eleonoren,  
 Gräfin zu Mansfeldt &c.; (Dresden, 1719. fol.)  
 in den Beylagen, n. 123. & 124. p. 100-102.

b) Lünigs A. A., T. XIV., in der Fortsetzung, p.  
 663. sq. n. 18.

c) Idem ibidem, T. XIII. p. 1004. sq. n. 59.

d) Idem ibidem, T. XII. im 1. Absatze, n. 201. p.  
 299-302.

e) Daß der Kayser schon den 2. September d. J. zu  
 Preßburg gewesen, kann man aus dessen, an diesem  
 Tage, auf dem Schlosse zu Preßburg datirten Voll-  
 macht ersehen, die er für seinen nach Spanien ge-  
 schickten Gesandten, den Freyherrn Adam von Dies-  
 trichstein, hat ausfertigen lassen, in des Du Mou-  
 Corps diplomatique etc., T. V. P. I. p. 175. b.  
 & 176. a.

f) S. im VI. Bande der Z. T. A. B., S. 102.

den dann überhaupt viele Gnade und Ehre widerz. G. fuhr. Allein als sie das schon einmalige Ansuchen, 1569 wegen der Belehnung mit den Regalien von Reichs wegen, wieder rege machten; so wurde ihnen solches abgeschlagen, und zum Bescheide gegeben, daß der Kayser sich also noch nicht darauf erklären könnte, sondern diese Angelegenheit auf den künftigen Reichstag verschieben wollte. Dann Er habe hievon den Bericht erhalten, daß das Bedenken der Churfürsten, auf die deswegen im J. 1566. geschehene Ansuchung †), dahin gegangen, daß solche Belehnung nicht wohl füglich verweigert werden könnte, sondern, wofern man sie, die Churfürsten, deswegen wieder angieng, sie dem H. von Württemberg beiständig seyn müßten. Nun gedächte zwar der Kayser solche Belehnung nicht aufzuhalten, mußte sich aber gleichwohl mit seinem Bruder, dem ErzH. Ferdinand, deswegen erst vergleichen. Das Jahr darauf erfolgte auch (1570. - 1571.) die Belehnung an die Gesandten des H. Ludewigs mit den von der Krone Böhmen herrührenden Lehen zu Prag, woben anfangs der Kayser die persönliche Gegenwart des H. Ludewigs verlangt hatte, mit allen den Ceremonien und Feierlichkeiten, wie bey der K. Aifterbelehnung zu Preßburg, nur daß der Schwerdtknopf zum Kusse nicht dargeboten wurde. Die Lehensbriebe blieb der vorigen gleich; dagegen aber forderten der Böhmishe Marschall von Lobkowitz und der Kammermeister eine Verehrung, gegen welche Ueuerung die Württembergischen Gesandten protestirten, und jene sich endlich damit begnügen ließen, daß der Lehenbrief, gegen eine Versicherung, ihre Forderung an die Württembergische Vormundschaft gelangen zu lassen, und

H 5 eine

†) S. ebendaselbst, S. 101. n. f.

3. Chr. eine billige Antwort auf dem nächsten Reichstage 1569 tage zu geben, verabsolget wurde <sup>1)</sup>).

Was noch einige andere in diesem Jahr vorgefallene und in unsern erweiterten Plan der Teutschen R. Geschichte gehörige Begebenheiten betrifft, so gehöret hieher der zwischen dem B. Johannes von Münster und der verwitweten Gräfin Anna von Tecklenburg und Bentheim, als Vormünderin ihres minderjährigen Sohnes, Graf Arnolds des jüngern, geschlossene Vergleich. Es ist nemlich bey einer andern Gelegenheit bemerkt worden, daß Graf Arnold der ältere, nachdem er die evangelische Religion in seinen Grafschaften eingeführt hatte, mit dem Bischof von Münster in Streitigkeiten gerathen sey <sup>2)</sup>. Der Bischof machte nemlich Ansprüche sowohl auf die geistliche Gerichtsbarkeit gegen die Inhaber und Besitzer des Hauses Steinfurt und der vier Kirchspiele, Steinfurt, Borchorst, Laht und Holzhausen, als auch auf die Landschatzung über die vier erstgedachte Kirchspiele und einige Bauerschaften, worüber die Sache zu einem Prozesse am Kayserlichen R. G. gekommen war. Nunmehr aber verglichen sich der B. Johannes von Münster, mit Einverständniß seines Domkapitels, und die obgedachte Gräfin Anna, dieser Zerungen halber, mit einander dahin, daß 1) die Gräfin Anna, statt ihres Sohnes, Graf Arnolds des jüngern, als ihige Inhaberin des Hauses Steinfurt, und dessen Erben und Nachkommen, wie auch die Einwohner der Stadt Steinfurt von der ordentlichen Jurisdiction des Münsterischen Officials befreyet seyn sollen, es wäre dann, daß sie

<sup>1)</sup> Sattler l. c., P. V. Sect. VI. §. 5. & 7. p. 8. sq. & 11.

<sup>2)</sup> E. tm VI. Bande der H. T. R. G., S. 98.

se sich derselben vor dieser Zeit ausdrücklich unterwerfen hätten, oder hinfüro unterwerfen würden; 1569 doch sollen die geistlichen Personen, mit ihren Beneficien, Leuten und andern geistlichen angehörigen Gütern, auch die Ehesachen und Absolutionen von den Eiden, unter der Münsterschen ordentlichen Gerichtsbarkeit verbleiben. Dagegen aber sollten 2) die vier oberröhmte Kirchspiele, nemlich Steinfurt, ausserhalb der Burg und Stadt, wie sie iho in ihren Ringmauren und Gräften gelegen, Borchorst, Lahr und Holzhausen, nebst den Kirchspielkirchen und Johannerhause, als auch ausserhalb der Stadt gelegen, in gleichen den Bauerschaften im Amte Ruffau, der Münsterschen ordentlichen Jurisdiction, in geistlichen und weltlichen Sachen, unterwürfig bleiben, und zur schuldigen Folge, im Falle ihrer Widerspenstigkeit, von den Inhabern des Hauses Steinfurt, ihren Richtern und Dienern, mittelst weltlicher Exekution, angehalten werden. Falls aber 3) Profansachen zuerst vor den weltlichen Gerichten der mehrbesagten vier Kirchspiele zu Rechte anhängig gemacht, und solches gehörig dargethan worden; so solle der Münsterische Official und ordentliche Richter der Prävention statt geben, und dem weltlichen Gerichte seinen Fortgang ungehindert lassen. In gleichen sollten auch 4) die Steinfurter den Archidiaconen an ihrer Gerichtsbarkeit und Gerechtigkeiten keine Verhinderung zufügen, noch gestatten, daß solches durch andere geschehe; jedoch den freyen Stuhlgerichten und deren Gerechtigkeiten, nach Churfürst Hermanns von Cöln Reformation \*), unabbrüchig.

Fers

\*) Vermuthlich wird darunter die Reformation des hohen geistlichen Gerichtes verstanden, welche Chur

9. Oct. 1569 Ferner verglich man sich 5) wegen der Länd-  
 schatzung, daß von allen im Hochstifte Mün-  
 ster bewilligten Schatzungen die Gräfin Anna,  
 als Inhaberin des Hauses Steinfurt, statt ihres  
 Sohnes, Graf Arnolds des jüngern, und dessen  
 Erben, aus den gedachten vier Kirchspielen und  
 Bauerschaften einen Drittel, und das Stifte  
 Münster zwey Drittel solcher Schatzungen ha-  
 ben solle; jedoch daß hierunter die Willkomm-  
 schatzung, *charitativum Subsidium*, und die geist-  
 liche Schatzungen nicht mit begriffen, sondern  
 dem Bischof von Münster allein vorbehalten  
 seyn sollten. Es sollten daher 6) die bisher ange-  
 setzte und bey den Eingefessenen der vier Kirch-  
 spiele noch restirende Willkomm, *charitativa  
 Subsidia*, geistliche und andere im Stifte Mün-  
 ster bewilligte Schatzungen, nach dieser Ordnung,  
 Beiderseits, aufgehoben, und genossen werden.  
 Damit aber die Eingefessenen, durch diese voll-  
 kommene Aufhebung, nicht in endliches Verderben  
 gesetzt, und allzusehr beschweret würden; so sollen  
 sie, von allen hiebevör mehrmals bewilligten Schat-  
 zungen, nur 3000. Rthl., mit und neben den  
 vorigen Willkommen, Charitativsubsidien, und  
 den jüngst beschlossenen doppelten Kirchspiels-  
 Schatzungen, bezahlen, und das übrige ihnen  
 nachgelassen und geschenkt seyn. Auch sollten  
 7) die auf den Münsterischen Land- und Aus-  
 schuß, Tagen beschlossene und publicirte Münster-  
 rische Edicte und Mandate, in den öfters er-  
 wähnten vier Kirchspielen und Bauerschaften,  
 von den Pastoren und Kirchendienern angenom-  
 men,

Churfürst Hermann der V. zu Cöln, zu Arnberg,  
 den 23. September 1528., in seinem Erzsitze  
 publicirt hat. Sie steht in Lünigs R. A., T.  
 XVI. n. 217. p. 669-688.

men; unversehrt abgekündigt, und ihnen gehorcht werden, auch sonst in andern Fällen dem Bischof und Stifte Münster an ihren habenden Rechten und Gerechtigkeiten keine Verhinderung, noch Abbruch geschehen. Endlich und 8) sollte dieser Vertrag bis zu des jungen Graf Arnolds 25. jährigem Alter gehalten werden, und hernach dem Bischof von Münster und seinen Stiftsständen, wie auch dem Grafen Arnold oder seinen Erben, binnen den nächsten vier Jahren, frey stehen, Falls ihnen der Vertrag nicht anstünde, die Sache am Kayserlichen R. G., in dem Stande, wie sie sich igo befinde, wieder vorzunehmen und fortzusetzen, wogegen auch keine Verjährung oder Ausnahme stattfinden sollte. Jedoch soviel die vorbesagte unterschiedliche Schatzungen belange, sollten selbige, nach obgedachter Maasse, doch ohne Nachtheil eines jeden habenden Rechts und Gerechtigkeit, bis zu Erörterung Rechtens, von beiden Theilen erhoben und eingenommen werden. Würde nun aber, binnen diesen vier Jahren, der eine oder der andere Theil, diesen Vertrag nicht widerrufen; so solle derselbe für beständig und kräftig zu ewigen Zeiten gehalten, und von dem Grafen Arnold oder seinen Erben, auf Verlangen des Bischofs von Münster, besiegelt werden b).

Da H. Johann Wilhelm von Sachsen nunmehr der allein regierende Landesfürst in der Ernestinischen Linie geworden war <sup>1)</sup>, unter seines Bruders, H. Johann Friedrichs des Mittlern, Regierung aber, auf der von ihnen und ihrem jüngsten Bruder, dem H. Johann Friedrich

b) Königs R. A., T. XVII. p. 560-562. n. 10.

c) E. im VII. Bande der H. T. R. G., S. 157. n. f.

3. Er. Reich dem jüngern, errichteten Universität zu 1569 Jena. <sup>1)</sup>, allerhand Unordnungen und Zwiespalt tracht eingerissen waren; so ließ H. Johann Wilhelm die Statuten der Universität in vielen Stücken erneuert und verbessert wieder ausgehen. Zu dem Ende gieng der Herzog von Altenburg, wo er dem damaligen Colloquium <sup>2)</sup> beywohnte, in Begleitung einiger Hof- und Landräthe, in Person nach Jena, und hielt in öffentlicher Versammlung eine wohlgeordnete Rede, worin er von den Absichten bey der Stiftung dieser Universität handelte, und zugleich seinen ernstlichen Willen zu erkennen gab, daß derselben und den Gesetzen genau nachgegangen werden solle. Hierauf ließ er, in seiner Gegenwart, die vermehrte und verbesserte Privilegien, Ordnungen und Statuten der Universität ablesen und förmlich publiciren. Vermöge derselben sollten 1) die Professoren ihren Vorlesungen fleißig und ordentlich abwarten, der verstorbenen Lehrer lectionen halten und zur Wiederbesetzung der erledigten Stellen etliche Personen vorschlagen, woben sich jedoch der Herzog für sich und seine Nachfolger vorbehielt, von solchen Vorschlägen nach Befinden abzugehen. Auch sollte 2) den Irrthümern in der Theologie nachdrücklich widerstanden und 3) gute Disciplin gehalten werden; ingleichen wurden 4) alle Schmäh- und Lästerschriften untersagt, und 5) sollte des Nachts niemand sich ohne Licht oder mit Gewehr und Waffen auf den Strassen betreten lassen. Ferner sollten 6) die ungehorsamen Studenten den Andern, mit Vermeldung der Ursachen, nach Hause geschickt; 7) kein Student ohne Aufseher gelassen, und 8) die Stipendiaten jährlich

<sup>1)</sup> S. ebendieselbe, im III. Bande, S. 214, 217.

<sup>2)</sup> S. ebendieselbe, im VII. Bande, S. 581.



lich zweimal, in Beiseyn eines Befehlshabers von J. Chr. einem Hofe, von einem Professor aus jeder Fakultät sorgfältig geprüft und mit pflichtmässigen Zeugnissen versehen werden. Weiter und 9) wurden sechs sogenannte Zählische, woran arme Studenten wöchentlich um 5. Groschen gespeiset werden sollten, errichtet und mit gebührender Aufsicht versehen, von welcher Wohlthat jedoch die unfleißigen und ungesitteten Studenten ausgeschlossen werden sollen; bey dem Oekonomus sollten die Professoren und Studenten Wein und Bier kaufen können, welcher von der Tranksteuer und von Zehenden, so wie die Professoren, welche Kostgänger halten, frey seyn sollen. Endlich solle auch 10) die Universität alle Jahre visitirt und dabey eine Taxe wegen aller Nothwendigkeiten gemacht, und 11) sollten auch die Bücher gehörig censurirt werden m).

Eben dieser H. Johann Wilhelm von Sachsen brachte, in diesem Jahr, das zum Fürstenthume Coburg gehörige Amt und Schloß Königsberg auch wiederum an sein Haus. Marggraf Albrecht von Brandenburg-Culmbach hatte solches im Schmalkaldischen Kriege erobert, und R. Carl der V. überließ es ihm wegen der, auf die Eroberung von Coburg, aufgewandten Kosten,

m) Schadaeus l. c., P. II. L. V. §. 10. p. 149. sq. Müllers Sächs. Annales ad a. 1569., p. 154. Rudolphi Gotha diplomat., P. V. n. 67. p. 287-295. und A. L. E. Schmidts Unterricht von der Verfassung der H. Sächs. Gesamthakademie zu Jena; (Jena, 1772. 8.) §. 25. p. 50. sq. Das Jahr darauf befreiete der H. Johann Wilhelm, den 21. May, auch noch besonders den Universitätskeller zu Jena von aller Tranksteuer, Schatzung und Beschwerden; s. Müllern, l. c., ad a. 1570. p. 156.

**3. Oct.** sten, welches sich auch des Churfürst Johann Fried-  
**1569** richs von Sachsen Bruder, der H. Johann  
 Ernst, als damaliger Inhaber des Fürstenthums  
 Coburg, in der, im J. 1547., getroffenen Wita-  
 senbergischen Capitulation, gefallen lassen muß-  
 te <sup>a)</sup>). Er empfing nachher darüber, den 28. Novem-  
 ber 1549., vom Kayser Caroli dem V. die Le-  
 hen zu Brüssel, und verpfändete es hierauf, noch  
 in diesem Jahr, für 47000. Gulden an den be-  
 kannten Wilhelm von Grumbach. Nachdem  
 er aber denselben dieserwegen auf eine andere Art ein-  
 Gemüthe gethan hatte; so verkaufte Marggraf Al-  
 brecht, im J. 1551., das Amt und Schloß  
 Königsberg für 60000. Gulden an den Chur-  
 fürsten Moritz von Sachsen, der es, das Jahr  
 darauf, an den B. Melchior Jobeln zu Würz-  
 burg für 50000. Gulden wiedertäuflich über-  
 ließ. In dem nachmaligen, im J. 1554., zu  
 Naumburg geschlossenem Vertrage, trat Chur-  
 fürst August von Sachsen dem gebornen  
 Churfürsten von Sachsen, Johann Friedrich,  
 und seinen Söhnen und Erben, unter andern auch  
 seine Berechtigung, zu Ablösung des Amtes  
 Königsberg ab <sup>b)</sup>); deswegen H. Johann Wil-  
 helm darauf Bedacht nahm, wie er es wiederum zu  
 seinen altväterlichen Ländern bringen möchte. Und  
**1569** dieses gelang ihm nun in dem gegenwärtigen Jahre,  
 da er nemlich, durch Vermittlung des Churfürst  
 Augusts von Sachsen und H. Albrechts von  
 Bayern, mit dem damaligen B. Friedrich von  
**21. Oct.** Würzburg, zu Schweinfurt, einen Vertrag  
 schloß, vermöge dessen der B. Friedrich dem H.  
 Johann Wilhelm das mehrgedachte Amt und  
 Schloß Königsberg in Franken, für baar ausbe-  
 zahlte

a) S. im I. Bande der N. T. K. G., S. 164.

b) S. ebendieselbe, im II. Bande, S. 472.

zahlte 46000. Gulden, einhundert; bey dessen Tod, 3. Oct. lichen Nachkommen es bis auf diese Stunde ge- 1569 blieben, und also zur Fürstlich Sachsen-Coburg-  
haufischen Landesportion gehört \*). Uebrigens  
hat auch H. Johann Wilhelm, als nunmehr ein-  
ziger Landesfürst in der Ernestinischen Linie,  
noch in diesem Jahr, eine ausführliche Ordnung  
zu Coburg in Druck ausgehen lassen, wie man sich 31 Oct.  
in den Kirchen mit den Ceremonien, und wie so-  
wohl die Pfarrer in ihrem Amte, als auch die Gut-  
höter verhalten sollen, worin er insbesondere,  
bey ernstlicher Strafe, das Saufen, Spielen,  
Schwärmen, die Nachttänze und dergleichen  
unziemliche Dinge mehr verboten hat †).

Von dem Fürstlichen Hause Brauns-  
schweig-Lüneburg ist bey diesem Jahr zu bemerken,  
daß in der Lüneburgischen Linie desselben die un-  
gleiche Theilung zwischen den beiden Brüdern und  
noch übrigen Söhnen H. Ernsts des Bekenners zu  
Braunschweig-Lüneburg-Zelle, den Herzogen  
Heinrich und Wilhelm, vorgegangen sey. Ihr  
Vater, der vorbesagte H. Ernst, hatte bey seinem  
Absterben vier Söhne hinterlassen, nemlich Franz  
Otten, Friedrichen, Heinrichen und Wilhel-  
men, die damals insgesamt noch minderjährig  
waren, und welche H. Ernst, auf seinem Sterbe-  
bette, der Landschaft bestens anbefohlen hatte.  
Diese trug nun ihres verstorbenen Landesfürstens  
jüngern Bruder, dem H. Franz zu Eschhorn,  
die

\*) Ge. Paul Homs Sachs. Coburg. Historia; (Leipz.  
und Coburg, 1700. 4.) L. II. p. 158. 160. sq. 164.  
& 170. und Müller, l. c., ad aa. 1547. 1549.  
1551. 1552. 1554. & 1569., pagg. 109. 113.  
115. 122. & 154. sq.

†) Müller, l. c., ad a. 1569., p. 155.

3. Da die Vormundschaft über die jungen Prinzen auf, 1569  
 der sie aber nicht annehmen wollte. Deswegen  
 der Kayser den Churfürsten Adolf von Cöln und  
 den Grafen Otto von Schaumburg zu Vor-  
 mündern ernannte und bestätigte, welche dann  
 Thomas Groten zum Statthalter, Jürgen  
 von der Wense zum Großvogt und D. Balthas-  
 sar Clammern zum Kanzler verordneten. Von  
 den abgedachten vier Brüdern trat H. Franz  
 Otto, im J. 1555., die Regierung selbst an, und  
 da sein folgender Bruder, H. Friedrich, im J. 1553.,  
 in der Schlacht bei Sievershausen geblieben \*);  
 so kam der dritte Bruder, H. Heinrich, nach er-  
 langter Volljährigkeit, zur Mitregierung. Ein-  
 ge Jahre nachher, nemlich den 29. April 1559.  
 starb H. Franz Otto, bald nach seiner Ver-  
 mählung mit der churbrandenburgischen  
 Prinzessin, Elisabetha Magdalena, unbeerbt;  
 nach dessen Tode seine noch übrigen zwey Brüder,  
 Heinrich und Wilhelm, vermittelst eines Ver-  
 gleiches, anfangs zwar nur auf fünf Jahre, eine  
 gemeinschaftliche Regierung übernahmen, solche  
 aber hernach bis in das J. 1569., auf eine gleiche  
 Zeit, fortsetzten. Bald nach angetretener Gesammt-  
 regierung, nemlich im Junius 1559., hielten sie  
 zu Jelle einen Landtag, auf welchen, auf ihre  
 Bitte, die Churfürsten von Sachsen und Bran-  
 denburg ihre Räthe abfertigten, da dann durch  
 deren und des anwesenden Graf Ottens von  
 Schaumburg Unterhandlung beschlossen wurde,  
 daß 1) die beiden vorgebachten Herzoge, Hein-  
 rich und Wilhelm, die Landesregierung, auf  
 fünf Jahre, gemeinschaftlich übernehmen, und  
 die Landstände bey ihren Privilegien lassen und  
 sie

\*) S. im II. Bande der H. T. R. G., S. 394.

se beschützen sollten. Hiernächst und 2) verspra-  
chen die beide Herzoge, sich, ohne Rath der  
Landschaft, in keine Kriegsverbündnisse, noch  
in den ehlichen Stand zu begeben, auch sich mit  
der Jagd, Hoflager, Pferden und Hofgesinde  
mäßig zu halten; behielten sich aber 3) vor, wich-  
tige Handel und Missiven eigenhändig zu unter-  
schreiben. Endlich 4) bewilligte die Landschaft  
eine Landtschatzung auf drey Jahre, und wenn  
nach deren Ablauf wieder Geld nöthig seyn würde,  
sollte davon, auf einem gemeinen Landtage weiter  
gehandelt werden, wie auch 5) von der Türkens-  
steuer, wenn diese vermuthlich von den Herzogen  
würde gefordert werden. Die beiden Herzoge lie-  
fen hierauf, noch in eben dem J. 1559., den 24.  
November, der Stadt Braunschweig das  
kleine Privilegium oder Huldebrief ausfertigen,  
welcher wohl der letzte dieser Linie war, und eine  
neue Clausel enthielt, und vier Jahre hernach, oder  
im J. 1563., den 19. August, ertheilten sie den  
Landständen die versprochene Bestätigung ihrer  
Privilegien.

Der ältere von beiden Brüdern, H. Hein-  
rich war von stillem Gemüthe, und führte mit  
seinem jüngern Bruder, dem H. Wilhelm, der,  
seit dem J. 1561., mit der Königlich Dänischen  
Prinzessin, Dorothea, vermählt war, eine ges-  
meinschaftliche Hofhaltung zu Jelle, war auch  
anfangs nicht gesonnen, sich zu verehlichen.  
Als er aber nachher seine Gesinnung änderte, und  
sich, im J. 1569., mit der Sachsen-Lauen-  
burgischen Prinzessin, Ursula, vermählte; so  
wollten es die Umstände nicht leiden, daß die  
beiden Brüder noch länger bey einander in Ges-  
meinschaft bleiben konnten. Nun war aber das  
Fürstenthum Lüneburg damals mit grossen

2. Or. Schulden beladen, viele Aemter waren ver-  
 1569 pfändet, und andere, wie auch die Klöster, mit  
 starken Schulden und jährlichen Renten bes-  
 schweret; deswegen man die Unmöglichkeit ein-  
 sohe, zwey fürstliche Regierungen und Hofhal-  
 tungen, ohne die äusserste Bedrückung des Landes,  
 zu führen. Dieses bewog daher die beiden Brüder  
 zu einem Vergleiche, welcher im J. 1569., unter  
 13. Oct. Vermittelung der Landstände, des Fürst Pops-  
 pens von Henneberg und Graf Ottens von  
 Schaumburg, ihrer Schwäger, gerossen wurde.  
 Vermöge desselben überließ der ältere Bruder,  
 H. Heinrich, seinem jüngern Bruder, dem H.  
 Wilhelm, allen seinen Antheil, Rechte und Ge-  
 rechtheiten an und in den Fürstenthümern  
 Braunschweig und Lüneburg, auch dazu gehö-  
 rigen Herrschaften Homburg, Eberstein und  
 Hoya, ingleichen die Anfälle an den Herrschaften  
 Lippe und Diepholz, und alle Gebiete, Herr-  
 licheiten, Obrigkeiten, Forderungen, geist-  
 liche und weltliche Lehen, Schatzungen,  
 Rechte und Gerechtheiten an Städten,  
 Schlössern, Aemtern, Klöstern, Stiftern,  
 Flecken, Dörfern, Zöllen, Wasserströmen,  
 Jagden, Holzungen, und allen Zugehörden und  
 Nütungen, und endlich alles Geschütze und Ar-  
 tiglerie. Dagegen bedung er sich blos die ehemalige  
 Grafschaft Danneberg, mit den Aemtern  
 Scharnbeck und Lüchow, auch einigen andern  
 Gütern aus, und behielt sich und seinen Erben den  
 erblichen Anfall, wenn sein Bruder, der H.  
 Wilhelm, und dessen männliche Nachkommen,  
 ohne männliche Erben starben, ingleichen wenn  
 der Braunschweigische Stamm unbeerbt ab-  
 gehen würde, vor. Diesen Erbvergleich bestätig-  
 te nachmals Kayser Maximilian der II. den  
 21. Oct.

21. Hornung 1570., und von demselben rühret 1569 die Ursache her, warum die jüngere und nunmehr churfürstliche Linie des Hauses Braunschweig-Lüneburg zu Hannover, ein Mehreres an Land und Leuten von dem alterthümlichen Herzogthume besitzt, als die ältere fürstliche Linie zu Wolfenbüttel. Beide Brüder hinterließen nemlich eine zahlreiche Nachkommenschaft, und von dem Ältern stammet die Herzogliche Linie zu Wolfenbüttel, oder so zu Braunschweig, so wie von dem jüngern die Churfürstliche zu Hannover ab 9).

Zuletzt muß ich bey dem J. 1569. auch noch der, vom P. Pius dem V., geschehenen Ernennung des H. Cosmus von Florenz zum Großherzog von

9) *Apologia*, oder abgenöth. gründl. Widerlegung eines verzeichneten Berichtes, — welcher über dem im 1634. Jahre begebenen Successionsfalle des Herzogth. Braunschweigs, Wolfenbüttelschen und Calenbergischen Theils, wider der S. Braunschweig-Lüneburg. Linien, Dannenbergischen Theiles, zustehendes Ius Primogenituras — ausgebreitet worden; Ostrow, 1635. 4., in den Beylagen, Lit. K. & L. p. m. 216-219. Ferner die höchst seltene Deduction, unter dem Titel: Von der Succession nach dem Primogenitur; Rechte in den Herzog- und Fürstenthümern des Reichs Teutscher Nation, in specie im Haus Braunschweig-Lüneburg, (Hannover, 1691. fol.) p. 72.) Rebmeyers Ur. Lüneb. Chronica, P. II. c. 72. & 73. p. 1370. sq. & 1375. und P. III. capp. 1. 2. & 81. pagg. 1377-1380. & 1612.. Chph. Io. de Münchhausen Diss. (Praefide C. O. Rechenbergia,) de Succession. in Ser. Guelfica Domo usitatis; (Lipsiae, 1716. 4. recusa ibidem, 1735. 4.) c. II §. 40. p. 54. und Ant. Ulr. Eraths histor. Nachr. von den im alten und mittlern Braunschweig-Lüneburg. Hause — getroffenen Erbtheilungen; (Frankf. und Leipz., 1736. 4.) Sect. II. §. 43. p. 126. sq.



3. **Str. von Herutrien: ober Toscana, und des darüber**  
**1569 mit dem Kayserlichen Hofe entstandenen Strei-**  
**tes gedenken.** - Es ist bereits in der Geschichte des  
 Conciliums zu Trident des Rangstreites zwi-  
 schen dem H. Alfonsus von Ferrara und Moden-  
 na und dem H. Cosmus von Florenz erwähnt  
 worden <sup>1)</sup>, und diese Zwistigkeit wurde schon da-  
 mals in öffentlichen Schriften weiter ausgeführt <sup>2)</sup>.  
 Der H. Cosmus führte für sich seine Macht und  
 Freyheit an, und daß er die vormalige Republick  
 Florenz vorstelle, die jederzeit den Vorzug über  
 die Herzoge von Ferrara gehabt hätte; H. Alfons-  
 sus aber sagte, die alte Republick Florenz wäre  
 mit allen ihren Rechten erloschen, und Cosmus  
 wäre ein neuer Herzog, da hingegen sein Ge-  
 schlecht schon von uralten Zeiten her die Fürstli-  
 che Würde gehabt, Er selbst den Titel von vier  
 Herzogthümern führe, und auch das Hertoms-  
 men auf seiner Seite stehe, indem seinem Vater  
 zweymal die Oberhand über den H. Cosmus sey  
 zugestanden worden <sup>3)</sup>. Dieser Rangstreit wur-  
 de nun seit Jahr und Tag wieder rege, und der  
 Pabst wollte die Sache an sich ziehen, und darin  
 einen Ausspruch thun, deswegen er auch beide  
 Parteyen vor sich nach Rom forderte. - Allein der  
 H. Alfonsus von Ferrara weigerte sich dessen, und  
 wollte seine Procuratoren nicht nach Rom schis-  
 cken, sondern behauptete, daß diese Streitigkeit  
 an dem Kayserlichen Hofe erdretet und entschie-  
 den

1) S. im IV. Bande der N. T. R. G., S. 398. u. f.

2) S. *Ragioni di precedenza tra il Duca di Ferrara & il Duca di Fiorenza*; 1562. fol.

3) Die Gründe einer jeden Partey findet man zusam-  
 mengetragen und kurz angezeigt in Jac. Andr. Crass  
 Tr. de univ. Iure Imperator; (Bremæ, 1666. 4.)  
 L. III. cap. 11. p. 514-518.

den werden mußte; wie er sie dann auch an den 3. Oct.  
Kaiser brachte. 1569

Da nun H. Cosmus sich dessen nicht wohl entziehen konnte und doch auch den Pabst nicht gerne gegen sich erzürnen wollte; so würfte er bey dem Pabste aus, daß zwar derselbe darcin willigte, jedoch unter der Bedingung, daß der Kaiser nicht so wohl als Richter, sondern nur als Schiedsmann den Streit ausmachen, und binnen sechs Monaten den Ausspruch thun sollte, welches er auch in einem Schreiben dem Kaiser zu wissen that. Dieser aber ward dadurch sehr entrüstet, und wollte sich vom Pabste in seinem Kaiserlichen Ansehen und Rechten nichts vorschreiben oder Ziel und Maasse setzen lassen, sondern setzte den beiden Herzogen eine Tagesfahrt an seinem Hoflager an, die auch ihre Gesandten dahin schickten, welche die Rechte ihrer Herren weitläufig gegen einander ausführten. Weil indessen beide Herzoge des Kaisers Schwäger waren; so war er wegen eines rechtlichen Ausspruches zweifelhaft, indem er keinem gerne zu nahe treten wollte, sondern vielmehr wünschte, diesen Streit in der Güte zu schlichten, deswegen er dann die Handlung in die Länge zog. Allein nach Ablauf der vorhin gedachten sechs Monate, zog der Pabst die Sache, wider Willen des Kaisers und des Herzogs von Ferrara, wieder an sich, ohne Zweifel zu nicht geringem Vergnügen des Herzogs von Florenz, als welcher wohl einsah, daß er mit seiner berühmten Freyheit, worauf er vornehmlich seine Rechte gründete, am Kaiserl. Hofe nicht weit auslangen würde, da hingegen er solche am Päpstlichen Hofe desto geltender machen konnte, den er sich ohnehin schon, durch verschiedene Dienstleistungen, sehr verpflichtet hatte. Bereits P. Pius der IV., der ein Verwandter des Mediceischen

Joh. Lausus war, hatte beschlossen, dasselbe zu einer höchsten Würde zu erhöhen, starb aber darüber weg, deswegen nun dessen Nachfolger P. Pius der V. solches ausführen wollte. Anfangs soll Pius der IV. gewillt gewesen sein, dem Cosmus sogar den Titel eines Königes beizulegen; weil aber der Kaiser sich ernstlich hätte vernehmen lassen, daß Italien keinen andern König habe, als den Kaiser, so hätte er Bedenken getragen, solches zu unternehmen, wie dann auch P. Pius der V. mit dem Titel eines Erzherzogs es nicht wagen wollte. Dagegen legte derselbe dem H. Cosmus und allen seinen Nachkommen den Titel eines Großherzogs von Sardinien bei, und überschickte ihm eine Krone, Szepter und Königlichen Mantel.

anhang.

In der darüber zu Rom ausgefertigten Bulle \*) sagt der Papst: daß, weil ihm die höchste Gewalt der streitenden Kirche anbefohlen worden, Er, auf seinem Throne sitzend, ein wachendes Aug auf diejenigen billig haben mußte, welche vor andern der Römischen Kirche günstig und wohlgewogen wären; mithin hätte Er, Kraft seines tragenden höchsten Hirtenamtes, vor allen andern die Provinz Sardinien und deren Fürsten Cosmus mit sonderlichen Gnaden angesehen. Er hätte ihn daher zu solcher hohen Würde, besonders aus folgenden beweisenden Ursachen, erhoben, weil derselbe an Grömmig-

\*) Sie steht in des Aldo Manucci Vita di Cosimo de' Medici, primo Gran Duca di Toscana; (Bologna 1586. fol.) p. 148 - 155., wo auch die Abbildung der vom P. Pius dem V. dem H. Cosmus überschickten Krone, mit der Inschrift: PIUS V. Pont. Max. ob eximiam dilectionem ac Catholicæ Religionis Zelum præclarumque Iustitiæ studium demeruit, zu sehen ist. Ingleichen steht diese päpstliche Bulle in Lünigii Cod. Ital. diplomat., T. I. p. 1297-1304. n. 59.

nigheit und demüthiger Ehrerbietung gegen den Römischen Stuhl alle andere weit übertreffe, und in dem letztern Kriege dem K. Carls von Frankreich eine ansehnliche Hülfe zugesandt, auch den ritterlichen Orden von S. Stephan †), zur Ehre Gottes, und weiterer Fortpflanzung der rechten Religion, gestiftet, und mit reichen jährlichen Einkünften begabet hätte. Ausserdem regiere der h. Cosmus seine ihm von Gott anbefohlene Unterthanen mit der größten Klugheit und unverfälschten Gerechtigkeit; er habe an Reichthümern und Kriegsvolke einen Ueberfluß; er besitze weitläuftige Staaten und Herrschaften, in denen er volle Gewalt habe, und wegen welcher er niemanden unterworfen sey, auch wäre er dem Kayser Maximilian und andern christlichen Königen mit naher Schwägerschaft verwandt; wie dann auch aus dem Mediceischen Geschlechte so viele erlauchete Personen, und darunter drey Päbste, entsprossen wären. Zuletzt führt der Pabst noch an, daß er dieses nach dem Beyspiel seiner Vorfahren, der Päbste Alexanders des III., Innocentius des III. und Honorius des III. gethan habe, welche in vorigen Zeiten die Regenten von Portugal, der Bulgarey, Wallachey und Irland zu Königen ernennet, und verstatet hätten, daß auch

3 5

der

†) Man kann von diesem ritterlichen Orden weiter nachsehen: *Statuti, Capitoli & Constitutioni dell' Ordine de' Cavalieri di S. Stefano*, fondato & dotato dall' ill. & eccell. S. Cosimo Medici, Duca II. di Fiorenza e di Siena, riformati dal Seren. Don Ferdinando Medici, terzo Gran Duca di Toscana & Gran Maëstro di detto Ordine; - - et pubblicati nel Capitolo generale di detto Ordine, l'anno 1590. con le Facoltà, Indulgi & Privilegi, concessi dalla Sacra di Papa Pio IV. & - - Sisto Papa V., & dal suddetto Fondatore; in Fiorenza, 1595. 4. mai.

**1596** Der Herzog von Böhmen sich ihn einen König nennen könne. Diese von dem Pabste vorgenommene Standeserhöhung des H. Cosmus von Florenz zu einem Großherzog von Zetrurien machte allenthalben ein grosses Aufsehen, und war besonders Kayser Maximilian übel darauf zu sprechen, dessen Gesandter zu Rom, der Graf Prosper von Arco, derselben öffentlich widersprach. Er führte daffalls die Rechte des Kayfers und des Reichs auf Zetrurien und die Stadt Florenz an, drohete mit dem Unwillen des Kayfers und der Churfürsten und Fürsten des Teutschen Reiches, und zeigte deutlich, daß der Pabst, ausser dem Kirchenstaate, keine Macht habe, die Titel und Ordnung der Fürsten zu verändern. Allein alle seine Vorstellungen waren fruchtlos, und ermahnte den Pabst und den Herzog Cosmus von diesem Unternehmen vergeblich ab.

**1570** Vielmehr lud der Pabst den H. Cosmus zu sich nach Rom ein, um ihn in seiner neuen Großherzoglichen Würde zu installieren, und ihn zum Großherzog zu krönen. Es gieng auch diese s. An. Feyerlichkeit am Sonntage Lätare zu Rom vor sich, da P. Pius der V. in der S. Sixtuskapelle der Peterkirche, in Beyseyn aller Cardinäle, den H. Cosmus zu einem Großherzog einweihete, ihm eine gewenhete Krone auf sein Haupt setzte, und ihm einen Szepter in die Hand gab. Der Kayserliche Gesandte aber wohnete dieser unbefugten Handlung nicht nur nicht bey, sondern protestirte auch dagegen schriftlich, um die dem Kayser und dem Reiche zustehende Rechte aufrecht zu erhalten, worauf jedoch nicht geachtet wurde. Indessen ließ sich auch der H. Alfonsus von Ferrara, durch die geschehene päpstliche Installation, nicht abschrecken, sondern brachte die Sache von neuem an

an den Kayser, ob er gleich ein Vasall der Römisch. Chr. schen Kirche war. Der Kayser billigte alles, 1570 was sein Gesandter zu Rom vorgenommen hatte; und nahm von dem Cosmus keine Schreiben an, in welchen er den Titel eines Großherzogs gebrauchte, sondern gab sie dessen Gesandten wieder unversehrt zurück. Er erklärte ferner das ganze Verfahren des Papstes für ungültig, und drohete, daß er, auf dem bevorstehenden Reichstage zu Speyer, die nöthigen Maassregeln nehmen wolle, die angetastete Gerechtsame und Majestät des H. R. nachdrücklich zu rächen, welche Handlung er schriftlich verfassen ließ. Ausserdem schickte der Kayser zweien seiner Hofräthe als Gesandten nach Rom, welche vor dem Papste und den Cardinälen, in einem öffentlichen Consistorium, die Oberrechte des Kayfers und des Reichs über Toscana, und besonders Florenz, behaupteten, und das päpstliche Unternehmen für ungültig erklärten, auch die von dem Kayserlichen Gesandten, dem Grafen von Arco, obgedachter maassen, geschehene Protestation feyerlichst wiederholten. Auf Ersuchen des Kayfers ließ auch der König von Spanien, durch seinen zu Rom befindlichen Gesandten, wider den, dem H. Cosmus vom Papste beigelegten, Titel eines Großherzogs protestiren, und die Republick Venedig, durch das Ansehen und den Widerspruch des Kayfers dazu bewogen, wollte solchen gleichfalls nicht erkennen.

Ob nun gleich P. Pius der V. von Natur sehr halbstarrig war, und nicht leicht von seiner einmal gefassten Meinung wieder abgieng, auch niemanden von seinem Betragen Rechenschaft zu geben gewohnt war; so hielt er doch, bey den gemeldeten Umständen, für rathsam, sich mit dem Kayser, dieser Sache halber, in eine Unterhandlung einzulassen.

Er

2. Mr. Er trug also dem Cardinal Commendon, den er  
 1570 nach Polen schickte, auf, daß er, auf seiner Reise  
 durch Oesterreich, dem Kayser die Rechtmäß-  
 figkeit und Befugniß des Papstes zu der vorge-  
 nommenen Handlung, durch einige Beispiele aus  
 den vorigen Zeiten, darthun sollte. Derselbe stell-  
 te nun dem Kayser vor, daß der Sitz des H. R.  
 R., durch das Ansehen des Papstes, aus dem  
 Orient in den Occident wäre verlegt, die sieben  
 Churfürsten verordnet, und Pipinus, nach der  
 Entsetzung des R. Childerichs, zum König der  
 Franken eingesetzt worden. Es habe ferner P. Bes-  
 nedict der IX. den Casimir in Polen, welches  
 doch, nach der Meinung der Deutschen, zum H.  
 R. gehörig, P. Gregorius der VII. den Demie-  
 rius in Croatien und Dalmatien, welche Pro-  
 vinzen dem Königreiche Ungarn unterworfen wa-  
 ren, und P. Alexander der III. den Alfonsus, Gra-  
 fen von Portugal, so damals zu Castilien gehörig  
 gewesen, zu Königen gemacht. Gleichergestalt  
 hätte P. Innocentius der III. den Cola, Johans-  
 nes zum König der Bulgaren und Wallachen  
 erklärt, da doch diese Länder ebenfalls dem Königs-  
 reiche Ungarn damals unterworfen gewesen wa-  
 ren. Ingleichen habe P. Honorius der III. den  
 Schutz des Königs von Thessalonien, wel-  
 ches Königreich zum Constantinopolitanischen  
 Kayserthume gehört habe, übernommen, und  
 den Grafen von Auxerre zum Griechischen  
 Kayserthume befördert. Durch das Ansehen des  
 Apostolischen Stuhles hätten ferner Mindaugas,  
 H. von Littauen, und Daniel, H. in Rußien,  
 den Königlichen Namen angenommen, und die  
 meisten vom Kayser Ludwig dem Bayer in  
 Italien eingesetzten Tyrannen wären nachher  
 durch die Päpste zu rechtmäßigen Fürsten ge-  
 macht



machte worden. So hätte ferner P. Adrian das Kön-  
 1570  
 reich Irland den Königen von Eng-  
 land geschenkt, und aus eben dem Grunde be-  
 sässen nach igo die Könige von Spanien das Kö-  
 nigreich Navarra, als welches die Päbste dem  
 Hause Albret und Bourbon entzogen, und die  
 Rechte darauf den Königen von Arragonien  
 übertragen hätten.

Diesen vermeintlichen Gründen ließ nun der H.  
 Cosmus auch die seinige, doch nur durch den Pabst,  
 als welcher, seine Sache zu behaupten, übernommen  
 hatte, beifügen. Nämlich, daß die Republick Florenz  
 ihm allein, und nicht dem H. R. R. zuständig sey,  
 und daß die Verwaltung derselben, vermöge des  
 Bündnisses zwischen Kayser Carln dem V. und  
 dem Pabste Clemens dem VII. angeteilt worden;  
 die Mediceische Fürsten hätten den Titel eines  
 Herzogs von sich selbst, und nicht durch das  
 Ansehen der Kayser angenommen; mithin habe  
 dem Cosmus, der ohne Erlaubniß des Kayfers  
 sich einen Herzog genannt hätte, freigestanden, die  
 Würde eines Großherzogs, durch die Begnadi-  
 gung des Pabstes, anzunehmen. Uebrigens be-  
 gnügte sich P. Pius der V. nicht damit, daß er die-  
 ses alles dem Kayser vorstellen ließ, sondern, weil  
 der König von Spanien, gedachter maassen, den  
 neuen Titel des Großherzogs von Costana  
 auch nicht anerkennen wollte; so schickte er an den-  
 selben den Cardinal Michael Bonellus, um mit  
 ihm zu handeln, diese Streitigkeit gütlich beyzu-  
 legen, woben er zu gleicher Zeit dem Cardinal Sit-  
 tich Altemps auftrug, daß, wosern der Kayser  
 die Sache nicht auf eine billige Art abthun wollte,  
 er in Teutschland 10000. Mann zu Fusse wer-  
 ben folte, um dem Kayser, wenn es nöthig wäre,  
 zu zeigen, daß er ihm an Macht gleich sey. Allein  
 wes

3. Er weder der Kayser, noch der König von Spanien  
 1570 kehrten sich an diese Vorstellungen und Prähle-  
 reyen des Papstes, sondern beharrten bey ihrem Wi-  
 derspruche gegen diese vom Papste unternommene  
 unbefugte Standeserhebung des H. Cosmus.  
 Ja der Erstere erließ, auf seiner Rückreise vom  
 1620. Speyerischen Reichstage, aus Dintelspühl ein  
 sehr nachdrückliches Schreiben an den H. Cos-  
 mus, worin er denselben seine und des Reichs Rechte  
 auf Florenz und Toscana so ernstlich zu Gemüthe  
 führte, daß H. Cosmus endlich einsah, daß seine zu  
 Rom geschehene Installation nicht zureichend  
 seyn würde; deswegen er, auf die wiederholte Vor-  
 ladung des Kayfers, es nunmehr genauer gab,  
 und den Kayser um die Verleihung des Titels  
 eines Großherzogs bemühtigst bat <sup>u)</sup>. Jedoch  
 blieb

u) *Natalis Comes* in Hist. sui temporis; (Argentor:  
 1612. fol.) L. XXI. p. 454. sq. *Schardus* Epi-  
 tome ad aa. 1569. & 1570., in *Eius* Scriptor.,  
 T. IV. p. 130. & 136. *Thuanus* l. c. T. II. L.  
 XXVI. p. 593. L. XLIV. p. 541. sq. & L. XLVI.  
 p. 614. sq. *Lundorp* l. c., T. I. L. IX. p. 1054.  
 sq. *Schadaeus* l. c., P. II. L. V. §. 58. p. m. 167.  
 sq. & L. VI. §. 15. p. 181. *Paolo Alessandro*  
*Maffei* Vita di S. Pio V., summo Pontif.; (Ve-  
 net. 1712. 4.) L. III. c. 19. lo. *Anton. Gabusii*  
*Vita Pii V.*, P. M., L. III. c. 6. n. 197-202., in  
*Actis SS. Antwerp.*, m. Maio, T. I. p. 664. sq. *Ant.*  
*Mar. Graciani* Vita Card. Commendoni, L. III. c. 8.  
*Aldo Manucci*, l. c. *Giov. Battista Cini* Vita del' Co-  
 simo de' Medici, primo Gran Duca di Toscana;  
 (Firenze, 1611. 4.) L. VII. & VIII. p. 444.  
 sqq. & 481-493. passim. *Memoire sur la Liberté*  
*de l'Etat de Florence*; (L. L. 1721. 4. mai.) p. 29.  
 sq. *Recherche de la Verité du Memoire sur la Li-*  
*berté de l'Etat de Florence*; (T. L. 1722. 4. mai.)  
 p. 49. sq. lo. *Jac. Mascovii* Diss. de iure Imperii  
 in M. Ducat. Etruriae; (Lips. , 1721. 4.) Sect.  
 III,

hievon und von dem endlichen Ausgange dieser I. Ur. Sache wollen wir das weitere bis auf das J. 1576. 1570 versparen.

Kayser Maximilian der II. hielt sich zu Anfang des J. 1570. zu Prag auf, wo er von dem Churfürsten Augustus von Sachsen und dessen Gemahlin einen Besuch erhielt; wie dann auch <sup>m. Fbr.</sup> die Marggrafen von Brandenburg, H. Albrecht von Bayern, H. Julius von Braunschweig-Wolfenbüttel, und Gesandten von vielen andern Fürsten und Herren da hinkamen \*). Während seinem dasigen Aufenthalte, wurde zu Nas <sup>14 Jan.</sup> drit, durch seinen, im vorigen Jahr, nach Spanien geschickten Gesandten, den Freiherrn Adam von Dietrichstein \*), ein doppelter Heiraths-

cons

III. §. 9. & 10. p. 39-42. & in *App. Docum.*, Lit. O. p. 26-28. Sim. Frid. *Habnii* Ius Imperit in Florentiam; (Halae, 1722. 4.) §. 6. p. 45-52. Bracciano Vorstell. von den Gerechtsamen der T. Kayser und des H. R. auf das Groß-Herzogth. Florenz; (f. l. 1722. 4.) §. 28. sq. p. 43-48. Nicol. Hieron. *Gundlingii* Diss. de iure Imp. & Imperii in M. Etruriae Ducatum; (Halae, 1722. 4.) cap. I. §. 37. sq. p. 127-133. Frid. Ludov., nob. Dn. de Berger *Vindicatio iuris imperial. in M. Tusciae Ducatum etc.*; (f. l. 1723. 4.) §. 36. sq. p. 60. sqq. & in *Docum.*, Lit. K. p. 181-183. und *Nova eaque plena Assertio Iuris, quod S. Caesar. Majestati ac S. Imperio in M. Tusciae competit Ducatus*; (f. l. 1725. fol.) p. 34. sq. & in *App. Dipl. Actor. atque Docum. publ.*, Lit. R. p. 82-84. Cf. *Lünigii* Cod. Ital. diplomat., T. I. p. 1303-1306. n. 60.

\*) *Scherdii* Epit. ad h. a., in *Eius Scriptor.*, T. IV. p. m. 135. a. *Thunius* l. c., T. II. L. XLVII. p. m. 635. *Schadacius* l. c., P. II. L. VI. §. 1. p. m. 177. und *Möllers* Annal. Saxon. ad h. a., p. 155.

\*) S. weiter oben in diesem VIII. Bande der H. E. R. G., S. 120., in der Note \*).

3. Ur. contract wegen der Vermählung der beiden  
1570 Kaysrerlichen Prinzessinnen, Anna und Elisabeth, mit R. Philipp dem II. von Spanien und R. Carln dem IX. von Frankreich geschlossen <sup>10)</sup>.  
21. Ur. Es belehnte auch daselbst der Kayser die Gesandten des jungen H. Ludewigs von Württemberg, den R. Erb-Schenken Heinrich von Limpurg und Balthasar Eislängern, mit den  
7. Ur. Böhmischem Lehen <sup>11)</sup>, bestätigte das Testament Pfalzgraf Wolfgang von Neuburg und  
d. a. Zweybrücken, und ertheilte dessen ältestem Sohne, dem Pfalzgrafen Philipp Ludewig, einen  
Erspesctanzbrief auf die Chur und Pfalzgrafschaft am Rhein, wie auch einen Lehenbrief  
d. a. über das seinem zweiten Bruder, dem Pfalzgrafen Johannes, zugetheilte Fürstenthum Zweybrücken <sup>12)</sup>. Ferner verließ der Kayser zu Prag den Ständen des Fürstenthums Münsterberg in Schlesien und der Stadt dieses Namens  
den

10) Königs Cod. Germ. diplomat., T. II. p. 611-620. Eiusdem R. A., T. VII. n. 37. p. 62-65. und Du Mont l. c., T. V. P. I. n. 85. & 86. p. 175-179.

11) E. in diesem VIII. Bande der A. T. R. G., S. 321.

12) Copia Schreibens — sub dato Straßburg den 16. Jan. 1722. des Chur- und Fürstl. Hauses der Pfalz Succession überhaupt, insbunderheit aber die künftige Erbfolge im Fürstenth. Zweybrücken betreffend, p. 25. und in den Beylagen, Lit. K. p. 80-86. Status Causae — der dem Pfalzgr. Christian dem III. — auf die — bevorstehende Succession in dem Herzogth. Zweybrücken competit. possessor. Gerechtsamen, cap. I. §. 3. & 5. p. 1. sq. & 5. und in den Beylagen, Lit. C. & F., p. 13. sq. & 17-19. und Du Mont l. c., T. V. P. II. n. 240. p. 426. b. 428. a. E. auch weiter oben in diesem VIII. Bande der A. T. R. G. S. 79:81.

verschiedene Privilegien, und bestätigte ihre alte 1570  
Freiheiten <sup>1)</sup>; wie er dann auch der Marggrafschafft Nieder-  
lausitz, den derselben vom R. Ferdinand dem I., im J. 1538., erteilten  
Brennbrief bestätigte <sup>a)</sup>. Und hierauf schickte sich  
der Kayser zu seiner Reise nach Speyer an, als  
wohin er, von Prag aus, bald zu Anfang des  
Jahrs, einen Reichstag, auf den 22. May, aus-  
geschrieben hatte <sup>b)</sup>. Weil es sich aber mit dessen  
Eröffnung bis in den Heumonath verzog, und sel-  
biger fast bis zu Ende des Jahrs fortbauerte; so wol-  
len wir erst einige, in diesem Jahr, im Teutschen  
Reiche, vorgefallene merkwürdige Begeben-  
heiten anführen, damit wir hernach die auf dies-  
er R. Versammlung vorgekommene wichtige  
Handlungen, in ihrem Zusammenhange, vortragen  
können.

Gleich anfangs ist also der merkwürdige Vor-  
fall zu bemerken, daß der damalige Administrator  
von Magdeburg, Prinz Joachim Friedrich von  
Brandenburg <sup>c)</sup>, sich zu Cüstrin mit seines Groß-  
vaters, des Churfürst Joachims des II., Brus-  
ders,

1) Königs R. A., T. VI. Cont. I. 1 Forts. n. 277.  
p. 384-389.

a) Königs R. A., T. VIII. im Anhange, n. 34. p.  
72. sq. und *Eiusdem* Corp. Iur. feud. Germ., T.  
II. p. 739-742. n. 3. Cf. Gebh. Christ. Bastinel-  
ler Diss. de Privilegio Ferdinandeo, p. 36. sqq.

b) Scherarius l. c., ad h. a., in *Eius* Scriptor., T.  
IV. p. m. 140. a. und Schadaeus l. c., P. II. L.  
VI. §. 42. p. 190., welcher aber unrichtig den 22.  
Mertz angiebt, als ob auf diesen Tag der Reichstag  
wäre ausgeschrieben worden; dann s. den Speyer.  
R. A. v. d. J., §. 3., in der N. Samml. der  
R. A., P. III. p. 287. b.

c) S. im VI. Bande der N. E. R. G., S. 439. u. ff.  
N. A. Z. 8. Th.

3. Er. ders, des Marggraf Johannis zu Brandenburgs  
 1570 Cüstrin, Tochter, der Prinzessin Catharina, vers  
 8 Jan. mählet habe, und zwar mit Einwilligung seines  
 Domkapitels, dessen Mitglieder, wo nicht alle,  
 doch die meisten, gleichfalls der evangelischen  
 Lehre zugethan waren, von denen auch der Doms  
 herr, Andreas von Holzendorf, der erste gewes  
 sen, welcher hierunter dem Beyspiele des Adminis  
 trators des Erzstiftes bald nachgefolget ist. Das  
 Churfürstliche und Marggräfliche Haus Brandens  
 burg stund damals auf schwachen Füßen, und  
 beruhete bloß auf dem alten Churfürsten Joachim  
 dem II., dessen Churprinzen Johann Georg, des  
 sen Sohn, unserm Administrator Joachim Fries  
 drich, dem Marggrafen Georg Friedrich zu Ans  
 spach und Bayreuth, und dem H. Albrecht  
 Friedrich von Preussen, deswegen auch das Mag  
 deburgische Domkapitel seine Einwilligung zu  
 dieser Vermählung gab, durch welche, und aus  
 seines Vaters, des nachherigen Churfürst Johann  
 Georgs, dritten Ehe das Haus Brandenburg  
 mit einer zahlreichen Nachkommenschaft geseg  
 net worden. Der Administrator Joachim Friedrich  
 brachte seine neue Gemahlin, unter vielen Freus  
 densbezeugungen zu Magdeburg, Wollmits  
 stadt und Halle, in das Erzstift. Da er aber  
 unter den evangelischen Erz- und Bischöfen in  
 Teutschland der erste war, der sich verheirathet  
 hatte, und sein Erzstift dennoch behielt; so mach  
 te solches überall ein grosses Aufsehen. Besonders  
 ward dadurch P. Pius der V. sehr entrüstet, und  
 gab sich alle Mühe, dem Administrator das Erz  
 stift zu entziehen, zu dem Ende er auch dem Kay  
 ser gar sehr anlag, daß er ihn dessen entsetzen  
 möchte. Allein der kluge Kayser Maximilian sah  
 wohl ein, daß man dergleichen zu Rom leichter be  
 schliessen,

schließen, als in Deutschland zur Execution bring<sup>3</sup> en könnte; mithin er die Sache flüglich verzögerte, 1570 daß darüber die Anforderung des Papstes hintertrieben wurde. Weil aber auch die catholischen geistlichen Fürsten und Prälaten ohnehin übel damit zufrieden waren, daß wider den geistlichen Vorbehalt \*), ein solch reiches Erzbisthum sich in protestantischen Händen befand; so machten sie dem Administrator Joachim Friedrich den Sitz und die Stimme unter sich auf den Reichstagen streitig, wie zu seiner Zeit weiter soll gemeldet werden. Er wohnte auch weder selbst, noch durch Gesandten, dem vierjährigen Reichstage zu Speyer bey, und es wollte auch der Kayser, um den Papst und die catholischen Stände einiger massen zu befriedigen, ihn, nach seiner vollzogenen Heirath, nicht mehr für einen Administrator des Erzstiftes Magdeburg erkennen, wie man aus dem Tagebuch des Graf Ludewigs von Wittenstein, der als R. Hofrath dem Reichstage zu Speyer mit beigewohnt hat, ersehen kann, da nemlich im R. Hof<sup>25</sup> Rath<sup>Sept.</sup>, auf das Ansuchen der Stadt Magdeburg, in ihren Streitigkeiten mit dem Administrator und dem Domkapitel, um eine Commission beschlossen wurde, deswegen um Bericht an das Domkapitel zu schreiben, weil der Kayser den Administrator, wegen seiner Heirath, nicht für einen Fürsten erkennete <sup>d</sup>).

R 2

Wider

\*) S. im II. Bande der N. T. R. G., S. 624.

b) Scharidus l. c., ad h. a., in Eius Scriptor., T. IV. p. m. 135. a. Chytraeus l. c., L. XXII. p. 597. Thuanus l. c., T. II. l. XLVII. p. m. 635. Lundorp l. c., T. II. L. X. p. m. 18. sq. Schadaeus l. c., P. II. L. VI. §. 2. p. 177. Nic. Lessingeri Comm.

3. Chr.

1570

Über den Churfürsten von Trier, als Eximienten, und den Abten zu S. Maximin, als Exemten, hatte der Kayserliche R. G. Proturator, Fiscal, bereits im J. 1549., den 7. Hornung, bey dem R. G. eine Ladung ausgebracht. Nachdem nun in dieser Exemtionsfache, verschiedene Jahre hindurch, von beiden Theilen, im Wege Rechtsens, sehr weisläufig war verfahren worden; so erfolgte endlich, im gegenwärtigen Jahr, vom R. G. ein Endurtheil, wodurch die Beklagte von der angestellten Exemtionsklage erlediget, und die deswegen aufgelaufene Gerichtskosten gegen einander verglichen wurden. Das in dieser Sache nachmals publicirte Kameralvotum führt als Entscheidungsgründe für den Churfürsten von Trier, wegen der seiner hohen Obrigkeit unterworfenen, und daher eximirten Abtey zu S. Maximin, an: 1) die Dekrete des R. R. Conrads des III. vom J. 1139. und der Kayser Friedrichs des I. vom J. 1157., Carls des IV. vom J. 1376., Maximilians des I. vom J. 1495. und Carls des V. vom J. . . . , durch welche das *Dominium utile supremæ potestatis* über die Abtey zu S. Maximin den Erzbischöfen von Trier sey übertragen, und von solchen das erstere, oder Conradsnische,

Comm. de Marchia, L. XVIII. §. 13. in Eins Opp., T. I. p. 623. sq. edit. Küsteri. Pauli Lenzii Hist. AEp. Magdeburg., §. 62. p. 165. sq. Casp. Abels Stifts; Stadt; und Land; Chronik des Fürstenth. Halberstadt, L. III. c. 2. §. 1. p. 498. C. F. Pauli allgem. Preuß. Staatsgeschichte, T. V. im Anhange, §. 317. p. 538. sq. Meine Disp. de Reservato ecclesiast. ex mente Pacis relig., Sect. II. §. 32. p. 93. sq. J. J. Spießens Brandenburg. Münzbelustig., P. II. n. 17. p. 132. & 134. sqq. und Sendenberg. Sammlung v. ungedr. und raren Schriften, T. I. P. II. n. V. p. 6. sq. coll. Præf. §. 5.



nische, nachmals durch die Bulle P. Innocenz I. Chr. tius des II. vom J. 1140., den Vertrag des 1570 Erzb. Adalbero von Trier mit dem Grafen Heinrich von Luxemburg vom J. 1146., und dessen Bestätigung durch den P. Eugenius den III. vom J. 1147., sey bestärket worden. Ferner und 2) weil der Abt von S. Maximin, seit Jahrhunderten her, für einen Churtrierischen Unterthanen sey gehalten worden, und derselbe als ein Landstand auf den Landtagen erschienen wäre, die Landesanlagen entrichtet hätte, u. s. w. Hiernächst und 3) stehe zwar der Name der Abtey zu S. Maximin in der K. Matrikel; allein diese sey nicht allzu richtig, und der Abt stehe in derselben nicht als ein Reichsstand, und er bezahle auch nicht den ihm darin angeetzten K. Anschlag; woraus dann 4) gefolgert wird, daß, wenn auch die Abtey zu S. Maximin ein Reichsglied wäre; so sey sie doch nur für ein mittelbares zu achten, welches mit seinen Regalien und andern weltlichen Rechten als ein Reichslehen, in Ansehung des *Dominii directi* dem Reiche, des *Dominii utilis* aber dem Churfürsten von Trier zukäme. Gegen dieses Kameralvotum und die darauf gegründete Sentenz hat nachher die Abtey zu S. Maximin eingewandt, daß sie in diesem Exemtionsprocesse überall nicht, oder doch nicht genugsam sey gehört worden, mithin das ergangene Urtheil wider sie keine Kraft Rechtens habe erlangen können, deswegen sie auch lange nachher gegen diese Sentenz den Rekurs an den K. Hofrath genommen, und ein günstiges Mandat für sich erhalten hat, wie zu seiner Zeit soll gemeldet werden <sup>e)</sup>. Uebrigens

K 3

gens

e) Lünigs R. A., T. XVI. p. 244. n. 63. ab Hombeim Hist. Trevir. diplomat., T. III. n. 1088. p. 122-

1570 gens finden sich von diesem Jahr verschiedene päpstliche Bullen, worin P. Pius der V. erklärt, daß die Abtey zu S. Maximin dem Apostolischen Stuhle unmittelbar unterworfen sey, den erwählten neuen Abt, Matthias von Sarburg bestätigt, den Convent und die Vasallen der Abtey ermahnet, demselben getreu, gehorsam und gewärtig zu seyn, ihn auch dem Kayser Maximilian bestens empfiehlt, und ihm endlich erlaubt, daß er sich, nach Belieben, von einem vom Römischen Stuhle nicht in Bann gethanen Erzbischofe oder Bischofe könne einweihen lassen f).

x Mr. Im Fürstlichen Hause Anhalt starb in diesem Jahr Fürst Bernhard, im dreissigsten Jahr seines Alters, ein frommer, gottesfürchtiger und die Gerechtigkeit liebender Herr. Nachdem sein Vetter, der alte Fürst Wolfgang von Anhalt, ihm und seinem Bruder, Joachim Ernst, im J. 1562., seinen Landesantheil abgetreten hatte \*), so nahm er seine Residenz zu Dessau. Er vermählte sich zwar im J. 1565. mit der Prinzessin Clara, einer Tochter H. Franzens von Braunschweig & Lüneburg zu Gifhorn, und erzeugte mit ihr, im J. 1567., einen Sohn, Namens Franz Georg, der aber kein volles Jahr alt wurde, und schon im folgenden J. 1568. wieder starb. Auf die Art fiel also sein bisher besessener Landesantheil an seinen obbenannten ältern Brus

p. 123-126. *Archi-Episcopatus & Electoratus Trevirensis per refractarios Monachos Maximilianos aliosque turbati*; (Aug. Trevir., 1633. 4.) p. 10-12. & in *Docum.*, Lit. I. & K., p. 83-147. Nic. Zyllesii *Defensio Abbatiae imp. S. Maximini*; (f. l. 1638. fol.) P. II. Sect. IX-XI. p. 104-171.

f) Lünigs A. A., T. XVI. p. 308-311. n. 146-152.

\*) S. im VI. Bande der H. E. A. G., S. 437.

Bruder, den Fürsten Joachim Ernsten, welcher 3. Br. so glücklich war, die seit des ersten Fürstens von 1570 Anhalt, Heinrichs des Fetten, Tode, über 300. Jahr lang, vertheilt gewesene Anhaltische Ländereien wiederum zusammen zu bringen, wodurch derselbe zu einem grossen Ansehen und Hochachtung, in und ausserhalb Teutschland, gelangte. Uebrigens beruhete das ganze Fürstlich-Anhaltische Haus, bey Ableben des Fürst Bernhards, nur noch auf dem erstgedachten Fürsten Joachim Ernst, und seinen beiden damals lebenden Söhnen erster Ehe, den Prinzen Johann Georg und Christian. Ja würde nicht der Graf Albrecht von Barby unsern Fürsten Joachim Ernsten, in der Belagerung von Marienburg, im J. 1557., von der augenscheinlichsten Todesgefahr, noch eben zu rechter Zeit, gerettet, und Gott ihn von einer im J. 1566. ausgestandenen tödtlichen Krankheit, auf sein eifriges Gebet um die Verlängerung seines Lebens, befreiet haben; so würde das Fürstliche Haus Anhalt mit seinem obgedachten Bruder, dem Fürsten Bernhard, erloschen seyn, welches noch iso in der zahlreichen Nachkommenschaft des Fürst Joachim Ernsts blühet 9).

Mit dem Grafen Jacob von Zweybrücken und Bitsch starb in diesem Jahr dieses uralte<sup>21</sup> Gräfliche Geschlecht aus. Zweybrücken war schon im vierzehnten Jahrhundert an das Haus R 4 Pfalz

9) Schadaeus l. c., P. II. L. VI. §. 13. p. m. 181. Joh. Eph. Beckmanns Hist. des Fürstenth. Anhalt, T. II. P. V. L. II. c. 16. §. 4-8. p. 178-182. & L. III. c. 1. §. 2-4. p. 184. sq. und Sam. Lenzens Beckmannus enucleat., suppletus & continuatus cap. VI. §. 68. & c. VII. §. 1. p. 353-356. Des Fürst Bernhards von dem W. Gesen beschriebener Lebenslauf steht in Bruno Quiros Sterbekunst, P. II. p. 310. sqq.

3. **Chr.** Pfalz gekommen, der vordesagte Graf Jacob aber  
 1570 besaß noch die Grafschaft Bitsch in Lothringen,  
 und die Grafschaft Lichtenberg zur Hälfte,  
 nebst der Herrschaft Ochsenstein im Elsass.  
 Nach seinem Tode zogen die Lehnsherren die von  
 ihnen abhängende Lehenstücke ein, als Pfalz das  
 Amt Landeck, der **H.** von Lothringen die  
 Grafschaft Bitsch, der **H.** von Württemberg  
 Rohda und der Bischof von Straßburg Reichs-  
 hofen. Der letzte Graf Jacob hatte, außer sei-  
 nem, schon im J. 1538. verstorbenen, Sohne Jo-  
 hann Friedrich, eine Tochter, Namens Mar-  
 gareta Ludovisa, die mit Graf Philipp dem V.  
 von Hanau-Lichtenberg, im J. 1560., war  
 vermählet worden, aber noch vor ihrem Vater,  
 den 15. December 1569., starb, nachdem sie mit  
 ihrem Gemahl einige Söhne und Töchter erzeugt  
 hatte. Wegen dieser seiner Kinder setzte sich Graf  
 Philipp der V. von Hanau-Lichtenberg in den  
 Besitz der Allodialerbschaft seines Schwiegervaters,  
 Graf Jacobs, nemlich der andern Hälfte  
 der Grafschaft Lichtenberg, und der Herr-  
 schaft Ochsenstein, die ein Erblehen vom Bis-  
 thume Metz war, wie ihm dann auch **H.** Carl  
 der II. von Lothringen die eingezogene Grafschaft  
 Bitsch wieder zu Lehen gab, solche aber bald dar-  
 auf, unter dem Vorwande einer begangenen Felo-  
 nie, abermals einzog. Als Nachfolger in der  
 Grafschaft Bitsch suchte nachmals Graf Phi-  
 4. **Chr.** lipp, auf dem Reichstage zu Speyer, bey dem  
 Kayser, um die Belehnung mit der Reichs-  
 steuer zu Weissenburg an, die für 3000. und  
 etlich hundert pfund Heller verpfändet war,  
 und wovon die Stadt jährlich 400. Gulden geben  
 mußte; aber der Prokofskey hatte sich bereits diese  
 verpfändete Reichsteuer als ein verfallenes  
 Reichs-

Reichslehen ausgebeten. Ingleichen bat auch 1575  
nachher Graf Philipp um die Belehnung mit 18900  
den Zölle und anderen von Bitsch ererbten Stücken,  
welches aber, durch einen Schluß des R. Hofra-  
thes, wegen seines ungehorsamen Ausbleibens, ein-  
gestellt wurde.

Hiernächst fanden sich auch noch andere an,  
welche an einen Theil dieser Erbschaft Anspruch  
machten, und deswegen den Grafen Philipp von  
Hanau + Lichtenberg, auf dem gedachten Reichs-  
tage zu Speyer, vor dem Reichs + Hofrathe,  
belangten. Es meldete sich nemlich Graf Ernst 11 Oct.  
von Hohnstein wegen seiner Schwester, Catha-  
rina, die des letzten Graf Jacobs Wittwe war,  
und klagte gegen Graf Philippen von Hanau  
Lichtenberg, daß er alles eingenommen, und die  
Wittwe de facto entsetzt hätte, da doch ihr ver-  
storbenen Gemahl, der Graf Jacob, in seinem  
Testamente, ihr die Nutzniessung von allen Gü-  
tern vermacht hätte, wenn er ohne Leibeserben abge-  
hen würde, worauf dann vom R. Hofrathe ein  
Mandat, mit Ladung zur Güte, erkannt wurde.  
Eben dieser Graf von Hohnstein brachte nachher 17 Nov.  
noch weiter an, daß der erstgedachte Graf Philipp  
ein Kästgen mit Kleinodien und etlich 1000,  
Gulden baares Geldes heimlich solle auf die Seite  
gebracht haben; deswegen man zwar ein Manda-  
tum S. C. wider ihn erkannte, doch daß auch davon  
an den Kayser referirt werden sollte. Da auch  
inzwischen die verwittwete Gräfin Catharina von  
Bitsch gestorben war; so ergieng aus dem Reichs + Dec.  
Hofrathe ein Befehl an die Stadt Weissen-  
burg, ihre Verlassenschaft verwahrlich zu behal-  
ten, worauf die Stadt ein Inventarium, in wel-  
chem sich aber nichts sonderliches vorfand, einschickte,

3. Chr. jedoch dabei meldete, daß der Graf von Zanau  
 1570 ein Kästgen, worin 20000. Gulden baares Gel-  
 des und etliche Kleinödien gewesen, zuvor solle  
 weggenommen haben. Es kam daher der Graf  
 9 Dec. von Hohnstein beim R. Hofrath von neuem  
 ein, und bat, wegen der vom Grafen von Zanau nicht  
 geschehenen Partition, um ein *Mandatum arctius* und die  
 Exekution des Testaments, wovon der Kayser der oberste  
 Exekutor wäre, mit der Anzeige, daß die verstorbene  
 verwittwete Gräfin Catharina ihre ganze Verlassenschaft  
 an Zanau und Hohnstein, jedem zum halben  
 Theile, vermacht habe. Graf Philipp von Zanau  
 aber gab dagegen vor, daß er das angeblich  
 entwandte Kästgen, noch vor dem ergangenen  
 Mandate, in seine Verwahrung genommen  
 habe, in welcher es auch noch wäre. Wie hierauf  
 die Sache zwischen diesen beiden Parteien ferner ver-  
 laufen sey, davon fehlen mir die weitere Nachrichten.  
 Der letzte Graf von Bitsch, Jacob, hatte auch  
 eine Schwester, Namens Elisabeth, die eine  
 Wittwe Graf Johann Ludewigs von Sulz  
 18 Dec. war, und auch diese kam beim R. Hofrath ein,  
 und bat um Immission oder einen kurzen schleun-  
 igen Austrag wegen des ihr gebührenden väterli-  
 chen und mütterlichen Antheils, weil sie keinen  
 Verzicht gethan hätte. Nun wurde ihr zwar die  
 Immission abgeschlagen, dagegen aber eine güt-  
 liche Handlung vor Commissarien bewilliget.  
 13 Nov. Und eben diese Gräfin Elisabeth bat nachher noch  
 einmal wegen ihres Bruders, Graf Jacobs, hin-  
 terlassenen Erbschaft und Legaten um eine Ci-  
 tation an Zanau, die ihr auch bewilliget wurde,  
 worauf sie, nach Absterben der verwittweten  
 18 a.m. Gräfin von Bitsch, welche auch ihr in ihrem Tes-  
 tas

Stamente was verordnet hätte, um eine neue Commis-  
sion wider den Grafen Philipp von Hanau, 1570  
welcher das Wittumb und alles zu sich genommen  
hätte, ansuchte.

Endlich meldete sich auch bey dem R. Hof-  
rath Graf Philipp von Leiningen = Westers-  
burg, der mit Graf Jacobs von Bitsch verstor-  
benen ältern Bruders, Graf Simon Weckers  
des jüngern, einigen Tochter, der Gräfin Amas-  
lia, vermählet war, zu der Bitschischen Erbs-  
chaft, in so weit sie seiner Gemahlin in *feudis et  
allodialibus ex Testamento etc* gebührte. Er bat  
aus den vier vorgeschlagenen Fürsten, nemlich den  
Bischöfen von Straßburg und Speyer, dem  
Pfalzgrafen zu Zweybrücken und dem Margs-  
grafen von Baden, ihm einen oder mehr als  
Commissarien zur Güte und Recht zu geben, mit  
einer gewissen Form zu verfahren bis zum Schluß  
der Sache, worauf sie an das Kayserliche R. G.  
solle geschickt und daselbst entschieden werden. Hier-  
auf ward vom R. Hofrath beschlossen, ihm  
Zween von den vorgedachten vier Fürsten zu  
Commissarien zu geben, welche summarisch und  
ohne weitläuftigen Proceß verfahren sollten; in-  
dem übrigens nicht gebräuchlich wäre, die Form  
bey Commissionen vorzuschreiben. Des Graf  
Philipp von Leiningen = Westerbürg, seiner  
Gemahlin Amalia und ihres einigen Sohnes, Lu-  
dwigs, Ansprüche giengen vörnehmlich auf die  
Hälfte der Grafschaft Lichtenberg und auf die  
Herrschaft Ochsenstein, worüber sie auch, einige  
Jahre nachher, wider den Grafen von Hanau  
einen Proceß am Metzischen Lehenhofe erho-  
ben. Allein Hanau blieb bey dem Besitze der an  
sich gezogenen Erbschaft, und Leiningen = Wes-  
ters

3. **Stierburg** erhielt durch einen Vergleich, bloß **Obers**  
1570 **brunn**, **Rauschenburg** und **Forbach** <sup>h)</sup>).

Da die, nach Melancthon's Tode, in der evangelisch-lutherischen Kirche, noch mehr ausgebrochene innerliche Streitigkeiten <sup>i)</sup> sich immer weiter ausbreiteten, und auch auf dem zu **Altenburg** gehaltenem Religionsgespräche nicht hatten ausgemacht werden können, sondern solches vielmehr abgebrochen worden <sup>j)</sup>; so waren verschiedene evangelische Fürsten, besonders der damals noch lebende H. Christof von Württemberg, Landgraf Wilhelm von Hessen + Cassel und der neue Herzog von Braunschweig + Lüneburgs Wolfenbüttel, Julius, mit Ernst darauf bedacht, diesen innerlichen Zerrüttungen in der evangelischen Kirche abzuhelpen, und die dissentirende Theologen zur Einigkeit zu bringen. Man bediente sich dazu des bekannten Württembergischen Gottesgelehrten, D. Jacobs Andrea, der sich zu verschiedenen churfürstlichen und fürstlichen Höfen und Städten begeben mußte, um deren sowohl, als auch ihrer Theologen Meinung in dieser Sache zu vernehmen. Der D. Andrea <sup>(1569)</sup> reiste nun damals, aus dem Braunschweigischen <sup>k)</sup>), auch zu den Fürsten Bernhard und Joas

h) *Cytraeus* l. c., L. XXII. p. m. 602. *Bernh. Herzogs Edelfasser Chronik*, l. V. p. 51. 52. & 88. *Tbuanus* l. c., T. II. L. XLVII. p. m. 663. *Lundorp* l. c., T. II. L. X. p. m. 57. *Herm. Chph. Schweders Theatr. Praetension. illustr.*, T. II. L. IV. Sect. 13. cap. 1. & 2. p. 622-625. edit. Glasfey. und Sendenberg. *Samml. ungedr. Urk.*, T. I. P. II. p. 9. 19. 32. 62. sq. 72. 75. sq. 96. sq. & 99. sq. Cf. *Köblers Mühlbelustig.* P. XX. n. 23. p. 182.

i) S. im IV. Bande der *N. T. A. B.*, S. 297. sqq.

j) S. im VII. Bande derselben, S. 576: 589.

k) S. in eben diesem VII. Bande, S. 606. sqq.



Joachim Ernsten von Anhalt, und ersuchte sie 3. Theil.  
um ihren Beistand, welche sich nicht nur die gethane 1570  
Vorschläge gefallen, sondern auch von ihren vor-  
nehmsten Theologen zu Cöthen einen Synodus (a. e.)  
halten ließen, wo sie mit dem D. Andrea sich  
freundschaftlich unterredeten, und sich in allen Ar-  
tikeln mit ihm einhellig erklärten. Nachdem nun  
hierauf dieses Werk noch weiter, hin und wieder,  
mit Geistlichen und Weltlichen war überleget  
worden; so wurde beliebt, eine Zusammenkunft  
oder Synodus von Gottesgelehrten zu Zerbst  
anzusetzen, um solche Einigkeit insgemein gegen  
einander zu erklären, zu erneuern, und wider alles  
Misstrauen zu bestätigen. Die Churfürsten von  
Sachsen und Brandenburg ließen sich solches  
ebenfalls gefallen, ja selbst Kayser Maximilian  
bezeugte darüber seine Zufriedenheit, und soll dem  
D. Andrea, als er zu Anfang des Jahrs 1570,  
mit dem H. Julius von Braunschweig nach  
Prag gekommen war, mündlich ermahnet haben,  
dieses angefangene heilsame Concordienwerk fort-  
zusetzen, und zur Endschaft zu bringen. Allein bey  
dem H. Johann Wilhelm von Sachsen fand  
der D. Andrea mit seinem Anbringen kein Gehör.  
Dann als er auf der Rückreise von Prag, mit den  
Braunschweigischen und Hessischen Gesand-  
ten, nach Weymar kam, und den H. Johann  
Wilhelm ersuchte, daß er und seine Theologen die-  
sem Concordienwerke mit beitreten möchten; so  
bezeugte er dazu, auf Antrieb des Zeshusius, keine  
Neigung, welcher sogar öffentlich dawider predigte,  
wie dann auch die Mansfeldischen Theologen  
damit nicht einstimmen wollten.

Dem ungeachtet kamen, der genommenen Ab- 1570  
rede guesolge, verschiedener Churfürsten, Fürsten  
und etlicher Städte Theologen, an der Zahl ein-  
und

3. Oct. und zwanzig, mit einigen politischen Rätthen, zu  
 1570 Herbst zusammen, welche auch sofort zur Handlung  
 schritten, obgleich verschiedene andere eingeladene  
 Gottesgelehrten theils wegen Krankheit, theils  
 weil sie das Ausschreiben zu spät erhalten hatten,  
 ausblieben. Die abgesandte Braunschweigische  
 und Hessische politische Rätthe zeigten nun, bei  
 Eröffnung des Synodus, kürzlich an, warum  
 diese Versammlung angestellt worden, worauf  
 dann der D. Andrea erzählt, was im Namen der  
 Churfürsten und Fürsten jedes Ortes, und deren  
 Theologen, in dem bewußten Werke der christlis-  
 chen Concordie und Einigkeit der ewangelis-  
 schen Kirche, durch ihn angebracht worden, und  
 wessen Sie sich gegen ihn, und er gegen Sie hievon  
 erklärt hätte, also daß unter ihnen, wie auch an-  
 dern abwesenden Theologen dieser Länder, im  
 Grunde der Lehre, eine beständige Einigkeit ge-  
 funden, und solches von ihnen allen bezeuget und be-  
 stätiget worden. Es erfordere also nunmehr die  
 höchste Nothdurft der Kirche, daß, was hievon,  
 von den Theologen eines jeden Churfürstens,  
 Fürstens und der Städte, auf sein geschehenes An-  
 bringen, für ein Bericht zu Erklärung der christ-  
 lichen Einigkeit erfolget sey, solcher also wieder-  
 holet und bezeuget, auch durch eine einhellige  
 Vergleichung, zu gründlicher Widerlegung der  
 vom Gegentheile, durch öffentliche Schriften, in-  
 nerhalb und ausser dem H. R. Teutscher Nation,  
 ausgesprengten Lasterungen, öffentlich bekannt  
 gemacht werden möge. Nun kamen zwar hierauf  
 allerhand Mittel und Wege in Vorschlag, wo-  
 durch nicht allein die Kirche wieder zum Frieden  
 und zur Einigkeit gebracht werden könnte, sondern  
 auch die Nachkommen eigentlich wissen möchten,  
 was, in dem bisherigen Zwiespalte der Gottes-  
 gelehr-

gelehrten A. C., für die ungetrübte Wahr-  
heit göttlichen Wortes, und für den rechten  
und eigentlichen Verstand der A. C., wider aller-  
ley falsche, unreine und dergleichen in Worten und  
Verstande widerwärtige Lehren, zu halten wäre, das  
mit also ein jeder vor falscher und unreiner Lehre ge-  
nugsam und nach aller Nothdurft gewarnt würde.  
Allein aus allerhand Ursachen, und weil nicht allen  
Evangelischen Churfürsten, Fürsten, Stände  
und Städte Theologen versammelt wären, wurde  
mit dieses beschlossen, daß man auf diesem Con-  
vente nichts aufs neue in Schriften verfassen,  
und den abwesenden mehrern gelehrten und hoch-  
verständigen Theologen, in einer so hochwichtigen  
Sache, mit einer neuen Schrift nicht vorgreifen  
wollte.

Es erklärten also die zu Zerbst anwesende  
Theologen sich einhellig gegen einander, daß sie,  
samt den Kirchen, welchen sie vorgesetzt wären,  
und wegen aller Lehrer der Churfürsten, Für-  
sten und Städte, von welchen sie zu dieser Vers-  
ammlung abgefertiget worden, sich zuvörderst zu  
den prophetischen und apostolischen Schriften,  
als dem Worte der unfehlbaren, ewigen, göttlichen  
Wahrheit, und einigen Richtschnur, nach welcher  
alle Mißverstände, Irrungen und Zwiespalte gerich-  
tet und entschieden werden müßten, bekennteten.  
Hiernächst bekannten Sie sich auch zu den drey  
alten christlichen Glaubensbekenntnissen oder  
Symbolis, dem Apostolischen, Nicänischen  
und des Athanasius, welche wider die Ketzeren  
derselben und unserer Zeiten gerichtet wären; ferner  
zu der Augspurgischen Confession, wie solche R.  
Carls dem V., im J. 1530., übergeben worden,  
und deren Apologie, als zu dem Symbolum un-  
serer Zeit, durch welches die evangelische Lehre von  
den

3. Er den Catholischen und andern Secten und Res-  
 570 gereyen abgesondert würde; ingleichen zu den  
 Schmalkaldischen Artickeln, welche gedachte  
 lehre wiederholten, und die Ursachen ausführten,  
 warum man sich mit dem Pabste nicht vergleichen  
 könnte; ingleichen zu dem Catechismus D. Mara-  
 tin Luthers, in welchem die reine lehre für die ge-  
 meine layen auf das richtigste begriffen, und noth-  
 dürftig erkläret wäre. Dagegen verwarfen die zu  
 Herbst versammelten Theologen, durch einen eins-  
 mütigen Schluß, alle alte und neue Lehren,  
 welche zuörderst der heiligen Schrift, den drey  
 Symbolis, der A. C. und deren Apologie, den  
 Schmalkaldischen Artickeln und dem Catechis-  
 mus des D. Luthers zuwider wären; mit dem  
 fernern Anhang, daß, wenn in ihren eigenen oder  
 andern Schriften etwas dunkles und zweifelhaftes zu  
 finden, dasselbe nicht wider die gedachten Schriften  
 ihres Consenses, sondern nach Ausweisung derselben  
 verstanden, und anders nicht angenommen werden  
 sollte.

Well inbessen diesem Synodus zu Herbst  
 nur die Theologen aus Hessen, Meissen, Sachs-  
 sen, Brandenburg, Holstein, Anhalt und aus  
 den Seestädten, Lübeck, Hamburg und Lüne-  
 burg, beigewohnt hatten, auch aus dem Wür-  
 ttembergischen bloß allein der D. Andreaß zugegen  
 gewesen war; so wurde diesem aufgetragen, den auf-  
 gerichteten Consens, auch den Schwäbischen,  
 und Oberländischen Theologen zu übersenden,  
 und von ihnen zu begehren, daß auch sie solchen  
 annehmen und unterschreiben möchten, in Be-  
 tracht, daß in demselben nichts neues vorgebracht,  
 sondern allein das wiederholet worden, was sie vor  
 ihren christlichen Vorfahren empfangen, und billig  
 ihren Kindern und Kindeskindern hinterlassen sollten.

Auffer-

Zußerdem würde auch dieses Werk nicht allein aus-  
 weisen, daß die Evangelische Kirche, unschuldig 1570  
 ge- Weise, von den Catholischen beschuldigt wor-  
 den, als ob sie die Lehre täglich änderte, neue  
 Confessionen stellte, und kein Theolog mit dem  
 andern einig wäre; sondern es würde auch solches,  
 je länger, je mehr, ein freundliches, brüderliches und  
 gottseliges Vertrauen zwischen den reinen Lehr-  
 tern zuwege bringen, die Aergernisse vieler  
 Schwachgläubigen aufheben, und zu vielen andern  
 Kirchensachen eine gute Vorbereitung und An-  
 fang seyn. Es ließ auch hierauf der D. Andrea  
 diesen zu Jerbst beschlossenen Consens an die Ober-  
 ländische und Schwäbische Theologen A. C.  
 gelangen, welche denselben willig annahmen, und  
 unterschrieben. Nur allein die Geistlichen zu  
 Lindau schlossen sich davon aus, als welche, ob  
 sie gleich alle die Schriften, worauf dieser Consens  
 gestellt war, annahmen, dennoch in die sämtliche  
 Unterschriftung mit denen nicht einwilligen  
 wollten, welche ihnen bisher Irrthumes halber ver-  
 dächtig gewesen, und besonders auch um des D. An-  
 dreä willen, der sie in einem Schreiben bezüchti-  
 get hatte, als hielten sie es mit den Wittenbergis-  
 schen, Leipziger und Märktischen Sectirern.

Noch währendem Convente zu Jerbst kam  
 den daselbst versammelten Theologen eine zu Wier-  
 tenberg gehaltene Disputation zu Gesichte, in-  
 welcher der Satz enthalten war, daß die göttliche  
 Natur der menschlichen Natur, so der Sohn  
 Gottes in Einigkeit seiner Person angenommen,  
 weder die Person, noch die Majestät, noch  
 derselben Wirkung mitgetheilet habe. An diese  
 Worte stießen sich nun die Theologen zu Jerbst,  
 und besorgten, es möchte hindurch den sogenannten  
 Sacramentlern, in Ausbreitung ihres Irrthums,

3. Es eine Vorbereitung und Eingang in die Chur-  
 1570 sächsische Lande gemacht werden. Weil sie aber  
 nicht zweifelten, daß die Wittenbergischen Theos-  
 logen viel anders glaubten, als die bloße Worte  
 lauteten; so beschloßen sie einhellig, jene, durch  
 etliche aus ihrem Mittel, brüderlich besprechen zu  
 lassen, und ihre Erklärung darüber zu vernehmen,  
 damit nicht ein neues Feuer, durch den Mißverstand  
 dieser Disputation, angezündet werden möchte. Es  
 reisten also die Gesandten des Marggraf Jos-  
 hanns von Brandenburg, Cüstrin, des H.  
 Adolfs von Holstein und des Landgraf Wilhelms  
 von Hessen, mit dem Superintendenten zu  
 Schleßwig, D. Paul von Eizen, den Brauns-  
 schweigischen und Hessischen Theologen, und  
 dem D. Andrea von Zerbst nach Wittenberg;  
 da dann anfangs bloß der D. von Eizen und D.  
 Andrea sich zu dem D. Selneccer begaben, und  
 12 Nov ihm anzeigten, was sie, im Namen der zu Zerbst  
 versammelten Theologen, wegen der künftig zu  
 Wittenberg gehaltenen Disputation anzubringen  
 hätten.

D. Selneccer antwortete darauf, diese Dis-  
 putation wäre gestellt worden, ehe er nach Wits-  
 tenberg gekommen wäre, und es wären ihm selbst  
 diese Worte anfangs anstößig gewesen, deswegen  
 er eine Erklärung von den Wittenbergis-  
 schen Theologen begehret habe, worauf dann die,  
 welche hievon öffentlich antworten sollen, zu verstehen  
 gegeben, daß sie allein die neue Weise zu reden be-  
 strafen, da gesagt würde: die göttliche Natur  
 habe der menschlichen Natur die Person mit-  
 getheilet. Dann daraus möchte man verstehen:  
 als ob die menschliche Natur für sich selbst das  
 hätte, daß sie auch für sich selbst eine Person  
 wäre, wie der Sohn Gottes die andere Person  
 der

der Gottheit sey; anstatt man dafür sagen und I. Dr. schreiben sollte: der Sohn Gottes habe in Lis<sup>1570</sup> mitgeteilt seiner Person die menschliche Natur an sich genommen, und sey mit derselben persönlich vereinigt, auf daß man nemlich die Naturen, samt deren wesentlichen Eigenschaften, nicht mit einander vermische, sondern deren Unterschied behalten werde. Ingleichen müßte man die Worte: daß die göttliche Natur der menschlichen Natur ihre Majestät und Würkung nicht mitgetheilet habe, nicht so verstehen, als ob die menschliche Natur von dieser Majestät gänzlich ausgeschlossen wäre, und nichts davon wahrhaftig haben sollte, sondern, daß sie solche Majestät nicht für sich selbst habe, wie die göttliche Natur, wohl aber habe sie deren wahrhafte Gemeinschaft, so wie Gott und Mensch in Christo eine Person, und also beider Natur und deren Eigenschaften eine wahrhafte Gemeinschaft wäre, ob gleich die Eigenschaften einer jeden Natur für sich blieben, welches dann eine solche Gemeinschaft sey, die mit keines Menschen Vernunft könne begriffen werden.

Mit dieser Erklärung waren der von Eigen und Andrea zufrieden, und äusserten, daß, wenn sich die Wittenbergischen Theologen auf eine gleiche Art gegen sie erklären würden, sie hernach dieselben bey andern desto besser entschuldigen könnten, bey denen die besagte Disputation etwa einen Anstoß machen möchte. D. Selneccer erbot sich, dieses den Wittenbergischen Theologen zu hinterbringen, worauf diese den D. Paul Creslen, D. Selneccern und D. Johann Bugenhagen den jüngern, zu den Braunschweigischen, Holsteinischen und Hessischen Gottesgelehrten und dem Andrea abfertigten, und anzeigen ließen,

J. Crellsen, daß man sie, wegen der jüngst gehaltenen  
 1570 Disputation nicht in Verdacht ziehen möchte,  
 als wollten sie auf ihrer hohen Schule eine andere  
 Lehre einführen, welche des seligen D. Luthers  
 seiner zuwider wäre, indem sie vielmehr bey dieser  
 beständig zu beharren gedächten. Da nun hierauf  
 die von Zerbst abgeschickte Theologen äusserten,  
 wie ganz beschwerlich gesagt würde, daß die gött-  
 liche Natur in Christo der angenommenen  
 menschlichen Natur weder die Person, noch die  
 Majestät, noch auch deren Wirkung mitgetheilt  
 habe, welche Worte gleichwohl sehr wunder-  
 bar, besonders von der Majestät und Wirkung  
 der göttlichen Natur lauteten, als wenn nemlich  
 dieselben der menschlichen Natur in der Person  
 Christi nicht sollten wahrhaftig mitgetheilt wor-  
 den seyn, und solchergestalt Christus nach seiner  
 menschlichen Natur von der Rechten der Mas-  
 jestät und Kraft Gottes abgesetzt, und unter  
 die gemeinen Heiligen gerechnet würde; so antwortete  
 D. Crell: Sie, die Wittenberger, wolken die  
 mehrgedachte Disputation gegen jedermann ver-  
 antworten, und möchten sich jene darum gar nicht  
 bekümmern.

Allein die von Zerbst abgeschickte Theologen  
 begnügten sich damit nicht, sondern sagten, daß sie  
 zuvörderst die Ehre Gottes, die Beförderung  
 der reinen Lehre der evangelischen Kirche,  
 und in derselben einen beständigen Frieden und Ein-  
 rigkeit der Wittenbergischen hohen Schule,  
 in welcher D. Luther und Melancthon einhei-  
 lig gelehret und begraben lägen, mit andern Kir-  
 chen suchten, und daß sie gerne einem fünfzigjährigen  
 Feuer vorkommen wollten, welches leicht aus dieser  
 Disputation angezündet werden möchte. Beson-  
 ders sagte D. Paul von Eitzen, daß wenn man  
 nicht



nicht zeitig vorbeugte, und eine genugsame Er-  
 klärung erfolgte, diese Disputation, von den  
 Nieder- Sächsischen Kirchen, nicht unan-  
 gefochten bleiben würde, welches er und seine Col-  
 legen nicht gerne sehen wollten, weil zu Zerbst eine  
 christliche Einigkeit getroffen worden, welche  
 durch diese neue Disputation leicht wiederum  
 zerstört werden könnte. Hiernächst hätten sie, die  
 Wittenberger, sich zu erinnern, wie treulich und  
 fleißig der D. Andrea sie allenthalben, bey den  
 Niedersächsischen Kirchen, auf ihre hievor  
 zu Wittenberg geschehene Abrede und Verglei-  
 chung, deswegen entschuldiget habe, als bey wel-  
 chen sie bey nahe gänzlich, wegen der Calvinischen  
 Lehre vom Sacramente, im Verdachte gewes-  
 sen, und woraus sie der D. Andrea, durch seinen  
 Bericht, gebracht hätte. Da nun auf dem Syno-  
 dus zu Zerbst die christliche und längst gewünschte  
 Einigkeit unter ihnen getroffen worden; so sollten  
 Sie ihres Theils auch dazu helfen, damit neuer und  
 gefährlicher Zwiespalt verhütet werden möchte.

Hierauf antwortete D. Crell, damit Sie, die  
 zu Zerbst versammelte Theologen, von ihrer, der  
 Wittenberger, Lehre gewiß seyn möchten, und daß  
 sie in den beiden Artickeln, von der Person und  
 beider Naturen Vereinigung in Christo, wie  
 auch von der wahrhaften Gegenwart des Leibes  
 und Blutes Christi im heiligen Abend-  
 mahle, noch standhaft und beständig bey der Leh-  
 re des D. Luthers hielten; so wollten Sie hiemit  
 vor ihnen bezeuget haben, daß sie in dieser Dispu-  
 tation von der Person und persönlichen Verei-  
 nigung beider Naturen, auch wahrhaften Ges-  
 meinschaft derselben Eigenschaften in Christo,  
 die man *Communicationem Idiomatum* nenne, das-  
 jenige glaubten und lehrten, wie es D. Luther,

**3. Or.** in der Erklärung der letzten Worte Davids geschrieben hätte, als in welcher und in keiner andern Meinung ihre Worte in der öfters erwähnten Disputation sollten angenommen und verstanden werden. Und so wäre auch ihre Meinung und Lehre vom heiligen Abendmahl eben diejenige, wie D. Luther davon geschrieben hätte, auf dessen sämtliche Schriften vom hochwürdigern Sacramente, wider die Sacramentirer, sie sich hiemit wollten berufen und bezogen haben. D. Andrea erwiederte darauf, daß Sie, für ihre Person, mit solcher ihrer Antwort ganz wohl zufrieden wären; wie sie dann auch solche nicht für sich selbst, sondern im Namen aller zu Zerbst versammelten Theologen, begehret hätten, damit Sie die Wittenberger bey allen und jeden desto besser entschuldigen könnten. Allein er konnte ihnen nicht verhalten, daß unter dem Namen der Wittenbergischen Theologen eine Censur über des Probst Brenzens und anderer Württembergischen Theologen Lehre von der Majestät des Menschen Christi, hin und wieder wäre ausgebreitet worden, die aber Brenz widerlegt und ihnen zugeschickt hätte. In dieser Censur würde nun ausdrücklich gemeldet, daß D. Luther seine Lehre, die er in diesem Handel wider die Sacramentirer geschrieben, in der Auslegung der letzten Worte Davids solle geändert und widerrufen haben.

Auf diesen gemachten Vorwurf replicirte der D. Crell, daß sie jene Schrift oder die sogenannte Censur, welche fälschlich hin und wieder unter ihrem Namen ausgebreitet worden, nicht für ihre Schrift erkannten, und daher bären, daß man sie deswegen bey allen Kirchen nochmals entschuldigen möchte. Der D. Andrea und seine Collegen begnügten sich nun zwar mit dieser Erklärung der

Wit

Wittenbergischen Theologen, verlangten aber 3. Obr.  
darüber von ihnen ein eigenhändiges schriftliches 1570  
Zeugniß, damit sie auf den Fall, wenn ihnen  
die mehrgedachte Disputation vorgeworfen würde,  
solche, der Wittenberger, schriftliche Erklärung,  
zu ihrer Entschuldigang, vorlegen könnten,  
indem nicht ihnen, sondern den Wittenbergern  
und ihrer hohen Schule gar sehr daran gelegen  
wäre, daß sie nicht von neuem in einen beschwerli-  
chen Verdacht gezogen werden möchten. Nun  
erboten sich zwar die Wittenbergischen Theolo-  
gen, solches ihren Collegien anzuzeigen; allein bald  
darauf kamen D. Crell und D. Bugenhagen zu-  
rück, und meldeten, daß ihre Collegien nicht mehr  
beisammen wären, und, wegen der eilenden Abreise  
des Andrea und seiner Gefährten, nicht so bald  
wieder versammelt, und die Schrift verfertiget  
werden könnte. Sie bäten daher nochmals, nicht  
nur mit ihrer gethanen mündlichen Erklärung,  
für ihre Personen, diesmal zufrieden zu seyn, son-  
dern sie auch bey andern Kirchen hinsie, wie  
bisher, bestens zu entschuldigen; wie sie dann auch  
jenen die Hände darauf gaben, daß solches ihre  
endliche Meinung sey, und daß niemand die  
Disputation, und was derselben anhänge, dahin  
verstehen oder ausdeuten wolle, als sollte solches  
des D. Luthers und der churfürstlichen Kir-  
chen Lehre zuwider seyn.

Aus dieser umständlichen Nachricht von dem  
Zerbster Synodus und der darauf erfolgten  
Handlung mit den Wittenbergischen Theolo-  
gen, die um so nöthiger war, weil weder Hospis-  
manus †), noch Zutter \*) etwas davon gedenken,

†) in *Concordia discordæ*; Tiguri, 1607. fol.

\*) in *Concordia concordæ*; Witebergæ, 1614. fol.

3. Ue. obgleich hieben der Anfang zu dem, einige Jahre  
 1570 nachher, zu Stande gebrachten Concordienwerke  
 oder gemachten *Formula Concordiae* gesucht worden,  
 ist übrigens zu ersehen, daß es den Wittenbergis-  
 schen und es mit ihnen haltenden chursächsischen  
 Theologen kein wahrer Ernst mit dem Con-  
 cordienwerke gewesen sey. Denn, ob sie sich gleich  
 anfangs hiezu bereitwillig erklärten, wie der D.  
 Andrea vorgiebt, der solches allenthalben ausbreitete;  
 so fiengen sie doch nachher an, ihren gerühmten  
 Beitritt zu verringern und zu leugnen. Deswe-  
 gen sah' sich D. Andrea genöthiget, zu Vertheidigung  
 seines guten Namens und Erhaltung seines Ansehens,  
 eine Schrift, worin er den ganzen Verlauf der  
 Sache umständlich erzählte, an den Kayser und an  
 die übrigen Fürsten und Stände der A. E. auf dem  
 damaligen Reichstage zu Speyer ausgehen zu las-  
 sen; die Herzoglich-Sächsische oder Thüringis-  
 sche Theologen aber bestritten sogar dieses vorhan-  
 dene Concordienwerk in öffentlichen Schriften.)

Da

U D. Jac. Andrea gründl. - - Bericht von christl. Ei-  
 nigkeit der Theologen und Predikanten, so sich in ein-  
 helligem, rechten, wahrhaftigen und eigentlichen Bet-  
 stand zu der A. E. in O. und N. Sachsen, samt den  
 Oberlend. und Schwab. Kirchen bekennen, durch etl.  
 christl. Fürsten Gesandten im LXIX. etc. und dies-  
 sem laufenden LXX. Jahr eigentlich erkündiget, und  
 zu Herbst auf dem Synodo, durch der christl. Ebn-  
 fürsten, Fürsten, und Erbaren Stede abgesandte und  
 versammelte Theologen den 10. Maji gegen einander  
 erkläret; Wollffenb. 1570. 4. Schardius l. c., ad a.  
 1570., in *Eius Scriptor.*, T. IV. p. m. 136. b.  
 & 137. a. Thuanus l. c., T. II. L. XLVII p. m.  
 635. sq. Schadaeus l. c., P. II. L. VI. §. 16 p.  
 m. 181. sq. und Beckmann l. c., T. II. P. VI.  
 c. 9. §. 3. p. 101 - 105. Cf. P. J. Rebmeyers  
 Kirchen: Hist. der Stadt Braunschweig, P. III. c. 8.  
 Sect. 4. §. 3. p. 340 - 342. und in den Beylagen,  
 n. 9 - 17. p. 161 - 177.

Da indessen diese erstnennnte Herzoglich-<sup>3. Oct.</sup> Sächsische oder Thüringische Theologen noch 1570 immer fortführen, in ihren Schriften die Lehret der chursächsischen Kirchen und Universitäten, wegen beschuldeter irrigen Lehren, anzuzäpfen, wodurch der innerliche Ruhestand der evangelischen Kirche, zu ihrem größten Nachtheile, immer noch mehr zerrüttet wurde; so gab dieses einigen, damals zu Heidelberg anwesenden, evangelischen Fürsten Gelegenheit, deswegen an den H. Johann Wilhelm von Sachsen eigene Gesandten mit einem <sup>m. Jun.</sup> Schreiben, abzufertigen. Durch diese ließen sie nun den Herzog ermahnen, die von ihnen sogenannte Glacianische Theologen von sich zu schaffen, und ihrem Muthwillen, den sie gegen die chursächsischen Gottesgelehrten beständig ausübten, einmal Einhalt zu thun, indem sie dieselben beschuldigten, als führten sie falsche Lehren und Irrthümer in den Kirchen und Schulen ein, woben sie dann nicht nur ganze Universitäten, Kirchen und Länder, sondern auch die Churfürsten und Fürsten selbst verdammeten. Dann es hätten sich die 180 zu Heidelberg befindlichen Churfürsten und Fürsten mit einander verglichen, daß keiner seinen Theologen gestatten sollte, des andern Theologen und Prädikanten hinsüro auf einige Weise mit Schmähworten zu lästern und Anzugreifen, oder in Religionsfachen einem andern was vorzuschreiben, oder ihn zu verdammen. Eine gleiche Verordnung möchte nun H. Johann Wilhelm auch an die Seinigen ergehen lassen; widrigenfalls wollten sie ihm alle Hülfe und Beistand für das künftige auftragen.

Dieses Anbringen befreumdete den H. Johann Wilhelm gar sehr, und er gab daher den Gesandten <sup>29 Jun.</sup> zur Antwort: es wäre ihm zwar nichts lieber,

**J. Chr.** als daß eine ordentliche und unparteyische Beurtheilung der streitigen Religionspunkte, aus Gottes Worte, angestellet würde, und wenn man einen von den Seinigen insbesondere anlagte und vornähme, so wollte er es an sich nicht ermangeln lassen, sondern sich als einen unparteyischen Richter erzeigen. Allein die notwendige Widerlegung der falschen Lehre und Irthümer, die vom Anfange der Welt in der Kirche gebräuchlich gewesen, könnte er nicht verbieten. Er und die Seinigen wären keine Glacianer, viel weniger Sacramentirer oder Interimisten, sondern gute Christen. Es würde auch iſo vergeblich über das Verbot des Lästerns und Verdammens gehandelt und geschlossen, weil solche Schriften bereits längst in öffentlichem Drucke ausgegangen, die in den Kirchen noch vorhanden wären, und auf die Nachkommen gebracht würden. Daß aber die Fürsten zugleich ihm, durch eine einhellige Gesandtschaft, allen Rath und Hülfe absagen und aufkündigen ließen, dessen hätte Er sich nicht versehen. Er bäte daher, daß sie ihm, indem er sich auf rechtliche Erkenntniß berufe, wider das göttliche Recht und Billigkeit, wider den allgemeinen Land- und Religionsfrieden, und wider die R. Constitutionen und Exekutions-Ordnung, auch insonderheit ihrer Leberevereinigung und Verbündniß zuwider, keine Gewalt zufügen, sondern ihn des allgemeinen Friedens genießen lassen wollten. Uebrigens wolle Er, mit Gottes Hülfe und Beistand, in seinem geringen Ländlein und Fürstenthume die Religion, welche in Gottes Worte gegründet, erhalten, und darin beständig beharren, alles andere aber Gott befehlen. Da nun die Fürsten, aus dieser Antwort des H. Johann Wilhelms, abnahmen, daß derselbe, weder durch Zureden, noch durch Dro-

Drohungen, von seiner einmal gefassten Meinung abzubringen wäre; so wirkten sie hernach, auf dem Reichstage zu Speyer, bey dem Kayser aus, daß des H. Johann Wilhelms gefangenen Bruders, des H. Johann Friedrichs, unmündigen Söhnen, ihr väterliches Erbe zuerkannt, und dadurch der H. Johann Wilhelm um den halben Theil seines Landes gebracht wurde <sup>m)</sup>).

Zu dieser Zusammenkunft verschiedener Fürsten zu Heidelberg hatte die Vermählung des Pfalzgraf Johann Casimirs, eines Sohnes Churfürst Friedrichs des III. von der Pfalz, mit Churfürst Augusts von Sachsen Prinzessin Elisabeth die Veranlassung gegeben. Churfürst August von Sachsen, als Vater, führte neulich, nach dem damaligen Gebrauche, seine Tochter, als verlobte Braut, ihrem Bräutigame zu, und es fanden sich, von den eingeladenen Gästen, auch Marggraf Georg Friedrich von Brandenburg, Anspach, Marggraf Carl von Baden, Durlach, der junge H. Ludwig von Württemberg, die Landgrafen Wilhelm, Philipp und Georg von Hessen, und H. Adolf von Holstein, nebst vielen Grafen, Freyherren und einem starken Adel, zu Heidelberg ein. Churfürst Friedrich von der Pfalz hatte auch den Kaiser Maximilian gebeten, daß er, bey Gelegenheit seiner Reise auf den, um diese Zeit ausgeschriebenen, Reichstag nach Speyer, diese Hochzeitfeyer auch mit seiner Gegenwart beehren möchte, der sich aber entschuldigte; indessen wurde die Hochzeit mit vieler Pracht, und unter verschiedenen Ritterspielen und andern Lustbarkeiten gefeyret <sup>n)</sup>).

Ben

m) Cbytraeus, l. c., L. XXII. p. m. 597. sq.

n) Scharidus l. c., ad h. a., in Eius Scriptor. T. IV.

p. 139. b. Cbytraeus l. c., L. XXII. p. 597.

Thun

**21. Jun.** Bei der Gelegenheit aber ermahnten sich die  
**1570** anwesenden Churfürsten und Fürsten des noch immer fortbauenden elenden Zustandes des Königreichs Frankreichs und der noch fortwährenden Bedrückungen ihrer Religionsverwandten in demselben. Sie beschloffen also einmüthig, an den König von Frankreich ein Fürbittschreiben ergehen zu lassen, daß er sein Reich, durch einen Frieden, in den vorigen Ruhestand wiederum setzen möchte. Dieses verabredete Schreiben wurde von den beiden Churfürsten von der Pfalz und  
**12. Jun.** Sachsen, und den sämtlichen weiter oben benannten Fürsten unterschrieben, und war des Inhaltes: Nachdem Sie, aus allerhand dieser Tagen eingelaufenen neuen Zeitungen, besonders aber aus einem Schreiben des Königs und der Königlichen Frau Mutter an den Landgrafen Wilhelm von Hessen, mit vielem Vergnügen, wahrgenommen hätten, daß der König darauf bedacht wäre, den Frieden unter seinen Unterthanen, und den Ruhestand im Königreiche wieder herzustellen; so hätten Sie, die also zu Heidelberg anwesenden Churfürsten und Fürsten, nicht unterlassen wollen, ihn darüber ihr Wohlgefallen und ihre Freude zu bezeugen, und ihn an die Vollziehung dieses seines üblichen Vorhabens zu erinnern. Besonders weil der König selbst kurz zuvor einige aus ihrem Mittel ersucht habe, daß sie Vorschläge thun, und alles besorgen möchten, was zum Frieden und Wohlstande, nicht nur des Deutschen Reiches, sondern auch des Königreichs Frankreichs nützlich

Thuanus l. c., T. II. L. XLVII. p. 636. Landorp l. c., T. II. L. X. p. 43. Schellaeus l. c., P. II. L. VI. §. 32. p. 187. Sarter l. c., P. V. Sect. VI. §. 9. p. 24. und Sebergius l. c., T. IV. L. VI. c. 2. §. 17. p. 55.



sich seyn könnte. Sie wollten ihn also auf das in-  
ständigste ersuchen, und treulichst ermahnen, daß er 1570  
dem langwierigen und hochschädlichen innerlichen  
Kriege, wodurch nicht allein Frankreich an Land,  
Leuten, Geld und andern Vermögen gar sehr  
geschwächt und erschöpft, sondern auch Teutsch-  
land, mit den Durchzügen und Musterungen  
des Kriegsvolkes vielfältig beschweret, und zum  
Umwillen gereizet worden, auf leibliche Mittel ein  
Ende machen, dagegen den Frieden und ein gu-  
tes Vertrauen, durch ein billiges und vernünftiges  
Regiment unter seinen Unterthanen, und bey den  
benachbarten Reichsfürsten anrichten; und die  
Religion, welche doch, wie der König selbst durch  
die Erfahrung überzeugt seyn würde, durch seine  
Kriegsgewalt verhindert oder unterdrückt werden  
könnte, in seinem ganzen Königreiche freystel-  
len möchte. Solches würde nicht nur dem König  
zu grossen Ehren, sondern auch seinem ganzen  
Reiche zur Wohlfarth und grossen Aufnehmen  
reichen, auch seinem Königlichen Ansehen und  
Rechten dadurch nicht das geringste abgehen,  
indem christliche Obrigkeiten ihre Länder und  
Reiche durch nichts besser und mehr befestigen  
könnten, als wann sie aus allen Kräften ihre Un-  
terthanen in guter Eintracht und ruhigem  
Standte erhielten 9).

Dieses Schreiben, und da auch der Kayser  
dem König von Frankreich vorstellen ließ, daß er  
unmögs

9) Scharidus l. c., ad h. a., in Eius Scriptor., T. IV.  
p. m. 139. b. & 140. a. Thuanus l. c., T. II.  
L. XLVII. p. m. 636. Landorp. l. c., T. II. L. X.  
p. m. 23. Schadaeus l. c., P. II. L. VI. §. 33. p.  
m. 187. sq. Sautler l. c., P. V. Sect. VI. §. 9.  
p. 14. und Schoepflin l. c., T. IV. L. VI. c. 2. §. 17.  
p. 55. sq.

3. Er. unabhg. die Teutschen Fürsten verhindern sollte  
 1570 te, Hülfsstruppen den Religionsverwandten  
 in Frankreich zuzuführen, und daß er seine, dem  
 König zur Gemahlin versprochene, Tochter, vor  
 völliger Beruhigung von Frankreich, ihm zufüh-  
 ren zu lassen, nicht wohl geneigt wäre, fruchteten  
 man endlich so viel, daß es, nach verschiedenen dar-  
 über gepflogenen Unterhandlungen, endlich zum Ver-  
 trage kam, und der König zu S. Germain  
 m. Aug. en Laye das bekannte Pacificationssdict publicirte. Durch dasselbe wurde der Friede im Königs-  
 reiche wieder hergestellt, den sogenannten Hugen-  
 otten die Religionsfreyheit, unter gewissen Ein-  
 schränkungen, bewilliget, und ihnen zum erstenmale  
 vier Sicherheitsplätze, nemlich Rochelle, la  
 Charité, Montauban und Cognac zugestans-  
 den, worauf der noch übrige Rest der vom Pfalz-  
 grafen Wolfgang von Zweybrücken nach Frank-  
 reich geführten Teutschen Armee, unter Anfüh-  
 rung Graf Volkraths von Mansfeld nach  
 Teutschland zurückkehrte, wie ich schon bey dem vor-  
 gen Jahr bemerkt habe \*).

m. Jul. Mittlerweil hatte der Speyerische Reichs-  
 tag †) seinen Anfang genommen, von welchem wir

unt

\*) Schardius l. c., ad h. a., in Eius Scriptor., T. IV. p. m. 135. & 142 - 144. *Commentarii de statu Relig. & Republ. in R. Gall.*, P. III. L. IX p. 301 - 324. *Tibanus* l. c., T. II. L. XLVII. p. m. 645. sq. 649. sq. 660. sq. *Lundorp* l. c., T. II. L. X. p. m. 23 - 32. *Schadacus* l. c., P. II. L. VI. §. 17. 44. & 47. p. 182. 191. & 192. und *De Mons* l. c., T. V. P. I. n. 89. p. 180 - 183.

†) Von diesem Reichstage findet man einige, doch nur kurze Nachrichten bey dem Schardius l. c., ad h. a., in Eius Scriptor., T. IV. p. m. 140. b. 141. a. & 142. b. *Cyprianus* l. c., L. XXII. p. m. 598. *Thuo-*

um so umständlicher handeln müssen, weil die auf 3. Dec.  
denselben vorgefallene Berathschlagungen und 1570  
gemachte Schlüsse das interessanteste Stück in  
der Reichsgeschichte des J. 1570. ausmachen.  
Nach dem schon weiter oben bemerkten Kayserlich  
chen Ausschreiben sollte dieser Reichstag be-  
reits den 22. May seinen Anfang nehmen \*); ab-  
lein die Ankunft des Kayfers zu Speyer, in Be-  
gleitung seiner Gemahlin \*), dreyer Söhne  
und seiner beiden an die Könige von Spanien  
und Frankreich verlobten Prinzessinnen, erfolgte  
erst gegen die Mitte des Brachmonats †), und 13. Jun.  
die Churfürsten, Fürsten und Stände, nebst  
ihren Gesandten, fanden sich zum Theil noch spä-  
ter ein, daß also die Eröffnung des Reichstages  
erst gegen die Mitte des Heumonats vor sich ge- 13. Juli  
hen

*Thuanus* l. c., T. II. L. XLVII. p. 636. sq. &  
638. *Lundorp* l. c., T. II. L. X. p. 43. und *Scha-*  
*daeus* l. c., P. II. L. VI. §. 42. 60. sq. & 62. sq.  
p. 190. 198. & 199.

\*) E. in diesem VIII. Bande der N. T. R. G., S.  
145.

\*) Dieser machte, auf ihre inständige Bitte, der Chur-  
fürst Daniel von Maynz, auf dem damaligen  
Reichstage, den 4. December 1570., ein Geschenk  
mit einem Reliquienkästgen; s. Val. Ferd. de Ga-  
dens Sylloge var. Diplomatar.; (Francof. ad  
Moen., 1728. 8.) Sect. VI. n. 41. p. 684 - 686.  
coll. n. 33. p. 663 - 665.

§) *Schardius* l. c., ad h. a., in *Eius Scriptor.*, T. IV.  
p. m. 140. a. Untermegs, auf dieser Reise, publi-  
cirte der Kayser zu Nürnberg, den 7. Junius eine  
Taxordnung, wie es, währendem Reichstage, mit  
dem Kauf und Verkauf des Proviantes und dem  
Preise der Herbergen und Zehrung gehalten werden  
sollte; s. *Schadaeus* l. c., P. II. L. VI. §. 42. p.  
m. 190.

3. Es kam konnte <sup>1)</sup>. Die drey geistlichen Churfürsten, Daniel zu Maynz, Jacob zu Trier und Salentin zu Cöln, waren in Person zugegen, und auch der Churfürst Friedrich von der Pfalz wohnte der Eröffnung des Reichstages bey, ging aber bald darauf nach Heydelberg zurück <sup>2)</sup>, und rüfte hernach ab und zu. Dann er so wohl, als der Churfürst August von Sachsen hatten dem Kayser, auf seiner Durchreise durch Singheim nach Speyer, ihre Aufwartung gemacht, und die Ursachen angezeigt, warum sie nicht persönlich dem Reichstage bewohnen könnten <sup>3)</sup>; wie dann Churfürst August sechs Gesandten nach Speyer schickte, von denen Graf Heinrich Ludewig zu Eberstein der erste war. Endlich konnte auch Churfürst Joachim der II. von Brandenburg, Alters und Schwachheit halber, eine so weite Reise nicht mehr vornehmen, mithin er statt Seiner vier Gesandten abfertigte, unter welchen Georg Hans, Herr zu Puttlig, die erste Stelle hatte.

Auf der geistlichen Fürsten-Bank waren auf dem Reichstage in Person gegenwärtig, des Kayfers Bruder, der Erzhs. Ferdinand von Oesterreich, der Leutschmeister Georg, die Bischöfe Marquard zu Speyer und Johannes zu Straßburg, wie auch H. Ernst, Administrator des Bisthums Freisingen. Und von weltlichen Fürsten fanden sich persönlich ein, der Pfalz

1) Schardius l. c., ad h. a., in Eins Scriptor., T. IV. p. 140. a. & b. Thuanus l. c., T. II. L. XLVII. p. m. 636. Schadaeus l. nota anteced. c. und Sattler l. c., P. V. Sect. VI. §. 9. p. 15.

2) Graf Ludewigs von Wirgenstein Diarium etc., in der Senkenberg. Sammlung n., T. I. P. II. n. I. p. 3.

3) Landorp l. c., T. II. L. X. p. 43.

Markgraf Georg Hans zu Veldenz, H. Johann I. Er. Wilhelm zu Sachsen \*), die Landgrafen von <sup>1570</sup> Hessen, Wilhelm zu Cassel und Georg zu Darmstadt, H. Johann Albrecht zu Mecklenburg, und Marggraf Carl zu Baden-Durlach †). Von Prälaten wohnten dieser Reichsversammlung in Person nur allein der Abt Michael in der Mindernau, genannt Wissenau, bey; hingegen aber waren desto mehrere Grafen und Herren persönlich zugegen. Nämlich die Grafen Carl zu Zollern und Sigmaringen, Georg zu Erpach, Günther, Wilhelm und Albrecht, Gebrüder, zu Schwarzburg, und Anton zu Ortenburg, Kaiserlicher Hofrath, für sich und von wegen Joachims und Ulrichs, Gevattern, und statt ihres jungen Betters und Pflegsohnes, weiland Graf Johannis nachgelassenen Sohnes, Heinrichs. Ferner die Grafen Ludwig zu Löwenstein, Volrath und Carl der ältere zu Mansfeld, Anton zu Oldenburg und Delmenhorst, Philipp Georg und Reinhard zu Leisnigen-Westerburg und Schauenburg, Hermann zu Tuyenar und Mörs, Adolf zu Tuyenar und Limpurg, Ludwig von Sayn zu Wirs

\*) H. Johann Wilhelm von Sachsen reiste erst den 4. September von Weymar nach dem Reichstage; s. Müllers Sächs. Annales, ad h. a. & d., p. 156.

†) Marggraf Carl von Baden hatte anfangs, gleich seinem Herrn Vater, seine Residenz zu Pforzheim, verlegte sie aber im J. 1565. nach Durlach; s. Schoepflin l. c., T. IV. L. VI. c. 2. §. 11. p. 48. sq. Von dieser Zeit an hat die von ihm abstammende Linie den Beynamen von Durlach erhalten, bis vor einigen Jahren die ältere Linie der Marggrafen von Baden zu Baden in männlichen Erben erloschen ist, worauf dieser Beyname von Durlach weggefallen.

3. Chr. Witgenstein, Hermann zu Sayn, Herr zu  
1570 Homberg, für sich und seinen Vetter und Bruder,  
Sebastian und Heinrich, und Johann zu  
Schwarzenberg, Herr zu Hohen-Landsperg,  
für sich und wegen seines Bruders Pauls, Wil-  
helm Freyherr zu Kriechingen und Püttingen  
für seinen Vetter Ulrich, und endlich Edzard und  
Johann, Gebrüder, Grafen von Ostfriesland.

Unser Speyerische Reichstag war also an  
persönlich anwesenden Fürsten, Prälaten, Gras-  
fen und Herren nicht so ansehnlich und zahl-  
reich, als der Augspurgische vom J. 1566 \*).  
Es schickten aber doch die Meisten von denen, die  
ausgeblieben waren, ihre Gesandten nach  
Speyer, und zwar von der geistlichen Fürstent-  
bank, ausser dem Hause Oesterreich und Bur-  
gund, die Erzbischöfe Johann Jacob zu Salzs-  
burg, Heinrich zu Bremen und Claudius zu  
Bisanz, (Besançon;) ferner die Bischöfe Veit  
zu Bamberg, Friedrich zu Würzburg, Dies-  
trich zu Worms, Martin zu Eichstedt, der  
Cardinal Marx Sittich zu Costniz, und der Car-  
dinal Otto zu Augspurg und Probst zu Elwan-  
gen; das Domstift Halberstadt, welches da-  
mals, bey der Minderjährigkeit seines Bi-  
schofs, die Landesregierung führte †); ingleichen  
Johannes, Bischof zu Münster und Adminis-  
trator der Hochstifter Osnabrück und Pader-  
born, und Eberhard, bestätigter Bischof und  
Administrator der Stifter Verden und Lübeck;  
weiter Gebhard, B. zu Lüttich; Hermann, po-  
stulirter und bestätigter Administrator des Stif-  
tes Minden; die Bischöfe Melchior zu Basel  
und Urban zu Passau; Christof, Administra-  
tor

\*) S. im VI. Bande der N. T. R. G., S. 137 : 140.

†) S. im VI. Bande der N. T. R. G., S. 443.

tor des Stiftes Ratzburg, der Cardinal Chriſt. Chr. 1570  
 ſtof, Biſchof zu Trident und Brixen; der Cardi-  
 nal Carl von Lothringen, Administrator des  
 Stiftes Metz; die Biſchöfe und Grafen Peter  
 von Caſtelleto zu Tull und Nicolaus Pſaulme  
 zu Verdün, und Maximilian von Bergen, B.  
 und H. zu Camerich, (Cambray \*); endlich auch  
 folgende gefürſtete Prälaten, als die Aebte Bal-  
 thasar zu Fulda, Michael zu Hersfeld, Georg  
 zu Kempten, und Johann Ulrich zu Murbach  
 und Lüders, der Meifter des Johanniteror-  
 dens in Teutſchland, Adam von Schwalbach,  
 der Probt Jacob zu Berchtolsgaden, und der  
 Graf Chriſtof zu Manderſcheid, Abt zu Prüm  
 und Stablo †). Wegen der abweſenden weltli-  
 chen Fürſten erſchienen die Geſandten des H.  
 Albrechts von Bayern, der Pfalzgrafen Reiz-  
 charts

\*) P. Pins der IV. hatte zwar, den 7. Auguſt 1561.,  
 das Biſthum Cambray zu einem Erzbisthume erhöhet;  
 ſ. N. T. R. G., im IV. Bande, S. 274. u. ſ.  
 Es ſcheinet aber, daß der Kayſer und die Teutſchen  
 Biſchöfe darauf nicht geachtet haben, viel weniger  
 die letztere dem neuen Erzbischof den Rang vor  
 ſich zugeſtehen wollen, weil in der Unterſchrift des  
 R. A. der ErzB. von Cambray nur mit dem Ti-  
 tel eines Biſchofs vorkommt, und die letzte Stelle  
 unter allen Teutſchen Biſchöfen hat.

†) Abt Chriſtof zu Prüm und Stablo ſtehet, in der  
 Unterſchrift des Augſpurgischen R. A. vom J. 1566,  
 noch unter den bloßen R. Prälaten; ſ. im VI. Ban-  
 de der N. T. R. G., S. 141. Er ſuchte aber  
 noch auf dieſem R. Tage um Sitz und Stimme im  
 Fürſtlichen Collegium an; ſ. ebendaſelbſt, S. 346.  
 In der Unterſchrift des folgenden Regenspurg. R.  
 A. vom J. 1567. findet er ſich nicht; ſ. im VII.  
 Bande der N. T. R. G., S. 284. und 285. ſ.  
 Nunnebro aber erſcheint derſelbe zuerſt unter den  
 gefürſteten R. Prälaten.

3. Ehr. charts zu Simmern \*), Philipp Ludewigs zu  
 1570 Neuburg, und Johannis zu Zweybrücken, der  
 Marggrafen von Brandenburg, Johannis zu  
 Cüstrin und Georg Friedrichs zu Anspach, der  
 Herzoge von Braunschweig-Lüneburg, Jus-  
 lius zu Wolfenbüttel, Erichs zu Calenberg,  
 Wolfgangs zu Grubenhagen, und Wilhelms  
 des jüngern zu Zelle; ferner der Herzoge Wil-  
 helms zu Jülich u., Ludewigs zu Würtens-  
 berg †), der Landgrafen von Hessen, Ludewigs  
 zu Marburg, und Philipps zu Rheinfels, der  
 Herzoge von Pommern, Johann Friedrichs  
 zu Stettin und Ernst Ludewigs zu Wolgast,  
 des H. Ulrichs zu Mecklenburg, des H. Ema-  
 nuel Philiberts von Savoyen, der Vormünder  
 des jungen Marggraf Philipps von Baden-  
 Baden \*\*); weiter der Herzoge Franzens des äl-  
 tern zu Sachsen-Lauenburg und Adolfs zu  
 Holstein; ingleichen der Vormünder des Landgraf  
 Georg Ludewigs von Leuchtenberg, des Fürst  
 Joachim Ernsts von Anhalt, der Vormund-  
 schaft Graf Friedrichs von Württemberg-  
 Mömpelgard, des Burggraf Heinrichs von  
 Meissen, des gefürsteten Graf Georg Ernsts  
 von Henneberg, und endlich des Nicolaus von  
 Lothring

\*) Pfalzgraf Reichart war im vorigen J. 1569. für  
 nem ältern Bruder, dem Pfalzgrafen Georg, in  
 der Regierung des Fürstenthums Simmern ge-  
 folget; s. in diesem VIII. Bande der N. E. R.  
 G., S. 82.

†) Einen Auszug von der den Württembergischen  
 Gesandten auf diesen Reichstag mitgegebenen In-  
 struction findet man bey dem Sattler l. c., P. V.  
 Sect. VI. §. 9. p. 14. sq.

\*\*\*) S. weiter oben in diesem VIII. Bande der N. E.  
 R. G., S. 45.



Lothringen, H. zu Vaudemont x., als Margg. J. Grafen von Nomeny †). 1520

Auch einige der abwesenden R. Prälaten und Aebtissinnen fertigten entweder eigene Gesandten auf den Reichstag ab, oder bevollmächtigten andere anwesende Reichsstände oder Gesandten, als z. B. die Aebte Georg zu Salmansweiler, Johannes zu Weingarten, Andreas zu Ochsenhausen, Erhard zu Elchingen, Thomas zu Irsee, Georg zu Roggenburg, Georg zu Ursperg, Martinus zu Roth, Michael zu Mündernau, Benedikt zu Schüssenried, und Christof zu Marchthal den D. Zager und den Oberamtman Creizer zu Weingarten. Ferner der Landcommenthur der Balley Coblenz des T. O., Otto von Gung den Teutschmeisterischen Kanzler, D. Thomas Mayerhoffern; der Abt Christof zu Petershausen den vorgedachten D. Zager; der Abt zu Corneliusmünster, Albrecht von Wachtendonk, den Stadt-Nassischen Syndikus, D. Rademachern und den D. Werner Schenten; der Abt Hermann zu Werden und Helmstedt den Grafen Hermann zu

1) Hier kommt der Marggraf von Nomeny, auf einem Reichstage, zum erstenmal unter den Sitz und Stimme habenden R. Fürsten vor. Der im Texte genannte Nicolaus, Herzog, oder eigentlich Graf, von Vaudemont, und Herzog von Mercœur, war der jüngere Bruder von dem Vater des damaligen H. Carls des II. von Lothringen. Daß übrigens dieser Graf Nicolaus von Vaudemont, erst auf dem damaligen Reichstage, den 8. November, sich, mit Anerbietung einer Contribution zu den R. Anlagén, um die Session wegen der Marggrafschaft Nomeny gemeldet habe, kann man aus des Graf Ludewigs von Witsenstein *Diario* dieses R. Tages ersehen, in der Senckenberg. Sammlung, T. I. P. II. p. 57. n. 4.

9. Oct. zu Tuenar und Mörs, den Drost von der  
 1570 Reck und den D. Conrad Fürstenbergen; der  
 Abt Georg von Waltenried den Hochstift-Hals-  
 berstädtischen Kanzler, Peter Böttichern; der  
 Abt Reinhard zu Corvey den Maynzischen und  
 Lüttichischen Domherrn, Arnolben von Buch-  
 holz, seinen Drost zu Blankenau, Jobsten  
 von Falkenberg, und seinen Sekretär, Johann  
 Haistermann, genannt Krämer; der Abt Jos-  
 hannes von Kayfersheim seinen Syndikus, den  
 D. Christof Laymannen; der Abt Heinrich zu  
 Münster im S. Gregorienthal, den licentiaten  
 Sebald Kölingern, und des L. O. Landcom-  
 menthur der Balley Elfaß und Burgund, Sig-  
 mund von Hohenstein, den D. Johann Kam.  
 Endlich von den K. Aebtissinnen hatte die Aebtis-  
 sin Anna zu Quedlinburg, geborne Gräfin zu  
 Stolberg und Wernigerode, den D. Heinrich  
 Kellner; die Aebtissin Jrmengard zu Essen, ge-  
 bohrne Gräfin von Diepholz, den obgedachten D.  
 Conrad Fürstenbergen; die Aebtissin Maria  
 Jacobe, des gefürsteten frey weltlichen Stiftes  
 Buchau am Federsee \*), geborne Freyin zu  
 Schwarzenberg, den vorbenannten D. Kam,  
 und die Aebtissin Barbara zu Rotenmünster den  
 D. Jos

\*) Von der Aebtissin zu Buchau will ich hier eine  
 Anmerkung machen, die eigentlich im IV. Bande  
 der N. T. A. G. auf der S. 7. stehen müßte.  
 Sie findet sich nemlich noch in den Unterschriften  
 der K. A. von den Jahren 1555. und 1556. zwis-  
 schen den Schwäbischen Grafen und Herren; s.  
 N. T. A. G., im II. Bande, S. 533. und im  
 III. Bande, S. 140., und erst in der Unterschrift  
 des K. A. vom J. 1559. trifft man sie unter den  
 K. Prälaten und Aebtissinnen an; s. im IV. Ban-  
 de der N. T. A. G., S. 7.

D. Johann Spretern, zu ihren Gesandten J. W. auf dem damaligen Reichstage bevollmächtigt. 1570

Von den abwesenden Grafen hatte Graf Hans Günther von Schwarzburg seine anwesende drey Brüder und den D. Johann Meichsner mit Vollmacht versehen. Eben dieser D. Meichsner und der vorhin bereits vorgekommene D. Heinrich Kellner waren die Gesandten folgender abwesenden Wetterauischen (I) Grafen, nemlich 1) Graf Philipps zu Solms, für sich und als Vormundes weiland Graf Friedrichs Magnus von Solms: Laubach hinterlassener Söhne Hans Georgs und Ottens, Gebrüder; 2) Graf Ludewigs zu Stolberg: Königstein u.; 3) Graf Philipps des ältern zu Hanau: Lichtenberg; 4) Graf Johans zu Nassau: Saarbrücken, für sich und als Vormundes Graf Balthasars zu Nassau: Idstein nachgelassenen Sohnes, Johann Ludewigs; 5) Graf Johans zu Nassau: Katzenelnbogen und Dietz, für sich und seine beide Brüder, Ludewig und Heinrich, auch als Vormundes Graf Philipps zu Hanau: Münzenberg hinterlassenen Sohnes, Philipp Ludewigs; 6) der Gebrüder und Grafen Ernsts und Eberhards zu Solms (= Lich); 7) der Brüder und Grafen Albrechts und Philipps zu Nassau: Saarbrücken (= Weilburg); 8) des Graf Ludewigs zu Sayn, Herrn zu Witgenstein; und 9) der Brüder und Vettern, Philipps, Ludewigs, Georgs, Wolfgangs und Heinrichs, Grafen zu Isenburg: Büdingen. Hingegen hatten (II) folgende Schwäbische Grafen und Herren, als 1) Graf Georg zu Helfenstein, Freyherr zu Gundelfingen für sich und Graf Ulrichs hinterlassene Söhne; die Grafen 2) Friedrich zu Oetz-

3. Ur. tingen; 3) Philipp zu Eberstein; 4) Ulrich  
 1570 zu Montfort und Rotenfels; 5) Alwisch zu  
 Sulz, landgraf im Klettgau; 6) Heinrich und  
 Joachim zu Fürstenberg u., landgrafen in der  
 Baar; 7) Heinrich zu Lupfen, landgraf zu  
 Stülingen und Herr zu Heuwen †), für sich  
 und an statt Quirin Gangolfs, Freyherrns zu  
 Hohen- Gerolzeck und Sulz, hinterlassenen  
 Sohnes; und 8) Wilhelm zu Zimbern, Herr  
 zu Mößkirch u.; ferner 9) Georg von Fron-  
 sperg, Freyherr zu Mindelheim u.; 10) der N.  
 Erb- Truchseß Jacob, Freyherr zu Waldburg u.,  
 für sich und an statt seiner Brüder; 11) die Vor-  
 mundschaft weiland Hans Jacobs, Freyherrns  
 zu Königseck und Aulendorf; 12) die Freyherrn  
 von Grafeneck, Wilhelm zu Marschalls  
 Zimmern, Ludewig zu Eglingen, und Ulrich  
 zu Burberg; 13) Johann Georg von und zu  
 Baumgarten, Freyherr zu Hohen- Schwans-  
 gau und Erbach, dem Grafen Carl zu Hohens-  
 zollern u., des k. k. Erb- Kämmerer, und  
 dem obgemeldten D. Johann Raan ihre Stimmen  
 aufgetragen, welchen Letztern auch 14) Michael  
 Ludewig von Freyberg, Inhaber der Herr-  
 schaft Jüstringen bevollmächtigt hatte.

Hierauf finden sich auch noch folgende  
 Grafen und Herren, die theils in Gemeinschaft,  
 theils jeder allein ihre Gesandten zu Speyer ha-  
 ten. Nämlich die Grafen: 1) Gottfried zu  
 Oets

†) Im J 1570. starb Albrecht Arbogast, Freyherr  
 von Heuwen im Hegau, der letzte seines Geschlech-  
 tes, worauf seine Herrschaft Hohen- Höwen, nebst  
 dem Städtgen Engen, an den Grafen Heinrich  
 von Lupfen fiel; s. Friedr. Lud. Graffen: Saal  
 des k. k. (Frankf. am Mayn, 1702. 4.) P.  
 II. p. 1044. & 1048.

Oettingen, für sich und in Vormundschaft seiner 3. Ehemunderjährigen Brüder; 2) Johann Hein-<sup>1570</sup>rich und Emich zu Leiningen-Dagsburg u.; 3) Johann zu Salm u.; 4) Christof, Ludwig, Heinrich, Albrecht Georg und Wolfgang Ernst, Brüder und Vetter zu Stolberg, Königstein u.; 5) Georg zu Wied u.; 6) Hans Georg, Peter Ernst, Hans Albrecht, Hans Hoyer und Hans Ernst zu Mansfeld, für sich und ihre abwesende Vettern; 7) die Brüder, Otto und Erich zu Hoya u.; und 8) Johann und Sebastian von Daun, Grafen zu Falkenstein u. Ferner 9) die verwittwete Gräfin Anna zu Bentheim, Tecklenburg und Steinfurt, als Vormünderin ihres Sohnes, Graf Arnolds; 10) die Grafen Georg, Ludwig und Carl zu Gleichen, Brüder und Vettern, für sich und in Vormundschaft ihres Veters und Mündlings, Graf Gebhards; 11) Hermann Simon, Graf und Edler Herr zur Lippe und Spiegelberg, für sich und in Vormundschaft seines Veters, Graf Simons; 12) Wilhelm, Graf zu dem Berg u.; 13) Heinrich der mittlere und Heinrich der jüngere, Gebrüder Reussen, Herren zu Plauen u.; 14) Johann von Hohenfels, Herr zu Reipolzkirchen, Rixingen und Furbach; 15) Johann Bernhard von Stauf, Freyherr zu Ehrenfels \*); und 16) Wolf Dietrich von Nachselrain, Freyherr zu Waldeck.

Zuletzt muß ich auch noch der Frey- und Reichs-Städte gedenken, die entweder eigene Gesandten auf den Reichstag geschickt, oder andern Städten ihre Stimmen aufgetragen haben. Es waren aber selbige 1.) von der Rheinischen

\*) S. im VII. Bande der N. L. K. G., S. 444.

3. Uebung, nicht allerdings hätten abgewehrt, noch  
 1570 ihnen dergestalt gesteuert werden mögen, daß nicht  
 etliche friedliebende Stände darunter unschuld-  
 dig wären beschweret worden, woraus dann noch  
 weitere schädliche Nachfolge und grössere Zer-  
 rüttung des gemeinen Wesens zu besorgen wären.  
 Da nun die unvermeidliche Nothdurft erfordere, sol-  
 chen Dingen zeitig zu begegnen, und das weitere  
 besorgen zu bedenken; so habe Er, der Kayser,  
 nach vorgehabtem Rathe und Gutachten der  
 Churfürsten, den gegenwärtigen Reichstag nach  
 Speyer ausschreiben, und zu desto mehrerer Bes-  
 förderung der gemeinen Ruhe, Friedens und  
 Wohlfarth im H. R., in Person besuchen  
 wollen, auch diese obliegende Beschwerden und zu-  
 nehmendes Uebel des H. R. den anwesenden Chur-  
 fürsten, Fürsten und Ständen, auch der Abwes-  
 enden Gesandten ausführlich vortragen lassen,  
 und ihr rathliches Bedenken darüber begehren  
 wollen.

Auf diese Anrede des Kayfers dankte der  
 Churfürst von Maynz, im Namen der ganzen  
 Reichsversammlung, für die Kaiserliche väters-  
 liche Fürsorge, bat sich von der geschehenen Kays-  
 erlichen Proposition eine Abschrift aus, und  
 versprach, daß er sich darüber, mit den übrigen  
 Churfürsten, Fürsten und Ständen, forders-  
 samst berathschlagen, und hierauf ihr Gutachs-  
 ten bald übergeben wolle. Die vom Kayser  
 dem Reiche, zur Berathschlagung und gebüh-  
 render Erledigung, vorgetragene Punkten waren  
 nun folgende: 1) Wie die izo täglich mehr und mehr  
 überhand nehmende Frechheit des Teutschen  
 Kriegsvolkes in etwas einzuschränken, und so  
 viel möglich auf der üblichen Vorfahren alte Teuts-  
 che ritterliche Tapferkeit und Redlichkeit wie-  
 der

der zu richten, und dafür zu sorgen seyn möchte, I. Ebr.  
 daß die Kriegswerbungen der ausländischen 1579  
 Könige und Fürsten in Teutschland künftig,  
 ohne ausdrückliche Erlaubniß des Kayfers, nicht  
 weiter zugelassen, und Kriegsgesetze, welchen  
 hinfürs die Reuter und Fußknechte nachleben  
 sollten, gemacht würden. 2) Wie zu besserer Er-  
 haltung und Exekution des Landfriedens, und  
 anderer heilsamen R. Constitutionen, den dagegen  
 beschwerten Ständen gegen die Landfriedbre-  
 cher schnelle Hülfe vom Kayser und dem Rei-  
 che widerfahren möge, und zu dem Ende ein  
 Kriegsoberster zu erwählen, in jedem Kreise  
 eine gemeine Kustkammer oder Zeughaus zu er-  
 richten, Geld zu fünftiger eilender Nothdurft  
 zu hinterlegen, und die Verbrecher des gemeinen  
 Friedens zu bestrafen wären. 3) Trug der Kay-  
 ser auf eine abermalige sechsjährige Reichshülfe  
 an Gelde wider die Türken, zu Unterhaltung  
 der Besatzungen in den Gränzplätzen, und Er-  
 bauung neuer Gränzfestungen gegen die Türken,  
 an. Ferner und 4) empfiehlt er auch den Stän-  
 den die endliche Berichtigung der noch ausstehen-  
 den Gotha'schen Exekutionskosten; und vor-  
 nehmlich 5) die Verbesserung des R. Justizwes-  
 sens, und bessere Einrichtung des Kayserlichen  
 und R. Kammergerichtes. Weiter und 6)  
 bringt der Kayser der R. Versammlung die,  
 schon auf dem letztern Augspurgischen Reichs-  
 tage, proponirte, aber unerledigt gebliebene Ma-  
 terie wieder in Erinnerung, wie die dem H. R.  
 entzogene Stände, Land und Leute wieder  
 herbey zu bringen, und die, durch die häufigen  
 Exemptionen und Moderationen, verringerte  
 und in Unordnung gerathene R. Matrikul wieder  
 ergänze und rectificirt werden möchte. Auch  
 em

3. Er. empfahl Er 7) die bessere Beobachtung der im 1570 J. 1559. publicirten R. Münzordnung, und daß endlich einmal dieselbe bey allen Ständen ins Werk gerichtet werden möchte; hingegen aber und 8) ermahnte noch der Kayser die der Session halber mit einander streitige Stände, daß sie, wegen solcher unter ihnen obwaltenden Irrungen, die Berathschlagungen nicht aufhalten, und dadurch die übrigen Stände in unnöthige Unkosten setzen sollten, indem Er sich die Erörterung und Ausmachung dieser Sache bestens wolle angelegen seyn lassen F).

Da der Reichsabschied in eben der Ordnung abgefaßt ist, als die Kayserliche Propositionen lauten, und selbigem bloß einige das R. Policewesen betreffende Verordnungen, deren wir zu seiner Zeit auch gedenken wollen, zu Ende desselben, eingerückt sind; so wollen wir nunmehr einen Punkt nach dem andern durchgehen, und bemerken, was darüber auf dem Reichstage berathschlaget und beschlossen, auch hernach in den R. A. gebracht worden. Was den ersten Punkt der Kayserlichen Proposition betrifft, nemlich die Einschränkung der bisherigen Freyheit des Teutschen Kriegsvolkes, und der auswärtigen Kriegswerbungen in Teutschland, auch die Einrichtung neuer Kriegsgesetze; so machte besonders der Umstand in dem Kayserlichen Vortrage, daß sich künftig niemand, ohne Vorwissen und Erlaubniß des Kayseres in fremde Kriegs-

r) Speyer. R. A. vom J. 1570., im Proem. und §. 1-4., l. modo c., P. III. p. 287. Schardius l. c. ad h. a., in Eius Scriptor., T. IV. p. m. 140. b. & 141. a. Thuanus l. c., T. II. L. XLVII. p. m. 636. und Schadaeus l. c., P. II. L. VI. §. 42. p. 290.



Kriegsdienste begeben sollte, bey den Reichs-<sup>I. Car.</sup> Ständen ein grosses Aufsehen. Sie betrachteten <sup>1570</sup> diesen Punkt als einen neuen Schritt des Kayserlichen Hofes zu einer unumschränkten Herrschaft über die Stände, weil in den Reichs- und Landfriedens-Verordnungen dergleichen Ungebühr bereits vorgebeuget und festgesetzt worden, daß niemand ohne Bewilligung seiner Landesherrschaft fremden Herren zuziehen sollte. Mitthin würde, nach der Meinung der Stände, in die Teutsche Freyheiten eingegriffen, wenn der Kayser solches Verbot sich allein, mit Ausschliessung der Stände, anmassen wollte. Kayser Carl der V. habe zwar solches, bey den Friedenshandlungen zu Passau, auch schon verlangt, es sey ihm aber in dem daselbst gemachten Vertrage ausdrücklich abgeschlagen worden; zumal weil dadurch die Ritterschaft an ihrer lang hergebrachten Freyheit grossen Nachtheil leiden, und auch die Beschwerde daraus erfolgen würde, daß, wenn man erlaubte, dem einen Potentaten zuzuziehen, dem andern aber nicht, diesen das ganze Reich zum Feinde bekommen dürfte 9). Es fand daher dieser Punkt auf dem Reichstage grossen Widerspruch, und man wollte die Erlaubniß, auswärtigen Potentaten im Kriege zu dienen, durchaus nicht bloss auf die Bewilligung des Kayser ankommen lassen. Besonders sprach dawider H. Johann Wilhelm von Sachsen, der selbst in den vorigen Jahren einige Hülfsvölker der Krone Frankreich zugeführt hatte, bey Ablegung seiner Stimme im Reichsrathe, mit vielem Nachdrucke, und führte Ursachen an, warum man den Ständen des Reichs die Freyheit,

9) Sattler L. c., P. V. Sect. VI. §. 9. p. 15.

3. **Er.**heit, fremden und ausländischen christlichen Königen und Potentaten im Kriege zu dienen und Truppen zuzuführen, nicht untersagen könnte, welches er mit verschiedenen Beyspielen von dergleichen Kriegszügen und Hülfsleistungen der Deutschen an Auswärtige, aus der ältesten und mittleren Geschichte, zu bestärken suchte <sup>1)</sup>).

Nach vielem Disputiren wurde endlich, wegen dieses ersten Punkts folgendes in den R. A. gebracht. Man habe sich, von Seiten des Kayser's und der Reichsstände, erinnert, daß es von Alters her, im H. R. Teutscher Nation, eine löbliche Art teutscher Freyheit gewesen, um Ehr und Ruhm, mit ritterlichen Thaten, fremden Potentaten, ohne alles Beleidigen des Vaterlandes und dessen Angehörigen, zu dienen. Da nun aber solche Freyheit, vor etlichen Jahren, in einigen Mißbrauch gerathen wäre; so hätte man durch verschiedene Reichs- und Deputations-Abschiede heilsam verordnet, auf welche Art und Weise den Obristen, Rittmeistern und Hauptleuten, oder andern Befehlshabern verstattet werden solle, Kriegsleute für fremde Potentaten in Teutschland zu werben. Nämlich, daß sie zuvörderst die Originalien ihrer Bestellungen den Kreisobristen und einer jeden Obrigkeit in ihrem Gebiete vorlegen, und hierauf genugsame Bürgschaft leisten sollen, damit ihrenthalben niemand im H. R., in den An- Durch- und Abzügen, beschädiget oder beleidiget würde. Allein man habe nunmehr, bey etlichen vorgefallenen Kriegswerbungen, An- Durch- und Abzügen, mehr als zu viel empfunden, daß solche löbliche R. Satzungen von vielen,

<sup>1)</sup> E. G. Buders Samml. -- ungedr. Schriften etc., n. V. Lit. D. p. 71. sq.

zu nicht geringer Verringerung des Kayserlichen J. Chr. und des Reichs Ansehens, verachtet, und damit 1570 ein Spott getrieben worden. Dann sie hätten weder ihre Bestallungen vorlegen, noch die verbürgte Versicherungen leisten wollen, sondern bisweilen, unter fremden Namen, Kriegsleute zu Ross und zu Fusse, in grosser Anzahl, im Reiche, anfangs ingheim, oder durch andere, werben lassen, hernach solche mit grosser Geschwindigkeit in Anzug gebracht, andere Obrigkeiten und Gebiete mit Gewalt durchzogen, auch darin bisweilen beharrlich stille gelegen, den armen Leuten das ihrige aufgezehret, und dafür nichts bezahlt, ja wohl gar verwestet, verdorben und hinweg genommen.

Weil nun solcher einreissenden Frechheit und diesem Mißbrauche Teutscher Freyheit, woraus ein allgemeines Verderben, Empörung und Untergang des Vaterlandes zu erwarten, nicht länger zuzusehen wäre; so habe man, mit Einwilligung der Reichsstände, den Schluß gefaßt, und setze hiemit fest, daß hinfüro ein jeder fremder Potentat, der Kriegsvölker im H. R. wolle werben lassen, zuörderst bey dem Kayser darum ansuchen, und ausdrücklich melden solle, wie viel Kriegsleute er bestellen wolle, und wer die Obristen, Rittmeister und Hauptleute seyen. Daneben solle derselbe die Erklärung und Zusage thun, daß solche Kriegsvölker wider den Kayser, die Churfürsten, Fürsten, Stände und Unterthanen des H. R. nicht gebraucht werden; in An- Durch- und Abzügen niemand beschwoeren, was sie gebrauchen bezahlen, keinen Musterplatz, Musterung, Abdanken und Trennung auf des H. R. und dessen angehörigen Schirmsverwandten Grund, Boden und Obrigkeit vornehmen, sondern ausserhalb derselben alles geschehen solle.

H. R. H. 8. Th.

M

Hier

3. Ebr. Hiernächst sollen auch die Obristen, Rittmeister, Hauptleute und Befehlshaber, sie seyen hohen oder niedrigen Standes, welche fremden Potentaten teutsches Kriegsvolk werben wollen, es habe nun der Potentat deswegen Ansuchung gethan, oder nicht, schuldig seyn, ehe und bevor sie einige Kriegsleute annehmen, und in Anzug bringen, dem Kayser ihr Vorhaben zu eröffnen, und davon zu melden, welchen Potentaten und, wie viel Kriegsvolk sie werben und in Anzug bringen wollen; mit dem angehängten Versprechen, daß der Musterplatz und die Musterung ausserhalb des H. R. und dessen Schirmverwandten Grund, Boden und Obrigkeit gehalten werden solle. Es sollen auch solche Kriegsvölker ihren Fuß auf den Reichsboden, es sey mit Gegenwehr, oder Angreifen, keinesweges setzen, auch, ehe sie auf ihrem Abzuge getrennet worden, nicht Rottens oder Haufenweise, ihren Rückweg durch das Reich nehmen, und deshalb zuvörderst, durch einige im Reiche angeessene Stände, genugsam verbürgte Caution den Kreisobristen, Zu- und Nachgeordneten, in deren Kreisen und Landen geworben werden, oder der An- und Durchzug vorgehen möchte, leisten. Hierauf hätten sich dann dieselben auch bey solchen Kreisobristen, Zu- und Nachgeordneten zu melden, ihre Bestallungen im Original ihnen vorzulegen, einen gleichen Bericht und ein ähnliches Versprechen zu thun, und die gedachte Caution, durch Bürgschaft mit R. Ständen, nach dem im R. A. wörtlich vorgeschriebenem und enthaltenem Formular, zu leisten, worauf sie zur Werbung des Kriegsvolkes ungehindert zugelassen werden sollten.

Falls nun die werbenden Obristen, Rittmeister, Hauptleute und Befehlshaber, in ih-

im An- und Durchzügen, den Kreisständen 3. Ehr-  
 oder Unterthanen einigen Schaden oder Unko- 1570  
 sten verursachten, darüber sollen desselben Kreises  
 Obrister und seine Zu- und Nachgeordnete  
 summarisch zu erkennen, dieselben zu ermässigen,  
 und sowohl gegen den Principal, als auch dessen  
 Bürgen zu erequiren, oder die Obrigkeit, wor-  
 unter die verpfändete Güter gelegen, um schnelle  
 Exekution zu ersuchen haben. Wofern aber ei-  
 niger Obrister, Rittmeister u., ehe er die obge-  
 dachte Anzeige dem Kayser, den Kreisobristen  
 und den Zu- und Nachgeordneten, nebst dem  
 erwähnten Versprechen und Leistung der Caus-  
 tion, gethan, sich unterstehen würde, Kriegsleute  
 heimlich oder öffentlich für Potentaten zu werben  
 und in Anzug zu bringen; so solle derselbe nicht al-  
 lein mit der That, ohne weitere Erklärung, in der  
 Acht seyn, sondern auch alsbald, durch den Kreiss-  
 obristen, Zu- und Nachgeordnete, in Bestraf-  
 ung genommen, ihm seine Werbung niederges-  
 legt, das etwa vorhandene Kriegsvolk getrenn-  
 et, und das weitere, was die K. Exekutionsord-  
 nung in solchen Fällen vorschreibt, vorgenommen  
 werden. Und damit auch sowohl die gemeinen  
 Kriegsleute zu Roß und zu Fusse, als auch die  
 Obristen, Rittmeister u. ein- für allemal wissen  
 mögen, wie und welcher gestalt ein jeder, er möge  
 nun vom Kayser oder andern Kriegsherrn ge-  
 worden worden seyn; sich in allen Dingen ritterlich,  
 männlich und redlich, nach Ordnung des alten löblich-  
 en Reuter- und Kriegs-Rechtes, und nach  
 künfftiger Zeit Gelegenheiten, zu verhalten habe, und  
 wie alle Untugend bey den Kriegsleuten zu ver-  
 hüten und zu bestrafen sey; so wurde, auf vorge-  
 habten Rath der Churfürsten, Fürsten und  
 Stände, des H. R. alte Reuterbestallung und

3. Artickelsbrief durchgesehen, verbessert und dem 1570 R. A. angehängt. Zugleich, befehlt der Kayser allen dem H. R. Angehörigen und Unterthanen, die sich in Kriegszügen zu Ross und zu Fusse wollten bestellen und gebrauchen lassen, daß ein jeder sich solchen Artickeln, so viel sie ihn angingen, in seinem Amte und Dienste gemäß, gehorfsam und unverweislich bezeugen solle, bey Vermeidung der Kayserlichen Ungnade, und der in jenen Kriegsartickeln enthaltenen Strafen <sup>a)</sup>.

Was den zweiten Punkt der Kayserlichen Proposition betrifft, wie nemlich die Ruhe und Sicherheit im H. R. erhalten, den gegen den Landfrieden beschwerten Ständen, von Seiten des Kayfers und der Kreise, schnelle Hülfe geleistet, ein allgemeiner Kriegsobristen erwählt, in jedem Kreise ein gemeines Zeughaus errichtet, Geld zu künftiger Nothdurft hinterlegt, die Landfriedensbrecher bestraft, und die Exekutionsordnung verbessert werden möge <sup>b)</sup>; so wurde auch gegen diesen Punkt, bey den darüber angestellten Berathschlagungen, vieles eingewandt. Es schien nemlich den R. Ständen der Kayserliche Vorschlag, bey damaliger R. Verfassung, sehr bedenklich, daß in den R. Kreisen eine beständige Anzahl Kriegsvolkes auf den Betruen erhalten, und ein allgemeines R. Zeughaus an einem bequemen Orte errichtet werden sollte. Denn

a) Speyerischer R. A. vom J. 1570., §. 4116., in der VII. Sammlung der R. A., P. III. p. 287. b. — 290. a. Cf. das im I. Bande der N. E. R. G., S. 348., in der Note c) angeführte Manuscripte. Secr. II. fol. 71. a.

b) S. in diesem VIII. Bande der N. E. R. G., S. 189. Andere, wie J. E. Schardius u., ziehen diesen Punkt mit unter den ersten der Kayserlichen Proposition.

man hielt jenes für unnöthig, wenn alle Kreisver-  
sammlungen besser befolget würden, und wegen des K. 1570  
Zeughauses konnte man den bequemen Ort  
nicht finden, woraus man im Fall der Noth das  
Geschütz und Gewehr so schnell abholen könnte; nicht  
zu gedenken, daß auf solche Art die K. Stände  
ihres eigenen Geschützes nicht mehr mächtig  
seyn würden. Und die Württembergische Ges-  
andtschaft hatte noch besonders in ihrer Instruck-  
tion, anzuzeigen, daß sich der Schwäbische  
Kreis den K. Constitutionen gemäß bezeuget \*);  
und davon merkwürdigen Nutzen gefunden habe. Sie  
sollte also, mit Uebergabung der etwa auf die  
Bahn zu bringenden Geldhülfe, nur darauf brin-  
gen, daß auch in den andern Kreisen dem Lande-  
frieden und der Exekutionsordnung besser  
nachgelebet würde †).

Nach verschiedenen über diesen Punkt dem  
Kaysers übergebenen Gutachten, wurde endlich  
zwischen dem Kaysers und den Reichsständen fol-  
gendes verglichen und der darüber gemachte  
Reichsbeschluß in den K. A. gebracht. Man habe  
in den vergangenen geschwinden Werben und Kriegs-  
läufen erfahren, daß, obgleich die heilsame Consti-  
tution des Landfriedens und die darauf gerich-  
tete Exekutionsordnung vernünftiger bedacht wor-  
den, dennoch daran sich allerhand Mängel befun-  
den, besonders im Aufmahnen und Zuziehen den  
beschwerten Ständen, so zu langsam, oder  
überall nicht erfolgt, worüber sie, ihr Land und  
Untertanen, großen und vererblichen Schaden  
erlitten hätten. Um nun solchem für das künftige  
vorzukommen, wurde hiemit festgesetzt, daß, wo-  
fern einiger Stand des H. R., wider den aufge-  
rich-

M 3

richs

\*) E. im V. Bande der N. T. R. G., E. 605, 608.

†) Sattler l. c., P. V. Sect. VI. §. 9. p. 25. & 14.

S. Obr. richteten Religion, und Profanfrieden beschweret, 1570<sup>o</sup> ret, oder eine ihm androhende Gefahr vermerken würde, und ihm, auf sein Ansuchen, von seinem oder andern Kreisobristen, vermöge der Ordnung, nicht zeitig geholfen, sondern darunter ein Verzug gebraucht werden wolle, derselbe besfugt seyn solle, solches an den Kayser gelangen zu lassen, worauf dann dieser, nach Gestalt der bevorstehenden Gefahr, einem oder drey nächst ange-  
 sessenen Kreisobristen, Zu- und Nachgeordnet  
 ten ernstlich befehlen, und sie aufnehmen solle,  
 dem beschwerten Stande, nach Inhalt der Exec-  
 utionsordnung, unverzügliche Hülfe zu leisten.

Weil man indessen seither öfters erfahren hät-  
 te, daß nunmehr das Aufwiegeln und Werben  
 der Kriegsleute ganz geschwind geschehe, und  
 hernach solche Kriegsvölker, ehe man zu dem, in  
 der Executionsordnung vorgeschriebenem, Des-  
 putationstage kommen möge, bereits mit ganzer  
 Macht auffehen, die Kreise und Länder durchziehen,  
 und jedermann betrüben und beleidigen; so wurde  
 das davon in der Executionsordnung verordnet  
 t) erweitert und verbessert. Um nemlich sol-  
 cher geschwinden Thätlichkeit und gemeinem  
 Landverderben ebenfalls mit eilender Hülfe und  
 Abwendung zu begegnen, wurde im R. A. festges-  
 stet, daß, Falls hinfüro jemand wider den Reli-  
 gion, und Profanfrieden mit thätlicher Gewalt  
 beschweret, oder im Reiche sich Empörung,  
 Aufwiegelung, Vergaderung, Musterpläs-  
 ze, ungebührliche An-, Durch- und Abzüge,  
 oder dergleichen schädliche Gefährlichkeiten ereignen  
 würden, oder auch bey den benachbarten Potens-  
 taten solche Kriege entstünden, woraus dem Reiche,  
 che,

t) S. im II. Bande der H. T. R. G., S. 646. f.



de, dessen Ständen und Unterthanen, einige J. Etz. Gefahr und Nachtheil zu gewarten wäre, und <sup>1570</sup> der Verzug zu grösserer Weiterung gereichen sollte, alsdann, neben den verordneten Kreishülfsen, auch der Kayser dem Churfürsten von Maynz befehlen sollte, einen R. Deputationstag nach Frankfurt, oder wo es sonst den Sachen am gelegensten seyn möchte, unverzüglich an die deputirten Stände auszuschreiben, um auf das schnellmögliche zusammen zu kommen. Es sollten auch dieselben schuldig seyn, entweder selbst zu erscheinen, oder ihre ansehnliche Rätthe, zu Berathschlagung gemeiner Nothdurft, abzufertigen.

Damit hiernächst solche wichtige Dinge, auf gemeinen R. Deputationstagen, bey diesen unruhigen Zeiten, mit Rath und Zuthun mehrerer R. Stände, berathschlaget, in den Kreisen publicirt, und darüber gehalten werden möchte; so solle der Churfürst von Maynz, ausser den, in den R. A. vom J. 1555. und 1559. benanntlich deputirten Ständen \*), hinfüro zu künftigen Deputationstagen jedesmal noch vier Stände, als den jederzeit regierenden Bischof zu Costniz, die Regierung des Burgundischen Kreises, den H. Julius zu Braunschweig und den H. Johann Friedrich zu Pommern, auch erfordern und beschreiben, welche ebenfalls selbst oder durch ihre vornehme Rätthe zu erscheinen schuldig seyn sollten. Wofern nun auf geschhehenes Erfordern einer oder mehr deputirte Stände, oder deren Befehlshaber ausbleiben, oder niemanden schicken würden; so sollen dem ungeachtet die Anwesenden, vermöge des Augspurgischen R. A. vom J. 1555. †),

M 4

und

\*) S. ebendieselbe, im II. Bande, S. 646. und im IV. Bande, S. 61. f.

†) S. im II. Bande der N. L. R. G., S. 648.

3. Ob- und anderer darauf erfolgten Abschiede, in den 1570<sup>er</sup> vorstehenden Sachen verfahren und schließlich handeln, welches eben die Kraft und Macht haben solle, als wenn sie sämtlich erschienen wären. Solche Kreishülfen, mit Aufmahnern und Zuzug, sollten nun, ausser denen, bereits in der R. Exekutionsordnung, bemerkten Fällen \*), auch wider alle Vergewaltigungen fremder Ein- oder Ausfälle, feindliche Angriffe, und ungebührliche gewaltige An- Durch- oder Abzüge statt haben, und auch denen zu Gute kommen, welche wider des L. R. Religion- und Profanfriede beschwert, beschädiget, bedrängt oder sonst thätlich beleidiget würden. Endlich wurde auch dasjenige, was von Erwählung der Obristen, Zus- und Nachgeordneten, auch anderer Befehlshaber, ingleichen Anschaffung und Bereithaltung des Geschützes, Artiglerie, Munition und was dazu gehörig, schon in den Reichs- und Deputationsabschieden von den Jahren 1555., 1557., 1564. und 1566. verordnet worden †), in dem itzigen R. A. erneuert, und verordnet, daß diejenige Stände und Kreise, welche sich zur Zeit noch nicht, nach vorgedachter Vorschrift, gefaßt gemacht, binnen Monatsfrist nach dem Datum des itzigen R. A., sich zusammen thun, und die gewisse Verfassung, ohne alles längere Verziehen, in richtige Wirklichkeit stellen, auch davon dem Kayser und andern angefessenen Kreisobristen, Zus- und Nachgeordneten, innerhalb dreß Monaten, gebührlchen Bericht erstatten sollen ‡).

Der

\*) S. ebendieselbe, im II. Bande, S. 655.

†) S. ebendieselbe, im II. Bande, S. 642. f. und 651. f. im III. Bande, S. 181. f. und im VI. Bande, S. 44. f. und 246.

‡) Speyer. R. A. von d. J., S. 17123., in der II. Sammlung der R. A., P. III. p. 290. 2. – 292. 2. Cf.

Der dritte Punkt der Kayserlichen Proposition betraf die vom Kayser abermals begehrte Türkenhülfe zu Unterhaltung der Besatzungen in den Gränzplätzen und Erbauung neuer Gränzfestungen \*). Der Kayser ließ nemlich der R. Versammlung vorstellen, aus was für besondern Ursachen, Er nach Absterben des Türkischen Kayfers Solymanns, der bis in seine Grube ein Feind des christlichen Namens geblieben, mit dessen Sohn und Nachfolger, dem Sultan Selim, einen Frieden auf acht Jahre lang gemacht habe †). Da nun vor Augen liege, daß die durchbrechende Gewalt der Türken sich dem H. R. Teutscher Nation, je länger, je mehr, näherte, und es keinen Zweifel habe, wenn Er, der Kayser, nicht währenddem Stillstande, die Orter, Flecken und Gränzen in seinen noch übrigen Ungarischen und Zipsischen Landen, nicht allein mit guten Kriegsheuten, Munition und aller dazu gehörigen Nothdurft beständig stark besetzen, und vor dem ungewissen Türkischen Glauben wohl bewahren, sondern auch dieselben, wie sie hiebevorig zu befestigen angefangen worden, völlig mit mercklichen und grossen Kosten ausbauen, und dazu noch andere mehrere, gleichfalls zur Gegenwehr und Aufhaltung der feindlichen Macht wohlgelegene, Pässe von neuem erbauen, befestigen und besetzen liesse, daß alsdann der Türke, wenn er sich seiner Gelegenheit ersähe, nicht nur seine übrige Ungarische und Zipsische Länder an sich reißen, sondern auch in

Cf. das in der vorhergehenden Note a) angezogene Manuscript in meiner Bibliothek, Sect. II. fol. 71. a. & b.

e) **E.** in diesem VIII. Bande der **IL. T. R. G.**, S. 189.

D. G. im VII. Bande der H. E. K. G., S. 367. f.

**J. Ehr.** Kurzem seinen Fuß auf Teutschen Boden setzen, 1570<sup>o</sup> Land und Leute, ohne alle Verhinderung, plötzlich überfallen, alles verwüsten, und seiner Tyranney unterwürfig machen würde. Weil es nun aber seinen Königreichen, Landen und Unterthanen höchst beschwerlich wäre, solche grosse Last, Kosten und Ausgaben allein zu tragen; als würde Er genöthiget, die Reichsstände um eine mitleidentliche Hülfe, zu gedachter hochnöthigen Erbauung und Befestigung solcher Ungarischen und Zipsischen Pässe und Gränzflecken, zu ersuchen <sup>8)</sup>.

In dem auf diesen Punkt verfaßtem R. Gutachten führten zwar die Reichsstände die gewöhnliche Klage \*), daß es ihnen und ihren Unterthanen, wegen der bisherigen vielfältigen R. Anlagen, und anderer Unfälle, höchst beschwerlich fallen würde, sich mit weitem Anlagen beladen zu lassen. Weil aber dem **J. R.** Teutscher Nation vornehmlich daran gelegen, daß die Ungarische und Zipsische Frontiere, als die nächste Vormauer der Teutschen Nation, vor einem Durchbruche und Ueberfalle des Türken, an nöthigen Pässen gebessert und erbauet würden; so beschloßen sie, dem Kayser folgendes zu bewilligen, welches auch in den R. A. gebracht wurde. Erstlich sollte der Kayser die Macht haben, den ansehnlichen Vorrath an Gelde, welcher von den R. Ständen, zur beharrlichen Türkenhülfe, auf den letztern Reichstagen zu Augspurg vom J. 1566., und zu Regenspurg vom J. 1567., bewilliget, und bisher in den verordneten Legstädten, Frankfurt, Nürnberg, Regenspurg, Augspurg und Leipsig,

<sup>8)</sup> Speyer. R. A. von d. J. S. 24. sq. in der **W.** Samml. der R. A., P. III. p. 291. b.

<sup>\*)</sup> C. im VII. Bande der **W. L. R. G.**, C. 294. f.

zig, zusammen getragen, und verwahrlich behalten <sup>3. Br.</sup> worden †), ganz oder zum Theil, zu sich zu neh- 1572  
men, und damit seine obgedachte Ungarische und  
Zipsische Lande, Oertter, Pässe und Flecken,  
seinem Gutachten nach, bestens zu erbauen und  
zu befestigen. Hernach und zweitens versprochen  
die Reichsstände dem Kayser, zu solchem Bau-  
gelde noch eine fernere Hülfe an Gelde, nemlich  
zwölf Monate auf eines jeden einfachen Ans-  
schlag in drey Jahren, und zwar vier Monate  
für jede Fahrt, in grober gangbarer, goldener und  
silberner Münze, in einer der obgenannten fünf  
Legstädte, an Bürgermeister und Rath daselbst,  
zu erlegen. Zur Erlegung aber wurden sechs  
Ziele festgesetzt, nemlich der erste Termin auf Ma-  
riä Geburt 1572., der zweite auf Lätare und  
der dritte auf Mariä Geburt 1573., der vierte  
und fünfte auf eben diese Ziele 1574., und end-  
lich der sechste auf den Sonntag Lätare 1575.  
Diese von der R. Versammlung bewilligte und  
versprochene Geldhülfe nahm nun der Kayser zu  
gnädigem Wohlgefallen an, und erbot sich, alle  
mögliche Vorsehung zu thun, damit die Stände  
und Unterthanen im Z. R. vor den ungebührli-  
chen und landverderblichen An- Durch- und Ab-  
zügen, Musterplätzen und andern thätlichen  
Handlungen, welche den vorigen und dem izzigen  
R. A. zuwider vorgenommen werden sollten, von  
ihm gebührlich geschützt werden, und deren ent-  
bringer seyn mögen.

Damit auch diese Bauhülfe, nach eines jeden  
Standes Anschläge, desto völliger geleistet, und ihre  
Schuldigkeit desto gewisser und stattlicher eingebracht  
würde; so wurde in unserm R. A. dasjenige wie-  
der

†) S. die 17. T. R. G., im VI. Bande, S. 255.  
und im VII. Bande, S. 295: 297.

3. Er. verholet und bestätigt, was in den beiden letztern 1570 R. A. zu Augsburg und Regensburg, wegen Bezahlung des Anschlages der ausgezogenen Stände, war verordnet worden \*). Und weil nun diese Hülfsleistung, zu Erbauung obgedachter Frontiere, keinen Verzug leiden möge, sondern von allen und den Ständen auf die bestimmte Ziele unabgänglich eingebracht und erlegt werden müßte, wofern man anders das Geld zum Bau möglich anlegen, und die Gränzpässe, währendem Krißstande, der höchsten Nothdurft nach, befestigen solle; so wurde auch diesmal wiederum dasjenige wiederholt und erneuert, was in den erstbefagten beiden letztern R. A., wegen der in Erlegung ihrer Anlagen ungehorsamen und säumigen Stände, wie auch wegen der von den Legstädten, an den Kayserlichen Kammer- & Procurators Siscal, einzuwendenden Verzeichnissen der eingegangenen Gelder und der Gleichheit des Verfahrens des Kayserlichen Siscals gegen solche säumige Stände, in Beitreibung ihrer Reste zu dem Vorrathe der beharrlichen Hülfe, bereits vorgeschrieben ist †). Es sollten daher der Kammererrichter und die Beysitzer, nach Gelegenheit der Umstände, und zu richtiger Einbringung des Ausstandes, die Macht haben, die Säumnigen, an

\*) S. ebendieselbe, im VI. Bande, S. 257 : 259. und im VII. Bande, S. 299.

†) S. ebendieselbe, im VI. Bande, S. 256. f. und im VII. Bande, S. 297 : 299. Cf. Sattler, l. c., P. V. Sect. VI. §. 9. p. 14., wo bemerkt ist, daß der Württembergischen Gesandtschaft, in ihrer Instruction, aufgegeben worden, wegen der in den J. 1566. und 1567. bewilligten Türkenhülfe darauf zu beharren, daß gegen die säumigen Stände, den R. A. gemäß, verfahren werden sollte, indem das durch aller Mangel gehoben werden könnte.

an statt verurtheilter Pönn der Acht, allein in dieg. er. ansehnliche Geldstrafe, welche auch der Achteer 1570 klärung, vermöge des Landfriedens, ipso iure einverleibt wäre, zu erklären, und darauf zu gebührender Exekution, nach Inhalt der R. G. O., P. III. Tit. 48. §. 5., den Kayserlichen Fiscal unverzüglich weiter verfahren zu lassen <sup>b)</sup>). Uebrigens ist bey dieser Materie von der Türkenhülfe auch noch zu bemerken, daß der Kayser bey dem Artikel des Baugeldes zugleich auch das Bedenken der Stände begehrt habe, wie die fiscalischen Sachen gegen die sämmtigen Stände schleunig auszuführen, worauf dann die R. G. Beysitzer und der Fiscal ihre unterschiedene Bedenken dahin übergeben haben, daß dem Fiscal fernere Ausdiens und Beystand zugeordnet werden solle. Zum andern sey, im J. 1548., eine Constitution von der Exekution, die aber dunkel und dem Fiscal beschwerlich, dahin gemacht worden, daß er das Petitorium mit dem Possessorium, nicht nur in den ordentlichen, nemlich ehemals zu Nürnberg vom R. Regimente verordneten, sondern auch außerordentlichen Contributionen beweisen müsse. Weil aber dem Kayser, und vornemlich den geringen Ständen daran gelegen wäre; so sollten dieselben billig darüber in jedem Kreise erst gehört, und bey aller Freyheit auch zu Erstattung ihres Matrikularanschlages, neben den höhern Ständen, vom Kayser erhalten und geschützet werden <sup>i)</sup>).

Wir

<sup>b)</sup> Speyer. R. A. vom J. 1570., §. 26:34., in der N. Samml. der R. A., P. III. p. m. 291. a. — 293. Cf. das vorhin angeführte Manuscript in meiner Bibliothek, Sect. II. fol. 71. b.

<sup>i)</sup> Sendenbergs Sammlung n., T. I. P. II. p. 83.

3. **Er.** Wir kommen nun auf den vierten Punkt 1570 der Kayserlichen Proposition, nemlich die endliche Erstattung der Gotha'schen Exekutionskosten und die Restitution der jungen Söhne des gefangenen H. Johann Friedrichs des Nitters in ihre väterliche Länder <sup>†</sup>). Der Kayser hatte nemlich auch die Materie von den Gotha'schen Exekutionskosten, nebst andern davon abhängenden Punkten zur Berathschlagung vortragen lassen, und in einer Nebenproposition geäußert, wie dem Churfürsten Augustus von Sachsen und etlichen andern Ständen ihr Ausstand, an den berührten Exekutionskosten und am Wormser Wartgelde <sup>\*)</sup>, gebührend bezahlt werden möge, ingleichen was der H. Johann Wilhelm von Sachsen, für sein eigenes Interesse, dem Kayser und den Ständen vorbringen lassen. Diese Sache veranlaßte, wegen der damit entwickelten Punkten, weitläufige Berathschlagungen und starke Debatten auf dem Reichstage, bis endlich die R. Stände, über folgendes dem Kayser übergebenes Bedenken oder Gutachten, sich mit einander verglichen. Sie erinnerten sich sehr wohl, was dieser Punkten wegen auf dem letztern Reichstage zu Regensburg <sup>†</sup>), dem allgemeinen Kreistage zu Erfurt <sup>\*\*)</sup>, und dem Deputationstage zu Frankfurt <sup>††</sup>) gehandelt worden; insonderheit aber, daß die Stände solche große Exekutionskosten zu entrichten, ohne gebüh-

†) S. in diesem VIII. Bande der N. T. R. G., S. 189.

\*) S. im VI. Bande der N. T. R. G., S. 51:53.

†) S. ebendieselbe, im VII. Bande, S. 300:314.

\*\*) S. in eben diesem VII. Bande der N. T. R. G., S. 322:346.

††) S. in diesem VIII. Bande derselben, S. 109. ff.



büßliche Gegenerstattung aus dem Landesantheile des H. Johann Friedrichs, nicht auf 1570 sich genommen hätten. Viel weniger wären sie schuldig, solches zu thun, in Erwägung, daß in Erfurtischen Abschiede ein anderes verordnet, und in des H. R. Constitution vom Landfrieden heilsam versehen worden, daß der Lehnsherr solcher Ueberfahrer des Landfriedens, ob ihm gleich ihre Lehengüter heimgefallen, dennoch keine Macht haben solle, selbige, so lang der Aechter lebe, ihm oder andern Lehnserben zu leihen, oder die Abnutzung folgen zu lassen. Viel mehr sollen solche Abnutzungen, was über die nothdürftige Vernehmung übrig bliebe, dem Beschädigten, nach Ermäßigung des Kayfers oder des Kayserlichen R. G., so lang der Friedbrecher lebe, oder er sich mit dem Beschädigten nicht vergleichen, und der Aecht entlediget worden, gefolget werden, wie solches in der Exekutionsordnung ferner disponirt sey. Weil nun H. Johann Friedrichs von Sachsen Landesantheil, Kraft eingegangener Aechterklärung und der angezogenen Exekutionsordnung, im Namen der Stände wirklich eingenommen, darauf . . . tausend Gulden verwandt, und dem Churfürsten von Sachsen, wegen seines Anlehens, noch . . . tausend Gulden \*), laut vorgelegter Rechnung, zu entrichten rückständig waren; so könnten die Stände dem an sie geschehenen Begehren des H. Johann Wilhelms von Sachsen nicht stattgeben, sondern müßten es bey der obgedachten Constitution des Landfriedens, der Exekutionsordnung, und den besagten Verabschiedungen, bewenden lassen.

Aussen

\*) Im R. A. sind die Summen nicht ausgedrückt; s. aber die N. T. R. G., im VII. Bande, S. 322. f. und im VIII. Bande, S. 109.

3. Mr. 1570. Außerdem hätten die Churfürstlichen Gesandten, mittelst Vorzeigung zweyer besondern Affeturationen vom 8. Jenner 1567 †), den Ständen vorgebracht, daß der H. Johann Wilhelm selbst dem Churfürsten von Sachsen bewilliget habe, vier in der gedachten Affeturation benannte Ämter, wie selbige sein Bruder, der H. Johann Friedrich, inne gehabt, für die Exekutionskosten einzunehmen. Sie hätten auch darauf gebeten, ihren Herrn, den Churfürsten, wegen des obgedachten Rückstandes entweder mit Geld zu befriedigen, oder aber, vermöge der habenden Affeturation, ihn bey solchen Ämtern bleiben zu lassen. Deswegen erachteten die Stände um so mehr für recht und billiger, den Churfürsten bey Einnehmung eines, zweyer, dreyer oder aller vier affeturirten, und den Ständen schon verhafteten Ämter, so hoch sich dessen Zustand erstrecke, zu lassen, und ihn hiemit dahin zu weisen, als des Reichs Stände und Untertanen mit weitem Contributionen zu beschweren; doch sollte die Wiedereinlösung solcher eingenommenen Ämter den jungen Söhnen des H. Johann Friedrichs vorbehalten bleiben. Dieses erstattete R. Gutachten ließ sich auch der Kayser, ohne alle Abänderung, gefallen, weil er, nach Beschaffenheit dieser Sachen, und eingezogenem genugsamen Berichte, nicht anders ermessen könne, als daß die Stände bey seinen und des H. R. publicirten Landfrieden, Abschieden, Exekutionen und andern heilsamen Ordnungen in allerwege zu handhaben wären. Wegen des übrigen Antheils Landes des H. Johann Friedrichs erklärte nun der Kayser im R. A. sich dahin, daß, obgleich

der

†) S. im VII. Bande der H. T. R. G., S. 169:173.

derselbe Ihm und dem H. R., vermöge des Land- u. Epe-  
friedens und der Exekutionsordnung, heim- 1570  
gefallen und verhaftet sey, Er dennoch, auf die  
Fürbitte und Ersuchen der anwesenden Chur-  
fürsten, Fürsten und Stände, auch der andern  
Räthe und Botschaften, den drey jungen  
Söhnen \*) des H. Johann Friedrichs, aus  
Kaiserlichen Gnaden, und auf die ihrentwegen  
bey Ihm geschehene unterthänigste Abbitte, solchen  
Antheil Landes, mit allen seinen Zubehörungen,  
doch auch mit allen darauf haftenden Beschwerun-  
gen, und mit Vorbehalt der einem jeden darauf  
gehörenden Anforderungen, wieder restituirt,  
und sie damit belehnet habe. Ferner habe Er sich  
erboten, gedachten jungen Fürsten etliche Vors-  
männer zu setzen, und Commissarien zu verord-  
nen, welche fordersamst eine gebührliche Theilung  
aller Landschaften und Güter mit ihrem Vete-  
ter, dem H. Johann Wilhelm, vornehmen, und  
daneben solche Anordnung und Verwaltung der  
Landschaften und Güter anstellen sollen, damit  
nicht allein sie, ihr Vater und Frau Mutter ihre  
gebührende Unterhaltung davon haben, sondern  
auch den gemeinen Ständen des H. R. ihre auf-  
gewandte und von ihrem Vater verursachte Exeku-  
tions-

\*) Zur Zeit des Speyerischen Reichstages lebten noch  
drey Söhne des gefangenen H. Johann Friedrichs  
von seiner zweiten Gemahlin, der churpfälzischen  
Prinzessin Elisabeth, nemlich: 1) Friedrich,  
geboren den 3. Febr. 1563., 2) Johann Cas-  
simir, geb. den 12. Junius 1564., und 3) Jo-  
hann Ernst, geb. den 9. Julius 1566., von denen  
aber hernach der Älteste den 4. August 1572. ge-  
storben ist; s. Müllers Sächs. Annales, ad bb.  
aa. & dd. p. 135. 136. 139. & 161.

3. Er. tionskosten, hernach vergnügt, und bezahlet werden möchten <sup>1)</sup>).

Zur Erläuterung des bisher gesagten, und im R. A. enthaltenen, kann ich nun folgendes anführen, daß der Churfürst Friedrich von der Pfalz, als Schwiegervater des gefangenen H. Johann Friedrichs des Mittlern, sich wegen dessen Losslassung, oder doch wenigstens wegen der Einräumung seiner, dessen Bruder, dem H. Johann Wilhelm, überlassenen Länder an dessen drey unmündige Söhne, als seine, des Churfürstens, Enkel, bisher verschiedentlich Mühe gegeben habe <sup>2)</sup>). Ingleichen wird aus dem obigen erinnertlich seyn, daß die, bey der Vermählung des Pfalzgraf Johann Casimirs mit der Churfürstlichen Prinzessin Elisabeth, zu Heidelberg anwesend gewesene Fürsten einen Unwillen auf den H. Johann Wilhelm von Sachsen geworfen, daß er ihren Vorstellungen kein Gehör geben wollen, seinen zänkischen Theologen Einhalt zu thun, und daß sie daher sich nachmals mit, zum Besten der jungen und unschuldigen Söhne des gefangenen H. Johann Friedrichs, verwendet haben <sup>3)</sup>).

a. Oct. Währendem Reichstage nahm der Kayser eine Lustreise nach Heidelberg vor, um den Churfürsten von der Pfalz zu besuchen, wo zu gleicher Zeit auch die Churfürsten von Maynz und Cöln, der Teutschmeister, der Bischof von Speyer, die Herzoge Johann Wilhelm von Sachsen und Johann Albrecht von Mecklenburg, die Pfalzgrafen Richard, Johann Casimir und Christof,

<sup>1)</sup> Speyer. R. A. vom J. 1570., S. 35:40., in der N. Samml. der R. A., P. III. p. 293. a. - 294. Cf. das angezogene Manuscript, Sect. II. fol. 71. b. & 72. a.

<sup>2)</sup> S. im VII. Bande der N. T. R. G., S. 157. f.

<sup>3)</sup> S. im VIII. Bande derselben, S. 169:171.

stos, der Fürst von Teschen, und der Bischof J. Er. von Vesprin zugegen waren. Bei der Gelegenheit 1570 thaten nun die anwesenden Fürstinnen, als die<sup>s. a. m.</sup> Churfürstin von der Pfalz, Amalia, ihre drey Stieftöchter, nemlich die Gemahlinnen der beiden Brüder und Herzoge Johann Friedrichs und Johann Wilhelms von Sachsen, und die damals noch unvermählte churpfälzische Prinzessin, Cunigunda Jacoba, wie auch die Gemahlinnen der beiden Pfalzgrafen, Johann Casimirs und Reichards, mit ihrem ganzen Frauenzimmer, dem Kayser einen Fußfall in dem grossen Saale auf dem Schlosse zu Heydelberg, und baten für den gefangenen H. Johann Friedrich. Hierauf traten auch alle anwesende Churfürsten und Fürsten hinzu, und legten gleichfalls eine Fürsbitte für denselben ein, woben der Churfürst von der Pfalz selbst für alle das Wort führte. Der Kayser antwortete ihnen darauf selbst: Er habe ungerne gesehen, daß die Sachen dahin gerasen wären; weil aber solches, durch alle Stände, also beschlossen worden, so wollte es ihm nicht geziemen, etwas für sich zu thun; doch wolle Er es gleichwohl zum besten befördern.

Mittlerweil und als der Kayser nach Speyer zurückgekommen war, kam nun auch die Sache wegen des Streites zwischen dem Churfürsten von Sachsen und dem H. Johann Wilhelm über die affekturirten vier Aemter, und wegen der Restitution der jungen Prinzen des gefangenen H. Johann Friedrichs, in mehrere Bewegung, wie man aus dem Tagebuch des Graf Ludewigs von Witgenstein erschen kann, welcher den Verlauf der Sachen folgender massen erzählt. Nachdem H. Johann Friedrich, im J. 1566., in die Acht erkläret worden, habe man mit dessen Brus-

3. Chr. der, dem H. Johann Wilhelm, darüber fleißig  
 1570 gehandelt, die Exekution mit zu übernehmen, wozu  
 er sich auch willig erzeigt hätte, und würde, ohne  
 sein Zuthun, Gotha schwerlich erobert worden seyn.  
 Weil auch der Kayser den H. Johann Friedrich  
 damals nicht habe belehnen wollen; so hätte der  
 H. Johann Wilhelm die Belehnung für sich  
*pro Rata et simultanea Investitura* empfangen, und  
 da nun die Belehnung *pro indiviso*, aber nicht  
*in solidum* geschehen; so vindicire sich deswegen der  
 H. Johann Wilhelm das Lehen *iure accrescen-*  
*di*. In dem darauf angegangenem Kriege habe der  
 Kayser die Unterthanen, mit Erlassung ihrer  
 Eide, an den H. Johann Wilhelm gewiesen,  
 dagegen er die Unkosten erlegen sollte, wie er sich  
 auch deswegen gegen den Churfürsten und die exes-  
 quirende Kreise auf vier Aemter verschrieben  
 habe, und hätten die Unterthanen des H. Johann  
 Friedrichs seinem Bruder, dem H. Johann  
 Wilhelm, und dessen Erben schwören müssen,  
 nach deren Abgang aber dem Churfürsten und fol-  
 gends dem Landgrafen zu Hessen. Alles dieses  
 habe der Kayser schriftlich genehmiget, die R.  
 Stände aber hätten, unwissend der Affektua-  
 tion, die Contribution wegen Gotha bewilliget.  
 Als aber hernach zwischen dem Churfürsten von  
 Sachsen und dem H. Johann Wilhelm ein Uns-  
 willen entstanden, und der Kayser, währendem  
 Reichstage, bey den Ständen wegen der übrigen  
 Gothaischen Kosten, um eine neue Anlage an-  
 halten wollen, habe der Churfürst bewilliget, solches  
 aus der Proposition zu lassen, und dagegen die  
 Einräumung der vier affecturirten Aemter be-  
 gehrt. Hingegen habe der H. Johann Wilhelm  
 den Kayser um die Bestellung eines Friedstans  
 des gebeten, und die Stände hätten bey dem Kay-  
 ser

fer eine Fürbitte für den gefangenen H. Johann 3. Chr. Friedrich eingelegt. Der Churfürst von Sachsen habe auch bewilliget, die Kinder, aber nicht den Vater, zu restituiren, wogegen der H. Johann Wilhelm angehalten, daß er das Land behalten, und davon den Kindern nur allein den gebührlchen Unterhalt geben dürste, worauf dann die R. Stände ihr Bedenken dahin gegeben, die Kinder zu restituiren, und ihnen Vormünder zu setzen.

Der Kayser übergab diese Sache zu weiterer Berathschlagung einigen seiner Geheimen und R. Hof-Räthe, nemlich dem Grafen Ludewig von Wittenstein, dem Lazarus von Schwendy, dem Landvogt von Ilßing, dem R. Vicekanzler, D. Weber, den Geheimen Räten Schorber und Gail, wie auch dem Sekretär Erstenberger, die deswegen mit einander in Conferenz traten, und die von dem Churfürsten von Sachsen, dem H. Johann Wilhelm und den R. Ständen übergebene Schriften durchgingen. Der H. Johann Wilhelm erbot sich zu Recht und gütlicher Erkenntniß, indem er nicht allein *nomine tutorio*, sondern auch als nächster Schwerdtmage und *ex simultanea Investitura utilis domini* der Besizer von seines Bruders verlassenen Landen sey, und bat, ihn seines erlangten Rechtes nicht zu entsetzen. Die Affekuration sey aus dringender Noth, aber doch mit gewissen Bedingungen geschehen, und der Churfürst von Sachsen habe sich zu Frankfurt erklärt, die Unkosten bey dem Reiche zu fordern; übrigens erbot er sich sonst alles guten gegen seinen gefangenen Bruder, dessen Gemahlin und Kinder. Endlich sey ihm auch zugesagt worden, daß die Exekution ihm ohne allen seinen Schaden seyn solle. Weil aber die

3. Ebr. Restitution ihm in viele Wege nachtheilig wäre, 1570 und die Unterthanen sich beschweren würden, von der gethanen Pflicht sich abweisen zu lassen; so könnte er keinesweges darein willigen. Hier-  
 auf übergaben die Stände eine kurze Antwort, worin sie auf ihrer vorigen Meinung wegen der Restitution beharreten, und die drey weltlichen Churfürsten zu Vormündern der Kinder des H. Johann Friedrichs, zu Commissarien aber, jedoch nach Belieben des Kayfers, den Bischof zu Würzburg, den H. Julius zu Braunschweig, den Landgrafen von Hessen und den Marggrafen Georg Friedrich von Brandenburg, Anspach vorschlugen, auch sollte der Churfürst von Sachsen Macht haben, die vier asseturirten Aemter selbst einzunehmen. Ausserdem zeigten die R. Stände mündlich an, daß des H. Johann Friedrichs verwürktes Land nicht dem Bruder, sondern dem Reiche heimgefallen sey, und also nach dessen Abgang auf die Kinder, im Falle, daß sie restituirt werden sollten; dann die Zuldigung sey an den H. Johann Wilhelm, zwar aus beweglichen Ursachen, aber doch nur *ad tempus*, geschehen, und die Investitur nicht *in solidum*, sondern *simultanee* geschehen. Hiernächst habe sich das Reich, der Unkosten halber, seines Rechtes nicht begeben, sondern was dasselbe davon erlegt habe, sey dem Churfürsten von Sachsen zu Gefallen, und zu dessen fordersamster Vergnügung geschehen, auch habe H. Johann Wilhelm selbst, in seiner Asseturation, die Restitution angezogen.

H. Johann Wilhelm replicirte hierauf, daß der Kayser selbst ihm, nach Einnehmung der Landschaft und Zuldigung, dazu Glück gewünscht und solche gebilliget habe, mit dem ~~Es~~ bieten, ihn bey denselben zu schützen und zu hand-  
 haben.



haben. Und ob er gleich in der Affekuration der R. J. Erb-  
 stitution der Kinder zufälliger Weise gedacht hätte; 1570  
 so habe es doch damit eine andere Meinung, zudem  
 er sich die vier Aemter, auf den Fall der Restitu-  
 tion, vorbehalten habe. Er wäre indessen, auf der  
 Erbverbrüdereten und Erbvereinigten Wohl-  
 gefallen, zufrieden, daß, durch deren Unterhandlung,  
 die Restitution und Erbtheilung geschehen möge;  
 doch daß keine andere Commissarien und Vor-  
 münden, sondern Er allein, als *legitimus*, ver-  
 ordnet würden. Hierauf gaben die R. Stände  
 abermals die vorige kurze Antwort, und wieder-  
 holten, daß aus der Affekuration klar zu ersehen,  
 daß die Einräumung zugelassen, und die Stän-  
 de sich ihres Rechtes nicht begeben hätten.  
 Zugleich hielten sie die vorgeschlagenen Vormünder  
 und Commissarien für billig, doch könnten sie, nach  
 Gutdünken des Kayser, geändert werden; und  
 baten zuletzt, den H. Johann Wilhelm von den  
 beschwerlichen Auflagen, als wenn die Stände  
 nur ihren Tugzen suchten, abzuhalten. Allein  
 der H. Johann Wilhelm erwiederte darauf, daß  
 der Kayser, nachdem ihm von den R. Ständen  
 die Exekution heimgestellt worden, auch die  
 Macht gehabt habe, ihm seines Bruders ver-  
 wärfte Lande zuzustellen, welche er auch *per ius*  
*acrescendi* billig habe, und deswegen keiner neuen  
 Belehnung bedürfte.

Nach Verlesung dieser Wechselschriften  
 und abgestatteter Relation, kam es vornemlich auf  
 die Frage an: ob, da die Sentenz der Verur-  
 theilung wegen des Lasters der beleidigten  
 Majestät, gegen den gefangenen H. Johann  
 Friedrich, noch nicht gefällt worden, und da  
 einem zu restituirenden Abgeführten nur die  
 Güter wieder einzuräumen schienen, die man bey

3. Ob dem Sifthus fände, des gefangenen H. Johann  
 1570 Friedrichs Güter wirklich bey dem Sifthus zu  
 finden wären, oder auf seinen Bruder, den H.  
 Johann Wilhelm übertragen worden? Und da  
 zeigte sich nun aus der ganzen Handlung, daß hierin  
 unbeständig verfahren worden, mithin vor und  
 wider diese Frage disputirt werden könnte, und  
 daß überhaupt, in der Gotha'schen Exekutions-  
 sache, alles und jedes, nach dem Gurdünken des  
 Churfürstens von Sachsen, verhandelt worden.

Als es daher, bey der Conferenz der Kay-  
 17 Oct. serlichen geheimen Rätthe, zum Votiren kam,  
 so gab der K. Vicekanzler, D. Weber, seine  
 Meinung dahin zu erkennen: obgleich 1) der ge-  
 fangene H. Johann Friedrich auf das Laster der  
 beleidigten Majestät hätte verdammt werden  
 mögen; wie auch der Churfürst von Sachsen an-  
 fangs gerne gesehen hätte, und also dessen Kinder  
 aller Succession von Rechtswegen beraubt, be-  
 sonders wegen der, in der Belagerung, aufgefan-  
 genen Briefe des erstgedachten Herzogs, in denen  
 er den Kayser einen Verlogenen, und der sich  
 seiner Krone unwürdig gemacht, nenne; so lasse  
 er sich doch die Restitution seiner Kinder, auf die  
 Fürbitte der K. Stände und Bewilligung des  
 Churfürstens von Sachsen und des H. Johann  
 Wilhelms, nicht mißfallen. Allein 2) wegen  
 desjenigen, was zu restituiren, hielt D. Weber  
 dafür, daß man, obgleich die Stände begehrten,  
 daß die Restitution völlig, und bloß mit Vorbe-  
 halt des dem Churfürsten darauf noch zukommen-  
 den Rückstandes von 300000. Gulden, gesche-  
 hen solle, den H. Johann Wilhelm dessen von  
 Rechtswegen nicht entsetzen könnte, indem nem-  
 lich die Güter nicht bey dem Sifthus gefunden,  
 und

und das Verbrechen so beschaffen wäre, daß es 3. Chr. auch auf die Erben gieng. Er zeigte zugleich aus <sup>1570</sup> allen vorgegangenen Handlungen, daß die erste Absicht gewesen, den H. Johann Wilhelm bey der Herrschaft und dem eigenthümlichen Besitze, *iure perpetuo*, zu lassen, bloß allein nach Abzug des Wittums der Fürstlichen Gemahlin und der Unterhaltung des gefangenen Fürstens und seiner Kinder, auch der Unkosten, wie sie nach Billigkeit gemässigt worden; doch glaubte er, daß die Restitution, mit Einwilligung des H. Johann Wilhelms selbst, geschehen könnte. Ferner und 3) wie die Restitution und Erbtheilung anzustellen, war der R. Vicekanzler der Meinung, daß a) die drey weltliche Churfürsten, nebst dem H. Johann Wilhelm, zu Vormündern zu verordnen wären, mit der Bedingung, daß der Churfürst von Sachsen, wegen der vier affekurirten Aemter, und der H. Johann Wilhelm, seiner Privatforderungen halber, ihre Sachen vor den Commissarien zuvor richtig machen sollten; b) daß die Abtheilung an Brandenburg und Hessen, als Erbvereinigte, aufgetragen, und dieselbe dergestalt angestellet werden solle, damit der H. Johann Wilhelm, seines geleisteten Gehorsams wegen, keinen Nachtheil empfinde, wie dann den Commissarien eine gewisse Maaß, in den gedachten Sachen summarisch zu verfahren, vorgeschrieben werden solle, vor deren Erledigung der H. Johann Wilhelm nicht zu entsetzen wäre, sondern vielmehr die Commission mit der Theilung gleichen Schritt halten sollte; und endlich c) was die Affekuration belange, so solle die Liquidation der übrigen Unkosten und der Genererstattung vor den Commissarien, auch die Einräumung der mehrgedachten Aemter geschehen, doch nur zur

**3. Art. Zugmießung, und den Erben vorbehalten bleiben, selbige wieder einzulösen.**

Dieses umständliche Votum billigte der D. Gail, nur daß er vermeinte, es wäre an zwey Vormündern genug, nemlich dem Churfürsten von der Pfalz, als mütterlichem Großvater, und dem H. Johann Wilhelm, als nächstem Verwandten; der D. Schubert aber trug darauf an, daß der Kayser die Obervormundschaft sich vorbehalten solle. Hingegen trat Graf Ludewig von Witgenstein der Meinung des R. Vicekanzlers, D. Webers, bey, weil sie milder wäre, und sowohl den Ständen, als auch dem Churfürsten von Sachsen und dem H. Johann Wilhelm ein Genüge thäte. Der von Schwendi setzte hinzu, der Kayser solle die Restitution, mit sonderlicher Ausführung der Ursachen und Umstände, als eine bloße Gnade und mit Ansehen thun, damit man nicht dafür halten möchte, als wäre solches aus schuldigen Rechten oder etlicher Parteylichkeit geschehen, sondern bloß auf Fürbitte und aus Gnaden. Und da auch der Churfürst von Sachsen ohnehin genugsame Erstattung bekommen, und man ihm die Rechnung, nach seinem Gefallen, zu Erfurt passiren lassen; so wäre er zu erinnern, daß er sich gegen die Kinder des gefangenen Fürstens milde erzeigen möchte. Endlich vermeinte noch der Landvogt von Ilßing, weil die Grafschaft Henneberg, durch vorige Kayserliche Bewilligung, auf Sachsen fallen sollte \*), der H. Johann Friedrich aber solches verweigert hätte, es nunmehr zu des Kayfers Gefallen stünde, den H. Johann Wilhelm, wegen seines geleisteten Gehorsams, damit zu vergnügen, oder solche für sich zu behalten.

Nach

\*) S. im II. Bande der H. T. R. G., S. 483, 486.

Nachdem nun der Kayser den Entschluß, J. Chr. wegen der Restitution der bisher öfters erwähnten jungen Prinzen des H. Johann Friedrichs, gefaßt hatte; so geschah die förmliche Abbitte in der 4. Dec. Kayserlichen Kammer, in Gegenwart verschiedener Fürsten und ihrer Gesandten, wegen der Prinzen durch den H. Johann Wilhelm selbst, und wegen des Churfürstens von der Pfalz und seiner Tochter, des gefangenen Fürstens Gemahlin, durch Graf Wölffen von Löwenstein und Graf Ernichen von Leiningen. Der Graf von Löwenstein führte hiebei das Wort, und sagte, daß, obgleich der H. Johann Friedrich gegen den Kayser verbrochen hätte, und also seiner Ländereien beraubet worden, dennoch der Kayser, mit Bewilligung des Churfürstens von Sachsen, gewillet wäre, dessen Kinder auf gebührende Abbitte zu restituiren, deswegen er unterthänigst bitten wollte, sie mit Gnaden anzunehmen. Hierauf antwortete der Churfürst von Maynz, im Namen des Kayfers, daß, obgleich der Kayser gerechte Ursachen zum Unwillen habe, Er dennoch gegen die Kinder des Herzogs, statt der Strenge, Gnade wolle vormalten lassen; doch daß sie sich in Zukunft gehorsamer bezeigten, wofür dann der Graf von Löwenstein den schuldigen Dank erstattete <sup>m</sup>).

Bei Gelegenheit der bisher erzählten Handlungen wegen der Gotha'schen Exekutionskosten und der Restitution der Kinder des gefangenen H. Jos

m) S. Graf Ludewigs von Witgenstein Diarium, in der Sendenberg. Sammlung x., T. I. P. II. p. 12. 23-30. & 95. Scharzii Epitome ad a. 1570., in Eius Scriptor., T. IV. p. 148. b. Chytraeus l. c., L. XXII. p. m. 598. und Schadaeus l. c., P. II. L. VI. §. 62. p. m. 198.

J. Ehr. H. Johann Friedrichs war unter andern mit vor-  
 570 gekommen, daß der Fränkische Kreis, und noch  
 einige andere Stände, zu den gedachten Gotha's-  
 chen Exekutionskosten ein mehreres an Gel-  
 de, als ihre Gebühr betrüge, ausgeleget, und  
 deshalb, noch zur Zeit, nicht ihre völlige Wie-  
 dererstattung bekommen haben sollten; wie dann  
 auch darüber verschiedene Rechnungen dem  
 Reichstage vorgeleget worden. Sie wurden da-  
 her, vermöge des R. A., vom Kayser und den  
 Ständen, an den zu Erfurt, im J. 1567., ge-  
 machten Abschied erinnert, worin ausdrücklich  
 versehen worden, wo und wie ein jeder, seiner  
 Uebermasse halber, aus der zehemmonatlichen  
 Hülfe vergnüget werden solle †), wornach sie sich  
 auch zu verhalten hätten. Doch wolle der Kayser,  
 zu förderlicher Erlangung ihres Ausstandes, sei-  
 nem Fiscal hietmit befohlen haben, zu Einbrin-  
 gung der übrigen Gotha'schen Exekutionskos-  
 ten und des Worms'schen Wartgeldes \*), ge-  
 gen die Säumnigen, mit unverzüglichem Rechte,  
 schleunigst zu verfahren; indem es billig und  
 recht, daß ein jeder, zu solchem vollzogenem Justiz-  
 werke, und verhüteter innerlichen höchsten Empö-  
 rung, seine versprochene Contribution entrichte,  
 und eine durchgängige Gleichheit darin gehalten  
 werde †).

Der

†) S. die H. L. R. G., im VII. Bande, S. 343.

\*) S. ebendieselbe, im VI. Bande, S. 51:53.

n) Speyer. R. A. von d. J., S. 41., in der H.  
 Samml. der R. A., P. III. p. 294. a. Daß über-  
 gens auf verschiedenen Fränkischen Kreistagen vom  
 J. 1567. an über die Restitution dieses vom Frän-  
 kischen Kreise gethanen Vorschusses berathschla-  
 get und tractirt worden, kann man aus den vorhan-  
 denen Kreisabschieden ersehen, in G. E. Moiers  
 Samml.

Der fünfte Punkt der Kayserlichen Proposition betraf die Verbesserung des Reichs-Justizwesens und der K. G. O. <sup>o)</sup>. Ehe wir aber dasjenige anführen, was hievon auf dem Reichstage vorgefallen, und hernach in den R. A. gebracht worden, wollen wir erst dasjenige einschalten, was noch vor Eröffnung des Reichstages bey dem R. G., in diesem Jahr, merkwürdiges vorgefallen ist, weil solches einigen Einfluß in die nachherige Reichstägliche Berathschlagungen über das R. G. hat. Als bald zu Anfang des Jahrs die erste solenne Audienz am 9. Jan. gehalten wurde, befand sich das R. G. so vollständig, als es fast noch in keinem Jahr gewesen war. Dann außer dem B. Marquard von Speyer, als Kammerichter, und zwey Präsidenten waren bey demselben dreyszig Beysitzer, also daß keine einige Stelle ledig stund. Allein noch in diesem Jahr dankten der erste Präsident oder Assessor <sup>3. Mar</sup> generosus, Graf Wilhelm von Ottingen, und hernach auch der von dem Burgundischen <sup>2. Oct.</sup> Kreise präsentirte Assessor, Aggäus von Albada <sup>m. Maio</sup> ab <sup>p)</sup>. Zur gewöhnlichen Zeit gieng hierauf die jährliche Visitation des R. G. <sup>q)</sup> vor sich, und erschienen dabey als Kayserliche Commissarien <sup>1)</sup> Phil

Samml. des H. R. R. sämmtl. Erays: Abschlüsse, P. I. p. 419-422. 434. sq. 445. 454. 456. 465-467. 474-476. 508-511. und P. II. p. 38. 75. coll. p. 107. sq.

o) S. in diesem VIII. Bande der N. T. R. G., S. 189.

p) de Ludolf Comm. systemat. de iure Camerali, in App. X. ad a. 1570. p. m. 82. sq.

q) S. in diesem VIII. Bande der N. T. R. G., S. 114, 116.

3. Hr. Philipp der jüngere \*), Freyherr von Win-  
 1570 nenburg und Beilstein, Kayserlicher Hofpräsi-  
 dent, und 2) der Kayserliche Hofrath, D. Ti-  
 motheus Jung. Der Churfürst Daniel von  
 Maynz schickte als Visitatoren nach Speyer den  
 Maynzischen und Lüttichischen Domherrn,  
 Arnolden von Buchholz und seinen Kanzler, D.  
 Arnolden Fabri, Churfürst Friedrich von der  
 Pfalz aber seinen Hofrichter zu Heidelberg, D.  
 Hartmann Hartmanni von Eppingen. Wegen  
 der geistlichen Fürsten sollte persönlich erscheinen  
 Bischof Johannes zu Münster, Administrator  
 des Stiftes Paderborn, als an welchem diesmal  
 die Reihe war, er ließ sich aber Leibeschwach-  
 heit halber entschuldigen, und von den weltli-  
 chen Fürsten fertigte H. Wilhelm von Jülich u.  
 seinen Hofrath, D. Conrad Fürstenbergern ab.  
 Endlich fanden sich auch noch D. Gallus Zager  
 wegen der Prälaten, D. Johann Rahn †)  
 (Ram) wegen der Schwäbischen Grafen, und  
 von Seiten der R. Stadt Frankfurt am Mayn  
 ihr Advokat, D. Arnold Engelbrecht ein.

Nachdem von den Kayserlichen Commis-  
 sarien und den subdelegirten Visitatoren, mit-  
 telst Vorzeigung ihres Kayserlichen Befehls und  
 ihrer Vollmachten, der Legitimationspunkt  
 war berichtet worden, und man dagegen nichts  
 einzuwenden befunden; so meldeten die Chur-  
 Maynz

\*) So wird er genannt zu Anfang der an den Kayser  
 abgestatteten Relation, bey'm Zettelbla, l. mox c.,  
 p. 67.; allein in dem bey ebendenselben, l. c., p.  
 75., befindlichen Verzeichniß der Namen der dama-  
 ligen Kayserlichen Commissarien und Visitatoren:  
 heißt er der Ältere.

†) Dieser kommt in der Relation, bey'm Zettelbla.  
 l. c., p. 68., mit vor, er fehlt aber in dem vorg-  
 dachten Verzeichniß, apud Eundem, l. c., p. 76.



Maynzischen Subdelegirten, daß der Speyer<sup>3</sup> Er-  
 rische Dompriester, Wilhelm von Amelung, 1570  
 an sie ein, von dem B. Johannes von Münster,  
 als Administrator zu Paderborn, an die dama-  
 lige Visitation gerichtetes, versiegeltes Schrei-  
 ben, und noch ein erbrochenes Missiv, nebst ei-  
 ner versiegelten Instruction an ihn, den Doms-  
 priester, und andere darin Benannte, überschickt  
 habe, mit Bitte, solche im Rathe vorzubringen,  
 welche Schreiben und Instruction dann auch  
 verlesen wurden. In jenen gab nun der gedachte  
 B. Johannes zu erkennen, daß er zwar, auf das  
 gechehene Erfordern des Churfürstens von  
 Maynz, gesonnen gewesen, der itzigen Visita-  
 tion in Person beyzuwohnen; allein er wäre  
 plötzlich mit einer plötzlichen Leibeschwachheit  
 befallen worden, daß er die vorgehabte Reise hätte  
 unterlassen, und sich unter die Cur der Aerzte be-  
 geben müssen. Nun hätte er zwar den B. Dietrich-  
 von Worms ersuchen lassen, der itzigen Vi-  
 sitation, statt seiner und auf seine Kosten, beyzu-  
 wohnen; aber derselbe habe sich gleichfalls, Krank-  
 heit und anderer Ursachen halber, entschuldiget,  
 und wegen Kürze der Zeit habe er, mit allem ange-  
 wandten Fleiße, nichts fruchtbarliches ausrichten  
 können; Er hoffe also, daß der Kayser und die  
 Stände ihn für diesmal genugsam entschuldiget  
 halten würden.

Ben der darüber von den Visitatoren gehal-  
 tenen Berathschlagung, hielt man nun dafür, daß  
 mit der dem B. Johannes unversehens zugestossenen  
 Krankheit zwar ein billiges Mitleiden zu tragen,  
 und daß auch die R. G. O., P. I. Tit. 50., dies  
 für einigen Ursache wegen, die nicht erscheinens-  
 de Fürsten für entschuldiget annehmen. Weil  
 aber in den beiden R. A. vom J. 1559. und  
 1566.

3. Chr. 1566. \*) die Disposition, wie und welcher gestalt  
 1570 der erforderliche geistliche oder weltliche Fürst, ent-  
 weder selbst zur Visitation kommen, oder aber einen  
 andern Fürsten oder Fürstnässigen für ihn zu  
 erscheinen vermögen solle, etwas weiter erklärt,  
 und darin keine Entschuldigung zugestandener  
 Leibesnoth vermeldet worden, auch der Kam-  
 merrichter und die Beysitzer sich ausdrücklich und  
 schriftlich dahin erklärten, daß sie künftig, in  
 Abwesenheit der Fürstlichen Personen, keiner  
 Visitation, ohne Kaiserliche Resolution, sich un-  
 terwerfen würden; so beschloßen die Visitatoren,  
 daß sie zwar diesmal mit der Visitation fortfah-  
 ren wollten, sie stellten es aber, in ihrer nachmalig-  
 en an den Kayser abgestatteten Relation, zu des-  
 sen Belieben, was er seinem Fiscal, zu Einbringung  
 der, in den vorgedachten R. A., auf das Ausblei-  
 ben eines Fürsten, gesetzten Strafe, befehlen,  
 und auf die übergebene Erklärung des Kammer-  
 richters und der Beysitzer, mit Rath der Stän-  
 de, in der bevorstehenden R. Versammlung, fer-  
 ner verordnen wolle.

Da nun also die Visitatoren den Schluß  
 gemacht hatten, die vorgenommene Visitation fort-  
 zusetzen, zumal auch der R. A. vom J. 1566.  
 solches, ungeachtet der Abwesenheit der Fürstli-  
 chen Personen, ihnen auflegte †); so verglie-  
 chen sie sich über die Punkten und Fragstücke,  
 worüber die Personen nach Gelegenheit zu befragen,  
 und über einen dem Kammerrichter und den  
 Beysitzern zuzustellenden Memorialzettel. Sie  
 ließen daher demselben anzeigen, daß sie unter-  
 schiedlich, mit Befehl, zu der igiten Visita-  
 tion

\*) S. die N. T. R. G., im IV. Bande, S. 76. f.  
 und im VI. Bande, S. 303. f.

†) S. im VI. Bande der N. T. R. G., S. 304.

nion abgefertiget worden, und entschlossen wären, 3. Ebr. selbige, vermöge der K. G. O. und anderer R. 1570 A., mit gebührendem Fleiße, zu verrichten, in Zuversicht, jene würden sich derselben gehorsam unterwerfen, zu deren Beförderung Sie dann auch ihnen ein Verzeichniß ihrer Personen, nebst dem obgedachten Memorialzettel, sogleich und noch vor dem Examen zustellen ließen. In demselben war nun enthalten, der Kammerrichter möchte beordnen: 1) daß den Kayserlichen Commissarien und Visitatoren unterschiedliche Verzeichnisse von allen und jeden Personen, die diesmal, altem Gebrauche nach, zu visitiren wären, übergeben würden; 2) daß ihnen auch ein anderes Verzeichniß zugestellet würde, wie viele Sachen ein jeder Bessitzer *definitive et interlocutorie*, seit der letzten Visitation, oder seitdem ein jeder zum Gerichte gekommen, referirt habe; 3) daß die Procuratoren eine Designation abgäben, wie viele Parteyen und Sachen ein jeder habe; 4) in gleichen die Leser, wie viele beschlossene Sachen noch im Gewölbe, und wie viele noch unexpedit bei den Referenten vorhanden wären, wie lang in jeder Sache beschlossen gewesen, und wie viele Sachen, seit der letzten Visitation, *definitive* oder *interlocutorie* referirt worden. Hiernächst und 5) sollte auch das K. G. schriftlich anzeigen, wo des Processes halber einige Mängel vorhanden, worin eine fernere Reformation oder Verbesserung, als im letztern Speyerischen R. A. versehen, nöthig wäre, und wie solche zu verbessern seyn möchten. Und endlich 6) sollte den Kayserlichen Commissarien und Visitatoren ein Verzeichniß der verglichenen Punkten, zu gleichmäßigem Verstande der hiebevot ungleich gehaltenen Fälle, vermöge des letztern Visitationis

3. Ex. tions = Memorials = Zettels, fordersamst zuge-  
1570<sup>o</sup> stellet werden.

Nach einigem Bedachte erklärten sich der  
Kammerrichter und die Beysitzer in ihrer Ant-  
wort dahin, daß sie an den Personen der izzigen  
Visitation keinen Mangel fänden, und auch  
erbietig wären, der Visitation, vermöge der R.  
G. O. und der R. A., sich zu unterwerfen.  
Weil aber im R. A. vom J. 1559. ausdrücklich  
versehen wäre, daß jederzeit zur Visitation des  
R. G. auch eine Fürstliche Person erscheinen,  
und derselben beywohnen solle \*), der dimal be-  
schriebene Fürst aber noch nicht zugegen wäre;  
so hätten sie nicht unbilliges Bedenken, sich dimal  
sogleich, zu schädlicher Folge bey andern Fürsten,  
und zum Abbruche der R. A., zu unterwerfen.  
Sie bäten daher, sie dieserhalb nicht zu verdenken,  
sondern für entschuldiget zu halten. Die Kay-  
serlichen Commissarien und die Visitatoren der  
Stände ließen hierauf den Kammerrichter und  
die Assessoren zur Antwort wissen, daß sie selbst  
gehofft, und nichts lieber gesehen hätten, als daß der  
Bischof zu Münster, welcher als Administra-  
tor zu Paderborn zur Visitation erfordert wor-  
den, mit zugegen seyn möchte; allein er habe sich,  
wegen einer ihm kürzlich zugestossenen Krankheit,  
schriftlich entschuldiget, und gemeldet, daß er zwar  
einen andern Fürsten, nemlich den Bischof von  
Worms, ersucht habe, seine Stelle zu vertreten,  
solches aber von ihm nicht erlangen können. Uebri-  
gens wüßten die Commissarien und Visitatoren  
sich ganz wohl dessen zu erinnern, was in solchem  
Falle die R. A. ferner verordneten, und es sollte auch  
davon, besonders was von ihnen wegen der nach-  
theiligen Folge bey andern Fürsten angeregt  
wer-

\*) S. im IV. Bande der H. T. R. G., S. 76. u. f.

worden, gebührende Relation an den Kayser er. J. Ehr. folgen; mithin wollten Sie um so mehr sich zu ihnen 1570 versetzen, daß sie sich, in Betracht des letztern Augspurgischen R. A., der Visitation gehorsam unterwerfen würden.

Auf solche Erinnerung übergaben der Kammerichter und die Beysitzer der Visitation ein 6. May  
 nen Submissions- und Protestations- Zettel, oder Anzeige und Erklärung, worin sie äusserten, daß sie sich auf die heutige Erklärung, noch zur Zeit, nicht so *pure* submittiren könnten. Wosern aber die Kayserlichen Commissarien und Visitatoren, an deren Personen man ganz und gar keinen Mangel fände, nochmals darauf bestehen wollten, und sich getraueten, ungeachtet der heute Vormittag von ihnen geschehenen nothwendigen, und von den Commissarien und Visitatoren selbst für erheblich erachteten Anzeige, mit der Visitation fortzufahren, und es bey dem Kayser, den Churfürsten, Fürsten und Ständen nicht allein anzubringen, sondern auch zu verantworten; so wollten der Kammerichter und die Assessoren ihnen hierunter keine Verhinderung machen, sondern sich unterwerfen. Doch erklärten sie dabey ausdrücklich, daß, wenn künftig der beschriebene Fürst in Person wieder nicht erschiene, oder inzwischen keine andere Provision vom Kayser geschähe, die ige Submission dem R. G. nicht präjudiciren sollte. Dann Sie wollten sich hiemit endlich dahin erklären, daß sie hinfuro, in Abwesenheit des beschriebenen Fürstens, sich keinesweges submittiren würden, weil solches dem ganzen L. R. einen beschwerlichen Eingang machen würde. Nach Verlesung dieser Anzeige und Erklärung wurde, von Seiten der Visitation, dem R. G. geantwortet: man liesse  
 D 2 ihre

J. Ehr. ihre Erklärung auf sich ersitzen, wollte aber  
 1570 ihre gehorsame Submission annehmen, und mit  
 der Visitation, wie in der K. G. O. und andern  
 K. A. vorgeschrieben worden, verfahren, wobei es  
 dann auch gelassen wurde.

Nach diesen gehobenen Hindernissen schritt  
 9. Man nun zur Visitation selbst, und machte mit  
 dem gewöhnlichen Examen der Personen den Ans-  
 fang, womit man einige Tage lang fleißig fortfuhr,  
 17. e. m. bis man solches völlig zu Ende brachte. In der hier-  
 von an den Kayser abgestatteten Relation rüh-  
 men die Commissarien und Visitatoren von dem  
 damaligen Kammerrichter, dem B. Marquard  
 von Speyer, daß derselbe seinem tragenden Amte,  
 als ein verständiges, fleißiges, und allerdings  
 qualificirtes Haupt, wohl vorstehe; nur allein,  
 daß er nicht jederzeit, wegen Leibesblödigkeit,  
 in den Senaten und Audienzen erscheinen könne,  
 da dann die Präsidenten, an deren Geschicklich-  
 keit und Fleiße auch kein Mangel wäre, bisher  
 dessen Stelle wohl vertreten hätten. Indessen  
 wäre ihnen angezeigt worden, daß, gleich vor An-  
 fang der izzigen Visitation, der eine Präsident,  
 Graf Wilhelm von Oettingen, seine Stelle dem  
 Kammerrichter und den Beysitzern aufgetre-  
 diget hätte, wie dann solches nummehr ohne Zwei-  
 fel auch dem Kayser wurde gemeldet worden seyn.  
 Weil nun aber die vielfältigen Veränderungen  
 sowohl der Präsidenten, als auch der andern Asses-  
 soren, der Justizpflege nicht wenig hinderlich  
 wären; so zweifelten Sie nicht, der Kayser werde  
 hierunter die Nothdurft des Gerichtes vaterlich  
 bedenken, damit solche Präsidentenstellen nicht  
 so oft geändert, sondern dieselben, mit Verbes-  
 serung ihrer Besoldung oder sonst, dahin ver-  
 mocht würden, mehrere Jahre bey dem Gerichte

te, wie im letztern Augspurgischen R. A. ver. J. Er-  
sehen wäre, zu bleiben. Auch die andern Bey- 1570  
sitzer wären, bis auf eine Person, gegen welche  
man die gebührliche Wege vorgenommen, fleissig  
und der Ordnung gemäß befunden worden. Die-  
selben hätten vom 1. May 1569. bis zum letzten  
April d. J. 60. Sachen *definitive*, und 219. *in-*  
*terlocutorie* referirt und erlediget, und ausserdem  
hätten sie noch 95. *definitive* und 129. *Interlocu-*  
*torien* beschlossener Sachen, nebst 20. *Modera-*  
*tions*sachen, worin auch beschlossen, zu refer-  
riren. Der andern unbeschlossenen Sachen,  
worin noch täglich verfahren würde, sollen übrigens,  
vermöge des empfangenen Berichts, ungefähr an  
die 5000. seyn, ausgenommen die *fiskalischen*  
Sachen.

Wegen der Kanzleyverwandten bey dem  
R. G. wird, in der vorhin gedachten Relation an  
den Kayser, gemeldet, daß man, bey deren *Dis-*  
*ciplin*, von dem Kanzleyverwalter nicht anders  
vernommen, als daß er verständig und fleissig  
seinem Amte genugthue, wie man dann auch  
bey den andern ihm untergebenen Personen  
keinen sonderlichen Mangel verspüret hätte.  
Der Kayserliche *Prokurator* *fiscal* und sein  
*Advokat* wären gleichfalls, nach geschehener *Erkän-*  
*gung*, wohl qualificirt befunden worden; woben  
man jedoch erwähnt hätte, daß sie zu *Einbringung*  
der R. Anlagen förderlicher, als bisher gesche-  
hen, zu verfahren hätten, wozu sie sich auch  
willig erbieten, wofern man ihnen mehrere Zeit  
zu den *fiskalischen* Audienzen vergönnte, welches  
anzustellen, dem Kammerrichter und Beysitzern  
wäre befohlen worden. Auch bey den andern  
*Prokuratoren* habe man keinen sonderlichen  
Mangel in Erfahrung gebracht, ausser daß allerley

**3. Er. Verzüglichkeit in den rechtlichen Sachen ge-  
1570** braucht, und auch sonst nicht so schleunig, wie mehrmals verabschiedet worden, verfahren würde. Solches könnte auch nunmehr, weil die Sachen überhäuft, und es an dem wäre, daß die Umfragen sich vermehrten, und die Prokuratoren der Partheyen in vielen Jahren durchaus nicht gehört werden mögen, durch keine andere Mittel abgestellt werden, als daß man längere Zeit und mehrere gerichtliche Audienzen haben müßte. Wie und welchergestalt nun dasselbe, neben andern mehrern Personen, die dazu gehören, am füglichsten und mit den wenigsten Kosten anzustellen seyn möchte, würde der Kayser, auf dem angehenden Reichstage, den gemeinen Ständen zu proponiren und zu befördern, am besten wissen. Inzwischen hätte man von Visitations wegen dem Kammerrichter und den Assessoren befohlen, diese Punkten, und was sie für weitere Zweifel oder ungleiche Verstandniß, die aus der R. G. O., den R. A. und dem täglichen Seyl herfließen, etwa hätten, fordersamst in gebührende Berathschlagung zu ziehen, und darüber ihr Bedenken an den Kayser zu bringen. Hiezu hätten sie sich auch willig erboten, und dabey weiter gemeldet, daß sie ihre vorige Beschwerden und Zweifel, auf dem letztern Reichstage zu Augspurg, dem Kayser und den Ständen vorbringen lassen, die dann damals zum Theil erlediget worden, zum Theil aber noch unerlediget geblieben, worüber sie die Entschliessung des Kayfers gewärtigen wollten.

Damit aber mittlerweile die Sachen sowohl bey dem Kammerrichter und den Beysigern, als auch bey den Prokuratoren etwas mehr befördert, und alle Hindernisse, vermöge der R. G. O. und voriger Visitationsabschiede, abgeschafft



schafft werden möchten; so stellten die Kayserl. 3. Ebr. chen Commissarien und die übrigen Visitatoren 1570 unterschiedliche Memorialzettel statt eines Abschiedes, dem Kammerichter allein, ferner demselben, den Präsidenten und Assessoren, und endlich auch den Prokuratoren zu, von denen ich nachher noch das weitere gebeten werde. Ausserdem kam auch, bey der damaligen Visitation, im Rathe noch mit vor, daß auch in Ansehung der Commissarien ganz vorzüglich gehandelt würde, worüber die Zeugen wegstürben, und viele bedrängte Stände und Unterthanen des H. R., unbilliger Weise, um die Beweisstücke in gerechten Sachen gebracht wurden. Um nun diesem zu begegnen, that die Visitation, in ihrer Relation, dem Kayser den Antrag, die Vernehmung, mit Rath der Stände, zu thun, und verabschieden zu lassen, daß hinfüro der Punkt wegen der Commissarien von den deputirten Beysitzern, nach den Audienzen, gänzlich und bis zum Beschlusse tractirt würde; dabey aber auch allen Prokuratoren zu befehlen, keine unbegründete Einreden wider die ernannten Commissarien zu erregen, als worüber von ihnen bisweilen das *iuramentum malitiae* gefordert und geleistet werden sollte. Wenn aber die Prokuratoren einander in die ernannte zu Commissarien auch Commission und Dilation bewilligen, so solle es dabey, ohne Eröffnung weitem Bescheides, bewenden. Und da auch das vorzügliche Verfahren, wenn wegen Waisen, Pupillen oder Minderjährigen um Bestellung der Tutoren oder Curatoren gebeten wird, wider alle Rechte, Natur und Billigkeit zu viel gebraucht würde; so möchte gleichfalls verordnet werden, daß die Prokuratoren, in diesem Falle, ebener massen zugelassen werden sollten, vor den Deputirten,

3. Chr. bis zum Beschlusse, summarisch und zum schleunig-  
1570 sten zu verfahren.

Hiernächst brachten die Kayserlichen Commissarien und Visitatoren, bey dem Examen, in Erfahrung, daß viele alte Briefe und Siegel, welche schon, seit vielen Jahren her, gerichtlich vorgebracht, recognoscirt und approbirt worden, häufig in den Gewölben liegen blieben, worüber den Parteyen, oder ihren Erben, weil es endlich in Vergessenheit käme, ein grosser und merklicher Nachtheil entstehen könnte. Sie stellten also dem Kayser, in ihrer Relation, vor, daß es die Nothdurft erfordern wollte, in der bevorstehenden R. Versammlung zu berathschlagen, wie die Parteyen zu warnen wären, solche Briefe von den Lesern wieder abzufordern, und, über deren Empfang zu quittiren. Endlich untersuchte auch noch die damalige Visitation die unterschiedliche Rechnungen des Siskals und Pfennigmeisters. Bey des Erstern seiner Rechnung fand man keinen Mangel, daher er darüber quittirt wurde, und blieb derselbe, nach Abzug aller Ausgaben, noch 171. Gulden, 46. Kreuzer und 1. Zeller, dem Siskus, bey nächster Visitation, als Einnahme zu verrechnen schuldig, nach Inhalt seiner Register, wovon das eine dem Kayser zugesandt, das andere aber bey der Maynzischen Kanzley verwahrlich behalten wurde. Auch die Rechnung des Pfennigmeisters vom 1. May 1569. bis zum 1. May d. J., wurde ebenfalls ehebar und just befunden, und nach Vergleichung aller Einnahmen und Ausgaben, blieb er noch 17700. Gulden, 61. Kreuzer und  $2\frac{1}{2}$  Zeller, jeden zu 16. Bagen, im Vorrathe zu berechnen schuldig; mithin man auch denselben quittirte. Mit diesem Geschäfte endigte sich nun die damalige Visitation  
des

des K. G., und die Commissarien und Visitas 1570  
ren stellten die gewöhnliche Relation von ihren 23. Nov  
Berichtungen an den Kayser ab, aus welcher das  
bisher gesagte gezogen ist 1).

Es ist kurz vorher gedacht worden, daß man  
von Visitationen wegen, dem Kammerichter,  
den Beysitzern und den Procuratoren einige Mem-  
orialzettel, statt eines Abschiedes, zugestellet  
habe. Dergleichen einen bekam nun der Kam-  
merichter für sich allein, in welchem folgende  
Punkte enthalten waren: 1) es wäre bey letzter  
Visitation vorgekommen, daß ein gewisser, nicht  
benannter, K. G. Assessör, in diesem und dem vo-  
rigen Jahre, kein Definitivurtheil referirt habe,  
und daß auch sonst an seiner Person, Leibeschwach-  
heit halber, Mangel sey; mithin der Kammer-  
richter in diesen und andern Fällen das, was sich  
vermöge der Ordnung gebühre, vorzunehmen, nicht  
unterlassen würde. Ingleichen würde derselbe 2)  
auch dieshalb ein gebührendes Einsehen haben;  
da etliche Procuratoren sich an andern Orten zu  
Commissarien verordnen ließen, und sich öfters,  
ohne hinterlassenen Bericht und versägte Substi-  
tution, vom Gerichte entfernten, dadurch aber  
ihre Partheyen versäumten. Damit auch 3) das  
am Armenseckel gehörige Geld künftig desto bes-  
ser verwahrt sey, so möchte dasselbe der Kam-  
merichter, wie von Alters hergekommen, vom  
Pedellen dergestalt in Verwahrung nehmen, daß  
diesem ungefähr 25. Gulden, um sie nach Befehl  
zu vertheilen, gelassen, das übrige aber in einem  
verschlossenen Schränklein oder Truhe, wozu

P 5

bet

1) (von Zettelblättern) vermehrter und verbesserter Be-  
richt von - - Kammergerichtl. Visitationen u.;  
(Freiburg, 1767. 4.) S. 20. p. 42. und im Anhan-  
ge, n. 5-7. p. 65-76.

3. Ctr. der Kammerichter den Schlüssel haben solle,  
1570 im Gewölbe, bey den Lesern, verwahrt würde.

Ferner und 4), da die Waisen und vaterlose Kinder so hoch und ernstlich von Gott auch Kaiserlichen Rechten befohlen wären; so solle, damit denselben mit rechter Treue vorgestanden werde, der Kammerichter ein besonderes Register der Tutores und Curatoren, wenn und wie ein jeder verordnet worden, und wie alt ein jeder Pupill oder Minderjähriger sey, bey sich haben, auch alsobald die Güter inventiren, und glaubwürdige Abschrift von jedem Inventarium nehmen lassen, auch alle Jahr einem jeden Vormund einen besondern Tag bestimmen, um vor den Deputirten die Rechnung abzulegen. Ingleichen solle Er fleißig darauf sehen: ob auch die liegenden Güter in gutem Wesen gehalten würden, und die andere fahrende Zaab, welche sich durch Aufbewahrung verschlimmerte, der Gebühr nach verkauft, und das erlösete und andere baare Geld recht nützlich angeleyet worden, auch vornemlich: ob die Pflegkinder, nach eines jeden Stand und Vermögen, bey guten und unverdächtigen Leuten, wie in solchen Fällen die Kaiserlichen Rechte Ziel und Maasß gäben, wohl erzogen und unterhalten würden. Endlich und 5) wenn die Tutel oder Curatel, nach Verlauf bestimmter Zeit, oder sonst, wie die Rechte wollen, ihre Endschafft erreicht; so solle man von einem jeden Tutor oder Curator, die Schlussrechnung und Lieferung fordern, und in solchen Fällen keinen Verzug gestatten, damit den Waisen und Minderjährigen, vermöge göttlicher, natürlicher und geschriebener Rechte, wohl gewirthschafftet und vorgestanden werde <sup>5)</sup>).

In

<sup>5)</sup> de Ludolf Corp. Iur. Camer., n. 175. p. 199. sq.

In dem andern an den Kammerrichter, 1570  
 die Präsidenten und Beysitzer gerichteten Memorialzettel, wird zuörderst denenselben zu Gemüthe geführt, daß die höchste Kayserliche Justiz des Kayserlichen R. G. das andere Kleinod sey, wodurch im H. R. R. ein gemeines friedliches Wesen, Ruhe und Einigkeit zu erhalten, und wie hoch und viel also dem Kayser, den Churfürsten, Fürsten, Ständen und allen Unterthanen des H. R. R. daran gelegen sey, daß an demselben den ansuchenden Beschwerten gebühliches und förderliches Recht mitgetheilet, und nicht vergeblich, bis auf ihr Absterben, aufgehalten werde. Weil man nun 1) bey der igitigen Visitation so viel wahrgenommen, daß die Verzüglichkeit des langwierigen Verfahrens, vornehmlich aus der Vielheit der rechtlichen Sachen und Mangel der Zeit zu den gerichtlichen Audienzen herflüsse; so wurden die Kayserlichen Commissarien und Visitatoren davon ihre Relation an den Kayser abstatten, damit hierunter von ihm, mit Rath und Rathun der Stände, auf dem igo vorsehenden Reichstage, fernere nöthige Verordnungen möge vorgenommen werden. Indessen hätte man gleichwohl daneben auch dßmal soviel in Erfahrung gebracht, daß allerhand Mängel und Unordnungen, sowohl in den Räthen, als gerichtlichen Audienzen bisher eingeföhret worden, und dadurch viele Zeit verspielt und die Sachen nicht wenig verzogen würden. Wßhin wolle man sich von Visitations wegen nochmals versehen, daß sich ein jeder der R. G. G., den vorigen Visitationsabschieden und Memorialzetteln durchaus gemäß und gehorsam erweisen werde, welches nicht allein zu Gewinnung der Zeit, und Erörterung vieler Sachen zum höchsten vermöthen, sondern auch ihnen

J. Ehr. ihnen samt und sonderß, bey dem Kayser und den  
 1570 Ständen, rühmlich seyn würde. Insonderheit  
 aber solle der Kammerrichter mit Fleiß darauf  
 halten, daß alle Bessiger zu rechter Zeit in ihren  
 Råthen erscheinen, den Relationen fleißig bey-  
 wohnen, die Säumigen, der Gebühr nach, dar-  
 um ansehen, und hierunter sowohl an den Samstags-  
 tägigen Audienzen, als sonst, niemanden überse-  
 hen. Vornehmlich solle wegen der Nebenges-  
 chäfte ein *plenus Senatus* nicht zu oft gehalten,  
 sondern solche, wenn es nicht öffentliche Ange-  
 legenheiten, die dem ganzen Collegium präju-  
 dicial seyn möchten, betreffe, mit Rath etlicher  
 Deputirten, wie von Alters hergetommen, und in  
 der Ordnung wohl versehen wäre, tractirt und  
 verrichtet werden.

In den Råthen oder Senaten aber solle  
 man 2) keinen Referenten anhören, er habe  
 dann zuörderst die nothwendigen Acten und Pro-  
 ducte in den Punkten, worüber die Submission  
 geschehen, kürzlich protokolliert, und bey sich selbst  
 den Proceß und die *Merita Causas* wohl erwogen;  
 deswegen er auch zu Anfang seiner Relation den  
 Bessigern anzeigen solle, worauf die Sache bes-  
 chlossen worden, wie sich dann auch ein jeder des  
 langwierigen Verlesens der Producte oder Ur-  
 kunden enthalten solle. Ingleichen sollen sich die  
 Assessoren im Votiren der Kürze, so viel möglich,  
 befleissen, und es solle keinem verstattet werden, die  
 Vota zum Protokoll zu dictiren, oder weitläuf-  
 tige und undienliche Disputationen einzuführen,  
 weil dadurch nur die Zeit verlohren und andere  
 Relationen merklich verhindert würden, auch sol-  
 ches ohnehin im Protokolle und bey Verständigen  
 nichts fruchte; wie man dann bey der itzigen  
 und nächstvorigen Disitation erfahren, daß der  
 meiste

meist: Theil der Beyfizer; wegen des weitläufz. Ebr. tigen Referirens und Votirens, nur eins oder <sup>1570</sup> zweymal hätte referiren können, woran der Kayser, die Churfürsten und Stände wenig Gefallen tragen würden. Es sollten daher der Kammerichter und die Präsidenten hierunter eine gute Aufsicht haben, und sich ihrer Aemter, vermöge der K. G. O. und der Visitationsabschiede, mit Ernst gebrauchen. Falls jedoch jemand verlangte, sein, mit eigener Hand geschriebenes Votum, wegen Wichtigkeit der Sache, zum Protokoll zu legen und dabey zu registriren; so solle ihm solches unbenommen seyn. Aber kein Protonotarius oder Notarius solle schuldig seyn, solches zu protokolliren, sondern allein unter dem Votiren, *quoad merita Causae*, auf die vornehmsten Gründe und Conclusionen genaue Obacht haben, und selbige, in dem Protokolle, fleißig bemerken. Ferner und 3) solle der Kammerichter, aus besondern, bey der itzigen Visitation, wohl erwogenen Ursachen, die Anstalt machen, daß die Räte auf das eheste, als es geschehen mag, vermöge der K. G. O. und des Memorialzettels vom J. 1566.<sup>\*)</sup> abgewechselt, vier Interlokutori Räte beständig seyn und referiren, und zu keiner Interlokutori mehr Beyfizer, als die Ordnung zuläßt, gezogen, die übrigen Assessoren aber, zu Ersledigung der Bescheide verordnet werden. Hingegen in Verfassung der Bescheide und Dekrete, da um Proceß supplicirt würde, solle man 4) darauf gute Acht haben, daß kein Irrthum begangen, in gleichen Fällen gleiche Bescheide und Dekrete, der Prozesse wegen, ertheilt, und keine ungebührliche Neuerungen eingeführt; sondern der *Stilus Cam-*  
*merae,*

<sup>\*)</sup> S. im VI. Bande der H. T. K. G., S. 314.

**J. Ebr. meras**, wie er von Alters hergekommen, unverändertlich gelassen werde, worunter sich die neu ankommenden Beysitzer von den alten erfahrenen Assessoren sollen berichten lassen.

Weil auch 5) in Apellationsfachen öfters Prozesse wider erlicher Churfürsten, Fürsten und Stände habende und dem R. G. insinuirte Privilegien ausgebracht worden; so solle man einen kurzen Auszug aus solchen Privilegien, in welchen Fällen nemlich die Appellationen nicht zuzulassen, verfertigen, und solches in einem Register oder Täfelchen in der Rathstube öffentlich aufhängen, um sich darnach jederzeit, der Privilegien halber, richten zu können. Auch solle man 6) über einen und andern ungleichen Verstand, in täglich vorkommenden rechtlichen Fällen, der aus der R. G. O., den R. A. und sonst herrührte, eine Vergleichung nochmals versuchen. Was man nun also verglichen, oder was der Kammerrichter und die Beysitzer unter sich nicht entscheiden möchten, ingleichen wie die langwierige Prozesse zu verkürzen und auch sonst die Kayserliche Justiz zu befördern wäre, solches solle das R. G., nebst seinem Bedenken, auf dem künftigen Reichstage dem Kayser übergeben. Weiter und 7) sollen alle Visitationsabschiede und Memorialzettel in ein Buch zusammengeschrieben, solches im Rathe verwahrlich gehalten, und keinem Beysitzer, ohne ausdrücklichen Befehl und Zulassen des Kammerrichters, oder, in dessen Abwesenheit, der Präsidenten, nach Hause zu nehmen verstattet werden; doch daß solches zuvor der Leser aufzeichne, und der Beysitzer das Buch unverweilt wieder in die Rathstube liefere. Wegen Austheilung und Expedirung der Supplication um Prozesse und anderer Acten wäre  
 zwar



war 8) in der R. G. O. und andern Abschieden 3. Gr. alles bereits deutlich versehen. Weil man aber, bey 1570 der izzigen Visitation, vernommen, daß die etwa eingegebenen Supplicationen und Acten aus der Rathstube, ohne Vorwissen, hinweggenommen, eine gute Weile hinterhalten, und hernach wieder in die Rathstube gelegt worden, ingleichen, daß auch aus den Acten, die *ad referendum et correferendum* übergeben worden, öfters ganze Producte und andere Schriften verlohren gegangen, welches ganz gefährlich und verdächtig, auch keinesweges bey dem Gerichte zu dulden wäre; als wollten die Kayserlichen Commissarien und Visitatoren hiemit ernstlich befohlen haben, daß kein Beysitzer einige Supplication oder Acten, die ihm nicht mit Vorwissen, vermöge der Ordnung, *ad referendum* zugestellet, mit sich wegtragen, noch einige Schriften davon wegnehmen solle, worauf der Kammerrichter und die Präsidenten eine besondere Aufmerksamkeit haben sollten.

Hiernächst und 9) wäre dem Kammerrichter und den Beysitzern genugsam bewußt, und ihnen vom Kayser und den Ständen mehrmals zugeschrieben worden, wie sehr dem Kayser und den Ständen daran gelegen wäre, daß die gemeine R. Anlagen, besonders was die Türkenhülfe und die Gotha'sche Exekution betrifft, ohne weitläufiges Verfahren, zum fordersamsten eingebracht werden. Man wolle daher von Visitationen wegen ihnen hiemit auferlegt haben, daß die fiskalischen Audienzen, zu gewissen Stunden, wöchentlich gehalten, in diesen Sachen alle Verzüglichkeit den Prokuratoren abgeschnitten, die Submissionen alle Sonnabende, oder auch sonst wöchentlich expedirt, und vornehmlich in beiden vorbenannten Sachen den Ungehorsamen keine verzugs

3. Er. zügliche Dilationen verstattet werden sollen, 1570 (wie dann solches, auf dem letztern Frankfurtschen R. Deputationstage, durch besondere ausgegangene Befehlschriften, sonderlich befohlen worden) †) viel weniger aber, daß man die beschlossenen Sachen, etliche Monate lang, ohne Eröffnung der Bescheide, liegen lassen solle. Weiter und 10) wäre bey der igitigen Visitation vorgekommen, daß man öfters zu den gerichtlichen ordentlichen und andern Audienzen, zu den bestimmten Stunden, sich nicht einfinde, worüber den Partheyen oder ihren Anwälten die ihnen, vermöge der R. G. O., zu ihren Vorträgen und Handlungen gebührende Zeit verkürzt und benommen würde. Es befahlen daher die Kayserlichen Commissarien und Visitatoren dem Kammerichter, von Amts wegen darauf zu halten, daß an den gerichtlichen Tagen die ordentlichen, und sonst auch alle andere Audienzen zu rechter Zeit angefangen und gehalten würden. Nämlich die ordentlichen Audienzen sollten sich, laut der vorigen Visitationsabschiede und Memorialzettel mit dem Glockenschlage 1. Uhr anfangen, und damit fortgefahren, und so auch die drey andere vormittägige, und dann die fiscalischen Audienzen, zu gewissen verordneten Stunden, nemlich am Sonnabend von 8. bis 10. Uhr gehalten werden \*), ohne sich hierunter durch etwas hindern oder aufhalten zu lassen. Damit nun auch solchem würklich nachgesetzt würde, so sollte der Kammerichter den Protonotarien und Notarien befehlen, zu gewöhnlichen Stunden in den Räthen, ver-

†) S. in diesem VIII. Bande der R. L. R. G., S. 89: 113.

\*) S. die R. L. R. G., im IV. Bande, S. 412. und im VII. Bande, S. 376. f. und 539.

vermüthe der Ordnung, zu erscheinen, und die J. E. Dekrete, Bescheide oder Urtheile zu verfassen, 1570 und hernach mit Einschreibung derselben vor halb ein Uhr fertig zu seyn. Der Kammerichter aber, die Präsidenten und Beysitzer sollten auch etwas zeitiger, als bisher geschehen, und zwar längstens vor halb ein Uhr in der gemeinen Rathstube zusammen kommen, um die eingeschrübene Urtheile und Bescheide verlesen zu hören, also daß man mit dem Glockenschlage 1. Uhr zur Audienz gehen könne. Würde es sich nun herausgen, daß um 1. Uhr noch mehr Urtheile oder Bescheide abzulesen wären; so sollte man dieselben bis zum nächsten Gerichtstage einstellen, um den Partheyen ihre gebührende Stunden zur Audienz zu lassen.

In der R. G. O. und in etlichen Visitationsabschieden wäre nun zwar 1) genugsam versehen, daß die Prokuratoren in ihren Vorträgen sich aller Kürze befleißigen, und keine lange mündliche Reccessen in den Audienzen halten sollten †). Da aber 2) dieselben je länger je mehr darüber handelten, und gemeine Strafen von ihnen wenig geachtet, darüber dann viele Zeit verlohren, und andere Sachen verhindert würden; so sollte der Kammerichter die Prokuratoren, bey erster Gelegenheit, vor sich fordern, und sie nochmals an die Ordnung und Visitationsabschiede ernstlich erinnern, sich denselben gemäß in ihren schriftlichen und mündlichen rechtlichen Handlungen zu verhalten. Zugleich sollte er sie bedrohen, daß, wenn etwa bey einem oder andern keine Warnung noch gemeine Strafe helfen wollte;

ders

†) O. J. E. im VII. Bande der H. C. R. G., O.

543. f. und 545. f.

3. Er. derselbe auf Ermäßigung gestraft, oder von sei-  
 1570 nem Stande eine Zeitlang suspendirt werden sollte.  
 Und so wurde auch 13) dasjenige, was in dem §. 2.  
 des den Prokuratoren, bey der Visitation des J.  
 1568., zugestellten Memorialzettels, wegen nicht  
 eingebrachter Gewalt \*), und 14) im §. 3. des  
 selben wegen der verfänglichen Exoneratio-  
 nen †), verordnet worden, wiederholet, und dem  
 R. G. anbefohlen, genau darauf zu halten. End-  
 lich und 15) wird in diesem dem Kammerrichter,  
 den Präsidenten und den Assessoren behändigtem  
 Memorialzettel auch noch angeführt, man habe  
 in Erfahrung gebracht, daß etliche Partheyen zu  
 Speyer ihre häusliche Wohnung, als angehö-  
 rige Gerichtspersonen, anstellten, und beharr-  
 lich daselbst blieben; ingleichen, daß etliche Per-  
 sonen für Practikanten sich ausgäben, und zu  
 Speyer ihre Haushaltung anrichteten, unter dem  
 Vorwande, die gerichtliche Praxis zu erlernen,  
 damit sie hernach Churfürsten und Fürsten, oder  
 andern Ständen und Partheyen dienen könnten.  
 Allein man habe befunden, daß dergleichen Per-  
 sonen, unter solchem Titel, nur allein die Ges-  
 richtsfreyheit zu gebrauchen, und sonst ihren  
 Tugzen zu schaffen suchten, wodurch aber die  
 Häuser gesteigert und andern Gerichtsver-  
 wandten ihre nothwendige Wohnungen benom-  
 men würden. Weil nun aber solches dem Kam-  
 mergerichte und dessen gemeinem gutem Wesen  
 nachtheilig wäre; so solle der Kammerrichter  
 dergleichen zu Speyer wohnende Partheyen oder  
 angebliche Practikanten in der Kammer, Plas-  
 trickel oder sonst nicht länger dulden, sondern  
 die

\*) G. im VII. Bande der N. T. R. G., zu Anfang der  
 S. 544. sub n. 2).

†) G. ebendasselbst, S. 544. sub n. 3).

desselben dem Bürgermeister und Rathe zu J. Ehr. Speyer anzeigen, damit sie gegen selbige die Gebühr 1570 vornehmen könnten <sup>1)</sup>). Zuletzt wurde von der Visitation auch den Procuratoren ein Memorialzettel, zu ihrer gehorsamen Nachachtung, zugesellet, der aber nur dasjenige wieder enthält, was in dem ihnen vor zwey Jahren behändigtem Memorialzettel begriffen ist, mit dem einigen Zusatze, daß künftig das R. G. ein ernstlicheres Einsehen haben würde, falls die Procuratoren mit den, ihnen schon öfters verbotenen, langwierigen mündlichen Recessen ferner fortfahren würden <sup>2)</sup>). Uebrigens hat das R. G., in diesem Jahr, auch noch einen gemeinen Bescheid des Inhalts publicirt, daß die Procuratoren in ihren Recessen und Handlungen die *ordinarias et extraordinarias*, auch die Umfragen nicht vermengen, sondern hiein sich der Ordnung nach verhalten sollen <sup>3)</sup>).

Es ist in der bisher erzählten Geschichte der bisjährligen R. G. Visitation bemerkt worden, daß die Kayserliche Commissarien und Visitatoren unter andern auch dem R. G. aufgegeben haben, ein Bedenken, wie die Prozesse befördert werden möchten, aufzusetzen, und solches dem Kayser zu überschieken, um davon auf dem bevorstehendem Reichstage zu Speyer den nöthigen Gebrauch machen zu können <sup>4)</sup>). Vermuthlich übergab das R. G. dieses Bedenken dem Kayser nach seiner Ankunft zu Speyer, indem ich finde, daß derselbe den Kammerrichter, die Präsidents

2

ten

<sup>1)</sup> de Ludolf Corp. Iur. Camer., n. 176. p. 300-303. und Lünigs R. A., T. IV. n. 264. p. 407-410.

<sup>2)</sup> de Ludolf Corp. Iur. Camer., n. 178. p. 304. sq. Cf. H. T. R. G., im VII. Bande, S. 543. f.

<sup>3)</sup> de Ludolf Corp. Iur. Camer., n. 174. p. 299. n.

<sup>4)</sup> S. im VIII. Bande der H. T. R. G., S. 225.

3. Er. ten und Beyfizer zur Audienz gelassen, und se  
 1570<sup>o</sup> seiner Kayserlichen Gnade und Wohlwollens  
 versichert habe f). Die Mittheilung dieses bis  
 her unbekannt gewesenem Kammergerichtlichen  
 Bedenkens, auf welches auch nachher im R. A.,  
 in ein und andern Punkten, Rücksicht genommen  
 worden, hab ich der Gewogenheit des verehrungs-  
 würdigen Herrn R. G. Assessors, Barons von  
 Harpprecht zu verdanken, und ich will nun den  
 Inhalt desselben kürzlich anführen. Das R. G.  
 hielt nemlich, in seinem Bedenken, zu mehrerer  
 Beförderung der Processe für dienlich, wenn  
 1) alle gerichtliche Termine in den Umfragen  
 der *praefixarum extraordinariorum et ordinaria-  
 rum peremptorie präfigirt*; und 2) die *Libelli sum-  
 marii* abgeschafft, und statt derselben *Libelli arti-  
 culati* in den Sachen und Fällen, worin dieselben  
 vorzubringen vornehmten, angeordnet und überges-  
 ben; auch 3) den Partheyen, ihren Advokaten  
 und Prokuratoren auferlegt würde, daß sie keine  
 unnöthige Rundschafft führen, sondern dem  
 Commissarius nur bloß die Designation der Ar-  
 tickel übergeben sollten, die von ihrem Gegen-  
 theile widersprochen worden. Ingleichen möchte  
 auch 4) zu verordnen seyn, daß, wenn eine Parthey  
 sich der Beweisführung angemasset, und dazu ei-  
 nen Aufschub erhalten, aber die darin gesetzte Zeit  
 vorbeystreichen lassen, die zweite und dritte  
 Dilation nicht so schlechthin, (*simpliciter*,) son-  
 dern alsdann erst zu geben, wenn solche vom Com-  
 missarius; oder sonst durch glaubwürdigen  
 Schein alles angewandten Fleisses vorgebracht  
 worden; würde aber solches unterbleiben, so sollte  
 dem

f) Scherdius l. c., ad a. 1570., in Einu Scriptor.,  
 T. IV. p. 140. a. in fine.

dem Richter frey stehen, die gebetene Dilation *pro J. C.*  
*omni arbitrio* anzusehen. 1570

Ferner hielt das R. G., zu Beförderung der Proceffe, in seinem erwähnten Bedenken, für dienlich, wenn 5) dem blossen Vorgeben der Procuratoren, daß ihre Principalen verstorben, oder die Sache in gütlicher Handlung stehe, nicht so schlechterdings statt gegeben würde, es wäre dann von der Obrigkeit des Ortes, von der Gegenpartey selbst, von den Unterhändlern, oder daß der Gegen-Procurator dessen geständig, mit und neben der Anzeige, ein glaubwürdiger schriftlicher Schein vorgebracht worden. Weiter und 6) wenn den Partheyen, nach Publication der Attestationen, mehr nicht, als zwey Schriften einzugeben, gestattet würde; auch wenn man sich 7) über eine Generalformel in Ansehung der Vollmachten vergliche, deren sich die Partheyen in allen Fällen bedienen könnten. Ingleichen 8) wenn die in der R. G. O. festgesetzte Appellationssumme auf hundert Gulden ungefähr erhöht, und solches der erstgedachten Ordnung einverleibt, oder deshalb in andere Wege eine Provision gemacht würde; nicht weniger wenn 9) der Kayser, wegen des Hofgerichtes zu Rothweil, eine weitere Erklärung ertheilen wolte, was Elshausen wären, als wegen welcher gedachtes Hofgericht gemeiniglich die Sachen nicht remittiren solle, wie auch wenn die Privilegien der Stände, so viel deren noch nicht infirmirt wären, dem besagtem Hofgerichte bekannt gemacht würden. Ausserdem schlug auch noch das R. G. vor, wenn 10) die Richter, von denen appellirt worden, nach eingelegter Appellation, sich des Attestirens und Exquirens enthielten, und die Acten den Partheyen, zu gebührender Zeit, herausgäben;

3. Or. ben; 11) wenn man die gerichtlichen Audienzen vermehrte und also duplirte, daß solche alle Tage, wenn nicht Serien wären, gehalten; und auf solchen Fall 12) die R. G. Personen vermehret würden. Und endlich 13) wenn man das R. G. also theilte, daß vier definitive, sechs interlocutori, und zwey Bescheidisch, Räte oder Senate gesetzt, und eine fast gleiche Theilung unter den Prokuratoren und übrigen R. G. Personen gemacht, auch 14) wenn endlich, zu mehrerer Richtigkeit, solche Abtheilung nach den sechs Kreisen eingerichtet würde 9).

Bei Eröffnung des Reichstages ließ nun der Kayser den Ständen vortragen: die tägliche Erfahrung bey allen Regimentern beweise, wie beschwerlich oder vielmehr unmöglich es sey, ein friedliches Wesen beständig zu erhalten, wosern kein freywilliges und gleichmässiges Recht einem jeden verwaltet und vollzogen würde. Deswegen habe Er, der Kayser, zu mehrerer Beförderung der gebührenden Justiz im H. R., sogleich auf seinem ersten zu Augspurg gehaltenem Reichstage, mit Rath und Zuthun der gemeinen Stände des H. R., die R. G. O. nicht allein an vielen Orten verbessert, und nützliche Erklärungen und Zusätze dazu gethan, sondern auch dasselbe noch mit acht neuen Beysitzern besetzen lassen \*), damit den rechtskräftigen Sachen desto mehr zu gebührender Erörterung geholfen, und also die Stände und Unterthanen zu demjenigen, was einem jeden von Rechts wegen gebührte, kommen; und dabey gehandhabet werden möchten. Er wäre aber aus

etc.

9) Des Kammergerichts Bedenken, wie die Proceß befördert werden möchten, de a. 1570., in MSro.

\*) S. im VI. Bande der H. T. R. G., S. 301: 315.



erhielt feldem an ihn gebrachten Visitationen, Abschieden und Relationen berichtet worden, daß 1570 eine solche Menge von rechtlichen Sachen an dem R. G. anhängig sey, und je länger je mehr zunehme, daß dieselben, wosern keine andere Verordnung mit Anstellung mehrerer Audienzen, und was weiters dazu erfordert wird, vorgenommen würde, sich zuletzt selbst stecken, und also die bedrängten Partheyen zu Erlangung ihres gebührenden Rechtes ganz beschwerlich gelangen möchten. Wüßten habe er den Churfürsten, Fürsten und Ständen, auch ihren abgesandten Rättern und Botschaften, neben andern Angelegenheiten des I. R., auch diesen Artickel zu berathschlagen vortragen lassen wollen, wie nemlich der Justiz am R. G., zu schleuniger gebührender Erörterung endlich einmal aus dem Grunde zu helfen, und selbige beständig befördert werden möchte 1).

Nachdem nun die Reichsstände ihre Berathschlagungen über diesen Punkt der Kayserlichen Proposition angestellt, und sich über ihre Bedenken oder Gutachten verglichen hatten; so übergaben sie solches dem Kayser, der es dem mit sich auf den Reichstag gebrachten R. Hofrath einhändigte, um ohne Zweifel seine Meinung darüber zu äussern. Es wurde auch hierauf das Bedenken der Stände, in Gegenwart des Kayserlichen Hofmeisters, des Herren von Trautsohn, ingleichen des Freyherrn von Stahrenberg, des R. Vicetanzlers und der R. Hofräthe Schöber, Jung, Lott und Graf Ludewigs von Witzgenstein, in der Hofrathsstube verlesen, und folgender Inhalts befunden. Erstlich hielten die Stände für gut, daß das R. G. unzertheilt bleibe, in dem

1) Speyer. R. A. vom J. 1570., S. 43:44., in der A. Samml. der R. A., P. III. p. 294.

3. **Art.** dem es Accumulation und viele Ungelegenheit verursachen, auch vielen Streit erregen würde, wo ein jeder hingehöre; deswegen solle dann das R. G. in Speyer bleiben, und in folgenden Punkten verbessert werden. 1) Die Appellationssumme solle nicht unter 150. Gulden oder 6. Gulden jährlicher Renten seyn, es wäre dann Sache, daß Ober- oder andere Gerechtigkeit dem anhängig wäre; 2) das Rotweiler Hofgericht solle der Kayser visitiren und in bessere Ordnung bringen lassen, auch dazu etliche Beysitzer gebrauchen. Weiter und 3) handelte das Bedenken der Stände von dem Punkte *de non appellando*; 4) von Edirung der Acten, und sollen die Unterg Gerichte, nach der R. G. O., auch der Taxe habber regulirt werden; 5) von den *temere Litigantibus*; 6) von den *Causis Appellationum super nullitate*; 7) von Ehesachen, welche das R. G. nicht angenommen habe, und 8) daß in Erkennung der Prozesse eine Gleichheit gehalten werden solle; deswegen das Gericht in zweifelhaften Dingen sich über eine Sentenz entschließen möchte, welche in künftigen Fällen *pro Leg* anzunehmen und darnach zu urtheilen wäre. Solches solle besonders protokolliert und jährlich den Visitationen vorgebracht werden, in geringen Sachen aber, die nicht über 500. Gulden belangten, sollen nicht mehr, als 6. oder 7. Beysitzer dabey seyn; ingleichen sollen auch Commissionen *ex causis legitimis* nicht abgeschlagen werden. Ferner und 9) *ex quibus Causis Mandata sine Clausula* auszugeben wären. Arreste und Repressalien sollen verboten seyn, und war hieben das Bedenken der Churfürsten, daß selbige, wenn sie unter Personen vorfielen, die unmittelbar unter dem Reiche stünden, gegen genugsame Caution aufzuheben und

und hernach in *principali* zu verfahren wäre, wo 3. Chr. gegen sich aber die Churfürsten von Pfalz und 579 Sachsen, mittelst einer Protestation, setzten, und die andern Stände es bey den gemeinen Rechten bleiben lassen wollten. Weil nun dem Kayser hingestellet wurde, unter diesen beiden Bedenken zu wählen; so fiel er dem Bedenken der Churfürsten bey, ob es gleich, nach der Erinnerung des Graf Ludewigs von Wittgenstein, zu Erhaltung gleichmäßigen Rechtes, besser gewesen wäre, daß es ohne Restriction der Personen insgesamt also wäre gehalten worden. Endlich 10) in roucherlichen Contracten solle nach der Policyordnung geurtheilet, in *simplici manu* aber keine *Ufuras* gegeben, und 11) die Termine, welche auf einen Feiertag einfelen, auf den folgenden Gerichtstag aufgeschoben werden.

Zweitens berührte das dem Kayser übergebene Bedenken auch die Frage: ob die *Termini practudiciales* vom Richter, oder nach dem Befehl anzusehen, und darin eine Moderation und Verkürzung gemacht werden möge? ingleichen wie es in Ansehung der Attentate zu halten, und was bey den Commissarien zu beobachten sey? Drittens wurde in dem mehrbesagten Bedenken gehandelt von Anstellung mehrerer täglichen Audienzen, und zwar im Winter von 1. bis 4., und im Sommer bis 5. Uhr. Nachdem aber die Zahl gemachret; so solle nur die Helfte auf einmal erfordert, und also ein Tag um den andern abgewechselt werden, um die Nebengeschäfte desto besser zu verrichten. Zu Vermehrung der Personen solle der Kayser einen Präsidenten, die Churfürsten zwey Beysitzer und die sechs Kreise sechs Assessoren präsentiren, nach deren Abgang auch Oesterreich und Burgund ihr

D 5

Recht

3. Er. Recht zu präsentiren haben, und also namentlich  
 1570 41. Assessoren seyn, selbige aber, bey ihrer Annehmung, besser, als bisher, examinirt werden sollten. Die Erhöhung der Besoldung solle mit Unterschied einem jeden auf 100. Fränkische Gulden gemacht werden; der Kammerichter aber dar, darin eine Gleichheit zu halten. Außerdem sollen auch noch sechs Prokuratoren, und mehr Notarien und Leser angestellt, und die Taxe zum vierten Pfennig erhöht werden; auch sollen die Prokuratoren ihre Dokumente, die sie im Original übergeben, bey Strafe wieder zu sich nehmen. Endlich viertens die Fürsten, welche nicht persönlich bey den Visitationen erscheinen, wenn sie die Ordnung trifft, oder eine andere qualifizierte Person statt ihrer vorordnen, sollen dem Fiskal, zu Unterhaltung des R. G., in eine Strafe von 5000. Gulden, und die übrigen ausbleibenden Visitatoren von 1000. Gulden verfallen seyn. Die Assessoren sollen sich mit langen Röcken und Kleidung eheulich halten, und als *Senatores Romani togati* seyn. Ingleichen enthält auch noch das Bedenken ein und anderes von der Verwahrung der Acten, und wie es damit in vorfallenden Fällen zu halten seyn möchte, auch zuletzt, wie Churfürsten, Fürsten und Fürstenthümliche einander vorzunehmen hätten. Uebrigens ist auch noch eine andere Ungleichheit in dem Bedenken zwischen den Churfürsten und Städten vorgefallen; doch beliebte der Kayser, daß es bey dem Bedenken der Churfürsten bleiben sollte. Und diß ist nun ein kurzer Auszug aus dem weitläufigen Bedenken, welches die Churfürsten, Fürsten und Stände dem Kayser über die Verbesserung des R. Justizwesens am R. G. übergeben haben, wie solchen der Graf Ludwig von Witts

Wügerstein, in seinem auf dem damaligen J. Chr. Reichstage gehaltenem *Diarium*, angemerkt<sup>a)</sup> 1570 hat<sup>a)</sup>).

Dasjenige nun, worüber sich der Kayser, in dieser Materie, mit den Ständen endlich verglichen hat, wurde in den R. A. gebracht, und enthielt folgende Punkten. 1) Sollten hinfüro bey dem R. G. alle Tage, nur die gebannte gebührlige Ferien ausgenommen, gerichtliche Audienzen, des Nachmittages, im Sommer von ein bis fünf, und im Winter von ein bis vier Uhr gewiß gehalten werden. Und damit man auch 2) unterschiedliche gerichtliche Protokolle in den Audienzen halten, und nachher daraus in der Kanzley mit Complicen der andern Protokolle und Acten näher kommen möge; so sollten nunmehr zweyerley verschiedene Audienzen, die eine *simplicis Querelae* und die andere *Appellationum* angestellet, und wechselsweise gehalten werden, also, daß, wenn man am Montage Sachen *simplicis Querelae* gehört, am folgenden Dienstage in Appellationsachen verfahren, und so auch die ordentlichen und außerordentlichen Audienzen, sowohl in Appellationsachen, als auch *simplicis Querelae* abgewechselt werden sollten. 3) Sollten in den Appellations Audienzen auch *Causas nullitatum*, *Restitutiones in integrum* wider ergangene Urtheile und Pfandungen, in den andern Audienzen *simplicis Querelae* aber *Causae fractae Pacis publicae* und alle andere Sachen tractirt werden; doch sollen die Kayserlichen Commissarien und die Visitatoren der Stände bey der nächsten Visitation, Macht und hiemit Befehl haben, hierin eine weitere gleiche Austheilung zu machen.

Was

a) in der Sendenberg. Sammlung II., T. I. P. II. P. 65 - 69.

9. Er. Was 4) die fiscalischen Audienzen betange, so 1570 sollen selbige am Sonnabend, wie bisher, im Sommer von 7. bis 10., und im Winter von 8. bis 10. Uhr gehalten werden, und der Fiscal so lange handeln können; wenn er aber so viel Zeit nicht nöthig hätte, so sollen alsdann die Procuratoren in *accusationibus contumaciarum* in ihren Sachen verfahren.

Da nun, wegen der täglichen Audienzen und mehreren Verfahrens und Expedirens in rechtlichen Sachen auch mehrere Beysitzer, Procuratoren, Kancley, und andere Gerichtspersonen anzunehmen, nöthig seyn würde; so verordnet 5) der K. A., daß zu den vorigen 32. Beysitzern noch neun Assessoren am K. G. auf den 2. oder 3. May künftigen Jahres präsentirt, und auf sechs Jahre angenommen werden sollen. Zu diesen neun neuen Mitgliedern wolle 6) der Kayser noch einen, gleich den vorigen Beiden qualifizirten, Grafen oder Freyherrn verordnen und präsentiren; von den übrigen acht Personen sollen die Churfürsten zwey, und die sechs Kreise auch ein jeder eine, doch an eines jeden Statt zwey oder drey, nach Inhalt der Ordnung, qualifizierte Personen, unter denen hernach der Kammergerichts- und die Beysitzer, nach gebühlicher Erkundung, die Wahl haben sollten, präsentiren, und es so einrichten, daß sie insgesamt auf den nächstkünftigen 2. oder 3. May in solche Aemter zugleich eintreten könnten. Weil nun aber 7) bey diesem Punkt, von Präsentirung der sechs neuen Beysitzer, die Oesterreichischen und Burgundischen Gesandten erinnerten, daß sie zu solcher Präsentation, vermöge der K. G. O., ein Interesse hätten; so wurde verglichen, daß zwar die sechs alten Kreise diesmal die sechs neuen Assessoren prä-

präsentiren sollten. Wenn es sich aber künftig zu 3. Erträge, daß die Anzahl der Beysitzer noch um zwey 1570 oder mehr Personen zu vermehren wäre; so sollten alsdann Oesterreich und Burgund vor andern bedacht werden. Oder wenn auch einer oder zween von diesen neuen sechs Assessoren, binnen den obgedachten sechs Jahren, abdankte oder stirbe; so sollten Oesterreich und Burgund an deren Statt andere zu präsentiren haben. Würden nun nachher von diesen Beiden, oder auch den andern neuen vier Beysitzern einer oder mehr ihre Stellen aufgeben, oder mit Tode abgehen; so sollten alsdann deren fernere Präsentationen unter den gedachten acht Kreisen *successive* abwechseln, und derjenige Kreis, dessen Stelle am längsten ledig gestanden, jedesmal zur ersten Präsentation zugelassen werden.

Ferner und 8) befiehlt der R. A. dem Kammerichter und den Beysitzern, da bisher der Vorschrift der R. G. O., P. I. Tit. 3. und 4., bey Prüfung der Eigenschaften der von den Ständen und Kreisen präsentirten neuen Beysitzer nicht allerdings nachgelebet worden, künftig der Präsentirten Redlichkeit, Geschicklichkeit und andere Requisites mit mehrerer Gewisheit zusehender zu erkundigen, sie eine Relation in beschlossenen Sachen abstatuen zu lassen, und alsdann denjenigen, den man vor andern qualificirt befunden hätte, den Mitpräsentirten vorzusetzen, und zu der erledigten Stelle kommen zu lassen. Weil auch 9) die vielfältige Veränderung der geübten und gelehrten Beysitzer dem R. G. sowohl verkleinerlich, als auch schädlich wäre; so verglich sich der Kayser mit den R. Ständen, den Assessoren ihre ordentliche Besoldung zu verbessern, damit sie desto williger ihre Stellen beibehalten

**3. Erhalten möchten.** Und es sollten daher 10) einem <sup>1570</sup> jeden Grafen oder Freyherrn, (oder den Präsidenten,) 700. Gulden, den Gulden zu 18. Bagen gerechnet, und den andern Beysigern, einem jeden 700. Gulden, den Gulden zu 15. Bagen gerechnet, zu seiner ordentlichen jährlichen Besoldung, vom 1. May 1571. an, aus dem ordentlichen Unterhaltungsfond des R. G., zugelegt werden. Zu Unterhaltung der vorgedachten neun neuen Assessoren aber, ingleichen zu Erhöhung der Besoldung aller Beysiger, und zur Besoldung anderer, nachher zu benennenden mehrerer Gerichtspersonen, wurde 11) beschlossen, daß der Anschlag eines jeden Standes zu Unterhaltung des R. G. um den dritten Theil, wie auch im J. 1566. geschehen <sup>\*)</sup>, erhöht werden, und die Stände, solche Erhöhung alsbald nach Publication dieses R. A. zu bezahlen, schuldig seyn sollten.

Weil nun auch 12) nicht mehr nöthig seyn würde, daß an jedem Gerichtstage, des Nachmittages, alle Beysiger, deren nunmehr ein und vierzig seyn würden, zu Abhörnung der Bescheide und Urtheile zuerst im Rathe; und hernach, zu Eröffnung derselben, in der Audiensstube erschienen; so solle der Kammerrichter unter den Assessoren die Anordnung machen, daß jedesmal nur die Hälfte von ihnen um den andern Tag dahin kommen, die andere Hälfte aber ihrem Protokolliren und Erwägung der Acten abwechselungsweise abwarten möge. Doch sollten die Referenten, nebst denen, die bey Verfassung der Urtheile oder Bescheide gewesen, jederzeit bey Abhörnung derselben zugegen seyn, hingegen im Sitz-

\*) C. im VI. Bande der A. L. R. G., C. 302.



gen möchten die Grafen und Freyherrn mit ein 3. Uhr: ander abwechseln, und von den andern Beysitzern 1570 sollten nur viere in der Audienz sitzen bleiben. Da auch 13) die Zeit der Audienzen den Partheyen um ihre Nothdurft vorzubringen, gebühre, und es also, wenn ihnen selbige benommen oder abgefürzt würde, eben so zu achten wäre, als ob ihnen die Justiz zum Theil verweigert würde, welches dann vornehmlich eine Ursache zu Verlängerung der gerichtlichen Prozesse sey; so sollen hinfüro der Kammerrichter und die Beysitzer, jedesmal mit dem Glockenschlage 1. Uhr, zur Audienz gehen, und sich durch keine Ursache daran verhindern lassen. Würden nun etliche Urtheile oder Bescheide nicht abgelesen, so sollten selbige bis zur folgenden Audienz eingestellt werden; deswegen dann der Kammerrichter ernstlich dahin sehen solle, daß die Assessoren zur Helfte, wechselsweise, noch vor halb 1. Uhr in der Rathstube, zu Abhörung der Urtheile und Bescheide, vermöge des letztern Visitationsabschiedes, ingleichen auch die Prototonotarien und Notarien, mit ihren Urtheils-Protokollen, gefast erscheinen, und dasjenige, was zu publiciren, alsobald ablesen sollen.

Weiter und 14) wurde durch den K. A. dem Kayserlichen Fiscal, weil er mehr Arbeit, wegen der täglichen Audienzen, haben würde, nunmehr seine jährliche Besoldung auf 700 Gulden, und seinem Advokaten auf 400. Gulden bestimmt. Und da nun, wegen dieser täglichen Audienzen, die Sachen viel geschwinder gehen, und daher mehr Prokuratoren nöthig seyn würden; so sollte 15) dem K. G. gelassen seyn, mehrere Prokuratoren, bis auf sechs, anzunehmen. Ingleichen würde sich auch hinfüro 16) die Arbeit in des Kammerrichters Kancelley dupliciren; deswegen

3. Et. wegen sollten durch den Churfürsten von Mayn, 1570 als Erzkanzlern, zu den vorigen Kanzleyverwandten, noch ein oder zwey geschickte Protos notarien, Notarien, und Leser bestellet, zu Unterhaltung solcher Personen aber die bisherige gewöhnliche Kanzleytaxe zum vierten Pfennig erhöht werden. Endlich sollte auch 17) zu den vorigen Pedellen noch einer angenommen, und einem jeden 60. Gulden zu seiner jährlichen Besoldung gegeben; auch 18) einem jeden der Kammergerichtsboten, wegen der theuren Zehrung, aus der gewöhnlichen Unterhaltungssasse, 22. Gulden entrichtet werden.

Um auch 19) den nothwilligen und unnöthigen Appellationen, wodurch die rechtliche Sachen am R. G. sich bisher nicht wenig gehäuft haben, und öfters mehr Unkosten auf die Sachen, als sie wehet seyn mögen, getrieben werden, so viel möglich, zu begegnen, verordnet der R. A., daß künftig am R. G. keine Appellationsfachen, wo die Klage unter 150. Hauptgut wäre, weiter angenommen werden sollen. Und bey unablößlichen Büten, Zinsen oder Nutzungen sezt der R. A. die Summam appellabilium auf sechs Gulden jährlich, und was darsüber wäre. Was hingegen darunter sey, davon solle nicht appellirt werden können, ausgenommen, wenn die Büte, Zins oder Nutzung der Obrigkeit anhängig, oder aber Falls betrogen auf das verfallene Eigenthum, vel quasi, welches obgedachter Summe gemäß, oder darüber wehet wäre, geklaget würde, indem in solchen und in andern Fällen es bey der R. G. G. bleiben solle. Damit aber 20) die Unterthanen nicht rechtlos gelassen würden; so solle ein jeder seine Unter- oder Hofgerichte mit verständigen Urtheilern besetzen,

haben, auf daß daselbst den Parteyen zu Recht und Billigkeit verfahren werden möge. Und auf eine gleiche Art solle es gehalten werden, wenn man auf die Nullität *principaliter*, oder auf die *Restitutionem in integrum* wider ergangene Urtheile klagen und verfahren will. Uebrigens aber sollen 22) alle Stände und Obrigkeiten ihre erlangte Kayserliche Privilegien *de non appellando* in besondern Fällen, dem R. G., wo es noch nicht geschehen wäre, binnen sechs Monaten nach dem Datum dieses R. A., in Original insinuiren lassen, damit der Kammerrichter und die Beysitzer, in Ertheilung der Prozesse und sonst, sich darnach zu verhalten wissen. Es sollen auch solche insinuirte Privilegien in ein Pergamentbuch, durch die Leser um gebührende Belohnung abgeschrieben, und die Summe und andere Qualitäten, warum nicht zu appelliren, in eine gemeine Tafel summarisch bemerkt, und in der untern Rathstube aufgehängt werden, damit ein jeder Beysitzer sich darin jederzeit, der Nothdurft nach, ansehen könne.

Weil hiernächst 23) vorgekommen war, daß an dem Kayserlichen Hofgerichte zu Rothweil allenthalb Unrichtigkeiten eingerissen, viele eximire Stände und Unterthanen, ungeachtet dem Hofrichter und den Urtheilern die Privilegien der Exemten insinuiert und bewußt sind, dennoch dahin vorgeladen, mit vergeblichen Processen und Unkosten beschweret, und auch sonst kein ordentlicher Proceß größtentheils gehalten werde, deswegen dann viele Appellationen an das R. G. erwachsen, und die Prozesse und Urtheile öfters cassirt werden mußten; so erklärte sich der Kayser, daß er das Rothweilische Hofgericht, durch seine Commissarien, noch vor dem nächsten

1. künftigen 1. May wolle visitiren lassen, und be-  
 schaffen, daß es mit verständigen Urtheilern besetzt,  
 der Proceß und Gerichtsordnung gebessert,  
 niemand wider die habende Exemptions-Privilegien,  
 wenn selbige einmal insinuiert, oder sonst  
 bewußt wären, vorgeladen, und besonders das  
 Wort Ehehaft weiter insbesondere, und was  
 für Sachen darunter begriffen, erklärt werden  
 solle. Ingleichen wurde 24) im R. A. verordnet,  
 daß kein Stand, wenn er seine Unterthanen  
 abforderte, schuldig seyn sollte, einigem Kläger  
 ein Geleit wider Recht, sondern allein zu Rechts-  
 ten zu geben. Und wenn auch 25) ein oder anderer  
 R. Stand besondere Beschwerden oder Mängel  
 gegen gedachtes Rothweilische Hofgericht  
 anzuregen hätte; so möchte er es unmittelbar dem  
 Kayser, oder dessen künftigen Commissarien zur  
 Visitation einschicken, und deswegen gebühliches  
 Einsehen begehren. Da auch ferner und 26) in  
 Appellationsfachen die Partheyen am R. G. öf-  
 ters deswegen, etliche Jahre lang, aufgehalten  
 wurden, weil den Appellanten, auf ihr Ansuchen,  
 und sogar auf insinuierte Compulsorials, die Acten  
 entweder gar nicht, oder doch mangelhaft von  
 den Ständen oder Unterrichtern herausgegeben  
 wurden; so wurde im R. A. festgesetzt, daß die  
 Stände oder Unterrichter, von deren Urtheilen  
 an das R. G. appellirt wird, auf gebühliches  
 Ansuchen der Appellanten, und vielmehr, wenn  
 ihnen die erkannten Compulsorials insinuiert wor-  
 den, die Acten, vermöge der R. G. O., ohne  
 allen Mangel, und mit gänzlicher Inferirung alles  
 und jeden, was sowohl vor dem Urtheil, als auch  
 darunter und hernach eingebracht, erkannt, gehan-  
 delt und vorgenommen worden, gegen ziemliche Be-  
 lohnung, herausgeben, oder aber in die, in dem  
 Com.

Compulsorien' gebrochene Strafe fallen, und J. Ur. darein ohne Weitläufigkeit erkläret werden sollen. 1570

Ferner und 27) wird in unserm R. A. angesetzt, daß, obgleich in allen wohlgeordneten Gerichten, nach eines jeden hergebrachten Styl, und Verordnung gemeiner Rechte, gegangen würde, und eine Gleichheit in Ertheilung der Processen durchaus zu halten, sich gebühete, dennoch an dem R. G., durch die vielfältige Veränderung der Beysitzer, dessen alter wohlhergebrachter Styl und Gebrauch, besonders in Erkennung der Processen, vielmals geändert, und daneben grosse Ungleichheit in vielen Sachen gebraucht würde, welches aber der Kayserlichen Justiz verkleinerlich und den Ständen und Partheyen hoch beschwerlich wäre. Deswegen wurde nun durch den R. A. dem Kammerichter und den Beysitzern befohlen, hinfür den löblichen alten Gebrauch und Styl des R. G., wie es jederzeit auf sie gebracht, nicht nur unverändert zu lassen, sondern auch demselben, so wohl in *decernendis processibus*, als *decisionibus Causarum* zu folgen. Damit nun 28) aller Veränderung und Ungleichheit künftig vorgebeuet werden möge, so solle der Kammerichter etliche Beysitzer verordnen, welche die substantial Qualitäten, worauf die Processen, es sey in der ersten oder andern Instanz, zu erkennen, besonders in Sachen des gebrochenen Landfriedens, der Pfändungen, Mandaten ohne Clausel, Inhibitionen, der Ladungen vieler, unter verschiedenen Gerichtshöfen stehenden, Mitschuldigen, und dergleichen, die täglich vorkommen, zusammentragen, und hernach in vollem Senate davon referiren sollen, worauf sich das Collegium eines einhelligen Gebrauchs und alten Styls, in Gründung der Jurisdiction des R. G. und

3. Ertheilung der Proceffe endlich vögtleichens  
1570 möchte. Ingleichen sollten Sie auch diejenigen Opin-  
ionen, die bey den Rechtslehrern gang streis-  
tig wären, und aber etwa in *Relationibus Caussarum*,  
mit Genehmigung des ganzen Rathes, ange-  
nommen worden, fleißig sammeln, solches alles in  
ein besonderes Protokollbuch, welches die Leser  
in ihrer Verwahrung haben sollen, mit Vorwiß-  
sen des Kammerrichters, durch einen Protono-  
tarius, doch nur per modum Conclusionis, zusam-  
menschreiben lassen, und in die Mayntzische Kanz-  
ley schriftlich überschießen, um solches vom Kayser,  
auf nächstkünftigen Reichstage, auf Rath und  
Gutachten gemeiner Stände, publiciren zu las-  
sen. Mittlerweil aber sollten sich der Kammer-  
richter und die Beysitzer solchen verglichenen  
Punkten, in Erkennung der Proceffe und Ents-  
cheidung der Sachen, gemäß verhalten.

Da es indessen wenig mühe, gute Satzungen  
zu machen, wenn ihnen nicht auch nachgelebet würde,  
und es an dem R. G. sowohl rühmlich, als nöthig  
wäre, daß zwischen des L. R. Ständen und Unt-  
erthanen, in gleichen Fällen, gleiches Recht  
und Proceß erkannt, und was einem mitgetheilt,  
dem andern nicht verweigert würde; so verordnet 29)  
der R. A., daß, wenn künftig in Ertheilung oder  
Verweigerung der Proceffe solche Ungleichheit  
in gleichmäßigen Fällen verspüret, und deswe-  
gen der Anwald der Partheyen, auf empfangenen  
Befehl, ferner um gebetene Proceffe, mit Anregung  
des hergekommenen Styls, oder gleicher er-  
kannten Proceffe in gleichen Fällen, supplicir-  
ten würde, alsdann der Kammerrichter, oder in  
dessen Abwesenheit der Amtsverweser, zu solcher  
andern Supplication nicht allein die vorigen,  
sondern auch noch mehrere, als sechs, oder acht,  
oder

der sehen, des hergekommenen Styls eusebe. 3. Eine Beysitzer deputiren, sie darüber consultiren, 1570 und mit Fleiß darauf sehen solle, daß eine Gleichheit gebraucht, und einem jeden gleichen gebührendes Rechte mitgetheilt werde. Würde nun aber hieran etwa Mangel erscheinen, und die gebrauchte Ungleichheit nicht geachtet werden wollen; so solle 30) dem Supplikanten erlaubt seyn, seine Nothdurft den jährlich verordneten Kayserlichen Commissarien und der Stände Visirator, ten vorzubringen, die dann von dem Kammergerichts-ter und den Beysitzern Bericht und Urtheil fordern sollen, warum solche Prozesse verweigert worden, um nach Befinden entweder den Supplikanten von seinem Begehren abzuweisen, oder aber, wenn seine Bitte gegründet, dem Kammerrichter und den Beysitzern zu befehlen, dem Supplikanten, auf ferneres Ansuchen, die gebetene Prozesse zu bewilligen. Falls auch etwa 31), bey Supplication und Prozesse, nach Ermessen des Referentens, an der Erzählung oder der Bitte einiger Mangel sich zeigen sollte, der aber vom Supplikanten, bey weiterm Suppliciren, leicht verbessert werden könnte; so sollen alsdann der Kammerrichter und die Beysitzer den gewöhnlichen alten Styl: „auf fürgebrachte Narrata abge-  
„schlagen,, oder: „wie gebeten, abgeschlagen,,  
oder dergleichen, in Verfassung der Dekrete, jederzeit beobachten.

Den bey dem R. G. vorgefallenen Zweifel: ob in Appellationssachen, wenn der Termin zur Reproduktion der Ladung in die Ferien eingefallen, und nach denselben die Zeit der von dem vorigen Richter angefaßten sechs Monate schon abgelaufen wäre, die Appellation für desert zu achten, und also der Appellant mit seiner Repro-

g. Ob. daction nicht mehr zu hören wäre, entscheidet 1570. 32) der R. A. dahin, daß solche, wegen der dazwischen genommenen Ferien, eingefallene Zinderisse zur Reproduction keinem Appellanten nachtheilig seyn, und also keine Desertion bewirken sollen. Vielmehr solle und möge die Ladung, nach Endigung der Ferien, von dem Appellanten reproducirt, und darauf, wie Recht, verfahren werden. Weiter und 33) sollte künftig, zu mehrerer Abkürzung der Proceße, den Mandaten ohne Clausel, die Ladung *ad videndum se declarari*, die man bisher besonders hätte ausbringen müssen, zugleich mit angehängt werden. Ingleichen sollten 34) die Sachen, welche die obnehin in gemeinen Rechten und etlichen R. A. verbotene roucherliche Contracte, die jederzeit im Reiche grossen Unrath und Verderben angerichtet, in kein ferneres Nachdenken gezogen, sondern demjenigen nachgenommen werden, was einmal diewegen statuit und verabschiedet worden. Und weil auch 35) die Arreste, welche, wie die Repressalien, überhaupt in den Rechten verboten wären, zumal, wenn dieselben, auf die angebotene Caution *de Iudicio sisti et iudicatum solvi*, nicht relaxirt werden wollen, als welches für eben so beschwerlich, als das thätliche Pfänden zu achten; so verordnet der R. A., daß, wenn ein Unmittelbarer, durch sich selbst, oder durch die Seinigen, einem andern gleichfalls Unmittelbaren dessen Güter und Unterthanen, oder deren Güter arrestiren würde, und solcher Arrest, auf die angebotene obgedachte Caution, nicht aufheben wollte, alsdann solcher Arrestirte an dem R. G. auch Mandate ohne Clausel, mit angehängter Ladung *ad docendum se paruisse, vel ad videndum etc.*, bitten und ausbringen möge. Da dann solchem Mandate Bes

hote



hofsam gelasset, und die Hauptsache, warum der 3. Obr:  
 Arrest angeleget worden, im ordentlichen Wege Nach:  
 tens auszuführen, remittirt und hingewiesen  
 werden solle. Hiernächst wurde 36) die in der R.  
 G. O., P. II. Tit. IV. §. 14., enthaltene Ver:  
 ordnung wegen der Austräge der Prälaten,  
 Grafen u., gegen Churfürsten, und Fürsten  
 oder Fürstnässige, daß nemlich jene vor dieser  
 neun Räthen mit Recht verfahren, und mit  
 Einbringung von vier Schriften beschliessen  
 mögen, im R. A. dahin erklärt, und der Zusatz  
 hinzugefügt, daß solche neun Räthe auch die  
 Macht haben sollen, die beschlossene Sache und  
 Acten, mit Bewilligung beider Parteyen, auf eine  
 unparteyische Universität, zu Verfassung des  
 Urtheils zu schicken; doch sollen Sie hernach das  
 verfaßte Urtheil, in ihrem Namen, eröffnen und  
 aussprechen.

Obgleich übrigens 37) einem jeden Prokurator,  
 vermöge der R. G. O., Zeit der Ordnung ge:  
 bühre, um seine Nothdurft auf seines Gegentheils  
 Handlung einzubringen, und eine Zeittheil einem  
 Theile Zeit der Ordnung *sine praedjudiciali commi-*  
*natione* zugelassen worden, als wodurch man, die  
 Sachen zu befördern, und etwas Zeit zu ges:  
 winnen, gehofft habe; so hätte doch solches unzäh:  
 lige Submissionen, Complirung der Protos:  
 kolle und Acten, Relationen, Bescheide, Pros:  
 roationen, Bitten um Restitution u. s. w. ver:  
 ursachet, die Umfragen meistens verwirrt,  
 und die Zeit zu den ordentlichen Handlungen  
 vielmalß weggenommen. Deswegen verordnete nun  
 der R. A., daß ein jeder Prokurator, auf seine  
 Handlung oder Receß, seinem Gegentheil Zeit  
 der Ordnung ohne Submission zulassen, und  
 selbige ihm auch damit finaliter angesetzt seyn solle.

3. Cir. Würde aber hernach derselbe *contumaciert*; so soll  
 1570 ihm der andere Termin, nach Beschaffenheit der  
 Sachen und Parteyen, geräumlich oder enger,  
*cum comminatione praedudiciali*, angesetzt werden.  
 Doch in den Fällen, da die R. G. O. keine andere  
 Zeit, als den nächsten Termin mündlich zu be-  
 schliessen, gebe, solle hiedurch nichts geändert,  
 sondern derselben nachgelebet werden. Vermöge ges-  
 meiner Rechte und der R. G. O. †), stünde nun  
 zwar 38) einem jeden Kläger oder Appellanten  
 frey, seine Klage summarisch, oder articulirt  
 vorzubringen. Weil aber die R. Versammlung,  
 aus wohl erwogenen Ursachen, und zu mehrerer Be-  
 schleunigung der Processen für gut angesehen, daß  
 ein jeder, der seine Klage auch articelweise  
 anbringen wollte, schuldig seyn sollte, solche nicht  
 summarisch, sondern alsobald articulirt einge-  
 ben; so sollte nunmehr in allen Sachen *simpliciter*  
*Querelae* oder *Appellationum* ein jeder Kläger  
 oder Appellant, der seine Klagpunkten oder *Gravamina*  
 zu articuliren gedächte, keine summaris-  
 sche Klage, sondern sogleich articulirter Weise  
 stellen, und im ersten Termin eingeben lassen; oder  
 es sollte ihm sonst der Weg zu articuliren hernach  
 präkludirt seyn. Ingleichen sollten auch 39) die  
 gewöhnlichen Termine sowohl der ersten, als der  
 andern Instanzen etwas geändert und eingezo-  
 gen werden. Wenn nemlich der Kläger seine ar-  
 ticulirte Klage eingebracht, so solle der Beklag-  
 te schuldig seyn, im zweiten Termin seine *de-  
 claratorische* oder andere Einreden, wodurch das  
 Recht aufgehoben, oder die Kriegobefestigung  
 verhindert werden sollte, vorzubringen, und über-  
 schriftlich *Litem eventualiter*, oder, wenn er des-  
 gleis

†) P. III. Tit. XII. §. 8.

gleichen Einreden nicht hätte, *pure* zu contestir. Er. ren, auch zugleich seine Auszüge, mit beigefügten 1570 Antworten in *eventum* auf die Artikel, und dann seine *peremptorial* = und *defensional* = Artikel; insofern er einige hätte, einzubringen. Würde aber 40) keine artickulirte, sondern nur eine summarische Klage eintommen; so solle der Beklagte im zweiten Termin, neben seinen *declinatorischen* oder andern *dilatorischen* Einreden, auch *eventualiter* das Recht schriftlich befestigen, und seine gegenwehrlige Artikel produciren, worauf dann weiter nach der Ordnung verfahren werden solle.

Hingegen 41) in Appellationsfachen, da von Beyurtheilen, welche nicht die Kraft eines Endurtheils hätten, appellirt worden wäre, solle es, wie in der R. G. O., P. III. Tit. 31. §. 10., verfahren wäre, zugelassen seyn, worauf alsdann, nach Inhalt des folgenden 31. Titels der R. G. O., weiter zu verfahren wäre. Doch, würde etwa der Appellat etwas wider die Formalien oder *Devolution*, oder andere verzügliche Einreden vorzubringen haben; so solle er denselben jederzeit auch seine eventuelle *Litiskontestation* mit anhängen. In andern Appellationsfachen aber, da der Appellant seine *Gravamina* artickulirt vorgebracht hätte, solle 42) der Appellat im zweiten Termin nicht allein dasjenige, was er wider die Formalien der Appellation, oder wider die *Devolution*, oder sonst an verzüglichen Einreden anzuregen hätte, vorbringen, sondern auch schriftlich *Litem eventualiter* contestiren, und seine Auszüge gegen die artickulirte *Gravamina*, nebst den eventuellen Antworten und gegenwehrlichen Artikeln, oder was ihm dagegen gebühren solle, zugleich übergeben, oder, wenn er keine Auszüge an-

3. Obr. zuregen hätte, neben der Litiscontestation auch  
 1570 auf die *Gravamina* antworten, und andere  
 Nothdurft produciren, worauf alsdann ferner,  
 vermöge der R. G. O., l. c., zu verfahren wäre.  
 Wäre hingegen 43) nur eine summarische Appella-  
 tionsklage übergeben worden; so solle der Appell-  
 lant darauf auch in dem zweiten Termin, vor-  
 gedachter massen, handeln; doch ausgenommen,  
 was von den *Gravaminibus* disponirt worden. In  
 Fällen aber, da 44) der Appellant nichts neues  
 einbringen, sondern nur die Acten der vorherges-  
 henden Instanzen wiederholen würde, solle, wie  
 vormals, nach Vorschrift der R. G. O., ver-  
 fahren werden. Uebrigens und 45) in Ansehung der  
 Attentaten, wo Neuerungen abzuschaffen, im-  
 gleichen der Inhibition, da um Erklärung in die  
 Strafe gebeten würde, solle man künftig keinem  
 Prokurator verstaten, eine besondere Litis-  
 Contestation oder Proceß zu führen, sondern nur  
 demselben erlauben, mit Anrufung des richterli-  
 chen Amtes, die Attentaten oder Contraven-  
 tion zu articuliren, oder sonst zum Beweise oder  
 zum Beschluß dieses Punktes, der Ordnung ge-  
 mäß, förderlich zu verfahren.

Wegen der Commissarien verordnet 46) der  
 R. A., daß dieselben, neben den Beweisartis-  
 teln, durch eine besondere Supplication, oder  
 hernach vor Deputirten mündlich benannt und  
 gebeten werden sollen. Wenn nun der Gegen-  
 theil dawider was einzuwenden hätte, oder aber  
 darein willigen wollte; so solle solches entweder ne-  
 ben den Antworten schriftlich, oder vor den De-  
 putirten, vor denen auch zum Beschlusse verfab-  
 ren werden solle, geschehen. Da es auch 47) mei-  
 stentheils bey der Richter Ermessen stünde, was  
 und wie viel den Zeugen oder deren Ausfagen zu  
 glau-

glauben, darüber aber öfters viele und überflüssige 3. Civ. Wechfelschriften, die nur zur Verlängerung des 1570 Processus dienen, einkömen; so sollte hinfüro eine jede Parthey, nach publicirten Attestationen, nur zwey Schriften einbringen, und damit in diesem Punkte beschließen. Ferner solle 48) eben so, wie vorher wegen der Commissarien verordnet worden, auch in Ansehung der Tutoren oder Curatoren, vor den Deputirten, zum Beschlusse verfahren, und daher auch vor denselben, in diesen und andern Sachen, gehörig contumacirt werden. Weil auch hiebevör 49) der Gewalte halber viele Streitigkeiten erregt, und dadurch die Prozesse öfters verzüglich aufgehalten worden; so wurden dem R. A. etliche Formularen solcher Gewalte \*) angehängt, damit ein jeder wissen möge, welche Substantialklauseln zu einem jeden Gewalte nothwendig seyen, und er sich in deren Ausfertigung darnach verhalten könne. Und nachdem 50) in gemeinen Rechten genugsam versehen wäre, welchermaßen und in wie fern ein jeder Anwalt, wenn er der Gebühr, mit gewöhnlicher Klausel: *iudicatum solvi* und andern, constituirte, sich darauf zu Recht eingelassen und *Litis Dominus* geworden, in den Sachen zu verfahren schuldig sey; so verordnet der R. A., daß die Prokuratoren, solcher rechtlichen Disposition nach, in ihren Sachen, nach Inhalt der R. G. O., verfahren, und sich aller Verzüglichkeiten enthalten sollen. Wegen Abförderung der in den Gewölben des R. G. annoch liegenden und den Partheyen zugehörigen Originalurkunden aber wurde 51) in unserm R. A. dasjenige wiederholet, was hievon bereits im Augspurgischen

\*) Sie stehen in der 17. Sammlung der R. A., P. III. p. 315-318.

3. Erzgischen R. A. vom J. 1566. war verordnet worden 1570 den †), und zugleich dem Kammerichter die Macht gegeben, einem jeden Anwalt bey Straffe zu befehlen, seine hinterlegte Originalien, deren man bey dem Gerichte nicht mehr bedürfte, in einer benannten Zeit abholen zu lassen.

Die im Augspurgischen R. A. vom J. 1566. auf das Ausbleiben eines Fürsten, welcher bey der jährlichen Visitation des R. G. in Person erscheinen, oder doch wenigstens einen andern Fürsten oder Fürstnässigen für sich substituiren sollte, gesetzte Strafe von 3000. Goldgülden \*), wurde 52) nummehr auf 5000. Goldgülden erhöht, weil man jene Strafe für zu gering achtete, indem dennoch, eine Zeitlang, etliche zur Visitation beschriebene Fürsten ausgeblieben waren. Wegen der andern zur Visitation erfordereten Stände aber, die keinen qualificirten Deputirten dazu abgeordnet hätten, sollte es bey der alten Strafe von 1000. Goldgülden bleiben, welche sowohl jener, als diese, ohne alles Einreden und Entschuldigen, zu Unterhaltung des R. G., unversäglich zu entrichten, schuldig seyn sollten. Es wurde daher den künftigen Kayserlichen Commissarien und den übrigen Visitatoren aufgetragen, dem Kayserlichen Fiscal zu befehlen, sogleich zu Einbringung solcher Strafgeder, *Mandato executoriali* zu verfahren. Inzwischen aber möchten Sie, ungeachtet kein Fürst oder Fürstnässiger zugegen wäre, gleichwohl in der Visitation fortfahren, wenn über drey von allen beschriebenen Visitatoren nicht ausbleiben würden. Falls aber daneben auch eine Revision oder Synodiat

†) S. im VI. Bande der H. E. R. G., S. 308. Sub n. 13.

\*) S. in eben diesem Bande, S. 304.

ditat vorgenommen wäre; so wolle man es, bey ei-  
nem solchen wichtigen Werke, auch bey der vor- 1570  
gen Disposition der R. G. O. unverändert  
lassen. Weil nun aber 53) billig wäre, daß diejen-  
gen, welche andere visitiren, nicht weniger qualifi-  
cirt seyn sollten; so wurde im R. A. festgesetzt,  
daß die visitirenden Stände jedesmal ihre an-  
sehnliche, redliche, gelehrte und geübte Räte  
und Syndicos zur Visitation schicken, und keine  
andere dazu gelassen werden sollten. Doch ehe und  
bevor die Kayserlichen Commissarien und die  
übrigen Visitatoren zur Visitation der Personen  
schritten, sollte die gebührliche Erinnerung und  
Vermahnung unter ihnen geschehen, alles das-  
nige, was in solcher Visitation der Personen hal-  
ber erkundiget, tractirt und verrichtet worden, bey  
sich in Geheim zu behalten, und davon niemant  
den, als dem Kayser und der Obrigkeit, die sie  
abgefertiget, zu referiren.

Wegen Verlegung des R. G. auf eine Zeit-  
lang, zu Sterbezeiten oder in Kriegsläufen,  
war zwar 54) im 24. Titel des 2. Theils der R.  
G. O. das nöthige versehen worden. Allein, da  
die Acten und andere Dinge zu Speyer in beson-  
dern Gewölben verwahrlich zu behalten, dem  
Kayser und dem Reiche verordnet worden, und  
wenn selbige dem Gerichte auch folgen, und an  
den Ort des neuen Aufenthalts abgeführt wer-  
den sollten, an deren gewissen Verleitung dem  
Kayser und den Ständen, auch den besondern  
Parteyen sehr viel gelegen wäre; so sollten der  
Kammerrichter und die Besizer, wenn sie eine  
solche Verlegung vornehmen wollten, es dem Kay-  
ser zeitig zuschreiben. Hesse Er sich nun die Verles-  
ung gefallen, so solle das R. G. solches auch dem  
Churfürsten von Mainz zeitig melden, damit der  
selbe

1570 Der. selbe. den. K. M. Kanzleyverwaltern befehlen  
 wurde, dahin zu sehen, damit die Acten und was  
 weiter nöthig wäre, durch die Leser, mit Hülfe  
 der Protonotarien und Notarien, aufgeschrieben,  
 eingepackt, auf bestellte Wagen oder zu Schiffe ge-  
 laden, und also zu Lande, oder zu Wasser, in Beg-  
 leitung einer oder mehr vertrauten Ranzleypersonen, an  
 den bestimmten Ort des verlegten Gerichtes, un-  
 ter Vergleitung der Stände, durch deren Obrige-  
 keiten die Acten geführt würden, sicher überkom-  
 men möchten. Doch solle dieses alles auf Kosten  
 und Gefahr gemeiner Stände geschehen, und die  
 Kosten einstweil aus dem Unterhaltungsvorra-  
 the des K. G. genommen und bezahlt werden.  
 Weil aber die Läufe und Zeiten ungleich wären;  
 so verordnet noch zuletzt und 55) der K. M., daß,  
 wenn man Sterbens halber weichen müßte, als-  
 dann nicht mehr Acten und andere Dinge, als  
 man zu Haltung des Gerichtes benötiget wäre,  
 dahin abführen, und das übrige zu Speyer, in  
 den verordneten Gewölben verschlossen lassen,  
 auch der dasige Magistrat solches nach besten  
 Vermögen zu beschützen, schuldig seyn solle. Wäre  
 man hingegen wegen bevorstehender Kriegsge-  
 fahr entschlossen, das K. G. an einen andern  
 sichern Ort, auf eine Zeitlang, zu verlegen, und  
 man könnte durch der anstossenden Stände und  
 Obrigkeiten Gebiete genugsame Vergleitung  
 haben; so sollten alle Acten und was dem Ge-  
 richte zugehörig auch an den Ort der Verlegung  
 gebracht werden. Doch Falls die Gefahr so groß  
 wäre, daß die Stände und Obrigkeiten kein  
 sicheres und starkes Geleit zusagen und leisten  
 könnten; so sollten alle Acten und was dem Ge-  
 richte zuständig, zu Speyer unverrückt gela-  
 sen, und den Bürgermeistern und Rathe da-  
 selbst



selbst befohlen werden, solche Dinge, wie ich d. Chr. eigene Güter, im besten Schutz und Schirm<sup>1570</sup> zu haben b).

Zufolge dieser gemachten Reicheschlüsse ließ der Kayser, noch währendem Reichstage, dem 8. Dec. Kammerichter und den Beysizern einen Memorialzettel, statt eines besondern Nebenabschließes, zustellen, in welchem gleich anfangs geäußert wird, daß, bey der, auf dem ihigen Reichstage, vorgefallenen Handlung über die Verwaltung der Kayserlichen Justiz am R. G., einige Unordnungen der Beysizer wegen vorgekommen, theils dem Collegium selbst verkleinerlich; theils an Beförderung schleuniger Rechtspflege hinderlich wären. Es wäre nemlich 1) in der R. G. 2) den Beysizern geboten, lange, zierliche, eheliche Kleider im Rathe, Gericht und sonst zu tragen, weil sie, neben dem Kammerichten, den Kayser, die Churfürsten, Fürsten und alle Stände des H. R. diß Orts, *tanquam perpetui rogati Senatores in Senatu Imperii*, repräsentirten. Man verspühre aber hierunter an vielen eine große Nachlässigkeit, welches dem Kayser und den Ständen zu keinem Gefallen gereichen könne. Wühin wolle der Kayser hiemit dem Kammerichter auferlegt haben, dagegen ein gebührieliches Einssehen zu haben, und zu befehlen, daß ein jeder sowohl in diesem, als in andern Punkten sich den gedachten Ordnung gemäß erzeige. Würde aber jemand deshalb ungehorsam seyn; so solle denselben alsbald, *ipso facto*, der Rathegang ver-  
boten

b) Speyer. R. A. vom J. 1570., S. 42; 104., in der H. Samml. der R. A., P. III. p. 294. a. — 301. b. Cf. das öfters angezogene Manuscript in meiner Bibliothek, Sect. II. fol. 72. b. & 73. a.

c) *Parte I. Tit. VII.*

3. Er. haben werden, und derselbe so lange heraus bleiben, 1570 bis er schuldigen Gehorsam geleistet hätte. Ingleichen 2) wäre nicht allein in der R. G. O., sondern auch im Augspurgischen R. A. vom J. 1566., ausdrücklich vorgeschrieben worden, wie man gegen die unfleißige und in ihrem Amte nachlässige Assessoren verfahren solle. Weil aber dem ungeachtet auch hiebei allerley Mängel vorgekommen wären; so sollen der Kammerichter, die Präsidenten und andere Beysitzer, so viel es einen jeden belange, daran seyn, daß besagter Ordnung, und besonders dem vorgebachtem R. A. in dem §. Erstlich dies weil in der Ordnung u. †), pünktlich nachgelebet werde, damit man nicht Ursache habe, bei der Visitation andere Mittel vorzunehmen. Es bestimmen auch 3) die R. G. O. und etliche Visitationsabschiede ganz deutlich, zu welcher Zeit alle Beysitzer, neben dem Kammerichter, im Rathe erscheinen sollen. Weil aber das vielfältige Absentiren, wie etliche im Gebrauche haben, den Resolutionen nicht wenig hinderlich wäre; so solle künftig der Kammerichter, oder in dessen Abwesenheit sein Amtsverweser, keine Entschuldigung von den Beysitzern, wegen ihres Ausbleibens, weiter annehmen, welche nicht ehehaftig und beweislich dargehan würde. Wäre nun die Ursache nicht hienalänglichlich, und hätte sich einer hierauf dennoch, oder sonst, ohne alles Anzeigen, vom Rathe, den ganzen Morgen, absentirt; so solle ihm die Hälfte seiner, an diesem Tage, gebührenden Besoldung, oder auch von einer jeden Stunde ein Ortsgulden abgezogen, und darin niemand verschonet, sondern es dem Pfennigmeister, *inter neglecta* auszutheilen, angezeigt werden.

Item

†) Augspurg. R. A. vom J. 1566., §. 86., in der 17. Sammlung der R. A., P. III. p. 226. CE. 17. C. R. G., im VI. Bande, S. 305.

Ferner und 4) wurde in diesem Memorial 3. Cbr. zettel, aus besondern bewegenden Ursachen, den <sup>1570</sup> Protonotarien, Notarien und Lesern, die in den Audienzen sitzen werden, bey ihren Pflichten befohlen, jedesmal in den Protokollen und Registraturen aufzuzeichnen: ob und von wem die Audienzen mit dem Glockenschlage 1. Uhr an- gefangen, und im Sommer bis fünf, im Wint- ter aber bis zu vier Uhr fortgesetzt worden oder nicht, woraus dann ein Auszug, den jedes Jahr erscheinenden Kayserlichen Commissarien und Visitatoren, auf ihr Begehren, zugestellet werden solle. Weil man hiernächst 5) bey vielen Visita- tionen in Erfahrung gebracht hätte, daß die lange mündliche Reccessse, verdrießliches langes Reden, Repliciren und Multipliciren der Procurato- ren nicht wolle abgestellt werden, wodurch die Zeit in den Audienzen dergestalt unnützlich ver- spielt würde, daß man iho in einer Audienz ge- meiniglich nur 50., 60. oder 68. Reccessse halten möge, an statt, daß vor Jahren wohl 90., 100. bis 112. Reccessse gehalten worden; so solle der Kammerrichter, wöchentlich am Sonnabend, die gerichtlichen Protokolle, durch zwey oder drey Beysitzer visitiren lassen. Würde man nun bey einem oder mehreren befinden, daß er lange Res- cesse gehalten; so solle man ihn darüber zu Rede stellen, und daneben, gestalten Dingen nach, um einen, zwey oder drey Gulden strafen, ungeach- tet keine Submission geschehen wäre. Ja wenn man 6) in den Audienzen solch verbotenes lang- wieriges Geschwätze anhören müßte; so sollen der Kammerrichter oder die Präsidenten sogleich mit besonderm Ernste dagegen reden, und die Res- cesse, mit vorbehaltener Strafe, verwerfen. End- lich 7) hätte auch der Kayser aus etlichen Visita-

3. Er. tions-Relationen und Abschieden ersehen, daß  
1570 Ehesachen am K. G. angenommen wurden, da  
doch in solchen Fällen die Gerichtsbarkeit des K.  
G. nicht gegründet wäre. Mit hin wolle man  
dem Kammerichter und den Beysitzern hiemit  
befehlen, solche und andere Sachen, die dahin  
nicht gehörten, keinesweges anzunehmen, und  
sich auch sonst in allen Dingen, die ihnen hiebevot  
in etlichen Visitationsabschieden und Memos-  
rialzetteln, aus wohlbedachten Ursachen, auferleget  
worden, sich der Gebühr nach gehorsam zu verhal-  
ten, auch dieselben in ein besonderes Buch, da-  
mit sie in keine Vergessenheit kämen, einbinden und  
durch die Leser verwahren zu lassen c).

Nach diesem weitläufigen Berichte von dem  
jenigen, was auf dem Speyerischen Reichstage  
über das K. Justizwesen am Kayserlichen K.  
G. gehandelt, und hernach in den R. A. gebracht  
worden, kommen wir nun auf den sechsten Punkt  
der Kayserlichen Proposition, welcher die Wie-  
derherbeybringung der dem H. R. entzogenen  
Länder, die Rectification der R. Matrikel  
und das damit verbundene Moderationswesen  
betrifft d). Der Kayser gab nemlich der R. Ver-  
sammlung zu bedenken anheim, wie doch und  
durch was für füglich Mittel die, eine Zeit her, dem  
H. R., von fremden Potentaten, gewaltig ente-  
zogene Stände, Land und Leute wiederum  
herbeygebracht, und weitere Schmälerung  
und Abfall verhütet, auch denselben vorgebaut  
werden möchte. Es ermangelten daher die Chur-  
fürsten, Fürsten und Stände, auch deren Ges-  
fande

c) de Ludolf Corp. Iur. Camer. n. 177. p. 303. sq.  
und Lünigs R. A., T. IV. n. 263. p. 406. sq.

d) S. in diesem VIII. Bande der H. E. R. G., S.  
189.

sandten nicht, die Sache in reife Berathschlagung zu ziehen, und ihr Gutachten dem Kayser 1570 zu übergeben. Worin aber solches bestanden, kann ich aus ermangelnder Einsicht der damaligen R. Tags-Acten nicht eigentlich anzeigen. Denn der R. A. enthält in Ansehung dieser Materie nur folgendes: es hätten die Churfürsten, Fürsten und Stände, nebst ihren Gesandten, Ihm, dem Kayser, allerley erspriessliche Mittel und Wege, die vor die Hand zu nehmen seyn möchten, angezeigt. Zugleich hätten sie begehrt, daß Er, als das Haupt und Römischer Kayser, sich dieses Werk, wie bisher geschehen, väterlich möchte anlegen seyn lassen, und Bedacht nehmen, wie solche Mittel, zu ehester Gelegenheit, ins Werk gerichtet werden könnten. Daneben hätten sie sich erboten, mit ihm ein solch wachendes und ernstliches Aufsehen zu haben, und einander solche alte, teutsche, vertrauliche Zusammensetzung zu leisten, damit die heimliche oder öffentliche thätliche Anschläge und Vornehmen seiner und des H. R. Widerwärtigen zeitig verspüret, gewehret, und dagegen seine und des Reichs Reputation, Würde und Macht, mit lobwürdigen Thaten, öffentlich gezeigt, erhalten und gerühmet werden sollten. Dieses habe nun der Kayser gnädig vernommen, und wolle mit allem getreuen und väterlichem Eifer daran seyn, damit eines oder mehr solcher wohlbedachten erspriesslichen Mittel, so viel immer möglich, seinen gewünschten Förgang erreichen, und das H. R. Teutscher Nation sowohl an seinen erzogenen Gliedern, Landen und Leuten wieder ergänzet, als auch sonst gemehret, und gegen alle heimliche oder gewaltige Thätlichkeiten beschützt werden möge; wie dann in allem, was Ihm, vermöge seines Kayserlichen Amtes, mit Rath, Hülfe

3. Chr. Hülfe und Rettung zu thun, obliege, kein 1570 Mangel erscheinen solle <sup>e)</sup>).

Was nun die Rectification der R. Matricul und das damit verbundene Moderationswesen betrifft; so suchten auch diesmal wiederum, auf dem Reichstage, verschiedene Reichsstände um die Nachlassung ihrer Reichssteuern, oder die Moderation ihres R. Anschlages an, und wandten sich deshalb an den auf dem Reichstage mit anwesenden R. Hofrath mit ihren Suppliken und Memorialien. So bat z. E. der Graf 23 Sept. von Sayn um die Bestätigung seiner Privilegien, und um Nachlassung der R. Steuern; da ihm dann das erste bewilliget, das andere aber an den Supplikationsrath und die Kammererthe gewiesen wurde <sup>f)</sup>. Ingleichen supplicirte 10 Oct. die Stadt Straßburg um Moderation oder Nachlassung der R. Anlagen, mit Anziehung der grossen Unkosten und Beschwerden, welche sie in den Kriegsläufen mit Bauen und Besatzungen gehabt hätte, ingleichen, daß die Stände ihr, als einer Gränzstadt, eine gemeine Hülfe leisten möchten, wenn sich ausländische Potentaten mit Kriegsrüstungen ihr näherten <sup>g)</sup>. Hins 2 Nov. gegen bat der ErzB. von Bremen aus dem Grunde um eine Moderation seines R. Anschlages, weil ihm etliche Stücke von seinem Erzstifte 13. e. m. entwandt worden wären <sup>h)</sup>, und endlich meldeten sich

e) Speyer. R. A. vom J. 1570., S. 105, 107., in der N. Samml. der R. A., P. III. p. 301. b. & 302. a.

f) Graf Ludewigs von Wigenstein Diarium etc., in der Senckenberg. Sammlung, T. I. P. II. p. 6.

g) Idem Diarium, l. c., p. 18. sq.

h) Idem Diarium, l. c., p. 57.

sich auch der Bischof und die R. Stadt Speyer J. We. um eine Ringerung ihrer R. Anlagen <sup>1)</sup>. 1570

Der Kayser ließ daher der R. Versammlung vortragen, daß sich eine merckliche Zerrüttung und Abgang in des H. R. Matrickel und Anschlägen eine Zeither ereignet hätte. Solches rühre nun davon her, daß das H. R. an seinen Gliedern nicht allein von fremden Potentaten mercklich geschwächt worden, sondern auch etliche sich selbst davon abgesondert, viele Prälaturen, Graf- und Herrschaften, auch Fürstenthümer, durch allerhand Mittel, davon entwandt, zertheilt und dergestalt zertrennet worden, daß man ihres Anschläge nicht mehr habhaft seyn könnte, selbige auch wohl ganz aus der R. Matrickel verlohren worden. Ausserdem wären durch die unlängst zu Worms gepflogene Moderationshandlungen <sup>2)</sup> noch mehr Unrichtigkeiten und Abgang an den R. Anschlägen verursacht worden, indem daselbst viele Stände geringert, und aber andere, die in der Moderirten Ländern gefolget, nicht erhöht worden, daß also dieser Moderationstag ein ganz unvollkommenes Werk geblieben. Endlich würden auch die Exemtionen gar zu gemein, und öfters die geringere Stände durch andere mit der That eximirt, und doch nicht vertreten, wodurch dem H. R. an seinen Gliedern, Session, Stimme, Vermögen und Hülfe eine grosse Zerrüttung und Abgang erfolgte. Mitbin begehre der Kayser das Bedenken der Stände, wie die R. Matrickel wieder ergänzt und in eine richtige Ordnung gebracht werden möchte, woben die Wormsische Moderationshandlung nachzusehen,

S 3

<sup>1)</sup> Idem Diarium, l. c., p. 75.

<sup>2)</sup> S. H. T. R. G., im VII. Bande S. 446. coll. VL Band S. 323. f.

3. Er. hen, und was dem einen geringert, dem andern  
1570 Inhaber derselben Güter aufzulegen wäre.

Zu einiger Erläuterung desjenigen, was der  
Kayser, in seinem Vortrage, von den thätlichen  
Exemtionen einiger geringern Stände durch  
Mächtigere geäußert hatte, kann aus dem, schon  
einigemal erwähnten Tagebuch des Graf Ludewig  
von Witgenstein angeführt werden, daß er  
und der Graf Ludewig von Löwenstein, im  
Namen der sämtlichen Grafen, den Kayser,  
1. Dec. lichen Hofmeister von Trautsohn gebeten, den  
Kayser, auf den von dem Fiscal, in Ansehung der  
Exemtionen, übergebenen Bericht, dahin zu be-  
wegen, daß er die geringen Stände, durch die  
Exemption, nicht möchte abreißen oder unter-  
drücken lassen. Allein nach der Aeußerung des  
von Trautson wäre davon bereits dem Kayser res-  
ferirt und beschlossen worden, mithin schwerlich  
etwas zu ändern seyn möchte. Indessen wären  
2. e. m. doch darauf, am folgenden Tage, er, der Graf von  
Witgenstein, der von Tuenar, Winnenberg  
und Ortenburg bey dem vorbenannten Grafen  
von Löwenstein gewesen, und hätten die, von dem  
D. Schwarzen aufgesetzte Supplikation an den  
Kayser wegen der Exemption verlesen hören, auch  
selbige hernach den von Seehausen und von  
Rechberg, als vornehme Glieder von der R.  
Ritterschaft, sehen lassen, und ihnen zu bedenken  
gegeben, ob sie, nebst den Prälaten, dazu mitthei-  
len wollten. Die Supplikation selbst aber wäre  
vornehmlich dahin gerichtet gewesen, daß, weil der  
Artickel von der Exemption im R. A. vom J.  
1548. †) etwas dunkel wäre, und der Fiscal, laut  
seines

†) E. Augspurg. R. A. vom J. 1548., §. 49. seqq.  
in der H. Samml. der R. A., P. II. p. 536. sq.  
Cf. den I. Band der H. T. R. G., S. 352. ff.



seines übergebenen Berichts, darauf nicht wohl 3. Or.  
 Prozesse erlangen könnte, die geringen Stände 1570  
 de den Kayser bitten wollten, solchen Artickel da-  
 hin zu erläutern, damit sie von den Höhern nicht  
 unterdrückt würden. Hernach hätten er, der  
 Graf von Witgenstein, der von Winnenberg, 3. e. m.,  
 und der Graf von Löwenstein auch den Aufsatz  
 des D. Grempeus, der dem Kayser, der Exem-  
 tionen halber, zu übergeben wäre, mit anges-  
 hört; da dann der D. Grempe der Meinung ge-  
 wesen, daß in der Witgensteinischen Exemti-  
 onsfache wider Hessen das beschwerlichste wä-  
 ren die, wegen der Unterhaltung des R. G., an  
 den Landgrafen ergangene Schreiben, ingleichen  
 die Neumagische Türkensteuer, welche Chur-  
 Trier eingewilliget hätte. Allein dagegen wäre,  
 nach der Meinung des Grafens von Wogens-  
 stein, zu bemerken, daß der Vertrag *propter er-  
 rorem* nicht bündig wäre, doch müßte dagegen  
 etwas mit Bescheidenheit eingewandt werden.  
 Auch wäre noch denselben Abend mit den Grafen 4. e.  
 von Hanau und Isenburg, wegen dieser mehrge-  
 dachten Supplikation an den Kayser, geredet  
 worden. Was aber in dieser Sache weiter gesche-  
 hen, davon giebt das obermähnte Tagebuch keine  
 weitere Nachricht \*).

Nachdem nun die Churfürsten, Fürsten  
 und Stände die obige Kayserliche Proposition  
 in ihren Collegien in Berathschlagung gezogen,  
 und sich über ein gemeinschaftliches Bedenken  
 verglichen hatten; so übergaben sie ihr Gutachten  
 dem Kayser dahin, daß sie es, so viel die von frem-  
 den Potentaten entzogene oder abgefallene  
 Stände und Länder betreffe, bey ihrem, oben  
 schon

§ 4

\*) S. die Sendenberg. Sammlung x., T. I. P. II.  
 P. 92. 93. 94. sq.

3. Er. schon erwähntem, rätlichen Bedenten und der  
 1570 Kayserlichen Erklärung und Erbieten bewenden ließen. Wie aber ditzmal wegen der eximirten Prälaturen, Graf- und Herrschaften gebührliche Anschläge zu machen, und wie den Beschwerzten ferner zu helfen, andere zu erhöhen, und diejenigen Stände, welche andere eximiren wollen, zu gebührlicher Erlegung der Anlagen zu vermögen wären, könnte auf der igten Reichsversammlung nicht gründlich abgehandelt werden, indem zuörderst in den Kreisen die nöthigen Erkundigungen, wie die Sachen allenthalben beschaffen, eingenommen und vorgebracht werden müßten. Weil man aber dabey erwogen, daß solche Zerrüttung und Abgang an den Reichshülffen und Contributionen in keine Verlängerung zu stellen, sondern die gemeine R. Nothdurft zum höchsten erfordere, daß die R. Matrickel einmal ergänzt und richtig gemacht würde; so verglich sich der Kayser mit den Ständen über einen besondern R. Deputationstag zu Ergänzung und Richtigmachung der mehrgedachten R. Matrickel, welcher auf den 1. Julius und respective 1. August des nächstfolgenden J. 1571. zu Frankfurt am Mayn seinen Anfang nehmen, und nach und nach folgender massen fortgesetzt werden solle.

Alle Kreisauschreibende Fürsten sollen nemlich, innerhalb zwey Monaten nach dem Datum des R. A., in ihren Kreisen gemeine Kreistage ausschreiben, und dann ein jeder Kreis auf denselben zwey verschiedene Verordnungen machen, deren die eine, in Zeit von drey Monaten hernach, fleissigen Bericht und Erkundigung einziehen solle: ob und welche Glieder demselben Kreise entzogen worden, oder sonst abgegangen, wohin sie, oder ihre Länder, Leute und Güter verwan-  
 wandt.

wandt, zertheilt, oder auf andere Art veräußert, da J. C. durch aber dem Kreise und dem H. R. seine ge<sup>1570</sup> bührende Anlagen und Hülfe entzogen worden. Ingleichen solle auch gedachte erste Verordnung von den beschwerten Ständen anhören, wenn etwa einiger Kreisstand von seinen Länden, Leuten und Gütern, wovon er dem H. R. gesteuert, abgekommen wäre, und deswegen auf den gewesenen Moderationstagen eine Ringesung erlangt hätte, andere aber, denen solche Lände, Leute und Güter zugefallen, dagegen zu erhöhen seyn sollten. Oder, wenn etliche Stände ihre Beschwerden, warum sie zu moderiren wären, bey dem Kreise, vermöge des Augspurgischen R. A. vom J. 1566. zwar gerne eingebracht hätten, aber wegen zugestossener Hindernisse nicht hätten mögen gehört, noch die gebührende Erkundigung eingeholet werden. Oder auch wenn die Ueberschickung der geschehenen Erkundigung wäre versäumt worden, also daß sie darüber auf dem zu Worms gehaltenem Moderationstage wären verabsäumet worden. Darüber nun und was sonst zu Abhelfung der Beschwerden solcher Kreisstände, und zu Ergänzung und Richtigmachung der R. Matrikel und R. Anlagen dienlich seyn möchte, solle die besagte erste Verordnung, binnen den gedachten drey Monaten, wie solches auch zu Augspurg in den J. 1548. und 1566. verabschiedet worden, erforschen, und unterschiedlich beschreiben lassen, auch hernach der andern Verordnung fordersamst überschicken, welche alsdann damit zu Frankfurt auf den 1. Julius 1571. erscheinen, und in dem Moderationspunkte, wie in den beiden erstbesagten R. A. versehen wäre, ferner verfahren, handeln und erkennen solle. Was aber die fernere Erkundigung, in Ansehung

3. **Er.** der Ergänzung und Richtigmachung der R. Matrikel belange, das alles sollen die Moderatoren den darauf am 1. August erscheinenden Kayserlichen Commissarien und Churfürsten, auch deputirten Ständen, oder deren Gesandten, zu weiterer Berathschlagung, zustellen.

Wosern nun einiger Stand vermeinen würde, bey solcher Ringerung der verordneten Moderatoren beschwert zu seyn; so solle derselbe Macht haben, sich auf die den 1. August 1571. zu Frankfurt einkommende Kayserliche Commissarien, Churfürsten und deputirte Stände zu berufen. Vor denen sollen dann die vorigen einkommenden Beschwerden und Erkundigung, nebst einer summarischen Petitionsschrift, unverzüglich eingebracht und darauf beschlossen, auch von ihnen darüber *ex aequo et bono* erkannt werden, wobei es auch in einem andern Wege, ohne alles fernere Appelliren und Ansuchen um Moderation, endlich gelassen werden solle. Und da auch etliche Stände von den zu Worms im J. 1567. ergangenen Moderations-Erkennnissen an das R. G. appellirt hätten, wo solche Sachen, noch zur Zeit, unerörtert schwebten; so sollten selbige und die eingebrachten Acten, damit man darüber desto schleuniger einen rechtlichen Ausspruch thun könnte, und die Richtigmachung der R. Matrikel nicht gehindert würde, von dem R. G. abgefordert, und in der Maynzischen Kanzley, bis zu erwähntem R. Deputationstage, verwahrlich behalten, von den Kayserlichen Commissarien, den Churfürsten und deren deputirten Ständen deshalb, was recht und billig, erkannt, und es endlich dabey gelassen werden. Es sollen daher auf den 1. August 1571. die Kayserlichen Commissarien, die sechs Churfürsten,  
und

und dann alle deputirte Fürsten und Stände, oder J. Or. aber deren abgefertigte Räte und Botschafter <sup>1570</sup> sich zu Frankfurt gewiß einfinden, und volle Gewalt und Macht haben, in vorbesagten Appellationsfachen, was recht und billig ist, zu erkennen, alle und jede von den Kreisen überschickte Berichte, Erkundigungen und was sonst weiter des H. R. Nothdurft zur Ergänzung und Richtigmachung der R. Matrikel erfordern möchte, mit gebühlichem Fleisse zu erwägen, und darüber *ex aequo et bono* zu erkennen, woben es dann ohne alles weitere Appelliren und Widerreden gelassen, und darauf die R. Matrikel ergänzt und richtig gemacht werden solle. Endlich habe es sich bey diesem eingezogener Erkundigung, was es für eine Beschaffenheit mit den Kayserlichen und des H. R. fiskalischen Sachen habe, ausgewiesen, daß viele Sachen, sowohl die Unterhaltung des R. G., als andere R. Anlagen betreffend, schon längst zum Urtheil gestellt, aber Bedenken getragen worden, darüber die Sentenz zu sprechen, weswegen dann unter den Ständen eine grosse Ungleichheit erfolget, und die gehorsamen Stände vor den andern zur Ungebühr hoch beschwoeret worden. Es wurde daher durch den R. A. dem Kammerichter und den Beysigern ernstlich befohlen, solche beschlossene Sachen nicht länger einzustellen, sondern darüber was Recht, vermöge der Ordnung, fordersamst zu erkennen, und auch in den andern, noch zur Zeit, nicht beschlossenen Sachen, gegen einen jeden Stand, eine gebührende Gleichheit, mit schleunigem Verfahren, zu halten <sup>1)</sup>).

Der

<sup>1)</sup> Speyer. R. A. vom J. 1570. S. 108, 119., in der N. Samml. der R. A., P. I I, p. 302. a. – 303. b.

3. Mr.      Der siebente Punkt der Kayserlichen  
 1570 Proposition betraf das R. Münzwesen <sup>1)</sup>, bey  
 welcher Gelegenheit wir einiges vorausschicken wollen,  
 was sonst in diesem Jahr in Münzsachen vorgefal-  
 len ist. In dem Fränkischen Kreise wurde nem-  
 lich der gewöhnliche Münzprobationstag auf die  
 2. May einmal festgesetzte Zeit, zu Nürnberg gehalten, und  
 beschieden selbigen von den Fränkischen Münz-  
 ständen die Bischöfe von Bamberg, Würz-  
 burg und Eichstedt, der Teutschmeister, der  
 Marggraf Georg Friedrich von Brandenburg  
 und die Stadt Nürnberg. Weil die Branden-  
 burgischen Münzbüchsen nicht bey der Hand  
 waren; so nahm man die Nürnbergischen Büch-  
 sen zuerst vor, und wurden die darin befindlichen  
 Münzsorten von dem Kreismünzwardein,  
 Franz Clement, ordnungsmässig probirt, und  
 richtig befunden. Aus den beygefüigten Münz-  
 zetteln ergab es sich nun, daß die Stadt Nürn-  
 berg 20. Wert R. Gulden, 4. Wert an  
 Dreyern und 16. Wert an Pfenningen habe  
 ausmünzen lassen, und gieng der Zettel wegen der  
 Guldenmünze vom 2. Julius 1569. bis zum 28.  
 April 1570., der Dreyer vom 18. May 1569.  
 bis auf den 17. Hornung 1570. und der Pfenn-  
 ninge vom 3. Junius 1569. bis zum 20. April  
 1570. Zugleich übergab auch der Nürnbergische  
 Münzmeister 4. Wert R. Gulden, welche der  
 B. Friedrich von Würzburg hatte münzen las-  
 sen, und fieng sich der dazu gehörige Münzzettel  
 vom 2. August 1569. an, und gieng bis zum 24.  
 November d. J. Wegen der mangelnden  
 Brandenburgischen Münzbüchsen wurde be-  
 liebt, daß solche auf den nächsten Kreistag sollten  
 geschickt,

1) S. in diesem VIII. Bande meiner H. L. R. G.,  
 S. 190.

geschicht, und auf denselben die Marggräflichen J. Chr. Münzen probirt werden <sup>m)</sup>). Bald hernach publi- 1579  
cirte der Marggraf Georg Friedrich von Bran- 25 Jun.  
denburg zu Anspach einen Befehl, in welchem  
die alten Geldsorten und Münzrechnungen  
nach Pfunden, Schillingen, Pfenningen und  
Zellern auf den Wehrt der damaligen R. Mün-  
ze in Gulden gesetzt wurden <sup>n)</sup>). Ingleichen befaß 14 Spt.  
er seinem Münzmeister zu Schwabach, daß er  
seine Probebüchsen, drey Tage vor dem nach  
Nürnberg, auf den 10. October d. J., anges-  
etzten Kreistage, dahin in die Schau schicken,  
und daselbst probiren lassen solle <sup>o)</sup>).

Auch zu Augspurg wurde der vormalige m. Spt.  
Münzverruf wiederum erneuert <sup>p)</sup>). Und aus dem  
Tagebuch des Graf Ludewigs von Witgen- 13 Nov.  
stein ist zu ersehen, daß ein und anderes wegen fals-  
cher Münze, währendem Reichstage, bey dem  
R. Hofrath vorgekommen sey; z. E. daß ein Ul-  
mischer Bürger, Namens Weickmann, wegen  
falscher Münze vom Kayser eingezogen, aber  
auf geleistete Caution von 18000. Rthlrn. wieder  
losgegeben worden, doch ohne genugsame In-  
quisition. Der R. Hofrath habe zwar dafür ge-  
halten, daß man nach Vorschrift der Gesetze die  
Sache gehörig untersuchen und darin verfahren  
müsse, aber der Kayser habe die Criminalaction  
erlassen; vielleicht, wie man geargwohnet, auf An-  
rathen deren, die nach der Confiscation getrachtet  
hätten. Ingleichen wäre die Anzeige geschehen, daß  
der

m) Hirsch Z. R. Münz: Archiv, P. II. n. 29. p. 63. sq.

n) *Idem* ibidem, Tomo eodem, n. 30. p. 64. sq.  
coll. n. 31. p. 65. sq. Cf. Jangens Miscellanea,  
T. I. p. 275. sq.

o) Hirsch, *l. c.*, P. II. n. 33. p. 68.

p) von Stetten, *l. saepius c.*, P. L. c. 9. §. 15. p. 593.

3. Er. der Münzmeister, welcher in der Herrschaft 1570 Rüdurg (vermuthlich Rittberg,) falsche Münze geschlagen, aus dem Gefängniß entronnen sey; deswegen man beschloffen, an die Kreise zu schreiben, ihm nachzutrachten, und seinen Knecht peinlich zu befragen. Endlich so wären auch etliche vornehme Bürger zu Worms wegen böser Münze übel berüchtiget, und von vierten ihrer Mitbürger angegeben worden; mithin bey denselben Nachforschung geschehen solle 9).

Auf dem Reichstage stellte nun der Kayser der R. Versammlung vor, daß sein Herr Vater, weiland Kayser Ferdinand, auf dem Augspurgischen Reichstage, im J. 1559., eine wohlbedachte Münzordnung und Edict publicirt habe, die er, der izige Kayser, hernach auf dem Reichstage zu Augspurg, im J. 1566., weiter erklären lassen. In derselben wäre eine solche vernünftige, nützliche und ehrbare Ordnung verfaßt, wie im H. R. Teutscher Nation eine durchgehends gleichmässige probirte Münze anzustellen, und beständig zu erhalten, daß ohne Zweifel, wenn man nur solcher Ordnung und Edict in Münzen, Probiren und andern Stücken, wie es sich gebührte, nachgelebet hätte, so alle böse Münzen, einheimische und fremde, abgeschafft seyn würden, und man sich einer allgemeinen gerechten Münze, allenthalben im Reiche, zu erfreuen haben möchte. Weil aber nummehr vor Augen läge, was für grosse und unaufhörliche Schaden einem jeden, hohen und niedern Standes, dadurch bereits zugefüget worden, daß man nicht in allen Kreisen der vorbesagten Münzordnung und Edict nachgekommen, und es an dem sey, daß,

9) Sendenberg. Sammlung, P. II. p. 61.



daß man, wofern nicht schleuniges und ernstliches <sup>3. Or.</sup> Einsehen geschähe, im <sup>1570</sup> H. R. Teutscher Nation, an statt der guten probirten R. Münzen, nichts anders als böse, fremde und verfälschte Münzsorten sehen und haben würde, welches dann auch nicht die geringste Ursache der beharrlichen Steigerung in allen Victualien und Commercien wäre; so möchten die Churfürsten, Fürsten und Stände die Sache in reifliche Berathschlagung ziehen, und Ihm ihr darüber abgefaßtes Bedenken zustellen, um sich mit ihnen über einen weitem Schluß zu vergleichen <sup>1)</sup>).

Es ermangelte hierauf die R. Versammlung nicht, über diesen wichtigen Punkt, in ihren drey R. Collegien, sich zu berathschlagen. Wie man aber aus der Kayserlichen Erklärung auf der Stände Bedenken in Ansehung der Münze ersehen kann, haben sich die drey R. Collegien über ein gemeinschaftliches Gutachten mit einander nicht vergleichen können, sondern die R. Städte haben noch ein besonderes schriftliches Bedenken dem Kayser übergeben. Der Kayser äusserte also in seiner erstgedachten Erklärung, daß er zwar in dem Bedenken der Stände zwey unterschiedliche Meinungen finde, jedoch aber auch bemerke, daß dieselben in vielen Punkten, die erwähnte Münzhandlung betreffend, einig und fast gleicher Meinung seyen. Deswegen, seinem Ermessen nach, dasjenige, worin man sich verglichen, und die Räthe oder Collegia mit einander einig wären, als von den Münzsorten, von Vergleichung der Münzfreyheit, von Annehmung der Münzmeister und Wardeine, von Verbietung des Silbertaufes, der Münzverführung und mehr

1) Speyer. R. A. de b. a., §. 120. sq., in der A. Samml. der R. A., P. III. p. 303. b.

2. Theil mehr andern dergleichen Artikeln, wohl möchte 1570  
erörtert und verabschiedet werden. Was aber den Hauptpunkt delange, so wäre der eine Theil der Meinung, bey der zu Augspurg aufgerichteten und verbesserten Münzordnung stracks zu verharren, und was zu würklicher und gleichmässiger Handhabung derselben dienlich und nöthig vorgenommen werden möchte, sogleich auf dem 1571en R. Tage, ohne fernere Bestimmung eines gemeinen Münztages, zu verabschieden. Der andere Theil aber hielt dafür, daß, zu besserer und eigentlicherer Erwägung aller solcher Nothwendigkeiten, nöthig seyn möchte, einen gemeinen Generalmünztag anzusetzen, auf welchen alle Kreise, besonders auch der Burgundische, und die Stände, welche eigene Bergwerke haben, ihre Münzverständige, mit Vollmacht und ohne alles hinter sich bringen, schicken sollten.

Ben so bewandten Umständen lieffen sich die Sachen ansehen, und der Kayser mußte besorgen, daß dieser entstandenen Spaltung halber, besonders aber wegen Mangel der Münzverständigen, auch wegen etlicher, die sich auf diesen Punkt nicht allein nicht weiter einlassen wollten, sondern auch sogar dagegen öffentlich protestirten, für diesmal nicht viel fruchtbares wegen dieses Artikels verabschiedet werden könnte, oder wenigstens nichts Beständiges bey allen Ständen ins Werk zu richten seyn möchte. Indessen mußte doch auch dieser Streit und Ungleichheit, samt dem, was demselben mehr anhängig wäre, einmal auch endlich erlediget werden. Es hielt daher der Kayser für das beste, wenn, nach Inhalt des Fürsten-Rathes und der Frey- und Reichs-Städte ungefährlichen Bedenkens, etwa auf den Ausgang des Brachmonats 1571., weil wegen der beson-

besondern Münzprobationstage der Kreise der 3. Cl. 1. May etwas zu kurz seyn wollte, ein General-<sup>1578</sup>  
münztag, auf welchen alle zehen Kreise, nebst  
denen, die Bergwerke haben, die Ihrigen mit ge-  
nugsamer Gewalt abfertigen sollen, angesetzt, und  
auf demselben alle solche Nothdurft der Münze und  
Münzstädte halber, und was sonst diesem Artikel  
noch weiter anhängig, und auf dem igiten Reichs-  
tage durch einen oder den andern Theil erreicht  
worden, gründlich abgeredet würde. Inzwischen  
aber und bis zu fernerer Verabschiedung möchte  
es bey der vorigen aufgerichteten Münzordnung,  
und deren neulichsten Verbesserungen gelassen  
werden, auf welche Art dann solches alles, was als  
dismal, unter den verglichenen Punkten, bey  
diesem Artikel zu verabschieden, oder nicht nö-  
thig, die Churfürsten, Fürsten und Stände,  
samt den Räten und Botschaften, demselben  
Concepte füglich einzuverleiben, das übrige aber  
auf den obbemeldten allgemeinen Münztag zu  
verweisen, wissen würden <sup>8)</sup>.

Dasjenige nun, worüber sich endlich der Kay-  
ser und die K. Stände mit einander verglichen  
haben, wurde in den K. A. gebracht, und war fol-  
genden Inhalts: 1) sollten die vorigen, weiland K.  
Ferdinands Münz-Edict und Ordnung, wie  
auch die Abschiede in ihren Kräften bleiben,  
vollzogen, und was dagegen von jemanden vor-  
genommen worden, gänzlich abgeschafft und  
cassirt werden, nicht allein bey den bereits darin be-  
stimmten, sondern auch hernach gesetzten schärfern  
Strafen. Nun wäre zwar 2), vermöge des vorge-  
bachten Münzedictes und Ordnung, einem je-  
den

8) Sirsch l. c., P. II. n. 35. p. 74. sq.



benden Fürsten und Ständen desselben Kreises, 3. Chr. oder auch vom Kayser, wenn er es in Erfahrung 1570 brachte, alsobald verboten, und in demselben und andern Kreisen, wo nur solche Sorten anzutreffen, confiscirt werden. Was aber davon ausgegeben worden, dessen Schaden und Interesse solle ein solcher Münzherr dem Kreise und einem jeden Beschädigten, wie es auf den Probationstagen, taxirt, ohne alles Appelliren unverzüglich zu erstatten schuldig, und daneben seiner Münzgerechtigkeit, ohne fernere Erkenntniß, verlustiget seyn, auch ihm vom Kayser sogleich geboten werden, sich des Münzens hinfüro zu enthalten. Ja der Kayser verspricht noch ausserdem im R. A., daß er einen solchen privirten Münzstand, auf seine Supplication an ihn, nicht sogleich restituiren, sondern dessen Ansuchen jederzeit bis auf eine gemeine R. Versammlung, und zu der Stände Bedenken einstellen wolle.

Der Münzmeister hingegen, weil er wider das Münz-Edict, die Ordnung und seinen geleisteten Eid, mit ungebührlichem Ausstückeln oder falschem Gehalte, gehandelt, und also den Kayser und das Reich vorseßlich betrogen und beleidiget, solle 6) nicht allein dem Kreise und den Unterthanen den verursachten Schaden, wie es auf den Probationstagen in einem jeden Kreise, in welchem die Münze untergeschoben, taxirt worden, unverlångt erstatten, sondern auch am Gute, Leib und Leben, nach Beschaffenheit des begangenen Frevels, bestraft werden. Deswegen die Kreisstände ihm allenthalben nachstellen, und ihn auf Recht niederwerfen lassen sollen. Uebrigens und 7) solle alles, was ihn von dem ungebührlichen Pfennig- und Heller- münzen disponirt worden, auch in Ansehung anderer kleiner

3. Art. Sorten, als Kreuzer, halber Batzen, oder anderer im Münzedicte zugelassenen Landmünzen †), gelten, und selbige wider die Vorschrist des erstgedachten Münz-Edictes und Ordnung nicht ausgemünzet werden. So viel aber 8) die ganze, halbe und viertel Reichsthaler, inbeyden ganze und halbe Reichsgulden und die Zehen-Kreuzerstücke, als wiewol man die größtentheils silberne Sorten nenne, belange, und wie viel derselben auf eine Mark gehen, auch wie viel feines Silber sie halten sollen, mehr, wenn alles bereits in dem vorgebachten Edicte und den Abschieden deutlich bestimmet \*). Weil aber denselben in etlichen Kreisen auch nicht allerdings nachgekommen würde, so sollen künftig ein jeder Münzherr oder Stand, bey seinem Münzen, solchen Münzgesetzen sich gemäß verhalten, wörendenfalls aber eben den Strafen unterworfen seyn, deren vorhin von dem ungebührlichen Pfennig- und Heller-münzen gedacht worden. Und eben diese Strafen sollen auch 9) gegen diejenigen stattfinden, welche nicht demjenigen nachleben, was in dem mehrermähnten Münzedicte von dem Schroot und Korn der Goldgulden und Dukaten, von dem festgesetzten Weichte der andern Dukaten und Kronen, die man noch passiren lassen, und von dem Verbote aller andern goldenen Münzsorten, sie seyen einheimische oder ausländische, verordnet worden ††).

Was hiernächst 10) bereits in dem Augspurgischen R. A. vom J. 1551. \*\*), und in der R. Münz-

†) S. im IV. Bande der N. T. R. G., S. 22. f.

\*) S. ebendasselbst, S. 80. und im VI. Bande, S. 332.

††) S. ebendieselbe im IV. Bande, S. 89-93.

\*\*) S. den I. Band derselben, S. 674.

Verordnung vom J. 1559. †) disponirt wor-  
den, daß nemlich niemand, der Münzgerechtig-  
keit hat, den Verlust derselben, seine Münze, auf  
irgend eine Weise, andern verkaufen, verleihen,  
oder durch selbige verlegen lassen solle, wird in un-  
serm R. A. wiederholt und bestätigt, weil die  
Münzgerechtigkeit kein Merkmal, sondern ein  
Kaiserliches Regale sey, welches die Münz-  
stände, aus besondern Kaiserlichen Vertrauen,  
nicht zu ihrem selbst gesuchten Vortheile, son-  
dern, wie der Kayser selbst, dem L. R. zu Ehren  
und Wohlfahrt, gebrauchen sollen. Diese Ver-  
ordnung ward nun in unserm R. A. noch weiter da-  
hin erklärt, daß die Münzherren und Stände  
viel weniger mit ihren Münzmeistern sich verglei-  
chen sollen, den Gewinn wöchentlich, monatlich, oder  
durch einige andere Mittel, zu theilen, um davon ei-  
genen Nutzen zu gewarten, als in welchem Falle die in  
obgedachten Gesetzen bestimmte Strafen, sowohl ge-  
gen den Münzherrn, als den Münzmeister, mit  
Erfasse vorgenommen werden sollten. Wenn auch etwa  
früher einige dergleichen gemessliche, aber verbotene  
Pacten, Beding oder Verschreibungen ge-  
macht worden wären; so sollten dieselben hiemit cas-  
sirt seyn, und keinesweges vollzogen, oder aber  
dagegen auf die ist gedachte Strafen verfahren  
werden. Ausserdem habe man †) mit großem  
Schaden erfahren, daß die hin und wieder in den  
Reisen ausgebreiteten Zechenmünzen \*), dem ge-  
meinen Besten hochschädlich wären, indem die  
Kreisverordnete und Wardeine nicht sogleich  
erfahren könnten, was an einem jeden Orte ge-  
münzt worden, deswegen auch das Kaiserliche  
Münzgedict in solchen Münzen wenig geach-  
tet

†) S. im IV. Bande der H. T. R. G., S. 97.

\*) S. dieselbe im VI. Bande, S. 337.

g. Ehr. tet würde. Es sollte daher keinem, der Münz-  
 1570 gerechtigkeit habe, hinfüro verstattet seyn, nach  
 seinem Gefallen besondere Münzstädte in den  
 Kreisen anzurichten, sondern die Kreisstände und  
 Münzherrn sollten sich fordersamt, auf einem  
 Kreistage, über drey oder vier Orter, wo ges-  
 meine Münzstädte anzulegen, vergleichen. Da-  
 ben sollen Sie solche Anordnungen machen, daß bey  
 dem Münzen dem Kayserlichen Münz-Edict-  
 te, der Ordnung und Abschieden durchaus nach-  
 gelebet und würksam nachgesetzt werde, bey Ver-  
 meldung schweret Kayserlicher Ungnade, und bey  
 Verlust eines jeden Münzgerechtigkeit. Doch  
 solle denenjenigen Ständen, die eigene Bergwerke  
 haben, auch besondere Münzen daneben zu hal-  
 ten, und daselbst, nach Inhalt des Münzedict-  
 tes und der Abschiede, zu münzen unverbotten,  
 und zugelassen seyn.

Wegen Annehmung der Münzmeister †) enthält 12) unser R. A. eine neue Vorschrift. Es solle nemlich hinfüro kein Münzmeister in den Kreisen von einigen Münzherrn oder Stände angenommen, oder im Kreise geduldet werden, er wäre dann zufrörderst auf dem Probationstage den Ständen oder deren Verordneten in Person präsentirt, und sein Hertommen, Geschicklich-  
 keit, Redlichkeit und ehrlicher Abschied von der Obrigkeit, darunter er gefessen, durch gute ge-  
 wisse Erkundigung, aufrichtig befunden worden. Hierauf solle er den Kreisständen und Gesand-  
 ten, und an des Kayfers und des L. R. Rath, auch seinem Münzherrn geloben und schwören, sich im Münzen und allen andern Punkten, ver-  
 möge des öfters schon erwähnten Edictes, der  
 Orde

†) S. im IV. Bande der N. L. R. G., S. 103. f.



Ordnung und Abschiede, gemäß zu verhalten, 3. Or.  
 alles mit Verpfändung seiner Haab und Güter, auch 1579  
 seiner eigenen Person, ingleichen sich, so oft er erfor-  
 dert würde, zu stellen, Red und Antwort zu ge-  
 ben, und alles dasjenige zu leisten, was des Reichs  
 Edicte, Ordnung und Abschiede vermögen.  
 Eben so solle es auch 13) mit der Bestellung des  
 Wardeins, doch soviel seinem Amte zustehen solle,  
 gehalten, und ihm besonders eingebunden werden,  
 jederzeit auf den Probationtagen den Kreisstän-  
 den und deren Abgeordneten anzuzeigen, was er  
 etwa erfahren würde, so beyh Münzen oder sonst,  
 dem Edicte, der Ordnung und den Abschieden  
 zum Nachtheile, vorgenommen worden. Bisher  
 hätte man nun zwar 14) sowohl dem Wardein,  
 als dem Münzmeister es übersehen, wenn ein  
 Stück Werkes an einem Grän zu gering be-  
 funden worden, doch dergestalt, daß im nächstfol-  
 genden Werke solches erstattet werden solle. Weil  
 man aber vielmal erfahren, daß sie solches Kemes-  
 dium zu viel mißbrauchen, so verordnet der R.  
 A., daß ihnen solches nicht mehr solle übersehen,  
 sondern vielmehr, wenn man ihre Collusion oder  
 Fahrlässigkeit verspüren würde, gebührlisches Ein-  
 sehen gegen sie vorgenommen werden.

Zu Handhabung der R. Münzordnung  
 habe man kein besseres Mittel befunden, als wenn  
 die gebotenen zwey Probationtage in jedem  
 Jahr, am 1. May und 1. October \*) richtig  
 gehalten würden. Allein man habe bey etlichen  
 Kreisen deshalb einen grossen Mangel verspüret,  
 als in welchen, eine lange Zeit her, keine Probas-  
 tiontage gehalten worden, wodurch dann die guten  
 Münzen zusammengebracht, zerschmitten und  
 böse

1370 **§. 17.** böse geringere Sorten darauß geschlagen, mit  
 hin jedermann ein großer und unnützllicher Schaden  
 dadurch zugefüget worden, wie noch heutiges  
 Tages geschähe. Deswegen wurde dann 15) in un-  
 serm R. A. einem jeden Kreise und den darin ge-  
 sessenen Münzgenossen befohlen, in jedem Jahre  
 beide in dem Münzgedichte angezeigte Probation-  
 tage, der Gebühr nach, fleißig zu besuchen, und  
 mit einander darüber, in Erwägung des gemeinen  
 Nutzens, und da dem L. R. daran so viel gelegen,  
 gute Correspondenz zu halten; besonders was zu  
 Abschaffung alles desjenigen dienen könnte, was dem  
 Münzgedichte, der Ordnung und den Abschie-  
 den zuwider vorgenommen würde. Wofern nun 16)  
 Hierunter abermals bey einem oder mehr Kreisen  
 und Münzständen eine Nachlässigkeit ver-  
 merket würde; so sollen die nächst angesessenen Kreis-  
 fe, Fürsten und Stände solches dem Kayser un-  
 verzüglich melden, worauf Er ein ernstliches  
 Einsehen mit Suspension, oder sonst, nach Er-  
 legenheit, vornehmen, und daneben einem jeden ge-  
 bieten wolle, die angezeigten Probationstage ohne  
 allen Verzug ins Werk zu richten, widrigenfalls  
 sie *ipso facto*, ohne weitere Erklärung, aller ihrer  
 Münzgerechtigkeiten verlustiget seyn sollen.  
 Was auch 17) in solchen säumigen Kreisen mit-  
 terweil gemünzet worden, darüber sollen die nächst  
 anstossenden Kreisfürsten und Münzgenossen,  
 als verordnete Kayserliche Commissarien, ge-  
 bührliche Probation vornehmen, und den, der  
 gemünzt hätte, vorbescheiden, da dann derselbe,  
 bey Strafe der Privirung *ipso facto*, erscheinen,  
 und die Probation vor sich gehen lassen solle.

Uebrigens solle 18) das mehrgedachte Kay-  
 serliche Münzgedicht, die R. Münzordnung  
 und die beiden Augspurgischen R. A. von 1559.

und 1566., in allen ihren andern Punkten, mit 3. 62. durchgehender Gleichheit, von allen und jeden 1570 des H. R. Ständen, Angehörigen und Unterthanen stracks gehalten und vollzogen werben. Wühin sollen im H. R. keine andere silberne Münzsorten, als die darin bestimmte, als Schroot und Korn probirte, ganze, halbe und viertels Reichsthaler, (deren acht Stück sein 14. Loth vier Grän halten), †) auch ganze und halbe Reichsgulden, Zehen, Kreuzerstücke, halbe Bagen, Kreuzer, Pfenninge, Zehler, und etliche benannte Landmünzen gemünzset, und im Kaufen, Verkaufen, oder andern Handlungen und Bezahlungen höher, als in ihrem verschiedenen gesetzten Wehrte, gegeben und genommen werden. Ingleichen sollen auch im H. R. nur Rheinische Goldgulden und R. Dukaten, nach Inhalt des Edictes, gemünzset, und dieselben, nebst etlichen andern, im Edicte specificirten Dukaten und Kronen, in ihrem probirten Wehrte, für Wehrschafft angenommen werden. Sinegen alle andere fremde goldene und silberne Münzsorten, wie sie auch beschaffen, oder benannt, sollen 19) in das H. R. keinesweges eingeführt und eingeschleift, viel weniger für einige wehrschafft ausgegeben oder genommen werden. Alles bey Confiskation derselben Sorten, welche die Obrigkeit, wenn dieselben angetroffen würden, vornehmen, und dem Anzeiger davon den dritten Theil geben solle. Wie dann auch die im Reiche gemünzten güldenen und silbernen Münzsorten und alles ungemünzte Silber aus dem Reiche zu  
L 5 fäh,

†) Was in der Parenthesis eingeschlossen ist, steht nicht in der ersten, zu Maynz, bey Franz Beheim, im J. 1571. in Solto gedruckten Ausgabe unsers R. A., (die ich besitze,) fol. 39. a.

S. Er. führen, bey Strafe gleicher Confiscation, ver-  
 1570 boten seyn, und die Thäter, nach den Umständen  
 der That, noch mit härtern Strafen angesehen  
 werden sollen: Eben so solle auch 20) das betrüg-  
 liche Prägen, Granaliren, Seigern, Rin-  
 gern, Beschneiden, Schwächen, Waschen,  
 Abgiessen, Auswägen, Aufwechselfn und Ver-  
 fälschen der K. Münzen, bey Verlust Leib und  
 Gutes, und gestaltten Dingen nach, ohne allen Res-  
 spect der Personen, verboten seyn und bleiben, wie  
 bereits im Münzedicte und den Abschieden sta-  
 tuirt worden \*). Es wolle daher 21) der Kayser  
 alle und jede Stände und Unterthanen des H. R.  
 durch diesen K. A. und noch besondere im Reiche  
 zu publicirende Mandate, gewarnt haben, sich sol-  
 cher verbotener fremder Münzsorren in Gold  
 und Silber, und auch der geringen inländischen  
 Münzen, zwischen hier und dem nächstkünftigen  
 ersten Merz, zu entschlagen, indem dieselben her-  
 nach als verbotene Münze keinesweges für  
 Wehrhaft ausgegeben oder genommen werden sol-  
 len. Und hierauf wird im K. A. 22) dasjenige  
 wiederholet, was bereits die K. Münzordnung  
 von der durch die Obrigkeiten vorzunehmenden  
 Einwechslung vergleichen verbotener ausländi-  
 scher und geringer einheimischer Münzfor-  
 ten, auch deren Umprägung in gute K. Münze  
 vorgeschrieben hat †).

Zu fernerer und beständiger Handhabung  
 des Kayserlichen Münzedicts, der Ordnung  
 und Abschiede, wolle also 23) der Kayser allen  
 Churfürsten, Fürsten, Ständen, Städten  
 und Obrigkeiten hiemit befohlen haben, in ihren  
 Städt

\*) S. im IV. Bande der N. T. R. G., S. 94. 96.

†) S. in eben diesem IV. Bande, S. 86. 87. 88.  
 und 90.

Städten, Landen und Gebieten, besonders auf 2. Chr. den Jahrmärkten, eine ernstliche Aufsicht zu ha- 1570  
ben, und nachzuforschen, damit keine goldene oder  
silberne R. Münze, noch auch rohes Silber,  
aus dem Reiche, zu Wasser oder zu Lande, ver-  
föhret, noch verbotene goldene und silberne  
Münzsorten eingeföhret werden. Ingleichen,  
daß die gedachten R. Münzsorten nicht anders,  
als in ihrem gesetzten probirten Wehrte genom-  
men und ausgegeben, oder aber die Uebertreter  
ernstlich bestrafet werden, wogegen niemanden  
ein Geleite gegeben, oder er darunter begriffen seyn  
solle. Deswegen wurde dann 24) im R. A., aus  
nothwendigen und wohlerrungenen Ursachen, die  
Verordnung gemacht, daß die vier Rheinische  
Churfürsten ihre besondere verordnete Räte, mit  
den Kayserlichen Commissarien, nach Frank-  
furt zu den jährlichen Messen abfertigen sollen.  
Diese sollen nun Macht und Befehl haben, dar-  
auf gute Acht zu geben, und sorgfältig nachzufors-  
chen, wozu ihnen auch Bürgermeister und  
Rath, auf ihr Begehren, behülflich seyn sollen, ob  
etwa fremde verbotene Münze dahin geföhret,  
oder auch goldene und silberne R. Münzen oder  
rohes Silber aus dem Reiche zu föhren, von  
jemanden Anstellung gethan; oder ob im Kaufen,  
Verkaufen und andern Ausgaben verbotene Mün-  
zen genommen; oder die R. Münze in höhern  
Wehrte, als sie valirt, ausgegeben würde. Soll-  
ten sie nun 25) gewissen Bericht von dergleichen vor-  
habenden Ausführung goldener oder silberner  
R. Münze und rohen Silbers erfahren; so  
sollten sie solches zu ihren Händen nehmen, und  
bis auf fernere Verordnung des Kayfers und  
der vier Rheinischen Churfürsten verwahrlich  
behalten. Eben dergleichen Anstellungen, Ex-  
tundis

3. 11. Handlungen und Einsichten 26) der Kayser 1570<sup>er</sup> auch den Churfürsten von Sachsen und Brandenburg befohlen haben, in ihren Schützen, auf den Jahrmärkten und Messen vorzunehmen. Wie Er dann auch erbietig sey, ein gleiches auf andern Jahrmärkten oder Messen in den R. Städten, wo Er es möglich erachten würde, zu verschaffen.

Damit nun 27) solch heilsames Edict, die Münzordnung und Abschiede in beständigem Wesen, mit durchgängiger Gleichheit, in allen Kreisen erhalten, und alle Unordnung oder Ungleichheit, die gleichwol eintreffen wollen, und worüber sich etliche Kreise und Stände auf dem letzten Reichstage nicht wenig beschweret haben, vermieden bleibe, auch allen künftigen Ungleichheiten oder Beschwerden vorgekommen, und selbige aufgehoben, hingegen das mehrbesagte Edict, die R. Münzordnung und Abschiede desto strenger vollzogen werden möchten; so verglich sich der Kayser mit den Churfürsten, Fürsten und Ständen, auch der Abwesenden Räten und Botschaften über einen gemeinen Deputations-Reichs-Münztag, welcher auf den 1. August des nächstkünftigen Jahres 1571. zu Frankfurt am Mayn gehalten werden sollte. Daselbst sollten auf den bestimmten Tag, nebst den Kayserlichen Commissarien, die sechs Churfürsten, und andere deputirte Fürsten und Stände, nebst den Ständen, die Bergwerke haben, entweder selbst, oder durch ihre Bevollmächtigte, jedoch auf gemeine, eines jeden Kreises Kosten, erscheinen. Sie sollten demnachst ferner handeln, beschließen und verabschieden, wenn etwa einige Ungleichheit, Unordnung oder widerwärtige Beschwerden, in einem oder mehr Kreisen, eintreffen

lassen wollen, wie solchem allen zuvorzukommen, 1. 49. und es abzustellen möge <sup>1</sup>). 1579

Es hat auch hierauf der Kayser, zufolge des R. A., bald nach Anfang des folgenden Jahres, 20. (1571. Prag das versprochene Münz-Mandat in das <sup>20.</sup> Reich, ausgehen, und publiciren lassen, worin er die strenge Beobachtung der R. Münzordnung, und der folgenden sich darauf beziehenden R. A. eingeschärft hat, <sup>21</sup>). Ingleichen ließen die vier Rheinischen Churfürsten besondere Mandate, in ihr <sup>22</sup>er aller Namen, in ihren Churfürstenthümern, und Landen am Rhein, und sonst an schlagen, um dem Kayserlichen Münzedicte, Ordnung und Abschieden schuldigen und mürklichen Gehorsam zu leisten. Eine ähnliche Anordnung machten auch die Churfürsten von Sachsen und Brandenburg, in dem Obersächsischen Kreise, und die meisten Stände in ihren Kreisen. Da nun die kurz vorher erwähnte R. Deputation, just zur Zeit der Herbstmesse, zu Frankfurt war; so publicirten die zu derselben abgefertigten Kayserlichen Commissarien, der Graf Ludwig zu Löwenstein, D. Timotheus Jung und Johann Achilles Ilung, nebst den Räten und Gesandten der vier Rheinischen Churfürsten, ein Proclama, worin sie alle Kauf- und Handelsleute, auch andere an den letztern Speyrischen R. A., und die Kayserliche und Churfürstliche Mandate erinnerten, und sie ermahnten, solchem gehorsam nachzuleben, und sich insonderheit, in der bevorstehenden

1) Speyer. R. A. vom J. 1570., S. 120; 151., in der 17. Samml. der R. A., P. III. p. 303. b. — 307. b. und beyrn Hirsch, l. c., P. II. n. 34. p. 69-74.

2) Es steht in der 17. Samml. der R. A., P. III. p. 348-350.

3. Ch. stehenden Frankfurter Messe, des Zuführens, 1570 Ausgebens oder Einnehmens der fremden und aller verbotenen Münzen, auch Steigerung, Aufwechslung und Ausführens und aller andern verbotenen Stücke mit des H. R. goldenen und silbernen Münzen oder rohem Silber gänzlich zu enthalten, und sich für Schaden und den gedroheten Strafen zu hüten \*).

Einige Wochen nachher ließen die vorbenannten Kayserlichen Commissarien und die Rätthe und Gesandten der vier Rheinischen Churfürsten, während der Frankfurter Messe, noch ein anderes Proklama ausgehen, worin sie, aus besondern, vorgefallenen, bewegenden Ursachen, den fremden und einheimischen Kauf- und Handelsleuten, allein in der 1570 während der Frankfurter Herbstmesse, aber weiter nicht, verstateten; im Kaufen, Verkaufen, und andern ihren Commercien, doch unter Verbot alles Aufwechslens unter ernstlicher Strafe, die Niederländische, Burgundische und andere, in dem besagten Kayserlichen Edicte, verbotene fremde Münzen, in Gold und Silber, auf den Bruch, anzunehmen und auszugeben. Nämlich einen Burgundischen goldenen Realen und silbernen Königsthaler, jeden um 18. Bagen, 1. Burgundischen Thaler mit dem Kreuze für 16. Bagen 3. Kreuzer,  $\frac{1}{2}$  silbernen Königsthaler für 9. Bagen,  $\frac{1}{2}$  Burgundischen Thaler für 8. Bagen  $\frac{1}{2}$  Kreuzer; ingleichen die Oester und andere geringere Stücke nach advenant, wie oben gesetzt; ferner die italienischen Pauliner oder Drey Bagnier, jeden um 10. Kreuzer und 1. Pfennig, und endlich die Französische dicke

\*) G. H. Samml. der R. A., P. III. p. 350. sq.



dicke Pfenninge, jeden um 5. Bagen und 12.3. Ehr.  
 Kreuzer, wie bey dem Frankfurtschen Stadts 1573  
 rathe ein jeder, dem es nöthig, sich ferner erkundli-  
 gen könnte. Doch wäre diese Erlaubniß so zu  
 verstehen, daß alle und jede, welche solche fremde  
 Sorten ausgeben wollten, selbige zuvörderst, durch  
 die von den Kayserlichen Commissarien und den  
 vier Rheinischen Churfürsten, bestellte Perso-  
 nen im Carmeliterkloster auf die Helfte zers-  
 schneiden lassen sollten. Hiernächst sollten die  
 Kaufleute und ein jeder, welcher solche fremde  
 geschnittene Sorten einnehmen wollte, zuvörderst  
 den Kayserlichen Commissarien und den Chur-  
 fürstlichen Räten, bey Eidesspflichten, vers-  
 prechen, und die Anzeige thun, was und wie  
 viel sie eingenommen, und zu Bezahlung ihrer  
 Creditoren zu Frankfurt nicht ausgegeben hät-  
 ten, sondern mit sich wegführen würden. Dieses  
 alles sollten sie, vor ihrer Abreise, den Kayserlichen  
 Commissarien und Churfürstlichen Räten,  
 zur Maynzischen Kanzley, namhaft machen,  
 und solche zerschnittene Münzsorten nicht aus  
 dem Reiche, in die Burgundische oder andere  
 Länder, führen, und besonders hernach, im Kaufe  
 oder andern Handhierungen, für Wehrschaft  
 oder Zahlungen, auch nicht auf den Bruch wei-  
 ter ausgeben oder nehmen, sondern solche, sobald  
 sie nach Hause kämen, ihrer Obrigkeit auf den  
 Bruch, einliefern, um sie in R. Münze zu ver-  
 münzen. Auf der nächstkünftigen Frankfurter  
 Fastenmesse aber sollten sie versiegelte glaub-  
 liche Urkund von ihrer Obrigkeit in die chur-  
 maynzische Kanzley einreichen, daß sie diesem allen  
 gehorsam nachgekommen wären. Würde aber je-  
 mand auf eine andere Art das obgedachte fremde  
 Geld einnehmen, ausgeben, verführen, oder  
 unter

**3. §.** unter einigem Scheine aufzuwechseln; so solle der-  
 1570 selbe nicht allein das Geld verwürket, und kein  
 Geleite zu Wasser und zu Lande haben, sondern  
 auch, nach Gestalt seiner Uebertretung, am Leib  
 und Gute bestraft werden <sup>10)</sup>).

In der Kayserlichen Proposition ist zwar  
 von den in das R. Policeywesen einschlagenden  
 Punkten nichts enthalten, indessen kam doch auch  
 diese Materie mit in damalige R. Berathschla-  
 30 Oct. gungen. Es supplicirten nemlich die R. Städt-  
 1570 te, daß, obgleich die Schenkunst in den R. A.  
 verboten wäre, dennoch darüber nicht durchaus ge-  
 halten würde, mithin der Kayser disfalls ein ernst-  
 liches Einsehen thun möchte <sup>1)</sup>). Im R. A. also  
 verspricht der Kayser, unter Beziehung auf dasje-  
 nige, was hievon die R. Policeyordnung vom  
 J. 1548. verordnet, und nachher verabschiedet  
 worden <sup>2)</sup>), daß er wegen dieser schädlichen Miß-  
 bräuche mit den geschenkten Handwerkern  
 nochmals gemeine Edicte und Mandate in  
 das Reich wolle ausgehen, und an gebühren-  
 den Orten anschlagen lassen. Es hat auch hieauf  
 (1571. der Kayser wirklich im folgenden Jahr ein geschärf-  
 1571) tes Mandat wegen Abschaffung der geschenkten  
 Handwerker im Reiche publicirt <sup>3)</sup>), und allen  
 und jeden Ständen und Obrigkeiten ernstlich ge-  
 boten, solchem schuldige Folge und Gehorsam zu lei-  
 sten. Hiernächst hätte man den Kayser berichtet,  
 daß

- 10) S. VI. Sammlung der R. A., P. III. p. 351. sq.  
 und Dav. Thomasi von Hagelstein Acta publ. mo-  
 netar. etc., P. II. p. 107. Cf. Ex. Excellenz des  
 Herrn Geh. Raths von Praun gründl. Nachr. von  
 dem R. Münzwesen, P. I. c. 5. §. 12. p. 165. sq.
- 1) S. Sendenberg. Sammlung u., P. II. p. 46.
- 2) S. J. E. im VI. Bande der N. T. R. A., S. 339. f.
- 3) Es steht in der VI. Sammlung der R. A., P.  
 III. p. 319. 321.

daß, obgleich in der R. Policeyordnung ernstlich J. Ge. geboten worden, daß keine wollene Tücher ellen- 1570 weise im Ausschnitte zu verkaufen, sie wären dann zuvor genezt und geschoren, ganze Tücher aber ungereckt und ungestreckt, aber doch genezt verkauft werden sollten, dennoch, solchem Gebote zuwider, in den Jahrmessen zu Frankfurt und an andern Orten, nicht allein Tücher übel gereckt und gestreckt, sondern auch inwendig voller Löcher, und sonst verdorben, betrüglicher Weise, da sie doch auswendig für gute Tücher anzusehen wären, verkauft und geliefert wurden. Weil nun solchem betrüglichen Handel und Verachtung der gedachten Ordnung um so mehr mit ernstlichen Strafen zu begegnen wäre; so verordnet der R. A., solchen Betrug nicht allein nach Inhalt der angezogenen R. Policey-Ordnung, sondern auch mit Confiscirung aller Güter des betrüglichen Verkäufers, wenn und wo dieselben zu finden, zu bestrafen; jedoch daß daraus zuörderst aller Schade dem Käufer entrichtet werde 9).

Ferner verordnet auch der R. A. ein und anderes wegen mehrerer Aufsicht der Obrigkeiten auf ihre Buchdruckereyen, Buchführer, Schmähbücher, u. s. w. Es wäre nemlich schon auf einigen vorigen Reichstagen \*) bey schweren Strafen geboten worden, daß die Obrigkeiten bey ihren Druckereyen, Buchführern und sonst ernstliche Vorsehung thun sollen, damit keine Schmähbücher, Gemähldte und dergleichen, wodurch nur Zank, Aufruhr, Mißtrauen und Zertrennung alles

9) S. den Speyer. R. A. de h. a., §. 152. sq. l. c., P. III, p. 307. b. & 308. a.

\*) S. J. E. im VII. Bande der H. T. R. G., S. 361; 363.

**3. Er. eben erlichen Ständen streitigen Session <sup>b)</sup>.**  
**1570** Von selbiger ist nun in unserm R. A. enthalten: es hätten eine lange Zeit her, keine geringe Streitigkeiten, der Session halber, zwischen erlichen Ständen, vorgewaltet, die zwar seitdem theils in der Güte verglichen, theils auf die Austräge gestellet worden, die andern aber noch in ihrer Unrichtigkeit fortbauerten, wodurch dann die Stimmen in den Räthen oder R. Collegien abgiengen, und die Expedition gemeiner Geschäfte nicht wenig gehindert würde. Damit nun auch diesen Sachen endlich einmal, durch gebührliche Erkenntniß, gänzlich abgeholfen werden möge; so erklärt der Kayser, in unserm R. A., auf rätshliches Ermessen und Gutachten der anwesenden Churfürsten, Fürsten und Stände, auch der Abwesenden Rätthe und Bothschafter, daß die der Session wegen streitige Stände, welche sich auf besondere Austräge mit einander verglichen, vermöge solcher Vergleichung noch ferner, doch zugleich in *possessorio et petitorio*, bis zum endlichen Beschlusse verfahren, und die Kayserliche Erkenntniß darüber erwarten sollen. Den Andern aber, die noch zur Zeit in keinem Austrage verfaßt wären, wolle der Kayser hiemit eine Zeit von sechs Monaten bestimmen haben, binnen welcher ein jeder Stand, der gegen einen andern der Session halber zu Klagen hätte, seine Klage sowohl in *possessorio*, als *petitorio*, gedoppelt am Kayserlichen Hofe eingeben solle. Hietauf solle sein Gegentheil, es sey deren einer oder mehr, innerhalb sechs Monaten antworten, und zugleich seinen Gegenbericht auch gedoppelt am Kayserlichen Hofe vorbringen; alsdann ein jeder mit  
noch

b) S. in diesem VIII. Bande der H. T. R. G., S. 190.

noch zwey Rechesfäzen oder Producten gehört, 3 Dec. und damit die Sache zur endlichen Erkenntniß 1570 des Kayfers gestellet werden, auch was darauf vom Kayser mit Recht erkannt würde, dabey endlich verbleiben solle. Da auch übrigens noch etliche Reichsstände vorhanden, welche noch zur Zeit zu keiner Session gekommen, und daher mit keinem streitig geworden; so erbot sich der Kayser, damit denselben ihre gebührliche Session und Stimme auf dem Reichstage gegeben, und also das Reich an seinen Gliedern, Stimmen und Anlagen gestärket würde, mit denselben, zu erster Gelegenheit, eine billige Verordnung vornehmen zu lassen, jedoch dabey des Reichs und anderer Interessenten Nothdurft auch zu bedenken. Inzwischen aber solle ein jeder bey seiner Possession *vel quasi*, wie er solche hergebracht, gelassen werden, und die Session auf dem izzigen Reichstage; auch geschehene Unterschrift des R. A., niemanden an seinem hergebrachten Gebrauche und Gerechtigkeit nachtheilig seyn.<sup>c)</sup>

Hierauf folgen im R. A. sowohl das gewöhnliche Versprechen des Kayfers, der Churfürsten, Fürsten und Stände wegen Festhaltung des R. A., als auch die Unterschrift der anwesenden Reichsstände und der Gesandten von den Abwesenden. Endlich unterschrieben der 11 Dec. Kayser und der Churfürst Daniel von Maynz, als Erzkanzler durch Teutschland, den R. A. eigenhändig, der R. Vicekanzler, D. Johannes Baptista Weber, aber contrasignirte denselben, und der Kayser ließ sein Insiegel daran hängen. Wegen der Churfürsten unterschrieben und besiegelten den R. A. die Churfürsten

II 3

Das

c) Spreyer. R. A. de h. a., §. 160 - 164, l. c., P. III. p. 308. b. & 309. a.

3. Hr. Daniel zu Maynz und Friedrich zu Pfalz, und  
 1570 wegen der geistlichen und weltlichen Fürsten die  
 Salzburgische und Bayerische Gesandten,  
 nemlich der Salzburgische Domherr, Georg  
 von Rienburg zu Rieneck und Neutkirchen, und  
 D. Ludolf Halffter; ferner wegen der Prälaten  
 der Abt Michael zu Munderau, genannt Weis-  
 senau, und wegen der Grafen und Herren der  
 Gesandte der Wetterauischen Grafenbank,  
 D. Johann Reichsner; endlich wegen der  
 Frey- und Reichs-Städte die Bürgermeis-  
 ter und Rath der Stadt Speyer d).

Es ist weiter oben, bey dem ersten Punkte  
 der Kayserlichen Proposition, gedacht worden,  
 daß, vermöge des R. A., die Kayserliche und des  
 H. R. alte Reuterbestallung und Artickels-  
 brief der Teutschen Knechte sollen durchgese-  
 hen, verbessert, von neuem publicirt und dem  
 R. A. angehänget werden e). Ueber diese Ma-  
 terie

d) Speyer. R. A. de b. a., §. 165. sq., l. c., P. III.  
 n. 309 - 314. Uebrigens steht der Speyerische  
 R. A. auch in Königs R. A., T. III. in der 1.  
 Forts., n. 26. p. 191 - 220. Die erste, unter öf-  
 fentlicher Autorität herausgekommene Ausgabe,  
 ist zu Maynz, durch Franz Dehem, im J. 1571.  
 in Folio gedruckt, und 1. Alphabet, 7. Bogen  
 stark, die ich in meiner Bibliothek besitze. Cf.  
 Graf Ludewigs von Wigenstein Diarium, in der  
 Sendenbérger Sammlung, P. II. p. 102. sq., wo  
 aber gemeldet wird, daß die Verlesung des R. A.,  
 mit den gewöhnlichen Feyerlichkeiten, in Gegenwart  
 des Kayfers und der Stände, erst den 13. Decem-  
 ber 1571. auf dem Rathhause zu Speyer vor sich  
 gegangen sey, nachdem der Kayser vorher, mit dem  
 Ständen, in die Domkirche gegangen, und daselbst  
 das *Te Deum laudamus* singen lassen.

e) Speyer. R. A. de b. a., §. 16., l. c., P. III. p.  
 289. sq., und weiter oben in diesem VIII. Bande  
 der H. T. R. G., S. 195. f.

terle war schon vorher in den K. Kreisen, auf den J. Ehr. Kreistagen, vieles berathschlaget, und gehörig <sup>1570</sup> vorbereitet worden, wie davon besonders verschiedene Abschiede des Gräntischen Kreises können nachgesehen werden <sup>1)</sup>; zu Wien aber, am Kayserlichen Hofe, hatte man, schon im vorigen Jahr, deshalb ein Projectt entworfen <sup>2)</sup>. Nach dem nun dieserwegen das nöthige auf dem Reichstage war verglichen und beschlossen worden; so publicirte man zugleich mit dem K. A. eine neue Ordnung, unter dem Titel: der Röm. Kayserl. Majestät und des H. R. Reuterbestallung; item von Bestellung des Geldes: erneuert Reutterrecht, und dann der deutschen Knecht Articuln: sampt Verzeichnuß etlicher sondern Punkten obvermeldter Bestallung, und Articulen anhengig <sup>3)</sup>. Diese sogenannte Reuter- und Fußknecht-Bestallung enthält in allem 224. Artickel, und ist eigentlich in sechs besondere Abschnitte wieder abgetheilt. Der erste faßt die eigentliche Reuter-Bestallung in sich, und gehet vom I. 111. Artickel; der zweite handelt vom 112. 122. Artickel von Bestellung des Geld- und Reuter-Rechts; der dritte Abschnitt zeigt im 123. Artickel, wie das Reuter-Recht zu bestellen und zu besetzen; und der vierte vom 124.

U 4

142. Art

<sup>1)</sup> S. Jungs Miscellanea, T. IV. Sect. II. p. 382. sqq. 443. sqq. & 475. sqq. und F. E. Mosers Sammlung des H. R. R. samtl. Crays-Abschiede, P. I. n. 36. p. 487-504. & n. 38. p. 526-530. item P. II. n. 39. p. 1-15. & n. 44. p. 67-69.

<sup>2)</sup> Dieses Projectts wird in der 17. Sammlung der K. A., P. III. p. 330. in der Note a) gedacht.

<sup>3)</sup> So lautet der Titel in der Originalausgabe, die ich besitze, und zu Maynz, durch Franz Dehem, im J. 1571. in Folio gedruckt, auch 1. Alphabet stark ist.





1.  
 12  
 13  
 14  
 15  
 16  
 17  
 18  
 19  
 20  
 21  
 22  
 23  
 24  
 25  
 26  
 27  
 28  
 29  
 30  
 31  
 32  
 33  
 34  
 35  
 36  
 37  
 38  
 39  
 40  
 41  
 42  
 43  
 44  
 45  
 46  
 47  
 48  
 49  
 50  
 51  
 52  
 53  
 54  
 55  
 56  
 57  
 58  
 59  
 60  
 61  
 62  
 63  
 64  
 65  
 66  
 67  
 68  
 69  
 70  
 71  
 72  
 73  
 74  
 75  
 76  
 77  
 78  
 79  
 80  
 81  
 82  
 83  
 84  
 85  
 86  
 87  
 88  
 89  
 90  
 91  
 92  
 93  
 94  
 95  
 96  
 97  
 98  
 99  
 100

3. Obrster, der 6. Pferde oder darüber hätte, darunter 1570 einen wohlstaffirten Knecht mit einem langen Rohre haben; und 24) sollten der Obriste und die Rittmeister keine Pferde werben, oder in das Register und in die Musterung bringen, da der Junker oder Herr nicht selbst persönlich im Felde gegenwärtig ist.

Ferner und 25) sollen hinfürs keine sogenannte Freyreuter weiter zugelassen werden; sondern es sollen vielmehr 26) die Rittmeister, so viel möglich, ihre Reuter aus denen von Adel, und nicht von einspannigen Knechten werden, und ihnen in den Musterungen keine langen Reihen gut gemacht werden; die Herren oder Junker aber sollen 27), von Haus aus, ihre Knechte so bekleiden, daß ihr Leib vor Kälte und Ungewitter beschützt, und die Büchsen wohl bedeckt seyn mögen. Hierauf handelt die Reuterbestallung 28) von der Schuldigkeit der Knechte im Felde, und der Bestrafung derjenigen, die ohne Erlaubniß aus dem Dienste treten oder entlaufen; ingleichen 29) von dem verbotenen Troge der Knechte gegen ihre Herren, und 30) daß keiner dem andern sein Gesinde abspannen solle. Alsdann folgt 31) das nöthige von der Herren und Junkern Gebühr gegen ihre Knechte; 32) von Beurtheilung und Annehmung neuer Reuter; 33) von Kranken und gefangenen Reifigen; 34) von geschlossenen oder sonst ungetommenen Reitern; und 35) von der verbotenen Entlehnung der Rüstung in der Musterung. Ausser des Rittmeisters zwölf und des Fähnrichs 6. Pferden solle 36) keiner wachsfrey seyn; und die Obristen und Rittmeister sollen 37) fleißig Ache haben, daß die Reuter, nach den Musterrollen, ihre Pferde und Rüstungen bey den Fahnen vollständig

lig haben. Weiter und 38) wird das erforderliche J. Ehr. verordnet von den Feld- und Muster-Commissarien, der Besichtigung und Abzählung der Fahnen, und dem Abgange der Reuter; ingleichen 39) daß der Obriste und seine unterhabende Rittmeister, Befehlshaber und Reuter ihr Aufsehen erstlich auf den Kayser, hernach auf dessen Obristenlieutenant und Feldmarschall, und alsdann auf ihre vorgesetzten Obristen haben sollen, wobei zugleich das weitere wegen ihres Amtes im Felde ihnen vorgeschrieben wird. Hiernächst handelt der 40ste) Artickel von Handhabung des alten löblichen Teutschen Reuter- oder Ritter-Rechtes, welches 41) der Kayser, nach Rath und Gutachten der Churfürsten, Fürsten und Stände, wieder einsetzt, anrichtet, gehandelt und vollzogen wissen will; und solle daher 42) alles, was währenden Feldzügen, vor den Reuterrechten geurtheilet und gehandelt wird, in das Kriegsprotokoll eingeschrieben, zu Ende des Zuges zwey Abschriften davon gemacht, solche von dem Feldmarschalle, oder, wenn keiner vorhanden, von dem Obristen versiegelt, und das eine an den Kayser, das andere aber an den Churfürsten von Maynz geschickt werden, damit man von allen ergangenen Urtheilen und Handlungen im Reiche Wissenschaft haben, und darüber halten möge, auch künftig ein jeder solche gebrauchen und sich daraus erholen könne.

Hierauf ward 43) angeführt, daß das alte teutsche Kriegsvolk vor allen andern Nationen, an Mannheit, Frömmigkeit und Kriegszucht, den Preis gehabt habe. Da aber bisher unter dem teutschen Kriegsvolke viele Unordnung und wildes Leben eingerissen; so sollten sich die Reuter vor allem gottlosen, leichtfertigen und bösen

3. Or. bösen Leben, insonderheit vor Gotteslästerungen, Verachtung seines Wortes, und vor Beschwerung und Vergewaltigung des armen Mannes hüten, auch keine unzüchtige Weiber mit sich führen, oder im Lager haben. In dem Ende sollen 44) ihnen ihre Officiers mit guttem Exempel vorgehen; und 45) dieselben, die Herren und Jänkern, samt ihren Knechten und den Reutern, dem sonntäglichen Gottesdienste fleißig abwarten, die Uebertreter aber ernstlich bestrafet werden. Weiter und 46) wird alles Marktbetentern, währendem Gottesdienste, verboten; ingleichen 47) das Gotteslästern; und 48) das lästerliche und viehische Vollaufen; wie denn 49) die Strafe der der Völlerey ergebenden Officiers bestimmt wird; und solle 50) die Trunkenheit keine Entschuldigung, noch Milderung der Strafe seyn; auch 51) derjenige Officier, welcher aus Völlerey Feindes Noth versäumt oder verschläft, deswegen an seinem Leben, so wie 52) die viehisch vollen Reuter und Knechte, nach Gutbefunden der Obristen und Rittmeister, bestrafet werden. Wer sich hiernächst 53) gegen den Feldobristen oder Feldmarschall, seine Obristen, Rittmeister, Wachmeister und andere Befehlshaber mit wehrhafter Hand widersezt; 54) Schmähworte gegen seine Obrigkeit ausstieße, oder 55) eine Meuterey anzetteln würde, solle vor das Reuterrecht gestellet, und nach dessen Erkenntniß an Leib und Leben bestrafet werden; wie dann auch 56) ein jeder sich der Feldordnung in dem Umblasen oder Ausrufen, Geboten oder Verboten in dem Lager, gemäß und gehorsam verhalten solle. Keiner solle 57) an den Justizdienern, als Profosen, Rumormeistern, Wachenburgmeistern und andern ihren Dienern sich

ver-

vergreifen, oder ihnen widerstreben; noch weniger 58) dem Feldmarschall, seinem Obristen, 1570 oder an deren statt dem Profosen einen Diener, den sie von Regimentswegen begehren, vorenthalten. Ingleichen sollen sich 59) die Rottmeister und gemeine Reuter des Streichens vor den Fahnen gänzlich entäussern; und 60) keiner, ohne Erlaubniß der Befehlshaber, auf das Jouragiren ausreiten, oder auf der Fütterung über Nacht ausbleiben. In den folgenden Artickeln wird 61) von den Feldflüchtigen; 62) von den zum Feinde Uebergehenden; und 63) von den Fahnenflüchtigen und ihrer Strafe gehandelt.

Es solle auch 64) keiner, ohne Erlaubniß des Feldobristen, einen Trompeter zu den Feinden schicken, noch von ihnen annehmen, oder etwas mit ihnen handeln, Sprache halten, noch Briefe übersenden, und wenn dergleichen ihnen vom Feinde zukämen, solche sogleich an die hohen Officiers weisen; auch solle man 65) niemanden von den Feinden oder ihren Zugehörigen durch die Wachen passiren lassen. 66) Alles Balgen und Schlagen auf Zügen, Wachten oder unter fliegender Fahne; 67) alle Angriffe mit mörderlichem Gewehr; und alle Ausforderungen; 68) gewaltthätige Ueberfälle in den Gezelten; 69) Beraubung der Pflüge und Ackergeschirre, Zerstörung der Backöfen, Verderbung Kornes und Weins, und 70) Tödtung alter Leute, Priester, Prediger oder Weibsbilder, die auf keiner Wehr befunden, und endlich unmündiges Kinder, werden bey Leib- und Lebensstrafe ernstlich verboten und untersagt. Ingleichen solle keiner 71) wider den andern, oder die Kriegsvölker einer Nation wider die andern, sich zusammen rottiren, Aufruhr oder Zulauf machen, oder

3. Ehr. oder nach seiner Nation schreyen; 72) bey gesetzter Wache Büchsen loschiessen, oder ein Geschrey, Gesang und andere Unruhen machen; und 73) alten Groll oder Feindschaft, im Felde oder Besatzung eifern, oder mit thätlichem Vornehmen rächen; sondern man solle vielmehr 74) die etwa entstehenden Uneinigkeiten vergleichen, und die verstragenen Partheyen sollen den Frieden halten, so lange die Feldbestallung dauert. Keiner solle 75) seine ordentliche Wache versäumen, noch derselben sich weigern; 76) nicht anders, als mit seinem Harnisch und anderm gebührenden Gewehre, worauf er gemustert worden, auf die Wache ziehen, und weder auf Tag, noch Nacht, Wachten, ohne Ehehaften, von seinem Pferde absteigen; auch 77) auf der Wache, ohne Noth, keinen Lärm machen; vielweniger 78) sich auf derselben betrinken. Niemand solle 79) fremde und verdächtige Personen beherbergen; und wenn er 80) wahrnehmen sollte, wie man einen Vortheil gegen den Feind erhalten, und Nachtheil von den Freunden abwenden könnte, solches ingehem dem Feldobristen oder Feldmarschall, oder seinem Obristen anzeigen. Es solle auch 81) keiner brandschätzen oder Lager anstecken, es geschähe dann auf Befehl des Feldobristen.

Nun folgen weiter und 82) die den Officiers und Gemeinen gegebenen Vorschriften in den Feldschlachten; 83) das Verbot von eigenmächtigem Ausgehen auf Beute; 84) daß keiner dem andern seine gewonnene Beute, mit Gewalt oder sonst, entfremden; 85) die Marschetender, inner, oder ausserhalb dem Lager, plündern, oder auf dem Proviantplatze Gewalt treiben, und in die Proviantplätze fallen solle. Ferner wird 86) der Vorkauf des Proviantes;  
und

und 87) die Abführung des dem Feinde abgez. J. Er-  
 wonnenen Viehes und Proviantes aus dem La<sup>1570</sup>  
 ger verboten. 88) Verdächtige Personen  
 und Sachen solle ein jeder sogleich seinen Rittmeis-  
 ter odern Obristen, und wenn die Sache sehr wicht-  
 ig wäre, dem Feldobristen, anzeigen; 89) die  
 gegebenen Salvogarden, Geleite und Pässe  
 sollen gehörig respectirt; und 90) niemand von  
 des Reichs Unterthanen und Verwandten, in  
 An- Ab- und Durchzügen, auch Lägerungen, be-  
 schwert, geschätzt, geplündert oder beschädi-  
 get, sondern alles baar bezahlet werden. Würde  
 auch etwa 91) der Sold nicht allemal richtig erfol-  
 gen, und man also auf die Wirthe und den ar-  
 men Mann zehren müssen; so sollen sie über das  
 Empfangene Scheine ausstellen, und sich solches  
 hernach an ihrer Besoldung abziehen lassen; da-  
 dann 92) solche arme Leute, wegen ihrer Schas-  
 den, durch die (Kriegs-) Kreis- Pfennung, oder  
 Zahlmeister ordentlich bezahlet werden sollen.  
 Wenn man 93) in der Feinde Land, aber doch  
 auf des Reichs Boden zu liegen käme; so solle doch  
 nicht erlaubt seyn hinaus zu reiten, die Armen zu  
 plündern, zu schätzen und zu vergewaltigen,  
 widrigenfalls den armen Leuten das Geraubte  
 mit Geld wieder erstattet, und die Thäter als  
 Räuber bestraft werden sollten. Der etwa im  
 Kriege von den Reutern gefangene Feldobriste  
 oder die Hauptleute der Feinde sollen 94) dem  
 Kayser, oder seinem Feldobristen, oder dem, der  
 sonst dessen Befehl haben würde, gegen eine statt-  
 liche und billige Verehrung, überliefert wer-  
 den; hingegen 95) andere gemeine Kriegsge-  
 fangene möchte ein jeder, der sie niedergewor-  
 fen und bekommen, schätzen, und mit ihnen nach  
 Kriegsgebrauch handeln; doch sollen alle und  
 jede

3. Obr. jede Gefangene dem Feldobristen angezeigt und  
1570 ohne sein Vorwissen nicht losgelassen werden.

Die etwa eroberte Städte, Schlösser, Flecken, Land und Leute sollen 96), nebst dem dazu gehörigen Geschütze, Munition und dem Vorrathe von Proviant dem Kayser und dem H. R. zustehen und bleiben. Es sollen auch solche eroberte gehuldigte und aufgenommene Städte, Schlösser, Flecken, Land und Leute, nach dem sie aufgenommen sind, weiter nicht beschädiget oder gebrandschatet werden; alle andere Haabe aber, die nach Kriegsgebrauche Preiß ist, solle dem Kriegsvolke bleiben.

Da auch 97) in solchen Feldzügen allerley Nationen zu Ros und zu Fuß zusammen kämen, und daher sich leicht, aus geringen Ursachen, Unruhe und Uneinigkeit zutragen möchte; so solle keine Nation die andere, mit Worten, Werken und Thaten, schmähen, stumpfieren, noch sich mit derselben in einige Disputation einlassen; sondern, wenn eine Nation gegen die andere Spruch und Forderung zu haben vermeinte, solle dasselbe bey ihrer Obrigkeit, und nach gebräuchlichem Kriegsrechte ausgebracht werden. 98) Die Reuterverbrechen wider Kriegsrecht und Gebrauch sollen nach Erkenntniß und Herkommen des Reuterrechts bestraft werden. Falls nun 99) Malesiz, und andere strafbare Sachen, die keinen Aufschub litten, in Abwesenheit des über die Reuter gesetzten Feldmarschalls, vorkämen; so solle der Obriste das Unrecht strafen, und dabey die Rittmeister, Lieutenant, Fähnrich, und, wo es vorkäme, etliche Rottmeister mit zuziehen. 100) Bey jedem teutschen Reuterregimente, es habe viele oder wenige Bataillien, wenn auch schon kein ordentlicher Feld-

mar-



marſchall vorhanden, ſolle nichts deſtoweniger ein 3. Mr. Profos gehalten werden. Wer 101) von einem 1570  
Rittermaſter Anrittgeld nähme, und bey der  
Muſterung nicht erſchiere, ſondern vor oder  
nach derſelben, ehe das Feldregiment beſtellt, wie  
er abritte, oder in eines andern Herrn Dienſte  
träte, ſolle vor das Reuterrrecht geladen, und bey  
ſeinem Ausbleiben gegen ihn geſprochen werden.  
Wenn auch 102) auſſerhalb des Reichs, bey  
fremden Potentaten, ſich Zerungen oder Ehe  
renſachen, die ſich in Kriegsdienſten im Felde  
getragen, zwiſchen Teutſchen ereigneten, die ei  
ner gegen den andern vor dem Reuterrrecht ausa  
tragen wollte; ſo ſollte dem Kläger das Recht  
geſtattet werden. Das Recht aber ſolle 103)  
eherlich ertheilet werden; und 104) bey deſſen Er  
theilung der Obrifte ſelbſt gegenwärtig ſeyn.

Die Reiſſigen ſollen 105) ſchuldig ſeyn, ſich  
monatlich, oder wenn man es begehret, muſtern  
zu laſſen, worauf ihnen ihr Monatsſold bezahlt wer  
den ſollte. Würde aber etwa das Geld, zu Aus  
gang des Monats, nicht ſogleich vorhanden  
ſeyn; ſo ſollten ſie Geduld tragen, und nichts deſto  
weniger ihre Züge und Wachen verſehen. Dieſe  
Reuter-Befſtellung aber und Artikel ſollten  
106) den gemeinen Reutern, zur Zeit der erſten  
Muſterung, im freyen Felde und unter fliegenda  
den Fahnen, vorgeleſen werden, worauf ſie auf  
dieſelbe, wie von Alters gebräuchlich, geloben und  
ſchwören ſollten. So oft man auch hernach mu  
ſterte, ſollte 107) die Befſtellung den Reutern  
im Ringe wieder vorgeleſen werden, damit ſich  
ein jeder derſelben beſſer erinnern könnte; und  
alle Reuter, welche ſich hernach, währendem Zuge,  
zu dem Haufen begeben, und Dienſte nehmen wür  
den, ſollten 108) zuhaltung vorgedachter Befſtel  
lung

3. Ordnung und Artikel gleichfalls verbunden seyn:

1570. Endlich sollen 109) die Rittmeister, bey ihren Werbungen, sich wohl vorsehen, daß sich keine leichtfertige, übelthätige und verläumte Personen unter ihre Reuter mit einmischen, welche auch, wenn sie hernach unter den Fahnen sollten befunden werden, dem Reuterrechte vorgestellt, und nach Befinden ihres Verbrechens von dem Hausen geschafft, oder sonst bestraft werden sollten. Ein gleiches sollte 110) demjenigen widerfahren, der als ein öffentlicher Verächter und Låsterer Gottes und seines Wortes, als ein berücktigter Jungfrauen- und Frauenschänder, der einen unredlich ermordet, von seinem Herrn aus dem Felde geflohen, oder sonst einer andern unehrbaren und unadelichen That wäre überwiesen worden. Sollte zulezt und 111) in diesen Artikeln etwas vergessen oder ausgelassen seyn, was Reutern und Kriegsleuten zu halten zustünde und gebräuchlich wäre; so sollten die Reuter eben so wohl dazu gehalten und verbunden seyn, und die Uebertreter, nach Erkenntniß, darum bestraft werden, als wenn es ausdrücklich in dieser Bestallung vermeldet wäre.

Der zweite Abschnitt der Reuterbestallung handelt von Bestellung des Geld- und Reuter-Rechts, und enthält elf Artikel vom 112ten bis zum 122sten Titel. Nämlich: 1) sollen alle Obristen, Rittmeister, Befehlshaber, Herren, Junker und Mitreuter auf diese beschlossene ausführliche Bestallung bestellt und angenommen werden. Wenn man nun zusammenkame, solle 2) der Kayserliche und des Reichs Geld-Oberrichter die Reuter zusammenfordern, oder, wenn eine große Anzahl vorhanden, sie in etliche Haufen abtheilen lassen, alsdann persönlich, samt dem Geld-

Feldmarschall und den hohen Kriegsbeamten, J. Er. zu ihnen in den Ring reiten, sich durch einen 1570 Herold ein blosses Schwerdt vorführen lassen, und hernach im Ringe, nach geschobenem Aufblasen, den Reutern, nach vorgängiger Danksagung, vorhalten, daß sie 3) Ordnung, Gehorsam, Gericht und Recht unter sich erhalten, sich christlicher Liebe, Ehrbarkeit, adelicher Sitten, Gottseligkeit und Redlichkeit befehligen, und alle heidnische und unadeliche Thaten fliehen sollten. Damit nun 4) ein jeder solchem desto besser nachzukommen wüßte; so sollte ihnen die wieder erneuerte und bestätigte K. Bestallung und Artikel des alten löblichen Reuterrechts und Kriegsregiments vorgelesen werden, worauf sie, nach altem Gebrauche, mehrten sollten; auch sollten alsdann 5) ihnen die Artikel der Bestallung wirklich vorgelesen werden. Wenn nun solches 6) wirklich geschehen wäre; so solle der Feldobrist sie nochmals ermahnen, dem Vorgelesenen treulich und gehorsam nachzukommen, und bey ihren Kriegsherrn, in Feld und Besatzung, zu Tag und zu Nacht, nach aller Möglichkeit, Leib und Leben, Gut und Blut zusetzen, und während diesem Zuge und Bestallung von ihnen nicht zu weichen. Und endlich solle der Feldobrist auch an sie begehren, daß sie, dem alten Herkommen nach, ihre Mehre darüber machen, die Hände insgesamt aufheben, und geloben sollten, allem in der Bestallung begriffenem treulich und fest nachzukommen. Nach gescheneher Verlesung der Bestallung und erfolgter Mehrung solle 7) der Feldobrist das Feld bestellen, und den Reutern die Personen der hohen Aemter anzeigen. Nämlich 8) zuerst den Feldmarschall, woben er sogleich das Schwerdt von dem Herold nehmen, es ihm

2. **Art.** überantworten und die Handhabung einer  
 1570 gleichförmigen Rechtspflege, bey dem Ges  
 lübde, welches er 150, in gemeiner Mehrung,  
 öffentlich geleistet hätte, ihm ernstlich anbefehlen  
 solle. Hernach solle 9) der Feldobriste auch die  
 Personen der andern hohen Aemter namhaft  
 machen, und ihnen befehlen, solche, bey ihrer 150  
 gethanen Mehrung, treulich zu verrichten; allen  
 Reutern aber solle er einbinden, solchen hohen  
 Aemtern in allem und jedem gebührenden Gehors  
 sam zu leisten. Endlich 10) solle ein jeder von  
 den hohen Aemtern seine Dankagung verrich  
 ten, und sich gegen den Feldobristen und die Reu  
 ter zu allem Gehorsam und Gebühr erbieuten;  
 worauf man 11) wieder aufbliese und aus dem  
 Ringe zöge.

In dem dritten Abschnitte der Reuterbes  
 tallung wird gehandelt: wie das Reuterrecht  
 zu bestellen und zu besetzen sey, und enthält sel  
 biger nur einen einzigen Titel. Nämlich der Feld  
 marschall solle einen ehrlichen, verständigen  
 und erfahrenen Kriegsmann von Adel zu seinem  
 Lieutenant verordnen, demselben, nebst andern,  
 das Aufsehen auf die Justiz und das Reuter  
 recht befehlen, und ihm eine geschickte und wohl  
 geübte Person zu einem Schreiber des Reuter  
 rechts zugeben, welcher bey dem ersten Reuter  
 rechte öffentlich mit Eidespflicht verbunden wer  
 den solle.

Wie nun das Reuter-Recht gehalten  
 werden solle, zeigt der vierte Abschnitt in 18.  
 Artickeln. Es solle nämlich dasselbe 1), auf Bes  
 fehl des Feldmarschalls, durch Trompeter, im  
 Lager, ausgeblasen, oder sonst den Parteyen  
 ordentlich verkündigt werden; 2) der Feldmars  
 schall, dem die Justiz und das Schwert befeh  
 len,

len, dasselbe mit 3. Rittmeistern, 3. Lieutenants, 3. Th.  
 3. Fähnrichen und 3. Rottmeistern besetzen, auch 1570  
 einen Reiterobristen dazu nehmen; und 3) wenn der  
 Reiterhaufe im Felde steht, daß es an Leu-  
 ten nicht fehle, oder wenn Malefiz- und andere  
 wichtige Sachen vorkämen, sollte man das Recht  
 verdoppelt, nemlich mit 24. Personen, besetzen.  
 Hiernach werden 4) die bey solchem Rechte zu beob-  
 achtende Ceremonien und Ordnung, besonders  
 bey einem peinlichen Malefiz-Gerichte, vorgeschrieben;  
 woben 5), wenn die Rechtsfachen peinlich und ehrenrührig sind, und das Kriegsregiment  
 betreffen, der Feldmarschall persönlich  
 gegenwärtig seyn solle, dagegen er, in nicht gar  
 wichtigen, und etwa bürgerlichen Partheysa-  
 chen, durch seinen Lieutenant das Recht führen  
 lassen. Wenn man nun 6) an die Stelle,  
 wo das Reiterrecht gehalten werden sollte, ge-  
 kommen wäre; so solle der Feldmarschall sein  
 Schwerdt vor sich auf den Tisch legen, und die  
 Richter, bey einem peinlichen Gerichte, ihre  
 Schwerdter mit der Spitze unter sich gegen die  
 Erde kehren; auch 7) der Bestallungsbrief auf  
 den Tisch gelegt werden. Hiernach solle 8) der  
 Feldmarschall den Richtern vorhalten, wie zu  
 urtheilen sey; und 9) die gewöhnliche Umfrage  
 thun: ob das Gericht mit rathlichen und ehr-  
 lichen Leuten bestellet, ob es zu rechter Zeit  
 sey, und sonst keine Hindernis vorhanden, ein  
 Kayserliches Reiterrecht zu halten; worauf er  
 10) das Recht verbarren, und nachher 11) fragen  
 solle: ob auch den Partheyen ordentlich vorges-  
 boten, und sie darauf erfordert worden; wie dann  
 auch 12) in peinlichen Sachen, und die das  
 Kriegsregiment betreffen, der Prokos, und wenn  
 die Sachen wichtig, auf Gutachten des Felds  
 mars

**3. Gr. marschalls**, auch etwa sein Lieutenant, in bürgerlichen Sachen aber der Kläger und Antwortter vortreten, eine Person vom Rechte, folgend ein oder zweien Rätthe aus den Zugeordneten bitten, und durch dieselben ihre Nothdurft vortragen und handeln lassen.

In peinlichen Sachen sollen 13) die der Reuterbestallung einverleibten Artickel und das Kayserliche Malefizrecht das rechte Richtscheid seyn, wornach die Urtheile gerichtet werden sollen; Ingleichen sollen 14) bey der Umfrage die Reuter, bey ihren Pflichten, erinnert werden, eines jeden Votum bis in die Grube verschwiegen zu halten. Vor Eröffnung der Urtheile aber, wenn es Malefiz- oder Ehrensachen zwischen ansehnlichen Personen betreffe, solle 15) der Feldmarschall allemal dem Feldobersten Bericht geben, und seine Gesinnung einholen, welcher, nach Gelegenheit der Personen, Zeit und anderer Umstände, die Strafe zu mindern oder zu mildern hätte. Bey Sprechung des Urtheils in peinlichen Sachen solle 16) der Feldmarschall das Schwerdt in die Hand nehmen, und die Spitze über sich kehren; ein gleiches sollen 17) die andern zum Rechte verordnete Personen thun, und so lange die Umfrage geschieht und das Urtheil gehet, die Spitzen der Schwerdter unter sich, wenn aber das Urtheil verlesen wird, die Spitzen über sich kehren, und nach verlesenem Urtheile solle der Feldmarschall seinen Stab brechen, worauf die Zugeordneten wieder vom Rechte zum Losamente gehen, und, wie sie ausgegangen, ein jeder Richter sein Schwerdt auf der Achsel haben, wenn sie aber keine Malefizsachen gerichtet, an der Seite behalten solle. Alles nun, was in den Reuter-Rechten, während dem

dem Zuge geurtheilet und gehandelt worden, solle J. Chr. 18) in das Rechtbuch eingeschrieben, und davon, 1570 zu Ende des Zuges, zwey verschiedene Abschriften gemacht, von dem Feldmarschall versiegelt, und die eine in die Kayserliche, die andere aber in die Chur- Maynzische Kanzley überschickt werden, damit sich daraus künftig ein jeder erholen könne.

Dannmehr folgen in dem fünften Abschnitte der Reuterbestallung die Artickel für die Teutschen Knechte in 74. besondern Titeln. Im 1ten) ist der Eid eines Fußknechts enthalten, und im 2ten) wird demselben die Gottesfurcht empfohlen, auch verboten, währenddem Gottesdienste Wein, Bier oder dergleichen, durch die Marschirenden auszugeben, und zu verkaufen. Der 3te) und 4te) Titel melden die Waffen der Kriegsknechte, nemlich alle Knechte, die Spieße und kurze Wehren tragen, sollen, bey der Musterrung, mit guten starken Seitengewehren, zu beiden Händen, oder mit guten Rappiren erscheinen, die Schützen aber mit guten starken Rappiren versehen seyn; ingleichen solle ein jeder sein Obergewehr, und besonders die Schützen ihre Hacken und Zugehör, in guter Bereitschaft halten, und sich ohne Kraut und Loth nicht finden lassen. Im 5ten) Artickel aber ist die Rede von der Kleidung der Fußknechte, daß nemlich ein jeder mit einem Oberrocke oder Mantel bekleidet seyn solle, damit er sich vor dem Regen und der Kälte desto besser erhalten, und besonders die Schützen ihre Hacken und Flaschen bedecken, und desto besser gebrauchen könnten. Hierauf wird 6) den Fußknechten der Gehorsam gegen ihre vorgesetzten Officiers eingeschärft, und solcher 7) auch auf andere Officiers, die nicht von ihren

F 4

Com

3. Obr. Compagnie wären, und unter welche sie etwa  
 57<sup>o</sup> commandirt würden, erstreckt. Sie sollten  
 hiernächst 8) Schutz leisten Kindbetrütern,  
 schwangeren Frauen, Jungfrauen, alten Leu-  
 ten, Priestern, Predigern und Kirchendienern,  
 und dieselben bey Leibesstrafe nicht beleidigen; inglei-  
 chen 9) die Kirchen, Klöster, Kläuser, Epis-  
 täler und Schulen verschonen, und sie nicht bes-  
 schädigen. 10) Werden ihnen 30. Tage auf eis-  
 nen Monat, und zum Monatssolde 4. Gulden,  
 zu 15. Bagen oder 60. Kreuzer, gerechnet, und  
 sie sollten, wenn etwa das Geld nicht sogleich da  
 wäre, Geduld tragen, und doch ihre Dienste  
 verrichten. 11) Ein Ausreißer, den man er-  
 hauchte, solle an Leib und Leben bestraft, als  
 schicht Betrüger aber zum Schelmen gemacht  
 werden; auch solle 12) kein Knecht im Zuge aus  
 der Ordnung oder Gliedern weichen; und 13)  
 derjenige, der sich einem andern Befehlshaber,  
 als seinem Hauptmanne, auf Füßen und Wap-  
 pen widersetzte, nach Erkenntniß des Obersten  
 und des Rechtes, bestraft werden.

Es werden hierauf die Pflichten und Oblie-  
 genheiten angegeben, welche die Fußknechte zu be-  
 obachten haben, wenn sie 14) in Besatzungen gelegt;  
 und 15) zu den Häusern und andern Arbeiten ge-  
 braucht werden wollen; auch sollen sie 16) wegen  
 der ausgehaltenen und abgeschlagenen Stürme der  
 Feinde keine außerordentliche Belohnung for-  
 dern, sondern sich mit ihrem ordentlichen Solde be-  
 gnügen, noch in die mit Accord übergebene Schöpf-  
 fer und Städte einfallen, und plündern; auch  
 17) gegen die Gefischarten und Gehaltigen  
 nichts vornehmen; und 18) den Oestern, wo  
 Salvogarden angeschlagen sind, keinen Scha-  
 den zufügen. Wenn 19) Feldschlachten vorfa-  
 len,



lar, oder eine Hauptfestung mit Baurat Robert 3. zu  
würde; so solle alsdann eines jeden Knechten Besoldung, wie sich der Monat ihres Dienstes be-  
griff, aus- und angehen. 20) Wird alles Plünder  
währenden Schlachten und Belagern; wie  
auch 21) alles Ausgehen und Ausreiten auf  
Beute, bey Leibesstrafe, verboten. Auf den, der  
22) im Felde oder sonst die Flucht nähme, solle  
der nächste stechen und schlagen, und keine  
Strafe leiden, wenn auch jener darüber todtge-  
schlagen würde. 23) Ueberläufer, die man wie-  
der befähne, sollten am Leben bestrafe, und die  
nicht Betretene zu Schelmen gemacht werden  
sollen. 24) von den Knechten, bey Leib- und  
Lebensstrafe, keine Gemein, ohne Wissen und  
Willen des Obristen, gehalten werden. Es solle  
25) keiner mit den Feinden, oder ihren Trom-  
melschlägern, oder Trompetern, es sey in La-  
ger, Jagen oder Besatzungen, Sprache halten,  
auch keine Briefe in das feindliche Lager  
schreiben, oder von den Feinden annehmen; und  
26) niemanden von den Feinden oder ihren Zu-  
gehörigen durch die Wachen lassen; auch 27)  
die etwa in Erfahrung gebrachten Verrätheren  
und daran Theil habende Personen alsbald der  
Obtrigkeit und dem Profosen anzeigen; und 28)  
wenn jemand wahrnehme, was den Feinden  
Nachtheil, und Vortheil den Feinden bringen  
könnte, solches sogleich seinem Hauptmann oder  
Obristen eröffnen. Ein jeder solle sich 29) des  
muthwilligen Balgens gegen den andern er-  
halten; und 30) kein mörderisches Gewehr, als  
Büchsen oder lange Wehr, im Balgen gebräu-  
chen, wohl aber solle einem jeden, zu seiner Be-  
schützung, sein Seitengewehr zum Haken und  
Stechen frey stehen; auch 31) sollten sie allen ab-

Beide den Hoff und Leid, währendem Kriegszuge, ruhig lassen.

Ferner wird 32) alles Rottiren und aller Unfriede; und 33) das Schiessen und Werfen mit dem Gewehr, bey schwerer Strafe, verboten. Wenn auch 34) zweien oder mehr sich mit einander schlägen, so sollen die Anwesenden sich nicht des einen oder andern annehmen, sondern vielmehr die Streitenden gütlich zu scheiden suchen. 35) Alles Schiessen an gefährlichen Orten, insonderheit bey Nacht und besetzten Wachten, wird bey Leibesstrafe verboten. Es solle auch niemand 36) von der Wache wegbleiben, ausser wegen Leibeschwachheit; noch weniger 37) ohne Erlaubniß von der Wache weggehen; oder 38), ohne seines Hauptmanns Wissen und Willen, für sich einen Lohrwächter bestellen, vornemlich auch die gegebene Lösung nicht vergessen, oder eine unrechte angeben. Und so ist dann auch ferner bey Leib- und Lebens-Strafe verboten: 39) das Schlafen auf der Schildwache, oder Weggehen vom Posten vor der Ablösung; 40) das Balgen nach besetzter Wache; und 41) alle Vergewaltigung in des Freundes Lande; widerigensfalls 42) die Uebertreter auf eingelaufene Klage, nicht nur zur Wiedererstattung angehalten, sondern auch nach Befinden an Leib und Leben gestraft werden sollen. Wenn auch 43) mehr als eine Nation, in dergleichen Kriegerversammlung, beisammen seyn würde; so solle keine gegen die andere sich zusammen rottiren, und mit einander spielen, auch wenn Proviant dem Lager zugeführt würde, solle keiner die Markhetender vergewaltigen und beleidigen; oder über das Proviant fallen, es seye dann vorher geschätzt worden: wie dann auch 44) aller Vorlauf des Proviantes  
außer

auffer dem Lager, bey Leibesstrafe, verboten wird. 3. Art. 45) Dem Profosen oder seinen Knechten solle 1570 sich niemand widersetzen, oder ihn an Gefangennahme der Missethäter hindern; und wenn 46) er oder seine Knechte nicht sogleich bey der Hand wären, und einer oder mehr auf einer öffentlichen und schändlichen That, als Mord, Diebstahl, Verrätherey und dergleichen, betreten würde, so sollen die nächsten, so dabey sind, schuldig seyn, einen solchen Missethäter, zu Handhabung des Regiments, bis zu des Profosen oder der Seinigen Ankunft, aufzuhalten.

Keiner solle 47) sich unter zween Hauptleuten schreiben, oder sich zweymal mustern lassen, und keiner auf des andern Namen durch die Musterung gehen, oder dem andern seinen Harnisch und Gewehr leihen; sondern ein jeder solle 48) bey der Musterung seinen rechten Tauf- und Zunamen, auch die Stadt, worin oder wo bey er am nächsten geboren, nennen und ein schreiben lassen; wie dann auch 49) aller unzulässiger Sold ernstlich verboten wird. Auf der Musterung sollen 50) die Haupt- und Befehlshaber, ingleichen die von Adel alle ihre Rüstungen anziehen; und wenn 51) Reisige und Fußknechte bey einander in einem Lager liegen würden, sollen diese jenen weichen, damit die Reisigen ihre Pferde unterbringen können; auch 52) ein jeder sich mit dem ihm vom Quartiermeister angewiesenem Quartier begnügen. 53) Pflüge, Mühlen, Backöfen, in Freund- und Feindes Land, sollen, bey Leibesstrafe, nicht betaubet oder beschädiget, auch 54) Wein, Korn oder Mehl nicht verdorben werden; ingleichen solle 55) keiner alte verlebte Leute, Prediger, Weibsleute, die auf keiner Wehr befunden werden, oder unnütze

dige

**3. er. dige Kinder eodeschlagen.** Ferner solle 56) ein jeder sich des Zutrunkens und der Trunkenheit enthalten, und keiner den andern zum trinken nöthigen; wer aber 57) auf der Wache, oder 58) auf den Gerassen und Zügen betrunken oder voll betreten würde, solle ernstlich gestrafet werden. Es solle auch 59) keiner, ohne des Hauptmanns Vorwissen und Befehl, es sey dann Noth, Lertmen machen; und wenn 60) Lertm gemacht würde, solle ein jeder auf seinen verordneten Lertmensplatz laufen; wer aber 61) Völlerey halber Feins des Noth oder Lertmen versäumte oder verschiefe, solle deswegen an seinem Leibe gestrafet werden. Was hiernächst 62) ein jeder in Schlächten, Sechmen, oder sonst vom Feinde Beute machte, solle ihm nach Kriegerecht und Ordnung bleiben; aber das Geschütze, Pulver, Munition, Vorrath an Proviant und andern, was zu Unterhaltung des Fleckens gehörte, ingleichen die vornehmen Kriegsgefangnen, als die Kriegsherrn, Fürsten oder Feldobristen, sollten dem Kayser oder seinem Feldobristen oder Befehlshaber zugehören und zugestellet werden; jedoch demjenigen, welche sie gefangen, eine billige Ergözung und Verehrung dafür geschehen. 63) Die vom Feinde oder sonst ehrlicher Weise beschädigte oder kranke Knechte sollen ihren Sold ferner zu genieffen haben; und 64) das dem Feinde abgenommene Vieh und Proviant solle nicht aus dem Lager geführt, sondern in demselben, den gemeinen Knechten zum Nutzen, verkauft werden; auch solle 65) keiner dem andern seine gewonnene Beute mit Gewalt abdringen oder nehmen, und die Uebertreter, nach Erkenntniß des Obersten, bestraftet werden.

Es solle 66) ein jeder die Nachrichter bey 3 Ein-  
 Freiheit des gemeinen Rechts bleiben lassen; 67) 1579  
 keiner sich anmassen, im Trosse zu ziehen oder  
 zu gehen, er wäre dann krank, oder hätte von sei-  
 nem Hauptmann hiezu Erlaubniß; und 68) ein  
 jeder seinen Tross oder Anhang, was gemeins  
 unehrbare Weiber sind, ausgenommen die  
 rechten Eheweiber, auf Befehl des Obristen  
 und seines Hauptmanns, sogleich bey der ersten  
 Musterung, oder hernach, wenn es ihm befohe-  
 len wird, von sich schaffen. Ferner solle 69)  
 kein Hauptmann des andern bestellte Knechte,  
 oder einen Reisigen, der im Zuge von seinem Herrn  
 abgekommen, annehmen, noch weniger einer dem  
 andern sein Gesinde sonst abspannen. Auf  
 Borg solle 70) nicht gespielt, und das auf  
 Borg abgewonnene Geld nicht bezahlet were-  
 den. Wer 71) die vorgeschriebenen Artikel  
 nicht hielte, sollte als eidbrüchig und peinlich  
 gestraft werden, alle andere aber, in den Artikeln  
 etwa vergessene Punkten, welche zu halten den  
 Kriegsknechten zustünde, und überhaupt alle Miß-  
 handlungen sollten zu des Obristen Erkenntniß  
 gestellt seyn und bestraft werden. Ingleichen  
 sollen 72) alle künftig, über kurz oder lang, an-  
 zunehmende Knechte sich einschreiben lassen,  
 und Geld nehmen, auch, ob sie gleich bey der er-  
 sten Eidesleistung nicht mit zugegen gewesen, dennoch  
 zu solcher Eidspflicht und Vollziehung der vor-  
 beschriebenen Artikel verbunden seyn, als wenn  
 sie persönlich bey diesem Schwören gewesen wä-  
 ren. Wosern auch 73) einem oder mehr die vorge-  
 schriebenen Artikel in Vergessenheit kämen; so  
 solle er sich jederzeit zu dem Schultheissen verfü-  
 gen, welcher schuldig seyn sollte, sie ihm wieder  
 vorzulesen und davon Bericht zu geben. Endlich  
 und

3. Art. (Art. 74) sollen die Fußknechte auf drey Monate  
 1570 schwören, und wenn man ihrer weiter bedürfte, soll-  
 ten sie auf diesen Artickelsbrief und Bestallung,  
 so lang man ihrer nöthig hätte, bestellt und anges-  
 nommen werden, auch schuldig seyn, ohne Weigen-  
 tung und Einrede darauf zu dienen.

Zuletzt im sechsten Abschnitte werden, in  
 neun Artickeln, noch etliche besondere, der vor-  
 stehenden Bestallung und Artickeln anhängige  
 Punkten verzeichnet. Als: 1) obgleich den Teuts-  
 schen Obristen, Rittmeistern und Hauptleu-  
 ten, vermöge der hergebrachten teutschen Freis-  
 heit, jedoch nach Inhalt der vorigen und izzig-  
 en R. Constitutionen, zugelassen wäre, teuts-  
 ches Kriegsvolk den fremden Potentaten zu  
 zuführen, ist aber auch andere, die nicht gebor-  
 ne Teutsche sind, sich dessen unterstehen, woraus  
 endlich allerhand Verkleinerung und Nachtheil  
 der Teutschen Nation erfolgen möchte; so solle  
 hinfüro keiner Person fremder Nation, die im  
 Reiche, oder dessen Schutz und Schirm angehö-  
 ren landen nicht gefessen, verstattet werden,  
 teutsches Kriegsvolk zu Ross und zu Fuß, als  
 ein Obrister, Rittmeister oder Hauptmann an-  
 zunehmen, oder unter sich zu bestellen und zu  
 führen. Würde auch solches etwa von Obristen  
 oder Befehlshabern einer oder mehr fremder  
 Nationen im Reiche vorgenommen; so solle sol-  
 ches alsbald, durch die Kreisobristen, und wenn  
 es nöthig, durch den Kayser selbst abgeschafft und  
 verwehret werden. Es sollten auch diejenigen,  
 welche sich, wider diese Kayserliche und R. Ver-  
 ordnung, unter fremden Obristen und Befehls-  
 habern bestellen ließen, von ihrer Obrigkeit, auf  
 Anklage oder Amt halber, gerechtfertiget und  
 gestraft, auch ferner unter keinem teutschen  
 Regis

Regimente geduldet werden. 2) Solle das teut<sup>sche</sup> 3. ör<sup>sche</sup> Kriegsvolk und alle diejenige, welche von 1579 fremden Potentaten in Bestallung und Pension, oder Jahr- und Dienst-Geld angenommen werden, in ihren Bestallungen und Pensions-Briefen, sich ausdrücklich vorbehalten, daß sie sich wider das H. R. Teutscher Nation, oder einigen Stand desselben, weder offensive, noch defensive, nicht gebrauchen lassen wollen. 3) Solle auch das teutsche Kriegsvolk, und alle dessen Obristen und Befehlshaber bey fremden Potentaten schuldig und verpflichtet seyn, in ihren Kriegsdiensten, sich der igo erneuerten und aufgerichteten Bestallung und Reutterrechtes, auch Artickelsbriefe, soviel das Kriegsregiment und Ordnung betrifft, gemäß zu verhalten. Falls auch 4) ein teutscher Obrister, Rittmeister, Hauptmann oder anderer Befehlshaber zu Ross oder zu Fusse, und überhaupt alle Kriegsleute in fremder Potentaten Diensten der ighen Bestallung u., soviel das Kriegsregiment und Ordnung betrifft, zuwider handelte, oder auf andere Art seiner Ehren vergässe, und insonderheit die Befehlshaber gegen ihr untergebenes Kriegsvolk, durch Vervortheilung, Practicirung und Handthierung mit Proviant, durch Kleidung, oder Aufdringung von Rüstungen und Wehr, oder in andere Wege an ihrer Befolgung und Verwahrlosung gegen den Feind, ungetreu, unehrbar und übel handeln würden, ob sie auch gleich an solchem Orte ungestraft blieben; so sollten sie doch nichts desto weniger vor ihrer ordentlichen Obrigkeit, wenn es von ihnen fundbar wüßte, von Amts wegen, oder auf jemandes Anklage, vorgestellt, gerechtfertiget und bestraft werden. Wofern aber die Obrigkeit es hieran feh-

ler

3. Er. len lasse, und die Sache und Verwärtung vor  
1570 torisch und strafbar wäre; so wolle der Kayser,  
als die höchste Obrigkeit, von Amts wegen, oder  
wenn sonst die Klage an ihn gelangte, Einsuchen  
haben, und gegen den Verbrecher, zufolge der  
Bestallung und Reuterrechtes, verfahren.

Weil auch 5) zu Verhütung allerhand Ver-  
kleinerung und Nachtheils, nöthig wäre, eine  
gute Verordnung zu machen, daß die Fahnen  
mit wohlgeübten und erfahrenen Knechten,  
auch tauglichen Rüstungen und Wehren, be-  
sonders aber mit guten Schützen, woran ich um  
so mehr gelegen, weil die fremden Nationen sich  
darin wohl üben, gut bestellt würden; so sollten  
unter jedem Fähnlein 400. Personen seyn und  
unterhalten werden, und denselben 100. wohl-  
gerüstete Knechte mit langen Spiessen, und ein  
jeder derselben mit einem kurzen Feuerrohr, zu-  
gegeben werden. Unter solchen 100. gerüsteten  
Knechten solle die Hälfte, die nemlich über 8.  
Gulden Sold haben, volle Rüstungen, mit  
ganzen Armschienen oder Panzerarmeln tragen;  
mehr fünfzig mit Schlachtschwerdtern oder an-  
dern tauglichen kurzen Wehren, als Zellepara-  
ten, von den ältesten und erfahrenen Kriegseleu-  
ten, die auch ihre gute Rüstungen haben, und zu  
Bedeckung der Fahne, auch wo es sonst nöthig,  
gebraucht werden, deren jeder, neben seinem kur-  
zen Wehr, eine kurze feuerschlagende Büchse  
am Gürtel bey sich haben und tragen solle. Die  
übereinzige 50. Personen aber sollen mit bloßen  
Knechten und langen Spiessen besetzt, und un-  
terhalten werden, welches also hinfaro den Ober-  
sten und Haupteuten, in ihren Bestallungen  
und Bewerbungen, eingebunden werden solle.  
Die übrigen 200. Knechte aber sollen 6) Nachschützen,  
schützen,



Schützen, und mit guten Sturmhüten, Rappir 3. Ehren, ingleichen mit guten Püschrohren, Feuer: 1570  
oder Schwammischlossen staffirt seyn. Sie sollen  
auch monatlich geübt, und ihnen eingebunden  
werden, am Backen anzuschlagen und abzus-  
schießen. Welcher dann mit seinem Schiessert  
nicht bestünde; dem solle, zur Strafe, der Hack  
niedergelegt, und ein bloßer Spieß gegeben wer-  
den. Hingegen solle man einen aus den gemeinen  
Knechten, der dazu tauglich, an dessen Statt  
nehmen, damit sie dadurch zu gutem Schiessen  
und zur Freudigkeit, auch daß sich einer vor  
dem andern sehen lasse, gereizet werden. In-  
gleichen sollen 7) hinfüro unter jedem Fähnlein  
auch zehen Schützen mit Doppelhacken unter-  
halten werden, weil die fremden Nationen anfiens-  
gen, sich auch der Doppelhacken unter den  
Schützen zu gebrauchen. Von den gedachten  
Schützen sollen 100. mit 5. Gulden, 50. mit  
sechs, 40. mit 7. und 8. Gulden, und die  
übrigen zehen, die Doppelhacken tragen, mit  
10. Gulden monatlich unterhalten, auch die  
Vorthelle, nach eines jeden Erfahrung, Taug-  
lichkeit und Verdienst, ohne Gunst, durch die  
Commissarien ausgetheilet, und deswegen beson-  
dere Erkundigung gehalten werden. Endlich sol-  
len auch 9) unter jeder Fahne Knechte, wenigs-  
stens acht oder zehen von Adel, oder andere ver-  
suchte und erfahrene Kriegsleute, mit etwas  
mehr Besoldung, unterhalten werden, die mit  
ihren Kleppern, die sie sich selbst unterhalten sollen,  
gefaßt wären, auf ihren Obristen oder Haupt-  
mann zu warten, und besonders sich zu Führung  
der Schützen gebrauchen zu lassen 6).

h) S. die Reuterbestallung x., in Lünigs R. A.,  
T. I. P. I. n. 15. p. 393 - 412. und in der A.  
Samml. der R. A., P. III. n. 19. p. 321 - 341.  
V. R. 5. 8. Th. 9.

3. Oct. In dem R. A. ist zwar nichts von Reli-  
 1570 gionsfachen enthalten; indessen ist doch davon ein  
 und anderes auf dem R. Tage vorgekommen. Nach-  
 dem P. Pius der IV. Nachricht von dem zu Speyer  
 zu haltendem Reichstage erhalten hatte; so erließ  
 11. Jun. er an den damaligen Churfürsten Johannes den  
 VII. von Trier ein Breve, worin er anfangs dessen  
 Eifer für die catholische Religion rühmte, und  
 hernach ihn ermahnte, nach allem Vermögen sich zu  
 bemühen, daß auf dieser Reichsversammlung  
 nichts von Religionsfachen gehandelt würde.  
 Sollte er nun aber solches nicht hintertreiben kön-  
 nen; so möchte er sich wenigstens dahin bemühen,  
 daß nichts beschlossen würde, was den Zustand  
 der catholischen Religion in Teutschland noch  
 mehr verschlimmern, und dem päpstlichen An-  
 sehen noch größern Nachtheil bringen könnte, wes-  
 halb sein am Kayserlichen Hofe befindlicher Lunc-  
 cius, Melchior Bilius, sich noch weiter mit dem  
 Churfürsten besprechen würde <sup>1)</sup>. Vermuthlich  
 hat der Pabst noch mehrere dergleichen Breven  
 auch an andere geistliche R. Fürsten abgehen las-  
 sen. Auf dem Speyerischen Reichstage sollen  
 nun unter andern die Evangelischen abermals auf  
 die Abstellung des geistlichen Vorbehalts <sup>2)</sup>  
 gedrungen <sup>3)</sup>, und die Stände der reformirten  
 Religion wiederum um ihre Einschließung in  
 den Religionsfrieden <sup>4)</sup> angefocht haben, welches  
 sie aber um so viel weniger hätten erlangen können,  
 weil ihnen die evangelisch-lutherischen Stände  
 selbst zuwider gewesen wären <sup>5)</sup>. Ob ich nun gleich  
 die

1) Lünigs R. A., T. XX. p. 120. n. 50.

2) E. im VI. Bande der N. E. R. G., S. 161. ff.

3) J. J. Mosers Teutsches Staatsrecht, P. XII. L.  
 III. c. 55. §. 33. p. 208.

4) E. im VI. Bande der N. E. R. G., S. 187. ff.

5) Joh. Jac. Schmaussens kurzer Begriff der R. G.  
 storie, Per. LX. p. m. 579.

diese beide Nachrichten an seinen Ort gestellt seyn<sup>3</sup>. Er lasse; so ist doch so viel richtig, daß die Räte und 1570 Gesandten der evangelischen Churfürsten, Fürsten und Stände, auf unserm Reichstage zu Speyer, dem Kayser eine schriftliche Anzeige wegen etlicher gemeinen und besondern Beschwerden, die insgesamt auf die Unterdrückung der evangelischen Religion gerichtet wären, übergeben haben, worauf aber damals weder eine Antwort, noch weniger die gebetene Abstellung der geklagten Beschwerden erfolgt ist<sup>m</sup>).

Zugleich erhellet aus dem schon mehrmals angeführtem Tagebuch des Graf Ludewigs von Wiergenstein, daß bey dem R. Hofrathe, während dem Reichstage, verschiedene Religionsbeschwerden sowohl von den Evangelischen, als Catholischen angebracht worden. So führt er z. E. an, daß die R. Stadt Wimpfen, welche im J. 1566. vom Kayser die Bewilligung ausgebracht hätte, die A. C. annehmen zu dürfen<sup>n</sup>), bey dem R. Hofrathe die Beschwerde angebracht<sup>19</sup> Oct. habe, daß das Stift Worms ihr die Pfarrkirche nicht gönnen wolle, sondern eine Absonderung begehre, und daß auch dasselbe dem evangelischen Prediger keine Competenz geben wolle. Nun wäre zwar zwischen ihnen einigemal, durch Commissarien, gehandelt worden, aber vergeblich; deswegen nummehr der Kayser die Parteyen entscheiden, oder sie an das R. G. weisen solle, worüber aber ungleiche Stimmen ausgefallen wären. Es hätten auch hierauf die protestirenden Stände bey<sup>1</sup> Nov. dem Kayser für die Städte Speyer, Worms,

Y 2

Wuns

m) Christof Lehmanns Acta publ. de Pace relig., L. II. c. 18. p. m. 132. edit. noviss. in Folio.

n) S. im VI. Bande der H. L. R. G., S. 161. in der Note<sup>o</sup>).

3. Chr. Wimpfen und Eysenna, (Jhry,) intercedirt, 1570. daß ihnen Kirchen, mit Unterhaltung ihrer Prädicanten, zugeordnet und gelassen würden, welches, man aber an den Kayser verwiesen, weil die Sache nicht allzu günstig wäre <sup>n)</sup>. Ingleichen habe die 13 Nov. Stadt Nürnberg gegen den Bischof von Bamberg geklagt, daß sie mit der geistlichen Jurisdiction von demselben beschweret würde; woben Graf Ludewig die Anmerkung macht, daß es unbillig sey, Profansachen und Personen an geistliche Gerichte zu ziehen, die hernach durch Appellation nach Rom gelangten, und also dem Reiche entzogen würden <sup>o)</sup>. Ferner habe der 28 c.m. Herzog von Württemberg angebracht, daß, nachdem das in seinem Lande gelegene Kloster S. Georg auf dem Schwarzwalde reformirt worden, der vorige Abt zu dem Erzß. Ferdinand von Oesterreich entwichen sey, unter welchem ein Theil seiner Güter gelegen wäre, von denen nunmehr der Erzherzog die Einkünfte dem Kloster nicht wollte folgen lassen. Nun wäre zwar solcher Streit zu einem Compromiß ausgestellt worden, er wolle aber doch, *salvo Processu*, um eine Commission zur Güte bitten; worauf man dann beschlossen habe, an den Erzherzog zu schreiben, und von ihm zu vernehmen: ob er die gebetene Commission zur Güte sich wolle gefallen lassen <sup>p)</sup>.

Hauptsächlich aber machte die von Graf Albrechts von Henneberg = Aschau hinterlassene Wittwe, der Gräfin Catharina von Stolberg, angebrachte Klage wegen Münnersstadt viele Bewegung.

n) Sendenberg. Sammlung x., P. II. p. 33. & 55.

o) Ebendieselbe, P. II. p. 63.

p) Sendenberg. Sammlung, P. II. p. 74. Cf. Sattler, l. c., P. IV. Sect. V. §. 134. & 138. P. 226 - 228. & 232. sq.

wegung. Dieses Städtgen gehörte zur Helfte I. Theil dem Bischof von Würzburg, und zur andern Helfte den beiden Brüdern und Grafen von Henneberg, Aschau, Bertholden und Albrechten, von denen jener seinen an Münnerstadt habenden vierten Theil an die Grafen von Mansfeld, und diese hernach an den B. Friedrich von Würzburg veräußert haben, daß also dieser nunmehr drey Viertel an Münnerstadt hatte. Allein diesem, von seinem Bruder geschehenem Verkaufe hatte Graf Albrecht von Henneberg, Aschau beständig, obgleich vergeblich, widersprochen, und da er der Letzte seiner Linie war, vermachte er in seinem, von dem K. G. *pro publico et authentico* erkanntem Testamente seinen Antheil und übrige Rechte an Münnerstadt seiner Gemahlin, der obgedachten Gräfin Catharina von Stolberg, und ihren Brüdern, welche sich auch daselbst in Gemeinschaft huldigen ließen, und mit dem Bischof von Würzburg in einem geschwornem Burgfrieden saßen. Nun war in diesem Städtgen, wohl 20. Jahre vor dem aufgerichteten Religionsfrieden zu Augspurg, die evangelische Religion eingeführt, gelehret und geprediget worden. Als aber der evangelische Pfarrer, Franz Satz, im J. 1569., starb, und inzwischen der T. O. Commenthur zu Münnerstadt, dem eigentlich die Collatur der dasigen Pfarre zustund, sein Patronatrecht an den Bischof von Würzburg verkauft hatte; so setzte dieser einen catholischen Pfarrer zu Münnerstadt ein, und suchte, die evangelische Religion an diesem Orte, durch die dahin geschickte Mönche, Jesuiten und andere, gänzlich zu vertilgen.

Die Gräfin Catharina wandte sich also, auf dem damaligen Reichstage zu Speyer, mit einem

3. **Ev. Memorial**, an die evangelische Churfürsten, Fürsten und Stände, und stellte unter andern vor, daß, vermöge des Religionsfriedens, die unter den Bischöfen gefessene von Adel und Städte, welche vor aufgerichtetem Religionsfrieden die A. C. Religion gehabt, dabey gelassen werden sollen. Sie führte sodann die vorerzählte Beschwerde umständlich an, und bemerkte, daß der Bischof, da er mit ihr und ihren Brüdern in einem geschwornen Burgfrieden sitze, für sich allein und ohne sie keine Neuerung habe vornehmen können, es ihnen auch insonderheit höchst beschwerlich sey, daß, wenn sie sich in ihrem Hofe zu Münsterstadt aufspielten, sie an ihrem eigenen Orte ihrer A. C. Religionsübung beraubt seyn, und ein gleiches ihre arme Unterthanen müssen müssen. Sie wollte also ihre evangelische Mitstände bitten, sich ihrer, als einer verlassenen Witwe, anzunehmen, damit sie, nebst dem Rache und ihren Unterthanen zu Münsterstadt, bey ihrer hergebrachten Religionsübung der A. C. ferner gelassen, und durch die Würzburgische geistliche Gerichtsbarkeit an der A. C. Lehren, Ritusengebräuchen und Ceremonien nicht gehindert werden möchte. Zugleich übergab die mehrgedachte verwitwete Gräfin Catharina von Henneberg-Alschau dem Kayser eine Supplicat, worin sie die vorerwähnten Beschwerden gleichfalls ausführte, und um deren Abhelfung bat, die Evangelischen Stände aber legten für sie eine Fürbitte ein, und bezogen sich auf R. Ferdinands Declaration des Passauischen Vertrages, daß nämlich auch die, welche unter Geistlichen gefessen, und der A. C. bereits anhängig wären, dabey gelassen werden sollten. Die Sache kam nachher 1570 an den R. Hofrath, in welchem ein Mandatum

can clausula gegen Würzburg erkannt wurde. Es 1570  
erging auch solches nach geendigtem Reichstage, 27 Dec.  
wodurch die Supplicir der Gräfin Catharina dem  
Würzburgischen Kanzler zugestellt werden soll-  
te, mit der Anzeige, nach seiner Anheinfunft es  
bey seinem Herrn, dem Bischof von Würzburg,  
zu befördern, damit, wenn die Sache angebracht  
massen beschaffen, dem Detret der Stände gehor-  
samst nachgelebet, oder dem Kayser gegründeter Bes-  
richt und Ursachen, warum dasselbe nicht gesche-  
hen, überschickt würde 9). Wie wenig aber dieses  
alles gefruchtet, und daß diese Religionsbes-  
chwerde noch ferner fortgedauert habe, werden  
wir zu seiner Zeit vernehmen.

Endlich meldete sich auch bey dem R. Hofrath 27 Dec.  
der Bischof von Speyer wider den Pfalz-  
grafen von Zweybrücken wegen des Klosters  
Hornbach, und bat nachmals um ein Mandat 9 Dec.  
wegen dessen Restitution, oder, im Falle der Ver-  
weigerung des Gegentheils, um Anstellung ei-  
nes schleunigen Processus. Dagegen stellte aber  
der Pfalzgraf von Zweybrücken vor, daß das  
Kloster Hornbach in seinem Fürstenthume ge-  
legen, und er dessen Schutz, und Kasten, Vogt  
sey, es auch zu besserem Gebrauche, nemlich zur  
Schule, angerichtet habe, und daher bitten wollte,  
ihn bey ordentlichem Rechte zu lassen 1). Ue-  
brigens hat auch noch der Graf Ludewig von  
Witgenstein, in Ansehung der Religionsfachen,  
in seinem Tagebuche beiläufig bemerkt, daß, wie  
er einst bey dem Bischof von Straßburg des 7 Dec.  
Abends gespeiset, derselbe, nach aufgehobener Tafel,

2) 4

mit

9) Lehmann, l. c., T. I. L. II. c. 30. Lit. C. und in  
deren Anlagen sub A. & B., p. 150. sq. und Sen-  
ckenberg. Sammlung x., P. II. p. 75.

1) Eadem, P. II. p. 8. & 100.

S. Chr. mit ihm besonders von den Religionsangelegenheiten gesprochen, und das Unternehmen des Churfürst Friedrichs von Sachsen, wie auch die im J. 1530. übergebene A. C. gelobt, aber hinzugefügt habe, daß man iso weniger Hoffnung zu einer allgemeinen Reformation und Vereinigung hätte, wegen der verschiedenen Meinungen der Evangelischen, und der dadurch gegebenen Aersgetnisse <sup>6)</sup>. Ingleichen führt er auch an, daß, wie s Nov. er bey dem von Constein, mit noch ein Paar andern Freunden, zu Tische gewesen, sie unter der Mahlzeit mit einander Rath gepflogen hätten, wie man den Bischof von Greifungen, nemlich den Bayerischen Prinzen, H. Ernst, des damaligen H. Albrechts des V von Bayern Sohn, verhindern könnte, daß er nicht zu einer Churwürde (nemlich, wie das folgende zeigt, der Cölnischen,) gelangen möchte. Und da hätte der von Constein gerathen, daß man den ErzB. von Bremen erinnern müßte, diese Sache, mit dem Churfürsten von Sachsen, bey dem Doms Capitel zu treiben. Als nun er, der Graf Ludewig, 12 Dec. von dem Landgrafen Wilhelm von Hessen seinen Abschied genommen, hätte er mit ihm, wegen des Erzstiftes Cöln, wehläufigt geredet, um zu verhindern, daß der Bayerische Prinz dazu gelange, und ihm den ErzB. von Bremen vorgeschlagen. Aber der Landgraf habe vermeint, daß, weil dieser schon ein Erzbischof und noch dazu der Religion halber verdächtig wäre, es schwerlich zu erhalten seyn möchte; ausserdem wäre es auch sehr schwer, so wichtige Sachen nach Willkühr einzurichten, ausser mit vereinigten Kräften <sup>7)</sup>.

Benläufig muß ich bey dieser Materie von Religionsfachen auch noch anführen, daß dem Kayser

6) Senckenberg. Sammlung x., P. II. p. 19. sq.

7) Eadem, P. II. p. 51. & 102.



ser Maximilian, auf dem damaligen Reichstage, 1570. durch glaubwürdige Schriften, hinterbracht worden, es wären etliche Prediger in den churpfälzischen Rheinlanden, welche die heilige Dreyfaltigkeit und die Gottheit Christi, mit den Arrianern und Türken, verläugneten, dem Alkoran beipflichteten, und sich, auf dem izzigen Reichstage, mit dem Türkischen Gesandten in Kundtschaft und Handlung eingelassen, auch deshalb Briefe nach Constantinopel geschrieben hätten. Der Kayser sprach also deswegen mit dem Churfürsten Friedrich von der Pfalz, und legte ihm zu seiner Ueberzeugung die erhaltene Briefe vor, worauf der Churfürst den Prediger zu Ladenburg, Johannes Sylvanus, gefangen nehmen, und in den Schloßthurn zu Heidelberg setzen ließ, in dessen Bibliothek man ein lästerliches, von ihm eigenhändig geschriebenes, Buch wider die heilige Dreyfaltigkeit und die Gottheit Christi, nebst andern verdächtigen Schreiben fand. Aus eben der Ursache wollte der Churfürst auch den Pfarrer zu Heidelberg, Adam Meusern, in Verhaft nehmen lassen, der aber noch zettig gewarnt wurde, und durch eine eilige Flucht der Gefangenschaft entging. Seine Ehegattin hatte zwar, auf seinen Befehl, etliche Briefe ins Feuer geworfen, doch wurden noch viele unchristliche Schreiben unter seinen Büchern gefunden, und daher sein Sohn, nebst etlichen andern verdächtigen Personen, in Verwahrung genommen, auch dem entflohenen Meuser, auf Kayserlichen und Churfürstlichen Befehl, so lange nachgetrachtet, bis er endlich zu Amberg in der obern Pfalz ergriffen, und nach Heidelberg ins Gefängniß auf das Schloß geliefert wurde. Er entwichte aber von da nach einiger Zeit, durchstrelfte die Schweiz, Frankreich,

3 5 . . . . . reich,

3. Ur. obgleich der vorbesagte Graf Johannes davon befreiet worden, so gebe er doch Ursache, daß anderte sich dawider gesetzt haben, da er doch selbst vergleichen aufgerichtet hätte, worauf dann die Sache an die Stände wieder wäre verwiesen worden.

Ferner wurde auf diesem Städtetag befehlet, bey dem Kayser um die Abstellung der geschenkten Handwerker zu suppliciren, damit die aufgerichtete R. Constitutionen und Abschiede disfalls vollzogen und eine durchgehende Gleichheit gehalten werden möchte, welches dann auch geschehen, und deshalb, obgedachter massen \*), in dem R. A. das nöthige versehen worden. Zu Abbezahlung verschiedener Schulden wurde eine neue Contribution, wie ehemals auf dem Städtetag zu Augspurg †) angelegt, und verabschiedet, solche, bey Strafe einer doppelten Bezahlung, auf die bestimmte Zeit zu entrichten. Endlich wurde auch noch verabredet, einen gemeinen Städtetag auf Matthäi 1571. auszuschreiben, um sich auf demselben, wegen der Visitation des R. G., und der deshalb aufgewandten Kosten, ingleichen der Contribution und Restanten halber, und was sich der Kayser, auf die geschehene Supplication wegen der neuen Zölle und Mauten, auch geschenkten Handwerker entschlossen, mit einander zu vernehmen. Ausserdem wurde dem damaligen Städtetags Abschied noch angehängt, welcher gestalt die Städte Besançon, Verdün und Cambray, als angehörliche dem Reiche unmittelbar unterworfenen Städte um Sitz und Stimme im Reichsstädtischen Collegium angesucht hätten, und was ihnen darauf zur Antwort gegeben worden. Ingleichen

\*) S. in diesem VIII. Bande der 17. T. R. G., S. 304.

†) S. im VI. Bande der 17. T. R. G., S. 397. f.

den was für Neuerungen der Maynzische g. Er. Kanzler sich unterfangen hätte, und was sonst für 1570 Beschwerden, in Ansehung der Religion, Justiz und Münze gegen die Städte, auf dem damaligen Reichstage, vorgenommen worden <sup>v)</sup>).

Zwischen den Gesandten der Herzoge von Holstein und der Stadt Hamburg wurde auf dem itigen Reichstage zu Speyer der alte Streit, wegen der von jenen prätendirten Oberherrschaft über die Stadt und des *iuris Exemptionis* <sup>w)</sup> wieder rege gemacht, und mit vieler Hefigkeit geführt, wovon wir hier die nähere Veranlassung melden wollen. Unter Kayser Carln dem V. erhob der Kayserliche (1544) Fiscal einen Proceß gegen die Stadt Hamburg, um sie, als eine Reichsstadt, dahin anzuhaken, daß sie die Anlagen, Steuern und andere Beschwerden des Reichs mit übernehmen sollte. Die Stadt Hamburg wandte sich damals an K<sup>önig</sup> (1545) Christian den III. von Dänemark und seine Brüder, die Herzoge Johann und Adolf von Holstein, und bat sie um Rath und Schutz im Wege Rechts, welche auch eine ansehnliche Gesandtschaft auf den zu Augspurg gehaltenen (1548) Reichstag schickten, und sich damals so wohl, als auch hernach auf dem Regenspurgischen Reichs- (1557) tage in die Sache mischten. Sie erlangten auch vom R. Carln dem V. und dem Kayser Ferdinand dem I., daß diese dem Fiscal befahlen, er sollte die Proceße gegen die Stadt Hamburg und das Stift Schleßwig wegen der R. Anlagen eine Zeitlang einstellen, zuerst die Hauptsache vor die

v) S. das schon mehrmal angezogene Manuscript in meiner Bibliothek, Sect. II. fol. 46. a. — 47. a. und die Senckenberg. Sammlung u., P. II. p. 57. & 73.

w) S. im VI. Bande der H. E. R. G., S. 350.

3. Er. die Hand nehmen und ausführen, auch, mit Voeß  
 1570 ladung der Herzoge von Holstein, bey dem R.  
 G. ansuchen, darauf zu erkennen: ob die Stadt  
 Hamburg und das Stift Schleswig dem Reiche,  
 oder den Herzogen von Holstein ohne Mittel  
 unterworfen sey. Wäre nun der Proceß ganz  
 zu Ende geführt; so solle das R. G. die verhan-  
 delten Acten dem Kayser zuschicken, um im  
 Reichsrathe darüber zu erkennen, und die Sache  
 zu entscheiden. Wenn sich hernach befände, daß  
 die Stadt Hamburg, als ein Glied des Herzogs-  
 thums Holstein, den Herzogen zu Holstein un-  
 terworfen wäre; so sollte er sie von allen Ansprü-  
 chen wegen der Reichsanlagen frey lassen. Wi-  
 drigenfalls aber und wenn sie unter die Reichs-  
 stände gehörte; so sollte sie zu Erlegung der R.  
 Steuern angehalten werden. Auf solche Art ge-  
 (1549) langte also die Sache wegen Unmittelbarkeit der  
 Stadt Hamburg und ihrer Exemption zuerst an  
 das Kayserliche Kammergericht.

1570 Auf dem izigen Reichstage zu Speyer be-  
 schwerten sich nun die Herzoge von Holstein gar  
 sehr über die Halsstarrigkeit und den Ungehorsam  
 ihrer erbunterthänigen Stadt Hamburg,  
 und suchten an, daß die in dieser Sache ergangenen  
 Acten, nemlich die Exemption und Freiheit der  
 Hamburger und des Stifts Schleswig \*) be-  
 kan-

\*) Aus den mir von dem Herrn R. G. Assessor, Baron  
 von Harpprecht, geneigtest mitgetheilten geschriebenen  
 Nachrichten kann ich hier bemerken, daß wirklich  
 ein Kayserliches Rescript an das R. G. er-  
 gangen sey, die Exemption-Acten des Kayserlichen  
 Fiskals contra das Stift Schleswig, der ehemali-  
 gen Kayserlichen und R. G. gemäß, auf den damali-  
 gen Reichstag zu Speyer einzuschicken, um zu er-  
 kennen, ob das Stift Schleswig dem Reiche un-  
 mittelbar unterworfen sey.

langenb, vermöge der, von den Kaysern Carln 3. Er.  
dem V. und Ferdinand dem I., ergangenen Rescripte und Befehle, von dem R. C. eingeschickt,  
und den R. Ständen übergeben werden sollten, um  
darin zu erkennen und zu entscheiden. Allein die  
Gesandten der Stadt Hamburg stellten dem  
Reicherathe schriftlich vor, daß sie das Anbrin-  
gen des Anwolds der Herzoge von Holstein,  
als wären die Hamburger jemals den H. v. von  
Holstein unterthänig gewesen, oder es noch seyen,  
durch ihr Stillschweigen nicht gutheissen könnten;  
vielmehr könnten sie mit gutem Grunde und Wahr-  
heit darthun, daß diese Dinge von dem D. Kamma-  
ger, aus Unwissenheit oder Mangel einer rich-  
tigen Instruction, ohne einigen Grund der  
Wahrheit, wären vorgebracht worden, und nie-  
mals würden können rechtlich erwiesen werden.  
Dagegen wandte der Holsteinische Anwald ein,  
es wäre unläugbar, daß die Stadt Hamburg,  
einige hundert Jahre lang, dem Hause Holstein  
sen unterthänig gewesen, und von demselben seine  
Freysheiten und vornehmsten Privilegien erhalten  
habe. Ja als die Hamburger, unter Kayser  
Carln dem IV., mitten in der Stadt, einen Ro-  
land aufgerichtet, und, nach dem Beyspiel der  
Lübecker, von aller Unterthänigkeit gegen die  
damaligen Grafen von Holstein gänzlich hätten  
fren seyn wollen; so hätten diese die Sache an den-  
damals zu Lübeck befindlichen Kayser Carln den  
IV. gelangen lassen, der, nach genauer Erfundigung,  
durch ein aus Tangermünde erlassenes Rescript,  
den Hamburgern befohlen hätte, hinfüro allen  
Gehorsam und Unterthänigkeit den Grafen  
von Holstein zu erzeigen. Sie hätten auch den  
Roland wieder wegschaffen müssen, wovon das  
Andenken und den Namen noch bis auf diesen  
Tag

3. Er Tag die sogenannte Rolandsbrücke zu Hamburg  
1570 erhalten hätte.

Außer diesen Urkunden von K. Carl dem IV. hat der Holsteinische Anwald noch andere Beweisgründe angezogen, daß Hamburg den H. von Holstein mit Unterthänigkeit verpflichtet sey. Als z. E. die Erbhuldigung, welche die Stadt dem K. Christian dem I. von Dänemark, als H. von Holstein, ingleichen den Brüdern und H. Johann und Friedrich, wie auch K. Christian dem III. geleistet, welche ihnen dagegen ihre Privilegien bestätigt hätten; ferner das Nesselblatt, als das Holsteinische Wappen, welches die Hamburger in ihr. m. Stadtwappen, am Rathhause, an den Thoren, auf dem Rathes- und gemeinen Stadtsiegel, und auch auf ihren Münzen führten. Hiernächst hätten die Hamburger damals, als sie vor das K. G. vorgeladen worden, dessen Gerichtsbarkeit über sich aus dem Grunde abzuwenden gesucht, weil sie unmittelbar unter die Bothmässigkeit der H. von Holstein gehörten. Wenn ihnen auch von den Kaysern wäre auferlegt worden, etwas zu den K. Anlagen mit beyzutragen; so hätten sie beständig eben diesen Behelf vorgeschützt. Sie wären auch, noch bey Menschen Gedenken, auf den Holsteinischen Landtagen, als ein Mitglied des Herzogthums erschienen, wie sie dann zu solchem Gebrauche zu Segeberg ein eigenes Haus gehabt (1554) hätten. Und als sie, noch vor wenig Jahren, von dem Herzog von Braunschweig mit einem Kriegsheere waren überzogen und bekriegeret worden; so hätten sie die H. von Holstein um Hülfe angerufen, durch welche auch der Handel wäre vertragen worden. Endlich hätten sie sich auch auf die Herzoge von Holstein berufen, als sie von dem Kays-

Kayserlichen Fiscal zum Beytrage zu den R. 3. Civ. Anlagen wären angemahnet und angehalten 1570 worden.

Nach vielen von beiden Theilen, auf dem Reichstage, übergebenen Supplicationen und andern Schriften, widerriethen die Stände, die Acten von dem R. G. abzufordern, und wurde dagegen vom Reichsrathe folgender Abschied gegeben: „Weil in der Hamburger Sache, „ihre Exemption und Freyheit belangend, noch zu „keinem endlichen Schlusse geschritten, in der „Schleswigischen Sache aber die Conclusion „rescindirt und aufgehoben worden, und die Bes „klagten, in schwebender Rechtfertigung, nicht „können gezwungen werden, daß sie, wider ih „ren Willen, von ihrer Action abträten oder „ablieffen; so müßten beide Sachen in ihrem „vorigen Wesen und Stande bleiben, und sollte „das R. G., auf Anhalten der Parteyen, darin „ferner verfahren, und endlich was Recht ist, er „kennen und aussprechen;“ worauf dann die Stadt Hamburg gebeten, daß der Kayser ihr darüber einen brieflichen Schein geben möchte f).

Daß der Kayser seinen R. Hofrath mit sich auf den Reichstag nach Speyer genommen habe, ist schon einigemal bemerkt worden: Um nun denselben, während der R. Versammlung, desto ansehnlicher zu besetzen, ließ der Kayser an verschiedene Grafen und Herren Rescripte ergehen, daß

f) Sendenberg. Sammlung x., P. II. p. 86. coll. p. 54. Chytraeus, l. c., L. XXII. p. 598. sq. Thuanus l. c., T. II. L. XLVII. p. m. 637. Lundorpius, l. c., T. II. L. X. p. m. 43-45. und Io. Stravachii Diss. Iur. publ.; (Francof. & Lips. 1680. 4.) Diss. I. §. 20. p. 26-28.

3. Ebr. daß sie sich auf dem Reichstage einfanden, und dem  
 1570 Hofrath mit beywohnen sollten. Nach den mir  
 von dem preißwürdigen Hrn. R. G. Assessor,  
 Baron von Harpprecht geneigtest erteilten schrifts-  
 lichen Nachrichten ergingen dergleichen Res-  
 kripte an die Grafen Carln den ältern von Zols-  
 lern, Ludewigen zu Stolberg, Philippen zu  
 Hanau, Ulrichen von Montfort, Ludewigen  
 von Wirgenstein, und Joachimen zu Fürsten-  
 berg, ingleichen an den Erbtruchsess Friedrich  
 zu Waldburg, Georg Ludewigen von Seins-  
 heim, Friedrichen von Flörsheim, Franz Cons-  
 raden von Sickingen, Hansen von Reckberg  
 zu Nicha, und Stachiusen von Lichtenstein.  
 Von diesen führte nun der Graf Ludewig von  
 Wirgenstein, der zugleich churpfälzischer Groß-  
 Hofmeister und Staatsminister, auch ein in  
 Staatsfachen sehr erfahrener Herr war, von sei-  
 20 Ept. ner zu Speyer erfolgten Ankunft an, das schon öf-  
 ters gerühmte Tagebuch, aus welchem zu ersehen,  
 wie viele, theils wichtige Sachen damals bey dem  
 R. Hofrath angebracht worden, daher ich aus  
 demselben einige mir merkwürdig scheinende Materien  
 auszeichnen will. Landgraf Philipps von Hessen  
 Söhne von seiner zweiten Gemahlin, der Mar-  
 gareta von der Sahla, die sogenannten Grafen  
 von Dietz, hatten durch das väterliche Testa-  
 ment verschiedene Güter und Einkünfte zu ihrem  
 Unterhalte angewiesen bekommen 9). Es entstan-  
 den aber bald, nach des alten Landgrafen Tode,  
 allerhand Zwistigkeiten zwischen seinen Söhnen  
 erster Ehe, den Landgrafen, und ihren Halb-  
 brüdern, den Grafen von Dietz, welche Letzte-  
 re, wie es scheint, mit dem guten Willen ihrer  
 Stief-

9) S. im VII. Bande der 17. T. R. G., S. 407. f.  
 410. 415. f. und 421/427.



Seiefbrüder, der Landgrafen, sich nicht gänzl. Chr.  
lich begnügen wollen. Darüber wurde Graf 1570  
Christof Ernst von Dietz in Verwahrung ge-  
nommen, und von Ulrichstein nach Ziegenhain, m. Apr.  
zu ewiger Gefangenschaft, gebracht, wo er auch  
bis in das 34ste Jahr gefessen, und erst im Octo-  
ber 1603. gestorben ist. Dieser kam nun bey  
dem R. Hofrath ein, und bat um die Restitu- 23 Ept.  
tion eines Lehens, welches weiland Landgraf Phis-  
lipp der ältere seines, des Gefangenen, Bruders  
natürlichem Sohne zu Lehen gereicht hätte,  
dessen Erbe er wäre; worauf ihm auch eine Vor-  
schrift an die Fürsten gegeben worden i). Inglei-  
chen bat der Graf von Nassau & Saarbrücken a. e.  
um die Aufhebung eines wider ihn bey dem R.  
G. erschlichenen Mandats, der aber zum or-  
dentlichen Wege der Revision gewiesen wurde a).  
Und der Anwalt des Marggrafens von Sinal a. e.  
brachte die noch immer rechtsabhängige Streitsache  
zwischen ihm und seinen Unterthanen an b).

Einige Städte an der Elbe waren mit den  
Herzogen von Braunschweig & Lüneburg we-  
gen der Schiffahrt streitig, worauf im R. Hof- 25 e. m.  
rath beschlossen wurde, daß sie ferner sollten ges-  
hört werden. Es kommt hernach nochmals was 23 Oct.  
davon vor, nemlich, daß die Städte Magdeburg  
und Hamburg ein Privilegium wegen der freyen  
Schiffahrt auf der Elbe ausgebracht hätten, wel-  
che aber die Herzoge von Braunschweig und  
Lüneburg, wie auch die Städte Lübeck und

3 2

Verz

i) Sendenberg. Sammlung 1c., P. II. im Vorber-  
richte, §. 4. & p. 5. Cf. Marburg. Beiträge  
zur Gelehrsamkeit, 5. Stück, p. 177.

a) Sendenberg. Sammlung 1c., P. II. p. 5.

b) Eadem, P. & pag. iisdem. Cf. N. T. R. G., im  
VII. Bande, p. 447.

9. Mr. Werden gerne wollten verhindert haben, in welcher Sache dann bis zum Schlusse von beiden Theilen wäre libellirt worden. Auch hätte der

23. Dec. ErzB. von Bremen eine Commission wider Hamburg, wegen der Schiffahrt ausgebracht; weil aber die Sachen rechtshängig seyn sollten, hätte Hamburg gebeten, die Commission wieder aufzuheben. Ingleichen hätte der Churfürst von Sachsen zu Prag ein Mandat ausgebracht wider das Erzstift und die Stadt Magdeburg, wie auch der Fürst von Anhalt, wegen des von Magdeburg erhöhten Zolles auf der Elbe;

d. e. allein Magdeburg habe dagegen eingewandt, daß es den Zoll von Alters also gehabt, welchen zwar, wie die Stadt in der Acht gewesen, Churbrandenburg erhalten, der aber hernach, durch einen Vertrag, wieder restituirt worden <sup>c)</sup>. Merkwürdig ist der Umstand, da die an das Hochstift Speyer verpfändete Reichsbauern zu Obern-

27. Oct. heim bey dem R. Hofrath angesucht haben, sich selbst lösen zu dürfen, und sich wieder an das Reich zu bringen, welches ihnen aber abgeschlagen wurde, weil der Kayser schon bewilliget hatte, daß diese R. Pfandschaft vor dem J. 1590. nicht sollte können abgelöst werden, woraus abzunehmen, daß damals die R. Pfandschaften vom Kayser nur auf gewisse Jahre bestätigt wor-

25. Oct. den <sup>d)</sup>. Hingegen baten die freyen R. Dörfer Gochsheim und Senfeld, welche hievor die R. Stadt Schweinfurt zu ihrem Schutzherrn erwähnt hatten, um einen andern Schutzherrn, weil gedachte Stadt sie unter sich ziehen wolle <sup>e)</sup>.

Der

c) Senckenberg. Sammlung II., P. II. p. 6. 40. & 41.

d) Eadem, P. II. im Vorberichte, §. 6. & p. 2.

e) Eadem, P. II. im Vorberichte, §. 9. & p. 43.

Die Stadt Schweinfurt trat nochmals im J. 1572.

Der damalige evangelische Abt zu Hersfeld bat um die Bestätigung eines Coadjutors mit dem Rechte der Nachfolge, es wurde aber beschloffen, deswegen erst Bericht von dem Churfürsten und ErzB. von Maynz, als dem Ordinarius, zu begehren, woraus abzunehmen, daß damals noch Chur-Maynz sein Diöcesanrecht über den evangelischen Abt zu Hersfeld müsse zugestanden haben. Eben dieser Abt suchte auch um die Kayserliche Bestätigung einer Stiftung von 40000. Gulden an, die er, aus seinem Petulium, zu Errichtung einer Schule zu Hersfeld, in welcher die freyen Künste gelehret werden sollten; gewidmet hätte, und wiederholte solches Ansuchen einige Wochen nachher, da 7 Nov. ihm dann die Ertheilung der gebetenen Bestätigung in *optima et plenissima forma* bewilliget und ausgefertigt wurde f). Daß ferner der Kayser von den in den Händen der Protestanten befindlichen geistlichen Gütern damals habe disponiren können, kann man aus dem Umstande erschen, da Graf Christof von Stolberg bey dem R. Hofrathe gebeten hat, ihm das im Erbstifte Magdeburg gelegene und von dem Erzbischof eingezogene

3 3

Rlos

die Schutzgerechtigkeit über diese zwey Reichsdörfer dem B. Friedrich von Würzburg ab, dessen Nachfolger, den B. Julius, Gochsheim und Sennfeld, durch den, im J. 1575. den 11. Jenner, mit ihm errichteten Vertrag, für ihren Schutzherren anerkannten. Cf. *Vera & genuina Facti Species* in Sachen Gochsheim und Sennfeld contra den B. Johann Philipp von Würzburg u.; (Beylar, 1746. fol.) §. 6 - 8. p. 4. sq. und in den Beylagen, n. 3. p. 41 - 44.

f) Sendenberg. Sammlung u., P. II. im Vorbericht, §. 6. & p. 13. & 53. und Lünigs R. A., T. IX. p. 798 - 800. n. 9.

3. Mr. Kloster Gottesgnade zu geben. Der R. Hofrath verwies aber die Sache an den Kayser, mit angehängtem Bedenken: ob solches *per Precas*, oder auf andere bequeme Wege, zu erhalten seyn möchte g).

6 Oct. Da hiernächst der Graf von Giesko sich, bey dem R. Hofrath, mit seiner Klage gegen die Respublick Genua und den Grafen von Landi u. meldete; so zog nachher der Kayser, auf Bitte seiner Tochter, der neu vermählten Königin von Frankreich, diese Sache an sich. Mit selbiger verhält es sich eigentlich folgender massen. Kayser Carl der V. hatte den Grafen von Giesko des Lasters der beleidigten Majestät schuldig erkannt, dessen Güter confiscirt, und sie an andere verlihen, welche Sentenz hernach Kayser Ferdinand bestätiget hat. In dem nachmaligen Friedensschlusse zwischen Frankreich und Spanien wurde der Graf von Giesko namentlich restituirt, doch so, daß ihm frey stehen sollte, seine schon vorher an andere verliene Güter, durch den Weg Rechts, sich wieder vindiciren zu können. Wobin gab sich nun der Graf von Giesko die Mühe, darzuthun, daß das wider ihn gefällte Kayserliche Urtheil nummehr ungültig sey. Allein der Graf von Wittenstein macht hiebei die richtige Anmerkung, daß die Sentenz des Kayfers, durch den zwischen den beiden vorbenannten Königen geschlossenen Frieden, nicht aufgehoben wurde, weil der Kayser nicht mit pacificirt hätte h).

Es

g) Sendenberg. Sammlung u., P. II. im Vorbericht, §. 6. & p. 13. Cf. Joh. Ge. Leudfelds Antiquit. Praemonstratenses — vom Kloster Gottesgnade bey Calbe u.; (Magdeb. und Leipz., 1721. 4.) §. 48. p. 114 sq.

h) Sendenberg. Sammlung u., P. II. p. 13. & 41.

Es meldete sich ferner bey dem R. Hofrathe der 9 Dec. Fürst von Anhalt gegen das Hochstift Halberstadt, und forderete von demselben die Grafschaft Askanien und die Stadt Aschersleben zurück, worauf der Bischof von Münster und der Herzog von Pommern zu Commissionen in dieser Sache gegeben wurden. Allein das Stift Halberstadt wandte die Einrede von damaliger Sedisvakanz ein, und bat um einen Defensor; da dann zwar jene Einrede verworfen, der Defensor aber bewilliget wurde. Indessen wurde auch in diesem Jahr der langwierige Proceß, zwischen dem Fürstlichen Hause Anhalt und der Stadt Aschersleben, wegen der wüsten Geldmarken, durch einen gütlichen Vergleich, beigelegt <sup>1)</sup>.

Graf Johann von Nassau = Saarbrück d. e. bat um die Investitur für sich und seine Agnaten, wie auch um die Bestätigung seines Testaments, warum er bereits im J. 1564. bey R. Ferdinand, und im J. 1566. bey R. Maximilian dem II. gebeten hatte, welches aber damals suspendirt worden. Der Grund seiner Bitte beruhete auf einer Erbtheilung und Brüdereinigung, die im J. 1491., zwischen Philipp und Ludewigen an einem, und Johann Ludewigen an andern Theil, insgesamt Grafen von Nassau = Saarbrücken, errichtet worden, und auf alle ihre damalige Lehen, und was sie künftig bekommen würden, gestellet war <sup>2)</sup>. Bey der darüber gehaltenen

§ 4

Um:

i) Sendenberg. Sammlung x. , P. II. p. 16. Cf. Chron. Ascaniense, in Casp. Abels Samml. etc. alter Chroniken; (Braunschw., 1732. 4.) p. 628. sq. und Eiusdem Land: Chronik des Fürstenth. Halberstadt, L. III. c. 2. §. 1. p. 497.

\*) Es steht diese Brüdereinigung de Dato 16. Dec. 1491. in Lünigs R. A., T. XXII. p. 645 - 648.

3. Ehr. Umfrage, war der R. Hofrath der Meinung, daß  
 1570 das Testament zu bestätigen sey, weil an den  
 Solemnitäten desselben nichts ermangelte; es  
 könnten auch die Lehen des Graf Johannis, we-  
 gen des vom Kayser ertheilten Consenses und Bes-  
 tätigung der obgedachten Erbverbrüderung und  
 Einigung, nicht zurück- oder ledig fallen; wie  
 dann auch die natürlichen Kinder der Illustrium,  
 wenn sie gleich *per Rescriptum Principis* legitimirt  
 wären, doch nicht succediren könnten. *Witten*

1571) 30 Apr. Jahr darauf, an seine Vettern, die Grafen Al-  
 brecht und Philipp von Nassau-Weilburg,  
 die Grafschaft Saarwerden und die Herrschafts-  
 ten Lahr und Mahlberg, *per Donationem inter  
 vivos*, überließ und wirklich abtrat, nach dessen, den  
 23. November 1573. erfolgtem unbeerbtem Abster-  
 ben, ihnen dann auch dessen übrige Länder zufielen <sup>1)</sup>.

26 Sept. Besonders aber wurde damals vieles über  
 7. 9. 11. die Streitigkeiten zwischen dem Herzog von  
 12. 18. Württemberg und dem Kloster Zwifalten, we-  
 Oct. gen der von jenem über dieses prätendirten Lan-  
 desfürstlichen Obrigkeit, und andern aus der  
 Advocatie des Herzogs über das Kloster streit-  
 igen Gerechtsame, vor dem R. Hofrath ge-  
 handelt, und da zuletzt ein jeder Theil neue Ents-  
 würfe

n. 19. und der Neben-Recess de eodem Dato in  
 Senckenbergii Sel. Iur. & Histor., T. II. Sect. V.  
 n. 20. p. 435-437.

1) Sendenberg. Sammlung x., P. II. p. 17. Län-  
 nigs R. A., T. X. in der 3ten Forts., p. 467. sq.  
 n. 11. und Senckenbergii Sel. Iur. & Hist., T. II.  
 in Praefat. p. 26.

würde zu Beilegung dieser Streitigkeiten über *J. Hr.* geben, mit der Erklärung, daß sie nicht gewill- 1570  
let wären, davon abzuweichen; so wurde vom  
R. Hofrath beliebt, mit den Parteyen zu han- 21 Oct.  
deln, daß sie dem Kayser die Macht geben möch-  
ten, in der Sache zu sprechen <sup>1)</sup>.

Daß damals noch die Reichsstände und an-  
dere Unmittelbare wegen Anlegung von Woc-  
chen- und Jahrmärkten bey dem Kayser um  
Erlaubniß angesucht haben, davon führet unser  
Tagebuch des Graf Ludewigs einige Beispiele  
an. So bat z. E. Graf Sebastian von Sayn 20 e. m.  
um die Bewilligung eines Wochenmarktes zu  
Fischbach, worauf der R. Hofrath von dem  
Churfürsten von Cöln und dem Grafen Ludes-  
wig von Wittenstein Bericht gefordert, ob sol-  
ches jemanden zum Nachtheil gereichen möchte,  
worauf von Nassau wegen angezeigt wurde, daß 26 e. m.  
der Saynische Markt zu Fischbach der Stadt  
Siegen zu nahe, und also nicht wohl ohne Nach-  
theil zu dulden wäre. Dem ungeachtet aber wie-  
derholte der Graf von Sayn sein Ansuchen, 9 Nov.  
und bat zugleich um die Extension des Privile-  
giums. Graf Ludewig von Wittenstein stat-  
tete hierauf, *ex Decreto Consilii*, dierhalb einen  
Bericht dahin ab, daß der gebetene Markt nie-  
manden als Nassau nachtheilig seyn könnte; es wur-  
de aber doch die Sache bis auf Einlaufung des von  
Cöln geforderten Berichtes aufgeschoben, hingegen  
ihm die Bestätigung seiner alten Privilegien be-  
williget <sup>m)</sup>. Glücklicher war in seinem Gesuche ein 8 Nov.  
Herr von Gemmingen, als welchem sogleich, bloß  
auf seine Narrata, ein Jahrmarkt bewilliget wurde;

3 5

noch

1) Sendenberg. Sammlung II., P. II. p. 7. sq. 15.  
16. sq. 19. sq. 21. 31. sq. & 48.

m) Eadem, P. II. p. 33. 44. 45. 54. sq. & 60.

3. Chr. doch unter der Bedingung, solches Privilegium  
 1570 zu widerrufen und zu ändern, Falls sich künftig  
 jemand dadurch beschwert fände <sup>n)</sup>). Sogar der  
 2. Dec. Churfürst von der Pfalz sollicitirte um einen  
 Markt für seine Schutzverwandten zu Geln-  
 hausen, weshalb vom K. Hofrath um Bericht  
 an den Abt von Fulda, und die Grafen von Has-  
 nau, Königstein und Solms geschrieben wurde,  
 die insgesamt damit zufrieden waren, bis auf den  
 Grafen Philipp von Hsenburg, deswegen man  
 beschloß, dessen Bericht dem Churfürsten von  
 der Pfalz zuustellen <sup>o)</sup>). Die Grafen Albrecht  
 21. Dec. und Ludwig von Löwenstein klagten jener um  
 die Erhöhung der Wein- Accise, wegen seiner be-  
 schwerlichen K. Contribution, und dieser um die  
 13. Nov. dreifache Erhöhung seines hergebrachten Wes-  
 gegeldes an, da ihm dann eine einfache Erhö-  
 hung bewilliget wurde; wegen des Gesuchs des  
 Graf Albrechts aber sollte erst um Bericht ge-  
 schrieben werden <sup>p)</sup>). Auch der Abt von Elchins-  
 16. m. gen suchte um die Prorogation des ihm auf 20.  
 Jahre ertheilt gewesenen Privilegiums zu Erhe-  
 bung eines Umgeldes an, weil das Kloster und  
 dessen Unterthanen in dem Kriege Marggraf Al-  
 brechts wären verheert, und auch, durch böse  
 Haushaltung, in Schulden gerathen, welche Bitt  
 ihm zwar bewilliget wurde, doch mit Vorbehalt,  
 es widerrufen zu können. Und eben dieser Abt  
 hatte schon vorher um die Bestätigung aller Pri-  
 vilegien seiner Abtey, besonders des vom Kayser  
 Carln dem V., den 10. Hornung 1539., zu Co-  
 ledo gegebenen Gnadenbriefes gegen die von der  
 K. Stadt Ulm angemachte Schutz- und Schirmes-  
 Ges

n) Sendenberg. Sammlung II., P. II. p. 55.

o) Eadem, P. II. p. 93.

p) Eadem, P. II. p. 34. & 64.



Gerechtigkeit gebeten, welche ihm auch unser <sup>1080</sup> Kayser ertheilte 9).

Die R. Stadt Schweinfurt stellte dem <sup>1570</sup> R. Hofrath vor, daß sie, vermöge ihrer Privilegien, das Recht hätte, selbst sich einen Reichsvogt zu ihrem Schutzherrn zu erwählen. Sie hätten auch hiezu hieher Henneberg, Hessen, Pfalz genommen. Weil aber dieselben daraus eine besondere Gerechtigkeit herleiten wollen; so hätte sie nachher geringere Personen, als Adelige oder aus ihrem Mittel, erwählt. Dummehrs aber wollten sie sich den Bischof von Bamberg, als beständigen Commissarius zu diesem Endzwecke ausbitten, daß er, von wegen des Kayfers, von dem Vogt die Pflicht nehmen sollte. Hierauf wurde nun zwar der Bischof von Bamberg ihnen, gebeten, massen, gegeben, aber nur allein auf eine Zeitlang; und zwar aus dem, vom Graf Ludewig angeführtem Grunde, weil der Churfürst von Trier, unter diesem Vorwande, die Abtey S. Maximin, deren Schirmvogt er gewesen, dem Reiche entzogen hätte 7). Daß man ferner in Ertheilung der Moratorien sehr behutsam verfahren und solche nicht leicht bewilliget, kann man aus ein Paar Beyspielen in dem mehrgedachten Tagebuch des Graf Ludewigs ersehen. Es hat nemlich ein gewisser von Wolferodorf um ein Moratorium gegen seine Gläubiger, welches ihm abgeschlagen wurde, weil es nicht gebräuchlich wäre, nisi ob singularem causam 8). Und wie der gewesene Wirth zu Staden anzeigte, daß, als der von <sup>7</sup> Dec. Pflug

9) Sendenberg. Sammlung x., P. II. p. 70. sq. und Länigs R. A., T. XVIII. p. 284. sq. n. 3. Cf. der XII. Band des sogenannten Auszuges, S. 155. f.

r) Sendenberg. Sammlung x., P. II. p. 35.

8) Eadem, P. II. p. 54. sq.

3. Er pfing und andere Rechte bey ihm gelegen, und  
1570 bis auf 500. Gulden verzehret, er aber bey dem  
Schultheiß um Bezahlung angehalten, derselbe  
sich an ihm und seinem Weibe vergrißen hätte, und  
er dadurch in Schulden gerathen, mithin um ein  
Quinquennale bitten wollte; so macht Graf Lude-  
wig dabey die Anmerkung: *non datur, nisi de*  
*magnis causis* <sup>1)</sup>. Auch eine andere Anmerkung  
9 Nov. von ihm ist, bey Gelegenheit, daß ein Lübeckischer  
Bürger von einem Antwerper vor dem R. Hofe-  
rathe rechtlich belanget worden, und jener gebeten,  
ihm die Stadt Lübeck zum Commissarius zu ge-  
ben, daß, den Rechten nach, der ordentliche  
Richter nicht könne zum Commissarius bestellt  
werden <sup>2)</sup>.

Noch merkt der Graf Ludewig als etwas  
besonderes an, daß der Kayserliche Hof-Rath  
merrath, Erasmus, Herr von Gera, vom Kay-  
ser Ferdinand eine Anwartschaft auf jährliche  
400. Gulden Reichsteuer erhalten habe, unter  
der besondern Bedingung und Anhang, daß  
solches auch die nachfolgenden Successoren keinem  
andern geben sollen <sup>3)</sup>. Der Bischof von Mainz  
13 e. m. suchte bey dem R. Hofrathe an, ihm seine  
aufgerichtete Hofgerichte, und andere Ordnu-  
ngen zu bestätigen, welches der Churfürst von  
Cöln, wegen der Appellation in foro ecclesiastico,  
und damit sein Ansehen, als eines *Legati nati Sedis*  
*Apostolicae*, nicht geschmälert würde, zu hin-  
dern suchte; allein die Bestätigung wurde doch ge-  
gestanden, mit der Klausel: ohne eines jeden  
Präjudiz <sup>4)</sup>. Albrecht von Rechberg und  
Neus

1) Sendenberg. Sammlung II., P. II. p. 93. sq.

2) Eadem, P. II. p. 59.

3) Eadem, P. & pag. iisdem.

4) Eadem, P. II. p. 63.

necht hat um ein *Privilegium exemptionis fori* <sup>14)</sup>. Das Stift zu S. Peter vor Goslar aber stellte <sup>1579</sup> vor, daß es sich in die Stadt in das Kayserliche <sup>21 e. m.</sup> Stift zu S. Simon und Judas begeben, in welchem der Kayser die Collation aller Präbenden hätte. Da nun der H. Julius von Braunschweig ihre Briefe und Siegel begehrte; so wollte es um den Schutz des Kayfers und um dessen Fürschrift an den Herzog bitten <sup>15)</sup>. Um eben dergleichen Protektorium hielt auch der D. <sup>1 Dec.</sup> Dangel gegen den H. Johann Wilhelm von Sachsen an, da er von demselben in Ungnaden wäre beurlaubet worden, weil er den Theologen nicht hätte beysfallen, und den Zug nach Frankreich bekiehen wollen <sup>16)</sup>. Und endlich bat Wil- <sup>2 e. m.</sup> helm Quad von Wiekradt, Herr zu Beckheim, um die Bestätigung der Münzfreyheit, weil sie bey seinen Vorfahren suspendirt worden, worauf im R. Hofrath beschlossen wurde, daß seine Bitte den Kreisauschreibenden Fürsten zum Berichter gestellt werden sollte <sup>17)</sup>.

Endlich will ich auch noch einiger Klagen erwähnen, die in dem mehrbesagten Diarium vorkommen, und meines Erachtens vor andern eine Aufmerksamkeit verdienen. H. Philipp von Braunschweig, Grubenhagen klagte bey dem R. Hof- <sup>26 Dec.</sup> rath gegen den H. Julius von Braunschweig, Wolfenbüttel wegen 20000. Gulden ausstehender Heirathsgelder von seiner Gemahlin Clara, des H. Julius Schwester, wegen welcher er von seinem Schwiegervater, H. Heinrich dem jüngern ein Amt zur Helfte innegehabt, das übrige aber

14) Sendenberg. Sammlung 1c., P. II. p. 64.

15) Eadem, P. II. p. 78.

16) Eadem, P. II. p. 91.

17) Eadem, P. II. p. 94.

9. Ebr. aber ihm verzinset worden, welches alles der H. 1570 Julius wieder an sich ziehen wollte, worauf jenem an diesen eine Fürschrift bewilliget wurde <sup>a)</sup>.

26 Oct. Der Herzog von Alba drung, in einer übergebenen Schrift, sehr heftig in die Stadt Emden, mit dem Vorgeben, daß sie den Seeräubern einen Aufenthalt gestattete, welche den Unterthanen seines Königs über 300000. Dukaten sollen genommen haben <sup>b)</sup>. Ein besonderer Fall trug sich auf unserm Reichstage mit dem Obristen Paul Boweser, oder, wie er nachher genannt wird, Polwitzer, der in Pommern wohnhaft war, zu. Er war bey dem alten H. Albrecht von Preussen in Diensten gewesen, und hernach von dem König von Polen verhaftet, doch aber auf gewisse Bedingung wieder losgelassen worden, nemlich dem König einige Briefe heraus zu geben, und was er wegen Injurien gegen den Herzog von Preussen zu klagen hätte, vor Polen auszuführen. Nachher hat derselbe dennoch den erstgedachten Herzog vor dem R. G. belangt, wo auch wider denselben *in contumaciam* verfahren worden. Da nun der Boweser oder Polwitzer zu Speyer war; so ließ 8 Nov. ihn der anwesende Polnische Gesandte arrestiren, und verklagte ihn auf seine verbriefte Zusage. Jener war zwar seiner Verschreibung geständig, wandte aber ein, daß ihm Polen das versprochene auch nicht gehalten, und daß ihm etliche Briefe und sein Schreiber, der auch in Haft gewesen, noch abgiengen, ausserdem so sey er in Pommern zu Rechte geseßen. Man warf also bey dem R. Hofrath die Frage auf, was hierin zu thun seyn möchte, da Polen bisher in gleichen Fällen eine gute Nachbarschaft gehalten

a) Sendenberg. Sammlung x., P. II. p. 43.

b) Eadem, P. II. p. 44.

ten hätte. Der Schluß fiel dahin aus, daß, weil J. Ehr. Polen weder dem Kayser noch den R. Gesez 1570 gen unterworfen wäre, die Sache nach dem Völkerrechte zu entscheiden sey, nemlich, daß die von dem Polwiger gethane Zusage zu halten, welches auch die Achtung für Ehre erfordere. Und obgleich der Polwiger vor dem Herzog von Pommern rechtlich belanget werden könnte; so stünde er doch izo unter der Gerichtsbarkeit des Kayfers, da er auf dem Reichstage wäre ergriffen worden. Nachher entschloß sich der Kayser 23 Nov. auf Fürbitte der Stände, den Polwiger wieder loszulassen, wenn er angeloben würde, Polen, auf erhaltenes Geleit, genug zu thun, in dem er verpflichtet wäre. Ob nun gleich Polwitzer meinte, daß solches ja bereits geschehen wäre; so war er doch zufrieden, das verlangte Handge-  
lübde zu leisten, wie er dann auch hierauf solches 25 e.m. dem Grafen Friedrich von Metzingen, an statt des Kayfers, gethan und versprochen hat, auf Geleit alles zu leisten, wozu er sich gegen den König von Polen verschrieben hätte c).

Die Fuhrleute insgemein klagten bey dem s. e. m. R. Hofrathe, daß die Wege und Stege, besonders in den Westfälischen Landen, da doch auch Zoll und Weggeld angeleget wären, so übel unterhalten würden, welches man an die Reichsstände gelangen ließ d). Die Stadt Aachen aber beschwerte sich, daß sie dem Prinzen von Oranien 10 e.m. 20000. Thaler Brandschatzung geben müssen, und suchte um Restitution an. Da nun die Stände dem Kayser diese Sache überlassen hatten, um darin die Billigkeit zu verschaffen; so warf

c) Sendenbergs Sammlung x., P. II. p. 56. 83. sq. & 87.

d) Eadem, P. II. p. 56. sq.

3. Chr. warf man bey dem R. Hofrathe die Frage auf, 1570 ob sogleich, auf Ansuchen der Beschwerden, der Proceß anzustellen, oder erst nach Ablauf dieses Reichstages? ingleichen was darin für eine Form zu gebrauchen wäre? da dann der R. Viceskanzler der Meinung war, daß der Proceß also bald vorzunehmen, und daß in *Liquidis*, wie in diesem Falle, ernstliche Mandate zu erlassen, in andern, nicht so klaren Dingen aber Commissarien zur Güte und zum Recht zu verordnen wären <sup>e)</sup>. Vor dem R. Hofrathe hatte schon lange ein Proceß des Grafens Nikolaus von Persigliano gegen seinen Bruder, der ihn mit Gewalt aus seinem altväterlichen Schlosse gejagt hatte, und ihn zu Rom, unter dem Schutze des Papstes und Herzogs von Florenz, sich aufhielt, obgewaltet, und die Sache war nun bis zum Schlusse gediehen. Allein der Kayser beliebte, wegen der Schwierigkeit bey der Exekution, einen gültigen Vergleich zu versuchen, wozu dann auch der Graf Ludwig von Witgenstein, der von Stahrenberg, Jott von Perneck, D. Schober und der Alexandrinus deputirt wurden. Ben Eröffnung der Commission legte der D. Schober das Kayserliche Commissarium den Partheyen vor, und ermahnte sie zu brüderlicher Eintracht. Der persönlich anwesende Graf Nikolaus bat um rechtliche Entscheidung der Sache, und versprach, allen Gehorsam dem Kayser zu leisten. Aber der Procurator seines abwesenden Bruders, des Ursus Ursini, erbot sich zur Güte, und äusserte, daß er kein Mandat in der Sache definitive zu handeln hätte, zu dem Ende er sein Procuratorium und etliche Vorschläge zu einem

Vers

e) Sendenbergs Sammlung x., P. II. p. 60. sq.

Vergleich übergab, mit Bitte, solche von Com. J. Chr. missions wegen dem Gegentheile zu übergeben. 1570 Weil aber keine Güte stattfand, und kein Theil von der Festung abstehen, oder in eine Sequestration derselben willigen wollte, obgleich der Procurator des Ursi Ursini etliche Mittel vorschlug; so beschloßen die Commissarien, davon nichts an den Kayser zu referiren!).

Auf die Bitte der ganzen gemeinen Judenthschaft im Reiche, daß, da sie gegen ihre alten Privilegien vielfältig beschweret würde, der Kayser dieselben wolle drucken, und in Form offener Patente anschlagen lassen, wurde im R. Hofrath beliebt, daß sie selbst aus den Originallen Vidimus machen, und sich deren an gelegenen Orten, nach Nothdurft, bedienen möchte. Hiernächst brachte sie an, daß, obgleich in den R. A. versehen wäre, daß kein Jude Macht haben sollte, ohne Vorwissen der Obrigkeit mit den Unterthanen zu contrahiren, sie dennoch von Kayser Carln privilegirt wären, in Frankfurt frey zu contrahiren; deswegen sie bitten wollten, dem Grafen von Hanau, als dem nächst Anstossenden, keine Freyheit dagegen zu geben. Ingleichen baten die Juden zu Worms, welche ein Mandat an die dasige Stadt ausgebracht hatten, sie über das alte Herkommen nicht zu beschweren, ihnen davon eine Abschrift *sub Sigillo* zu geben. Endlich klagten sie auch noch, daß sie von Chur-Pfalz mit Geleit und Weggeld über die Billigkeit beschweret würden!).

Ulrich

!) Sendenberg. Sammlung x., P. II. p. 69. 80. sq. & 90. sq.

g) Eadem, P. II. p. 69. sq.

3. Oct. Ulrich Suggen zu Augspurg, des Kays  
 1570 mund Suggers fünfter, noch unverehlichter  
 (1562) Sohn, war vor einigen Jahren, mehr aus Uns  
 vorsichtigkeit, und weil er allzu freygebig war,  
 auch sehr vieles auf kostbare Manuscripte, Bü  
 cher und andere Seltenheiten verwendet hatte,  
 als durch lieberliche Lebensart, in eine Schulden  
 last von mehr als 200000. Gulden gerathen. Ob  
 er nun gleich genug Vermögen hatte, solche zu be  
 zahlen, und ihm noch genug übrig geblieben wäre;  
 so brachten es doch sein Bruder Hans Jacob und  
 sein Vetter Marx Suggen bey dem Rathe zu  
 Augspurg dahin, daß er nicht nur für einen Ver  
 schwender erklärt, sondern auch mit Hausarrest  
 belegt, und ihm sein vorbesagter Bruder und Vet  
 ter zu Curatoren gesetzt wurden. Wider dieses  
 Verfahren wüßte er zwar ein Mandat vom R. G.  
 aus; allein seine gesetzte Curatoren wußten auch  
 dort die Sache nach ihrem Willen zu richten. In  
 dessen verkauften sie alle seine fahrende Haabe,  
 blos seine Bücher ausgenommen, zu Augspurg  
 und an andern Orten, sogar Stückweise. Endlich  
 wüßte er, durch seine Freunde, bey dem neuen Kays  
 ser Maximilian dem II. eine Commission aus  
 auf Albrechten, Schenten von Staufenberg  
 und Sebastian Schertlin, welche noch den Ord  
 fen Joachim von Ortenburg mit zuzogen, und  
 ihn, durch einen getroffenen Vergleich, wieder in  
 seine vorige Freyheit setzen. Die Sache aber  
 wurde noch vier Jahre lang herumgetrieben, und  
 ihm, nach Bezahlung seiner Schulden, ungeachtet  
 an seinem Vermögen über 70000. Gulden  
 übrig blieben, doch nicht mehr, als 1300. Gul  
 den zum jährlichen Gehalte angewiesen, wodon  
 er nunmehr leben mußte, da er vorher mit einem  
 jährlichen Einkommen von mehr als 20000.  
 Gul



Gulden nicht hatte zurechte kommen können. Er 3. Mr.  
begab sich hierauf nach Heidelberg, wo er seine 1570  
lebenszeit in Stille zugebracht hat. Bei Gelegen-  
heit des itigen Reichstages aber wandte er sich an den 16 Nov.  
K. Hofrath, und klagte, daß er, nach vielen zu-  
gefügt Injurien, zu Augspurg gefänglich ein-  
gezogen, und ihm gegen seinen Willen Curatoren,  
die ihm höchst zuwider wären, nemlich Hans Jas-  
cob und Marx Fugger gegeben worden. Hierauf  
hätte man einen Vertrag aufgerichtet, daß die  
Gläubiger von seinen Gütern bezahlt, und ihm  
jährlich, in zwey Terminen, 1300. Gulden ent-  
richtet werden sollten, die ihm aber in etlichen Jah-  
ren nicht wären gegeben worden, und hätte ihm  
auch Marx Fugger alle seine Mobilien veräußert.  
Er bäte also, solchen Arrest aufzuheben,  
die Stadt, vermöge des Vertrages, zur Bezahl-  
ung und dessen Affekuration anzuhalten; inglei-  
chen Sicherheit zu verschaffen, ihm seine Ur-  
fehde heraus zu geben, und seine Curatoren anzu-  
halten, daß sie ihre Rechnung dem Kayser selbst  
ablegen sollten. Nachher bat er auch noch um 8 Dec.  
eine Commission auf den Churfürsten von der  
Pfalz und den Herzog von Württemberg. Es  
scheinet aber nicht, daß ihm solche bewilliget  
worden, und unser Ulrich Fugger starb endlich zu  
Heidelberg, den 25. Junius 1584., im 59sten  
Jahr seines Alters im ledigen Stande <sup>h)</sup>).

Nach die gesamte Schwäbische K. Ritters- 16 Nov.  
schaft klagte gegen das Erzhaus Oesterreich we-  
gen Beeinträchtigung ihrer Freyheiten und Pri-  
vilegien.

A 4 2

die

h) Sendenberg. Sammlung x., P. II. p. 71. & 99.  
Cf. Gassari Annal. Augstburg. ad a. 1562., in  
Menckenijs Scriptor. rer. German., T. I. p. 1895.  
sq. und von Otten t. c., P. I. c. 9. §. 10. p.  
548. sq.

3. **Gr. privilegien.** Unter andern führte sie insbesondere an, daß  
 1570 der von Habsberg einen Missethäter gefangen,  
 und denselben, aus Mangel des Blutbanns, in ein  
 anderes Gericht führen, und ihm daselbst sein  
 Recht wiederfahren lassen. Der Erz. H. Fer-  
 dinand aber wolle solches in die Herrschaft Hos-  
 henberg und also unter sich ziehen, deswegen er  
 den gedachten von Habsberg gefangen genom-  
 men, und ihn mit Gewalt unter seine Landes-  
 fürstliche Obrigkeit bringen wolle. Ferner über-  
 14 Nov. gab die freye Ritterschaft in Schwaben etliche  
 Beschwerden schriftlich, und begehrte im sechsten  
 Artikel derselben, die Widerspänstigen aus ih-  
 rem Mittel, welche die bewilligten gemeinen  
 Steuern nicht erlegen wollten, zu gleichen  
 Bürden anzuhalten, und dem Kayserlichen Jus-  
 tal und R. G. aufzulegen, gegen die Ungehör-  
 samen zu verfahren. Hierauf beschloß der R.  
 Hofrath, daß, weil dem Kayser daran gelegen, es  
 der Hofkammer gemeldet werden solle, damit mit  
 gemeinschaftlichem Rathe das weitere verfügt wür-  
 de; woben zugleich bedacht wurde, Commissarien  
 zu verordnen, die mit den Widerspänstigen han-  
 deln sollten, auch auf den Fall, wie mit Franken  
 geschehen, aus der Hof- oder Gerichtskammer  
 Mandate ergehen zu lassen, doch allein auf An-  
 suchen der Gehorsamen. In dem siebenten  
 Artikel baten sie, die Commission in des Baum-  
 gärtners Schuldsachen zu befördern, weil vie-  
 ler Heil und Verderben daran gelegen wäre, wozu  
 dieses Gesuch an die Commissarien verwiesen wurde.
8. c. m. Es hatte nemlich der R. Hofrath schon vorher in  
 der Baumgärtnerischen Schuldsache eine Com-  
 mission zur Güte und Recht auf den Grafen  
 Friedrich von Vettingen, einen in Graf Lude-  
 wigs Tagebuch nicht benannten Abt, und den  
 Land;

Landvogt Isung zu Burgau erkannt, welche I. Chr. die Gläubiger vor sich laden, die Güter, welche 1570 schon ein jeder an Bezahlung bekommen, conferiren, und also nachgehends einem jeden zu seiner Gebühr verhelfen sollten; woben auch einige nicht namentlich angeführte Doctoren zu Augspurg zu Curatoren verordnet wurden <sup>1)</sup>.

Ein besonderer Umstand verdient auch noch angemerkt zu werden, daß nemlich, als einer von Ranzau gegen einen andern Holsteinischen Edelmann bey dem R. Hofrath einkommen, und eine Commission auf Mecklenburg bewilliget worden, der R. Vicetanzler D. Weber aber Bedenken gehabt, solche auszufertigen weil Holstein einen Landesfürsten hätte, der R. Hofrath D. Zegenmüller gemeldet habe, daß der Holsteinische und Mecklenburgische Adel an dem R. G., gleich dem freyen Schwäbischen und Fränkischen Adel angenommen würde <sup>2)</sup>. Da hiernächst der Graf Johannes von Wied, nebst Königstein, wegen 20000. Gulden Schulden an den Grafen von Tuenar, im J. 1562., in eine Strafe von 40. Mark löthigen Goldes, jede Mark zu 72. Goldgülden gerechnet, verdammt, und die Helfte davon dem Fiskal zuerkannt worden; so hielt dieser, seines Interesse halber, um die Exekution an. Allein der R. Hofrath stellte ein Gutachten an den Kayser, daß, weil es eine bloße Gnadensache wäre, auf Fürsbitte des Churfürstens von der Pfalz, und auf das von Tuenar selbst ertheilte Zeugniß der Unschuld, dem Grafen von Wied Gnade zu ertheilen

Na 3

len

1) Sendenberg. Sammlung x., P. II. p. 71. sq. coll. p. 84. sq. & 55. sq.

2) Röm., P. II. p. 77.

2 Dec. len seyn möchte <sup>l)</sup>. Ferner klagte auch der Pfalz-  
 570 graf Georg Hans von Veldenz, daß der Car-  
 dinal von Lothringen, Bischof zu Metz, das  
 Haus Türkenstein und drey unter seinem  
 Schutze gelegene Klöster zum Stifte Metz,  
 und also dem Reiche entziehen wolle; mithin er  
 bäte, daß der Kayser deshalb eine Gesandtschaft,  
 mit nöthiger Instruktion, an den König von  
 Frankreich schicken möchte. Allein der R. Hof-  
 rath wollte sich hierauf nicht einlassen, sondern  
 schob die Sache an die Stände <sup>m)</sup>. Daß  
 der Kayser, nach dem Schlusse des Frankfur-  
 tischen R. Deputationstages, den bekannten  
 Kayserlichen General, Lazarus von Schwens-  
 dy, wegen der Französischen Kriegswerbung,  
 nach Straßburg geschickt habe, ist bey dem vor-  
 gen Jahr gemeldet worden <sup>n)</sup>. Demselben wurde  
 nun Georg Lang zum Pfenningmeister zugeord-  
 net, und als nunmehr der Kayser die deswegen  
 aufgelaufene Unkosten vom Reiche forderete, schlug  
 man sie ihm ab, weil man, auf dem Deputations-  
 tage zu Frankfurt, solches nur auf den Noth-  
 fall bewilliget hätte; doch wurden dem Schwens-  
 dy 10000. Gulden zur Verehrung gegeben. Es  
 kam aber sein Pfenningmeister Lang bey dem  
 R. Hofrath ein, und bat, ihm seine Rechnung  
 abzunehmen, und sein ausgelegtes Geld zu er-  
 statten <sup>o)</sup>.

Albrecht von Rosenberg war in die  
 Grumbachische Zänzel mit verwickelt gewe-  
 sen, und auf Anhalten des Churfürstens von  
 Sach-

l) Sendenberg. Sammlung II., P. II. p. 79.

m) Eadem, P. II. p. 91.

n) S. VII. T. R. G., in diesem VIII. Bande, S.  
 105. f.

o) Sendenberg. Sammlung II., P. II. p. 72.

Sachsen auf dem letztern Reichstage zu Aug. I. Chur-  
burg in Haft genommen worden. Derselbe mel-<sup>1579</sup>  
dete sich nun auf dem itzigen Reichstage bey dem <sup>6 Dec.</sup>  
K. Hofrath durch seinen Anwalt, und bat, sei-  
ne Gegner anzuhalten, daß sie den Proceß be-  
fordern, und ihn nicht länger in solcher Be-  
schwerung aufhalten sollten. Hierauf suchte er <sup>25 e. m.</sup>  
um die fordersamste Publication des Zeugenrotu-  
lus an, und wiederholte solche Bitte, einige Wo-  
chen nachher, mit dem Anhange, ihn wieder in <sup>25 Nov.</sup>  
Freiheit zu setzen. Es wurde ihm aber nur jenes  
bewilliget, hingegen konnte seine Loslassung  
nicht ausgewirkt werden, weil die von dem  
Kays. vorgeschlagene Mittel bey dem Churfür-  
sten von Sachsen nichts verfangen wollten, son-  
dern derselbe auf seiner fernern Gefangenschaft  
bestand, in welcher auch unter Albrecht von Ros-  
senberg, ein Paar Jahre hernach, gestorben ist <sup>p</sup>).  
Bey dem K. Hofrath kam damals auch noch eine  
andere in die Grumbachische Handel einschlagen-  
de Sache vor, da nemlich der Stadtschreiber zu  
Würzburg, Georg Dufel, klagte, daß ihm bey <sup>28 e. m.</sup>  
der Grumbachischen Einnahme der Stadt auf  
900. Gulden Schaden zugefüget worden, mithin  
er bitten wollte, Kunzen von Grumbach zum  
Abtrage anzuhalten, worauf man aber bloß ein  
Schreiben an diesen bewilligte, daß er sich billi-  
ger Gebühr nach zu verhalten wissen würde <sup>a</sup>).  
Uebrigens führten auch sie auf dem Reichstage  
A. 4 an

p) Sendenberg. Sammlung c., P. II. p. 13. 42.  
& 86. sq. Thrasylul. *Lepros de vita et reb. gest.*  
Georgii Ludov. a Seinsheim etc., L. III. p. 212. sq.  
& L. IV. p. 223. 260. 262. 265. 268. & 279.  
Scharidii Epit. ad a. 1570., in *Ecc. Scriptor.*, T.  
IV. p. m. 148. b. und Schadaeus, l. c., P. II. L.  
VI. §. 64. p. m. 199.

a) Sendenberg. Sammlung c., P. II. p. 82. sq.

J. Chr. anwesende Polnische Gesandten eine Klage wider den Teutschmeister; und bemüheten sich aber (1568 mal, die Loszahlung des inzwischen verstorbenen <sup>20211</sup> H. Albrechts von Preussen von der R. Acht auszuwürfen, welches sie aber nicht erhalten konnten <sup>2</sup>).

Hauptsächlich aber machten dem R. Hofsrathe, auf dem damaligen Reichstage zu Speyer, vieles zu schaffen: 1) die Ansprüche des Pfalzgrafen Georg Johanns von Veldenz an den Churfürsten von der Pfalz, 2) die Handel der Stadt Rostock mit den Herzogen von Mecklenburg, und 3) die Streitigkeiten der Grafen von Schwarzburg, von denen wir nun noch einiges gedenken müssen. So viel die erstere betrifft, so glaubte Pfalzgraf Georg Johann zu Veldenz, als er majorem geworden, daß er, durch den, in seiner Minderjährigkeit, von seinem Vormunde, dem Pfalzgrafen Wolfgang, auch in seinem Namen, zu Heidelberg, im J. 1553., geschlossenen pfälzischen Familienvertrag<sup>\*)</sup>, wäre verkurzt worden und daß er also zu dessen Genehmigung und Beobachtung, nach erlangter Volljährigkeit, nicht verbunden wäre. Er holte daher von der Juristenfakultät zu Ingolstadt ein rechtliches Gutachten über verschiedene Fragen ein, die vornehmlich auf die Gültigkeit des erstgedachten Heidelbergschen Familienvertrages vom J. 1553. in Ansehung seiner giengen, und aus was für Gründen derselbe von ihm angefochten werden

2) Scherdt's Epitome ad a. 1570.; in Eius Scriptor., T. IV. p. m. 148. b. Landerp l. c., T. II. L. X. p. m. 45. Thoenes l. c., T. II. L. XLVII. p. m. 638. sq. und Sabadaus l. c., P. II. L. VI. §. 64. p. 199.

\*) E. im III. Bande der H. T. R. G., S. 76. f. coll. VIII. Bande derselben, S. 46:48.

werden könnte. Die Hauptsache kam nun darauf an: ob die zu den eigentlichen Churlanden nicht gehörige Pfälzische Länder von dem Churfürsten sich allein könnten zugeeignet werden? Allein obgleich dieses die Hauptfrage war; so machte sie doch erst die eilfte unter den vorgelegten Fragen aus, und wurde mit den übrigen vermengt, deswegen auch die Antwort verwirrt und Beziehungsweise ausfiel. Dann der berühmte Georg Everhard antwortete darauf im Namen der Ingolstädtischen Juristen-Sakultät, daß zwar das Privilegium des Erstgeburtsrechtes in das unendliche erstreckt werden könne, er schränkt es aber doch sogleich nur auf die Länder ein, welche die eigentliche Churlande ausmachen. Da nun Pfalzgraf Georg Johann sich an dem vorerwähnten Heidelbergischen Hausvertrag nicht ferner begnügen wollte; so ließ er, den 9. April 1568., durch einen seiner Räte, zu Straßburg, vor einem Notarius und Zeugen eine feierliche Protestation dahin einlegen, „daß  
 „er die Land und Leute, welche er, Kraft voran-  
 „geregten Vertrages von dem ihigen Churfürsten  
 „von der Pfalz, den Antritt dessen churfürstlichen  
 „Regierung, durch Vermittlung seines Vormuns  
 „des, in seinen damals noch kindlichen Jahren,  
 „erhalten, und noch bis iho besitze, nicht vermöge  
 „besagten Vertrages, sondern als einen Theil  
 „des ihm gebührenden Erbtheiles, welcher ihm  
 „entweder aus den ungestoffenen Verträgen †),  
 A a 5 oder

†) Es wird hier auf den Disibodenbergischen Vertrag vom J. 1541., und die Simmerische Verträge von den Jahren 1545. und 1546. gezielet, von denen man Nachricht findet im XII. Bande des sogenannten Auszuges 2c., S. 605 607. und im III. Ban-  
 de

9. Oct. „aber ab inquestis gebühren möchte, innehaben,  
1570 „und auch ferner innhaben werde; aber dabeyneben  
„alle seine Rechte und Gerechtigkeiten, auch  
„Erbforderungen an das übrige sich vorbe-  
„halten haben wollte.“

Hierauf brachte Pfalzgraf Georg Johann von Veldenz, auf dem damaligen Reichstage zu Speyer, die Sache an den Kayser, und forderte den vierten Theil von der Erbschaft Churfürst Otto Heinrichs von der Pfalz, mit Bitte, den Heidelberger Vertrag vom J. 1553. als ungültig aufzuheben. Der Kayser übergab die Sache dem R. Hofrath, um sein Gutachten  
9 Oct. darüber abzustatten, in welchem dann die Präjudicialfragen aufgeworfen wurden von dem *Iudicio competente*, der Form des Processus und der Execution. Pfalzgraf Georg Johann hatte nemlich gebeten, daß der Kayser die Sache für sich behalten möchte, und hat zugleich die Form des Processus und der Execution vorgeschrieben. Der R. Hofrath aber war der Meinung, daß die Klage des Pfalzgrafen dem Churfürsten von der Pfalz, als dem Gegentheile, anzustellen wäre, und obgleich der Kayser der *Iudex competens* sey, so stünde es doch in dessen Belieben, solche für sich zu behalten, oder einem andern zu committiren; wie dann auch die Form des Processus und die Execution in der Gewalt des Kayfers stünde, selbige nach seinem Gefallen anzustellen. Nach dem die Klage des Pfalzgraf Georg Johanns dem Churfürsten von der Pfalz war mitgetheilet  
30 Nov. worden; so antwortete derselbe dem Kayser in einem Schreiben, daß er in den Ländern des Chur-

de der K. T. R. G., S. 73. ff., an welchem letztem Orte auf der 2. Linie von unten auf der S. 73. statt: erhielten, zu lesen ist: errichteten.



Churfürst Otto Heinrichs nicht *ex iura univer-* J. 1579  
*sali*, sondern *ex pacto et providentia Maiorum*, nach  
 Inhalt der G. B., der Dispositionen seiner  
 Vorfahren und des Heidelbergischen Vertrags  
 ges vom J. 1553., gefolget habe. Durch diesen  
 wäre der Veldenzischen Linie der vornehmste  
 Landesantheil der Spanheimischen oder Sims-  
 merischen Linie angewiesen worden, damit das  
 Churfürstenthum mit den angränzenden Län-  
 dern um so mehr unzertrennt bliebe, und also die  
 R. Anlagen um so füglicher abtragen könnte.  
 Da auch in dem erstbenannten Vertrage die künf-  
 tige Genehmigung des Pfalzgraf Georg Jo-  
 hannis, bey Verlust desjenigen, was ihm aus  
 demselben gebührte, wäre vorbehalten worden;  
 so wäre er nunmehr der ganzen Erbschaft ver-  
 lustigt, da er solchen Vertrag anfochte, und zwar  
 um so mehr, weil sein Vater, der Pfalzgraf Rup-  
 precht, eine geistliche Person gewesen, und aller  
 Erbfolge entsaget hätte; wie er dann auch von  
 der, unter dem König Ruprecht, (oder vielmehr  
 nach dessen Tode,) geschehenen Landestheilung  
 auf den itzigen Fall nicht schliessen könnte. Daß  
 hiernächst Pfalzgraf Georg Johann verlange, den  
 mehrbesagten Heidelbergischen Vertrag vom J.  
 1553. zu vernichten, fände deswegen nicht statt,  
 weil derselbe der G. B. und den Dispositionen ih-  
 rer Vorfahren gemäß wäre, und von denjenigen  
 gemacht worden, welche auch einige vorhergehende  
 Verträge unter sich errichtet hätten, die sie folglich  
 als unrechtmäßige Vergleiche wieder hätten  
 aufheben können. Da ferner der damalige Vorr-  
 mund des Pfalzgraf Georg Johanns, nemlich  
 Pfalzgraf Wolfgang, auch im Namen seines  
 Pupillens, daren gewilliget hätte; so wäre zu  
 glauben, daß er solches nicht würde gethan haben,  
 wenn

3. Evt. wenn es demselben zum Nachtheil gereicht hätte.  
 1570 Und da endlich diese Sache ein schlimmes Beyspiel auch für andere erlauchte Familien seyn würde; so mußte der Kayser solches um so weniger zulassen.

Ausserdem stellte Churfürst Friedrich der III. von der Pfalz vor, daß der Pfalzgraf Georg Johann sich unbefugter Weise unterfinge, seine ungegründete Anforderung auf den vierten Theil der Verlassenschaft des Churfürst Otto Heinrichs, wider die gemeine beschriebene Rechte, die Kayserliche und R. Constitutionen, und die Austräge des Pfälzischen Hauses, an den Kayserlichen Hof zu ziehen, da doch er, der Churfürst Friedrich, von der Verlassenschaft des Churfürst Otto Heinrichs, ausserhalb der Chur, mit den dazu gehörigen Land und Leuten, *tanquam connexa*, und die unzertrennt zusammen gehörten, nichts bekommen, oder geerbet hätte, was von dem Kayser und dem Reiche insonderheit herrühre. Hiernächst begehre obgedachter Pfalzgraf Georg Johann, vermöge seiner eigenen Schriften, nicht die Chur, noch könne er solche anfechten, und die übrigen ihm, dem Churfürsten, zugehörigen Stücke könnten, ihrer Art und Eigenschaft nach, dahin, und vor den Kayser, aus vorangeführten Ursachen, nicht gezogen werden. Endlich wäre auch in dem Heidelbergischen Vertrage vom J. 1553. ausdrücklich versehen, daß, wenn zwischen den Spanheimischen (oder Summerischen) und Veldenzischen Stammeslinien, solcher Vergleichung halber, Irrungen entstünden, selbige nach Inhalt der Austräge, welche beide erstgedachte Linien, in den zwischen ihnen aufgerichteten Theilungen und Einigungen, unter sich ausgemacht, und noch haben, verglichen

und

und entschieden werden sollten. Mit hin um so 3. Br. weniger diese Sache vor den Kayser gezogen 1570 werden könnte, sondern vielmehr der Pfalzgraf Georg Johann sich nach der Kayserlichen und R. K. G. O. richten mußte. Aus dieser Antwort des Churfürstens ergiebt sich nun deutlich, daß die Absicht der Pfälzischen Hausverträge dahin gehe, daß wenigstens die mit der Chur verknüpfte Länder untheilbar und unzertrennbar seyn sollen.

Pfalzgraf Georg Johann übergab darauf, Dec. dem Kayser seine Replik, und zugleich die Rupertinische Constitution vom J. 1410 \*). Aus dieser wollte er darthun, daß der Churfürst Friedrich, ausser den eigentlichen Churlanden, von ihres allgemeinen Stammvaters, des Römischen Königs Ruprechts, hinterlassenen Ländern, die Erbtheile dreier dessen Söhne, nemlich des Churfürst Ludewigs und der Pfalzgrafen Johannis und Ottens besäße, und daß hingegen des Churfürstens Bruder, der Pfalzgraf Richard, und die ganze Veldenzische Stammlinie, wozu auch die Pfalzgrafen von Neuburg und Zweybrück gehörten, nur den vierten Theil von ihres gemeinen Anherrens, Pfalzgraf Stephans, Landesportion inne hätten; von welchem noch dazu die Veldenzische Linie, in dem Pfälzischen Kriege, vieles verlohren hätte. Ausserdem da dieser Streit ganze Fürstenthümer betreffe, so erhelle daraus deutlich, daß es eine Fahnlehenssache, und folglich der Erkenntniß des Kayfers unterworfen sey. Bey so bewandten Umständen, und

\*) Vielmehr das, nach R. Ruprechts Tode, unter seinen vier Söhnen gemachte Theilungs-Instrument, wovon sich im IV. Bande des sogenannten Auszug. x., S. 539: 541., weitere Nachricht findet.

3. Oct. und da die streitenden Partheyen wegen der Com-  
 9570 *pentia fore* nicht einig waren, auch der Kayser  
 für sich hierunter keinen Schluß fassen wollte, ließ  
 derselbe die Sache über den Gerichtsstand an den  
 Reichstag gelangen, und verlangte darüber dessen  
 Gutachten. Dieses fiel nun dahin aus: „daß, da  
 „die R. G. O., P. II. Tit. II. §. 1., ausdrücklich  
 „verordne, wie und welcher massen Churfürsten  
 „und Fürsten einander vornehmen sollen, die  
 „Stände und ihre Gesandten es dabey bewens  
 „den ließen. Wofern aber beide Theile, mit ih-  
 „rem guten Willen, zu einem sonderlichen fürber-  
 „then Austrage zu vermögen wären, wollten sie  
 „solches dem Kayser heimgestellet haben.“ Der  
 12. Dec. Kayser trug also, gegen Ende des Reichstages,  
 dem Grafen Ludwig von Wittenstein und dem  
 D. Hegenmüller auf, mit dem Churfürsten von  
 der Pfalz dahin zu handeln, daß die Irrung mit  
 dem Pfalzgrafen Georg Johann an den Kayser  
 selbst, oder auf leidliche Austräge gerichtet würde,  
 um alle Weiterungen zu verhüten. Graf Lude-  
 14. e. m. wig und D. Hegenmüller richteten auch ihren  
 Auftrag, nach ihrer Rückkunft nach Heidelberg,  
 an den Churfürsten selbst, in Gegenwart seiner  
 beiden Prinzen, Johann Casimirs und Chris-  
 tofs, auch einiger seiner Minister, Hofbedien-  
 ten und Räche, aus, welcher ihre Instruction  
 zu sehen begehrte, die sie ihm auch vorlegten, wor-  
 auf er ihnen antwortete, daß er deswegen seine  
 schriftliche Antwort an den Kayser schicken  
 wollte<sup>8)</sup>. Was nun in diesem, noch lange ge-  
 dauert

8) Ge. Eberhardi Consil. de success. Primogeniti in  
 Electoratu & de variis inde dependent. Qua-  
 estionibus, in Eins. Consiliis, Vol. I. n. 27., im-  
 gleichen in P. Marrens Elect. I. P. curiosis; (Ebm.,  
 1696.

bautein, Gerichte ferner vorgefallen, soll an gelegentlichem Orte bemerkt werden. 1570

Von dem Ursprung und Fortgang der Streitigkeiten zwischen den Herzogen von Mecklenburg und der Stadt Rostock ist bereits in einem der vorhergehenden Theile dieses Werkes gehandelt worden <sup>1)</sup>. Da nun diese Sache auf dem izeigen Reichstage statt betrieben worden; so wollen wir das dabei vorgefallene nach der Ordnung erzählen. Noch vor dem Anfange des Reichstages verfügte sich der H. Johann Albrecht von Mecklenburg in Person, mit den Räten seines Bruders, des H. Ulrichs, dieser Rostockischen Angelegenheiten halber, zu dem Kayser nach Prag, bei welchem er ein zweimaliges Gehör hatte; wie dann auch seine und seines Bruders Räte deswegen mit den Kayserlichen Räten

1696. 4.) cap. II. §. 16. p. 190 - 241. und in Königs Europ. Staats: Consiliis, Vol. I. n. 210. p. 1501 - 1529. *Acta und Actitata — in actione L. diffamari* — an dem — Kayserl. Cammergerichte in Sachen Churf. Ladewigs von der Pfalz und Pfalzgr. Job. Casimirs, Gebrüder, contra den Pfalzgr. Georg Johann etc.; f. l. & a. fol. Sendenberg Sammlung II., P. II. p. 16. 101. sq. & 103. und B. G. Scrivii Formula Success. Palat., Sect. III. §. 5. sq. p. 217 - 224. Cf. Cocceji Deduct. in Causs. illustr. p. 641. sqq. Mosers Teutisches Staatsrecht, P. XV. L. III. c. 78. §. 15. p. 299 - 303. und Desselben Einleit. in das churfürstl. Pfälzische Staats: Recht; (Frankf. und Leipz., 1762. 8.) im Vorberichte, cap. 2. §. 47. p. 112.

- 1) S. im VI. Bande der H. T. R. G., S. 109; 118. wo den in der Note g), auf der S. 118., angeführten Schriften noch kann beigelegt werden: Joh. G. Wenzels Geschichte der Stadt Rostock, in D. Joach. Christof Ungnads Amoenität. diplomatico-historico-lurid. etc., im 14. und 15. Stück; (f. l. 1753. 4.) p. 1045 - 1089; & 1115 - 1124. *passim*.

3. Oct. Råthen verschiedene Conferenzen hatten, und die  
 1570 Sache zu weiterm rechtlichen Verfahren vor  
 dem R. Hofrathe einleiteten. Der H. Johann  
 Albrecht begab sich hierauf, mit seinen Råthen,  
 nach Speyer auf den Reichstag, wo dann die  
 Sache vor dem R. Hofrathe stark betrieben  
 23 Oct. wurde. Anfangs erschienen die Råthe des H. Jo-  
 hann Albrechts allein, und weil die von ihnen vor-  
 gelegte Vollmacht des H. Ulrichs etwas ver-  
 fänglichlich, und auf seine eigene Råthe gestellet  
 war; so wurde die Sache bis zu deren Ankunft  
 25 e.m. verschoben. In der folgenden Session wurde  
 die zu Prag angefangene rechtliche Handlung  
 zur Litiscontestation angestellt; allein die Meck-  
 lenburgische Råthe wollten es blos anhören,  
 aber nichts handeln, traten auch ohne Vorwissen  
 ab, und unterbrachen die Handlung, worauf  
 Rostock, nach übergebenem Libell und Voll-  
 macht bat, *in contumaciam* zu verfahren. Hin-  
 28 e.m. gegen suchten die Herzoge von Mecklenburg die  
 Rostockische Handlung vom R. Hofrathe ab-  
 und an die R. Stånde zu ziehen, jener aber setzte  
 einen peremptorischen Termin zur Kriegobefes-  
 stigung an, und die Stadt Rostock entschuldi-  
 digte sich wegen der angenommenen Knechte,  
 und daß sie die Graben geräumt, auch den Ses-  
 questratoren ihren Unterhalt aufgehalten hätte.  
 30 e.m. Am folgenden Tage referirte der D. Zegenmüller  
 im Hofrathe, der von Speth habe sich verneh-  
 men lassen, er wolle die Herzoge von Mecklen-  
 burg dahin bewegen, damit die Sache mit Ros-  
 stock, durch zween von den Hofråthen, zwey  
 churfürstliche und zween der andern Stånde  
 Råthe, in der Güte dergestalt hingelegt würde,  
 daß die neu angelegte Festung geschleift, und von  
 der Accise ein Drittel den Fürsten, das übrige  
 aber

aber der Stadt bleiben sollte. Es zeigte sich aber J. Ebr. hernach, daß dieses ein leeres Vorgeben des von 1570 Speth gewesen, indem der H. Johann Albrecht darein nicht willigen wollte. Die Herzoge waren ausserdem auch noch mit der Stadt Rostock streitig über die Probstei zum heiligen Kreuze, als welche jene, da sie von ihren Vorfahren gestiftet worden, eingenommen hatten, die Stadt Rostock aber, das Patronatrecht darüber zu haben, behauptete.

In der Hauptsache wurde nun im R. Hof-7 Rath beschlossen: weil der Kayser, in dem zu Prag gegebenem Abschiede, gesetzt hätte, diese Handlung mit Zuthun der Stände zu erörtern, welches der Herzog dahin deutete, daß sie vom Hofrath an die Stände gebracht werden sollte, daß deswegen den Ständen ein vollkommener Bericht von der Beschaffenheit dieser Sache zugestellet werden sollte, mit dem Bescheide: „nachdem der Kayser diese Sachen angenommen, und für sich vollführen zu lassen bedacht wäre, Er das Bedenken der Stände begehre, wie solches am besten geschehen möchte, weil die Zeit verlaufen, und also die Sache, während dem Reichstage, nicht zu Ende gebracht werden könnte.“

Immittelst nun, daß die Sache bey den Ständen lag, beschwerte sich der Herzog von Mecklenburg bey dem Kayser, daß ihm in einem Schreiben beygemessen würde, als habe er der ersten Commission zu viel gethan, woben er auch noch anzeigte, daß er die Jurisdiction des Kayfers nie geflohen, und also *Litem* contestirt, allein nur gebeten habe, die Accise aus Gnaden, doch auf Caution, ihm zu verleihen. Nach dem nun die Stände diese Rostockische Sache dem Kayser heimgestellt hatten, um darin zu

17. R. 3. 8. Th. B 6 rich



3. Chr. richten, auch nach Gefallen die nächstgefestete  
 1570 Stände etwa dazu zu ziehen; so übergaben die  
 7 Nov. Herzoge von Mecklenburg bey dem R. Hof-  
 rath ihre Konventionsartickel wider die  
 14 e. m. Stadt Rostock, worauf diese ihre dagegen ha-  
 bende Exceptionen einbrachte. Nunmehr mel-  
 20 e. m. dete sich auch D. Michael Deuber bey dem R.  
 Hofrath mit einer Vollmacht von dem H. Ul-  
 rich von Mecklenburg in dieser Rostockischen  
 Sache, und bat um Erlaubniß zu handeln. Es  
 wurde aber beschlossen, erst Erkundigung einzuz-  
 ziehen: ob er auch die Macht habe, andere zu  
 substituiren, damit die Sache nicht aufgehal-  
 21 e. m. ten würde. Und gleich den Tag darauf klagte der  
 H. Johann Albrecht von Mecklenburg, daß  
 er, wegen des Moskowitzers, nicht länger auf  
 dem Reichstage bleiben könnte; mithin bitten  
 wollte, fordersamst in der Sache zu erkennen,  
 worauf auch Rostock befohlen wurde, schleunige  
 Antwort zu geben.

Inzwischen befaßl der Kayser dem Reichs-  
 hofrath, durch etliche aus seinem Mittel, nemlich  
 den Herrn von Stahrenberg, den Grafen von  
 Witgenstein, Zotten von Pernect, den D.  
 Schober und D. Jungen, mit Zuziehung etli-  
 cher Gesandten der Churfürsten von Maynz  
 und Sachsen, des Herzogs von Bayern, des  
 Landgrafens von Hessen und der Stadt Nürn-  
 berg, eine gütliche Handlung, *salvo Processu*,  
 in Sachen Mecklenburg wider Rostock, vorzu-  
 23 Nov. nehmen. Es geschah auch solches, wobei dann  
 alle vorgemeldete Deputirte, bis auf den chur-  
 maynzischen Gesandten, zugegen waren, und  
 der D. Schober erstlich den Commissarien aus  
 der Sache referirte, hernach auch den Parteyen  
 die Kayserliche Willensmeinung vortrug, und  
 sie



sie zum Frieden und gütlichen Vergleiche er-  
 mahnte. Die Herzoglich Mecklenburgischen  
 Anwälde bedankten sich und erkannten, daß bei  
 der Theile Nothdurft, insonderheit wegen der  
 übrigen Zürläufe, erforderte, sich mit einander zu  
 vertragen. Weil aber die vorige gütliche  
 Handlungen zu Wien und Prag, in den Jahr-  
 en 1568. und 1569., bey Rostock nicht statt-  
 finden wollen; so könnten sich die Herzoge auf  
 nichts anderes einlassen, als daß die Sequestration  
 der Festungen, doch auf Caution, selbige nach  
 rechtlichem Erkenntniß zu schleifen, und die  
 Suspension der Accise, welche sie zur Helfte der  
 Stadt lassen wollten, aufgehoben, auch die At-  
 tentaten abgeschafft würden; Sie hätten auch  
 von dem abwesenden H. Ulrich zu nichts wei-  
 term Gewalt. Die Stadt Rostock erklärte  
 darauf durch ihren Anwald, daß sie willig wäre,  
 sich *salvo protestu* einzulassen; doch daß vor allen  
 Dingen die Festung abgeschafft würde. Allein  
 die Commission war der Meinung, daß die von  
 jedem Theile gethane Vorschläge dem andern  
 angezeigt, und Beide ermahnt werden sollten, et-  
 was näher zusammen zu treten, oder daß man  
 diese Handlung auf den vormals zu Güstrow be-  
 griffenen, sich aber geschlagenen Vertrag vorneh-  
 men wollte. Hierauf stellte die Stadt Rostock  
 vor, sie wäre, ehe sie an Mecklenburg gekom-  
 men, privilegiert worden, daß auf eine Meile  
 weit von der Stadt keine Festung erbauet wer-  
 den sollte. Solche Privilegien wären nicht nur  
 von den Kaysern und den Herzogen von Meck-  
 lenburg der Stadt bestätigt worden, sondern  
 es habe auch der Herzog, bey seinem Einzuge,  
 versprochen, die Stadt bey ihren alten Freyhei-  
 ten zu lassen. Außerdem wäre auch die Festung

3. Ob. auf der Stadt Grund und Boden, in ihrer  
1570 Obrigkeit und von ihrem Vorrathe erbauet worden, mithin sie ihr, auf gebührende Caution, billiger zu lassen wäre. Was das angebliche gemeine Beste dieser Festung belange, so verschaffte sie keinen Schutz gegen die mitternächtigen Feinde, weil sie gegen Mittag angeleget worden, und wäre mehr. an den Festungswerten der Stadt gelegen, deren Mauern auf 500. Schritte lang niedergestossen worden, und daher auf das eifrigste wieder in den vorigen Stand gesetzt werden müßten.

24 Nov. Bei Fortsetzung dieser zur Güte ernannten Commission wollten die Fürstlich Mecklenburgische Anwälde, auf die zu Güstrow vorgeschlagene Mittel, die Festung zu schleifen, nicht handeln, weil die Stadt Rostock seitdem mit mehrern Ungehorsam und Attentaten gegen die Herzoge sich vergangen, und die Zeitläufte sich geändert hätten. Außerdem hätten sie von dem H. Ulrich auf diesen Fall keine Gewalt, mithin sie auf dem vorigen bestünden, und um rechtlichen Ausspruch bäten. Auf die Rostockische Erklärung aber gaben sie diese Antworten: 1) die Festung sey wegen des Ausruhrs der Bürger, und um sie im Gehorsam und Einigkeit zu erhalten, gebauet worden; 2) sey es nicht wider ihre Privilegien; 3) mit Willen und Zuthun des H. Ulrichs geschehen; und 4) nicht contra Denunciationem Caesaris; auch endlich 5) deren Lage so beschaffen, daß die Stadt und der Hafen von derselben beschützt werden könnten; wie dann auch die Herzoge gewillt gewesen, die Stadt wiederum mit ihren Mauern zu beschließen, bäten daher nochmals um schleunige Erkenntniß. Man erwähnte zwar hierauf, von Commission wegen, die

die Mecklenburgischen Anwälde nochmals, sich J. Ebe. auf den Güstrowischen Vertrag einzulassen; <sup>1570</sup> sie nahmen es aber bloß auf Zurückbringen an. Auch Rostock erklärte sich, bey dem vorigen zu bleiben, und in dieser Rechtsache mündlich zu beschliessen, mit Bitte, nach Billigkeit zu urtheilen; wie dann auch die Stadt, nach Abschaffung der Festung, eine fernere Handlung, doch nicht auf den Güstrowischen Vertrag, wohl leiden möchte. Den Tag darauf erklärten sich die <sup>25 Nov.</sup> Mecklenburgischen Anwälde auf die von der Commission vorgeschlagene neue Vergleichsmittel, nemlich wegen Veränderung der Festung zc., daß sie auf die Güstrowische Notel handeln, doch nicht daran gebunden seyn wollten; wofern anders der Rostockische Anwald genugsam bevollmächtigt wäre, und sie begehrten daher, ihnen die Mittel, und wohin die Festung zu verlegen, zu eröffnen. Der Rostockische Anwald aber erwiederte hierauf, daß, ob er gleich genugsam bevollmächtigt wäre, dennoch die Stadt gegen ihre Privilegien nicht einräumen könnte, daß auf eine Meile von der Stadt und dem Flusse Warnow eine Festung gebauet würde. Sie hielt es auch um so unnöthiger, da die Stadt genugsam geschwächt wäre, und sich zu allem schuldigen Gehorsam erbieth. Er führte zugleich die Worte selbst aus den alten Privilegien der Herzoge von Mecklenburg an, worin es hiesse: „Nulla etiam munitio infra Rostock & Warnemynde, aut alias circa fluvium Warnow, ad spatium unius milliaris, per nos, aut per aliquos nostro nomine, debet construi etc. etc.“

Die Kayserliche Commission ermahnte, ein Paar Tage hernach, die Rostocker nochmals <sup>17 e. m.</sup> auf das fleißigste, da sie genugsame und eine Ge-

3. Ebr. neralgewalt hätten, und die Festung nach Wars  
 1570 nemünde, welches zwey Meilen von Rostock  
 gelegen, verlegt werden möchte, wo sie dem ganzen  
 Reiche gegen die Moskowiter dienlich seyn wür-  
 de, daß sie sich auf solche Mittel möchten be-  
 handeln lassen. Allein die Rostocker wandten  
 ein, daß sie in keine Festung gegen ihre Privilegien  
 willigen könnten, als welche an andern Orten, mit  
 mehrerm Vortheil, anzulegen wäre; Sie wollten in-  
 dessen doch, laut des Pragischen Vertrages,  
 24000. Gulden für die Niederreißung der Festung  
 bewilligen, könnten aber auf die Güstrowis-  
 sche Notel nicht handeln. Dagegen replicir-  
 ten die Mecklenburgischen Anwälde, daß sie  
 sich anderer Vorschläge versehen hätten, und daß sie  
 sich auf den Pragischen Vertrag nicht einlassen  
 könnten. Falls also keine andere Mittel vorhanden  
 wären; so wollten sie um das Recht, mit Aufhe-  
 bung der bisherigen Sequestration, bitten. Ros-  
 stock hingegen duplicirte, es habe dem Herzog  
 bereits 20000. Gulden gegeben, damit die Stadt  
 ihre Privilegien erhalten, und dazu wäre die Festung  
 auf ihrem Boden und Selbstkosten er-  
 bauet worden, hoffte daher, der Kayser werde  
 währendder Zeit, da diese Rechtsache noch an-  
 hängig und nicht ausgemacht wäre, nichts  
 neues verhängen. Es beschloß daher der R.  
 Hofrath, da kein Theil von seinem Vorschlage  
 weichen wolle, sondern das Recht begehre, daß  
 dem Kayser solches referirt, und weiterer Bes-  
 cheid erwartet werden solle, mit dem Gutachten:  
 obgleich die Zugeordneten der Stände sich be-  
 schwerten; so solle dennoch der Kayser alsbald, mit  
 ihrem Zuthun, darin erkennen. Als man nun  
 6 Dec. hierauf im R. Hofrath, auf Kayserlichen Bes-  
 fehl, die Acten in Sachen Rostock &c., mit den

zugeordneten Ständen, verlesen, und ein Urtheil verassen, oder ein Bedenken an den Kayser geben sollen; so entschuldigten sich die Zugeordneten des Stände, besonders Hessen, und wollten sich, ohne ausdrücklichen Befehl des Kayser, nicht einlassen; within ward es vorerst suspendirt, um davon, *cum Voto*, an den Kayser einen Bericht zu erstatten. Hernach wurden aber doch, am folgenden Tage, diese Acten im R. Hofrathe, in Gegenwart der Gesandten von Chur = Sachsen, Bayern, Württemberg, Straßburg und Nürnberg, verlesen, und in der Sache verfahren, auch den Tag darauf, nach verlesenen Acten, ein Beyurtheil abgefasst <sup>u)</sup>. Wie nun endlich dieser Handel doch noch, ohne rechtlichen Ausspruch, durch einen gütlichen Vertrag, beigelegt worden, soll zu seiner Zeit gemeldet werden.

Ehe wir auch noch von den, auf unserm Reichstage, vor dem R. Hofrathe stark betriebenen Erbtheilungs = Streitigkeiten zwischen den vier Brüdern und Grafen von Schwarzburg handeln, wollen wir erst ein Paar anderer, sie betreffender Sachen gedenken. Ungefähr seit dem J. 1561. oder 1562. war die, zwischen dem Chur = und Fürstlichen Hause Sachsen eines, und dem Gräflich = Schwarzburgischen Hause andern Theils, streitige Steuer = und Exemptions =

Bb 4

sache,

- u) Senckenberg. Sammlung x., P. II. p. 5. 7. 9. 10. 14. sq. 20. 44. 54. 64. 77. 78. 81 - 83. 85. sq. 87. 88. sq. 97. & 98. Wettken l. paulo ante c., beyrn Ungnad im 15 Stück, p. 1124. sq. Scharidi Epit. ad a. 1570., in Eius Scriptor., T. IV. p. m. 148. b. Landorp l. c., T. II. L. X. p. m. 45. Tbuanus l. c., T. II. L. XLVII. p. m. 638. Schadaeus l. c., P. II. L. VI. S. 64. p. 199. und Hans Heintr. Klävers Beschreib. des Herzogth. Mecklenburg, P. III. Sect. I. p. 770.

3. Apr. sache, vor dem R. G. anhängig gemacht, und  
 1570 hierauf in der ersten Instanz vor den Austregal-  
 gerichten scharf getrieben worden. Von diesen  
 erfolgte, in dem gegenwärtigen Jahre, zu Naumburg  
 23 Apr. ein Endurtheil, des Inhalts, „daß die klagenden  
 Grafen von Schwarzburg nicht erwiesen hätten, daß sie im Besitze seien, ihre  
 Unterthanen und Güter, welche sie von den Churfürsten und Fürsten von Sachsen zu  
 Lehen tragen, und auch in deren Fürstenthümern und Territorien liegen, in vorfallenden  
 herrschaftlichen Nothfällen, mit Steuern zu besetzen, mithin der Churfürst und die Herzoge von Sachsen ganz wohl Fug und Macht gehabt hätten, die geschehene Verbote auszuheben zu  
 lassen, und sie also von angestellter Klage zu absolviren seien. Hingegen aber habe sich aus dem  
 geführten Beweise befunden, daß die klagenden Grafen im Besitze seien, den Bier- und Weinstehenden oder die Tranksteuer einzunehmen, wie  
 auch den gemeinen Pfenning, wenn derselbe von dem L. R. angelegt wird, nicht allein von ihren  
 Unterthanen, die sie von dem L. R. ohne Mittel zu Lehen tragen, als worüber kein Streit  
 sey, sondern auch von denen, die sie von dem Hause Sachsen zu Lehen empfangen, zu fordern und einzunehmen, und solchen dem L. R.  
 unmittelbar einzuliefern, wobei sie auch billig, doch weiter nicht, als sie bisher im Gebrauche gehabt, zu lassen wären; es wollten dann der besagte  
 Churfürst und die Herzoge von Sachsen die Grafen aus solcher Quasipossession im  
 Petitorium zu Rechte setzen, als welches ihnen vorbehalten seyn sollte. Von diesem Urtheil  
 haben vornemlich die Grafen von Schwarzburg wegen des ihnen abertantigen Besizes der Landsteuer,

steuer, wie auch das Haus Sachsen, in Anse. I. Chr. dung des ihm abgesprochenen Besizes der 1570 Trant- und Reichs- Steuern an das R. C. appellirt, wo dieser Proceß über anderthalb hundert Jahre geführet worden, bis endlich derselbe von beiden Theilen, durch die zu Dresden im J. 1719., und zu Weymar im J. 1731., geschlossene Vergleich, aufgehoben wurde, vermöge dessen das Besteuerungsrecht den nunmehrigen Fürsten von Schwarzburg zugestanden wurde, diese aber sich anheischig machten, jährlich an Chur- Sachsen 7000. Rthlr, und an den Herzog von Sachsen-Weymar 3500. Rthlr, als ein immerwährendes und unablegliches Prästandum zu entrichten <sup>o)</sup>).

Der auf dem Speyerischen Reichstage in m. Oa. Person anwesende Graf Günther von Schwarzburg übergab dem Kayser eine Supplication, worin er, in seinem und seiner Brüder Namen, um die Session und besondere Stimme im Fürstentrathe anhielt, welche dann der Kayser, mit einem Dekrete, in die Chur-Maynzische R. 20 Oct. Kanzley schickte, damit der Churfürst die Sache den R. Ständen, zu Eröffnung ihres Bedenkens

Bb 5

vortra-

<sup>o)</sup> Müllers Sächs. Annales, ad a. 1570. p. 155. sq. *Deductio Iuris et Facti* in Sachen Sachsen-Weymar contra Schwarzburg Arnstadt; (f. l. 1712. fol.) Sect. II. §. 12. sqq. p. 26. sq. und in den Beylagen, Lit. Ll. p. 150. sq. Gründl. Nachricht, was es mit denen zwischen dem R. von Pöbelen und Churf. v. Sachsen und dem Hause Schwarzburg A. 1699. und 1702. errichteten Recessen vor eigentl. Bewandnis habe u.; (Dresden, f. a. fol.) p. 11. und in den Beylagen, n. 13. et 14. p. 15-18. Königs R. A., T. XXIII. p. 1239. n. 33. L. B. H. Heydenreichs Hist. des — Fürstl. Hauses Schwarzburg; (Erfurt, 1743. 4.) L. II. c. 2. §. 5. 9. et 10. p. 306. 322. sq. et 331.



26 Dec. vortragen möchte. Allein wenige Tage hernach überga-  
 1570 ben die Gesandten der sämtlichen Wetterauischen  
 und Schwäbischen Grafen eine Gegensuppli-  
 cation auf die von dem Grafen Günther von  
 Schwarzburg überreichte Bitte wegen der Ses-  
 sion und Stimme im Fürstenrathe. Indessen wie-  
 6 Nov. derholte Graf Günther sein Gesuch in einer neuen  
 dem Kayser übergebenen Supplick, worin er äusser-  
 te, wie er gar nicht zweifelte, daß ihm und sei-  
 nen Brüdern, als Viergrafen des Reichs \*),  
 und unter denselben den vornehmsten und ältes-  
 sten, die gesuchte Session und Stimme, da sol-  
 che auch schon seine Voreltern gehabt, vom Kay-  
 ser und dem Reichsrathe nicht würde verweis-  
 gert und abgeschlagen werden, da selbige andern,  
 ungeachtet sie hiebevot keinen Sitz und Stimme  
 gehabt, auf ihr Anlangen, verstattet worden. Falls  
 auch etwa, wider Verhoffen, die Wetterauischen  
 und Schwäbischen Grafen oder deren Gesand-  
 ten, sich hierin widersetzen, und den Vorsatz  
 nicht gerne einräumen sollten; so möchte der  
 Kayser erwägen, daß solches gegen ihn und seine  
 Brüder, als Viergrafen des Reichs, und deren  
 Präeminenz halber, unnöthig eingewandt wür-  
 de.

\*) Den Titel eines Viergrafens des H. R. R. bestätig-  
 rigte dem Hause Schwarzburg K. Maximilian der  
 I. im J. 1518. und K. Maximilian der II. im  
 J. 1566.; S. den X. Band des sogenannten Aus-  
 zuges x., S. 112. und den VI. Band der ZL. C.  
 R. G., S. 422. Solchen Titel aber gebrauchten  
 die Grafen von Schwarzburg, so viel man weiß,  
 zuerst bey Unterzeichnung des Erfurtischen Reces-  
 ses im J. 1567.; S. Abasv. Frischii Resolutio  
 Quaestionis, an divisio Ordinum Imperii in  
 Quaterniones idoneo nitatur fundamento, in  
 Eius Opusculis, T. II. P. IV. Tr. XXI. p. m.  
 303. a. edit. noviss. und Heydenreich, l. c., L. II.  
 c. 1: S. 7: P. 284.



de. Und sollten sich jene deshalb dennoch, wider J. Chr. sein Verhoffen, beschwert finden; so stelle er dem 1570  
 Kayser anheim, zu verordnen, wie es mit dem Vor- und Nachsitzen, oder auch Umwechselfeln gehalten werden solle, als welches blos allein bey dem Kayser stünde, in dessen Gewalt auch wäre; da ohnehin von den andern drey Viergrafen des H. R. Cilley ausgestorben, Savoyen und Cleve aber in Fürstenstand erhoben worden, drey andere Grafen mit dem Titel, Präeminenz und Namen der Viergrafen des Reichs zu begeben. Da nun ferner Er, der Graf Günther, nunmehr in die 20. Jahre, des Kayfers und dessen Voreltern, weiland R. Karls des V. und Ferdinands des I., Rath und Diener gewesen; so hoffe er, daß der Kayser ihn und seine Brüder bey dem, was seinen Voreltern zugestanden, erhalten und handhaben werde. Er bäte also nochmals, der Kayser möchte, der gebetenen Session und Stimme halber, dem R. Rathe, der ohne Zweifel dem Kayser diese Sache heimstellen würde, befehlen, daß ihm und seinen Brüdern, als den Viergrafen des Reichs hinfürs in andern R. Versammlungen die Session und besondere Stimme zugelassen würde.

Auch diese zweite Supplicß des Graf Gün-<sup>10 Nov.</sup>  
 thers schickte der Kayser, mit einem Dekrete, in 9 e. m.  
 die Maynzische R. Kanzley, um sie mit der vorigen den R. Ständen vorzulegen, in welche bald darauf der erstgedachte Graf noch eine andere Sup-<sup>20 e. m.</sup>  
 plication, die an alle Churfürsten, Fürsten, und Stände des Reichs und deren Gesandten, Räte und Botschafter auf dem damaligen Reichstage gerichtet war, eingab. Weil indessen die Reichsstände zauderten, das von ihnen verlangte Bedenken abzustatten, und Graf Günther  
 die

1570 die Sache eussig trieb: so erließ der Kayser an den  
 23 Nov. Churfürsten von Maynz ein neues Dekret, die-  
 se Sache so viel möglich zu befördern, und in den  
 R. Räten zu erledigen. Bey der an diesem  
 d. e. Tage, zwischen den Churfürstlichen und Fürst-  
 lichen Collegien, wegen der, den Tag vorher, aus-  
 22 e.m. gefangenen Berathschlagung über den letzten  
 Punkt der Kayserlichen Proposition, die streis-  
 tige Sessionen belangend, angestellten Re- und  
 Correlation, trug der Oesterreichische Gesand-  
 te, D. Jung, darauf an, daß Schwarzburg  
 und andere Stände nicht auszuschliessen, son-  
 dern dieselben dem Kayser gleichfalls mit zu em-  
 23 e.m. pfehlen wären. Als aber hierauf Chur-Maynz  
 das obermähnte Kayserliche Annahmungsde-  
 krete wegen Schwarzburg, im churfürstlichen  
 Collegium, verlas; so fiel dessen einstimmiger  
 Schluß dahin aus, daß die Schwarzburgische  
 Sache auf die künftige Handlung wegen der  
 Session verschoben werden sollte. Bey der als-  
 d. e. dann gehaltenen Re- und Correlation mit dem  
 Fürstlichen Collegium erinnerte aber der obbe-  
 nannte D. Jung, im Namen dieses Collegi-  
 ums, als dessen Direktorialgesandter, daß, weil  
 vom Kayser wegen Schwarzburgs eine beson-  
 dere Annahme geschehen, man solches und  
 auch die Sache anderer Stände, die noch nicht  
 Session hätten, dem Kayser heimstellen wolle.  
 Hingegen die R. Städte ließen es, in der mit ih-  
 nen angestellten zweiten Re- und Correlation,  
 bey dem Bedenken der Churfürsten und Fürsten  
 bewenden; worauf man sich in allen dreyen R.  
 Collegien über ein gemeinschaftliches Dekret  
 dahin verglich, daß, so viel die Supplication des  
 Graf Günthers von Schwarzburg um die Ses-  
 sion belange, diese Sache bey der Stände Ber-  
 dem

denken über den Punkt wegen der Session gelaf. J. en  
sen würde. Es ist auch hierauf in das, dem Kay<sup>1570</sup>  
fer wegen der streitigen Sessionen übergebene,  
K. Gutachten nichts besonders in Ansehung  
Schwarzburgs eingeflossen, sondern nur gegen  
Ende desselben geäußert worden: „Weil auch noch  
„etliche Stände bevor seyn sollen, die noch zu  
„Zeit zu keiner Session gekommen, auch deshalb  
„mit keinem insonderheit streitig wären; wo  
„und welcher massen dann denselben auch ihre  
„gebürliche Session und Stimme zu geben, hät-  
„te der Kayser im Fürstentathe gebühliche Ver-  
„ordnung, jedoch in dem des L. R. und dessen  
„Stände, vornemlich der Interessenten Noth-  
„durft auch zu bedenken, vornehmen zu las-  
„sen.“ Auf dieses Gutachten erklärte der Kays-  
ser in seiner Antwort, daß er geneigt wäre, der-  
jenigen halber, die noch nicht Session hätten,  
wenn man sie ihm namhaft machte, und dabei ih-  
rer Ankunft und Herkommens bey dem Reich  
genügsamer Bericht geschähe, die gebührende  
Nothdurft zu verordnen“).

Was nun noch die, währendem Reichstage,  
vor dem K. Hofrathе statt betriebene Schwarz-  
burgische Erbtheilungs-<sup>4</sup> Streitigkeiten be-  
trifft; so waren die drey Brüder und Grafen von  
Schwarzburg, Günther, Johann Günther  
und Albrecht mit ihrem Bruder, dem Grafen  
Wilhelm, wegen der brüderlichen Erbtheilung  
in Irrungen gerathen, die schon einige Zeit her  
gedauert hatten, und durch das unbeerbte Abs-  
sterben

m) Fürstl. Schwarzb. Rechte zu besonderm Sitz und  
Stimme in dem K. Fürsten Rath; (f. l. 1713.  
fol.) B. 1. b. sq. und in den Beylagen M. - R.  
plag. C. 1. a. - R. 1. a. Cf. Heydenreich, l. c.  
L. II. c. 1. §. 4. 7. et 8. p. 275. - 277. et 284. sq.

3. **Er.** Sterben des Graf Philipps von Schwarzburg,  
 1570 von der Leutenbergischen Linie<sup>1)</sup>, noch mehr  
 waren vergrößert worden. Die Sache war an  
 dem R. Hofrath anhängig, und der Kayser  
 setzte nun, auf dem R. Tage zu Speyer, diesen  
 wegen eine eigene Commission nieder, welche aus  
 dem Herrn von Bernstein, dem von Winnen-  
 berg, dem Lazarus von Schwendy und dem  
 Grafen Ludwig von Witgenstein bestand. Die-  
 10 **Sept.** se eröffneten den Grafen von Schwarzburg ihre  
 obhabende Commission, und beschlossen, daß  
 schriftlich in der Sache gehandelt werden sollte;  
 worauf die Grafen Günther und Albrecht die  
 von ihrem Bruder, dem Grafen Hans Günther,  
 habende Vollmacht vorbrachten, sich allein auf  
 die Reichs- und Böhmisches Leben einzulassen;  
 wie sie sich dann auch hernach noch ferner dahin er-  
 klärten, ohne Vorwissen des Churfürsten von  
 Sachsen nicht weiter zu gehen, doch könnten  
 sie geschehen lassen, daß umvorigeifliche Vor-  
 schläge ihnen geschehen würden. Hingegen begehrte  
 der Graf Wilhelm die Vollziehung des zu Wien  
 aufgerichteten Vertrages, man stellte ihm aber das  
 Begeh.

1) Dessen Wittwe, Catharina, eine geborne Prinzess-  
 sin von Braunschweig-Grubenhagen, kam, den  
 22. November, bey dem R. Hofrath ein, und  
 bat, die vormalis gegen den Grafen Günther von  
 Schwarzburg und seine Behder, auf den Grafen  
 Carl von Gleichen und den Herrn von Schönbürg  
 ausgebrachte Commission, nach nunmehr erfolg-  
 tem Absterben des Graf Carls, dem Churfürsten  
 von Sachsen zu übertragen, und den Gebrüdern  
 und Grafen von Schwarzburg zu befehlen, den  
 vertragenen Sachen ohne fernern Aufenthalt nachzu-  
 kommen; worauf im R. Hofrath das Dekret er-  
 folgte, Bericht von den Grafen von Schwarzburg  
 zu erfordern; S. Senkenberg. Sammlung n. P.  
 II. p. 79.

Begehren des Gegentheils zur Beantwortung 1570.  
zu. Einige Tage nachher kamen die Kayserlichen 6 Dn.  
Commissarien wiederum bey dem Herrn von  
Bernstein zusammen, wo aber nichts gehandelt,  
sondern nur auf die von dem Grafen Günther  
übergebene Schrift der Bedacht dahin genommen  
wurde, diese Handlung nicht allein auf die Reichs-  
und Böhmisches, sondern auch auf alle Lehen,  
und dahin zu richten, daß, gleichwie zu Wien  
wegen der ganzen Erbschaft ein Vertrag auf-  
gerichtet worden, also nunmehr noch in allem eine  
Vergleichung vorgenommen werden sollte; dem  
Grafen Wilhelm aber wurde die von dem Grafen  
Günther übergebene Schrift zur Beantwor-  
tung zugestellt. Man ermahnte hierauf sowohl 13 e.m.  
diesen, als auch den Grafen Günther auf das  
stetigste zu einer Vergleichung; da dann der Let-  
tere darenin willigte, daß Vorschläge geschehen  
könnten, und der Letztere sich erbot, einen endli-  
chen Vorschlag zu thun, wobei er und seine  
Brüder zu bleiben gedächten. Nun wurden zwar 17 e.m.  
nachher von dem einen und andern Theil Ver-  
gleichsmittel vorgeschlagen, sie waren aber keinem  
annehmlich. Graf Günther wollte nemlich sei-  
nen Bruder Wilhelm an einen Ort abtheilen,  
dieser aber wollte nicht von den vier Haupt-  
häusern, als Arnstadt, Sondershausen, Ru-  
dolfsstatt und Frankenhausen, ausgeschlossen  
seyn; man setzte also die Sache zu weiterm Bes-  
denken bis auf den folgenden Tag aus. Es verzog  
sich aber damit etwas länger, und geschah in der Sa-  
che vorerst weiter nichts, als daß die von dem einen 27 e.m.  
oder andern Theil übergebene Schriften dem  
Gegentheile communicirt wurden.

Nach einigen Tagen übergab der Graf Gün- 31 e.m.  
ther eine schriftliche Antwort, warum die Thei-  
lung

g. Er. lung nicht geschehen könnte, oder auch Graf  
 1570 Wilhelms Vorschlag nicht annehmlich wäre;  
 nemlich wegen der veränderten Beschaffenheit  
 der Grafschaft; deswegen er die Commissarien  
 um eine Besichtigung bat. Diese hingegen schlos-  
 sen hierauf vor, daß die drey Brüder, nach ih-  
 rer eigenen Wahl, ihrem Bruder, dem Grafen  
 Wilhelm eines von den vier Haupthäusern zu  
 seinem Ansitze, mit seiner Gebühr, einräumen  
 sollten, welches durch besondere dazu verordnete  
 Commissarien einzurichten wäre, damit es seinen  
 vierten Theil ertragen möchte. Die Commis-  
 sion handelte zwar hierauf abermals in dieser Sa-  
 che; aber der Graf Günther bat um einen Auf-  
 schub, bis er von seinem Bruder, dem Grafen  
 Hans Günther, eine Antwort auf den letzt getha-  
 nen Vorschlag erhalten hätte. Während der Zeit  
 man nun auf dieselbe wartete, verlangte der Kayser  
 von den vorbenannten Commissarien, daß sie ihm  
 von dieser Sache einen Bericht abstellen sollten,  
 welches auch, in Gegenwart des Kayserlichen Hof-  
 meisters und des R. Vicetanzlers, geschah.  
 Nachdem der Secretär die aufgesetzte Relation  
 verlesen hatte, verlangte darüber der Kayser von  
 dem Herrn von Bernstein sein Votum, wor-  
 cher es dahin ausserte, daß, da der Graf Güns-  
 ther an seinen Bruder, Hans Günther, um  
 dessen Entschliessung und weitere Vollmacht ge-  
 schrieben hätte, solche erst abzuwarten wäre; es möch-  
 te aber der Kayser die sämtlichen Brüder vor sich  
 kommen lassen, und Selbst dieselben zu einem Ver-  
 gleiche ermahnen. Falls nun die Güte nicht er-  
 folgte, hätte der Kayser den Grafen Wilhelm in  
 den vierten Theil der Reichs- und Böhmisches  
 Lehen einzusetzen, wegen des übrigen aber an  
 die Churfürsten von Maynz und Sachsen, als  
 Lebens-

Lebensherren, zu verweisen, und endlich zu Litz. Chr. Liquidation der Schulden könnten besondere 1570 Commissarien verordnet werden. Diesem Gutachten stimmten der von Winnenberg und Graf Lubowitz von Wüngenstein schlechterdings bei; hingegen war Schwendy der Meinung, der Kayser möchte mit den Grafen von Schwarzburg dahin handeln, daß sie dem Kayser die Macht gäben, in der Sache zu sprechen, damit sie nicht an das Recht, und also auf die lange Bahn gezogen würde, oder aber möchte sie der Kayser dem Churfürsten von Sachsen auftragen. Allein der Kayserliche Hofmeister und der K. Vicetanzler ließen sich gefallen, daß man erst die Antwort von Schwarzburg erwartete, und nachher der Kayser die Grafen selbst vor sich forderte, und sich Klache geben liesse, darin zu sprechen; worauf der Kayser dieser Meinung beitrug, und so viel zu verstehen gab, daß der Graf Wilhelm sich genugsam erboten hätte, und der Unglücksfall mehr auf der andern Seite beruhete.

Graf Wilhelm bewilligte nachher, seine 1670 Brüder in Erseigerung des Salzhandels nicht zu hindern, sofern es ohne Bedrängung den Untertanen zu erhalten wäre. Der Graf Günther ließ es dabei bleiben, mit der Anzeige, daß, wenn auch gleich sein Bruder darein nicht willigen wollte, er und seine beide Brüder demselben doch nachzusetzen wüßten. Soviel aber die Hauptsache belange, wollten sie, mit Bewilligung Graf Hans Günthers ihre Erklärung schriftlich übergeben, Frankenhausen, Keula, Straußberg, Rebra u. dem Grafen Wilhelm einzuräumen, und darauf den vierten Theil gut zu machen. Zugleich übergaben sie noch einige Nebenartikel, welche sie gerne mit verglichen haben

L. K. S. 8. Th.

Ec

wollten;



3. Dec. wollten; weil aber der. von Wittenberg im  
1570 Schwendy nicht mit zugegen waren; so wurde  
17 Nov. das weitere bis auf den folgenden Tag verschoben.

An demselben übergab also der Graf Günther die Vollmacht von seinem abwesenden Bruder, Hans Günther, worauf Graf Wilhelm erklärte, sich auf Frankenhäusen, Klingen und Keula abtheilen zu lassen, oder gegen Sondershausen mit den übrigen zu wechseln, oder aber, nach dem gethanen Vorschlage, des Graf Hans Günthers Theil anzunehmen; übrigens antwortete er kurz auf die übrigen Artikel, und verschob sie auf die künftige Theilung. Bey der folgenden

19 e.m. Sitzung verlangte die Commission von dem Graf Wilhelm, daß er sich endlich erklären sollte, und ermahnte ebenfalls den Grafen Günther zu gleichmässiger Handlung. Jener erklärte

20 e.m. sich auch endlich, daß er bey Frankenhäusen, Klingen und Keula bleiben, und dem Grafen Hans Günther den halben Weinwachs zu Klingen folgen lassen wollte, welches Graf Günther an seinen Bruder zuvor zu melden versprach. Da nun deswegen Graf Albrecht von Speyer wegweisete, und der Graf Wilhelm solches erfuhr; so

21 e.m. beschwerte er sich darüber zum höchsten, und klagte es dem Kayser selbst. Allein er beruhigte sich wieder, als ihm der Herr von Bernstein und der Graf von Wirsingen zu verstehen gaben, daß die Abreise des Graf Wilhelms nicht Ausfluchts halber, sondern deswegen geschehen sey, um die endliche Entschliessung von dem abwesenden Bruder und ihrer Frau Mutter einzuholen.

4 Dec. Hierauf übergab Graf Günther die endliche Entschliessung seines Bruders, daß nemlich Graf Wilhelm Frankenhäusen nebst etlichen Aemtern, doch ohne Klingen, bis zu der Theilung,



lung, die durch das Loos zu machen, behalten solle. 3. Ehr. Weil aber Graf Wilhelm auf Klingen beharrte; 1570 so brachte Graf Günther eine andere endliche Resolution vor, nemlich daß Graf Hans Günther, auf seines Bruders Vorschlag, Frankenhäusen wäle. Doch wurde mit dem Graf Wilhelm gehandelt, daß er an statt Klingen eine Summe Geldes nehme, welches Graf Günther in Bedenken genommen hat. Endlich wurde 5 Dec. von Commissions wegen mit den Grafen von Schwarzburg soviel gehandelt, daß der Graf Wilhelm Frankenhäusen, Keula, Kelbra u. bis zur endlichen Theilung, die vor nächstkünftigen Pfingsten geschehen sollte, innehaben, alsdann die Theilung, durch gewisse Personen, durchaus gleich gemacht, und auf das Loos gestellet werden sollte; Graf Hans Günther aber behielt Sondershausen, Klingen, Zeeringen u. Hier- nächst ward der Punkt wegen der Schulden so erledigt, daß Graf Wilhelm von den altväterlichen ein Viertel, und von den übrigen 50000. Gulden auf sich nehmen solle; doch wenn in der folgenden Liquidation weniger erfunden würde, solle es ihm zu gut kommen, und sonst alles gleich, durch das Loos, ausgetheilet werden. Hierauf, statteten die Commissarien dem Kayser von der geschehenen Vertragshandlung in dieser Schwarzburgischen Sache; in Gegenwart seiner geheimen Räche, umständliche Relation ab, da dann der Kayser beliebte, daß die Vertragsnotiz von den Commissarien und den Partheyen unterschrieben und besiegelt, auch hernach in Gegenwart des Kayfers ratificirt würde. Es ist auch hernach das Concept des verabredeten Vertrages zu Papier gebracht, und vor der Commission verlesen worden. 9 e. m. 12 e. m.

J. Gr.

1570

Eigentlich wurden auf dem Reichstage zu Speyer, von der zu dieser Sache niedergesetzten Kayserlichen Commission, zween Verträge oder Abschiede, zwischen den vier Brüdern und Grafen Günther, Hans Günther und Albrecht an einem, und dem Grafen Wilhelm am andern Theil aufgerichtet, unterschrieben und besiegelt, wie nemlich die Aemter, Güter, Einkünfte und Nutzungen ihrer Grafschaften und Herrschaften, wie auch die vorhandene Schuldenlast erblich getheilet werden sollten. Vermöge derselben ernannten die Grafen folgende zehn alte Dierier, Lehen- und Land-Leute der Grafschaft Schwarzburg, nemlich den Oberhauptmann Christof von Enzenberg, Hansen von Bodenstein, Wendeln von Greffendorf, Frisen von Wigleben, Georgen von Schönfeld, Wolfen von Willersleben, Hansen Worm zu Wolframshausen, Bastian von Gernar, Apollon Wigand und Andresen Degenberg, welche nach vorgängiger Erlassung ihrer alten Pflicht, und zu dieser Handlung geschehenen neuen Beeidigung, die Theilung machen sollten. Sie unterzogen sich (1571) auch im folgenden Jahr diesem Geschäfte, und ließen, durch etliche aus ihrem Mittel die Aemter der Grafschaft und Herrschaft beziehen und besichtigen. Sie erforderten ferner Berichte von den ältesten Rätchen, Dienern und Unterthanen, verordneten an jedem Orte beeidigte Taxatoren der Grundgüter, ließen sich von den Schöffen aller Aemter Abschriften von den stehenden Renten, Gülten, Zinsen und andern Gefällen geben, und nahmen Einsicht von den alten Büchern, Registern, Rechnungen und Theilungszetteln, moderirten auch, doch wenig, die Anschläge, wo sie selbige an solchen Orten, ihrem

rem Ermessen nach, zu hoch oder zu niedrig er. J. Chr. achteten, und unterrichteten sich also von allem und 1570 jedem, was sie zu der vorzunehmenden Theilung für nöthig hielten. Nachdem sie sich nur auf solche Art genugsam vorbereitet hatten, so entwarfen sie einen weitläufigen Erbtheilungs = Recess, und rückten noch etliche andere Punkten mit ein, von denen in den ältern Erbtheilungen der Grafen von Schwarzburg gute und nützliche Vorkehrungen geschehen waren; worauf sie vier Originarien von diesem Theilungsrecess ausfertigten, und einem jeden der vier Grafen und Brüder davon ein Exemplar zuschickten. (29. Sept. a. c.)

Allein der Graf Wilhelm hatte gegen diesen Entwurf des Theilungsrecesses wiederum vieles einzumenden, beschuldigte ihn vieler Mängel, und brachte seine dagegen habende Beschwerden von neuem an den Kayserlichen Hof, welches abermaligen Bericht und Gegenbericht veranlaßte. Indessen fand der Kayser weder billig, noch den Parteyen rathsam, die ganze Theilung, wegen der angezeigten Mängel und Beschwerden, aufzuheben, und eine neue machen zu lassen; sondern er that den Auspruch, daß es bey der, durch die obgedachten Verordneten, gemachten Theilung zwar bleiben, jedoch dem Grafen Wilhelm frey stehen sollte, seine dagegen eingewandte Mängel und Beschwerden vor den Churfürsten von Maynz und Sachsen, als seinen Lehnsherren, und zu dieser Sache besonders verordneten Kayserlichen Commissarien, gütlich, oder wenn die Güte nicht statt finden wollte, rechtlich vorzubringen und darin weiter zu verfahren. Zu dem Ende trug der Kayser, vermöge des zu Wien ausgefertigten Commissorii, den beiden vorbenannten Churfürsten auf, und gab ihnen volle Gewalt, (15. Febr. 1572.) daß

**J. Chr.** daß sie, auf des Graf Wilhelms Ansuchen, in sei-  
**1570** nem, des Kayfers, Namen, beide Theile auf  
 einen kurzen bestimmten Tag und gelegene Wahlstatt  
 vor sich, oder ihre dazu deputirte Rätthe, vorla-  
 den sollten, um in Person, oder durch genugsam  
 bevollmächtigte Anwälde zu erscheinen, die berühr-  
 te Mängel und Beschwerden, auch was ein oder  
 der andere Theil darüber vorzubringen hätte, von  
 ihnen nach Nothdurst zu vernehmen, und hierauf  
 sie, wo möglich, in der Güte zu vertragen. Wür-  
 de aber wider Verhoffen die Güte nicht statt finden  
 wollen; so sollten die besagte beide Churfürsten,  
 als Kayserliche Commissarien, durch einen schlei-  
 nigen summarischen Proceß erkennen und spre-  
 chen, was Recht ist, und also die Partheyen, der  
 vorgebrachten Mängel und Beschwerden halber,  
 rechtlich entscheiden. Ob nun gleich die Kay-  
 serlichen Commissarien diese streitige Erbthei-  
 lungssache entschieden; so machte doch der unruhig-  
 ge Graf Wilhelm neue Querelen dagegen, daß  
 wir also von dieser Sache, und wie sie endlich, nach  
 dem, im J. 1583. erfolgtem, Absterben des Graf  
 Günthers, das Jahr darauf, aus dem Grunde  
 verglichen worden, noch einmal werden reden müs-  
 sen <sup>9)</sup>.

Aus den bisher angeführten und vor dem R.  
 Hofrathe vorgekommenen vielfältigen Sachen ist  
 leicht abzunehmen, daß sich die Geschäfte bey der  
 Kay-

9) *In Iure et Facto* gegründet. *Gegen: Deduction in Car-*  
*den Schwarzburg: Arnstadt contra Sachsen-*  
*Weymar; (f. l. 1716. fol.) p. 74. und in den*  
*Beylagen, n. 46. p. 66.-68. Senkenberg. Samm-*  
*lung II., P. II. p. 10. 14. 21. sq. 23. 30. sq. 41.*  
*45. 47. sq. 49. 57. sq. 61. 72. 74. 76. 78. 96. 97. 98.*  
*sq. 100. sq. et 102. und Lönigs R. A., T. XXIII.*  
*p. 1240.-1248. n. 34. Cf. Heydenreich, l. c. l. l.*  
*c. 7. §. 79. p. 177. coll. §. 82. p. 182.*

Kayserlichen R. Hofkanzley täglich gar sehr J. Ehr. müssen gehäufet haben. Damit sie nun um so 1570 schneller und richtiger ausgefertigt, und zu Erhaltung der Kayserlichen und des Reichs Angehörigen Rechte und Gerechtigkeiten, in gute Ordnung gebracht, registrirt, und gehörig verwahret, auch mit den Sachen und Geschäften der Kayserlichen Erbkönigreiche und Länder nicht vermischet werden möchten; so verglich sich der Kayser, währenddem Speyerischen Reichstage, mit dem Churfürsten Daniel von Maynz, als des H. R. in Germanien Erzkanzler, über eine Kayserliche R. Hofkanzleyordnung, und publicirte hierauf dieselbe zu Speyer. Vermöge derselben sollten sämtliche zur Kayserlichen R. Kanzley gehörige Personen und Verwandten, vom höchsten bis auf den wenigsten, ihr Aufsehen vornehmlich auf den Kayser, als den Herrn und das Oberhaupt, und hernach auf den Churfürsten von Maynz, als den Erzkanzler, haben, und den Geboten und Verböten, welche der Kayser, oder der Churfürst, in des Kayfers Namen, thun würde, zu gehorchen, schuldig seyn. Vor allen Dingen aber solle der erstbenannte Churfürst, als Erzkanzler, sogleich also dafür sorgen, daß die Kayserliche R. Kanzley, zu Verrichtung des hohen Kayserthums und anhangenden R. Sachen und Geschäften, mit tauglichen, erfahrenen, redlichen, und nach eines jeden Amt und Stande geschickten Vicekanzler, Secretarien, Taxator, Registrator, Schreibern und andern Personen versehen werde, indem deren Annehmung und Beurlaubung dem Churfürsten, doch mit Vorwissen und Bewilligung des Kayfers, zustäme. Damit aber an solchen Personen sowohl der Ueberfluß, als der Mangel vermieden würde,

3. We. de, so verordnet der Kayser, daß alle und jede  
 1570 Sachen, welche das Kayserthum, und das H.  
 R., dessen Hoheit, Rechte, Herrlich- und Gerech-  
 tigkeiten, Mandschaften, Lösung, Negalien, Im-  
 privilegien, Indulte, Bestätigungen, Lebensvertrü-  
 gen u. betreffen, in lateinischer, teutscher, oder an-  
 der Sprache, von der Kayserlichen Erbkönigs-  
 reiche und Länder Sachen abgesondert, und  
 durch gedachte Kayserliche R. Kanzley Perso-  
 nen, expedirt, registrirt und in guter Ordnung  
 gehalten, auch hinfüro zu der teutschen Expe-  
 dition über vierzehn Kanzleyschreiber nicht an-  
 genommen werden sollten.

Nachdem auch der Kayser, dieser Sachen  
 halber, seinen besondern R. Rath mit ansehnli-  
 chen und tapfern Rätthen besetzt, und ihnen wegen  
 ihres Verhaltens eine besondere Ordnung und Ins-  
 truction gegeben hätte; so solle es in des Chur-  
 fürstens von Maynz, als Erzkanzlers, Befehl-  
 len und Willen stehen, wenn er an dem Kayser-  
 lichen Hofe sich aufhielte, so oft es ihm gelegen,  
 solchen Kayserlichen R. Hofrath zu besuchen,  
 und alsdann in demselben zu präsidiren. In sei-  
 ner Abwesenheit aber könnte er seinen Vizekanz-  
 ler befehlen, dem Kayserlichen R. Hofrath be-  
 ständig und fleißig beyzuwohnen, die daselbst vor-  
 kommende Sachen dirigiren zu helfen, und gute  
 Acht zu haben, daß alle Bescheide und Expe-  
 ditionen, den ergangenen Rathschlüssen gemäß,  
 ausgehändigt und verferriget würden. Wenn  
 aber etwa der Kayser den Vizekanzler, wegen an-  
 derer seiner geheimen Rathesachen, nicht wohl ent-  
 behren könnte, also daß er nicht allezeit dem R.  
 Hofrath beyzuwohnen könnte; so wolle Er, der  
 Kayser, an dessen Statt eine andere Person ver-  
 ordnen, welche den Vizekanzler vertreten, und  
 des:

weßhalb für eine vornehme Rath- und Kanzl. Person, mit Ehren und Stande, gehalten werden solle. Es sollten aber der gedachte Kayserliche Vicelkanzler und die in dem Kayserlichen R. Hofrath verordnete Personen sich besonders befließen, von allen R. Handlungen, ingleichen andern, das Kayserthum und demselben anhangende Reputation, Würde, Hohheit, Recht und Gerechtigkeit betreffenden Sachen, vor andern Kayserlichen Rächen, gute Kenntniß zu haben, um davon, so oft es nöthig, Bericht zu thun und zu handeln, damit sie nicht allein im Kayserlichen R. Hofrath, sondern auch auf Reichstagen und an andern Orten, mit Ruhm und Nutzen, möchten gebraucht werden können. Damit auch alle zur Kayserlichen R. Kanzley gehörige Personen um so genauer wissen möchten, was ihre Schuldigkeit und Verrichtung sowohl insgesamt, als auch eines jeden insonderheit sey, so schreibt hierunter die R. Hofkanzleyordnung das nöthige folgender massen vor.

I) Vermöge der gemeinen Artikel, die eine jede der Kayserlichen R. Hofkanzley verwandte Person angehen, sollen alle zuvörderst dem Kayser, als dem Herrn und Oberhaupte, und dann dem Churfürsten von Maynz, als dem Erzkantzler, getreu, gehorsam und gewärtig seyn, und alles thun, was ein getreuer Diener seinem Herrn zu thun verbunden ist. Da sie auch die Kayserlichen Geschäfte, besonders die, welche die Kayserliche Administration, Regierungsrechte, Gerechtigkeiten und R. Handlungen betreffen, vor allen andern befördern und fleißig expediren sollten; so solle keiner einem andern Potentaten, Fürsten, Herren, Communen oder andern Personen, mit Dienst oder fernern Pflichten,



3. Er. ten, oder in andere Wege verwandt seyn, noch  
 1570 von ihnen einen bestimmten Sold nehmen, es wäre  
 dann, daß der Kayser es ihm aus redlichen Ursachen  
 erlaube. Es solle auch ein jeder sich aller redlis-  
 chen Erbarkeit befließen, und wenn ihm etwas,  
 von der Kanzley wegen, vom Kayser, dem Erz-  
 oder Vice-Kanzler zu concipiren oder zu schrei-  
 ben aufgetragen würde, den Stil der Kayserlis-  
 chen Römischen Kanzley gebrauchen, und wenn  
 er dessen nicht recht kundig wäre, andere Aelte-  
 re, die bey den Sachen hergekommen, darum be-  
 fragen, die ihm auch solches gütlich sagen, und  
 ihn darin unterweisen sollten. Würde auch et-  
 wa einer sehen oder merken, daß ein anderer im  
 Stil geirret hätte, so solle er solches melden, und  
 der andere es in Gutem aufnehmen. Wolte  
 aber dieser nicht darauf achten, so solle das Con-  
 cept nicht expedirt, sondern zuvor dem Erz- oder  
 Vice-Kanzler angezeigt werden, damit derselbe  
 dñfalls das nöthige verfüge, und keine Nachrede  
 der Kanzley entstehe. Außerdem solle kein Sec-  
 retär, Taxator, Registrator, Schreiber  
 oder Diener mit irgend einer Person, welche in der  
 Kanzley, Sachen halber, etwas zu thun hätte,  
 weder durch sich selbst, noch andere, ohne des Kay-  
 sers Willen, Practicken oder Förderung, Ge-  
 schenk und Gaben halber, haben, sondern vielmehr  
 seinen Fleiß, alle und jede, ohne Unterschied, zu  
 expediren, erweisen. Ingleichen sollen auch die  
 Kanzleypersonen Niemanden am Kayserlis-  
 chen Hofe oder an andern Orten einige Zeitun-  
 gen, die bisweilen an den Kayser gelangen, oder  
 ihnen in der Kanzley zu schreiben befohlen werden,  
 ausschreiben, aufstellen oder publiciren, ohne  
 des Kayfers, des Erz- und Vice-Kanzlers be-  
 sondern Befehl.

Ferner



Ferner erwähnt die R. Hofkanzleyord<sup>n</sup>g<sup>g</sup>. Chr. mung, es habe der Kayser in Erfahrung gebracht, 1570 daß, seit seiner angetretenen Regierung, die Expeditionen der Kayserlichen des Reichs und dessen Angehörigen und Unterthanen Sachen bisweilen aus der R. Kanzley in die Behausung einiger Privatpersonen gezogen, an solchen Privatorten ausgefertigt, und wohl auch durch solche, welche der Kayserlichen R. Hofkanzley mit gefährlichen Gelübden nicht zugewandt wären, geschrieben worden. Solches wäre nun der zwischen seinem Herrn Vater, weiland Kayser Ferdinanden, und dem Churfürsten von Maynz, als Erzkanzlern, verglichenen Kanzleyordnung\*) zuwider, deswegen nicht allein darüber viele Klagen von den Partheyen, ihres ungewissen Umlaufens, und anderer Beschwerden halber, geführt worden, sondern auch bey eines jeden Amtsverrichtung grosse Unordnungen entstanden, ja auch wohl allerhand Weitläufigkeiten in den Expeditionen, und der Kanzley zum Verweife gereichende Offenbarungen geheimer Sachen erwachsen, und endlich in Abfertigung der Posten, bey solchen verschiedenen häuslichen Expeditionen, mehrere unnöthige Unkosten verursacht worden. Dieser und anderer bewegenden Ursachen halber, auch zu richtigerer Beobachtung dieser nunmehrigen R. Hofkanzleyordnung, befahl der Kayser ernstlich, daß künftig alle und jede, in diese Ordnung gehörige, teutsche und lateinische Expeditionen, sowohl der pergamenen, als papiernen Briefe, was es auch für Sachen, Gnaden, Privilegien, Justiz, Befehle, Vorschriften, oder anderes betreffe, in offener oder verschlossener Form, an keinem

\*) S. davon im IV. Bande der H. T. R. G., S. 185.

3. Vor keinem andern Orte, als wo die K. Hofkanzley  
 570 gehalten wird, und nur durch die verpflichtete  
 Schreiber, ingrossirt, expedirt und ausgege-  
 ben werden sollen; es wären dann solche geheime  
 und eilende Sachen, worin der Kayser ein an-  
 deres befehlen würde. Zu dem Ende solle in den  
 Städten und Orten, wo die Kayserliche Hof-  
 Kanzley gehalten wird, dafür gesorget werden, daß  
 der Vicekanzler, und der dessen Amt vertritteten  
 würde, nebst den Kayserlichen Hoffsekretarien,  
 Taxatoren und Registratoren, so viel möglich,  
 nahe bey der Kanzley, in ehrbaren Häusern und  
 verschlossenen Zimmern, dergestalt einquartiert wer-  
 den, damit sie in denselben, nöthigen Falls, ihre  
 Amtsgeschäfte unverbündert verrichten mögen. Sol-  
 ches alles nun wäre dem Kayserlichen Hofmars-  
 schall und dem Quartiermeister, durch ein Kay-  
 serliches Decret, ernstlich anbefohlen, und sollten  
 auch in der Kanzley gehörige verschlossene Plätze  
 zur Expedition angeordnet werden.

In dem Kanzleyzimmer solle ein jeder gegen  
 den andern sich aller Einmüthigkeit und friedlis-  
 chen Willens befließen, damit es allenthalben  
 aufrichtig und redlich zugehe. Diejenigen aber, wel-  
 che mit einander in Uneinigkeit gerietzen, oder  
 davon Wissenschaft hätten, sollten, ohne alle  
 Schmählasterung und Aufrucht, solches an den Erz-  
 Kanzler, oder, nach Beschaffenheit der Sachen und  
 Personen, an den Vicekanzler gelangen lassen, und  
 deren Entscheidung darüber gewärtigen. Wofen  
 aber einer oder mehr davorer handeln, mit  
 Worten oder Werken freveln, und in der Kanz-  
 ley unter den Personen Unlust erwecken würden;  
 so sollten sie nicht allein bestraft, sondern auch be-  
 uelaubet werden. Sie sollten auch keinen frem-  
 den Personen, es seyen nun Fürsten, Städte  
 oder

oder andere Botschaften, oder was die sonst seyen, 3. Obr. gestatten, in dem Kanzleyzimmer sich aufzuhalten, 1570 so daß sie etwa hören möchten, was Geheimnes in der Kanzley gehandelt, oder ob etwas wider sie; oder ihre Herren gearbeitet, erworben, oder ausgebracht würde. Ingleichen sollen sie niemandem dessen warnen, noch, ohne besondere Befehle, einige Abschriften jemanden zeigen oder herausgeben, welches auch auf die Diener des Vicekanzlers und der Sekretarien verstanden seyn solle, damit durch sie dergleichen Geheimnisse, zu Verachtung der R. Hofkanzley, nicht ausstümen. Wäre es aber, daß solche Personen, zu solcher Zeit, da sie zu Solliciturung ihrer Handel in die Kanzley gelassen würden, sich unterfangen, Schriften, Briefe oder Concepte, die ihnen nicht zugehörig, zu besichtigen oder zu lesen; so solle derjenige in der Kanzley, der es bemercke, sie beschelden davon abweisen.

II) Folgen nunmehr in der R. Hofkanzleyordnung die besondern Artikel, welche 1) die Kayserlichen R. Sekretarien, 2) den Taxator, 3) die Registratoren, 4) die Kanzley-Schreiber, 5) den Kanzley-Diener, und 6) den Ort, wo die Kayserliche R. Hofkanzley gehalten werden solle, betreffen. So viel nun 1) die Sekretarien der Kayserlichen und des Reichs Sachen, sowohl in lateinischen als teutschen Sprachen, betrifft; so sollen dieselben, über die vorgemeldete und sie angehende gemeine Artikel, alle Sachen und Schriften, die ihnen vom Kayser, dem Erz- oder Vice-Kanzler zugestellt werden, annehmen und fleißig verwahren, den Tag und Monat, da sie ihnen überliefert worden, bemerken, die ergangene Rathschläge und Schlüsse in ihre Rathsbücher oder Protokolle, mit Benennung der Refer

3. **Exe.** Referenten, und wer sonst bey solchen Rath-  
 1570 schlägen gewesen, summarisch verzeichnen, und  
 das Beschlossene oder ihnen sonst Befohlene un-  
 verzüglich expediren, concipiren und möglichsten  
 Fleiß anwenden, damit die ansuchenden Partheyen,  
 mit langem Stilläger und unnöthigen Kosten nicht  
 beschweret, noch zur Ungebuld bewogen werden,  
 woben einer dem andern, ohne Verweigerung, be-  
 hüflich seyn solle. Falls aber die Sachen und  
 Handel sich allzusehr häufen würden; so solle den  
 Sekretarien erlaubt seyn, sich im Concipiren von  
 den vor andern geschickten Kanzleyschreibern hel-  
 fen zu lassen. Die Concepte oder Minuten sol-  
 len die Sekretarien dem Kanzleystil gemäß ab-  
 fassen, und in wichtigen Sachen, ehe sie ingrossirt  
 würden, erst dem Erz- oder Vice-Kanzler zeu-  
 gen, der sie, wenn selbige der Berathscholung ge-  
 mäß, mit einem besondern Passirzeichen bemerken  
 solle, worauf die Sekretarien das also gezeichnete  
 Concept gefährlicher Weise nicht ändern, sondern  
 es zum Ingrossiren geben, und ausfertigen lassen  
 sollen. Die Abschriften oder mundirte Concep-  
 te solle der Sekretär, welcher solches aufgesetzt oder  
 angegeben, ehe sie zum fernern Zeichnen abgegeben  
 würden, erst überlesen. Die Pergamentbriefe  
 aber, die offenen Commissionen, Mandate und  
 andere dergleichen Expeditionen sollen durch die  
 Registratoren, welche alsdann die Minuten zu  
 verwahren und zu registriren hätten, fleißig col-  
 lationirt, und, wenn es nöthig, doch ohne Ras-  
 dirung der auf Pergamen geschriebenen Briefe,  
 besonders an den Orten, wo die Geldsummen,  
 Namen, Zunamen, und das Datum des Jahrs  
 und Tages gesetzt sind, corrigiren, auch hernach  
 gewöhnlicher massen, an dem gebührenden Orte, sei-  
 nen Namen dazu schreiben, damit man wisse, wer  
 sie

se concipiert und überlesen habe, und denselben 3. Ehr. auch darum zur Verantwortung stellen könne, 1576 wenn etwa geirret wäre. Wenn dann der Brief solcher gestalt collationirt, überlesen und unterschrieben worden; so solle man selbigen dem Censor zustellen, um damit, seinem besondern Befehle nach, zu verfahren.

Ferner sollen die Sekretarien schuldig seyn, die Concepte von allerhand Briefen, nicht nach den von den Parteyen ihnen bisweilen zugestellten Minuten, sondern nach dem wissentlichen Kanzleygebrauche und alten Formularen zu stellen. Insonderheit aber sollen sie in den Verleihungen der Regalien, Lehen und Lehen-schaften, ingleichen in Erneuerung der Bestätigungen der von den vorigen Kaysern gegebenen Privilegien und Freyheiten, ohne des Kayfers besondern Befehl, keine Aenderungen machen, damit dadurch, und wegen solcher Veränderung, keine Ursache zu unnöthigem Zanke gegeben werde. Um auch disfalls desto weniger zu irren, sollen die Sekretarien, wenn sie etwa übrige Zeit haben, und mit Geschäften nicht zu sehr beladen sind, die Kayserliche und des Reichs Saal- und Lehen- Bücher durchsehen, aus solchen die Kayserliche und K. Gerechtigkeiten erlernen, und sich eine Kenntniß von allen Händeln und Geschäften verschaffen, damit sie dem Kayser und dem Reiche nichts versäumen. Doch sollen sie dabei gute Acht haben und verfügen, daß solche Saal- und Lehen-Bücher nur zu ihrem Behuf, und in Nothfalle, hervorgesucht, und nach geschheuem Gebrauche wieder aufbewahrt, auch alle andre Kanzleyacten, Handel und Briefe in guter Ordnung und Verwahrung gehalten werden. Die Kayserlichen und Reichs-Regalien und Lehen-schaften, die Bestätigungen  
Gen

2. Abt. gen alter Privilegien, und andere ansehnliche Expeditionen, als Erhebungen in Grafen-, Herren-, Adels- und Ritter- Stand, ingleichen neue von dem Kayser verliehene Freyheiten sollen allein durch die K. Sekretarien, was aber Lehen und Güter der Erb- Königreiche und Länder, wie auch die Erhöhung der Personen in denselben betrifft, durch die Sekretarien selbiger Länder, ausgefertigt werden, welcher Unterschied auch unter dem Kayserlichen Hofgesinde, und dessen Erhöhung, ob nemlich dieselben im Reiche, oder in den Erb- Königreichen und Ländern gefessen, gehalten werden solle. Uebrigens sollen die Sekretarien alle Akten, Concepte und Handlungen, längstens nach Endigung eines Monats, nebst einem Verzeichniß derselben, zur Registratur geben, und solches Verzeichniß je dertmal von den Registratoren unterschreiben lassen, damit man wisse, wann und was für Sachen in die Registratur gegeben worden, und der Registrator es empfangen habe. Endlich sollen sich auch die Sekretarien nicht weigern, wenn etwa der Kayser sie in seinen eigenen, oder seiner Erb- Königreiche und Länder Sachen gebrauchen wollte, wofern sie alodann mit Kayserlichen und des Reichs Geschäften nicht beladen wären, und es ungehindert derselben geschehen könnte, besonders aber außerhalb der Reichstage.

2) Die das Amt und den Dienst des Caxators betreffende besondere Artikel enthalten eine noch weitläufigere Vorschrift, als die ist, welche den Sekretarien gegeben worden. Es solle nemlich der Caxator alle Briefe, Copien und Concepte, welche, vorgedachter maßen, berathschlager, abgehört, bezeichnet und von den Sekretarien zum Ingehoffen und zu verfertigen

gegeben werden, nach ihrer Beschaffenheit, und wie 3. Chr. sie auf Papier oder Pergament geschrieben werden 1570 sollen, unter die R. Kanzleysschreiber ordentlich austheilen. Dieselben solle er fleißig anhalten, damit die Papierbriefe, besonders aber die Posten, woran dem Kayser und dem H. R. viel gelegen, ingleichen auch die Vertragungen, Paß- und Geleitsbriefe, worin etwa die Tagesanzahl in kurzem bestimmt, und daneben die andern Expeditionen möglichst bald ausgefertigt werden. Was nun täglich expedirt, und von den Sekretarien, welche die Minuten oder Copien verfaßt oder an gegeben, wieder überlesen, und an gebührenden Orte mit ihrem Namen unterschrieben worden, solle der Taxator dem Kanzleydiener pfschirt zustellen, mit Befehl, solches zu ordentlicher Zeit zum fernern Zeichen zu tragen, und es wieder von einem Kayserlichen Kammerdiener pfschirt zu empfangen, auch ihm, dem Taxator, zurück zu bringen. Es solle aber hierin der Taxator diese Ordnung halten, daß alle auf Pergament oder Papier geschriebene, und Gnaden-Justiz- oder andere Sachen betreffende Briefe, ehe sie dem Kayser vorgelegt werden, über des Sekretärs Namen, auch mit des Vicekanzlers, und wenn sie mit dem großen oder mittlern Kayserlichen Siegel besiegelt werden sollen, oder solche Patente wären, woran dem Kayser und dem H. R. gelegen, mit des Churfürstens von Maynz, als des Erzkanzlers, Handschrift, oder in dessen Abswesenheit an statt desselben, durch den Vicekanzler, mit den Worten: *vice ac nomine Reverendissimi — Archicancellarii Moguntini etc.*, gezeichnet werden sollen. Ingleichen sollen hinfüro dem Kayser, und dem Erz- und Vicekanzler keine Lибelle oder Pergamentbriefe, in denen mehrerley

N. R. H. 8. Th. D d Frey

3. Obr. Freyheiten begriffen, zur Signatur vorgeleget  
 1570 oder ausgefertigt werden, es seyen dann dieselben Freyheiten, in der Relation, oder in einem Lebenzettel, besonders benannt und namhaft gemacht, damit der Kayser davon Wissenschaft habe.

Was nun, nach erfolgtem Kayserlichen Handzeichen, darunter von papiernen Briefen, als Missiven, Commissionen, Mandaten und dergleichen vorhanden, das solle der Taxator übersehen, austheilen, und die Missiven, welche auf die Post gehören, nebst ihren zugehörigen Einschlüssen, Bey- oder Zulagen, verschliessen, auch alle solche papierne Briefe, mit dem ihm anvertrauetem Kayserlichen Sekrete, versiegeln, und alsdann den ansuchenden Partheyen, mit Einbringung der gebührenden Taxe; oder aber, nach Gelegenheit, mit der Post oder andern Botschaften, wie er dessen von dem Erz- oder Vice-Kanzler beschieden würde, fortschicken, und nicht liegen lassen. Doch solle er jederzeit dasjenige, was er mit der Post oder durch andere Boten wegschickte, in ein besonderes Post- oder Boten-Register, mit dem Tage der Absendung, und dem Namen des Postmeisters oder der Boten einschreiben, nebst Relation, wie solche Sachen abgefertigt und überantwortet worden, um davon desto gewisssere Wissenschaft jederzeit zu haben. Doch wurde den Sekretarien nachgelassen, daß sie der gemeinen Partheyen Befehl und Fürschriften, sonst aber gar nicht die offenen, oder die den offenen Briefen gleichlautende, mit ihren vom Kayser habenden Sekreten ausfertigen, und nach der Taxordnung von einer Fürschrift 30., und von einem Befehl 20. Kreuzer fordern und nehmen mögen; den armen und unvernünftigen Pa-

rtheyen



teyen aber sollen sie solches alles umsonst folgen I. Obr. und zustellen lassen. Sinegen die Pergamenten<sup>1570</sup> briefe, wenn sie gemeldter massen unterzeichnet sind, sie mögen nun Recht, Gnad, Gab, Lehen, Freyheiten, Indulten, Confirmationen, Nobilitationen oder Prozesse betreffen, sollen aus den Minuten und Concepten dem Registrator behändiget werden, um damit, seinem Befehl gemäß, zu verfahren, und das Siegel daran zu hängen.

Der Taxator solle nachmals solche Briefe, die mit dem grossen und mittlern Kayserlichen Siegel zu besiegeln, wie auch die unter dem Secret ausgefertigte, nach Beschaffenheit der Sachen, Gnaden und Gaben, treulich taxiren, dess wegen ihm auch eine besondere Taxordnung gegeben worden. Dawider solle er niemanden, weder um Schenkung, Verheissung, Meid oder Hasses wegen, aufhalten, noch, ausserhalb des Kayfers eigenen Sachen, irgend einen Brief untarirt durchgehen lassen, er würde dann dessen, auf Kayserlichen Befehl, durch den Erzkanzler, oder in dessen Abwesenheit von dem Vicekanzler, beschieden. Wiltin solle hinfüro dem Taxator, in seinen künftigen Amtsrechnungen, keine Taxfreyung, die über zehn Gulden Münze seyn würde, noch auch einige ausserordentliche Ausgabe passirt werden, er bringe dann deswegen einen aus der Kayserlichen Hof- R. Kanzley ausgefertigten, und entweder vom Kayser, oder dem Erzkanzler, zumal wenn derselbe am Kayserlichen Hofe gegenwärtig wäre, eigenhändig unterschriebenen Schein und Urkund bey. In den Fällen aber, die vielleicht in der Taxordnung nicht begriffen seyn möchten, solle der Taxator, nach seinem besten Verstande handeln, damit die Partheyen mit übermässiger und ungebührlicher Taxe nicht

3. Er. nicht beschweret werden, noch auch die Arbeit, 1570 die man in der Kanzley gehabt, unbezahlt bleibe. Allenfalls könnte er sich auch darunter bey dem Erz- oder Vice-Kanzler Raths erholen, und alsdann, was solche Taxe ist, auf einen jeden Brief zurück, an gewöhnlichem Orte, nicht durch Ziffern oder Nummern, sondern nach der Länge schreiben. Damit auch die Parteyen um so viel weniger Ursache hätten, sich über die Kayserliche Reichs-Hofkanzley zu beklagen oder zu beschweren; so sollen von den Parteyen, über die ziemlich mässige *lira Cancellariae*, ein Bibal oder Verehrung, (sie wollten dann aus freyem guten Willen und unerinnert in das gemeine Bibal gerne etwas geben,) nicht gefordert, noch deswegen ihre Briefe und Expeditionen aufgehalten werden. Hierauf aber solle der Taxator selbst solche Briefe und Expeditionen, mit bengeschriebener Taxe, dem Erzkanzler, oder wem, in dessen Abwesenheit, das Kayserliche Siegel anbefohlen ist, zum siegeln überbringen und selbige versiegelt wieder zu sich nehmen. In der Besiegung solle er diesen Unterschied halten, daß er alle hohe Regalien und Lehen, die Churfürsten und Fürstmässigen gegeben werden, wie auch grosse Hauptverschreibungen, Adels- und andere Freyheiten mit dem grossen, hingegen der von Adel Lehen-Wappen- und andere geringe Gnaden-Briefe mit dem mittlern Kayserlichen Insiegel besiegle, und die Summarien eines jeden Briefes in ein Register, welches bey den Kayserlichen Insiegeln verwahrlich liegt, einschreibe.

Alsdann solle der Taxator die Parteyen, gefährlicher Weise, nicht ferner aufhalten, sondern ihnen ihre Expeditionen, gegen Erlegung der angeschriebenen Taxe, folgen lassen. Was er nun  
in

in Beyseyn des von dem Erzkanzler zu bestellenden J. or. Gegenschreibers, einnehmen würde, solle er treu-<sup>1570</sup> lich verwahren, und mit demselben Gegenschreiber, solcher Einnahme wegen, ein Register halten. Doch solle er gute Acht, in Ausgebung solcher Briefe, bey dem Registrator haben, damit kein Brief, welcher, des Kayfers u. des Reichs Noth-  
durst nach, zu registriren ist, unregistriert den Parteyen geliefert werde. Ingleichen solle er darauf Achtung geben, daß auch die Bewilligungen, oder Dekrete, oder Adels- und Wappen- Freyheiten, die ausgelöst wurden, nebst den gebesserten, von neuem gegebenen, bewilligten, oder bestätigten Wappensnoteln, in ein besonderes Buch, welches die Wappen-Registratur genannt wird, eingetragen, und bey der Kayserlichen Registratur behalten werden. Die Expeditionen aber, welche von dem Erzkanzler, oder, in dessen Abwesenheit, von dem Vickanzler, auf besondern Kayserlichen Befehl, oder durch den Kayser selbst gestreyet worden, sollen dem Taxator, auf vorgängige Bescheinigung, als eine Ausgabe, in seiner Rechnung, die er jederzeit dem Churfürsten von Maynz, als des Reichs Erzkanzler, oder wenn derselbe es auftrüge, abzulegen hätte, passirt werden. Was den vorgedachten Gegenschreiber des Erzkanzlers belange, so überließ der Kayser dem Churfürsten von Maynz, denselben wegen seines Amtes und Verhaltens zu instruiren, jedoch auf eine dieser Ordnung, in allen ihren Punkten und Artikeln, gemäße Weise. Uebrigens solle der Taxator, gleich den Sekretarien, wenn er mit Kayserlichen und K. Geschäften nicht sonderlich beladen, und es ohne deren Verhinderung geschehen kann, auch in Sachen der Kayserlichen Erb- Königreiche und Länder, wozu er taug-  
lich,

3. Gr. lich, sich ohne Weigerung gebrauchen lassen, doch  
 1570 daß er die Kayserlichen und des Reichs Sachen,  
 wie auch die Tarregister, unter einander nicht  
 vermische. Und endlich solle auch der Tarator  
 verfügen, daß alle und jede Pergamenbriefe, in  
 der K. Hofkanzley-Behausung, mit den Kaps  
 seln des gelben Wachses, und sonst nirgends an-  
 derstwo, angehängt oder verfertiget werden.

Was nun 3) die dem Registrator der Kays-  
 serlichen Reichsachen gegebene Vorschriften  
 betrifft; so solle derselbe hinfüro alle offene Briefe  
 und Patente, die unter des Kayfers Namen und  
 Befehl, und unter dessen anhängendem oder Ses-  
 cretinsiegel, in das Reich ausgefertigt werden,  
 nebst allen Instruktionen, nach des Erz- oder  
 Vice-Kanzlers Bescheid, in unterschiedliche  
 Bücher registriren, und nicht durch einander  
 vermischen, sondern über Regalien, K. Lehen,  
 und dazu notwendige Gewaltbriefe besonders  
 Lehen- oder Feudal-Bücher, und von andern  
 Expeditionen, nach Beschaffenheit der Sachen, be-  
 sondere Communbücher machen. Er solle auch  
 keine Originalbriefe, sie möchten nun betreffen,  
 was sie wolken, mit seiner Hand-Registrata be-  
 zeichnen oder ausgehen lassen, er habe sie dann  
 erst gegen die gemachten Minuten, Copien oder  
 Concepte übersehen, und gleichlautend befunden.  
 Ferner solle der Registrator dafür sorgen, daß,  
 wo es irgends möglich, die Expeditionen, ehe sie  
 den Parteien zugestellt werden, durch die Kanzleys-  
 Schreiber, von Wort zu Wort in gedachte Bücher  
 eingeschrieben werden. Wosern es aber, wegen  
 der häufigen Geschäfte, nicht möglich wäre, so sollten  
 sie doch zum wenigsten nicht über einen Monat  
 lang unregistriert bleiben, sondern, bey Vermeldung  
 der Strafe, in die Bücher eingetragen, und ge-  
 gen

gen die Originalien oder gleichlautende Co: 3. Ex. peyen von den Schreibern collationirt und 1570 wahrhaft gemacht werden. Hingegen die Abschriften von den beschlossenen kleinen Missiven und Befehlen sollen von dem Registrator, wenn sie mündirt seyn, aufgehoben, und zu fünftiger Nachricht und Nothdurft, mit dem Summarium, was eine jede in sich halte, und wen dieselbe betreffe, sobald es seyn kann, in ein besonderes Buch geschrieben, und eine Tabulatur oder Register darüber gehalten werden. Was nun darunter befunden würde, so anhängige Sachen betreffe, solches solle bey den andern Handlungen solcher anhangenden Sachen, um dieselben damit zu ergänzen, bey der Registratur verwaheltich gelegt, und behalten werden; und der Registrator solle solches so ins Gedächtniß fassen, damit er, auf Erfordern, es wieder heraus, zu nothwendigen Berathschlagungen, geben könne. Ingleichen solle er keinen Fremden in die Kayserliche und des Reichs Registratur gehen, oder jemanden aus derselben etwas lesen oder schreiben lassen, als wenn es, vermöge dieser Ordnung, gebühre, oder durch den Erz: oder Vice: Kanzler bewilliget würde. Insonderheit aber solle der Registrator alle Kayserliche R. Sachen, hohe und niedere, in solcher guten und sorgfältigen Gewahrhaben, damit er jederzeit dem Kayser, dem Erz: und Vicekanzler, auf Erfordern, aufrichtige Liebeserung thun, und darüber Bescheid geben könne.

Falls auch etwa einige Acten, briefliche Urkunden oder andere Gerechtigkeiten aus der R. Hofkanzley, doch mit Vorwissen des Erz: oder Vice: Kanzlers, ausgeliehen, oder durch die Kayserliche Gesandten, auf Tügen- und Schickungen, oder sonst gebraucht würden; so

3. Cvt. solle der Registrator es in ein besonderes dazu  
 1570 verordnetes Buch aufschreiben, damit man solches  
 wieder zu fordern, und die Kanzleyhändler zu ergänzen  
 wisse. Ferner solle er alle Regalien, Städte  
 und Lehens-, Pflichten, Geleits- und Pass-  
 briefe, auch nothdürftige Instruktionen in bes-  
 sondere, dazu verordnete Bücher schreiben las-  
 sen, damit man von den Handlungen eines jeden  
 Stückes die nöthige Wissenschaft haben möge.  
 Wegen der vielfältigen Geschäfte und Hän-  
 del des Reichs und der Unterösterreichischen  
 Länder wäre zwar bisher das Amt eines Regis-  
 trators, eine Zeitlang, von zwey Personen ver-  
 sehen worden, welche mit einander die Sachen des  
 Reichs und von Oesterreich verwaltet hätten.  
 Damit aber ein jeder seiner Expedition desto füs-  
 slicher abwarten könnte; so solle künftig ein Re-  
 gistrator allein zu den K. Sachen und Expedi-  
 tionen gebraucht, und ihm diesem K. Registrator  
 drey, dem Oesterreichischen Registrator aber  
 zweyen Registranten zugegeben werden, damit die  
 Handel desto mehr gefördert, registriert und  
 nicht durch einander vermengt würden. Zu-  
 gleich wird diesen Registratoren noch besonders  
 auferlegt, daß sie nicht allein die Schriften und  
 Handlungen, die täglich vorkommen, und hiebei  
 vor ihnen zugestellet worden, in guter Ordnung hal-  
 ten, sondern auch die alten, vor verwichenen Jahren  
 versfertigte, und noch unausgetheilte Sachen, so viel  
 sie dazu Zeit haben möchten, durchsuchen, in  
 Richtigkeit bringen, und in gewisse Classen,  
 laut dieser Instruktion, vertheilen sollen, weil  
 unter solchen alten Schriften viel Gutes vor-  
 handen, und zu des Kayfers, des Reichs und der  
 Erbländer Nothdurft, in vorkommenden Berath-  
 schlagungen, wohl zu gebrauchen wäre. Wosern  
 auch

auch endlich die Registratoren, neben ihrem anbej. 3. Or. sohnem Amte, in Kayserlichen Reichsachen zu 1570 gebrauchen wären; so sollen sie solchen Aufträgen und Befehlen, doch ungehindert dessen, was ihnen in dieser Ordnung insonderheit auferlegt worden, auf Befehl des Erz- und Vice-Kanzlers, zu gehorchen schuldig seyn, und sich dessen so wenig, als die Sekretarien und der Taxator, weigern.

4) Wegen der Kayserlichen R. Kanzleys Schreiber wird verordnet, daß sie, zu statliches Ausrichtung und Verfertigung vorgemeldter Sachen, im Sommer des Morgens um sechs, und im Winter um sieben Uhr in dem Kanzleyzimmer sich einfinden, und in selbigem ihrem Dienste und Amte abwarten, auch des Vormittages bis zehn, und des Nachmittages bis fünf Uhr bey der Arbeit bleiben sollen, welches auch auf die Sekretarien, den Taxator und Registrator, doch auf Ermäßigung des Erz- und Vice-Kanzlers, sich erstrecken solle. Falls es aber die Nothdurft erforderte, und es von dem Erz- oder Vices-Kanzler jemand angesagt würde, in eilenden Sachen in die Kanzley zu kommen, oder über die benannte Zeit darin zu bleiben, und das anbefohlene auszurichten; so solle er solchen Befehl gehorsam nachkommen. Ingleichen sollen die Kanzleyschreiber willig und gehorsam seyn, alles, was ihnen von den Sekretarien, dem Taxator und Registrator, in Kayserlichen und R. Sachen, zu schreiben aufgegeben wird, anzunehmen und zu schreiben, und solle sich disfalls keiner auf den andern verweigern. In wichtigen Sachen aber, und die nicht nach gemeinen Formularien verfertigt werden, solle keiner eine Copie ohne Erlaubnis zu ingrossiren annehmen, oder schreiben,



3. Ob. ben, sie wäre dann, obgedachter maßen, der Gebühr  
 570 noch, angehört, päßirt und signirt worden.

Wenn nun der Kanzleyschreiber die Copey abgeschrieben hätte, so solle er sie mit dem Sekretär, der sie verfaßt oder angegeben, gegen den Brief überlesen und corrigiren; jedoch an Namen, Zunamen, Summen, Tagen oder Zeit, Datum, Jahrzahl oder andern gefährlichen und dergleichen Enden, mit Radiren, oder so der Ort radirt wäre, nicht ausgehen lassen, es habe es dann vorher der Erz- oder Vice-Kanzler gesehen und bewilliget, daß man es möge ausgehen lassen, damit es hernach nicht für ein Falsch oder Unfließ der Kanzley geachtet werden möge. Wenn nun der Brief corrigirt, und von dem Sekretär unterschrieben worden; so solle dieser, oder der Schreiber solchen Brief dem Taxator geben, jedoch keine Mißive zur Signatur kommen lassen; sie seye dann zuvor durch den, der es unwendig geschrieben, auch von aussen überschrieben. Weil auch in solchen Ueberschriften, mit Gebung der gebührenden Titel öfters geirret würde; so sollen die Kanzleyschreiber sich insonderheit bekeßigen, nicht allein gute Titulaturen zu haben, sondern auch sonst in dem *Stilo Curiae* täglich zu profitiren, damit, wenn etwa die Sekretarien mit Verfertigung wichtiger Sachen beladen, und überhäuft wären, ihnen die gemeinen Sachen, als Fürschriften, Mißiven, Commissionen, Mandate u., gegeben, durch sie expedirt, und sie also zuhöchst zu höhern Sachen gebraucht werden mögen.

Hier nächst sollen die Kanzleyschreiber an dem, was ihnen zu schreiben vorgelegt, und unter die Hand gegeben wird, sich nicht sperren, noch ei-

ner



ner auf den andern verziehen, oder entschuldigen, 3. ~~Be-~~  
 insonderheit aber die Papierbriefe alle Tage auf 1570  
 schreiben, und dñßfalls dem Vicetanzler, Taxa-  
 tor und Registrator gewärtig und gehorsam  
 seyn. Ferner sollen die Kanzleyschreiber den Tag  
 und die bestimmten Stunden in der Kanzley ab-  
 warten, und zugegen seyn. Die nun aber zu ziem-  
 licher Zeit, und wenn sie nichts zu schreiben hät-  
 ten, ausgehen wollten, sollten es ansagen, damit  
 man sie, auf benötigten Fall, finden könnte; doch  
 solle wenigstens allezeit die Helfte von ihnen in der  
 Kanzley zurückbleiben, damit die etwa vorkommende  
 Geschäfte nicht verhindert, sondern durch sie aus-  
 gefertiget werden könnten. Zu mehrerer Hand-  
 habung dieser Ordnung sollen der Vicetanzler,  
 die Sekretarien, Taxator und Registrator dar-  
 auf Acht haben, und die unfleißigen und unges-  
 horsamen Personen erstlich in der Güte, doch  
 mit Bedrohung ernstlicher Strafe und ihrer Be-  
 urlaubung, zu mehrerm Fleiße ermahnen und  
 anhalten. Diejenigen aber, welche in solchem  
 Anfleiß und Ungehorsam beharren würden,  
 sollen sie zum andermal, mit Abziehung eines  
 Theils ihres Dienstgeldes und gebührenden Bis-  
 kals, unnachlässig bestrafen. Endlich aber auf  
 den beharrlichen Ungehorsam, und wenn die  
 Ermahnung und Geldstrafe nichts helfen wollte, ei-  
 nen oder mehr beurlauben und abschaffen. Doch  
 sollen die Kanzleyschreiber an den Sonnabenden  
 des Nachmittages, und an den Sonn- und  
 Feiertagen, nicht so streng gehalten, sondern  
 ihnen, nachdem es die Menge der Geschäfte gestat-  
 te, gestattet werden, zu Hause zu bleiben, sie würden  
 dann insonderheit gefordert. Uebrigens sollten an die  
 Stellen der von Zeit zu Zeit abgehenden Kanz-  
 leyschreiber andere geschickte, geübte und zier-  
 liche

3. Erb. liche Landschreiber wieder aufgenommen, und  
 1570<sup>o</sup> haben keine Promotion oder Beförderung angesehen  
 werden, daß auch die Kanzley mit unnöthigen  
 Personen nicht überladen, sondern die Noth-  
 durft, den Geschäften nach, bedacht werde. Hät-  
 ten endlich die Kanzleyschreiber in Kayserlichen  
 R. Sachen nichts zu schreiben; so sollen sie  
 schuldig seyn, in andern Geschäften der Erbs-  
 Königreiche und Länder zu schreiben, wenn sie  
 dazu erfordert würden.

So viel nun noch 5) die den Kanzleydiener  
 angehende besondere Artikel belangt, so solle der-  
 selbe im Sommer eine halbe Stunde vor sechs  
 Uhr in dem Kanzleyzimmer zugegen seyn, und  
 alles verrückte in Ordnung stellen; im Winter  
 aber eine halbe Stunde vor sieben Uhr sich ein-  
 finden, und mit Verfügung des Einheizens, und  
 was der Kanzley halber zu handeln nöthig ist, und  
 ihm befohlen würde, (weßhalb er sein Aufsehen  
 auf den Taxator haben solle,) ausrichten. In-  
 gleichen solle er die Kanzleythüre des Morgens,  
 den Tage und des Abends wohl bewahrt halten,  
 niemanden, der nicht in die Kanzley gehört, oder  
 erfordert würde, hinein lassen, oder darin ent-  
 halten, auch niemanden über Briefe oder Ges-  
 heim kommen lassen, sondern, wo er die siehet, oder  
 was der Kanzlen zugehört, verwahren, und die Ges-  
 heimnisse, wie in den allgemeinen Punkten begriffen  
 ist, verschweigen, und überhaupt sich, in Auf-  
 sührung seines Dienstes, nach der ihm zugestellten In-  
 strucktion verhalten.

Endlich und 6) ist in diesen besondern Ar-  
 tikeln auch noch verordnet, wo die Kayserliche  
 R. Kanzley gehalten werden solle. Es sollen  
 nemlich an den Orten, wo jederzeit der Kayser. im  
 L. R.

K. R., seinen Königreichen und Erblanden, sein z. Obr.  
 beharrliches Hoflager haben wird, zu Haltung der 1570  
 Kayserlichen K. Hofkanzley, im Kayserlichen  
 Pallaste, Hof oder Herberge, oder, wenn es  
 der Platz nicht gestattete, in den zunächst gelegenen  
 Häusern, ordentliche und gemugsame Zimmer,  
 durch den Kayserlichen Obrist-Hofmeister oder  
 Marschall, ausgezeichnet, und von dem  
 Kanzleydiener, der sein Aufsehen auch auf dem  
 Erz- oder Vice-Kanzler haben solle, jeder Zeit  
 sauber gehalten und bewahret werden. Ingleichen  
 solle man auch den Sekretarien und andern Kanz-  
 leypersonen, nebst den Hofrätthen und Postmeis-  
 tern, auf den Reisen über Land, und auch in  
 beharrlichen Hoflagern, erbar gelegene Herber-  
 gen, nahe bey dem Vicekanzler geben, zu desto  
 förderlicherer Expedition der Kanzleysachen.  
 Auf den Reisen des Kayfers sollen sich die Se-  
 kretarien, in jedem Lager, dem Vicekanzler an-  
 zeigen, und die Kanzleyschreiber sich bey ihnen,  
 in der Nähe, aufhalten, und Keiner, ohne ihr  
 Vorwissen, aus den Herbergen wegreisen, oder  
 zurückbleiben, und zwar bey ernstlicher Strafe  
 und Verlust ihres Dienstes. Bey solchen vor-  
 fallenden Reisen sollen dann die Sekretarien, der  
 Taxator und Registrator von dem Vicekanzler  
 beschieden werden, was für Sachen und Handel  
 sie mitnehmen sollen, die sie alsdann wohl ver-  
 wahrt einpacken, und sonst nichts fremdes  
 auf die verordneten Wagen nehmen, legen und  
 laden lassen sollen. Zuletzt verordnet noch unsere  
 Ordnung, daß der Vicekanzler, die Sekretar-  
 ien, der Taxator, Registrator, die Kanzleys-  
 schreiber und der Kanzleydiener, bey ihrer An-  
 nehmung, auf dieselbe geloben und schwören sol-  
 len; zu dem Ende auch die von einem jeden dersel-  
 ben

3. Ebe. ben zu leistende Eidesformel dieser Ordnung am 1570<sup>o</sup> gehängt ist <sup>1)</sup>).

Während seinem damaligen Aufenthalte zu Speyer hat unser Kayser verschiedene Urkunden ausfertigen lassen, von denen mir folgende bekannt geworden sind. Dem K. Friedrich dem II. von Dänemark und seinen beiden Oheimen, den 6 Jul. Herzogen Johann und Adolf, ertheilte er, wegen ihres Herzogthums Holstein, ein *Privilegium de non appellando* bis auf 500. Rheinische Goldguld<sup>2)</sup> den <sup>10 e. m.</sup> <sup>3)</sup>, und bestätigte ihnen zugleich das ehemals vom Kayser Friedrich dem III., im J. 1474., dem K. Christian dem I. von Dänemark, für seine Holsteinische Länder gegebene *Privilegium de non evocando* <sup>4)</sup>; ingleichen verlieh er ihnen die 4 Nov. Anwartschaft auf die Grafschaften Oldenburg und Delmenhorst, falls der damalige Graf Anton von Oldenburg u. und seine Söhne, ohne männliche Leibes-<sup>5)</sup> Leibeserben über kurz oder

1) S. die K. Hof-<sup>1)</sup> Kanzley-Ordnung in Io. Chph. ab Uffenbach de Consilio Caesar. imp. aulico, Mantissa, Sect. III. n. 2. p. 16. - 32. Königs R. A., T. I. P. I. p. 319. - 329. und J. J. Schmaussens Corp. Iur. publ. Acad., n. 44. p. m. 293. - 310. edit. Lips. de a. 1745. 8.

a) Königs R. A., T. X. Cont. II. 2. Sect. n. 37. p. 46. - 49. de Ludolf Corp. Iur. Cameral., in Append. f. T. II. n. XXII. p. 247. sq. et 250. - 253. und Fabri Europ. Staats-<sup>2)</sup> Kanzley, P. LIII. c. 19. Beylagen Lit. A. p. 579. - 586.

b) Königs R. A., T. X. Cont. II. 2. Sect., n. 36. p. 43. - 46., wo aber sowohl in der Rubrik, als auch auf der S. 45. a. das Diplom des K. Friedrichs des III. fälschlich in das J. 1464. gesetzt, da es eigentlich im J. 1474. gegeben worden; S. im VII. Bande des sogenannten Auszuges u., S. 26.

oder lang mit Tode abgehen würden <sup>c)</sup>. Ferner 1570 bestätigte der Kayser die zwischen den Grafen <sup>29</sup> Joh von Jlenburg, bereits im J. 1517., errichtete Erbeinigung <sup>d)</sup>; und der Abtey Münster im 12. Aug. S. Gregorienthal alle ihre alte Privilegien und Freiheiten <sup>e)</sup>; an die Stadt Worms aber erließ <sup>16</sup> e. m. er, in ihren damaligen bekannnten Streitigkeiten wegen der Juden mit dem dasigen Bischöfe, ein ernstliches Detret, sich aller Neuerungen, während Rechtsstreite, zu enthalten <sup>f)</sup>. Da auch die Churfürsten von Cöln unterlassen hatten, das ihnen aus der G. B. zustehende uneingeschränkte *ius de non appellando* zu gebrauchen, und darüber aus ihren landen an das Rothweilische Hofgericht häufige Appellationen, von Zeit zu Zeit, ergiengen; so bestätigte nicht nur der Kayser dem <sup>19</sup> e. m. Churfürsten die ihm aus der G. B. zustehende Freiheit gegen alle und jede Appellationen, vornehmlich an gedachtes Hofgericht, sondern gab ihm auch das Privilegium, daß von seinen Ober- und Unter- Gerichten an den Kayser und an dessen Hof- oder Kammergericht nicht sollte appellirt werden können, wenn die Summe un-  
ter

e) Christ. Gastelinus de Statu publ. Europae; (Norib., 1675. fol.) P. IV. c. 19. p. 687.-689. Lünigs R. A., T. X. Contin. II. 2. Forts., n. 34. p. 39. sq. und Du Mont, l. c., T. V. P. I. n. 90. p. 183. sq. Cf. die N. T. R. G., im VI. Bande, S. 399.-401.

d) Lünigs R. A., T. XI. p. 608.-615. n. (3.) und Du Mont l. c., T. IV. P. I. n. 118. p. 258-263.

e) Lünigs R. A., T. XIX. p. 1116. sq. n. 36.

f) Io. Frid. Schannari Hist. Episcopat. Wormat., T. II. n. 322. p. 427. sq. Cf. die N. T. R. G., im IV. Bande, S. 446. und im VI. Bande, S. 67.

1570 ter 500. Rheinischen Goldgülden wäre <sup>8)</sup>. An dem Magistrat zu Lüttich erließ der Kayser ein Rescript, daß er sich künftig nicht weigern solle, einem jedesmaligen Bischof daselbst, so oft er es begehren würde, die Stadtschlüssel auszuliefern <sup>9)</sup>.

Die Gebrüder, Vetter und Grafen Sebastian, Heinrich und Hermann von Sayn stellten dem Kayser vor, daß ihre Voreltern von weiland Kayser Ludwig dem IV. die Freiheit erhalten hätten, Hellermünze auf ihrem Schlosse Sayn zu schlagen. Da sich nun in ihrer Grafschaft etliche Bergwerke von allerlei Metallen hervorzahen: so wollten sie den Kayser gebeten haben, er möchte ihnen die Freiheit ertheilen, alle Erze und Metalle, die sich iho oder künftig in ihren Graf- und Herrschaften, an Gold, Silber, Kupfer, Zinn, Bley, Eisen, Alaun und dergleichen finden möchten, zu erheben und zu bauen, und daß er ihnen auch ihr obgedachtes, vom K. Ludwig erhaltenes Münzprivilegium auf goldene und silberne Münzen erstrecken möchte. Der Kayser gewährte ihnen auch ihre Bitte, und 4. Oct. gab ihnen über beides ein Privilegium; doch unter der Bedingung, daß sie ihre künftige goldene und silberne Münzen nach Vorschrift der K. Münzordnung vom J. 1559. ausmünzen, und bey jedesmaligen Lehensempfangnissen namentlich auch ihre Bergwerke vom Kayser und dem 1. e. Reiche zu Lehen nehmen sollen <sup>1)</sup>. An eben dem Tage

8) Königs R. A., T. VII. 3. Forts. p. 100. - 101. n. 53. und de Ludolf Corp. Iur. Cameral., in App. f. T. II. n. III. p. 18. - 23.

9) Königs R. A., T. XVII. p. 542. sq. n. 71.

1) Hirschens T. R. Münz. Archiv, T. II. n. 32. p. 66. - 68.

Tage ertheilte der Kayser der R. Stadt Schwab. u. N. bisch. Halle ein Privilegium für den ihr zugehörigen Flecken Ilzhoven, worin er demselben drey Jahrmärkte jährlich verstattete<sup>f)</sup>. Der R. Stadt Frankfurt aber verlieh er ein Privilegium, daß der zehnte Pfennig von den aus der Stadt wegziehenden Bürgern, ingleichen den Fremden, welche Erbschaften aus der Stadt abholten, als eine Nachsteuer, bezahlt werden sollte; zugleich bestätigte, erklärte und erweiterte er das der Stadt ehemals vom R. Sigmund, im J. 1416., gegebene Privilegium, daß kein Fremder einiges liegende Gut in der Stadt und ihrem Gebiete zu kaufen, oder zu besitzen Macht haben solle, wosern er nicht ein eingeseffener weltlicher Bürger wäre<sup>g)</sup>. Die Abtey Herwerden erhielt vom Kayser ein Protectorium und Conservatorium, worin er sie nicht nur in seinen besondern Schutz und Schirm nahm, sondern ihr auch, in seiner Abwesenheit, den Churfürsten von Cöln, den Bischof von Osnabrück, die Herzoge zu Jülich u. Braunschweig, und den Grafen von der Lippe, Spiegelberg und Pyrmont, zu Nachschützern und Schirmern verordnete<sup>m)</sup>.

Der Rath und die Bürgerschaft zu Gotha hatten, seit der Uebergabe ihrer Stadt, viele Vorwürfe ausstehen müssen, als wären sie ihrem Lande

f) Lönigs R. A., T. XIII. p. 920. n. 21.

g) Idem ibidem, T. eod. n. 153. et 154. p. 670. - 674. und Privilegia et Pacta des H. R. R. Stadt Frankfurt am Mayn u., p. 394. - 396. et 400. - 404. edit. noviss. Cf. der V. Band des sogenannten Augsburger K., S. 230.

m) Lönigs R. A., T. XVIII. von Aebtissinnen, p. 131. - 133. n. 22.

3. W. Landesherren ungetreu gewesen, hätten ihn ver-  
 1570 rathen, und in die Hände seiner Feinde geliefert,  
 wie dann deswegen verschiedene Schmählieder  
 und Pasquille gegen sie herauskamen, und ohne  
 Scheu abgesungen wurden, besonders aber wurden  
 sie damit auf den Frankfurter und Leipziger  
 Messen aufgezogen. Sie beklagten sich zwar da-  
 rüber, schon im J. 1568., bey ihrem Landes-  
 herrn, dem H. Johann Wilhelm von Sach-  
 sen, und baten ihn, sie, wegen der ihnen zur Un-  
 gebühr aufgebürdeten Verrätherey, entweder in  
 einem offenen Ausschreiben zu entschuldigen,  
 oder ihnen zu erlauben, sich selbst durch eine  
 Schrift zu verantworten, und bey dem Kay-  
 ser um die Ausfertigung eines offenen Ausschrei-  
 bens anzusuchen, welche Bitte sie im May des fol-  
 genden Jahrs wiederholten. Allein der H. Jo-  
 hann Wilhelm und seine Räthe verwiesen die  
 Gothaner zur Geduld, mit dem Befügen, daß  
 dergleichen Auflagen mit der Zeit von selbst zu ver-  
 schwinden pflegten. Darüber aber vergieng den  
 Gothanern die Geduld, und sie wandten sich da-  
 her an den Churfürsten Augustus von Sachsen  
 und den bey der Belagerung mitgewesenen Kayser-  
 lichen Commissarius, Christofen von Carlos-  
 witz, auf deren Fürbitte der Kayser, auf unserm  
 24. Sept. Reichstage zu Speyer, ein Pönalmandat aus-  
 gehen ließ, worin er alle fernere Verunglimpfun-  
 gen und Lasterungen gegen die Gothaner bey  
 einer Strafe von 60. Mark lötligen Goldes,  
 auf das schärfste verbot <sup>n)</sup>).

Auch

n) Schadaeus l. c., P. II. L. VI. §. 52. sq. p. m. 193. -  
 195. W. E. Tenzelii Supplem. rel. ad Casp. Sa-  
 gittarii Hist. Gothan., Supplem. II. Sect. III. §.  
 3. sq. p. 845. - 850. und Rudolphi Gotha diplo-  
 mat., P. II. c. 9. §. 60. sq. p. 158. - 160.





J. Cui. bischof von Maynz, dem Erz. H. Ferdinand, 1570 als Königlichem Procurator, angetrauet wurde. Nach geschehener Trauung stattete der französische Gesandte dem Kayser, der Kayserin und der neu vermählten Königin seinen Glückwunsch ab, worauf man, nach abgesungenem Te Deum u. und Vesper, auf das Rathhaus gieng, wo das Brautmahl gehalten wurde. Ehe man sich aber an die Tafel setzte, überreichte der französische Gesandte verschiedene Geschenke an Kleinodien, Trinkgeschirren u. s. w.

An der Brauttafel saßen oben an der Kayser und die Kayserin; auf der rechten Seite 1) und 2) die Churfürsten von Maynz und Cöln, 3) der französische Gesandte, 4) der H. Johann Wilhelm von Sachsen, 5) und 6) die Bischöfe von Speyer und Straßburg, 7) der Pfalzgraf Johann Casimir, und 8) der Landgraf Georg von Hessen-Marburg; auf der linken Seite aber 1) der Erz. H. Ferdinand, 2) die neu vermählte Königin Elisabeth, 3) der Churfürst von der Pfalz, 4) dessen Gemahlin, 5) der Pfalzgraf Georg Hans von Veldenz, 6) die Gemahlin des Pfalzgraf Johann Casimirs, 7) der H. Johann Albrecht von Mecklenburg, 8) die Gemahlin des erstgenannten Pfalzgraf Georg Johanns, 9) der Marggraf Carl von Baden-Durlach und 10) die Churpfälzische Prinzessin Cunigund; endlich unten an der Tafel der junge Pfalzgraf Christof und der Herzog von Arschott. Nach aufgehobener Tafel ward der gewöhnliche Braut- oder Sackel- u. Tanz gehalten, woben der H. Johann Wilhelm von Sachsen, der Marggraf Carl von Baden-Durlach, der Pfalzgraf Johann Casimir und der Landgraf Georg von Hessen-Marburg mit Windlichen dem

tern vortanzten. Den ersten Tanz that der Erz-<sup>z</sup> Er. S. Ferdinand mit der jungen Königin und der<sup>1570</sup> Kayser mit der Churfürstin von der Pfalz, den zweiten der Kayser mit seiner Tochter, der Königin, und den dritten mit eben derselben der Churfürst von der Pfalz, worauf die Lustbarkeit mit Tanzen, ohne weitem Unterschied, fortgesetzt wurde; doch tanzten der französische Gesandte und die geistlichen Herren, nebst dem Deutschmeister, nicht mit, und die beiden jungen Erzherzoge kamen erst unter dem Tanzen dazu. Der Kayser hielt hierauf ein Schiessen am Rhein nach drey Scheiben, woben zwölf Hauptgewinne aufgesetzt waren, worunter der beste ein türkisches Roß von 400. Kronen, und der geringste ein fettes Schwein von 20. Rthln, die übrige aber Silbergeschirre, etliche geringe Trinkgeschirre und Geldgewinne waren, und mußte ein jeder, der mit schoß, zwey Dukaten einsetzen.

Endlich reiste die Königin Elisabeth von<sup>Nov.</sup> Speyer ab, und es begleitete sie der Kayser, auf eine Strecke Weges, mit allen anwesenden: Churfürsten und Fürsten, als Maynz, Cöln, dem Deutschmeister, dem Pfalzgrafen Georg Hans, den Herzogen von Sachsen und Mecklenburg, und dem Marggrafen Carl von Baden-Durlach, dessen Reuter den Vorzug hatten. Bey der Königin saß in ihrem Wagen die Herzogin von Arenberg, und sie hatte in ihrem Gefolge sieben behangene Wagen, eine Kutsche und eine Sänfte. Der Kayser aber hatte dem Churfürsten Jacob von Trier, dem B. Johannes von Straßburg, dem Marggrafen Carl von Baden-Durlach, dem H. Philipp von Arschott, und den Grafen von Hohenlohe und

E e 4

Joh

3. Mr. Zöllern aufgetragen, daß sie, als seine Commissar  
 1570 rien, dem König von Frankreich seine Gemahlin  
 übergeben sollten, welche daher die Reise nach  
 Frankreich mit ihr antraten. Der König von  
 Frankreich reiste seiner neuen Gemahlin bis  
 nach Mesieres in Champagne entgegen, und  
 schickte zu ihrem Empfange seine beide Brüder,  
 die Herzoge von Anjou und Alençon, ingleichen  
 den H. Carl von Lothringen, die Herzoge von  
 Guise, Aumale, Montmorency und andere  
 Grossen seines Hofes, nach Sedan, von da sie  
 die Königin und ihre Begleitung nach Mesieres  
 abführten. Dasselbst übergab der Churfürst von  
 Trier dem König seine Gemahlin, welcher sie  
 auf das zärtlichste empfing, durch seinen Vicelanz-  
 ler dem Kayser und dessen anwesenden Commis-  
 sarien danken ließ, und versprach, daß er seiner Ge-  
 mahlin jederzeit mit ehlicher Liebe und Treue be-  
 26 Nov gegenwärtig wolle. Am folgenden Tage wurden der  
 König und die Königin nochmals eingesegnet,  
 und das Beylager mit Könighcher Pracht vollzo-  
 gen, auch die folgende Tage hindurch allerhand Lust-  
 barkeiten angestellt, hierauf aber die Kayserlichen  
 Commissarien, mit ansehnlichen Geschenken, be-  
 urlaubet, und nach Teutschland zurückgeschickt<sup>u)</sup>.

Nach ihrer Rückkunft nach Speyer trug  
 vornemlich der Marggraf Carl, mit einigen andern  
 protestantischen Fürsten, darauf an, eine eigene  
 Gesandte

u) Senkenberg. Sammlung ic. P. II. p. 36. - 40.  
 42. et 50. Scharinus in Epit. ad a. 1570., in Eras  
 Scriptor., T. IV. p. m. 141. 146. a. et b. et  
 147. a. Chytraeus l. c., L. XXII. p. m. 599. Lam-  
 dorpheus l. c., T. II. L. X. p. m. 45. sq. Thomasius  
 l. c., T. II. L. XLVII. p. m. 637. sq. et 661. sq.  
 Schadaeus l. c., P. II. L. VI. §. 54. p. m. 195. sq.  
 und Schoepflius Hist. Zaringo-Badenfis, T. IV. L.  
 VI. c. 2. §. 18. p. 56. - 58.

Gesandtschaft an den König von Frankreich zu schicken. Es hatte nemlich die Königin Johanna 1570 von Navarra, der Admiral und die übrigen evangelischen Religionsverwandten in Frankreich den Johann von Zangest, Herrn von Argenlieu, als ihren Gesandten auf den Reichstag nach Speyer geschickt, welcher den evangelischen Churfürsten und Fürsten von dem lest geschlossenen Pacifications-Edicte \*) Nachricht geben, für die, im vorübergehendem Kriege, von dem Pfalzgrafen Wolfgang geleistete Hülfe, und für die, von Heidelberg aus, an den König überschickte Fürbitte †) danken, und endlich bitten sollte, eine Gesandtschaft an den König von Frankreich abzusenden, um ihn zu Festhaltung des aufgerichteten Friedens zu ermahnen. Diese Bitte fand auch Gehör und Beyfall, und es schickten also die Churfürsten von der Pfalz, Sachsen und Brandenburg, der Pfalzgraf Richard von Simmern, der Marggraf Georg Friedrich von Brandenburg-Anspach, die Herzoge Julius von Braunschweig, Ludwig von Württemberg und Johann Albrecht von Mecklenburg, der Landgraf Wilhelm von Hessen-Cassel und der Marggraf Carl von Baden-Durlach eine gemeinschaftliche Gesandtschaft, in ihrem Namen, nach Frankreich ab, welche den König zu Villers-Cotterez in Isle de France antraf, und zur Audienz zugelassen wurde. Die 24ten Gesandten statterten zuörderst dem König ihren Glückwunsch zu der vollzogenen Vermählung mit der Kayserlichen Prinzessin ab, und ermahnten ihn hernach in einer weitläuftigen Rede,

Ee 5

die

\*) S. in diesem VIII. Bande der H. T. A. G., S. 173. f.

†) S. in Eben demselben, S. 172. f.

3. Die Bedingungen des, mit seinen protestantischen  
1570<sup>o</sup> Unterthanen, lezthin geschlossenen Friedens zu halten, und zu erfüllen. Der König antwortete ihnen hierauf sehr gnädig, und fertigte die Gesandten mit Geschenken ab <sup>o</sup>).

Zulezt muß ich noch bey Gelegenheit des Speyerischen Reichstages anführen, daß auf demselben verschiedene aus den Niederlanden, wegen der blutdürstigen Verfolgungen des Herzogs von Alba, geflüchtete Edelleute, worunter auch die Grafen von Ruilenburg und Berg waren, dem Kayser und der R. Versammlung eine Supplik übergeben, und um deren Schutz und Fürsprache angesucht haben. Ehe ich aber davon das weitere gedenke: so will ich erst den Fortgang der, im sechsten Bande dieses Werkes, abgebrochenen  
(1567) Geschichte der Niederländischen Unruhen <sup>o</sup>) einschalten. In den Niederlanden bekamen die Sachen, nach der getrennten Verbindung des Adels, nach dem Flüchten so vieler Edlen und Gemeinen, welches die Oberstatthalterin vergebens durch eine Verordnung zu hindern suchte, und nach der Gefangennehmung und Bestrafung der Bilderstürmer und Uncatholischen, eine ganz andere Gestalt, und man sieng allenthalben an, sich zur Unterwürfigkeit zu bequemen. Die Oberstatthalterin und Herzogin Margareta von Parma glaubte also, daß

<sup>o</sup>) Scharidii Epit. ad a. 1570., in Eius Scriptor., T. IV. p. m. 148. b. 149. a. et 150. a. — 152. b. Lundorp. l. c., T. II. L. X. p. m. 45. et 46. Thuanus l. c., T. II. L. XLVII. p. m. 639. et 662. sq. Schadaeus l. c., P. II. L. VI. §. 64. p. 199. und Schöepflin l. c., T. IV. L. VI. c. 2. §. 19. p. 52. sq.

<sup>o</sup>) S. im VI. Bande der N. T. R. G., S. 456.

daß sie nunmehr alle Schwierigkeiten überwunden J. Sp.  
hätte, und daß sie, durch Erneuerung der scharfen 1570  
Strafbefehle, den alten Gottesdienst bald wie-  
der in den vorigen Glanz würde herstellen können.  
Indessen waren doch Andere der Meinung, daß  
man künftig den Weg der Gelindigkeit wählen  
müßte, um die Niederländer zum völligen Ges-  
horsam zu bringen, und daß eine grössere Schär-  
fe die Einwohner zu einem neuen Aufstande  
veranlassen würde. Allein dagegen wandten An-  
dere ein, daß das Volk sich nur aus Furcht und  
nicht aus Reue stille hielte, und daß dasselbe, so-  
bald man ihm nur ein wenig Ruhe gönnete, sich wie-  
der aufzulehnen, und sein Vorhaben ins Werk  
zu richten suchen würde; deswegen man mit der  
Schärfe gegen dasselbe fortfahren müßte. Eben-  
so dachte man auch in Spanien, wo der Königa-  
liche Staatsrath zwar die persönliche Ge-  
genwart des Königs in den Niederlanden, zu  
Stillung der dortigen Unruhen, schlechterdings  
für nöthig achtete; aber in seinen Meinungen  
anfangs getheilt war: ob es zuträglicher wäre, daß  
er unbewaffnet, oder mit einem Kriegsheere  
nach den Niederlanden gieng? Der Fürst von  
Eboli, dem auch der nunmehrige Herzog von Feria,  
der Königliche Beichtvater, Bernhard Fres-  
neda, ein Franciskanermönch, und der Staats-  
sekretär, Anton Perez beifielen, rieth zur Ge-  
lindigkeit gegen die iho ruhigen und gehorsamen  
Niederländer, weil die Unruhen von der Ober-  
statthalterin nunmehr völlig gestillet wären.  
Hingegen der Herzog von Alba, dem die Meisten  
beistimmten, rieth zur Strenge und einer bewaff-  
neten Rache, als dem einzigen Mittel, der bes-  
leidigten Religion und Königlichen Gewalt  
Genugthuung zu verschaffen. Der König  
selbst



3. **Spanischen Truppen**, viele Handwerker und  
 1570 Kaufleute bereits das Land verlassen hätten,  
 und noch mehrere ein gleiches thun würden,  
 wenn sie würdlich kämen. Die Einwohner  
 fürchteten diese Kriegsvölker und sahen sie als  
 Werkzeuge an, wodurch sie zur Strafe gezogen  
 werden sollten, und auch der Adel wäre darüber  
 mißvergnügt, die Folgen aber würden ein graus-  
 amer und langwieriger Krieg seyn; mithin sie  
 den König bäte, die kriegerischen Rathschläge  
 bey Seite zu setzen, und friedfertig nach den  
 Niederlanden zu kommen. Andere schrieben  
 nach Spanien, daß der Herzog von Alba in den  
 Niederlanden gar nicht beliebt wäre, und nichts  
 ausrichten würde, wofern der König nicht  
 mitkäme, dessen Ueberkunft allein mehr als  
 50000. Mann bewürfen würde; daß ein jeder  
 vor dem Spanischen Kriegsvolke erschäcke,  
 u. s. w. Vornehmlich aber war die Ueberkunft des  
 H. von Alba der Oberstatthalterin äußerst zu-  
 wider, in welchen Gefinnungen sie viele durch die  
 Vorstellung bestärkten, daß dieser stolze Mann  
 die Ruhe, welche sie mit grosser Mühe und Klug-  
 heit wieder hergestellt hätte, von neuem stöhen,  
 und ihr den dadurch erworbenen Ruhm rauben,  
 und sich zueignen würde. Sie hatte daher dem  
 Herrn von Billy, den sie mit dem obigen Schrei-  
 ben nach Spanien schickte, aufgetragen, diese Be-  
 schwerde dem König in geheim zu eröffnen; ab-  
 lein derselbe änderte deswegen seinen Entschluß  
 nicht, sondern ließ ihr durch den Fürsten von  
 Eboli antworten, daß der H. von Alba nicht ab-  
 geschickt würde, um ihr etwas von ihrem, durch  
 Stillung der Unruhen, erworbenem, und ihr  
 allein zugehörigen Ruhme zu entziehen, sondern  
 ihr durch seinen Rath und Beistand die Arbeit  
 zu



zu erleichtern, und die Schuldigen, ohne daß der J. Ehr. Haß auf sie fiel, zur Strafe zu ziehen. Siedurch 1570 aber gab der König deutlich genug zu erkennen, daß er das vergangene nicht vergeben, sondern seine Rache vergnügen wollte.

Der Herzog von Alba brach nun aus Spanien auf, gieng zu Carthagena, mit dreißig Galeeren, unter Seegel, und landete nach acht Tagen 1567.) glücklich zu Genua. Bald nach seiner Abreise starb (s. e. m. von den, im vorigen Jahr, nach Spanien geschickten Niederländischen Herren \*), der Marggraf von Bergen op Zoom im Gefängniß aus Gram, oder vielmehr durch Gift, und sein Gefährte, der Herr von Montigny, wurde das Jahr darauf, zu Medina del Campo hingerichtet, oder, wie andere sagen, blieb er noch bis in den Weinmonat des J. 1570. im Gefängniß, da man ihn auch mit Gift aus dem Wege räumte. Zu Genua war der Sammelplatz der in Italien zusammen gezogenen Spanischen Kriegsvölker, die zwar nur aus vier Regimentern Fußvolkes, gegen 9000. Mann stark, und zwölf Geschwadern Reuter, welche etwas mehr als 1200. Köpfe ausmachten, bestanden, aber lauter alte und geübte Truppen waren, die der J. von Alba in den Niederlanden durch neu geworbene Mannschaft zu vermehren gedachte. Nachdem der Herzog diese Völker gemustert hatte, und hierauf mit ihnen, durch das Genuesische und Piemont, in Savoyen angekommen war; so erhielt er, von der Oberstatthalterin und Herzogin Margareta von Parma, ein Schreiben, worin sie ihm meldete, daß die Sachen in den Niederlanden auf einem guten Fuße stünden, und sie es daher seiner Ueberlegung

\*) S. im VI. Bande der N. T. R. G., S. 483-485.

3. Er. legung anheim stellen wollte: ob es nicht rathfamer  
 1570 wäre, einen Theil eines so grossen Kriegsheeres  
 zurück zu senden, als die Niederländischen  
 Provinzen, durch eine solche beschwerliche Kriegs-  
 macht, zum Mißvergnügen zu reizen. Allein  
 der H. von Alba berief sich auf die Befehle des  
 Königs, setzte seinen Zug, jedoch mit der größten  
 Beschwerlichkeit, über die Savoyischen und  
 Schweizer Gebürge fort, und langte mit dem  
 vierzehnten Marsche in der Grafschaft Burgund  
 an, wo die neulich angeworbenen vier Tausend  
 Reuter zu ihm stießen. Hierauf verfolgte er seinen  
 Weg durch das Herzogthum Lothringen, und  
 kam endlich in dem Herzogthume Luxemburg  
 an, wo er sein Kriegsheer mit den neu gewordenen  
 deutschen Regimentern, unter den Grafen von  
 Lodron, Oberstein und Schauenburg ver-  
 stärkte, und hierauf die Truppen in die Quartiere  
 verlegte, um sich von dem höchst beschwerlichen Mar-  
 sche wieder in etwas zu erholen; für seine Person  
 aber begab er sich auf einige Tage nach Diedenhor-  
 fen, wohin die Oberstatthalterin die Herren von  
 Barlaumont und Noircarmes schickte, um ihm  
 zu seiner Ankunft Glück zu wünschen.

(m. Aug. a. e.) Es vertheilte hierauf der Herzog seine Krieges-  
 völker in die vornehmsten Brabantischen und  
 Flandrischen Städte, und er begab sich nach  
 Brüssel, wo er, in Begleitung der ansehnlich-  
 sten Niederländischen Herren, und unter andern  
 der Grafen von Egmond und Hoorne, seinen  
 Einzug hielt. Der Oberstatthalterin legte er  
 seine Bestallung vor, worin ihm, als General-  
 Capitain, der Oberbefehl über das Kriegsvolk  
 aufgetragen war; insgeheim aber zeigte er ihr eine  
 weitläufigere Anweisung, wodurch ihm die  
 Gewalt gegeben wurde, nicht nur die Krieges-  
 sachen

eben nach seinen Gutdünken zu verwalten, sondern 3. Ob.  
 auch die Obrigkeiten und Befehlshaber abzu- 1570  
 setzen, und den letzten Aufsatze zu untersuchen  
 und zu bestrafen. Zugleich gab er ihr zu erkennen,  
 daß er noch viele besondere Befehle hätte, wo-  
 von er zu gelegener Zeit Eröffnung thun würde. Die  
 Oberstatthalterin ward hiedurch auf das empfind-  
 lichste beleidiget, indem sie hieraus leicht abnehmen  
 konnte, daß der Herzog auch das Zest der Re-  
 gierung künftig haben würde, da der König ihm  
 die Waffen in die Hände gegeben, und ihm so viele  
 besondere Befehle anvertraut hätte. Weil Sie  
 nun nicht willens war, ihm zum Deckmantel  
 seiner ausübenden Gewaltthätigkeiten zu die-  
 nen; so beschwerte sie sich, in ihren Briefen an  
 den König, über die große Gewalt, die er dem  
 Herzog gegeben hätte, und bat ernstlich um ihre  
 Entlassung von der Statthalterschaft. Die  
 Niederländer hatten die Ankunft des Herzogs  
 von Alba mit Zittern erwartet, und Große und  
 Kleine fanden, nach seiner Ankunft, bald Ursache,  
 vor ihm zu zittern. Dann Er war von Natur  
 ernsthaft und eigensinnig, unfreundlich und  
 streng, welche Eigenschaften bey ihm mit der Zeit  
 in Wildheit und Hochmuth, Trotz und Graus-  
 samkeit ausgeartet waren. Er hatte den Ruhm  
 eines der größten Feldherren seiner Zeit erlangt;  
 aber Dieses und das Bewußtseyn seiner Verdien-  
 ste machte ihn stolz und eitel, eifersüchtig und  
 neidisch gegen andere, die auf einen gleichen  
 Vorzug einen Anspruch hatten, welches besonders  
 dem Grafen von Egmond tödtlich gewesen seyn  
 soll. In seiner Religion war er bis zum Abes-  
 glauben eifrig, welches ihn zu einem schwärme-  
 rischen und wüthendem Hass gegen alle diejenige  
 anreizte, welche die Römische Kirche und ihr

3. Er. Oberhaupt für Ketzer und Abtrünnige erklärt 1570 hatte, und worin er seinem Herrn, dem König Philipp, vollkommen ähnlich war. Die Aehnlichkeit dieser Bestimmungen war auch vielleicht der vornehmste Bewegungsgrund gewesen, warum der König, welcher die Verletzung der Bilder der Heiligen und seiner Religionsverordnungen nicht ungestraft lassen, und die Ketzerey mit der Wurzel vertilgen, unter diesem Vorwande aber zugleich die Freyheit der Niederländer vernichten wollte, den H. von Alba zu Ausführung dieser grossen Absichten erwählt hatte, welche nicht ohne die äusserste Gewalthätigkeiten und vieles Blut vergossen geschehen konnte, wozu der Herzog das geschickteste Werkzeug war, weil derselbe ein hartes, unerbittliches und unmitelbares Gemüth hatte, und es ihm, da er den größten Theil seines Lebens im Kriege zugebracht, zur Gewohnheit und gleichsam zur andern Natur geworden war, Verwüstungen, Blut und Leichen zu sehen.

Bald nach seiner Ankunft zu Brüssel zeigte auch der H. von Alba, was für eine grosse Gewalt der König ihm gegeben hatte, da er nemlich (9. Sept. die Grafen von Egmond und Hoorn, die er a. a.) unter dem Scheine, mit ihnen und andern Grossen Rath zu halten, nach Brüssel gelockt hatte, in dem Hause des Grafens von Knienburg, unvermuthet gefangen nehmen ließ, wozu der Graf von Egmond, über die Verletzung der Freyheiten des Landes und der Vorrechte des Ritterordens vom goldenen Vliesse, vergebliche Klagen führte. Beide gefangene Grafen saßen, jeder an einem besondern Orte, ein Paar (22. u. 23. Oct. Wochen zu Brüssel, von da sie hernach, unter einer Bedeckung von 3000. Spaniern, nach dem Schlosse

Schlösser zu Gent abgeführt wurden, wo sie noch 3. Dec. in das folgende Jahr hinein blieben, da wir noch 1570 das weitere von ihren Schicksalen melden wollen. Außer ihren Personen hatte man sich auch ihrer Papiere, des Geheimschreibers des Grafen von Egmond, Johann Casembroods, Herrn von Batterzeel, und des Antwerpischen Bürgermeisters, Antons von Straalen, bemächtigt, auch noch viele andere vornehmere Personen in Verhaft genommen. Allein der Graf von Zoogen-Straten, der schon auf dem Wege nach Brüssel war, kehrte, auf die erhaltene Nachricht von der Gefangennehmung der Grafen von Egmond und Lodovico, schnell um, und entging dadurch dem ihm gedachten gleichen Schicksale. Als der damals zu Rom sich aufhaltende Cardinal von Granvella von der Gefangennehmung der beiden Grafen Nachricht bekam, soll er gefragt haben: „ob man auch den Stillschweigenden,“ (so nannte er den Prinzen von Oranien,) „besonnen hätte?“ und wie man ihm mit Kleinantwortet, soll er erwidert haben: „daß man an dem einzigen Stillschweigenden mehr, als an allen andern, gefangen haben würde.“ Uebrigens verursachte die Gefangennehmung der beiden vorhergesagten Grafen und so vieler anderer angesehenen Leute, in den gesamten Niederlanden, ein gewaltiges Schrecken, und da schon die Ankunft der Spanischen Soldaten, wie die Oberstatthalterin an den König schrieb, ungefähr 100000 Menschen aus dem Lande getrieben hatte: so flüchteten sich nun 20000 andere, aus Furcht vor den bevorstehenden Drangsalen, Deutschland, Frankreich und England wurden mit den Niederländischen Flüchtlingen angefüllt, welche mitnahmen was sie konnten,

3. Oct. ten, und ihre unbewegliche Güter zurücke ließ  
 1570 sen, um wenigstens Leib und Leben zu retten.

Die Gefangennehmung der Grafen von  
 Egmond und Hoorne war ohne Vorwissen der  
 Oberstatthalterin geschehen, welches sie sehr übel  
 aufnahm, ob sich gleich der Herzog deswegen mit  
 den geheimen Königlichem Befehlen bei ihr  
 entschuldigen ließ. Sie suchte also bey dem Kö-  
 nig um ihre Entlassung aufs neue an, und er-  
 hielt sie auch noch vor Ablauf des Jahres, wo-  
 bei der Herzog von Alba zu ihrem Nachfolger  
 ernannt wurde. Vor ihrer Abreise schrieb sie noch  
 an den König, und empfahl ihm die Gerechtigkeit  
 und die Einschränkung der Strafen auf so wenig  
 (an Dec. 2. c.) ge, als möglich wäre; von den Niederländischen  
 Ständen aber nahm sie schmerzlichen Abschied,  
 und die Städte von Brabant machten ihr ein Ge-  
 schenke von 25000. Gulden, deren Beyspiel  
 aber die übrigen Provinzen nicht folgten. Ob  
 Sie indessen ihre Entlassung erhalten, und, zu An-  
 fang des folgenden Jahres, aus den Niederlanden  
 zu ihrem Gemahl nach Italien abreiste, wenn  
 (in fine Sept. 2. c.) der Herzog von Alba einen sogenannten Rath der  
 Unruhen, (*Conseil des troubles*;) über ein Gerichte  
 zu Untersuchung der Niederländischen Un-  
 ruhen an, vor welches alles, was mit den vorigen  
 oder gegenwärtigen Bewegungen eine Verbindung  
 hatte, gezogen und abgethan werden sollte. Dieser  
 Bericht wurde nachher, wegen seines ungebühr-  
 lichen Verfahrens, der Blutrath genannt, und  
 bestand aus zwölf Mitgliedern, unter denen sich  
 der Licentiat Johann von Vargas, ein Spanier,  
 welchem in der Folge der H. von Alba die meiste  
 Gewalt überließ, der Genesische Rathoberr  
 Jacob Zeffel, und der Fiscal von Burgund, be-  
 denzig del Rio, am meisten bekannt und verhasst  
 gemacht.

gemacht haben. Der Herzog von Alba selbst war: Das Haupt dieses Rathes, der bloß in dessen Na-<sup>1570</sup>men die Urtheile sprach; es entzogen sich aber demselben noch und noch die meisten Mitglieder, also daß endlich alles nur auf dreyen oder viereu derselben, ja fast auf dem einigen Vargas, beruhete, dessen Gutachten die übrigen Mitglieder immer befolgen mußten, weil er bey dem Herzog alles galt. Dieser Vargas wird selbst von Spanisch gesinnten Schriftstellern als ein Ungeheuer der Grausamkeit beschrieben, und fällt überhaupt ein hartes Urtheil über die Niederländer, nach welchem sie alle den Galgen verdienten †).

So bald dieser Rath oder Gericht seine Sitzungen angefangen hatte; so wurde ein jeder, der sich in die vorigen Unruhen gemischt hatte, vor denselben vorgeladen, und wer nicht erschien, wie die meisten thaten, dessen Güter wurden für verwütht erklärt, sogleich für den König eingezogen, und der nicht Erschienene aus dem Lande verwiesen, die man aber erwischte, wurden fast sämmtlich hingerichtet. Man sah daher fast täglich Menschen hängen, köpfen, viertheilen, verbrennen, oder wenigstens auf die Galeeren schicken, weil fast keine Schuld so gering war, die man nicht der Todesstrafe würdig achtete. Nicht nur die untholischen Kirchendiener, und diejenigen, welche die Waffen wider den König ergriffen hatten, wurden für Verbrecher, die des Todes schuldig waren, gehalten, sondern man rechnete auch unter die eine Lebensstrafe verdienende Verbrechen;

§ 3

daß

†) Des Vargas bekannter Waidpruch war: *Haereticis fraxerunt templa, boni nihil faxerunt contra, ergo debent omnes patibulare*; s. Everh. Reidani Annal. Belg.; (Lugd. Batav., 1633. fol.) L. I. P. 5.

2. Er. daß man Bittschriften wider die Inquisition, 1570 die Strafbefehle und die neuen Bischöfe, gemacht und übergeben; das Predigen geduldet, den Kirchenplünderungen nicht widerstanden, unkatholische Lehrer beherberget, Geusenslieder verfertiget und gesungen, calvinischen Begräbnissen beygewohnt, und gesagt hätte: der wegen der Unruhen angeordnete Rath müßte die Vorrechte und Freiheiten der Niederlande in Betrachtung ziehen; der neue Gottesdienst würde auch in kurzem in Spanien ausgebreitet werden; man müsse Gott mehr gehorchen, als den Menschen, und was dergleichen Ausdrücke mehr waren. Man findet nicht, daß der vor-  
mals verbundene Niederländische Adel \*), gegen diese Spanische Gewaltthätigkeiten, etwas zur Vertheidigung der Freiheit des Landes unternommen habe, als nur, daß etliche, nach der Gefangennehmung der Grafen von Egmond und Hoerne, noch vor dem Hornung 1568., eine Schrift unterzeichnet, wodurch sie sich verbindlich gemacht, Geld zur Vertheidigung der guten Sache zusammen zu bringen. Ob aber solches geschehen, und wozu es angewandt worden, davon hat man keine Nachrichten. Hingegen war der Herzog von Alba, nachdem er Oberstatthalter geworden, nunmehr desto eifriger beflissen, die ihm von dem König aufgetragene Befehle zu vollstrecken. Vermöge eines desselben sollte er in den grossen Städten Schlösser bauen lassen, um sie desto besser im Zaume zu halten, und damit machte er den Anfang zu Antwerpen, wo in wenig Wochen eine ansehnliche Festung von vier Bollwerken, zu grossem Schrecken der Einwohner, aufgeführt wurde,

\* E. im VI. Bande der 27. T. A. G., S. 472. ff.



würde, die vierzehn Tonnern Goldes kosteten, 3. Gr. aus wovon die Stadt ein Drittel bezahlen mußte. 1570  
 Nachher fieng man an, dergleichen Festungen auch an andern Orten anzulegen; aber die bald nachher ausgebrochenen Kriegsunruhen verhinderten den Herzog, die meisten völlig auszubauen; und einige Städte kauften die Erbauung der Schlösser ab, wie z. E. die Stadt Amsterdam mit 200000. Gulden, woben sie sich zugleich die Freyheit von einer Spanischen Besatzung ausbedung.

So verstrich das Jahr 1567., und bald nach dem Anfange des folgenden, ließ der Herzog von (1568. Alba den Prinzen Wilhelm von Oranien und <sup>24. Jan.</sup> seinen Bruder, den Grafen Ludewig von Nassau, ingleichen den Herrn von Brederode, und die Grafen von Zoogstraaten, Bergen und Ruilenburg, öffentlich vor Gerichte fordern. Der Prinz ward als das Haupt der Auführer angeklagt, und ihm Schuld gegeben, daß er die Regierung umzustürzen gesucht, die Unterthanen von der Liebe zu ihrem natürlichen Herrn abgewandt, den Adel aufgewiegelt, und zu dessen aufrührerischen Versammlungen seine Häuser zu Breda und Brüssel hergegeben; ferner daß er dem Herrn von Brederode Geschütz verschafft, die Königlichen Völker, welche in Seeland einrücken sollen, daran verhindert, und in Antwerpen zugelassen hätte, Soldaten zu werben, Geld zu heben, ja selbst unkatholische Kirchen zu erbauen. Den andern wurden eben dergleichen Mißethaten zur Last gelegt, und insonderheit, daß sie dem Prinzen von Oranien in allem angehangen hätten; der Herr von Brederode aber wurde besonders beschuldiget, daß er Kriegsvolk geworben, die Waffen wider den

3. Der König ergreifen, Gelder einheben, und Geiseln  
 1570 liche und Weltliche geprügelt und gebrandt  
 schatzen hätte. Wegen aller dieser Verbrechen  
 sollten die Vorgeladenen, innerhalb sechs Wochen,  
 erscheinen, und sich vor dem H. von Alba ver-  
 antworten. Dieser ließ nun, ungefähr um  
 eben die Zeit, den ältesten dreizehnjährigen  
 Sohn des Prinzen von Oranien, Philipp  
 Wilhelm, Grafen von Büren, von der Uni-  
 versität Löwen, wo ihn sein Vater, im Vertrauen,  
 daß er daselbst, wegen seiner Unschuld und der Wei-  
 rechte dieser hohen Schule, sicher seyn würde, ge-  
 gen die Vorstellungen der Universität, mit Ge-  
 walt wegnehmen, und zu Schiffe nach Spanien  
 abführen, wo er 28. Jahre gefangen gehalten  
 wurde; der Graf von Batlamont aber ward  
 nachher ernannt, seine Güter, als sein Vermögen,  
 zu verwalten.

Mittlerweil erfuhr der nach Teutschland, in  
 seine väterliche Grafschaft Nassau, gegangene †)  
 Prinz von Oranien, daß er öffentlich vor Gericht  
 gefordert worden sey; stand aber, wie leicht zu er-  
 achten, nicht für rathsam, zu erscheinen. Er  
 eröffnete daher die Ursachen, warum er es nicht  
 thäte, in einem Schreiben dem Königlichen  
 Oberanwalde, Johann du Bois, von welchem  
 er dem H. von Alba selbst eine Abschrift überschie-  
 kte, und zugleich über die gefängliche Wegfüh-  
 rung seines unschuldigen Sohnes klagte. Fer-  
 ner bewies er die Ungültigkeit seiner Vorladung,  
 und zeigte, daß er, als ein Teutscher Reichsstand  
 und Ritter des goldenen Vlieses, auf eine ganz  
 andere Art vor Gericht gefordert werden müßte.  
 Auf die ihm zur Last gelegte Punkte antwor-  
 tete

†) S. im VI. Bande der N. L. K. W., S. 508. f.

war er damals nicht; aber etwas hernach gab er J. Ge. eine weitläufige Schutzschrift wegen seines vor 1570 gen. Betragens heraus, worin er den Cardinal von Granvelle als die erste Ursache der Niederländischen Unruhen abbildete, und zugleich anführte, daß das Bündniß des Adels, ohne sein Vorwissen, geschlossen worden, und daß die Werbung zu Antwerpen ihm nicht Schuld gegeben werden könnte, da er das geworbene Volk hätte zerstreuen helfen. Hiernächst keriief er sich auf seine und seiner Vorfahren geleistete Dienste, die viel zu gering geschätzt würden, und schloß endlich mit dem Wunsche, daß der Himmel dem König die Unschuld seiner verfolgten Diener zeigen möchte, damit man endlich sähe, daß das Unrecht, welches man that, nicht ihm, sondern denen, die ihn bisher die Wahrheit verbergen hätten, zugeschrieben werden müßte. Und so antworteten hernach auf gleiche Art der Graf von Zoogstraten und die andern auf die an sie ergangene Ladungen.

In den Niederlanden dauerten inzwiſchen die Gefangenmachungen und Verfolgungen immer fort, und der Herzog von Alba selbst hatte einen Anschlag gemacht, die Un catholischen, in der Nacht vor dem Aschermittwoche, an vier<sup>(4 Mra</sup> len Orten zugleich zu überfallen, zu dessen Ausführung verschiedene Personen abgeschickt wurden; allein einige Schultheißen warnten die Leute, wodurch viele der Gefahr entgingen. Inbessen wurden doch viele gefangen genommen, und verschiedene derselben, worunter so gar Leute von Ansehen waren, heftig gemartert, um dasjenige, was sie wußten, und nicht wußten, von ihnen heraus zu bringen. Da die Niederländischen Unruhen ihren Ursprung vornehmlich von der Reli-  
gion



nier wäre, sie gänzlich zu unterdrücken; so g. J. Er-  
 rathen sie in Verzweiflung, und ein Haufen zu 1570  
 sammengelaufenes Volkes in Westlandern, wozu  
 man den Namen der wilden Geusen gab,  
 fiel in die Klöster ein, plünderte dieselben, miß-  
 handelte die Geistlichen, wurde aber bald  
 von den Kriegsvölkern des K. von Alba zer-  
 streuet.

Prinz Wilhelm von Oranien hatte, vor  
 seiner Abreise aus den Niederlanden, sich verlan-  
 gen lassen, daß er niemals etwas wider den Kö-  
 nig von Spanien unternehmen würde, wofern  
 ihn derselbe an seiner Ehre und in seinen Gütern  
 nicht beleidigte \*). Aus demjenigen aber, was  
 nunmehr in den Niederlanden vorging, und  
 aus der an ihn ergangenen Ladung, konnte es  
 leicht abnehmen, daß in kurzem ein nachtheiliges  
 Urtheil gegen ihn ergehen würde. Da er nun auch  
 beständig von den gefährdeten Edelleuten und  
 andern ersucht wurde, etwas zur Befreyung des  
 unterdrückten Vaterlandes zu unternehmen;  
 so scheint ihn dieses zu dem Entschlusse gebracht zu  
 haben, sich zu waffnen, und ein Kriegsheer in  
 Teutschland zusammen zu bringen. Er begab sich  
 daher an verschiedene teutsche Höfe, und bewog  
 einige, ihm Geld vorzuschießen, und andere, ihm  
 eine freye Werbung zu verstatten. Sein ältes-  
 ter Bruder, Graf Johann von Nassau, stund  
 ihm hierin eifrig bey, und verschaffte ihm Geld,  
 durch Verpfändung aller seiner Herrschaften;  
 er selbst verkaufte sein bestes Hausgeräthe,  
 Silbergeschirr, Edelgesteine und andere Kost-  
 barkeiten, die er mit sich aus den Niederlanden  
 nach Teutschland gebracht hatte; und er erhielt  
 aus

\*) S. im VI. Bande der N. T. K. G., S. 509.

9. Oct. aus den Niederlanden von den Un catholischen  
1570 und den Geflüchteten einen Geldbeitrag, der  
aber weit geringer war, als er gehofft hatte. Hier  
auf fiengen er und einige Niederländische Edel-  
leute an, Kriegsvölker zu werben, und der Pfalz-  
graf Johann Casimir, der mit seinen nach Frank-  
reich geführten Truppen, nach dem zu Longjumeau  
geschlossenen Frieden, zurückgekommen war †), ließ  
unserm Prinzen, der damals zu Duisburg sich  
aufhielt, durch zwey Niederländische Edelkne-  
chte, den Beystand seiner Kriegsvölker anbieten,  
den er aber, wegen Geldmangels, ablehnen  
musste; doch scheint nachher ein Theil dieses Vol-  
kes zu Heidelberg gegen den H. von Alba aus-  
genommen worden zu seyn. So bald indessen dies  
er von diesen Fürstungen Nachricht bekam, so  
nahm er auch noch 2000. Wallonen, und eine  
gute Anzahl italiänischer Reuter an, die gleich-  
falls in Frankreich gedienet hatten, und nach man-  
nig wiederhergestellter Ruhe waren abgedankt  
worden, mit welchem Volke er dann die Nieder-  
ländischen Grenzen besetzte.

Der Plan des Prinzens von Oranien gieng  
nur dahin, den H. von Alba an drey Orten zu-  
gleich anzugreifen, und er selbst wolte mit dem  
Groß seines Kriegsheeres in das Herz von Brab-  
bant einbringen, in Hoffnung, daß einige Land-  
schaften oder vornehme Städte zu ihm übertra-  
ten würden, weil er sich nicht im Stande befand,  
seine zusammen gebrachte Kriegsmacht, ohne die  
Hülfe der Niederländer, lange zu unterhalten.  
Der Herr von Coqueville, ein Edelmann aus  
der Normandie, sollte mit sieben bis achthundert  
Mann, welche im Namen des Prinzens von Conde  
und

†) S. im VII. Bande der 17. T. R. G., S. 174 f.  
und 448 & 450.

und des Admirals von Coligny in Frankreich. Er waren gemordet worden, einen Einfall in Artois 1570 und Hennegau thun. Graf Ludwig von Nassau sollte Friesland und Groningen angreifen, und der Graf von Zoogstraaten längst dem Rheine und den Maas nach Geldern gehen; der Prinz selbst aber wollte in Brabant vordringen, so bald der Herzog seine Kriegsmacht an diesen drei Orten vertheilt haben würde. Allein dieser so gut entworfenen Anschlag wurde, theils durch den Mangel einer genugsamen Macht und Vorsicht, theils durch die Wachsamkeit und Klugheit des H. von Alba, vernichtet. Daß der Coquesville, welcher die Gefangenen in Artois angefangen hatte, wurde auf die Klagen des H. von Alba, und auf Befehl des K. von Frankreich, auf Französischem Boden gefangen, und weil er keine Bestätigung vorzeigen konnte, als ein Mörder enthauptet. In der Maas gewann es gleich das Ansehen, als wenn die Sachen besser laufen würden, indem der Graf von Kurlenburg sich seines eigenen Schlosses Witten, nicht weit von Dalfenburg, bemächtigte; und die von dem H. von Alba darin gelegte Besatzung vertrieb. Zugleich wurden die Stadt Grave und das Schloß Heerenberg durch einige Niederländische Edelleute, weggenommen, von da sie aber Jancho von Lobdognis bald wieder vertrieb. Mittlerweil hatten auch einige Niederländische Flüchtlinge 2000. teutscher und niederländische Soldaten zusammengebracht, mit welchen sie, doch wider Willen des Prinzen von Oranien, die Belagerung von Ruremonde unternahmen; als der befürchtete, daß die Spanier, welche sich der Maas näherten, sie überfallen und schlagen möchten; deswegen er sie auch warnete, worauf sie jedoch, zu ihrem eignen Schaden

3. Er ihm nämlich kein Bräutigam; Graf Adolf von Nassau, 1570  
 570 Jahr, angeführt hatte, und in seinen Fahnen führte er die Devise: *Nunc, aut nunquam*, womit er andeuten wollte, daß, wenn man die Freiheit nicht izzo erfochte, man selbige auf ewig verloren halten müßte. Nachdem der H. von Alba von dem Tode des Graf Ludewigs Nachricht erhalten hatte, schickte er den allererst aus Frankreich zurückgekommenen Grafen von Arenberg, mit etwa 1000. spanischen und 400. deutschen Fußknechten, nebst einem Geschwader Reuter, ab, um den Grafen anzugreifen, und sollte jener der Graf von Negen, Statthalter von Geldern, mit 400. Reitern und 1500. Mann Fußvolkes verstärken. Aber noch vor dessen Anfunft griff der Graf Ludewig den Grafen von Arenberg bey dem Kloster Wittenweersum an, zog sich jedoch bald zurück, weil der Angriff ihm nicht gelingen wollte.

(13. May  
 1570.)

Hierauf verfolgte ihn der Graf von Arenberg, da es dann bey dem Kloster Zeiligerloo zu einem übermüthigen Gefechte kam, in welchem die Spanier völlig geschlagen wurden, und der Graf von Arenberg selbst, nebst verschiedenen hohen Befehlshabern, auf dem Platze blieb; aber auch der Graf Adolf von Nassau, bey dem Angriffe auf das Kloster Zeiligerloo, erschossen wurde. Graf Adolf war also der erste unter den vielen Nassauischen Herren, welche ihr Blut für die Niederländische Freiheit so herzhafte vergossen haben. Einige Tage hernach rückte der Graf Ludewig vor Grönningen; in welche Stadt sich der obgedachte Graf von Negen, mit seinen Bültern, geworfen hatte, und fing an, dieselbe zu belagern. Allein ob er gleich durch einen kaiserlichen Reuter, unter dem Grafen Jobst von Schaumburg,



burg, und durch eine grosse Anzahl Friesen und J. Hr. Gröninger war verstärkt worden, so war seine <sup>1570</sup> Macht doch viel zu schwach, diese wohlbesetzte Stadt mit Gewalt zu erobern. Aufferdem hatte der H. von Alba einige bewaffnete Schiffe nach der Ems und vor Delfzyl geschickt, um dem Grafen Ludewig die Zufuhr, die er zum Theil von dort her bekommen mußte, abzuschneiden, und jener hatte auch an diesen einen Befehl von dem Kayser ausgewürkt, daß er die Waffen niederlegen, und Gröningen und die Ommelande alsobald verlassen sollte \*). Nun kehrte sich zwar der Graf Ludewig nicht an diesen Kayserlichen Befehl, er veranlaßte aber doch, daß ein grosser Theil seines Kriegsvolkes, aus Furcht vor der Ungnade des Kayfers, sich verließ, wodurch er so geschwächt wurde, daß er die Belagerung von Gröningen nur schläfrig fortsetzen konnte.

Das Gerüchte von dem Siege bey Heiligerlee breittete sich bald durch die ganze Niederlande aus, und erfüllte die Uncatholischen und alle, die dem Prinzen von Oranien heimlich ergeben waren, mit Freude und Hoffnung. Desto grösser aber war der Verdruss des H. von Alba über die Niederlage des Grafens von Armburg, und es beschleunigte ohne Zweifel seinen Entschluß, das Urtheil wider den Prinzen von Oranien und andere aussprechen zu lassen; zumal da er ihn auch im Verdachte haben mochte, daß er an dem, zwar fehlgeschlagenem, Anschläge, ihn, den H. von Alba, während der Fastenzeit, in dem Kloster Groenendaal bey Brüssel aufzuheben, mit einem Antheil gehabt hätte. Es wurde also

\* S. im VII. Bande der H. T. R. G., S. 502.

(28. May a. e.) von dem, der Niederländischen Unruhen halber, angeordnetem Rathe, im Namen des Herzogs von Alba, das Urtheil wider den Prinzen von Oranien ausgesprochen, vermöge dessen derselbe des Lasters der beleidigten Majestät schuldig erkannt, und insonderheit beschuldigt wurde, „daß er, nach seiner Vorladung, und zu Verachtung derselben, die Waffen gegen den König ergriffen hätte, auch in dieser seiner Widerspannigkeit noch beharrte. Er ward daher auf ewig aus den Staaten des Königs, bey Todesstrafe, verbannt, und alle seine Güter wurden, zum Vortheile des Königs, für verwirkt erklärt,“. Wider seinen Bruder, den Grafen Ludewig von Nassau, und die Grafen von Berg, Kuilenburg und Hoogstraaten, ja so gar gegen den Herrn von Brederode, ob er (d. e.) gleich schon todt war †), ergieng an eben diesem Tage ein ähnliches Urtheil. Etliche Tage nachher (1. et 2. Jun. a. e.) wurden verschiedene gefangene Edelleute und andere Personen, an der Zahl zwey und zwanzig, dem über sie gesprochenem Urtheile gemäß, enthauptet, welches gleichsam das Vorspiel war zu der Hinrichtung der Grafen von Egmond und Hoorne.

Diese hatten bisher auf dem Schlosse zu Gent gesessen, und wurden nunmehr, unter einer Bedeckung von 3000. Spanischen Soldaten, nach Brüssel abgeführt, nachdem das gerichtliche Verfahren gegen sie schon zum Schlusse gebracht war. Während der Zeit, da ihre Sache vor Gericht ausgemacht ward, hatten Sie und ihre Anverwandten, ja selbst die Stände von Brabant, sich viele Mühe gegeben, daß in dem Processe wider sie die Vorrechte des Landes und des Ritsdes:

†) S. im VI. Bande der H. L. K. G., S. 510.

terördens vom goldenen Vliesse beobachtet werden möchten. Allein alles war vergeblich; 1570 dann der H. von Alba wollte die Sache vor dem oberwähnten *Conseil des Troubles* abgethan wissen, vor welchem sich die Beschuldigten schriftlich, und ohne Beistand der Rechtsgelehrten, verantworten mußten. Sie thaten es auch Beide, und besonders der Graf von Egmond, so offenbar und freymüthig, daß ein jeder unparteyischer Richter sie von den vornehmsten ihnen zur Last gelegten Verbrechen freygesprochen haben würde. Allein der blutdürstige Herzog von Alba hatte einmal ihren Tod beschlossen, und das Todesurtheil unterzeichnet, welches ihnen nunmehr publicirt wurde. (4. e. m. laut desselben wurden die beiden Grafen von Egmond und von Hoorne des Verbrechens der beleidigten Majestät schuldig erkannt, weil sie dem Prinzen von Oranien angehangen, den verbundenen Edelleuten Vorschub gethan, und in Flandern und zu Dornick, in Ansehung der Uncatholischen, ihre Pflicht übel beobachtet hätten; Sie sollten daher enthauptet, und ihre Köpfe solange, als es dem Herzog gefallen würde, auf Pfähle gesteckt, ihre Güter aber, zum Vortheile des Königs, eingezogen werden. Beide Grafen empfangen ihr Todesurtheil mit männlicher Herzhaftigkeit, und stunden es am folgenden Tage, auf einem zu Brüssel, auf dem Markte, errichtetem Blutgerüste, standhaft aus, obgleich der Graf von Egmond, noch bis zum letzten Augenblicke, auf die Gnade des Königs, jedoch vergeblich, gehofft hatte. Der Graf von Egmond versicherte, daß er als ein guter catholischer Christ sterbe, und küßte noch auf dem Schwerte das ihm von dem Bischof von Xpern darge-reichte silberne Crucifix, der Graf von Hoorne

2. Mr. aber hielt sich mit einigen Römischcatholischen  
 1570 Feierlichkeiten nicht auf. Ihre Köpfe wurden,  
 dem Urtheil zufolge, auf Pfähle gesteckt, aber  
 nach zwei Stunden wieder herunter genommen, zu  
 ihren Leibern in Särge gelegt, und nach ihren Gäs-  
 tern zum Begräbniß abgeführt. Der Anblick ih-  
 rer aufgesteckten Häupter rührte alle Anwesende  
 so sehr, daß er sogar den Spanischen Soldaten  
 selbst die Thränen auspreßte. Ganz Brüssel, ja  
 das ganze Land betrauerte den gewaltsamen  
 Tod der beiden Grafen, die Beide einen gro-  
 ßen Kriegsruhm erworben hatten; jedoch der  
 Graf von Egmond in einem höhern Grade,  
 indem der ehemalige Sieg bey S. Quintin ihm  
 größtentheils, der bey Grevelingen aber ganz  
 allein zugehörte, welche Verdienste aber ihm den  
 Haß und die Eifersucht des H. von Alba sollen  
 zugezogen haben. Da alle für ihn und den Gra-  
 fen von Hoorne, von ihren Verwandten und an-  
 dern, gethane viele und große Fürbitten bey dem  
 H. von Alba ohne Wirkung geschehen waren;  
 so vermehrte solches den Haß der Niederländer  
 gegen denselben, welchen er aber, da er sich durch  
 diese Schärfe gefürchtet machen wollte, wenig  
 achtete.

Nach der Hinrichtung der beiden Gra-  
 fen beschloß der H. von Alba selbst nach Gröning-  
 en zu gehen, um von da den Grafen Ludwig  
 von Nassau zu vertreiben. Er schickte den Ge-  
 neral Vitelli mit einer guten Anzahl Spanischer und  
 Teutscher Truppen voraus, zu welchen H. Erich  
 von Braunschweig, Calenberg stossen sollte;  
 Beide aber hatten Befehl, keine Schlacht zu  
 wagen, bevor er nicht im Lager angekommen wäre,  
 womit es sich jedoch bis in den December verzog.  
 (14. Jul. a. c.) Mittlerweil, und noch vor der Ankunft des H.  
 von

von Alba, hatte der Graf Ludwig die Belagerung von Grönningen aufgehoben, und sich nach dem Dorfe Jemmingen an der Ems zurückgezogen, wo er sich verschanzen und eine Verstärkung von seinem Bruder, dem Prinzen von Oranien, erwarten wollte. Allein der Herzog folgte ihm eiligst nach; und griff ihn an, worüber es zu einem blutigen Treffen kam, welches der Graf Ludwig, der etwa nur 7000. Mann stark war, wegen der Uebermacht der Spanier, und der Kleinmüthigkeit und Meuterey seiner Truppen, die vor Bezahlung ihres rückständigen Soldes nicht fechten wollten, verlor, und auf das Haupt geschlagen wurde, also daß der größte Theil des Fußvolkes auf dem Platze blieb, und alles sein Geschütze, Gepäcke und Vorrath den Feinden zur Beute wurde. Der Graf Ludwig entkam kümmerlich in einem kleinen Kahn über die Ems, oder schwamm, nach einem Schreiben des H. von Alba, über dieselbe, und sammelte hierauf den elenden Rest seines Kriegsvolkes, mit welchem er nach Deutschland zu seinem Bruder, dem Prinzen, gieng, um ihn zu verstärken; eine grosse Anzahl Friesen und Grönninger aber, die unter ihm gedient hatten, wurden nachher mit Einziehung ihrer Güter, aus dem Lande verbannet. Es hatte nemlich der Prinz von Oranien inzwischen ein ansehnliches Kriegsheer, welches einige für 20000. Mann stark, und andere noch für stärker ausgeben, zusammengebracht, mit dem er im Trierschen stund, und in Brabant eindringen wollte. Er unterhielt auch ein geheimes Verständniß in Holland, und machte, im Sommer d. J., einen Anschlag, sich Altnaars und Zoorns zu bemächtigen, welche Städte ihm einige Westfriesen und Nordholländer in die Hände liefern wollten.

(21.  
Jul.  
a. c.)

3. Or. wollten, wenn er nach Holland kommen würde.

1570 Allein die Unternehmung mißlung, und viele, die daran Theil gehabt hatten, wurden aus dem Lande verbannt. Man rührte zwar nachher, noch im Wintermonat d. J., die Trommel in Waterland und Westfriesland, und suchte Volk für den Prinzen von Oranien zusammen zu bringen; allein der Graf von Bossu zerstreute den versammelten kleinen Haufen, und die ihm in die Hände fielen, wurden gehenkt.

(init. Aug. R. C.) Ehe nun der Prinz von Oranien ins Feld rückte, machte er, in verschiedenen, theils weitläufigen Schriften, die Ursachen bekannt, welche ihn zu Ergreifung der Waffen bewogen hätten. Unter andern führte er in denselben an, „daß die „Spanier, von welchen die Niederländer schon „längst wegen der Ketzerey bey dem König was „ren verdächtig gemacht worden, die Inquisi- „tion in den Niederlanden eingeführt hätten, in „der Absicht, auf einem solchen Grunde das „Gebäude einer willkührlichen Regierung zu „errichten. Der Adel habe sich mit einer Bitt- „schrift dagegen gesetzt, und hierauf wäre die „Bilderstürmerey erfolgt, die in Spanien auf „das ärgste angebracht, und dadurch der König „bewogen worden, den Herzog von Alba nach den „Niederlanden zu schicken, welcher Schuldige „und Unschuldige verfolgte, beraubte und „hinrichten ließe. Man hielt den König in „Spanien arglistiger Weise auf, damit er keine „Kenntniß von dieser Grausamkeit bekommen „möchte, inzwischen der H. von Alba die von dem „König selbst beschworne Vorrechte mit Füßern „träte, und die Unterthanen den Spanischern „Gewalthätigkeiten bloßstellte. Er, der „Prinz von Oranien, hätte dieses Unheil voraus- „gesehen

„gesehen, und daher schon lange zuvor, aber 3. Chr.  
 „vergebens, den König gewarnt. Mithin 1570  
 „hätte Er endlich, aus Mitleiden gegen das be-  
 „drückte Volk, und aus wahrem Eifer für den  
 „Dienst des Königs, auf Ansuchen sowohl der  
 „Catholischen, als Uncatholischen, beschlossen,  
 „die Waffen zu ergreifen, zu keinem andern En-  
 „de, als zur Ehre Gottes, zum Dienste des  
 „Königs, und zu Erhaltung der Vorrechte  
 „und Freiheiten des Landes wider die Gewalt  
 „der Spanier. Um nun solchen Endzweck zu  
 „erreichen, wolle Er Gut und Blut anwen-  
 „den, wozu Er schon, auf eigene Kosten, ein  
 „ansehnliches Kriegsheer auf die Beine gebracht  
 „hätte; Er wolle daher die Einwohner bitten,  
 „ihn in seiner Unternehmung zu unterstützen, da-  
 „mit der H. von Alba bezwungen, die Vorrech-  
 „te wieder hergestellt, der wahre Gottesdienst  
 „frei geübet werden, und die Länder, unter der  
 „Regierung des Königs, im Frieden und Wohle-  
 „stande blühen möchten. Man findet nicht,  
 daß von Spanischer Seite auf diese Schriften  
 des Prinzens von Oranien damals geantwortet  
 worden; hingegen gieng das gewaltsame Verfah-  
 ren des wegen der Niederländischen Unruhen  
 angeordneten Rathes seinen bisherigen Gang fort.  
 Der Antwerpische Bürgermeister, Anton von  
 Straalen, und des Grafens von Egmond gewe-  
 sener Sekretär, der Herr von Bakkerzeel, wur-  
 den zum Schwertde verurtheilt, und das Haus  
 des Grafen von Kuilenburg, wo das Bündniß  
 des Adels zuerst war entworfen worden, bis auf  
 den Grund niedergerissen, auch auf dem Platze,  
 wo es gestanden hatte, eine steinerne Säule ge-  
 setzt, auf welcher die Zeit und die Ursachen, wa-  
 rum es zerstört worden, in viererley Spra-  
 chen

(m.  
Aug.  
a. e.)



3. Er eben zu lesen war, welche Säule aber, nach et-  
 1570 lichen Jahren, von der Bürgerschaft zu Brüssel  
 abgebrochen wurde.

Wegen Mangel des Geldes konnte der  
 Prinz nicht so frühe ins Feld rücken, und seinen  
 Zug nach der Maas antreten, als er sich vorge-  
 nommen hatte. Auf die ihm von einem Antwoer-  
 pischen Kaufmanne, Marc Perez, gegebene  
 Versicherung aber, daß 300000. Rthlr bereit  
 lägen, brach er endlich aus der Gegend des Klos-  
 ters Kommersdorf im Trierischen auf, und  
 bestund seine Armee, nach einigen Nachrichten,  
 aus 6000. Mann zu Pferde und 14000. zu Fuß,  
 bei welcher verschiedene vornehme Teutsche,  
 Französische und insonderheit Niederländische  
 Herren waren. Die regenhafte Jahreszeit und  
 die dadurch grundlos gemachten Wege hielten den  
 Marsch des Prinzens gar sehr auf, und man be-  
 fürchtete, daß die Maas, über welche der Prinz  
 gehen mußte, zu hoch anwachsen möchte, wenn  
 er lange unterwegs verjögern müßte. Endlich lang-  
 te er im Herzogthume Luxemburg an, und  
 zog, einige Tage nach einander, hin und her, we-  
 gen das platte Land, und insonderheit die Rits-  
 chen und Klöster, vieles von seinem Kriegsvolk  
 le litten, welchem er fast alles nachsehen mußte,  
 um einen Aufstand zu verhüten, den es, wegen  
 Mangel der Bezahlung, zu erregen drohete, und  
 auch damit wirklich einmal den Anfang machte,  
 welchen jedoch der Prinz, durch seine Geschick-  
 lichkeit, das Volk nach seinem Sinne zu lenken,  
 und durch etwas Geld zu stillen wußte. Um nun  
 dem Prinzen den Uebergang über die Maas zu  
 verwehren, setzte sich der Herzog von Alba, der  
 nach dem Siege bei Jemmingen, durch Holland,  
 nach Brüssel zurückgegangen war, wo er seinen Ab-  
 theilern



testen Sohn, Friedrich von Toledo, mit einer 2. Bst. aus Spanien überbrachten, Verstärkung von 1570 2500. Mann zu Fuß vorfand, mit einer ungleich stärkeren Macht, an dem linken Ufer der Maas bey Mastricht, und verschanzte sein Lager auf das stärkste. Hier wollte er den Prinzen, der, seiner Meinung nach, das Land zwischen dem Rhein und der Maas bald aufzehren würde, aufhalten, und zur Abdankung seiner Völker nöthigen; weil es ihm nicht möglich schien, daß derselbe sobald würde über den Fluß kommen können, da ihm der Durchzug durch Lüttich war abgeschlagen worden, und es ihm auch an aller Geräthschaft, Bedcken zu schlagen, fehlte. Allein der Prinz kam glücklich, bey Stochem, zwischen Mastricht und Ruy- (7 Oct. 2. c.) remonde, wo man durch den Fluß waden konnte, mit seiner ganzen Macht, im Angesichte des Z. von Alba, über die Maas, und wenn nicht die Nacht und die Müdigkeit seine Truppen abgehalten hätte, den Herzog sogleich so anzugreifen, so würde er ihn, nach aller Vermuthung, in der ersten Bestürzung über diesen unvermutheten Uebergang, haben schlagen können.

Am folgenden Tage suchte der Prinz den Herzog (8 e. m. et 2.) zu einer Schlacht zu bringen, der aber solche sorgfältig vermied, und in seinem Vorhaben beharrte, den Prinzen ohne Schwerdstreich, und bloß durch Mangel des Geldes und der Lebensmittel, zum Weichen zu nöthigen. Er schnitt ihm daher von allen Seiten die Zufuhr ab, und zwang ihn, seinen Lagerplatz mehr als zwanzigmal zu verändern, welches die Truppen sehr abmattete. Endlich brach der Prinz von Tienen, wo er sich zuletzt gelagert hatte, nach Judoigne auf, um sich daselbst mit einigen Kriegsvölkern, die ihm aus Frankreich zu Hülfe kamen, zu vereinigen; da es

3. Er. dann, bey dem Uebergange über den kleinen Fluß  
 1570 Gere, zwischen seinen und den ihm nachgeschickten  
 Spanischen Völkern zu einem Gefechte kam,  
 worin der Prinz 2000. Mann einbüßte, und der  
 Graf von Hoogstraaten einen Schuß durch den  
 Leib bekam, woran er bald hernach starb. Nun ver-  
 einigte sich zwar hierauf der Prinz mit den Franzö-  
 sischen Völkern, wodurch sein erlittener Verlust  
 wieder ersetzt, aber seiner andern Noth, nemlich  
 dem Geld- und Proviant-Mangel, nicht ab-  
 geholfen wurde. Er hoffte auch vergebens, daß  
 eine oder andere ansehnliche Stadt ihm die Thor-  
 re öffnen würde, weil es sich keine, wegen der darin  
 liegenden starken spanischen Besatzung, und im  
 Angesichte des spanischen Heeres, zu thun ge-  
 traute. Aus den Niederlanden erfolgte kein  
 Geld, und statt der versprochenen 300000. Rthl.  
 liefen nicht mehr als 10. bis 12000. Thaler ein.  
 Weil nun auch noch die späte Jahreszeit und der  
 herannahende Winter dazu kamen, welchen er im  
 freyen Felde nicht aushalten konnte; so beschloß er,  
 durch Hennegau nach Frankreich zu gehen, und  
 sich mit den Hugenotten unter dem Prinzen von  
 Conde zu vereinigen.

Der H. von Alba verfolgte den Prinzen auf  
 seinem Marsche bis nach Cambray, und beunruh-  
 igt ihn ohn Unterlaß, worüber es bey Quefroy  
 zu einem hitzigen Gefechte kam, worin die Spa-  
 nier, mit einem ansehnlichen Verluste, geschlagen  
 wurden. Endlich langte er in Frankreich an, und  
 war schon bis nach Soissons vorgerückt, als der  
 Herzog von Schomberg, welchen R. Carl der IX.  
 von Frankreich abgeschickt hatte, um mit ihm in  
 Unterhandlung zu treten, seine Truppen zu befe-  
 den wußte, daß sie sich weigerten, weiter zu zie-  
 hen. Sie gaben nemlich vor, daß sie nicht gegen  
 den

(m.  
 Nov.  
 2. e.)

(9. Nov.  
 2. e.)

(init.  
 Dec.  
 2. e.)

den König von Frankreich, sondern gegen den 3. Erzherzog von Alba geworben waren, und verlangten 1570 daher, daß er sie nach Teutschland zurückführen, und bezahlen sollte, welches der Prinz thun mußte. Er führte also seine abgemattete Kriegsvölker, im strengsten Winter, durch Champagne und Lothringen, nach Straßburg, wo er sein Geschütze und Kriegsbedürfnisse verkaufte, ihnen einen Theil ihres verdienten Goldes bezahlte, und sie darauf abdanke. Etwa zehen bis zwölf hundert Reuter und 800. Fußknechte behielt er in seinem Dienste, mit denen er, im folgenden Jahr, zu dem Pfalzgrafen Wolfgang von Zweybrücken stieß \*), welcher zum Beystande des Prinzens von Conde nach Frankreich zog. Der Prinz blieb etwa bis in die Mitte des J. 1569. in Frankreich, und wohnte daselbst einigen Unternehmungen, zum Dienste der Huguenotten, ben, verließ aber, nach dem Absterben des Pfalzgrafen, Frankreich, und begab sich, in Begleitung nur von fünf Personen, mit grosser Lebensgefahr, verkleidet, nach Teutschland wieder zurück. So unglücklich endigte sich die erste Unternehmung des Prinzens von Oranien, von welcher doch viele die Befreyung der Niederlande gehofft hatten.

Hingegen vergrößerte sich der Stolz des H. von Alba mit seinem Glücke. Er hielt zu Brüssel einen feyerlichen Einzug, der einem Triumfe ähnlich war, und bald darauf beschenkte P. Pius der V. ihn, als den Vertheidiger der catholischen Religion, mit einem, reich mit Gold und Edelgesteinen besetztem, geweyhetem Hute und Degen. Das Andenken seiner Thaten aber wollte er durch ein ewiges Denkmahl verewigen, zu dem

(22.  
Dec.  
2. c.)

\*) S. in diesem VIII. Bande der H. T. R. G.,  
S. 12.

Am Ende an aus dem bey Jemningen erst 1570. berten Geschütze eine metallene Bildsäule gossen, und sie hernach, im J. 1571., in dem Schlosse zu Antwerpen aufrichten ließ, welche ihn vorstellte, wie er auf zwey Menschenbilder mit dem Fusse trat. Diese bedeuteten, wie der Erfinder dieses Denkmahls, Arias Montanus, selbst gesagt haben soll, und wie es auch der Prinz von Oranien ausgelegt hat, die zweyen Niederländische Stände, den Adel und das Volk. In der, in lateinischer Sprache verfaßten, prahlhaften Aufschrift aber wurde dem Herzog der Ruhm beigelegt, daß er den Aufstand gedämpft, die Aufrührer vertrieben, die Religion erhalten, die Gerechtigkeit ausgeübt, und den Frieden in den Niederlanden befestigt habe. Allein diese Bildsäule erregte bey dem Niederländischen Adel einen solchen Unwillen, daß die meisten, die ihm äußerlich anzuhängen schienen, ihm in ihrem Herzen immer abgeneigter wurden. Selbst die Spanier sahen dieses Ehrenmahl mit Mißgunst an, und dem König gefiel es auch nicht, auf dessen Befehl es, von seinem Nachfolger in der Statthalterschaft, dem Don Ludwig von Requesens, im Anfange des J. 1574., zergerissen wurde.

Nachdem der H. von Alba den Grafen Ludwig von Nassau überwunden, und den Prinzen von Oranien, mit gleichem Glücke, gendehigt hatte, seine Armee aus den Niederlanden wieder abzuführen; so glaubte er, daß ihm nunmehr niemand mehr den Gehorsam würde verweigern können, und daß er nunmehr freye Hand hätte, die Untersuchungen wider diejenigen fortzusetzen, die in den bisherigen Unruhen etwas verschuldet hätten. Er ließ daher, zu Anfang des J. 1569., seine

seine Befehle zu Einführung der Inquisition, 3. Dec. und der Schlüsse des Tridentinischen Concilii 1520 lümmte, auch zu Einsetzung der Bischöfe in diejenigen Städte, welche sie noch nicht hatten aufnehmen wollen, ergehen. Das Conſeil des Troubles fuhr gleichfalls mit seinen Verurtheilungen zum Schwerdte, Galgen, Scheiterhaufen und andern schrecklichen Strafen fort, und die Unternehmungen des Prinzens von Oranien mußten den Vorwand zu einer neuen Art von Verbrechen hergeben; indem nemlich alle, die ihm einen guten Fortgang gewünscht, oder sich über sein Unglück betrübet hatten, für strafbar erkannt erkannt wurden. Dieses veranlaßte ein neues und allgemeines Flüchten der Einwohner, die sich in alle Europäische Länder, wo der verbesserte Gottesdienst geduldet wurde, zerstreueten. Besonders sollen um diese Zeit viele Wollenweber aus Flandern weggezogen seyn, welche diese in ihrem Lande blühende Manufactur und Handlung nach Teutschland, und insonderheit auch nach England übergebracht haben. Man kann die Anzahl der Geflüchteten einiger massen aus der Anzahl derjenigen ermessen, die vor dem wegen der Niederländischen Unruhen angeordneten Rache sich vor Gericht gefordert, und verbannt worden, als welche sich, im Wintermonat d. J., schon über 8000. belaufen hat; insgemein rechnet man die Anzahl der dßmal ausgewanderten Personen wenigstens auf hunderttausend. Da auch der Herzog wahrnahm, daß ihm die besondern Vorrechte der Städte im Wege stunden, indem man sich beständig darauf berief, um die Einziehung aller Güter der Landesverwiesenen abzuwenden; so befahl er, daß eine jede ihre Vorrechte und Gewohnheiten zu Papiere bringen, und

3. Er. und ihm überliefern sollte, welches auch von einigen 1570 Landschaften und Städten geschah.

Das vornehmste aber, welches den Herzog von Alba im J. 1569. beschäftigte, war sein Plan, den gesamten Niederlanden eine neue und schwere Steuer aufzubürden, da er bisher noch keine vom Lande gefordert hatte. Sie bestand in dem hundertsten Pfennig, der einmal von dem ganzen Vermögen, dem zwanzigsten, der von den unbeweglichen, und dem zehnten Pfennig, der von den beweglichen Gütern, so oft sie verkauft würden, bezahlt werden sollte. Er hatte deshalb seine Gedanken, sogleich nach seiner Ankunft zu Diedenhofen, dem Grafen von Barleumont und dem Herrn von Noircarmes eröffnet, und nun berathschlugte er sich darüber weiter mit einigen Mitgliedern des Staats, Geheimen- und Finanz-Rathes, und vornehmlich mit dem Präsidenten des geheimen Raths, Viglius von Zuichem. Diese stellten ihm hierauf vor, daß der König im J. 1556. gleichfalls den hundertsten Pfennig gefordert hätte, den aber die Stände nicht bewilliget, sondern zur Ursache angeführt, daß die Einwohner nicht zu bewegen seyn würden, ihr Vermögen zu offenbaren; deswegen dann auch der König den geforderten hundertsten Pfennig mit einer bestimmten Summe hätte abkaufen lassen. Sie setzten noch hinzu, daß der Herzog erst auf Mittel denken müßte, diese Schwierigkeiten zu heben, ehe er den Entschluß faßte, den hundertsten Pfennig zu fordern. Als er nun sagte, daß er hiezu Rath wüßte; so stellte man ihm ferner in Ansehung des zehnten Pfennigs von den beweglichen Gütern vor, daß solcher fast unmöglich wäre, und nicht anders als mit schweren Kosten zu heben seyn, auch

auch Gelegenheit zu vielen Betrügereyen geben würde. Es würde derselbe den Preis der Waaren 1570 ungemein steigern, weil die Ausländer ihre Waaren um so viel höher halten würden, als in den Niederlanden eine schwerere Abgabe auf den Kauf geleyet wäre. Vielleicht würden sich auch wohl die Bundsgenossen über eine solche neue Auflage beschweren, weil sie mit den gemachten Verträgen stritte, zufolge welcher sie oder ihre Unterthanen, unter Bezahlung der gewöhnlichen Zölle und Abgaben, hier zu Lande handeln könnten.

Allein der Herzog von Alba erwiederte hierauf, daß der zehente Pfennig eine sehr billige Auflage wäre, weil dadurch eine Landschaft nicht mehr als die andere beschweret würde, und weil sie die Stände auch von den beschwerlichen Versiegelungen und dem Verkaufe der Renten befreyete, zu deren Ablösung man sich, nach der Einführung des zehenten Pfennings, der Abgaben von Häusern und Aeckern, und der Kopfsteuern bedienen könnte. Uebrigens war er der Meinung, daß die Verkäufer alsobald einen Pfennig geben müßten, wenn sie neuere behielten. Zugleich entdeckte er die geheimen Ursachen, warum er so sehr auf dieser Abgabe beharrte. Er sagte nemlich: „die Gewalt des Fürsten litte, durch das beständige Fördern eines Geldbeytrages, den man öfters nicht anders, als gegen Bewilligung grosser Privilegien, erhielt, allzusehr; mithin es vortheilhaft seyn würde, eine beständige Auflage einzuführen, wodurch der König der Mühe überhoben seyn könnte, so oft Steuern zu fordern. Zu Erbauung und Unterhaltung neuer Festungen wäre Geld nöthig, und der zehente Pfennig würde meistens den Kauf- und Handels-

3. Oct., „Handwerkvolenten zur Last gereichen, hin  
 1570 „gegen aber den Landmann, den Adel und die  
 „Geistlichkeit wenig drücken. Er wäre gewill  
 „let, die Abgaben von den Lebensmitteln ab  
 „zuschaffen, wenn der zehente Pfenning bewillig  
 „et würde. Dergleichen Auflagen hätte man  
 „in Spanien und auch in andern Ländern mit  
 „gutem Erfolge eingeführt, und einige Länder  
 „pflegten solche Auflagen abzukaufen, und das  
 „versprochene Geld aus Abgaben von den Le  
 „bensmitteln, woran das Volk mehr gewöhnt  
 „wäre, aufzubringen, welches man auch einigen  
 „Niederländischen Provinzen verstaten gönnte.  
 „Endlich führte er noch an, daß der zehente  
 „Pfenning vieles einbringen müßte, weil er davon,  
 „blos allein aus seiner Stadt Alba, jährlich 40.  
 „bis 50000. Dutaten jöge.

Die Glieder der drey Rathversammlungen aber, welche den Zustand der Niederlande besser, als der Herzog, kannten, wandten dagegen ein, „daß man einen Unterschied zwischen  
 „Spanien und den Niederlanden machen müßte,  
 „indem nemlich Spanien nicht so viele Handlung  
 „und Handwerke, als gute und groffe Länder  
 „reyen besäße; dagegen die Niederlande klein  
 „wären, und es darin insonderheit auf Gewerbe  
 „und Handel ankäme. Spanien hätte keine  
 „Nachbarn, als die See und das Gebürge; die  
 „Niederlande aber wären mit commercirenden  
 „Ländern umgeben, welche das Gewerbe bald  
 „an sich ziehen könnten, wenn es hier zu lande  
 „zu sehr beschweret würde. Des H. Philipps  
 „von Burgund, welchem die Niederlande ihren  
 „Glück zu danken hätten, beständiges Augenmerk  
 „wäre gewesen, den Handel mit mässigen Auf  
 „lagen zu beschweren, und die Lebensmittel im  
 „einem



„einen niedrigen Preise zu erhalten, welches man 3. Ob.  
 „aus den mit England geschlossenen Handels- 1570  
 „ungsverträgen, und aus den, fremden Kauf-  
 „leuten, verlassenen Freyheiten sehen könnte.  
 „Was die neuen Festungen beträfe, müßte man  
 „dieselben, wenn man kein Geld hätte, nicht  
 „bauen, sondern lieber für die gute Unterhalts-  
 „tung der alten Gränzfestungen sorgen; bey  
 „demjenigen aber, was der Herzog von beständis-  
 „gen Auflagen gesagt hätte, wäre zu bemerken,  
 „daß die Abgaben in den Niederlanden, von  
 „alten Zeiten her, nach den Umständen, pflegten  
 „vermindert, oder erhöht zu werden. Es wäre  
 „war gut, daß man die Landleute ihrer Last  
 „entledigen wollte, wofern sie nur nicht ganz  
 „und gar auf die Kaufleute und die Einwohner  
 „der Städte fiel. Endlich müßten sich die Käs-  
 „the sehr verwundern, daß der Herzog aus der  
 „einigen Stadt Alba so grosse Einkünfte hätte,  
 „und sie könnten daher nicht umhin, ihm dazu Glück  
 „zu wünschen.“

Alle diese Gründe bewogen indessen den Herzog von Alba doch nicht, seine Meinung zu ändern. Er berief vielmehr die Stände der alten oder geerbten Niederlande nach Brüssel zusammen, und forderte von ihnen, nach ihrer Erscheinung, den hundertsten, zwanzigsten und zehnten Pfenning. Diese beide letzte Auflagen sollten in die Stelle der ordentlichen und außerordentlichen jährlichen Steuern treten, woben er noch die fernere Erklärung that, daß die Fremden, welche ihre Waaren hier zu Markte brächten, bey dem ersten Verkaufe von dem zehnten Pfenning frey seyn sollten; müßten sie, nach seiner Meinung, durch die Abgaben, welche auf den folgenden Verkauf gelegt würden, nicht

3. Evt. abgeschreckt werden könnten, nach den Nieder-  
 1570 landen zu kommen und zu handeln. Allein als  
 die Stände sich über den Antrag des Herzogs be-  
 rathschlagten; so fanden sie dabei, besonders bey dem  
 zwanzigsten und zehnten Pfennig, die man  
 zusammen, der Kürze wegen, den zehnten Pfens-  
 ning nannte, so grosse Schwierigkeiten, daß  
 sie bedenklich hielten, darein zu willigen. Hin-  
 gegen fand die Bewilligung des einmal zu bes-  
 zahlender hundertsten Pfennings desto weni-  
 gere Bedenklichkeit, und die Provinz Holland  
 bewilligte denselben sehr bald unter gewissen  
 (m.  
 Apr.  
 1. e.) Einschränkungen; ja der Holländische Adel  
 und die Stadt Dordrecht bewilligten auch, ob-  
 gleich ungerne; den zwanzigsten und zehnten  
 Pfennig.

Allein die andern fünf Städte in Holland  
 weigerten sich dessen eine geraume Zeit, und stellten  
 dem Herzog vor, „daß Holland, welches niedrig  
 „und an der See läge, nicht anders, als mit groß-  
 „sen Kosten gegen die Ueberschwemmungen  
 „sicher gestellet werden könnte, welche Kosten  
 „blos aus dem Vortheile, den die Schifffahrt und  
 „Handlung einbrächten, einkommen müßten, des-  
 „wegen die Landesherren die Handlung seit lan-  
 „ger Zeit her, befördert, und mit Vortrechten  
 „versehen hätten; allein die Einhebung des ze-  
 „hnten und zwanzigsten Pfennings würde den  
 „Verfall der Handlung und der Schifffahrt ver-  
 „ursachen. Die Brabanter, Flanderer und an-  
 „dere, welche die aus der Ostsee kommende und  
 „andere Waaren in Holland von den Einwooh-  
 „nern, die sie, wenn sie aus der See ankämen,  
 „aufkauften, zu kaufen pflegten, würden gewiß,  
 „nach fremden Orten, oder zu Fremden im  
 „Holland gehen, so bald man den ersten Ver-  
 „kauf,

„Kauf, den die Einwohner thaten, mit dem zehnten  
 „Pfenning beschwerte, woraus hernach 1570  
 „der Verfall des Handels, der Nahrung und  
 „der Handwerker nothwendig erfolgen mußte,  
 „und alsdann der zehnte Pfenning dem König  
 „wenig einbringen würde. Auch die Weberey  
 „in Holland mußte zu Grunde gehen, weil  
 „Freunde die Holländischen Zeuge nicht kau-  
 „fen würden, wenn die Verkäufer dieselben ein-  
 „Zehntel höher, als zuvor, im Preise hielten,  
 „welches sie aber thun mußten, um die neue Abgabe  
 „zu bezahlen. Man könnte auch nicht einwenden,  
 „daß die Kaufleute um ein Zehntel weniger  
 „gewinnen, und ihre Zeuge um den alten Preis  
 „geben mußten, weil die Kaufleute sich bisher  
 „mit dem Gewinne eines Zehntels begnügt hät-  
 „ten; ja es brächte auch nicht ein jeder Handel Ge-  
 „winnt, sondern der Kaufmann mußte bisweilen  
 „mit Schaden verkaufen, um Geld zu bekom-  
 „men, in welchem Falle ihn der zehnte Pfen-  
 „ning über die Masse beschweren würde. Die  
 „Holländischen Kaufleute mußten ihre Waas-  
 „ren über die See verschicken, und wären nicht  
 „versichert: ob sie glücklich überkommen, und einen  
 „Vorthail bringen würden, oder nicht; deswegen es  
 „unbillig schiene, ihnen den zehnten Pfenning  
 „im Lande abzufordern. Eben dieser zehnte  
 „Pfenning würde auch die Armen gar sehr drüs-  
 „sen, denen doch der Herzog eine Erleichter-  
 „ung verschaffen wollte, weil sie nemlich die Eßs-  
 „und andere Waaren im Kleinen, und gemein-  
 „lich, nachdem sie mehr als einmal verkauft  
 „worden, kaufen mußten. Auch der Zeerings-  
 „und kleine Fischfang würde in Verfall gerathen,  
 „wenn davon der zehnte Pfenning bezahlt wer-  
 „den sollte. Der zwanzigste Pfenning aber von

2. Chr. „den unbeweglichen Gütern wäre vollends eine  
 1570 „unerträgliche Last, weil alsdann, da nunmehr  
 „der hundertste Pfennig bewilliget worden,  
 „ein Haus, welches nur einmal in diesem Jahr  
 „verkauft würde, welches doch oft aus Noth ge-  
 „schähe, sechs hundertste Pfenninge würde be-  
 „zahlen müssen, welches die Einwohner unvor-  
 „möglich machen würde, die auf die Häuser ge-  
 „legten Abgaben zu entrichten.“ Der Schluß  
 dieser Vorstellung gieng endlich dahin, daß die ob-  
 gedachten fünf Städte in Holland, statt des zeh-  
 nenten Pfennings, zwei Jahre nach Bezahlung  
 des gegenwärtigen hundertsten Pfennings, den-  
 selben noch einmal bezahlen wollten.

Der Herzog von Alba war sehr unwillig  
 über die Weigerung der Stände, den zwanzig-  
 sten und zehnten Pfennig zu bezahlen, und ließ  
 sich verlauten, daß, weil die Spanier diese Aufla-  
 ge bezahlten, die Niederländer solches um so viel  
 mehr thun müßten, da sie durch die Geseze verurtheilt,  
 durch die Waffen bezwungen, und sonst der königlichen  
 Begnadigung nicht fähig wären. Er ertheilte daher  
 den Statthaltern der besondern Provinzen, und  
 insbesondere dem Statthalter über Holland, Sees-  
 land und Utrecht, dem Grafen von Bossu, Be-  
 fehl, allen Fleiß anzuwenden, damit die geforderte  
 Auflage bewilliget würde. Einigen Landschaften  
 drohete er, sich der Macht des Königs zu be-  
 dienen, um sie zur Bewilligung zu nöthigen, weil  
 der König den zehnten Pfennig durchaus ha-  
 ben wollte. Bisweilen ließ er sich dabei vernehmen,  
 daß einige Provinzen, die sich in den vorigen Un-  
 ruhen übel betragen hätten, ihre Schuld mit dem  
 zehnten Pfennig büßen müßten, und andern  
 drohete er mit Spanischen Besatzungen. Den  
 Provinzen Hennegau, Namur und Artois aber  
 ließ

ließ er durch den Grafen von Barlaimont und J. Ehr. den Herrn von Noircarmes vorstellen, daß es 1570 ihm nicht sowohl um den zehnten Pfennig, als vielmehr um die Erhaltung des königlichen Ansehens zu thun wäre, wodurch sie sich am ersten zur Einwilligung bewegen ließen, deren Beispiele andere, mit mehrern oder wenigern Einschränkungen, folgten. Und den sich weigernden fünf Holländischen Städten setzte der Graf von Bossu so stark zu, daß sie ihn endlich bewilligten; doch sperrte sich die Stadt Amsterdam am längsten, und ließ in die, über die Bewilligung verfaßte, Urkunde einrücken, daß sie ihre Einwilligung gegeben hätte, weil sie wäre überstimmet worden. Nur allein die Provinz Utrecht beharrte in ihrer Weigerung, und erbot sich, statt des hundertsten, zwanzigsten und zehnten Pfennings erst zwey und siebenzig, hernach hundert, und endlich hundert und fünfzig tausend Gulden zu bezahlen. Allein der Herzog ward dadurch so aufgebracht, daß er eine Besatzung nach Utrecht schickte, um die Stände zur völligen Bewilligung zu nöthigen.

Es ist kurz vorher gedacht worden, daß die Stände, welche den zehnten Pfennig bewilligten, solches unter mehrern oder wenigern Einschränkungen gethan haben; allein der H. von Alba wollte nicht gestatten, daß einige Bedingungen in die über die Bewilligung abgefaßte Urkunde eingerückt würden. Sinegen erlaubte er ihnen, daß sie die Schwierigkeiten, welche sich bey Erhebung des zehnten Pfennings äußern müßten, ihm in besondern Bittschriften vorstellen dürften; woben er versprach, selbige wohl aufzunehmen, und in Betrachtung zu ziehen. Diese Schwierigkeiten wurden nun in dem Staats-

3. Obr. und Finanz-Rathe, wo der Herzog die Sache  
 1570 erwägen mußte, so groß gefunden, daß man die  
 Einhebung des zehnten Pfennings für uns  
 (m. O. a. e.) möglich ansah. Solches brachte auch endlich den  
 Herzog zu dem Entschlusse und der Erklä-  
 rung, daß er sich statt dessen mit zwey Millio-  
 nen, die jährlich von den gesamten Niederlän-  
 dischen Ständen, während sieben Jahren, be-  
 zahlt werden sollten, begnügen wollte; doch sollte  
 diesen noch der zweite hundertste Pfennig be-  
 gefüget werden, damit derselbe in einem unverhoff-  
 ten Nothfalle gefordert werden könnte. Er merkte  
 aber bald, daß dieser zweite hundertste Pfennig  
 den meisten nicht gefiele, und befürchtete  
 auch, daß die von einigen bereits geschehene Be-  
 willigung des zehnten Pfennings zurückge-  
 nommen werden möchte, wenn er einen neuen  
 Vorschlag thäte. Deswegen änderte er nachher  
 seine Meinung, und beschloß, den zehnten  
 Pfennig für eine gewisse Summe und auf eine be-  
 stimmte Zeit abkaufen zu lassen. Mitthin forderte  
 er von den Niederlanden überhaupt jährlich  
 die vorbesagten zwey Millionen, und von Hol-  
 land besonders 271000. Gulden, auf eine Zeit  
 von sechs Jahren, außer einem zweiten hun-  
 dertsten Pfennig, innerhalb dieser Zeit. Allein  
 die Stände von Holland, welche voraus sahen,  
 daß man die Absicht hatte, ihnen, nach Ablauf  
 der sechs Jahre, den zehnten Pfennig auf  
 dem Halbe zu lassen, und die auch nicht gesonnen  
 waren, den zweiten hundertsten Pfennig zu  
 bezahlen, schlugen dieses Anmuthen des Her-  
 zogs zuerst ab, und andere Provinzen willigten  
 in die Abkaufung auf zwey Jahre. Weil aber  
 der Herzog eine einmüthige Bewilligung  
 wünschte, die jedoch schwerlich zu erlangen war;  
 so

so mußte er die Sache des zehnten Pfennings J. Ob.  
einige Monate ruhen lassen. 1570

Ben dem, um diese Zeit, zwischen der Königin Elisabeth von Engelland und dem Herzog von Alba, über das von jener in ihren Häfen angehaltene und dem Herzog zugebracht gewesene Geld einiger Genuesischen Kaufleute, entstandenen Streite will ich mich nicht aufhalten, sondern dessen nur aus der Ursache gedenken, daß die Engelländer, bey der Gelegenheit, (und weil der Herzog alle Engelländische Schiffer und Kaufleute, mit ihren Schiffen und Waaren; die sich zu Antwerpen und in andern Niederländischen Seehäfen und Orten befanden, mit Beschlag belegen, und die Einfuhr der engelländischen Wollengewege verbieten ließ,) den Anfang gemacht haben, ihren Tuchhandel von Antwerpen nach Hamburg zu verlegen, und dahin, noch in diesem Jahr, auf achtzehn Schiffe abzuschicken (1569) cken †). Hiernächst erlitten die Niederländer hieben auch noch einen andern empfindlichen Schaden, der auf zwey Millionen Gulden und wohl noch darüber geschätzt wurde, daß nemlich die Engelländer ihnen nicht nur einige Schiffe auf der offenen See wegnahmen, sondern auch ihre in den Engelländischen Seehäfen betroffene Schiffe und Waaren angehalten und verkauft wurden, von welchem daraus gelassenen Gelde die Königin Elisabeth, nach dem, im J. 1574., getroffenen Vergleiche, ihren Kaufleuten den erlittenen Verlust ersetzte; da hingegen der K. Philipp. von Spanien, oder vielmehr der H. von Alba, den Niederländischen Kaufleuten, aus den Angehaltenen und verkauften Engel-

H 24

lana

1) G. Hub. Langui Epistolae secretas, L. I. ep.  
33. et 40. p. 83. et 86.

9. Mr. ländischen Schiffen und Waaren, nichts vergütete, sondern das dafür eingenommene Geld für sich behielt.

Diese so schädliche Streitigkeiten mit Engelland, welche eben damals in der stärksten Bewegung waren, als der H. von Alba den zehnten Pfennig forderte, machten sowohl, als das Gerüchte von dieser neuen Steuer das Volk allenthalben unruhig und die Regierung des Herzogs immer verhafter. Die Klagen darüber wurden allgemein, und blieben ihm selbst nicht verborgen, indem er einige Leute hielt, die beständig sieben Stüber verdienten, und deswegen von dem gemeinen Manne Siebenstüberleute genannt wurden, welche ihm beständig von demjenigen, was unter dem Volke gesprochen ward, Bericht abstatten mußten. Je mehr er nun die Gunst des Volkes, welches er unterdrückte, verlor, desto mehr gewann sie der Prinz von Oranien, der es von der Unterdrückung zu befreien suchte. Er war nun wieder, obgedachtermaßen, aus Frankreich nach Deutschland zurück gekommen, und erhielt, von Zeit zu Zeit, geheime Nachrichten von dem Zustande der Sachen in denen Niederlanden. Der damalige Rathpensionarius zu Leiden, Paul Buys, der mit andern Holländischen Deputirten auf dem Landtage zu Brüssel gewesen war, blieb daselbst, als die andern Abgeordneten abreisten, unter dem Vorwande, daß er noch etwas in Brabant zu verrichten hätte, anfangs noch zurück; reiste aber nachher, Tag und Nacht, zu dem Prinzen nach Dillenburg, wo ihn er sich jedoch nur 24 Stunden aufhielt, und sich mit ihm über die Niederländischen Angelegenheiten besprach. Er unterließ hernach, von der Zeit an, mit Vorwissen der Herren



Herrn von Zwieten und von Kalslagen, ein J. Ob-  
 ständiges geheimes Verständniß mit dem Prin- 1570  
 zen; und man kam zu dem Ende bisweilen heim-  
 lich zu Alfien, einem Hause des Herrn von Kalsla-  
 gen; zusammen.

Nun hatte der Admiral von Coligny dem  
 Prinzen von Oranien, bey seinem Aufenthalte in  
 Frankreich, gerathen, das Glück der Waffen,  
 welches ihm zu Lande zuwider gewesen war, auf  
 der See zu versuchen, und einigen gestüchtes-  
 ten Edel-leuten und Kaufleuten; auch andern,  
 Bestallungen zu geben, um mit Schiffen, die  
 einige auf ihre eigene Rechnung ausrüsteten, auf  
 die Freybeuterey gegen die Spanier zu fahren.  
 Er ernannte also Adrian von Bergen, Herrn  
 von Dolhain, zu seinem Unteradmiral über eini-  
 ge Schiffe, und dessen Bruder, Ludewig von  
 Bergen, nebst vielen andern, deren Anzahl ins-  
 mer zunahm, zu Hauptleuten. Sie hatten von  
 ihm den Befehl, den Seädren, Plätzen oder  
 Einwohnern des Römisch-Teutschen Rei-  
 ches und der Königreiche Engelland, Frankreich,  
 Dänemark, Schweden, ingleichen allen an-  
 dern, die dem Worte Gottes und ihm zuges-  
 than wären, keinen Schaden zuzufügen. Man  
 nannte diese Freybeuter die Meer- oder Wassers  
 Geusen, und sie machten sehr bald grosse Beu-  
 ten; allein sie beobachteten desto schlechter die  
 Vorschrift ihrer Bestallungen und die Befehle  
 des Prinzens. Insgemein hielten sie sich in den  
 Engelländischen Seehäfen auf, wo sie wegen  
 der obermähnten Handel zwischen der Königin  
 und dem J. von Alba geduldet wurden, oder zu  
 Rochelle in Frankreich, wo die Huguenotten  
 die Oberhand hatten, oder auf der Elbe und  
 der Ems. Einige wagten es sogar, in das Vließ

3. *De Schonen*, und wo sie konnten Beute machten, 1570 ohne sich um die Rechtmäßigkeit derselben zu bekümmern. Durch diese Ausschweifungen wurde der Prinz bewogen, den Herrn von Dolkhain, seinen Unter-Admiral, der auch ohnehin keine Rechnung von der gemachten Beute ablegte, zuerst eine Zeitlang gefangen zu setzen, und ihn nachher seines Amtes zu entsetzen, auch alle seine vorige Bestellungen wieder zurück zu nehmen; wogegen er dem D. Johann Basius auftrug, neue Bestellungen zur See, in seinem Namen, zu geben. Uebrigens findet man, daß bey der vorhin gedachten Sammlung der Gelder in Holland u. eine ansehnliche Summe versprochen worden, doch unter der Bedingung, daß man nicht verbunden seyn sollte, selbige eher zu bezahlen, als bis der Prinz ein zahlreiches Kriegsheer zusammen gebracht hätte.

Während dieser Zeit war der Herzog von Alba damit beschäftigt, die Bewilligung des zehnten Pfennings bey den Niederländischen Ständen auszumärgeln. Es hatten nemlich die Stände von Holland endlich beschloffen, statt des zehnten Pfennings jährlich 271000. Gulden auf sechs Jahre zu bezahlen, wie sie dann den ganzen Sommer hindurch beschäftigt waren, die Mittel zu Aufbringung dieses Geldes ausfindig zu machen, und zu dem Ende die Erlaubniß erhalten hatten, im Namen des Königs eine Menge neuer Auflagen einzuführen. Weil aber die andern Provinzen den zehnten Pfennig noch nicht bewilliget hatten; so blieb diese Steuer Sache auch in Holland liegen. Vornehmlich aber äusserten sich in dem Stifte Utrecht, wegen des zehnten Pfennings, gewaltige Schwierigkeiten. Die dasige Geistlichkeit stül-

de

te nemlich dem H. von Alba vor, daß es ihr, nach J. Ebr. der päpstlichen Bulle: *in Coena Domini etc.*, 1570 nicht frey stünde, eine solche Steuer, ohne päpstliche Erlaubniß, zu bezahlen, und man hatte deswegen sogar diese Bulle, mit Bewilligung des Geheimen Raths, kürzlich drucken lassen. Dieses aber nahm der H. von Alba sehr ungnädig auf, und bald darauf kam eine Verordnung heraus, die man für ein Werk des von Vargas hielt, der sich dazu der Hülfe des berühmten Arias Montanus bedienet hatte, wodurch ein Aufseher über die Buchdruckereyen bestellet, und verboten wurde, etwas ohne besondere Erlaubniß heraus zu geben. Inzwischen wurde die gute Stadt Utrecht von der, in dieselbe gelegten, Spanischen Besatzung sehr gequält, als welche wöchentlich, von den Einwohnern, 2400. Gulden erpreßte.

Ferner wurden die Utrechtschen Landstände vor den Rath der Unruhen, unter dem Vorwande, gefordert, daß sie, bey Gelegenheit der Predigten und Bilderstürmerey, eine zu grosse Nachsicht und Gelindigkeit gegen die Uncatholischen bewiesen hätten. Das gerichtliche Verfahren gegen sie dauerte lang, und war sehr hart; sie stunden es aber mit einer unüberwindlichen Geduld und unbewegten Muth aus, weil sie wohl wußten, daß man nur die Absicht hätte, sie, durch allerlei Mittel, zu Bewilligung der geforderten, und von ihnen verweigereten Steuer zu zwingen. Ob sie sich nun gleich auf das gründlichste rechtfertigten, und anführten, daß sie nur wegen Geldsachen zusammen zu kommen pflegten, und daß die Stillung der Unruhen, ihrer Meinung nach, nicht ihnen, sondern dem König und dem Königlichen Statthalter

2. Die wenige setzten in dieselbe ein Vertrauen. Dann  
 570 von dieser allgemeinen Begnadigung waren alle  
 Prediger, Lehrer, Aeltesten und Diakonen  
 der Uncatholischen, und die sie beherberget hat-  
 ten; ingleichen alle, welche das Compromiß un-  
 terschrieben, und die Bittschrift der Oberstatthal-  
 teria übergeben, wider den König die Waffen  
 ergriffen, dazu Geld gesammelt oder hergegeben,  
 und Gewalt an geistlichen Gütern und Perso-  
 nen verübet; ferner die Obrigkeiten und Beam-  
 ten, welche den Auführern nicht widerstanden,  
 oder wohl gar an dem Auführe Theil genom-  
 men hatten, und noch verschiedene Andere ausges-  
 schlossen, wofern sie nicht binnen sechs Monas-  
 ten, welche Zeit nachgehends verlängert wurde,  
 persönlich oder durch Bevollmächtigte vor dem  
 Herzog erscheinen würden. In der Verfolgungs-  
 geist war damals noch so stark, daß, wenige Wo-  
 chen vorher, vier abgefallene Priester, die lan-  
 ge im Haag gefangen gesessen hatten, hingerichtet  
 wurden. Als aber bald darauf die Braut  
 des K. Philipps, die Kayserliche Prinzessin  
 Anna von Oesterreich, nach den Niederlanden  
 kam †), um von da weiter nach Spanien abzuge-  
 hen; so wurden, ihr zu Ehren, einige, die des  
 Glaubens wegen zu Herzogenbusch gefangen  
 saßen, in Freiheit gesetzt. Die Königliche  
 Braut, welcher, auf ihrer Durchreise, die Nie-  
 derländische Stände ihre Aufwartung mach-  
 ten, und sie ansehnlich beschenkten, gieng hernach zu  
 Vlissingen unter Segel nach Spanien, und der  
 Prinz von Oranien hatte seinem Befehlshaber  
 zur See, dem Johann Basius, die ernstlichsten  
 Befehle gegeben, daß seine Schiffe der Flotte,  
 wocauf

(m.  
 Aug.  
 a. e.)

(m.  
 Sept.  
 a. e.)

†) S. in diesem VIII. Bande der 17. T. 2. G., S.  
 436. f.

worauf die Königlich Braut sich befand, nichts d. d. in Weg legen, oder ihr das geringste Ungemach 1570 zufügen sollten; mithin sie auch glücklich, nach einer achttägigen Fahrt, in Spanien anlangte.

Diese Vermählung der Kayserlichen Prinzessin mit dem K. Philipp von Spanien war indessen den Sachen des Prinzens von Oranien und der Niederländer in Teutschland sehr nachtheilig. Es suchten nemlich um diese Zeit verschiedene aus den Niederlanden geflüchtete Edelleute, worunter die Grafen von Rukenburg und von Berg die vornehmsten waren, auf dem damaligen Reichstage zu Speyer, um den Schutz des Kayfers und des Reichs an, und übergaben zu dem Ende eine Supplikation, welcher sie eine weitläufige Apologie befügten, worin sie ihr Betragen rechtfertigten, und zugleich den wahren Ursprung und die Ursachen der in den Niederlanden entstandenen Unruhen erzählten, welche beide Stücke damals zusammen gedruckt wurden \*). Die protestantischen

\*) Ich besitze diese so höchst seltene Piese in meiner Bibliothek, und sie hat den Titel: *Libellus supplex IMPERATORIAE MAIESTATI, caeterisque Sacri Imperii Electoribus, Principibus atque Ordinibus, nomine Belgarum ex inferiori Germania, Evangelicae Religionis causa per Albani Ducis tyrannidem electorum, in Comitibus Spirensibus exhibitus. Anno MDLXX., in Octavo, ohne Anzeige des Druckortes.* Auf dem Titelblate aber steht in einem Schilde der zweyköpfige Kayserliche und Reichs-Adler mit einer darüber liegenden Krone, und die ganze Schrift ist  $7\frac{1}{2}$  Bogen stark, und enthält 56. Blätter, die nur auf einer Seite paginirt sind. Zuerst steht die eigentliche Supplikation, oder, wie sie hier genannt wird, *Praefatio*, welche von Blat 2. a. — Blat 12. a. geht.

3. Er. schen Churfürsten, Fürsten und Stände baten 1570 auch den Kayser, sich der bedrängten Niederländer, als Mitglieder des H. R., anzunehmen, und bey dem König von Spanien eine Vorstellung und Fürsprache zu thun, um die Aufhebung der Glaubensverfolgungen zu bewirken. Allein die, auf dem Reichstage anwesenden, Bevollmächtigten des Herzogs von Alba stellten dagegen vor, daß es dem König von Spanien freystünde, seine widerspänstige und aufrührische Unterthanen zu bestrafen, und sie wußten es auch dadurch dahin zu bringen, daß kein Entschluß gefaßt wurde. Vermuthlich hielt auch den Kayser, der im verwichenen Jahr seinen Bruder vergebens nach Spanien geschickt hatte, um den Prinzen von Oranien mit dem König auszusöhnen, die neue Heirath mit seiner Prinzessin ab, bey dem K. Philipp ein Gesuch, welches demselben, wie er wohl wußte, nicht anders, als sehr unangenehm seyn konnte, anbringen zu lassen, und erkaltete seinen Eifer, eine ungewisse Versöhnung befördern zu helfen.

Mittlerweil da der Prinz von Oranien, zu Speyer, einen Vergleich, zwischen dem König Philipp und den Niederlanden, zu suchen schien, mach-

Auf Blat 12. b. aber, stehet folgender neuer Titel: *Apologeticon, et vera Rerum in Belgico-Germania nuper gestarum narratio, ex qua dilucide perspicitur, quibus omnis tumultuum et calamitatum origo et causa ferri accepta debeat. Et simul Calumniae, quibus Ecclesias Belgicas gravant adversarii perspicue diluuntur. Psal. XLIII. Indica me Deus, et discepta litem meam, à gente non mansucta, à viro doloso et improbo eripe me: Quia Deus fortitudinis meae.* Hierauf nimmt auf dem Blatte 13. a. die *Narratio historica* ihren Anfang, und gehet bis zu Ende, oder bis zum Blatte 56. b.

machte er einen Anschlag nach dem andern, auf 3. Oct. verschiedene Holländische und andere Städte, 1570 um sich ihrer zu bemächtigen, die ihm jedoch insgesamt fehlschlügen. Von Vlissingen und Enkhuysen suchte er sich, zu gleicher Zeit, durch Schiffe, die auf der Ems, unter dem Hauptmann Poppe Utkens, und zu Bremen, unter dem von Sonoi ausgerüstet wurden, Meister zu machen. Allein der Rath zu Emden ließ das Geschütz von des Prinzens Schiffen wegnehmen, worüber die zu dem Zuge nach Vlissingen bestimmte Zeit verstrich; und die Unternehmung auf Enkhuysen hatte keinen Fortgang, weil Sonoi die Nachricht bekam, daß die Enkhuiser weder von der einen, noch von der andern Partey eine Besatzung einnehmen wollten. Man stellte nun zwar nachher geheime Unterhandlungen an, um Enkhuysen, Hoorn und Medenblik auf die Seite des Prinzens zu ziehen, wozu sich ein reformirter Prediger, Richard Klaasohn von Enkhuysen, und der nachherige Bürgermeister zu Edam, Johann Klaasohn Sloot, gebrauchen ließen, die auch verschiedenen vornehmen Bürgern und selbst einigen Rathsgliedern zu Enkhuysen von den Absichten des Prinzens Nachricht gaben; allein es währte noch über ein Jahr, ehe sich die Städte in Nordholland für den Prinzen erklärten. Gleiche vergebliche Bemühungen wandte der Prinz von Oranien an, um Dordrecht, Briel, Delft und Rotterdam zu Ergreifung seiner Partey zu bewegen. Der beiden erstgenannten Städte suchte er sich, durch Hülfe des Johann Gysbrechtssohn Königs zu bemächtigen, welcher mit seinem zu Dordrecht wohnendem Vater und Oheim ein geheimes Verständniß unterhielt; allein ihr Briefwechsel

(m.  
Maio  
h. a.)



3. Chr. wurde entdeckt, König ergriffen, und zu Befford 1570 verbrannt. Endlich hatte der Prinz auch einen Anschlag auf Deventer gemacht, wo et einige Bürger inäheim auf seine Seite gezogen hatte, welche ihm die Stadt übergeben sollten, sobald er vor dieselbe rücken würde. Er mußte aber den Zug unterlassen, weil anfangs ein tiefer Schnee, und hernach die angelaufene Wasser den Weg unbrauchbar machten. Und da hernach der Befehlshaber zu Deventer den übrigens sehr geheim gehaltenen Anschlag in Erfahrung brachte; so ließ er einige verdächtige Einwohner gefangen setzen, und zu Tode martern, ohne jedoch hinter das Geheimniß des Anschlages recht zu kommen.

(m.  
Aug.  
a. c.)

Inzwischen war die Flotte des Prinzens immer zahlreicher geworden, und erhielt grosse Beuten auf der See, welches den Prinzen bewog, eine neue Einrichtung wegen des Seetrieges zu machen. Er ernannte nemlich Gilainen von Siennes, Herrn von Lumbres, statt des abgesetzten Herrn von Dolhain, zum Obristen und Generalcapitain oder Admiral der Flotte, und wies ihn in seiner Bestallung an, niemanden, als dem Herzog von Alba und seinen Anhängern, Schaden zu thun. Auf jedem Schiffe sollte künftig ein Prediger unterhalten, und ein Drittel von der gemachten Beute ihm, oder seinem Bevollmächtigten, dem Johanni Basius, das andere Drittel den Hauptleuten, welche die Schiffe dafür ausrüsten mußten, und das dritte dem Schiffsvolke zugetheilt werden, der Admiral aber sollte ein Zehntel von dem Ganzen bekommen. Diese Freybeuter machten hierauf beträchtliche Beuten, woben die Kaufleute am meisten litten; allein der, zu Anfang des (1 Nov. Wintermonats, aus Nordwesten entstandene gewaltige Sturm setzte die Niederlande in ein noch größ-



größtes Unglück und Elend, woben vornehmlich 2. Chr. Brabant, Flandern, Holland, Seeland und 1570 Utrecht, am meisten aber Friesland, und Ostfriesland ungemein vieles litten. Die Schiffe von der Flotte des Prinzen, die auf der Ems und dort herum lagen, wurden von diesem heftigen Sturme auch übel zugerichtet, und dadurch verschiedene Unternehmungen, wozu sie bestimmt waren, vernichtet. Dazu kam noch, daß der Graf von Ostfriesland einige Schiffe des Prinzen, unter dem Vorwande, anhalten ließ, daß der H. von Alba bey dem Kayser und dem Reiche über ihn Klage geführt hätte, daß er den Freybeutern des Prinzen einen Aufenthalt gäbe †). Es schickte aber der Prinz ober der von Sonoï den Dietrich Koornhert nach Emden, um die Losgebung der Schiffe zu bewürken, worauf über selbige keine so scharfe Wache mehr gehalten wurde. Endlich will ich noch zum Beschlusse dieser bisher erzählten Niederländischen Begebenheiten anführen, daß gegen Ende des (m. Dec. 1570.) Jahrs ein allgemeines Gerüchte von der Zurückkunft des Cardinals von Granvella in den Niederlanden herumgieng, also daß auch deswegen Viglius von Zuichem nach Spanien schrieb, und meldete, daß es durch verschiedene Briefe bestätigt würde. Allein dasselbe verschwand in kurzer Zeit, und vielleicht war es auch bloß deswegen ausgestreuet worden, um zu sehen, ob dem Volke eine solche Veränderung gefallen würde †). Die Folgen

3 i 3

gen

†) S. in diesem VIII. Bande der N. T. R. G., S. 366.

‡) Scharckii Epitome ad aa. 1567-1570., in Eius Scriptor., T. IV. p.m. 63. a. & b. 64. a. & b. 65. b. 70. b. — 71. a. 75. a. — 89. b. passim, 93. 94. a. — 95. b. 98. a. 100. a. & b. 108. b. 111. b. & 112. a. 115. a. — 116. b. passim, 124. a. & b. 146. a. & b.

Ursachen dieser Niederländischen Unruhen, und in  
1570 wie weit der Kayser und das Reich sich wieder  
darauf

& b. & 148. b. *Surius* l. c. ad aa. ee. p. m. 726.  
732. 734-738. 748-757. *passim*, 760-764. 767.  
776. sq. *Cbytraeus* l. c., L. XXI. p. 568. sq. &  
L. XXII. p. 577. sq. & 594. *Thunus* l. c., T. II.  
L. XLI. p. m. 433-445. L. XLIII. p. 505. &  
507-523. *passim*. L. XLVI. p. 618-620. & L.  
XLVII. p. 634. sq. *Lundorpius* l. c., T. I. L.  
VII. p. m. 793-799. L. VIII. p. 870. sq. 879-  
881. 882-890. L. IX. p. 1055. sq. & T. II. p.  
1-4. & L. X. p. 45. *Schadacus* l. c., P. II. L.  
III. §§. 2. 9. 13-17. 23. sq. 34. 36. & 38. p.  
m. 71. 75. 76. sq. 82. sq. & 87-90. L. IV. §§.  
10. sq. 13. 18. 22. 24-27. 35. 39. sq. 43. sq.  
47. sq. 53. 56. sq. 65. 67. sq. 72. sq. & 82. sq.  
p. 106. 107. 108. 109. 110. 113. sq. 114-116.  
117. 118-121. 124. 125. 129. 130. sq. 133. &  
136. sq. L. V. §§. 2. 6. & 15. p. 145. sq. 147.  
& 153. & L. VI. §§. 55. & 64. p. 196. & 199.  
*Fam. Strada de Bello Belgico*, Dec. I. L. VI. &  
VII. p. m. 191-243. *passim*. *Nic. Burgundi Hist.*  
*Belg.*, L. III. p. m. 273-287. & 492-497. *Ben-*  
*sivoglio Hist. de la Guerre de Flandre*, L. III.  
p. m. 141-154. *Fr. Haraci Annal. Ducum Bra-*  
*bant. etc.*, T. III. p. m. 176-113. *Viglii a*  
*Zuichem Epp. polit. & histor. ad Io. Hopperum*,  
ep. 4. sq. 22-25. 27. 29. sq. 38. 41. 45. sq. 48.  
50. sq. 55. 57. sq. 60. sq. 64. 67-69. 71. sq. 75.  
79. 81. sq. 87. 89. sq. 92. 95. 103. 105. 108.  
111. sq. 118-120. 122. 135. & 189. *Eiusdem*  
*Comm. de decimo Denario*, c. 5. 6. & 11., in  
*Analect. Belg.*, T. I. P. I. p. 287-295. *Hub.*  
*Langueri Epp. secretior.*, ep. 31. 33. sq. 35. sq.  
38. sq. & 41. p. 65. 71. 74. 76. sq. 83. sq. & 85.  
*Vita Viglii a Zuichem* p. 190. item n. 71. 79. &  
110. p. 33. 37. & 52. *Eman. van Meteren Nie-*  
*derland. Hist.* L. III. p. m. 55-69. *Everardi Rei-*  
*dani Annal. Belg.*, L. I. p. m. 5-8. *Hug. Groen*  
*Annal. & Hist. de reb. Belg.*, L. I. & II. p. m.  
23-34. 10. *Mensu Guilielmus Auriacus*, L. III-  
V.

darin gemischt haben, werden wir schon, an geleg<sup>en</sup> 3. Chr.  
nen Orten, nachzuholen wissen. 1570

Währendem Speyerischen Reichstage, <sup>m. Sept.</sup>  
hielten die Landspersgischen Bundstände <sup>2)</sup> aber  
als einen Bundstag zu Landspersg, und man  
findet, daß der landgraf Wilhelm von Hesses-  
Cassel sich verlauten lassen: er halte diesen Bund  
nicht für unbillig, und wäre selbst nicht unge-  
neigt, sich darein zu begeben <sup>1)</sup>. Ingleichen wurde,  
währendem Reichstage, zu Leipzig der bekannte <sup>13. Sept.</sup>  
Abschied zwischen den Grafen von Mansfeld,  
und ihren Gläubigern, unter Vermittlung des  
Churfürst Augusts von Sachsen, des Marggraf  
Joachim Friedrichs von Brandenburg, Ad-  
ministrators des Erzstiftes Magdeburg, des  
H. Johann Wilhelms von Sachsen, und des  
Domcapitels zu Halberstadt, den damaliger Ses-  
sionatanz, als Lehensherren der Grafen von  
Mansfeld, geschlossen, wodurch der größte Theil  
der Grafschaft unter die noch so fortbauende  
Sequestration gerieth. Zur Erläuterung die-  
ser Sache muß ich nun anführen, daß des im  
J. 1475. verstorbenen Stammvaters der neuern  
Grafen von Mansfeld, Günthers des III.,  
beide Söhne, Graf Albrecht der V. und Graf  
314 Ernst

V. p. m. 85 - 181. *Pomani Hist. Geldr.*, L. XIV.  
p. m. 895 - 909.; ingleichen die im IV. Bande der  
N. T. R. G., S. 281. f., in der Note 1), ange-  
führte Apologie des Prinzens von Oranien; Cf.  
(Wagenaars) allgem. Gesch. der verei. Niederlande,  
T. III. L. XXIII. S. 2 - 23. p. 108 - 147. und  
Köhlers Münzbelustig., P. IV. n. 20. p. 153 - 160.  
& P. VIII. n. 30. p. 233 - 240.

1) S. in diesem VIII. Bande der N. T. R. G., S.  
118. f.

2) von Stetten, l. c., P. I. c. 9. S. 15. p. 593. und  
die Sendenberg. Sammlung, P. II. p. 102. sq.

3. Graf Ernst der I., sich in die Vorder- und Hintere  
 1570 Ortische Linien vertheilt haben. Des Letztern  
 beide Söhne, Gebhard der VII. und Albrecht  
 der VII. theilten sich wiederum in die Mittel-Or-  
 tische und Hinter-Ortische Zweige, von denen  
 jener mit Graf Heinrich dem II. im J. 1602. und  
 dieser mit dem Grafen Christian Friedrich in  
 Hedersleben im J. 1666. verstorben. Graf  
 Albrecht der V., Stifter der Vorder-Orti-  
 schen Linie hatte zwar drey Söhne, von denen  
 aber Günther der IV. und Loyer der VI. unbeerbt  
 starben, der Dritte aber, nemlich Graf Ernst der II.,  
 eine desto zahlreichere Nachkommenschaft hin-  
 terließ, indem er mit seinen beiden Gemahlinnen  
 zwey und zwanzig Kinder erzeugte, unter denen  
 elf Söhne waren. Von diesen waren drey in  
 geistlichen Stand getreten, und zwey in der  
 Kindheit gestorben, die übrigen Sechse aber stifte-  
 ten sechs neue Linien, nemlich Philipp der II. zu  
 Bornstedt, Johann Georg der I. zu Eisleben,  
 Peter Ernst der I. zu Friedeburg, Johann Al-  
 brecht zu Arnstein, Johann Loyer der II. zu  
 Artern und Johann Ernst der I. zu Heldrungen.  
 Der älteste von diesen sechs Brüdern,  
 Graf Philipp der II. zu Bornstedt war bereits  
 im J. 1546. gestorben, und hatte zwey Söhne  
 hinterlassen, nemlich den Grafen Hugo, der dem  
 Vater im J. 1558. im Tode folgte, und Bruno  
 den II., den Stifter der nunmehr noch allein  
 übrigen Fürstlichen Linie des uralten Mansfeld-  
 ischen Hauses.

Diese letztbenannte sechs Grafen zu  
 Mansfeld von der Vorder-Ortischen Linie,  
 Johann Georg, Peter Ernst, Johann Al-  
 brecht, Johann Loyer, Johann Ernst, und  
 ihr Vetter Bruno, besaßen nun drey Fürstel von  
 der

der Grafschaft; da hingegen die Grafen von der 3. der Mittel- und Hinter-Ortischen Linie nur zwey 1879 Güntel inne hatten. Jene waren, durch große in Kriegsläufen und auf die Bergwerke verwandte Kosten, durch verschiedene unter sich gehabte Uneinigkeiten und andere widrige Schicksale, in eine schwere und richtig eingestandene Schuldenlast von zwey Millionen, vier Tonnen Goldes und 656954 Fleißmischen Gulden, 6. Groschen und 5. Pfennigen \*) gesetzt, und vergestalt darin verjunkt, daß sie keine zulängliche Mittel fanden, die davon sich jährlich auf 123285. Gulden belaufende Zinsen, zu fünf vom hundert, abzutragen, oder sich sonst aus ihren Schulden zu retten. Dann wies der die jährlichen Zugungen aus der Grafschaft und den Lehengütern, die die von Churfürsten Sachsen, dem Erzbischof Magdeburg, dem H. Johann Wilhelm von Sachsen und dem Hochstifte Halberstadt, hatten, nach der Verkauft derselben reichten zu Bezahlung der Gläubiger noch lange nicht zu. Es waren daher die Grafen schon vor einigen Jahren, vor eine Kayserliche Commission, welche dem Churfürsten Joachim dem II. von Brandenburg, dem Erz. Sigismund zu Magdeburg, dem H. Johann Friedrich dem Ältern zu Sachsen, und dem H. Heinrich dem jüngern zu Braunschweig-Lüneburg, Wolfenbüttel aufgetragen war, vorgebeschrieben worden, um Vorschläge zu thun, wie sie ihre Gläubiger befriedigen könnten und wollten. Diesen schlugen nun die Grafen vor, daß sie 100000. Gulden zur Abführung der Zinsen

315

von

\*) Diese Summe giebt Köbler, l. in sq. Nota a) cit. an; allein aus Zusammenrechnung der nachher in den fünf Classen der Gläubiger specificirten Schuldenposten kommen nur 2,066916. Gulden heraus.

graben der Hauptsumme, bis man das Berg-  
 1570 wert gefreyer hätte, aufbringen wollten, die  
 Gläubiger aber mit ihren Forderungen der  
 Hauptsummen sich noch sieben Jahre lang ge-  
 dalben sollten; allein diese wollten damit nicht  
 zufrieden seyn. Deswegen erböten sich die Gra-  
 fen, daß sie jährlich 80000. Gulden von den  
 Nutzungen der Bergwerke und Aemter, zu  
 Bezahlung der Hauptsummen ihrer Gläubiger,  
 versichern wollten. Weil aber, bey der angestellten  
 Untersuchung, sich wenige unverpfändete und  
 unveräußerte Nutzungen fanden, wovon die ge-  
 bächten 80000. Gulden als ein Ueberschuß hät-  
 ten erhoben werden können, und auch die Gläubi-  
 ger, welche, mit Bewilligung der Lehenherr-  
 ren, in den Besiz der Aemter gekommen, sich an-  
 dern gemeinen Creditoren und Bürgen, die nur  
 bloße Handwerker hatten, nicht vergleichen  
 lassen wollten; so ward auch dieser Vorschlag ver-  
 worfen. Es verfielen also die Grafen auf eine  
 Cession ihrer Güter, und übergaben die darüber  
 ausgestellte und besiegelte Cessionsscheine dem  
 Churfürsten von Sachsen, dem Administrator  
 zu Magdeburg und dem Domcapitel zu Hal-  
 berstadt. Da aber diese Cession mit etlichen Vor-  
 behalten und Auszügen verlaufschrift war; so wur-  
 de sie von den Gläubigern und Bürgen alsbald  
 angefochten, und blieb hernach auf sich selbst er-  
 stehn, wie dann auch die Grafen solche hinterzo-  
 gen, und nunmehr auf eine Sequestration, oder,  
 wie sie es nannten, vertraute Heimstellung an-  
 trugen.

Dann lief zwar dieses dem, im J. 1520., un-  
 ter den damaligen Grafen von Mansfeld, Büs-  
 cher, Ernst, (dem Vater und respective Groß-  
 vater der vorbenannten Grafen von Mansfeld  
 von

von der Vorder-Ortischen Linie,) Hoyer, 3. v. Gebhard und Albrecht errichtetem und bes 1570 schwornem Erbvertrage †) zufolge, den ein jeder von ihren Söhnen und Nachkommen, sobald er zu 16. Jahren gekommen, beschwören mußte. Dann vermöge desselben sollte keiner von ihnen und ihren Nachkommen seinen Antheil am Schlosse und Thal Mansfeld und ihren Zubehörungen, ingleichen an den Städten Eisleben und Zerkstedt, wie auch an den Bergwerken, vergebens verkaufen, versetzen, oder in andere Wege, wie solches Namen haben möge, abhandeln bringen. Sollten, wenn einer von ihnen in Verfall gerieth, daß er seinen Antheil nicht erhalten könnte, so sollte er denselben seinen übrigen Brüdern oder Vettern, Grafen zu Mansfeld, für 12000. Gulden, ungeachtet solcher mehr wehrt wäre, zur Verpfändung anbieten. Und wosern auch etwa ein Graf zu Mansfeld aus Noth gedrungen würde, sollte seine Güter, ausser der Stadt Eisleben, Mansfeld und Zerkstedt, samt dazu gehörigen Bergwerken und Nutzungen, zu verkaufen; so sollte ein solches den nächstgesippten Erben, und wenn er mit denselben, wegen des Kaufgeldes, nicht einig werden könnte, den andern Grafen, die in der folgenden Sippsahl am nächsten sind, anbieten. Falls aber auch diese es nicht behalten wollten; so sollte erst hernach ein solches Gut an einen andern Grafen oder Edelmann verkauft werden können, doch daß die Lehenenschaft bey der Zerrschafft Mansfeld bliebe. Allein man nahm auf diesen beschwornen Erbvertrag damals keine Rücksicht, sondern ließ die vorbenannten Lehenherren

†) Er steht in Königs R. N., T. XI. n. 85. p. 120. 125. und bey dem Du Mouz, T. IV. P. I. n. 144. P. 324. 327.

## ~~erste~~ zweite Epoche.

Die verschuldeten Grafen von Mansfeld waren beständigen Klagen und des vieljährigen Laufens der Gläubiger endlich überdrüssig, und auch die Mansfeldischen Räte, wozu die Gläubiger und Bürger gewählte zu machen hoffen konnten, mittelwärtige Art; verpfändet, versteuert und veräußert worden, also daß man in die Länge weder unverpfändete und unveräußerte Nutzungen befunden mögen; so ließen endlich dieselben, am Amts- und Obrigkeitss wegen, eine Inquisition in der Grafschaft Mansfeld anstellen, und Erfundigung einziehen; was für unverpfändete Nutzungen noch vorhanden wären, welche den Gläubigern zum Besten erübriget, und dieselben davon, so weit sie zureichten, bezahlet werden möchten.

Bei dieser angestellten Untersuchung befand man nun, daß der größte Theil der Gläubiger und Bürger, besonders die, welche nur persönliche Obligationen und Handschriften hatten, entweder gar nicht, oder doch sehr langsam werden bezahlet werden können. Weil man aber auch dabei wahrnehmen, daß, je länger man diesem Wesen also nachsähe, desto mehr die Gläubiger und Bürger dafsalls vernachtheiligt werden, und endlich, zu ihrer Befriedigung, gar keine, oder doch schlechte Hoffnung übrig bleiben möchte; so setzten der Churfürst von Sachsen, der Administrator des Erzstiftes Magdeburg, der St. Johann Wilhelm von Sachsen und der damaliger Sedisvacant das Domkapitel zu Halberstadt, als Leihensherren, eine Tagesfahrt, jenseits den vorbenannten Grafen von Mansfeld von der Vorder-Ortischen Linie und ihren Gläubigern, nach Leipzig an, auf welcher dann beide Theile

genug



genüsam gehört, und endlich zwischen ihnen, durch Letzter Vermittlung der erstbefagten Lehnsherrn, folgendes verhandelt, verglichen und verabschiedet worden. Gleich anfangs setzte man fünf Classen von Gläubigern in diesem Abschiede fest: 1.) diejenigen, welche Verschreibungen auf die Städte Eisleben, Zeckstedt, Mansfeld, Artern, Gerbstedt und Laimbach hatten, wovon die Summe sich auf 108789. Gulden, ausser den rückständigen Zinsen, bis auf Michaelis 1569., belief. 2.) Gaben sich einige Creditoren an, welche auf die gräflichen Aemter, Vorwerke und Güter Geld geliehen hatten, und mit und ohne Consens der Lehnsherrn versichert waren, deren etliche solche Aemter u. innehatten, andere aber ohne Besitz die Vergünstigung und Verpfändung der Lehnsherrn darauf erlangt, und noch andere wiederkäufliche oder unnamhafte privilegierte Summen, mit und ohne Gunst, darauf verschreiben lassen, deren Forderungen sich auf 650654. Gulden beliefen; hiernächst auch etliche, als die Händler, auf das Bergwerk versichert waren, die solches in ihren Händen hatten, etliche andere Gläubiger und Bürgen aber eine Concession, allein zum Unterpfande und Schadloosversicherung, ausgebracht hatten, deren Forderungen sich ebenfalls auf 649641. Gulden erstreckten, die allein bey den Händlern stunden. Die 3)te Classe der Gläubiger bestand aus solchen, die ihr Capital auf verbürgte Versicherung hergeliehen, und ausser den Retardatzinsen, bis Michaelis 1569., 257832. Gulden ausmachten. 4.) Waren auch Gläubiger da, welche ihre Hauptsummen wiederkäuflich und auf bloße Handschriften und Siegel der Grafen, ohne einige Verpfändung oder Bürgschaft, hergegeben hatten, die

3. Die ungefähr 100000. Gulden, ohne die rückständigen Zinsen bis Michaelis 1569. betrugen. Und endlich 5) fanden sich auch noch Creditoren an, welche den Grafen nicht insgesamt, sondern diesem oder jenem Grafen besonders Geld vorgestreckt hatten, welches sich ungefähr auf 300000. Gulden belief.

Wegen der Gläubiger in der ersten Classe wurde nun verabschiedet, daß denselben von den Steuern der gedachten Städte und der Herrschaft Unterthanen, auf gebührliche Abtheilung und proportionirlich, die mahnhaften Summen abbezahlt, von den unmahnhaften aber die verschriebenen Zinsen gereicht, und solche Steuern, zu ihrer selbst Erledigung, gebraucht werden sollten. Die vermessene Retardatzinsen sollten bis auf etliche wenige, besonders verzeichnete, gänzlich wegfallen, und weil es unmöglich wäre, Capital und Zinsen sogleich zu bezahlen; so sollten die Currentzinsen, nemlich Fünf vom Hundert, bey einem jeden, bis zu Abbezahlung seines Capitals, eingestellt, aber hernach auch bezahlt, und mit Ablegung einiger Hauptsummen, auch der ersten Zinsrechnung auf die Leipziger Neujahrs-Messe 1571. der Anfang gemacht werden. Damit auch disfalls keine Unrichtigkeit oder Ungleichheit vorfallen möchte; so sollten die Lehnsherren gewisse verbürgte und beeidigte Personen, auf Kosten der gemeinen Herrschaft, verordnen, welche die den Grafen zugehörige Steuern \*), in eines jeden Aemtern, einheben, und den Sequen

\*) Darüber hatten die Grafen von Mansfeld mit dem Churfürsten von Sachsen den 1. September 1570 zu Dresden einen Vergleich getroffen, und hernach darüber den 6. Nov. a. e. einen Revers ausgestellt.  
Ende

Sequestratoren zu Eisleben überliefern, welche dann davon an die Creditoren, nach ihrer Classification, die Capitalien nach und nach abbezahlen, und darüber, so oft es verlangt würde, den Lehnsherrn gebührende Rechnung ablegen sollten, auf welche Art es auch zu Oldisleben, als dem vom H. Johann Wilhelm zu Sachsen abhängenden Lehen, gehalten werden sollte. Uebrigens sollten diese Steuereinnnehmer den Grafen gar nicht, sondern allein den Ober-Lehnsherrn verpflichtet seyn, und kein Bürger oder Einnehmer der Städte, bey ernstlicher Strafe, keinem Grafen etwas von der Steuer geben oder folgen lassen. Zu richtiger und beständiger Vollziehung aber dieses und der folgenden Artikel sollten die Oberlehnsherrn besondere Sequestratoren oder Obergesichter verordnen, und ihnen ihre besondere Instructionen geben. Wenn nun dieses alles so ins Werk gerichtet worden; so sollten die Städte, und ihre Einwohner und Unterthanen, ihrer Schulden halber, hinfüro weiter nicht mit irgend einem Arreste, Repressalien und Aufhaltung ihrer Güter, Personen oder deren Diener beschweret, sondern vor Gewalt gegen jedermann geschützt werden.

Bei den verschiedenen Arten der Gläubiger in der zweiten Classe mußten nothwendig auch verschiedene Dispositionen gemacht werden. Diejenigen nemlich, welche die Aemter, Vorwerke und Güter, durch rechtliche Hülfe und

Im

Beide stehen in Lünigs R. A., T. XXIII. p. 1873-1875. n. 1. sq. und in der Chur-Sächs. gründl. Beantwortung des Unumstößl. Vormundschafts-Rechtes der verwittw. Fürstin von Mannsfeldt 16, in den Beylagen, n. 208. & 253. p. 136. sq. 182. sq.

1570. Inmiffion, in Befitz bekommen; sollten bey dem  
 selben, ohne alle weitere Unterfuchung, gelaffen  
 werden, indem die gerichtliche Taxation folcherge-  
 ftalt pflege angeftellet zu werden, daß über felbige  
 nichts übrig bleibe, was andern Gläubigern  
 zu Gute kommen könnte. Hingegen die andern  
 Befitzer der Aemter und Güter, welche auf felbige  
 ihr Geld mit Confens der Lehensherren ge-  
 haben, sollten zwar deffen wieder habhaft werden.  
 Weil aber andere Gläubiger und Bürgen sich  
 beſchweret hätten, daß etliche folche Befitzer ei-  
 nem ganz übermäßigen Gewinnſt, zu ihrem Vor-  
 theile, dabey gemacht, und neben der Verzinsung  
 groſſe Unterhaltung, Gnadengeld und Beſtat-  
 lung erlangt haben ſollen; ſo ſollte ein jeder folcher  
 Amtesbefitzer oder Inhaber anderer Güter ſeine  
 Pfandſumme, nebst fünf Gulden Zins auf je-  
 des Hundert jährlich, auf vorgängige rechtmäßige  
 liquidation, an dem verpfändeten Amte, Vor-  
 werke oder Gute, vor andern, die nicht ältere oder  
 beſſere Verpfändungen haben, bekommen. Hiernächſt  
 wollten die Ober-Lehensherren, ein jeder in ſeinem  
 Lehen, alle und jede, durch Hülfe oder  
 Inmiffion, noch nicht gewürdigte Aemter,  
 Vorwerke und Güter, in einen landüblichen und  
 gleichmäßigen Anſchlag, durch unverdächtige Com-  
 miſſarien, bringen laſſen. Würde nun, nach fol-  
 cher Taxation, der Befitzer des Amtes oder Gu-  
 tes, daſſelbe wiederkäuflich an ſich bringen, und  
 die Uebermaaß ſeines Pfandſchillings herausge-  
 ben, oder andere auf ihn folgende Creditoren, ſo  
 weit ſich die Uebermaaß erſtrecket, in den Beſitz  
 mit einnehmen wollen; ſo ſollte ihm das eine oder  
 das andere frey ſtehen. Hätte er aber deſſen ein  
 Bedenken, ſo ſollte den Gläubigern, die nach  
 dem Befitzer die Erſtigkeiſt erlangt haben, geſtat-  
 tet

ist fern, diesem das seinige heraus zu geben. 3. Ob:  
falls sie aber dazu unvernünftig wären; so sollte 1570  
ein jeder Lehnsherr, in seinem Lehnstücke,  
dem Besizer einen Schöffe zuordnen, welchen  
er auch bey Verlast seiner an dem verpfändeten Erbs-  
the habenden Gerechtigkeit zu leiden, schuldig sein  
sollte, der nebst ihm die Einkünfte einnehmen,  
verrechnen, und was über die jährliche Zinsen  
des Besizers übrig bliebe, dem Lehnsherrn  
oder dem dazu Verordnetem zustellen sollte, wel-  
cher es dann, zu Bezahlung der Gläubiger, nach  
Erkenntniß der Sequestratoren, und nach ei-  
nes jeden erlangten Erstigkeit, zu vertheilen  
wissen würde.

Wenn auch etwa darüber Zerungen entste-  
hen sollten, daß einer ein Amt oder Gut ohne  
Günst inne: , der andere aber sich mit Günst  
versahen hätte; ingleichen da etwa mehreren Gläu-  
bigern ein Stück Gutes unterschiedlich verpfän-  
det, oder ein oder mehr Stücke, nach erlangter  
eines oder des andern Günst, in *fraudem Credito-  
rum* veräußert wären; oder auch wegen des Con-  
fesses der Lehnsherrn und der Erstigkeit hal-  
ber; so sollten solche Streitigkeiten, durch die ver-  
ordneten Oberaufseher oder Sequestratoren,  
gütlich verhört, abgehandelt, und wenn es nö-  
thig, an den Lehnsherrn berichtet werden. Wür-  
de aber die Güte bey den Parteyen nicht statt fin-  
den; so sollten jene sie summarisch in Rechts  
verfahren lassen, und hernach die Acten, wenn  
die Sachen *propter continentiam causae* etc. un-  
theilbar, den Lehnsherrn insgesamt, oder  
demjenigen besonders, dem es Obrigkeit hal-  
ber gebührte, einschicken, welcher hernach *summa-  
riam causae cognitionem* vor die Hand nehmen sollte.  
Auf gleiche Art sollte es auch gehalten werden,  
L. X. 3. 8. Th. Rf wenn

3. Mr. wenn die hypothekarischen Gläubiger wider die  
 1579 Amtsbefitzer, wegen empfangener übermäßigen  
 Nutzung ihres Unterpfandes, zu Erminder-  
 rung des Hauptgutes, und ad *Extenuationem*  
*Sortis*; oder auch daß sie unbilliges Gnaden- und  
 Wucher-Geld auf die Grafen und ihre Aem-  
 ter geschlagen, und *de mala Causa Debitorum*, sich  
 beklagen würden. Diese *Creditores hypothecarii*  
 hätten übrigens den mehrern Theil ihrer Zinsen,  
 Schäden, Unkosten, Zehrung, Botenlohn,  
 Leuterkosten, die sie nicht alsogleich unverursacht,  
 neben den Hauptsummen, zahlen müssen, falls  
 len lassen; die Hauptsummen aber sollten einem  
 jeden, nach Gelegenheit seiner erlangten Erstig-  
 keit, und vorgängiger genugsamen Liquidation,  
*pro rata* und proportionirlich, von der Uebermaß-  
 se bezahlet, oder bis zu deren Abführung verzins-  
 set werden. Die Händler, als Inhaber der  
 den Grafen zuständigen drey Fünstel Bergwer-  
 ke, wären zwar zu dieser Handlung nicht beschies-  
 den worden, und würden billig bey ihren Con-  
 tracten und Consensen gelassen; wie man dann  
 auch diesmal zu einiger Gewißheit nicht kommen  
 können, wie viel das Bergwerk über den Verlag  
 und ihre Ablauf, auch andere Gebühren, an Rent-  
 gulden und sonst jährlich tragen möchte. Allein  
 der Churfürst von Sachsen würde durch die  
 Obergeschehen und Sequestratoren die Verord-  
 nung thun, daß alle Uebermaasse am Bergwer-  
 ke, welche, nach der Grafen Bericht, sich unge-  
 fähr auf 40000. Gulden belaufen solle, fleißig  
 zusammen gehalten und zu Befriedigung der  
 Gläubiger angewandt werden sollte. Und die et-  
 wa zwischen den Händlern und Gläubigern oder  
 diesen letztern selbst sich ereignende Irrungen  
 sollte der Churfürst entweder durch gültliche  
 Hand-

Handlung, oder, in deren Entstehung, durch J. Chr. schleunige rechtliche Weisung abthun. 1570

Wegen der Gläubiger der dritten Klasse, nemlich derjenigen die ihre Capitalien auf Bürgschaften geliehen, wurde von den Grafen vorgeschlagen, daß ihnen von dem Ueberschusse der Bergwerksmuzzungen jährlich 25000. Gulden bezahlet, und den Retardat- und Current-Zinsen eine gewisse Maass gegeben werden sollte. Allein der meiste Theil dieser Gläubiger wollte lieber bey seinen Bürgen bleiben, und weil man auch noch nicht zu einer richtigen Gewisshheit wegen der Uebermaasse von den Bergwerken kommen können; so wurde beliebt, daß solcher Ueberschuß aus den Bergwerken und Aemtern fleissig zusammen gehalten, und blos zu Bezahlung solcher Gläubiger, nach eines jeden Recht, gebraucht, auch darüber alle Jahr richtige Rechnung, wozu die Grafen und Creditoren jemanden verordnen könnten, gehalten werden sollte. Doch wurde hiebey den Gläubigern alles Schänden und Schmähen der Bürgen, bey ernstlicher Strafe, verboten; den Bürgen aber, den Grafen selbst und allen Interessenten sollte frey stehen, wider die wucherlichen Gläubiger alle in Rechten zugelassene Mittel zu gebrauchen, worüber dann ganz summarisch verfahren, erkannt und exequirt werden, auch was wider solche Wucherer erhalten würde, den Klägern zu gute kommen sollte; wie dann auch der hohen Obrigkeit vorbehalten bliebe, wider solche Wucherer die in der Policey- und Reichs-Ordnung gesetzte Strafen zu verhängen.

Ben der vierten Klasse der Creditoren, die nemlich ihre Capitalien, ohne Verpfändung und Bürgschaft, auf bloße Handschriften der Grafen

3. Chr. oder ihrer Verfahren, theils wiederkäuflich, 1570 theils mahnhaftig zu fordern hätten, hielten die Grafen um Nachlassung der Retardatzinsen an, und schlugen zugleich vor, daß ihnen jährlich 5000. Gulden von den Bergwerksamungen, bis die Bergwerke loskäuflich würden, welches, nach ihrer Anzeige auf Ostern 1572. geschehen möchte, zu Verzinsung ihrer Hauptsummen gegeben werden möchten, worauf sie nach Bezahlung der auf die Bergwerke verwiesenen Gläubiger, auf selbige angewiesen werden könnten. Weil man aber wegen der Bergwerksamungen noch in Ungewißheit stand, und es unmöglich war, Zinsen zu geben; so wurde dieser Vorschlag der Grafen verworfen, und es bey der Verordnung der Ober-Lehensherren gelassen. Endlich in Ansehung der Gläubiger der fünften Klasse, oder der privat Schulden der Grafen baten diese ebenfalls um Nachlassung der rückständigen und laufenden Zinsen, wogegen Sie den Vorschlag thaten, daß jenen Creditoren jährlich auf ihre Forderungen 10000. Gulden von dem Ueberschusse aus den Bergwerken abbezahlt werden möchten. Allein da dieses auf weiterer Erkundigung und Gewißheit der Einkünfte und des Ueberschusses von den Bergwerken beruhte; so wurde es auch bis dahin eingestellt. Doch wurden diesen Creditoren alle mit jener Retardatzinsen, Schaden, Zehrung, Besatzlohn und Leuterkosten, welche sie, ohne ihre Verursachung, alsogleich neben der Hauptsomme hatten bezahlen müssen, abgehandelt. Uebrigens aber wurde noch, in Ansehung aller Gläubiger, bevormundet, daß die von ihnen geschehene Liquidationen, auf eines jeden bloßes Angerben, was verzeichnet, solche aber nicht anders, als



als auf künftige klare Bescheinigung und glaubw. Er-  
würdige Belegung mit gebührenden Quittum-<sup>1570</sup>  
gen, Originalien und Urkunden, auch eines je-  
den Rechten ohne Schaden, angenommen  
worden seyen.

Damit nun alles vorstehende desto gewisser  
und fester gehalten werden möchte, so bewilligten  
die Grafen ausdrücklich, daß sie nunmehr, von  
dem Datum dieses Abschiedes an, die Abma-  
ßung aller ihrer Ämter, Städte, Flecken,  
Dörfer, Vorwerke, Hölzer, Steuern, Betz-  
werke, und was dazu allenthalben gehörig, nichts  
davon ausgeschlossen, in die Hände ihrer obgedach-  
ten Lehnsherren stellen, und sich deren Ver-  
waltung, Regierung, Jurisdiction, Zwang,  
Bochmäßigkeit, und alles andern, so dem an-  
hängig, ohne die Wohnungen, die sie iho, (in  
Mansfeld, Eisleben, Friedeburg, Arnstein,  
Leimbach, Artern und Bornstedt,) inne hät-  
ten, und worin andere nicht immittirt wären, auch  
den nächsten an den Häusern gelegenen Gärten,  
bis zu endlicher Befriedigung ihrer Creditoren,  
gänzlich auffern und enthalten sollten und wollten,  
worüber dann auch die Grafen einen besondern  
Revers †) ausstellten, und sich wegen der Leib-  
gedinge ihrer Gemahlinnen besonders erklärten.  
Weil indessen die wilde Fischerey und Jagd,  
vermöge der Erbverträge, den sammtlichen  
Grafen von Mansfeld insgemein zustehen solle,  
so ließ man geschehen, daß sie sich derselben, in so-  
fern sie nicht in den Ämtern als eine Erbmä-  
ßung angeßlagen, und andern eingethan wor-  
den, gebrauchen möchten; doch, daß sie unter  
diesem Scheine die andern angewiesenen Leute nicht  
beschwerten, noch jemanden in seinem Rechte stös-

R f 3

ten,

†) Er steht in Lünigs R. A., T. XI. n. 89. p. 141.

I. Ebe. ten, oder diesem Abschiede zuwider handeln.

1570. Ob nun also gleich die Lehnsherren, auf vielfältiges und fleißiges Anhalten der Mansfeldischen Gläubiger und Bürger; die Grafen mit Ernst dahin angehalten, sich aller Nutzungen der ganzen Grafschaft zu entschlagen, solches auch zu einiger Erleichterung der hohen Beschwerden erst erwähneter Gläubiger und Bürger angesehen war; so zogen doch dabei die Lehnsherren in Erwägung, daß der gedachten Grafen, mit ihren jungen Herrlin und Fräulin, eine ziemliche Anzahl sey, ferner die Grafen den Lehnsherren und ihren Vorfahren viele stattdliche Dienste geleistet, und sogar die Leibgedinge ihrer Gemahlinnen den Gläubigern zu Gute gehen lassen. Deswegen und da es wegen des erblichen Herkommens der Grafen, ihrer Gemahlinnen und der guten Anzahl ihrer jungen Herrlin und Fräulin nicht billig, und den Lehnsherren selbst nicht rühmlich seyn würde, daß die gedachten Grafen, ihre Gemahlinnen und Kinder in unerträglichen Armuth und Elende leben sollten, auch ohnehin, diese Verordnung oder Abschied einzugehen, und demselben zu geleben, den Grafen schwer und fast unmöglich seyn würde; so hielten die Lehnsherren, aus den angeführten Ursachen und Umständen, nicht für unziemlich, den Grafen, ihren Gemahlinnen und Kindern, von Amt und Obrigkeit wegen, ziemliche Alimosen zu verordnen. Auf was für eine Art solches, zwei Jahre hernach, in dem Erfurthischen Abschiede geschehen sey, werden wir zu seiner Zeit vernehmen.

Indessen sollten, vermöge des ißigen Leipziger Abschiedes, alle Unterthanen der Grafschaft Mansfeld, bey ihren Pflichten, verbunden

den

den kam, sich an der gänglichen Erfüllung dieser 3. Art. Verordnung, durch der Grafen Gebot und Verbot, nichts irren zu lassen, wie dann die Grafen sie ihrer Pflicht deshalb entließen, und auch diese Verordnung, besserer Nachricht halber, durch Mandate oder sonst, in der Herrschaft Mansfeld, öffentlich publicirt werden sollte. Dagegen aber wollten auch die Ober-Lebensherren fordersamst, auf gemeiner Herrschaft leidliche Unkosten, die vertrauten Sequestratoren, mit Besondern Instructionen und Befehlen, nach Maßgab dieses Abschiedes, bestellen, und je einer dem andern, innerhalb sechs Wochen, namhaft machen, deren ein jeder, in seiner Herrn Lehenstücken, die Regierung führen, die Gerichte und Unterthanen aber an dieselben und die Ober-Lebensherren verwiesen werden sollten. Uebrigens wurde bey dieser ganzen Handlung ausgenommen das Interesse des Kayfers und des H. R. an den gebührenden R. Anlagen, als welche jederzeit von den Unterthanen, die es vor Alters zu geben pflegten, genommen und an gehörige Orte entrichtet werden sollten, inkleichen auch eines jeden Herrn Ritterdienste. Ingleichen behielten sich die Lebensherren vor, die isige Verordnung, nach Gelegenheit und Gestalt der Sachen und Umstände, zu moderiren, zu erklären, zu vermehren, oder auch ganz, oder zum Theil zu verändern. Hiernächst und wenn sich zwischen den Grafen und ihren Gläubigern, oder unter diesen selbst, samt oder sonders, Irrungen über die Priorität oder sonst zutragen, wollten die lebensherren solche, auf die obbeschriebene Art und Weise, entweder zusammen, oder abgesondert, nach Gestalt der Sachen, Güter, Personen und Klagen, durch ihre verordnete Sequestratoren

J. 1570. und Oberaufseher zur Güte, oder, wenn selbige nicht stattfände, ohne Weisungsfähigkeit, zu Recht summarisch erörtern, und falls es nöthig, selbst darin Erkenntniß ergehen lassen. Endlich, wenn alle Gläubiger gehörlich bezahlt wären, sollten den Grafen ihre Aemter, Güter, Bergwerke und anderes wieder eingeräumt werden, und diese ganze Handlung ihnen an ihren geistlichen Ehren, und sonst keinen Nachtheil gebühren. Nun hatte zwar diese Sequestration der Grafschaft Mansfeld die Absicht gehabt, die Gläubiger, innerhalb einiger Jahre, nach und nach zu befriedigen, damit hernach die Grafen zu ihren sequestrirten Ländern wieder unweigerlich gelangen könnten. Es hat aber selbige, so viel den churfürstlichen Antheil betrifft, (denn in Ansehung des unter magdeburgischer oder churbrandenburgischer Landeshoheit stehenden Antheils, ist die Sequestration im J. 1716 aufgehoben worden,) bis jetzt noch nicht ihre Endschafft erreicht, und sind sogar, nachdem die Mittel- und Hinter-Ordischer Grafen von Mansfeld ausgestorben, und ihre unsequestrirte gewesene zurv. Güntel an die Vorder-Ordischen Grafen gefallen, selbige mit in die Sequestration gezogen worden; mithin wir von dieser Sequestrationsfache und den damit vorgegangenen Veränderungen, auch noch in der Folge bis weilen einiges werden gedenken müssen <sup>a)</sup>.

Zuletzt

a) Lönigs H. N., T. XI. n. 88. p. 133-141. von Zech Europ. Herald, T. I, p. 625. sq. und Böblers Münzbelastig.; P. XIX. n. 4. p. 25-31. Cf. Cass. Thicelli des p. H. H. Staats: Acta vom XVIII. Seculo, T. II. c. 10. p. 329. sqq. posim.

Besteht ist noch bey dem J. 1570. des ja. 3. der  
 Stadtin, unter Vermittlung des Kayfers und  
 des Churfürstens von Sachsen, wie auch der  
 Könige von Frankreich und Polen, zwischen  
 Dännemark, Schweden und der Stadt Lü-  
 beck geschlossenen Friedens zu gedenken, in soweit  
 selbiger einen Einfluß und Zusammenhang mit  
 den Teutschen Reichsangelegenheiten hat.  
 Daß bereits Kayser Ferdinand der I., und her-  
 nach auch unser Kayser Maximilian der II., sich  
 zu verschiedenen malen bemühet haben, den Frieden  
 zwischen den beiden obgedachten Königen und der  
 Stadt Lübeck wieder herzustellen, und daß deswe-  
 gen auf dem R. Tage zu Augsburg und dem all-  
 gemeinen Kreistage zu Erfurt gehandelt und  
 beschloßiget, auch dierhalb Zusammenkünfte  
 zu Rostock angesetzt, und nach Stralsund an-  
 geschrieben worden, alle Versuche aber bisher frucht-  
 los abgelaufen, hat ich bereits in vorigen vorher-  
 gehenden Theilen dieses Werkes bemerkt.  
 Anfanglich ließ es sich, auch noch in dem gegenwär-  
 tigen Jahre, zu Wiederherstellung des Friedens  
 gar nicht an, indem K. Friedrich der II. von  
 Dännemark alle Anstalten machte, den Krieg ge-  
 gen Schweden auf das nachtheilichste fortzuset-  
 zen; allein der Kayser und die Könige von Frank-  
 reich und Polen, wie auch der Churfürst von  
 Sachsen schlugen sich ins Mittel, um endlich ein-  
 mal die Sache zu einem gütlichen Vertrage zu  
 richten. Diese Bemühung fand auch nunmehr  
 bey dem König von Dännemark um so leichter  
 einen Eingang, weil ihm die Unternehmung  
 seines Bruders, des H. Magnits in Liefland  
 äußerst mißfiel. Daß dieser Fürst sich auf der In-  
 sel

Rt 5

sel

\*) S. die II. u. III. Bände, S. 124,  
 126. und 345. und im VII. Bande, S. 358, 361.

3. Er. fel Oesfel und in der Landschaft Wyck festgesetzt ha-  
 1570 be, ist bereits vorgekommen \*). Ueber denselben  
 hatten nun bisher vornemlich sein Bruder, der  
 König von Dänemark, und der Kayser eine  
 Oberherrschaft behauptet; allein er ließ sich nun-  
 mehr, durch seinen Hofprediger, Christof  
 Schröpfer, überreden, nach Klostau zu gehen,  
 und daselbst dem Czar, Ivan Basilowitsch  
 dem II., zu huldigen, der ihn hierauf zum Kö-  
 nig von Liefland öffentlich ausrufen ließ, wor-  
 durch dann das liefländische Eigenthum, wel-  
 ches bisher die wichtigste Hinderniß des Loe-  
 dischen Friedens gewesen war, allen, die es in  
 Anspruch nahmen, entzogen wurde. Der Kö-  
 nig von Dänemark war also um so leichter zu be-  
 wegen, sich in neue Friedens-Unterhandlungen

18. May 1570.  
 \* Zul. gen einzulassen, die im Heumonat zu Scettin ihren  
 Anfang nahmen, und auf welche der Kayser den  
 H. Johann Friedrich von Pommern, den Gra-  
 fen Joachim von Schlick, Christofen von Cas-  
 lowitz und Casparn von Minckwitz, der Chur-  
 fürst August von Sachsen aber den Grafen Lu-  
 dewig von Eberstein zu Neugarten, und Erich  
 Wollmarn von Berlepsch schickte.

Anfangs schienen die Friedensunterhand-  
 lungen abermals fruchtlos zu werden, weil sie  
 durch einen Zant des K. Sigmund Augusts von  
 Polen, der von seinem Schwager, dem K. Jo-  
 hannes von Schweden, Reval und Wyck ver-  
 langte, unterbrochen wurden. Allein die ver-  
 mittelnden Gesandten setzten endlich über den  
 Eigensinn der kriegführenden Mächte, durch die  
 Erklärung, daß ihre Herren denselben mit dem  
 Waffen unterstützen würden, welcher am geneig-  
 testen

\*) S. im IV. Bande der H. E. R. G., S. 426. ff.  
 und 444.

testen zum Frieden wäre. Darüber gaben dann 1578 jene noch, und der Friede kam glücklich zu stande, 13. Dec. aus welchem, so weit es den Kayser und das Reich betrifft, wegen Liefland und Lübeck, folgendes zu bemerken ist. Der Kayser sollte, als wahrer Oberherr von Liefland, die Ansprüche aller kriegenden Könige auf dieses Land untersuchen, und Macht haben, dasselbe wieder einzulösen, und die Schuttgerechtigkeit darüber den Dänischen Königen zu verleihen. Die Schwedischen Besizungen in Liefland sollten dem Kayser sogleich eingeräumt, und hierauf von demselben das Stift Reval und Oesel, nebst Padis, Sonnenburg und Zabsel, dem Schutze des Königs von Dännemark unterworfen werden, der dagegen den Czaaren und seinen Bruder, Magnus, dahin bewegen sollte, die unternommene Belagerung von Reval so lange aufzuheben, bis der Kayser und die Churfürsten, auf einen gewissen bestimmten Tag, mit Rath und Hülfe der Könige von Dännemark, Schweden und Polen, sich unter einander über eine ansehnliche Gesandtschaft an den Czaaren vergleichen würden, entweder einen Frieden mit ihm zu schliessen, oder mit einhelliger Macht ihn zu bekriegen. In dessen sollte die Krone Schweden die Stadt Reval und das Schloß Wittenstein solange noch im Besitze behalten, bis sie sich mit dem Kayser über ihre auf Liefland verwandte Kriegskosten verglichen haben würde.

Zwischen Schweden und der R. Stadt Lübeck aber wurde der Friede auf folgende Bedingungen geschlossen, daß die Kriegskosten gegent einander kompensirt werden, und die Lübecker hinfürs ihre Privilegien und Freiheiten im Römischke Schweden, nach Inhalt der Form die

Es wurde von den Commissarien oder Mediatoren bey  
1579 diesem Frieden unterschrieben, und von dem  
König und Reichsrathe in Schweden bestätig-  
tiget worden, ohne alle Hinderung und Eintrag  
geniessen sollten. Wegen der alten Forderungen  
der Stadt Lübeck, die von Schuldverschrei-  
bungen der Könige Gustavs, Erichs und Jo-  
hannis von Schweden, und wegen weggenomme-  
ner Lübeckischer Schiffe und Waaren beträf-  
ten, versprach der König von Schweden, an die  
Stadt 75000. Rthlr. innerhalb sieben Jahren,  
zu bezahlen, damit auf Johannis Baptista  
1574. mit 10000. Rthlen den Anfang zu ma-  
chen, mit einer gleichen Summe; bis zu gänzli-  
cher Abtragung der Schuld, von Jahr zu Jahr  
fortzufahren, und im letzten oder lebenden Jahr  
zu 15000. Rthlr. zu entrichten; die Handschrei-  
ben und Verschreibungen aber der vorgebachten  
Schwedischen Könige sollten die Lübecker so-  
gleich nach Ratification dieses Friedens herbei-  
geben. Ingleichen sollten den Lübeckern die zwey  
in Pommern mit Arrest belegte Schiffe, nebst  
den Geschütze, verabsolget werden, und ihnen die  
Eintreibung ihrer Schulden von den Untertan-  
en in Schweden, so wie diesen ein gleiches zu  
Lübeck verstatet seyn. Ferner die freye Schif-  
fahrt und Handlung der Lübecker auf Narva  
mit den Russen sollte, bis zu weiterer Verordnung  
des Kayfers und des Reichs, von Schweden  
nicht verhindert werden; jedoch, daß die Lü-  
becker sich enhielten, Proviant, Gewehr und  
Ammunition den Russen zuzuführen. Und  
wenn künftig neue Streitigkeiten zwischen Schwoe-  
den und Lübeck entstehen würden; so sollten vier  
Schiedsleute von jedem Theile ernahlet werden,  
um die künftigen Sachen entweder in der Stadt  
zu



zu vertragen, oder der Billigkeit nach zu einer 3. Chr. scheiden. Endlich wurde noch wegen des Streits 1579 zwischen Dänemark und Schweden, über die Führung der drey Kronen in ihren Reicheswappen, auf die Untersuchung und Entscheidung des Kayser, der Churfürsten von Sachsen und Brandenburg, des Pfalzgraf Georg Johannis von Veldenz und des H. Julius zu Braunschweig + Lüneburg + Wolfenbüttel, von beiden Theilen, compromittirt c).

Wenige Tage nach dem zu Stettin geschlossenen Frieden reiste der Kayser von Speyer, 16 Dec. wo er sich bisher sechs Monate aufgehalten hatte, ab d), und ging nach Prag zurück. Dasselbst stellte Er nun, bald nach Antritt des neuen Jahres, 3. Chr. den beiden evangelischen Ständen von Hernen 1571 und der Ritterschaft in Unter + Oesterreich die 14 Jan. ihnen schon vor 200 Jahren versprochene förmliche und schriftliche Asssekuration wegen ihrer Religion

c) Scharpii Epitome ad a. 1570., in Eius Scriptor., T. IV. p. m. 136. a. et 149. a. — 150. a. Cbytracius l. c., L. XXII. p. m. 596. sq. Landorp l. c., T. II. L. X. p. m. 32-36. Thuanus l. c., T. II. L. XLVII. p. m. 639-641. Schadaeus l. c., P. II. L. VI. §. 14. et 66. sq. p. m. 181. et 200-202. Pontani Hist. rer. Dan., in vita Friderici II. Regis, in de Westphalen Scriptor., T. II. p. 1217. sq. Ludw. Holbergs Dan. R. Hist., P. II. p. m. 509-511. Webhardi Dan. Hist., in der Allgem. Weltbist., T. XXXIII, cap. 2. Sect. 7. §. 107. p. 208-210. Lünigs N. A., P. spec. Contr. II. 2. Forts., f. T. X. n. 151. p. 323-336. et T. XIII. p. 1260-1366. n. 141. Balt. Ruffowens Chron. der Provinz Pommern; (Barr, 1584. 4.) P. II. p. 70-75. passim. Cf. Johann Arkenholzs Versuch einer pragmat. Hist. von Verträgen und Tractaten eines freyen Staats mit andern Mächten; (Cassel, 1753. 8.) p. 16-20.

d) Schadaeus l. c., P. II. L. VI. §. 64. p. m. 199.

3. **Con-** gionofreyheit aus <sup>e)</sup>. Die eigentliche Ursache, wa-  
1571 rum es sich mit der Ausstellung dieser förmlichen  
Affekuration so lange verzögert habe, da doch  
der Kayser den beiden vorerwähnten Ständen,  
bereits den 18. August 1568., den Gebrauch  
der A. C., in ihren Schlössern, Häusern und  
Gütern auf dem Lande, bewilliget hatte, ist  
diese, weil solche Bewilligung auf eine Ver-  
gleichung einer Agende, die vorhergehen sollen,  
gerichtet gewesen. Dieses wurde nun Catholis-  
cher Seits also erklärt, daß die Stände mit  
Einführung ihres evangelischen Gottesdien-  
stes auf ihren Schlössern und Gütern so lange  
warten mußten, bis es mit der Vergleichung  
über die Agende seine Richtigkeit hätte. Und  
als daher die evangelischen Stände sich verlauten  
ließen, daß sie, vermöge der Kayserlichen Con-  
cession, entschlossen wären, evangelische Pres-  
diger, auch noch vor der geschehenen Vergleich-  
ung, anzunehmen; so fanden sie hierin alsbald  
grossen Widerspruch, und sahen sich genöthiget,  
den Kayser, in einer demüthigen Bittschrift vom  
11. September 1568., um solche Erlaubniß  
anzuflehen. Es wurde auch hierauf über den Ge-  
brauch der Kayserlichen Bewilligung, bis die  
Agende verglichen wäre, eine besondere Unter-  
handlung angestellt, und den Ständen, auf ihr  
emsiges Anhalten und Bitten, der evangelische  
Gottesdienst auf ihren Schlössern, Häusern  
und Gütern, unter gewissen Bedingungen, vom  
Kayser zugestanden. Dieses war also die erste  
Verhinderung, wodurch die Affekuration auf-  
gehalten wurde.

Die

e) S. im VII. Bande der A. C. A. G., S. 504.  
534.

Die meiste Verzögerung aber machte wohl S. 60. die Vergleichung der Agende an sich selbst. Dann 1571 da derjenige Entwurf einer Kirchen-Agende, welchen Chyträus aufgesetzt hatte, zwar dem Kayser war übergeben, und von ihm gütlich angenommen worden; so wies es sich doch hernach aus, daß besonders wegen der Kirchencereemonien einige Veränderungen geschehen, und deren mehrere, als Chyträus in seinem Entwurfe gesetzt hatte, eingerückt werden müssen \*). Dieses alles erforderte nothwendig eine ziemliche Zeit, bis die Agende eine solche Gestalt bekam, daß sie dem Kayser gefiele. Inzwischen war man doch endlich, zu Anfang des J. 1570., mit der Vergleichung zu Stande gekommen, worauf dann das Concept der so lange und sehnlichst gewünschten Kayserlichen Affekuration nicht nur wirklich abgefaßt, sondern auch ins reine geschrieben, und zu Prag den 30. May 1570. †) datirt wurde, daß daran weiter nichts, als die eigenhändige Unterschrift des Kayfers und das angehängte Kayserliche Insiegel mangelte. Weil aber der Kayser darüber auf den Reichstag nach Speyer gieng, und daselbst einige Monate verweilte \*\*); so unterblieb die förmliche Ausfertigung bis nach seiner Rückkunft vom Reichstage, da dann eine neue Abschrift des Originals gemacht wurde, in welcher man aber kein Wort änderte, sondern nur das Datum, obbemerkter massen, auf den 14. Jena

\*) S. im VII. Bande der N. T. R. G., S. 521: 529.

†) Unter diesem Datum führt daher Schadaeus, l. c., P. II. L. VI. S. 31. p. 186. 1q., die Kayserliche Affekuration an.

\*\*) S. in diesem VII. Bande der N. T. R. G., S. 175. und 529.

9. Er. Jenner 1571. setzte, worauf dasselbe, mit des Kay-  
 1571 sers eigenhändiger Unterschrift und seinem  
 anhängendem Insigne, den beiden evangeli-  
 schen Ständen von Herren und der Ritterschaft  
 in Unterösterreich zugestellt wurde, wegen sie  
 aber dem Kayser wiederum 900000. Rheinische  
 Gulden erlegen mußten.

Vermdge dieser Affekation verstattete der  
 Kayser, in seinem, seiner Erben und Nach-  
 kommen Namen, den erstbesagten beiden Stän-  
 den samt und sonders, auch ihren Erben und  
 Nachkommen, samt ihren Pfarren, Kirchen  
 und Schulen; auch allen ihren Unterthanen und  
 Zugehörigen, die freye Uebung der Lehre der  
 N. T. und aller, in der von den Ständen verfer-  
 rigten und ihm überreichten Agende, enthaltenen  
 Gebräuche und Ceremonien. Diese versichert-  
 te Er ihnen auch, aus Kayserlicher und Lan-  
 desfürstlicher Macht und Gewalt, für sich  
 und alle seine Erben und Nachkommen derges-  
 talt, daß sie sich bewegen, weder bey Ihm, noch  
 seinen Erben und Nachkommen, oder ihren nach-  
 gesetzten Obrigkeiten, irgends einiger Unruhe,  
 Gefahr oder anderer Widerwärtigkeit zu bes-  
 fürchten haben, sondern gegen Männiglich,  
 geistlichen und weltlichen Standes, vergewissert  
 seyn und bleiben sollten. Es sollte auch dawider,  
 tho und künftig, weder aus Kayserlicher, noch  
 Landesfürstlicher Macht, Dispensation, In-  
 dult oder Absolution, irgends etwas gehandelt  
 und verstattet werden, und zwar alles bis zu ei-  
 ner allgemeinen christlichen Reformation und  
 gottseligen Vergleichung der Religion in Teut-  
 scher Nation. Dagegen aber mußten sich auch  
 die obgedachte beide Niederösterreichische  
 Stände, vermittelst eines ausgestellten Reverses,

verpflichten, bey der A. C. und überreichten Agens J. C. de beständig zu bleiben, und dawider sich keiner<sup>1571</sup> andern Lehre, Gottesdienstes oder Ceremonien anzumassen, sondern vielmehr denselben mit ernstlicher Strafe zu begegnen; ingleichen der catholischen Religion Zugeschanden, in zeitlichen und geistlichen Sachen, gar nicht zuwider zu seyn, oder etwas gegen sie, wegen Unterschieds des Glaubens vorzunehmen, und besonders an ihren Kirchenthümern ihnen keinen Trotz, Gewalt noch Frevel zu beweisen, noch an ihren zeitlichen Einkünften etwas ausser Recht zu entziehen, sondern es mit ihnen, als ihren Mitgliedern, treulich meinen, und dergleichen auch von ihnen, in gleichen Fällen, allenthalben gewärtig seyn.

Hiedurch war nun den evangelischen Oesterreichern, was die Hauptsache ihrer Gewissensfreiheit betraf, endlich geholfen. Ja es gieng die Kayserliche Gnade noch weiter, indem den Ständen in geheim erlaubt wurde, einen eigenen Superintendenten zu halten, und ein besonderes Consistorium anzurichten, das jedoch kein Consistorium, sondern eine Religions-Deputation, und die Mitglieder derselben Religions-Deputirten genannt werden sollten, welche Vergünstigung für die Kirchen in Oesterreich gewiß was grosses war. Dann da vorher ausdrücklich von den Ständen war verlangt worden, daß sie die geistliche Gerichtsbarkeit der catholischen Bischöfe über sich erkennen, und ihre Prediger von denselben ordiniren lassen sollten †); so war solche Schwierigkeit, durch die vorgedachte Bewilligung, auf einmal gehoben, und war nun  
der

†) S. im VII. Bande der N. T. R. G., S. 528. f.

**3. Hr.** der Stände vornehmste Sorge noch, daß ihre  
 1571 Kirchen mit einem frommen, gelehrten und flugen  
 Superintendenten versehen werden möchten. Da  
 nun der Kayser sich merken ließ, daß er gerne se-  
 hen würde, wenn man den damaligen berühmten  
 Superintendenten zu Braunschweig, den D.  
 Martin Chemnitz, berufte; so thaten ihm die  
 Niederösterreichischen Stände, im folgenden  
 Jahr, nochmals einen Antrag, und schickten den  
 Vokationsbrief, durch einen eigenen Boten, an  
 den Chyträus, damit sich Chemnitz, durch dessen  
 Vorstellungen, desto eher zu Annehmung dieses  
 Berufs möchte bewegen lassen. In dem Voka-  
 tionschreiben aber ersuchten die Stände den  
 Chemnitz, daß er, ihrer angehenden schwachen  
 Kirche zum Besten, sich zu ihnen begeben, und ihr  
 Superintendent werden möchte, wie es auch der  
 Kayser bewilliget hätte. Es redete ihm auch  
 Chyträus, in einem weitläufigen Schreiben, sehr  
 nachdrücklich zu, den Oesterreichern in ihrer Bitte  
 zu willfahren; allein die Braunschweigen wollten  
 den Chemnitz nicht fahren lassen, und dieser trug  
 Bedenken, sie zu verlassen, da sie ihn erst kürzlich,  
 bey Gelegenheit eines Berufs nach Preussen, sich  
 durch neue Wohlthaten verbunden hatten.

Dem ungeachtet gaben die Stände doch noch  
 nicht alle Hoffnung auf, den Chemnitz, wenigstens  
 auf eine Zeitlang, zu ihrem Superintendenten  
 zu erhalten, und es war ihnen ein Superintendent  
 auch um so nöthiger, weil sie, in dessen Ermanglung,  
 ihre zu Predigern anzunehmende Candidaten, mit  
 schweren Kosten, nach weit entlegenen Orten, als  
 Berlin, Rostock, Tübingen u., schicken mußten,  
 um von einem evangelischen Ministerium exa-  
 minirt und ordinirt zu werden. Hiernächst weil  
 die, zu Vermeidung solcher Weitläufigkeiten und Un-

Unkosten, von ihnen bisweilen angenommene, und J. Chr. schon anderwärts im Amte gestandene Prediger ge- 1571  
meiniglich unruhige Köpfe waren, und allerhand Streitigkeiten anfiengen, auch ihre Geistliche überhaupt, da sie keinen Inspektor hatten, meinten, daß ein jeder in seiner Kirche Superintendent sey, und niemanden von seinem Thun und lassen Red und Antwort geben dürfe. Weil nun die Stände solches Elend beständig vor Augen sahen, und solches gerne heben wollten, auch deswegen auf die Anrichtung eines Consistoriums ohne Unterlaß bedacht waren; so baten sie abermals den Chemnitz, in einem an ihn, den 5. Junius 1572., erlassenen Schreiben, mit sehr beweglichen Gründen, daß er, wo nicht lange und für beständig, doch wenigstens auf ein oder zwey Jahre, ihrer Kirchen zum Besten, zu ihnen kommen, und das Amt eines Superintendents verwalten möchte. Bald darauf schrieb auch einer von den Religionsdeputirten an ihn: „Er möchte doch kommen, und sich ihrer Kirchen erbarmen, indem es sonst bald um sie würde gethan seyn, weil bald einer von Wittenberg, ein anderer aus Schwaben, Bayern, Pfalz, Württemberg, Meissen und Schlesien u. ge-  
laufen käme, davon ein jeder Hahn im Korbe seyn wollte, und Zänkereyen anrichtete.“ Nun schlug zwar Chemnitz diesen neuen Beruf nicht sogleich aus, sondern setzte einige Artickel auf, die er nach Oesterreich schickte, damit sich die Stände darüber erst erklären möchten, ehe er sich weiter herausliesse, und Chyträus hatte auch gute Hoffnung, daß er das Amt eines Superintendents auf ein oder das andere Jahr annehmen würde. Ja Chyträus selbst, den die Stände, unter grossen Verheißungen, gebeten hatten, den neuen Superintendents und noch andere neue Prediger

3. Ebr. nach Oesterreich zu begleiten, war nicht abge-  
 1571<sup>1</sup> neigt, solches zu thun, wenn sie ihm und seinem  
 Gefolge ein sicheres Geleit vom Kayser aus-  
 würfen würden. Allein es erfolgte nachher weder  
 das eine, noch das andere, theils weil vielleicht die  
 von dem Chyträus nach Oesterreich geschickten  
 Artickel den Predigern nicht mochten angestans-  
 den haben, theils weil um diese Zeit Chyträus den  
 Oesterreichischen Predigern einen scharfen  
 Brief, wegen Veränderung der von ihm aufgesch-  
 ten Kirchen:Agende, wovon ich nun auch noch  
 einiges gedenken muß, zugeschickt hatte, der sie ohne  
 Zweifel wird erzürnt und bewogen haben, von  
 dieser Vokation nunmehr stille zu schweigen.

Dem Chyträus war nemlich, nach seiner  
 Ankunft in Oesterreich, von den Ständen die  
 Verfertigung der Kirchen:Agende aufgetro-  
 gen worden, wozu nicht geringe Klugheit und  
 Geschicklichkeit nöthig war, weil dieses Formu-  
 lar hernach der Kayserlichen Censur unterwor-  
 fen werden sollte. Besonders hatte dabey Chy-  
 träus in Erwägung zu ziehen, daß er zwar der  
 evangelischen Wahrheit beständig das Wort  
 rede, jedoch aber auch nicht durch eine allzu große  
 Schärfe das Beste der Kirche hindere. Dann,  
 da der Kayser ausdrücklich verlangte, daß man in  
 der Agende alle, nur immer mögliche, Ceremo-  
 nien aus dem Pabstthume beibehalten sollte; so  
 konnte es Chyträus, wenn er deren gar zu we-  
 nige einrückte, bey dem Kayser leicht verderben.  
 Sinegen mußte er auch von Seiten der evange-  
 lischen Prediger einen Widerstand besorgen,  
 wofern er ein und andere Gebräuche, die aus dem  
 Pabstthume noch zu dulden wären, einrückten  
 wollte, weil unter jenen nicht wenige unverständ-  
 ige Eiferer waren, welche insonderheit vor dem  
 Kisch



Messgewande und den Lichtern auf dem Altar. Er hatte den größten Abscheu hatten. Doch diesem allen ungeachtet verfertigte Chyträus die Agenda mit solcher Vorsicht, daß man weder von Seiten des Kayfers, noch der Evangelischen, mit Grund der Wahrheit, etwas auf dieselbe bringen konnte, und sie ist wirklich eine der besten Kirchenordnungen, die jemals in der evangelischen Kirche ist publicirt worden \*). Nun mußte zwar Chyträus, auf Verlangen der Deputirten der Stände, denen er seinen ersten Aufsatz zur Censur übergeben hatte, aus demselben sogleich den ersten Theil, welcher eine Erklärung der vornehmsten Hauptstücke der christlichen Lehre enthielt, weglassen. Und seine wohlgemeinte Arbeit fand überhaupt bey den Predigern in Niederösterreich in allen Stücken nicht den Beifall, den sie doch wohl verdient hätte. Woran aber die Hauptursache mag gewesen seyn, daß die Herren und Ritterschaft die Kirchenagenda, ohne Zuziehung der übrigen Prediger, oder ihre Genehmigung zu verlangen, hatten verfertigen lassen; deswegen sie auch hernach damit so übel zufrieden gewesen. Indessen würde endlich Chyträus seinen Verdruß doch wohl verschmerzt haben, wenn es bloß bey den Veränderungen geblieben wäre, die während seiner Ausarbeitung dieser oft besagten Kirchenagenda vorgenommen worden. Allein, nachdem er wieder nach Rostock zurück gegangen,

§ 13

ganz

\*) Chyträus gab dieselbe im J. 1578. zu Rostock heraus, worauf sie zu Helmstedt im J. 1587. wieder aufgelegt worden, unter dem Titel: Der fürnehmsten Hauptstück christlicher Lehre nützliche und kurze Erklärung. Sampt einer Christlichen Kirchen: Agenda Davidis Chytræi; s. Kaupachs Evangel. Oesterreich, P. I. S. 32. p. 116-118.

3. Obr gangen war, gieng es mit derselben noch verkehrter,  
 1571 indem sich neue Censoren über seine Arbeit machten, unter denen besonders der ihm vormals zu einem Mitgehülfen zugegebene Christof Reuter †) genannt wird, welche, nach ihrem Gutdünken, des Chyträus Worte entweder zerstückelten, oder etwas mehr hinzusetzten, wie gleich umständlicher soll gemeldet werden.

Nun hatte der Kayser den Nieder-Österreichischen Ständen, unter dem 7. September 1570., ein offenes Patent wegen einer anzulegenden Buchdruckerey ertheilt, die sie auch unverzüglich zu Stein in Nieder-Österreich anrichteten, und welche, als die Widriggesinnten dagegen Bewegungen machten, vom Kayser in Schutz genommen wurde. Sobald also Chyträus hiervon Nachricht erhalten hatte; so vermuthete er nicht ohne Grund, daß man sich dieses herrlichen Mittels, die evangelische Lehre in Oesterreich, durch nöthige Bücher zu erhalten und fortzuflanzen, bedienen, und nunmehr die von ihm, auf Befehl der Stände, verfertigte Schriften \*) publiciren würde. Er schrieb deswegen an seinen erstbejagten vorigen Mitgehülfen, den Reuter, und wünschte, daß er seine Schriften, ehe sie gedruckt würden, erst noch einmal möchte übersehen, und hin und wieder besser einrichten können; wie er sich dann erbot, auf Erfordern, nochmals eine Reise nach Oesterreich zu thun. Kaum aber hatte er seinen Brief abgehen lassen, als ihm schon ein gedrucktes Exemplar der Agende zugesandt wurde ††). Chyträus wurde nun bald gewahr, daß sein

†) S. im VII. Bande der T. X. B., S. 523.

\*) S. in eben demselben, S. 522. f.

††) Sie führt den Titel: Christliche Kirchen-Agenda, wie die von den zweyen Ständen der Herren und  
 Ru

sein Aufsatz nicht nur hier und da verstümmelt, 3. Theil  
sondern auch ein mehreres hinzugesetzt worden. 1571  
Bei der Verstümmelung bedauerte er insonderheit,  
daß man dabey so unverständlich verfahren, und  
nicht einmal einen bequemen Zusammenhang der  
Worte und Materien gemacht, auch viele wich-  
tige Sachen ausgelassen hätte. Bei den einge-  
fügten Zusätzen aber, die theils den Exorcismus,  
theils eine große Menge der Collecten, und eine  
sehr weitläufige Ordnung, wie es mit der Taufe  
der Erwachsenen, und mit der Confirmation ge-  
halten werden sollte, betrafen, wünschte er insonder-  
heit bey dem Exorcismus, daß derselbe, nach dem  
Beispiel der Pfälzischen Kirche, lieber überall  
möchte weggelassen, als auf solche Weise und an  
solchem Orte eingeschoben worden seyn. Von dem  
übrigen aber schrieb Chyträus an den Keyser:  
„Er habe es oft mit Schmerzen beweinet, daß eine so  
„ungeschickte und abgeschmackte Sammlung  
„von Kirchengebräuchen herausgegeben worden,  
„und Er wundere sich gar sehr, daß der Kayser den  
„Herren und der Ritterschaft über diese Agenda  
„eine Affekuration ertheilet habe.“ Dieses ver-  
ursachte nun, daß Chyträus mit seinem Briefs-  
wechsel nach Oesterreich eine Zeitlang innehielte,  
und nur zu Anfang des J. 1572., durch jemand  
andern, an einen gewissen Prediger in Oesterreich  
schreiben, und sein Mißfallen über dieses Verfah-  
ren, jedoch mit vieler Sanftmuth, bezeugen ließ.

11 4

Weil

Ritterschaft im Erz- u. Herzogthum Oesterreich  
unter der Ens gebraucht wird. 1. Cor. XIV., f. 1.,  
aber vermuthlich zu Stein gedruckt, 1571. fol. Aus  
dieser größern Agenda sind noch in diesem Jahre  
zwey besondere Auszüge gemacht, und durch den  
Druck bekannt gemacht worden, wovon man das wei-  
tere nachsehen kann beym Raupach, l. c., P. II.  
S. 32. p. 200-202.

3. Ehr.

1571

Weil nun aber die Oesterreicher hierunter nicht unrecht wollten gehandelt haben; so schickten sie den vom Chyträus gemachten Aufsatz der Kirchen-Agende auf gewisse Universitäten, und holten darüber die Censuren der Theologen ein, welche sie dann, mit ihren eigenen Censuren, dem Chyträus zusandten, damit er sehen könnte, daß sie rechtmässige Ursachen zu der vorgenommenen Veränderung gehabt hätten. Allein Chyträus blieb ihnen die Antwort nicht schuldig, sondern schickte im August 1572. einen weitläufigen Brief an die Kirchendiener in Oesterreich, den er auch drucken ließ, worin er ihre Censuren Punkt für Punkt durchgieng, und sie gründlich und derbe beantwortete. Daraus sahen nun zwar die Oesterreicher, daß sie sich mit der Ausgabe ihrer Agende übereilet hätten; aber Chyträus verdarb es darüber mit den dortigen Predigern so sehr, daß sie ihm auf seine Briefe nicht mehr antworten wollten. Es fanden sich zwar unter denselben einige, die es in dieser Sache mit ihm hielten, und sich solchen unnöthigen Zänkereyen widersetzten, unter denen ein gewisser Johann Friedrich Cölestin sogar eine weitläufige Schutzschrift für des Chyträus Kirchen-Agende verferrigte, sie demselben zur Censur zuschickte, und mit Genehmigung der Stände herausgeben wollte. Allein weder Chyträus, noch andere Theologen, mit denen er darüber conferirte, fanden rathsam, selbige drucken zu lassen, weil es nur bey den Catholischen zu allerhand Lasterungen, und bey den Evangelischen zu neuen Weiterungen Anlaß geben könnte. Indessen dauerte dieser Lärm noch bis in das J. 1574., gegen dessen Ende selbiger meistens nachließ. Man findet zwar nicht deutlich, auf was für eine Art diese Streitigkeiten bey

beigelegt worden; doch scheint es, daß der Kayser I. Ebt. sich darein gelegt habe, wie wir hernach bemerken <sup>1571</sup> wollen. Allein dem allen ungeachtet haben sich die Oesterreichischen Prediger, in den folgenden Zeiten, weder an die Kirchen-Agende, wie sie vom dem Chyträus aufgesetzt, noch wie sie nachher verändert worden, gebunden, sondern ein jeder hat in seiner Gemeinde, nach seinem Gefallen, die Kirchencereemonien eingerichtet, welches aber den evangelischen Kirchen in Oesterreich sehr zum Schaden und Nachtheile gereichte.

Raum war inzwischen die mehrgedachte Oesterreichische Kirchen-Agende, im J. 1571., im Drucke erschienen, und publicirt worden, als man von Seiten der Catholischen beschäftigt war, selbige zu prüfen, und das, was etwa darin irriges seyn möchte, aufzusuchen. Man holte von gelehrten Theologen unter ihnen Informationen ein, in der Absicht, dieselben dem Kayser zu übergeben, und dadurch zu bewirken, daß den beiden Ständen der Gebrauch dieses Buches möchte verboten werden. Insonderheit überschickte H. Albrecht von Bayern, im Wintermonat 1571., die Agende an die Theologen auf seiner Universität zu Ingolstadt, mit Befehl, dieselbe zu untersuchen und ihre Censur ihm mit dem ehesten zu übersenden. Sie trugen auch sogleich ihrem Collegem, dem Hieronymus Torrensis auf, eine summarische Widerlegung derselben zu verfertigen, welche alsobald, nebst einem Schreiben der Fakultät, an den Herzog übermacht wurde. Nachher gab man auch noch dem D. Rudolf Clenck auf, die Agende noch genauer durchzusehen, und alle darin gefundene Irrthümer zu widerlegen,

J. Chr. welches auch derselbe in kurzem befolgte \*). Der  
 1571 Erfolg aber hat gezeigt, daß alle diese Bemühungen  
 der Catholischen vergeblich gewesen, indem  
 man nicht findet, daß der Keyser darauf geachtet,  
 sondern es vielmehr bey seinem einmal gegebenen  
 dem Kayserlichen Worte gelassen, und seine  
 evangelische Unterthanen in Oesterreich, bey  
 der ihnen verstatteten freyen Religionsübung, gegen  
 alle Verfolgungen und Vorstellungen der  
 catholischen Geistlichkeit, geschützt habe, weil  
 er den Grundsatz hatte, daß man einen Eingriff  
 in die Rechte Gottes thun würde, wenn man über  
 die Gewissen herrschen, oder in Religionsfachen  
 das weltliche Schwerdt gebrauchen wollte.

Hatte die Oesterreichische Agende unter  
 den Catholischen einige Bewegungen veranlassen;  
 so waren dieselben unter den Evangelischen selbst  
 gewiß auch nicht geringe. Sobald sie nemlich im  
 J. 1571. herausgekommen war, schickte ein gewisser  
 evangelischer Freyherr in Oesterreich ein  
 Exemplar davon an die theologische Fakultät  
 zu Wittenberg, und verlangte darüber ihr Gut-  
 achten. Sie stellte auch darüber ihr Bedenken  
 aus, worin sie sich aber nicht sonderlich auf Spe-  
 cialpunkten der Agende einließ, sondern sich da-  
 mit entschuldigte, daß sie das sogenannte Doctri-  
 nale †), worauf man sich in der Vorrede beziehe,  
 nicht gesehen hätte. Hingegen ließen sich die Wits-  
 tenberger, in ihrem Bedenken, desto weitläufiger  
 darüber heraus, daß die reine Lehre auf ihrer  
 Universität anmoch getrieben würde, und waren  
 auf die Verfasser der Agende fast übel zu spre-  
 chen,

\*) E. Val. Rotmari & Io. Egerdi almae Ingolstadt.  
 Academiae T. I. (Ingolstadii, 1581. 4.) P. VII.  
 p. 156. b. sq.

†) S. im VII. Bande der 17. T. R. G., S. 513.

chen, daß sie den Consens ihrer Kirchen mit der 3. Chr. lichen Kirche zu Wittenberg nicht mit ausdrücklichen Worten bezeuget hätten. Nun wird man zwar auf dieses Wittenbergische theologische Gutachten eben nicht viel geachtet haben, weil es nicht von den Religionsdeputirten, im Namen der beiden Stände, sondern nur von einem aus dem Hetrenstande insbesondere eingeholet worden. Allein es blieb nicht bloß bey den Beurtheilungen der auswärtigen Gottesgelehrten, sondern es fanden sich in Oesterreich selbst Männer unter den evangelischen Predigern, welche, obbesagter massen, über die Agende einen gewaltigen Zank anfiengen, und sich nicht scheueten, vorzugeben, daß dieselbe Dinge enthielte, die gottlos, und der heiligen Schrift zuwider wären, auch sogar besondere Schriften gegen dieselbe verfertigten, daß man sich daher genöthiget sah, dieselbe in einer besondern Apologie zu widerlegen. Es veranlaßten auch die Religions-Deputirten, bald nach Publikation der Agende, eine Zusammenkunft der Herren und Landleute, unter welchen die gedachten unruhigen Prediger stunden, um sich mit ihnen über den Gebrauch der Agende zu vergleichen, damit die Unruhe nicht noch grösser werden möchte, und man holte auch, ungefähr im J. 1573., die Meinung einiger auswärtigen evangelischen Gottesgelehrten, als z. E. der Pfalz-, Simmernschen und Rostockischen, über die mehrerwähnte Agende ein, deren Antworten auch einliefen. Da sich aber die zänkischen Prediger noch nicht zur Ruhe geben wollten; so kam endlich die Sache sogar vor den Kayser, welcher, zu Hebung solcher ärgerlichen Zwistigkeiten, zuerst ein besonderes Dekret an die Religions-Deputirten ergehen ließ, und nachdem

die



J. Obr. dieselben hierauf den 9. April 1574. ihren Bes  
 1571 richt erstattet, eine Resolution darauf ertheilte,  
 vermuthlich des Inhalts, daß die unruhigen Pres  
 diger, mit Nachdruck, zum Frieden und zur Ein  
 tracht angewiesen worden.

Zum Beschluß dieser Oesterreichischen Res  
 ligions-Angelegenheiten will ich noch einiger da  
 hin einschlagenden, und die Universität Wien be  
 treffenden Umstände gedenken. Auf derselben waren  
 in allen Fakultäten, ausser der Theologischen,  
 verschiedene Professoren, die sich öffentlich zur  
 evangelischen Religion bekannten, welcher Un  
 terschied der Religionen nothwendig einige Zwis  
 tigkeiten bisweilen veranlassen mußte, wobei dann  
 die catholische Parthey, als die stärkere, der an  
 dern auf alle mögliche Art vorzudringen suchte.  
 Davon zeigte sich im J. 1571. ein merkwürdiges  
 Exempel. Es sollte nemlich ein neuer Rector  
*Magnificus* der Universität erwählt werden, und  
 weil die Ordnung damals die Philosophische Fas  
 kultät traf, in dieser aber die meisten Professos  
 ren der evangelischen Religion zugehörig waren;  
 so besorgte die theologische Fakultät nicht ohne  
 Ursache, daß ein Lutheraner zum Rector möch  
 te erwählt werden. Besonders war den Theolo  
 gen bange, daß die Wahl auf den Cornelius  
 Grienwaldt fallen möchte, der sich bey den Ca  
 tholischen dadurch sehr verhaßt gemacht hatte,  
 daß er, im J. 1569., als damaliger Rector der  
 Universität, nicht anders, als mit den härtesten  
 Bedrohungen, hatte gezwungen werden können,  
 der gewöhnlichen Procession am Frohnleich  
 namsfeste mit beizuwohnen, wegen welcher Wi  
 derspänstigkeit er hernach für untüchtig erklärt  
 wurde, hinfüro das Dekanat in der philosophi  
 schen Fakultät jemals wieder zu bekleiden. Ja wie  
 die



dieser Briemwaldt, das Jahr darauf, von den 3. Ehr. evangelischen Professoren zum Prokurator der 1571 Oesterreichischen Nation auf der Universität war erwählt worden; so ruhete die catholische Parthey nicht eher, als bis sie die Wahl wieder umgestossen und einen andern ernannt hatten.

Allein bey der iho bevorstehenden Rektorsratswahl traueten sie ihren eigenen Kräften allein nicht soviel zu, dieses verhindern zu können; deswegen sie dem Kayser in einem Memorial vorstellten: „Da einige Jahre her bisweilen Rektoren  
 „wären erwählt worden, die den Statuten der  
 „Universität zuwider, den öffentlichen Pro-  
 „cessionen, besonders am Fronleichnamstage,  
 „nicht beigewohnt, so möchte der Kayser befehlen,  
 „daß Niemand den Sommer über das Rektorat  
 „verwalten sollte, es sey dann, daß er sich dieser  
 „Ordnung gemäß verhielte,“. Durch diese  
 Vorstellung wirkten sie auch bey dem Kayser so  
 viel aus, daß er aus Prag ein Schreiben an den 11 Apr.  
 damaligen Superintendenten der Universität  
 und Niederösterreichischen Regimentsrath,  
 D. Siegmunden von Oedt, ergehen ließ, dahin  
 zu sehen, daß die Erwählung eines künftigen  
 Rektors der Universität den Statuten gemäß  
 geschehe, und eine solche Person zum Rektorat  
 te befördert werde, welche sich in allen Dingen,  
 besonders aber in den *Actibus publicis* den bemeldten  
 Statuten und dem bey der Universität und des-  
 sen Rektorate alt hergekommenem Gebrauch  
 gemäß verhalte, und sich dessen nicht weigere.  
 Damit auch der Sinn dieses Kayserlichen  
 Schreibens ja recht gefaßt werden möchte; so er-  
 ließ der Kayserliche Sekretär Unverzagt noch d. e.  
 einen besondern Handbrief an den vorbesagten Su-  
 perintendenten von Oedt, worinnen er ihm mel-  
 dete,

J. Chr. dete, daß der Kayser eine catholische Person  
 1571 zum Rectorat wollte befördert haben, die sich  
 nicht, wie bisher öfters geschehen, weigerte, den  
 öffentlichen *Actibus*, als bey den Processionen  
 in den hohen Festen, besonders an dem Gottes-  
 dienste des Fronleichnamstages, ingleichen dem  
 Gottesdienste bey dem Domstifte feyerlich beys-  
 zuwohnen, und sie zu besuchen. Indessen schei-  
 net es doch, daß dieses Dekret wegen der Wahl  
 einer Catholischen Person zum Rectorate nur  
 allein vom J. 1571. zu verstehen gewesen, weil  
 hernach doch wiederum evangelische Rectoren  
 bey der Universität vorkommen.

Im folgenden J. 1572. wurde wiederum ein  
 Befehl vom Kayser ausgewürket, wodurch den  
 evangelischen Neuerungen gewehret, und die  
 alten Gebräuche aufrecht erhalten werden soll-  
 ten. Es betraf solcher die, bey Begrabung der  
 Leichen, in der catholischen Kirche eingeführte  
 Ceremonien, welche von den evangelischen Pro-  
 fessoren und Bürgern zu Wien für abergläu-  
 bisch angesehen wurden; deswegen sie sich die Frei-  
 heit nahmen, ihre Verstorbene ohne alles Ges-  
 pränge zu Grabe zu bringen, und als man es  
 ihnen zu Wien, auf den dasigen Kirchhöfen,  
 nicht gestatten wollte, so fuhren sie mit ihren  
 Leichen zum Thor hinaus, und beerdigten sie auf  
 den Gottesäckern der Kirchen auf dem Lande,  
 die den evangelischen Ständen zugehörten. Weil  
 aber dadurch den catholischen Geistlichen vieles  
 von ihren Accidenzien entgieng; so wandten diese  
 sich an den Kayser, und brachten ihm die Sache  
 so nachdrücklich vor, daß deswegen, den 11. März  
 1572., ein eigenes Dekret folgenden Inhaltes  
 an die Universität ergieng. „Es hätten eine Zeit-  
 „her nicht allein etliche Bürger zu Wien, son-  
 „dern

„dern auch einige Mitglieder der Universität, J. Ehr.  
 „eigenen Gefaltens, und ohne Vorwissen und <sup>1571</sup>  
 „Zugeben des Kayfers, dem alten Gebrauche zu-  
 „wider, sich herausgenommen, die Leichen ihrer  
 „Verwandten, auf eine neue und bey der Stadt  
 „ungewöhnliche Weise, nemlich mit Aus-  
 „schliessung der Priesterschaft, Schulen,  
 „Windlichter, Geläut, Kreuz und dergleichen  
 „äusserlichen geistlichen Ceremonien zu Grabe  
 „zu tragen; ingleichen diese Leichen nicht hier  
 „in der Stadt, sondern ausserhalb derselben in  
 „Bauerndörfern, gleichsam der Stadt, den Kir-  
 „chen und ihrer Voreltern geistlichen Begräb-  
 „nissen zur Verachtung und Schmach, be-  
 „graben zu lassen. Weil aber solches an sich  
 „selbst ärgerlich, und weder den Universitäts-  
 „verwandten, noch den Bürgern, wider Wils-  
 „len des Kayfers, dergleichen zu thun gebühre;  
 „so trage der Kayser darüber ein billiges Mißfal-  
 „len, und befehle daher, daß der Rektor, Sup-  
 „perintendent und die ganze Universität solches,  
 „bey allen ihren zugethanen Gliedern, gänzlich  
 „abschaffen, und es hinfüro Keinem mehr ge-  
 „statten sollten. Diejenigen aber, welche sich der-  
 „gleichen ferner unterstehen, und es sich nicht  
 „verbieten lassen würden, sollten sogleich dem  
 „Kayser namhaft gemacht werden,“. Dieses  
 „Dekret wurde hierauf den Dechanten einer jeden  
 „Fakultät zugestellet, mit Befehl, demselben auf  
 „das genaueste nachzuleben. Indessen wurde es  
 „doch, im Vertrauen auf die Gnade des Kays-  
 „fers, nicht allemal auf das genaueste befolget;  
 „dann etwa drey Jahre hernach begleiteten der da-  
 „malige Rektor der Universität, D. Johann  
 „Nicolz, nebst andern evangelischen Professoren  
 „und Universitätsverwandten, die Leiche  
 „eines

3. Oct. eines verstorbenen Lutherischen Studentens, 1571 an hellem Tage, ohne Gesang und Klang, durch die Strassen, zu Grabe. Es wiederfuhr ihnen auch deswegen weiter nichts, als daß der Erz-H. Catl, der damals in Abwesenheit seines Bruders, des Kayfers, Statthalter in Oesterreich war, dem Rector und seinen Mitbegleitern die Uebertretung des Kayserlichen Befehls, mit angedroheter Strafe, verweisen ließ, und zugleich das vorige Verbot, durch ein abermaliges Dekret erneuerte f).

Der Kayser hielt sich damals bis in den Sommer hinein zu Prag auf, und wir wollen daher die uns bekannt gewordene Urkunden, welche er zu Prag hat ausfertigen lassen, kürzlich bemerken. Ausser dem bereits bey dem vorigen Jahr bemerkten Kayserlichen Münz-Mandate g),

9. Apr. ließ unser Kayser Maximilian zu Prag eine Verordnung ausgehen, daß alle Schlesiſche Kammerbedienten, ausser den Kammer- und Rath-Räthen, ingleichen den Secretarien unter der

Ges

f) Königs St. A., T. VII. p. 65. sq. n. 38. Dav. Chytraci Epistolae, passim. Ott. Frid. Schürzii Comm. de vita Dav. Chytraci, L. II. p. 92. sqq. et 109 - 142. et in App. ad L. II. p. 1. sq. 3. sqq. 16. 20. 63. sqq. Fechtii Supplem. ad Hist. ecclesiast. Sec. XVI. et XVII. ex Epp. ad Marbachius, P. III. n. 162. p. 293. Pol. Lyseri Officium Pietatis etc. contra G. Arnoldum, p. 229. sq. Rebmeyers Kirchen: Hist. der Stadt Braunschweig, P. III. c. 7. Sect. 5. S. 15. p. 384. et Sect. 6. S. 3. et 13. p. 393. sq. et 405. sq. Seb. Münsterdorffers Consp. Histor. Universit. Viennensis, T. III. (Viennae, 1725. 8.) p. 15. sqq. 19. sqq. et 26. und Raupach, l. c., P. I. S. 32 - 35. p. 114 - 135. et P. II. S. 32. sq. p. 197 - 211. item in den Beylagen, n. XVII. p. 144 - 147.

g) S. in diesem VIII. Bande der N. L. A. G., S. 301.

Gerichtsbarkheit des Magistrats zu Breslau<sup>h)</sup> stehen sollten<sup>i)</sup>. Der Stadt Gelnhausen ver<sup>1571</sup> stattete er in einem Privilegium einen Jahrmarkt<sup>23 Apr.</sup> auf Misericordias Domini<sup>j)</sup>, und der R. Stadt Regensburg bestätigte und verdoppelte er das<sup>13 May</sup> derselben, weiland von R. Maximilian dem I., verliehene Landrecht, samt dem Visiergeld und Pflasterzoll, vermöge dessen sie hinfüro von allen Weinen, die auf dem Wasser bey der Stadt, oder oberhalb durch das Wöhrloch, auf- oder abwärts der Donau, zu der Stadt oder vorüber geführt würden, und zwar von jedem Eimer Weins 2. Groschen oder 15. Helbling, und 2. Helbling für Visiergeld, auch von jedem Fasse 4. Regenspurger sollte fordern und einnehmen können<sup>k)</sup>. Endlich erhielt auch das Hochstift<sup>1 Jun.</sup> Lüttich von ihm die Bestätigung der demselben von verschiedenen Kaysern verliehenen Privilegien<sup>l)</sup>.

Bev seinem damaligen Aufenthalte zu Prag erneuerte ferner der Kayser die uralte Erbvereinigung

h) Lünigs R. A., T. XIV. in der Fortsetzung p. 290. sq. n. 79.

i) Idem ibidem, T. XIII. p. 816. sq. n. 56.

k) Idem ibidem, T. XIV. p. 272. sq. n. 12. Bev der Gelegenheit will ich auch noch bemerken, daß endlich in diesem Jahr die zwischen dem Bischof, dem Domekapitel und der übrigen Clerisey eines und der Stadt Regensburg andern Theils, schon über 40. Jahre, gedauerte Jurisdiction; and andere Streitigkeiten, von erstgedachter Stadt gefreyetem Richter, der R. Stadt Augspurg, durch den am 15. Junius getroffenen gütlichen Vertrag, verglichen worden. Er steht auch bev dem Lünig im R. A., T. XIV. p. 273-280. n. 13. Cf. von Stetten, l. c., P. I. c. 9. §. 16. p. 596. sq.

l) Lünigs R. A., T. VII. in der 3. Fortsetzung, n. 109. p. 195-205.

3. Er. gung zwischen der Krone Böhmen, und dem  
 1571 Chur- und Fürstlichen Hause Sachsen <sup>m)</sup>, und  
 28 Jun. zwar namentlich mit dem Churfürsten Augustus  
 und dem H. Johann Wilhelm von Sachsen,  
 10 Jul. widgegen der Churfürst, einige Tage hernach, von  
 Seiten Seiner den Erb- Einigungs- Brief zu  
 Dresden ausstellte. Vermöge desselben verband  
 sich der Kayser, die Länder des Churfürstens  
 und Herzogs ewig zu schützen, ihnen mit aller  
 möglichen Hülfe gegen ihre Feinde beizustehen, und  
 ihnen an ihren Landen keinen Eintrag zu thun,  
 dagegen er sich von ihnen ein gleiches hinwie-  
 derum stipuliren ließ, auch sollten die Erb- oder  
 Todesfälle, ohne Unterschied, aus des einen  
 Theils Ländern in des andern seine, frey und ohne  
 Abzug verabfolget werden <sup>n)</sup>. Um diese Zeit er-  
 30 Jun. folgte auch zu Prag die Belehnung des Churfürst  
 Augusts und des H. Johann Wilhelms von  
 Sachsen, mit den von der Krone Böhmen zu  
 Lehen gehenden Herrschaften, Städten, Schlö-  
 ssen ic., durch den Kayser. Der Churfürst  
 war nicht in Person zugegen, weil aber, nach al-  
 tem Herkommen, die Böhmisches Lehen, durch  
 eine Fürstliche Person aus dem Hause Sachsen,  
 als Marggrafen zu Meissen, und des Chur-  
 fürstens Lehenträger, empfangen werden soll-  
 ten, und damals der Churfürst den anwesenden H.  
 Johann Wilhelm zum Lehenträger nicht dul-  
 den wollte; so wurden, gegen einen von ihm aus-  
 gestellten Revers, diesmal seine Rätche, Hans  
 von

m) S. im III. Bande der N. T. R. G., S. 213.  
 und f.

n) Müllers N. Tagb: Theatrum unter R. Maximilian dem I., T. II. c. 24. §. 14. n. I. et II. p. 295-311. Lämigs N. A., T. VIII. n. 187. pag. 772-779. und Du Mouz l. c., T. V. P. I. n. 96. p. 205-208.

von Pomickau, Hans Löser und D. Georg Kraß. Ob-  
 ckau, als Lehensträger, zugelassen. Diese belehete <sup>1571</sup>  
 nun der Kayser, nach abgelegtem Lehenseide, für  
 den Churfürsten, und zur gesamten Hand auch  
 die Rätthe des H. Johann Wilhelms für ihren  
 Herrn, mit den von dem Churfürsten, als Marg-  
 grafen von Meissen, von seinen Vorfahren her  
 besitzenden Böhmischen Lehenstücken und den  
 vormals dem Churfürsten Johann Friedrich zu-  
 gehörig gewesenen drey Herrschaften und Aem-  
 tern, Leisnigk, Eilenburg und Colditz, wor-  
 rauf dann auch die Belehnung des H. Johann  
 Wilhelms, und zur gesamten Hand des Chur-  
 fürstens mit der Herrschaft Saalfeld vor sich  
 gieng. Es hatte nemlich der Kayser den H. Jo-  
 hann Wilhelm erfordert, die Lehen in Person  
 zu empfangen, welcher daher, mit seiner Gemah-  
 lin, und 200. Reisigen und Wagenpferden, <sup>20 Jun.</sup>  
 nach Prag abreisete, und schickte ihm der Kayser,  
 dem damaligen Gebrauche nach, einen Geleits-  
 brief, durch einen bedwegen eigends abgefertigten  
 Boten, entgegen, der ihm solchen im Felde vor  
 Eger überlieferte. Ingleichen hatte er ihm den  
 Herzog von Münsterberg, nebst dem vornehm-  
 sten Kayserlichen Hofgesinde, bis an die Böh-  
 mische Grenze entgegen gesandt, der ihn bis Prag  
 begleiten mußte, wo er vor dem Thore, durch den  
 Herzog von Teschen, empfangen, und hernach,  
 vorerwähnter massen, vom Kayser, nach freyend  
 abgelegtem Lehenseide, belehnet wurde. Es <sup>30 e.m.</sup>  
 haben auch hierauf sowohl der Churfürst,, als der  
 Herzog, jeder seinen besondern Lehenbrief erhal-  
 ten <sup>o</sup>).

M m 2

Won

a) Joh. Seb. Müllers Sächs. Annales, ad a. 1571.,  
 P. 157-159.

3. Er. dem, und dem Kammerichter, den Präsidenten und Assessoren zugestelltem Memorialzettel, auch noch ein anderer den K. G. Advokaten und Prokuratoren zugestellet. Ausserdem kam bey der igitigen Visitation auch noch vor, daß es etlichen Präsentanten an der Menge zu präsentirender qualificirter Subjecte fehle, und sich auch diejenige, welche allerdings qualificirt wären, nicht gerne neben andern wollten benennen lassen. Zugleich wurde erinnert, daß etliche Kreise angefangen hätten, fünf bis sechs zu präsentiren, da dann, wegen der im vollen Rathe vorzunehmenden Berathschlagung, ob und welche zum Examen zuzulassen, und wegen Abhörung der Relationen die ordentliche Expedition der Sachen merklich verhindert würde.

Was nun den vorgebachten, dem Kammerichter, den Präsidenten und Assessoren, von der damaligen Visitation, statt eines Abschiedes, zugestellten Memorialzettel betrifft; so werden dieselben zuvörderst an dasjenige, was in dem letztern Speyerischen R. A., in Ansehung des Justizwesens verordnet worden, und auch in dem vom Kayser dem K. G. zugestelltem besondern Memorialzettel enthalten wäre\*), erinnert, und ihnen befohlen, solches alles unverzüglich ins Werk zu richten, und darüber fleissig und ernstlich zu halten. Weil man aber, bey der igitigen Visitation und auch sonst in Erfahrung gebracht hätte, daß dem gedachten Kayserlichen Memorialzettel, besonders in dem ersten, dritten, vierten und fünften Punkte †), nicht allerdings nachgelebet würde, welches dem Kayser gar nicht

\*) S. in diesem VIII. Bande der N. L. R. G., S. 251 u. 274.

†) S. in eben demselben, S. 271 u. 273.



nicht gefallen, und Er auch dem K. G., so bil-  
 lig *Castor imperialis iussionis* seyn, und allen andern  
 Gerichtsverwandten Ursache zu gleicher 1571  
 Nachfolge und Gehorsam geben sollte, nicht  
 nachsehen könnte; so würde hiemit dem Kam-  
 merrichter, den Präsidenten und Assessoren  
 auferlegt, solchen Kayserlichen Memorialzettel  
 und Nebenabschied in mehrerer Achtung zu  
 haben, und demselben nachzukommen. Besonders  
 würde also hiemit dem Kammerrichter, im Na-  
 men des Kayser und aller Stände, anbefohlen,  
 solches alles mit gebührendem Fleisse zu handha-  
 ben, und Keinen in seinem Ungehorsam, oder  
 verwürkten Strafe zu übersehen; wie dann auch  
 die Präsidenten, neben dem Kammerrichter,  
 es sey in gemeinen oder sondern Råthen, oder  
 im Gerichte, fest darüber zu halten, die verwürk-  
 ten Strafen von einem jeden, ohne Ansehen der  
 Person, einzufordern, und *inter Neglecta* aus-  
 theilen zu lassen, auch der künftigen Visitation,  
 auf Verlangen, davon Bericht und Antwort zu  
 geben, schuldig seyn sollten. Da auch der Kam-  
 merrichter und die Präsidenten den Kayser im  
 Gerichte und in den Råthen repräsentirten;  
 so sollten die Assessoren und Gerichtsverwand-  
 ten ihnen, in Verrichtung ihrer Aemter, vermö-  
 ge der Ordnung und Abschiede, mehrern Ge-  
 horsam leisten, widrigenfalls der Kammerrich-  
 ter dagegen, nach seinem Amte, gebührlches Ein-  
 sehen haben solle.

Ferner wäre, bey der vorjährigen Visita-  
 tion, dem Kammerrichter und den Beisitzern  
 ein, 15. Punkte enthaltender, Memorialzet-  
 tel \*) behändiget, und davon hernach das meiste

Mit 4.

dem

\*) S. im VIII. Bande der N. E. A. G., S. 235.

1571 **§. 11.** dem Speyerischen R. A., einverleibet, mithin  
 als eine R. Constitution publiciret worden. Allein  
 man habe erfahren, daß auch demselben nicht  
 nachgelebet würde, welches daher künftig in allen  
 Punkten, soviel durch den gedachten Speyeri-  
 schen R. A. nicht geändert worden, geschehen,  
 und gegen die Ungehorsamen, der Gebühr nach  
 verfahren werden sollte. Besonders solle der  
 Kammerrichter dahin sehen, daß wochentlich die  
 fiscalischen Bescheide expedirt, jedesmal erfahre-  
 ne Beisitzer dazu gebraucht, und aller Verzug  
 abgestellt werde; ingleichen, daß alle Affec-  
 ten, auch an den Sonntagen, zu Rath und  
 zu Gerichte erscheinen, und ihren Aemtern und  
 Sachen abwarten, indem sonst die darauf gesetzte  
 Strafe, nach Inhalt des Speyerischen R. A.,  
 gegen die Säumnigen unnachlässlich vorgenom-  
 men werden solle. Die bisher eingeriffene öf-  
 te Haltung der *plenorum Senatuum* solle der Kam-  
 merrichter, so viel möglich, vermeiden, und  
 sein Amtsverweser solle keinen *plenum Senatum*,  
 ohne seinen, des Kammerrichters, oder etlicher  
 erfahrenen Beisitzer Rath, halten, auch die Fra-  
 gen, worüber zu berathschlagen, wohl, deutlich  
 und ordentlich vortragen, worauf ein jeder sein  
 Bedenken kurz anzeigen, und Keiner dem an-  
 dern einreden, sondern, nach der Mehrheit der  
 Stimmen, der Schluß gemacht, und vollzo-  
 gen werden solle. Falls auch das Berathschlags-  
 te, durch den Kanzleyverwalter, schriftlich ver-  
 faßt werden müßte; so solle derselbe zu der Ber-  
 athschlagung mit gezogen werden, damit er  
 hernach den Aufsatz, aus dem angehörten Beden-  
 ken, desto besser möge verfertigen können. Fer-  
 ner solle nicht allein der Kammerrichter, sondern  
 auch der Präsident in seinem Rathe, vor dem  
 An-

Anfänge einer jeden Relation, sich bey dem Ke. R. Referenten erkundigen, in wols für Sachen er zu 1571 referiren gesuht wäre, und wenn dain submittiret worden. Hernach solle er bey dem Kammerichter, oder bey den Lesern sich erkundigen: ob die Sache auch würtlich so beschaffen, und ob es die älteste oder gefreyete sey, die billig vnder andern zu referiren wäre. Würde sich nun hierunter ein Mangel zeigen; so solle deswegen der Referent, nach Inhalt der Ordnung, zur Rede gestellt werden. Und endlich wurde dasjenige, was in dem vorjährigen Memorialzettel, wegen früherer Erscheinung des Kammerrichters, der Präsidenten und Assessoren in der Rathsstube zu den zu haltenden Audienzen, war verordnet worden †), nochmals wiederholet, und sollten die, zu einem jeden Gerichtstage verordnete, Beisitzer, welche nicht vor halb ein Uhr zugegen wären, zu Erlegung des Bagens angehalten werden <sup>u)</sup>). Nach geendigter Visitation publicirte das Kammergerichte, nach Maassgabe des ihm zugestellten Memorialzettels, einige gemeine Bescheide <sup>u)</sup>).

1. 12.  
15. Jan.  
27. Nov.  
(u. 18.  
Jan.  
1572)

Uebrigens verließ in diesem J. 1571. der bisherige Präsident, Graf Wilhelm von Oettingen, welcher bereits im vorigen Jahr abgedankt hatte <sup>u)</sup>), Speyer, und schwor an seine Stelle

M m 5

Stelle

†) S. im VIII. Bande der K. T. R. G., S. 240. f. sub n. 10.

u) de Ludolf Corp. Iur. Camer., T. I. n. 180. p. 311 - 313. und Lönigs R. A., T. IV. n. 265. p. 410. sq.

u) de Ludolf Corp. Iur. Cam., T. I. n. 181 - 186. p. 313.

u) S. in diesem VIII. Bande der K. T. R. G., S. 221.

3. d. d. Stelle des Grafen Rint Friedrich von Zohannoltz  
 1571 lern auf: Ingleichen reiste auch der von Butz  
 7 Merigund präsentirt gewesene Assessor, Aggäus von  
 Alanda, 1) von Speyer weg, worauf für ihn, und  
 9 e. m. wegen des Buggundischen Kreises, Johannes  
 von Koorda aufschwor. Außerdem resignirten  
 noch in diesem Jahr zwey Assessoren, nemlich der  
 5 Jul. vom dem Niederrheinischen Kreise präsentirt  
 gewesene Johann Michael Cronberger, und der  
 10 e. m. gewesene Chur-Maynzische Präsentatus, Mor-  
 ritz Winkelmann. S. hingegen traten nummehr  
 m. in diesem Jahr von den, vermöge des letztern Speyer-  
 Maio rischen K. A. \*), verordneten und auf sechs Jahr-  
 re angenommenen neun neuen und ordentlichen  
 Besitzern folgende in ihre Aemter ein, und schwor-  
 ren nach und nach an bemerkten Tagen auf. 1) Von  
 3 May Seiten des Kayfers der Graf Stefan Heinrich  
 von Eberstein, Herr in Neugarten, als Assessor  
 generosus oder dritter K. G. Präsident; 2) von  
 21 Juli den geistlichen Churfürsten Manfried Eschfeld-  
 18 Jun. der; 3) von den weltlichen Churfürsten Mi-  
 11 May chael Funk; 4) vom Fränkischen Kreise Conrad  
 10 e. m. Pfeilsticker; 5) vom Bayerischen Johann Gais-  
 ling; 6) vom Oberrheinischen Simon Hennes-  
 gen; 7) vom Niederrheinisch-Westfälischen  
 30 e. m. Melchior von der Wick, und endlich 8) vom  
 29 e. m. (Nieder-) Sächsischen Kreise Reinhard von  
 Oldenhausen. Vom Schwäbischen Kreise noch  
 in diesem Jahr noch keiner an, sondern erst im fol-  
 genden Jahr traf dessen Präsentatus, Johann  
 Kam, ein 1).

Wie

†) S. in diesem VIII. Bande der N. L. K. G., S. 221.

\*) S. eben daselbst, S. 252.

§) de Ludolf Couum. systemat. de Jure Camerali, App. X. ad a. 1574 p. m. 83. sq. coll. a. 1572. p. 86. und Abhandlung von dem K. und K. Cam-  
 mergerichte, P. II. p. 18. sq.

Wie genau man sich, nach der im letztern J. Ehr. R. A. enthaltenen Vorschrift, wegen der künftig 1571 im Teutschen Reiche nachgelassenen fremden Werbungen <sup>9)</sup>, gerichtet habe, davon giebt uns der um das gemeine Wesen und die Geschichte seiner Vaterstadt unsterblich verdiente Herr Paul von Stetten eine merkwürdige Nachricht. Es fand sich nemlich ein gewisser Graf von Arr zu Augspurg ein, und übergab dem Rathe zwey Werbpatente von dem Kayser und dem König von Spanien, worauf er verlangte, daß ihm vergönnet werden möchte, zu Augspurg umzuschlagen, und zwey Sähnlein Knechte anzuwerben. Allein der Rath verweigerte ihm das Umschlagen, hingegen gestattete er ihm, Soldaten zu Augspurg zu werben; jedoch mit der Bedingung, daß er, vermöge des jüngsthin zu Speyer aufgerichteten R. A., vorher angelobe, die angenommenen Knechte bald wegzuschicken, und weil ohnehin, bey den damaligen theuren Zeiten das Land mit Völk genug überhäuft wäre, weiter keinen Lauf nach Augspurg zu machen, den Musterplatz nicht auf des Reichs Boden zu halten, die Knechte nicht Rottenweise durchlaufen zu lassen, und dieselben keinem Stande zum Nachtheile zu gebrauchen, wozu sich dann auch derselbe sogleich bequemet hat. Ingleichen ersiehet man aus den von dem obbelobten Herrn von Stetten gegebenen Nachrichten, daß der Kayser, das in dem letztern R. A. zu publiciren versprochene Mandat wegen Abstellung der schädlichen Mißbräuche bey den geschenkten Handwerkern <sup>†)</sup>, wirklich habe

m.  
Majo

9) S. im VIII. Bande der N. T. R. G., S. 192:196.

†) S. in eben demselben, S. 304.

7 Jun. habe ausgehen lassen, als welches im Brachmonat 1571 zu Augsburg öffentlich angeschlagen wurde <sup>1)</sup>).

Wegen der, in dem letztern R. A., den R. Kreisen abermals befohlenen Befolgung der ihnen schon in der Exekutionsordnung gegebenen Vorschrift, ihre innerliche Verfassung in Richtigkeit zu bringen <sup>a)</sup>, und auch das Moderationswerk auf den bevorstehenden R. Deputationsstag zu Frankfurt vorzubereiten <sup>b)</sup>, wurden nunmehr verschiedene einzelne Kreistage gehalten.

22 Apr. So versammelte sich z. B. der Obersächsischer Kreis zu Jüterbock, und handelte auf diesem Kreistage unter andern auch von der Kreisverfassung, da es dann die Stände bey den, auf den, im J. 1555. und 1556., zu Jertz gehaltenen Kreistagen, gemachten Verordnungen bewenden ließen, als auf welchen alles, nach Vorschrift der R. Exekutionsordnung des Landfriedens in gute Richtigkeit wäre gebracht worden. Hiernauf wurde dann auch der Punkt von der Rectification der R. Matrikel und deren Moderation abgehandelt, und eines jeden Obersächsischen Kreisstandes Contingent zu Ross und zu Fuß, nach den einfachen Anschlägen des Römerzuges,

1) von Stetten, l. c., P. I. c. 9. S. 16. p. 596. & 597. Daß auch auf den Fränkischen und Obersächsischen Kreistagen, in diesem Jahr, über Policeysachen ein und anderes berathschlaget worden, kann man aus den Abschieden dieser Kreise, und zwar des Fränkischen vom 13. Febr. b. a. S. 10. sq. und vom 28. May a. e., S. 12. sq., des Obersächsischen aber vom 26. April b. a., S. 45. sq., in J. E. Mosers Samml. des H. R. R. sammtl. Erays Abschiede, P. II. n. 49-51. p. 110. 133. sq. & 146-149., mit mehrern sehen.

a) S. in diesem VIII. Bande der N. E. R. G., S. 196. ff.

b) S. in eben demselben, S. 280. f.

ges, in den errichteten Kreisabschied gebracht, <sup>26 Apr.</sup> welcher hievon weiter kann nachgesehen werden. 1571  
 Endlich wurden bereits auch die Churfürsten von  
 Sachsen und Brandenburg ersucht, zwey taug-  
 liche Personen zu benennen, welche, auf Kosten  
 des Kreises nach Frankfurt auf den am 1. Ju-  
 lius d. J. angesetzten Moderationstag sich be-  
 geben, und mit den übrigen Deputirten das Mo-  
 derationswerk der R. Matricel vor die Hand  
 nehmen, und darin, nach Inhalt des R. A.,  
 verfahren, handeln und erkennen sollten <sup>c)</sup>.

Ein gleiches geschah auch von dem Fränk-  
 ischen Kreise, der sich deshalb zweimal zu Nürn-  
 berg versammelte, und, vermöge der daselbst errich- <sup>13 Apr.</sup>  
 teten Kreisabschiede, in der Kreisverfassungs- <sup>28 May</sup>  
 sache an den Kayser und die benachbarte Kreise  
 Bayern und Schwaben Schreiben ergehen ließ, <sup>13 Apr.</sup>  
 daß ihr Kreis sich dem Inhalte der im R. A. er-  
 wähnten Reichs- und Deputations-Abschiede  
 gemäß befinde, und mit einem verständigen Kreis-  
 Obristen, Nach- und Zugeordneten Rätthen  
 und Befehlsleuten, mit Geschütz, Artillerie  
 und was dazu gehörig, auch mit anderer mehrerer  
 Versetzung, und dabey mit einem Geldvorrath  
 genugsam gefaßt sey, daß daran kein Mangel zu  
 befinden wäre. Wegen Ergänzung und Rich-  
 tigmachung der R. Matricel konnte sich der  
 Kreis nicht erinnern, daß einige Stände desselben  
 sich aus der R. Matricel begeben hätten, oder  
 exempt seyn wollten, deswegen derselbe nicht nöthig  
 fand, deswegen eine besondere Erkundigung an-  
 zustellen, und Kosten aufzuwenden. Bloß allein  
 fand man einen Abgang eines Theils Länder,

c) Müllers Sächs. Annales ad a. 1571. p. 171. und  
 Moser, l. modo c., P. II. n. 50. S. 1 - 41. p.  
 122 - 132.



3. Ebr. welche ehemals die Grafen Berthold und Albrecht  
 1571 von Henneberg innegehabt, ingleichen der Grafschaften Wertheim und Rineck, auch etlicher Güter halber, welche die Stadt Schwäbisch-Halle von den R. Erbschenken von Limpurg an sich gebracht hätte, und die hiebevor im Fränkischen Kreise wären angelegt gewesen, wegen deren also, innerhalb zwey Monaten, gewisser Besicht eingezogen werden sollte. Zu dem bevorstehenden R. Deputationstage nach Frankfurt aber wurden Würzburg und Brandenburg verordnet, deren Abgeordnete deswegen in Pflicht genommen, und für sie das Präsentationsschreiben ausgefertigt <sup>b)</sup>. Daß übrigens auch in andern R. Kreisen es auf gleiche Art hiemit gehalten worden, ist wohl kein Zweifel, ob ich gleich, in Ermangelung der Nachrichten davon nichts näheres bestimmen und anzeigen kann.

Der letztere R. N. zu Speyer hatte auch in Ansehung des R. Münzwesens verschiedenes verordnet <sup>c)</sup>, was von den Ständen und Kreisen zu beobachten, und auf den bevorstehenden Deputations- Reichs- Münztag vorzubereiten war, welches ich daher auch noch berühren muß. Nach dem nemlich der Kayser, bald nach Anfang des  
 20 Jan. Jahrs, das schon erwähnte Münzmandat zu Prag publicirt hatte <sup>d)</sup>; so ergieng zu Augspurg  
 4 Ebr. ein Münzverrath, wodurch die geringhaltige Niederlans

b) Moser, l. c., P. II. n. 49. S. 1. & 4. p. 103-106. & 108. sq. und n. 51. S. 8-11. p. 144-146.

c) S. in diesem VII. Bande der N. E. N. G., S. 289, 301.

d) S. in eben demselben, S. 301. in der Note u). Das daselbst bemerkte Kayserliche Münzmandat steht auch in Lünigs R. N., T. I. P. I. p. 359. sq. und bey Hirsch im L. R. Münz- Archiv, T. II. n. 46. p. 111-113.



ländische, Sächsishe und Schweizer Münze 3. Gr. verboten, und den Kaufleuten untersagt wurde, 1574 das Silber Zentnerweise aus Teutschland zu verführen 9). Auch die R. Stadt Ulm publicirte 3 Gr. ein Münzdict, worin sie nicht nur allen ihren Bürgern und Unterthanen die genaue Beobachtung der R. Münzordnung vom J. 1559. und deren weitem Erklärung und Verbesserung im R. A. des J. 1566. und dem jüngsten Speyerischen vom J. 1570., bestens einschärfte, sondern ihnen auch befahl, hinfür keine andere, als die darin bestimmte und an Schroet und Roem probirte silberne und goldene Münzsorten einzunehmen und auszugeben. Zugleich verbot Sie ihnen auch bey schwerer Strafe die Ausfuhr der probirten goldenen und silbernen Geldsorten, und des rohen Silbers, wie auch endlich das gefährliche und betrügliche Prägen, Branaliren, Rütten, Seigern, Ringern, Beschneiden, Schwächen, Waschen, Abgießen, Verfälschen und Aufwechselfn aller und jeder R. Münzen von Gold und Silber 10). Es kam auch um diese Zeit eine kurze Berechnung über den Gewinn und Verlust bey dem Münzwesen zum Vorschein 11).

In dem Fränkischen Kreise wurde ebenfalls auf dem zu Nürnberg gehaltenem Kreissage beschlossen, dem letztern Reichsschlusse zu Speyer 13 e.m. gemäß, die nöthigen Münzmandate im Kreise anzuschlagen und mit Ernst darüber zu halten. Hingegen hielt man für unnöthig, jährlich zwey Münzprobationstage zu halten, sondern es sollte der,

9) von Stetten, l. c., P. I. c. 9. §. 16. p. 595.

h) Hirsch, l. c. T. II. n. 36. p. 75-77.

i) Idem, T. II. n. 37. p. 77. sq.

3. Oct. der durch den Kreisschluß vom J. 1567 \*) be-  
 1571 liebte Münzprobiertag auf den ersten May desto  
 fleißiger besucht werden. Wegen der in jedem  
 Kreise anlegenden Münzstädte wurde vorerst,  
 und bis auf weitere Vergleichung, verabrechet, daß  
 den Geistlichen und Weltlichen Fürsten und  
 zwar jeden eine, den Grafen und Herren auch  
 eine, und den freyen Städten gleichfalls eine  
 Münzstätte zugelassen seyn sollte; jedoch denjenigen,  
 die von Alters Münzgerechtigkeit herge-  
 bracht, und Bergwerke hatten, als wie Zennes-  
 berg, dadurch nichts begeben. Sowie hiernächst  
 die Annehmung eines Münzmeisters und ge-  
 meinen Münzwardeins belange, ließ man es bey  
 dem, was davon bisher schon verordnet war, bewen-  
 den, und wurde Gabriel Clement, statt des ver-  
 storbenen Franz Clements, wiederum zum Kreis-  
 Münzwarden bestellt, und in Pflicht genommen.  
 Endlich wurde noch erinnert, daß in dem Kreise et-  
 liche Münzen geschlagen wurden, die Proben  
 aber bisher auf den Probationtag nicht übers-  
 schickt, auch von den Münzmeistern derselben  
 Orte der gebührende Eid bis hie noch nicht geleis-  
 tet worden. Es wurde daher verabschiedet, daß  
 solche Münzmeister auf den nächsten 1. May  
 mit ihren Büchsen zu Nürnberg erscheinen, die  
 Proben, was sie Zeüher gemünzet, vorlegen, und  
 wenn sie tauglich befunden worden, alsdann beedes  
 get werden sollten. †). Es hat auch hierauf der  
 Marg-

\*) Das J. 1567. steht zwar heym Moser, l. mon. c. 2.  
 allein es muß ein Druckfehler seyn. Dann der hier  
 erwähnte Kreisschluß steht in dem, den 23. Sep-  
 tember 1566. zu Windsheim gemachten Kreisab-  
 schiede, §. 7.; s. Mosern, l. c., P. I. n. 29. p.  
 389. sq.

†) Moser, l. c., P. II. n. 49. §. 5 - 9. p. 109. sq.  
 und Girsch, l. c., T. II. n. 38. p. 78.

Marggraf Georg Friedrich von Brandenburg 14. 16.  
verschiedene Mandate und Verordnungen, we- 21. 24.  
gen Beobachtung des der R. Münze halber, Febr.  
auf dem Speyerischen Reichstage, verabredeten 1571  
Schlusses, in seine Lande unter und ob dem  
Gebürge ergehen lassen, besonders aber seine Unt-  
erthanen angewiesen, ihre etwa habende verbote-  
ne, ausländische, geringe und abgewürdigte  
Münzsorten seinen Beamten und Rastnern,  
noch vor dem 1. Merz d. J., zum Auswechseln  
gegen gute und gangbare R. Münze zu überlie-  
fern <sup>1)</sup>.

Um diese Zeit erliessen auch die vier Rheinisch- 19 e.m.  
schen Churfürsten, von ihrem damals zu Maynz  
gehaltenem Münztage, ein Schreiben an den  
Fränkischen Kreis, worin sie demselben meldeten,  
daß sie auf ihrer izigen Zusammenkunft, sich end-  
lich verglichen hätten, die Kayserliche und des  
h. R. Münz-Edicte, Ordnung und darauf  
erfolgte Abschiede, in ihrem churfürstlich-Rheis-  
nischen Kreise, der Gebühr nach, zu erquiren.  
Allein Sie hätten in si. t. ere Erfahrung gebracht,  
daß, obgleich das Pfennig- oder Heller-Münz-  
zen, durch den jüngsten Speyerischen R. A.,  
verboten worden, dennoch in dem Fränkischen  
Kreise von etlichen Ständen, als zu Wertheim  
und Erpach mit Pfennigmünzen in grosser  
Menge, auch mit zu viel Aussenteln zeitlich fort-  
gefahren, und auch etliche andere verbotene Sor-  
ten, besonders Dreybätzner, so nur zehen Kreuz-  
zer, oder auch weniger halten, ungeschert geschlas-  
sen, dagegen aber andere gute R. Münzsorten  
vortheilhafter Weise aufgewechselt wurden, un-  
geachtet daß die vermeinten Münzmeister und  
Wär,

1) Sittich, l. c., T. II. n. 39. p. 79. 83.

3. Hr. Wardeine, wie doch zu Speyer verabschiedet  
 1571 wäre, nicht präsentirt, angenommen und beeis-  
 diget, viel weniger ihnen solches Münzen, durch  
 einigen Probationstag, erlaubt worden, oder  
 erlaubt werden möchte, Diese verbotene Pfenn-  
 ninge und Dreybäzner würden nun auch in ihren  
 Chur-Kreis häufig und betrügllicher Weise ein-  
 geschoben, und ihren Unterthanen, zu ihrem  
 grossen Schaden, aufgedrungen, deswegen sie sich  
 dagegen die Gebühr, und besonders wider die  
 Münzmeister, Wardeine, Aufwechsler, Un-  
 terschieber und Verursacher vorzunehmen, zu  
 folge des Speyerischen R. A., vorbehielten.  
 Damit aber fernerer Nachtheil verhütet, solches  
 Münzen nicht länger verstattet, vielmehr der R.  
 Münz-Ordnung und den R. A., nachgelebet,  
 und zwischen ihnen eine durchgängige Gleichheit  
 und gute nachbarliche Correspondenz gehalten  
 werden möchte; so hätten Sie, die Churfürsten,  
 solches ihnen, den Fränkischen Kreisständen, ver-  
 melden, und sie ersuchen wollen, daß sie solches un-  
 gebührliche Münzen in ihrem Kreise nicht fer-  
 ner verstatten, sondern vielmehr mit ihnen, zu nö-  
 thiger Exekution des mehrgedachten Münzedic-  
 tes und der folgenden R. A., eine gute nachbar-  
 liche Correspondenz halten möchten. Dieses von  
 den vier Rheinischen Churfürsten an den Bi-  
 schof von Würzburg, und von diesem an den  
 Bischof von Bamberg überschickte Schreiben  
 29 Theilte der Letztere dem Marggrafen Georg Frie-  
 drich von Brandenburg mit, und war der Mei-  
 nung, daß darüber von den Abgeordneten, auf  
 dem nächsten Probationstage zu Nürnberg wei-  
 ter berathschlaget und gehandelt werden könnte,  
 was dñßfalls die Nothdurft des Kreises erfordern  
 möchte. Falls auch etwa der Marggraf für raths-  
 sam

sam ansehen würde, daß diesmal auf diesen Probier-Tag auch die andern Kreisstände, welche sonst nicht zu erscheinen pflegten, beschrieben werden sollten; so wolle er sich mit ihnen darüber vergleichen<sup>m)</sup>.

Ehe aber noch der Fränkische Münzprobationstag vor sich gieng, hielten die drey im Münzwesen correspondirende Kreise, Franken, Bayern und Schwaben, zu Regensburg einen gemeinen Münz-Probationstag, von welchem sie ein sehr ernsthaftes Schreiben an die Schweizerische Eidgenossenschaft erliessen, hinfürs bey ihrem Münzwesen gleichfalls des Reichs Schroot und Korn zu beobachten. Sie meldeten ihnen nemlich, daß sie dessen wären verständiget worden, was die Fürsten und Stände des Schwäbischen Kreises an die Eidgenossen, auf ihrer letzten Tagesfahrt zu Baden, geworben hätten. Nun zweifelten Sie zwar nicht, daß sie, die Eidgenossen, für sich selbst geneigt seyn würden, die Sachen der Münze halber bey ihren Münzstätten in die Ordnung zu richten, damit hinfürs ihre des H. R. Münzen in Korn und Schroot gleich gemünzt, und ihren Münzmeistern und Wardenen nicht mehr nachgesehen würde, eine so geringe und bösschädliche Münze zu schlagen, wie seit etlichen Jahren her, mit gefährlicher Mißbrauchung ihrer Münzfreiheiten, durch sie betrüglich und bösslich geschehen wäre, zu hohem und verderblichem Schaden nicht allein der R. Kreise, sondern auch ihres eigenen Landes und Unterthanen. Damit sie aber desto mehr Ursache hätten, diesen Handel, seiner Wichtigkeit nach, zu erwegen, so wollten sie ihnen hiemit zu wissen thun, daß Sie, die Fürsten und Stände der

M n 2

obge

m) Hirsch, l. c., T. II. n. 40. p. 83-85.

3. Obgedachten drey Kreise, nunmehr endlich beobachtet  
1571 wären, über der R. Münzordnung vom J. 1559.  
mit allem Ernste zu halten, und die Sache dahin zu  
richten, daß die, der gedachten Ordnung und der R.  
Münze, am Gehalt, Korn und Schroot, nicht  
gleichmäßige Münzsorten, sie möchten nun der  
Eidgenossen oder anderer Herrschaften seyn,  
nicht weiter genommen, sondern bey einem jeden, der  
sie in diese Kreise brächte, confiscirt werden sollten.

Sie wußten übrigens, heißt es in diesem  
Schreiben weiter, sehr wohl, daß die Eidgenossen,  
als die Obrigkeit, an der Ausmünzung solches  
geringen und bösen Geldes, welches bey ihnen,  
seit etlichen Jahren her, je länger je schwächer am  
Gehalte gemacht worden, nicht schuldig seyen, und  
daß ihnen auch damit kein Gefallen geschehe, in  
Betracht, daß die Herrschaften allein dem ge-  
meinen Nutzen zum Besten, von Ehren und  
keines Genusses wegen, münzen sollen. Der  
Mangel rühre also unmittelbar von ihren Münz-  
meistern her, welche zu ihrem eignen Vortheil  
die Münzen an Silber geringer und schwächer  
machten, als es seyn sollte, und man ihnen, als der  
Obrigkeit, vorgetragen hätte. Dann der Ge-  
winn würde ihnen durch die Münzmeister ver-  
schlagen, die sich dadurch sehr bereicherten, mit Ver-  
kleinerung der Eidgenössischen Münzen und  
Gepräges, und zu gemeinem Schaden aller chris-  
tlichen Länder und Unterthanen, wie sie bald er-  
fahren würden, wenn sie ihre eigene Münzen,  
durch verständige Leute, probiren ließen. Auf sol-  
che Art würde ihnen bald begreiflich gemacht werden,  
daß man ihr Silber in der Münze geschwäche, da-  
für einen guten Theil Kupfer zugesetzt, und dem-  
noch gegen sie vorgegeben hätte, als wäre der R.  
Ordnung gemäß gemünzet worden. Aldann

war

würden nun sie, die Eidgenossen, einen guten 3. Theil Grund haben, die Verbrecher, welche ihr Ge- 1571  
präg zu Betrug so lange schädlich gemißbrauch-  
ter hätten, an Leib und Gut zu bestrafen, und  
damit der ganzen Welt zu erkennen zu geben, daß  
sie keinen Gefallen an dergleichen verderblichen  
Münzen gehabt hätten. Sonst aber möchte der  
Verdacht wider solche von ihnen, wider ihr Ver-  
schulden, gefaßt werden, als hätten sie wissentlich  
solche schädliche Münzen gestattet, und zu ihrem  
eigenen Nutzen gerichtet, welches aber die Kreise  
von ihnen nicht glauben könnten. Damit nun  
aber einmal der Sache abgeholfen, und zwischen  
ihnen und den Unterthanen der drey Kreise im  
Gewerbe und Commercen eine aufrichtige  
Gleichheit der Münze halber nachbarlich erhal-  
ten würde, so wollten Sie, die drey Kreise, die  
Eidgenossen ersuchen, ernstlich und unverzüglich  
dahin zu sehen, daß hinfür ihre Münzen den K.  
Münzen an Schroot und Korn gleich gemacht,  
das Geantheil den Münzmeistern nicht nach-  
gesehen, und von ihnen dasjenige beobachtet würde,  
was einer Obrigkeit, von Amts, Ehre und Res-  
putation wegen, gebührte. Desto geneigter wür-  
den Sie auch hernach die Fürsten und Stände der  
drey Kreise gegen sich befinden, und ihre eigene  
Reputation würde bey jedermann desto herrlicher  
erscheinen, wenn sie ihr Gepräge und Münzfrei-  
heit solcher gestalt nicht länger mißbrauchen und  
in Verkleinerung kommen lassen. Würde man  
aber fortfahren, das Reich, wie bisher eine gute  
Zeit her geschehen, mit geringer und schwacher  
Münze häufig zu überladen; so würde man mit  
der Confiskation derselben gegen männiglich verfab-  
ren, und es in den drey Kreisen dahin richten müs-  
sen, daß von den Thüngen, bey Erkaufung der Vie-



9. Oct. tinalien keine andere, als Reichsmünze, genommen werden sollte, wozu sie es ohne Zweifel nicht würden kommen lassen wollen <sup>n)</sup>).

2. May

3. e. m.

Auf dem hlerauf zu Nürnberg gehaltenem Münz-Probationstage wurde, laut der vorhandenen Abschiedshandlung, weiter nichts vorgenommen, als daß die, im vorigen Jahr, nicht bey der Hand gewesene Brandenburgische Büchsen <sup>†)</sup>, und gefertigte Werke, nebst den disjunctigen, wie auch die Erpachische und Nürnbergische Büchsen übergeben, was diese Zeit über gemünzet worden, nachgesehen, und die Münzsorten, von dem neuen Kreis-Münzwarden, Gabriel Clement, ordnungsmässig auf die Cölnische Markt probiret wurden. Aus den übergebenen Brandenburgischen Münzzetteln ergab sich nun, daß der Marggraf vom 14. September 1569. bis auf den 24. April 1570. fünf Wert R. Gulden, und vom 16. May 1570. bis zum 28. März 1571. acht und zwanzig Wert R. Gulden, ferner an halben Bagen 23. Wert vom 2. September 1569. bis auf den 20. April 1570., und 31. Wert vom 6. May 1570. bis zum 12. Februar 1571., und endlich an Dreyern 15. und an Pfenningen 2. Wert vom 4. September 1569. bis auf den 30. März 1570., ingleichen an Dreyern 9. und an Pfenningen 1. Wert vom 5. Junius 1570. bis zum 20. Hornung 1571. hatte ausmünzen lassen. In den Erpachischen Münzzetteln fanden sich 12. Wert Pfenninge, welche vom 14. October 1570. bis auf den 8. Jenner 1571. waren gemünzet worden. Und endlich

bey

n) Hirsch, l. c., T. II. n. 41. p. 85-87.

†) S. in diesem VIII. Bande der H. T. R. G. S. 284.



ben Erkundigung der von Nürnberg geprägten R. Ebe. Münzen zeigten sich 22. Wert R. Gulden, 8. 1571 Wert Dreyer und 17. Wert Pfennige, die Münzzettel aber liefen bey den Gulden vom 5. May 1570. bis auf den 27. April 1571., bey den Dreyern vom 17. Junius 1570. bis zum 10. Hornung 1571. und bey den Pfennigen vom 27. May 1570. bis auf den 30. April 1571. Bey der angestellten Probation befand man nun, daß sich bisher die Münzmeister, besonders der Brandenburgische, grossen Unfleiß und Mangel zu Schulden kommen lassen, die Münzen etliche Green zu wenig gehabt, und das Gepräg unflässig geschlagen worden. Es wurde daher solches den Münzmeistern ernstlich verwiesen, und ihnen auferlegt, hinfür die Münzen, vermöge der R. Münzordnung und des jüngsten Speyerischen R. A., einzurichten, und alle gefertigte Werte, von was für Sorten sie auch wären, entweder in die verordnete Schau, oder in die Fürstliche Kammer zu liefern, und dieselben, ohne Vorwissen und Bewilligung eines jeden Ortes Obrigkeit, nicht auszugeben. Und da endlich in dem letztern Fränkischen Kreisabschiede den geistlichen Ständen auch eine Münzstatt zugelassen worden, und der Bischof von Würzburg sich angegeben, solche eine Zeitlang, wegen der bösen Münze in seinem Lande, zu verminzen; so wurde ihm solches, jedoch den andern geistlichen Ständen des Kreises unvorgreiflich, zugelassen, und hierauf der von ihm präsentierte Münzmeister Georg Keymann auf die R. Münzordnung und den letztern Speyerischen R. A. verpflichtet. Uebrigens sind dieser Abschiedshandlung auch noch weitläufige Verzeichnisse von allen damals gemachten Proben der überlieferten und vorgebach-

3. Er. ten Werke an Gulden, halben Bagen, Drey  
1571 ern und Pfennungen angehängt worden <sup>o</sup>).

m. Maio.

Bald nachher wurde zu Nürnberg ein  
Kreistag gehalten, auf welchem wiederum von  
Münzsachen verschiedenes vorkam, und unter an-  
dern auch darüber gehandelt wurde: ob nicht künf-  
tig die Probationstage von den drey Kreisen,  
Franken, Bayern und Schwaben, zusammen,  
doch auf Genehmigung der Fürsten und Stän-  
de solcher Kreise, zu halten wären, und ob man  
sich nicht über eine gemeine Instruction, was  
sie im Namen der gedachten drey Kreise auf dem  
bevorstehenden R. Deputationstage zu Frank-  
furt deswegen zu handeln hätten, möchte vergleis-  
sen können. Hierüber wurde nun verabschiedet,  
daß man vor allen Dingen nicht längern Anstand  
nehmen wolle, der R. Münzordnung vom J.  
1552 und demjenigen, was auf den folgenden  
Reichs- und Kreis-Tagen, besonders auf dem  
letztern R. Tage zu Speyer, disfalls verordnet  
worden, in allemwege nachzusetzen. Daß aber ein  
jeder Fürst und Stand die bösen Münzen ein-  
wechseln, und den Verlust neben den Ver-  
wechslern tragen solle, sey aus vielen Ursachen be-  
denklich. Darin, wenn solches etwa nur in zwey  
oder drey Kreisen vorgenommen, und von an-  
dern Kreisen unterlassen würde, so würde aus  
diesen die böse Münze haufenweise in jene ge-  
schoben werden. Sollte aber solche Einwechs-  
lung der bösen Münzen durchgängig in allen  
Kreisen verfügt werden; so wollte man es auch in  
den vorgedachten drey Kreisen eben so halten. Da-  
hernächst auf dem oben erwähnten und zu Regens-  
burg gehaltenen gemeinen Münzprobationst-  
age

<sup>o</sup>) Hirsch, l. c., T. II, n. 42. p. 87-98.

tage der drey benannten Kreise vorgekommen. Es war, daß dieselben künftig, zu Gewinnung der 1572 Zeit und Ersparung der Kosten, ihren Probationstag gemeinschaftlich, halten, sich über eine allgemeine Instruction vergleichen, und ihre Münzmeister und Wardeine zusammen schicken sollten; so habe sich der Fränkische Kreis solches auf einen Versuch gefallen lassen, daß hinfür die drey Kreise ihre Verordnete zu den Probationen, auf benannte Zeit und Mahlzeit, nemlich auf den nächsten 1. October d. J. nach Nürnberg abfertigen möchten, welches sie dann auch den beiden andern, zu Nördlingen versammeln, Kreisen, Bayern und Schwaben, durch ein an sie erlassenes Schreiben, bekannt machten. 28 May Weil aber, zu einem weitem Nachdenken, dahins zu Regensburg auch noch besonders wäre erwogen worden, daß der Sache mit den Probationen nicht gänzlich geholfen würde, indem die Münzmeister den Wardeinen bloß die schweren Münzen vorlegen, und die leichten nach Gefallen verschieben, oder auch der Wardein mit den Münzmeistern sich verstehen könnte, wie solches die Erfahrung lehre, und deswegen auf dem letzten Probationstage zu Nürnberg verabschiedet worden, daß die Münzmeister ihre gefertigte Werke erst in die Schau oder in die Fürstliche Kammer liefern sollten; so sollten die auf den R. Deputationstag nach Frankfurt abzuschickende Gesandten den andern Kreisen auch dieses Bedenken vorlegen: ob es nicht gut wäre, daß die Obrigkeit bisweilen von den verschiedenen ausgegebenen Münzsorten für sich Proben machen ließen, und sich hernach einander auf den Probationstagen davon Nachricht gäben. Es würde auch zu Verhütung dieses grossen Betruges nichts dienlicheres

3. Er. thores fenn, als die Reichbank wieder anzurichten, 1571 wovon der Augspurgische R. A. vom J. 1566. Ordnung und Maaß gäbe \*).

Ben der R. Münzordnung und ihren Zusätzen finde der Fränkische Kreis nichts zu verbessern, und wäre bloß auf eine allgemeine und durchgängige Ordnung zu beschließen, und solche zu handhaben. Nun hätten die Burgundischen Gesandten, auf dem Augspurgischen R. Tage im J. 1566., sich dahin erklärt, daß die Niederländisch-Burgundische Erblande sich der R. Münzordnung ebenfalls gemäß erzeigen, und ihre Landmünzen nach dem R. Münzfuße reguliren wollten, wenn die R. Stände insgesamt die R. Münze annehmen und halten, und die bösen Heckemünzen abgeschafft würden. In gleichen hielte bereits der Erz. Ferdinand über der R. Münzordnung; die Eidgenossen hätten, auf Ansuchen bloß des Schwäbischen Kreises, ein gleiches Erbieten, als die Burgundischen Gesandten, gethan; Basel, Zürich, Chur &c. aber ihre Münzen eingestellt; und wäre zu hoffen, daß die Schweizer, auf das obangeführte Anhalten der drey Kreise, sich zu einer gütlichen Vergleichung bewegen lassen würden. Ferner hätte auch der Herzog von Alba, im Namen seines Königs, ben hoher Strafe verboten, andere Münzen in die Niederlande zu bringen, als all da gemünzet würden. Und endlich versetze sich der Fränkische Kreis, daß nicht allein die drey Kreise, Franken, Bayern und Schwaben, sondern auch die übrigen Kreise und Stände zu Ausrottung der bösen Münzen mit helfen würden. Wihin könnten sich die Gesandten zu Frankfurt mit

\*) S. im VI. Bande der N. L. R. G., S. 333. f.

mit einander vergleichen: wie, der obgemelten I. Str. durchgängigen gemeinen Ordnung halber, die 1571  
Angränzenden zu erfuchen, auf was für eine Art dem R. mit guter Münze geholfen, und die böse Münzen zu verbieten und abzuschaffen, auch die falschen Münzer zu gebührender Strafe gebracht werden möchten, indem ein Land des andern nicht wohl entrathen könnte. Weiter beschloß der Fränkische Kreis, daß die Münzbüchsen von allen Münz- Ständen, die in den drey Kreisen begriffen, acht Tage vor den bestimmten Tagen, nach der Stadt, wo der obgedachte allgemeine Münz- Probationstag vorzunehmen, geschickt, und um mittelst die Münzen probirt werden sollten, damit die Gesandten nicht nöthig hätten, sich auf solchen Tagen, des Probirens halber, lange aufzuhalten, und vergebliche Kosten aufzuwenden. Da man auch auf dem damaligen Kreistage den Ständen etliche Gulden unter R. Ferdinands des I. Gepräge vorlegte, deren einer nur etwa 72. Pfenninge, oder 16  $\frac{1}{2}$  Kreuzer, auf dem Bruche, wehrt befunden wurde; so schickte die Kreis- versammlung, mit einem Schreiben, einen derselben an den Kayser und an die zu Bingen, des Münzwesens halber, damals versammelte vier Rheinische Churfürsten, mit Bitte, auf solche Falschmünzer Rundschaft zu legen, damit sie zur Haft gebracht, und andern zum Exempel und Abschau bestraft werden möchten<sup>p)</sup>.

In eben diesem Maymonat hielt auch der Oberrheinische Kreis einen Münz- Probationstag zu Frankfurt. Auf demselben erschienen nun von den Oberrheinischen Kreismünzständen die Gesandten der Bischöfe von Worms, Speyer

p) Moser, l. c., P. II. n. 51. S. 37. & 13. p. 146. 144. & 147-149.

3. W. Speyer und Straßburg, des Abts zu Murbach und Lüders, der Pfalzgrafen Richards zu Simmern, Georg Hansens zu Veldenz und Johannis zu Zweybrücken, der vier Brüder und Landgrafen von Hessen, Wilhelms zu Cassel, Ludewigs zu Marburg, Philipps zu Rheinfels und Georgs zu Darmstadt, wegen der Grafen und Herren des Graf Ludewigs zu Stolberg, Königstein, und endlich der R. Städte, Straßburg, Worms, Frankfurt und Colmar. Als nun den davor beschriebenen Münzmeistern angeschlossen wurde, dem letztern R. A. zu Speyer in allen Punkten, so viel das Münzen belange, nachzuleben, und sich darauf beeidigen zu lassen; so übergaben die Münzmeister des Bischofs von Speyer, der Pfalzgrafen zu Zweybrück, Simmern und Veldenz, des Abts von Murbach und Lüders, und der R. Städte Worms und Colmar, ein weitläuftiges Bedenken, worin sie die Ursachen anzeigten, daß es ihren Herren und Oberrn zur größten Beschwerde gereichen würde, wenn sie diesen Eid würden leisten müssen, deswegen auch solche Beeidigung einzustellen wäre. Sie, die Münzmeister, wären nemlich in geringerer Anzahl zugegen, und sollten, in Abwesenheit anderer viel mehrerer zu dem Oberrheinischen Kreise gehörigen Münzmeister, schwören, daß sie nach dem, in der R. Münzordnung, bestimmten Münzfusse, und keine andere Münze, als in der erstgedachten Münzordnung und dem jüngsten R. A. zugelassen, münzen wollten. Dieses wäre ihnen, ohne Schaden und Nachtheil ihrer Herrschaften und Münzstände, deren Nutzen und Bestes zu befördern, sie bereits mit Eid verpflichtet wären, nicht wohl möglich. Dann es wäre landföndig, wie hoch der Silberlauf gestie-

stehen, und daß keine Münzstätte dasselbe, auf 3. Cbr. ser Verlust, nach Vorschrift der R. M. O., 1571 zum Gepräge bringen, viel weniger andere Nothwendigkeiten und Kosten beim Münzen daraus erschwingen könne. Hieraus aber würde gewiß erfolgen, daß entweder ihre Münzherren und Obern mit unwiederbringlichem Schaden müßten, oder ihre Münzfreiheit liegen lassen, oder sie eidbrüchig werden müßten; da doch alle Kayserliche Privilegien und Begnadigungen eben Nutzen, als Nachtheil, bringen sollten.

Es könnte ein für allemal dem R. Münz-Edicte nicht gleichförmig gemünzet werden; bevor nicht ein regulirter und beständiger Silberverkauf festgesetzt sey, welches aber, ihres Erachtens, dermalen bey dem Abfalle der Bergwerke und deren Unterhaltung, und wegen der ihygen theuren Zeiten, nicht wohl füglich geschehen möchte. Das Silber, wovon die feine Mark vor etlichen Jahren um 7. oder  $7\frac{1}{2}$  Gulden gekauft worden, würde ihy an etlichen Orten mit  $10\frac{1}{2}$  Gulden und bisweilen noch höher bezahlt, und auch die geringere Metalle wären fast um den halben Preis höher gesteigert worden, woraus leicht abzunehmen, daß das Silber nicht leicht in Abschlag zu bringen seyn würde, weil ein jeder Kaufmann den Preis seiner Waare nach dem Silber richtete. Nun könnten sie nicht glauben, daß es irgend eines hohen oder niedern Münzstandes Sache seyn werde, sein Münzwerk mit solchem übermäßigen Schaden zu treiben, und neben andern obliegenden Reichsbürden auch noch diesen Verlust zu dulden. Sollte nun aber deswegen einer oder mehr Münzstände sein Kayserliches Münzregal müssen liegen lassen; so könnte ein jeder erachten, zu was für einer Verkleinerung und



3. Obr. und Unwillen solches gereichen würde. Es würde  
 1571 auch daraus den ausländischen, als burgundischen, eidgenössischen und vielen andern Orten, die dem Reiche nicht unterworfen, ein sehr nützlicher Zutrug erwachsen, als die darüber, mit ihren untüchtigen Sorten das Reich beschweren würden. Ja wenn auch gleich ein Reichsstand den merklichen Schaden würde tragen, und dem Reiche zu Ehren und Wohlfahrt, mit seinem größten Nachtheil, dem Münzedicte nachkommen wollen; so würde doch dadurch dem Reiche, und dessen Gliedern nicht, wohl aber den ausländischen Orten damit gedienet seyn, indem alle gute R. Münzsorten beständig nach den Niederlanden würden verführt, daselbst in untüchtige Münze verwandelt, und hernach wiederum, zum Spott, Nachtheil und Verkleinerung des Reichs, in dasselbe eingeschleift werden. Es beruhe daher der ganze Handel hauptsächlich darauf, daß man dem Burgundischen Kreise, den Niederlanden und andern Orten die Wege dieser gewinnfüchtigen Ausfuhrung, Benutzung und Einschleifung verlege, und ihnen länger nicht verstatte, dem Reiche Teutscher Nation seine gute Münze zu entziehen, und, nach geschehener Verschlimmerung derselben, wieder zuzuschieben. Dieses könnte, ihres Erachtens, auf dem nächsten Münz-Deputationstage zu Frankfurt, welchem auch die Burgundische zugeordnet wären, am besten verhandelt werden. Billig hätte es auch schon eher sollen eingefestlet werden; dagegen vielmehr nach der jüngsten Valuation sich dieser betrügliche Vortheil ereignet, und man endlich befunden, daß die neuen Burgundischen Thaler, da sie zuvor 13. Loth 1. Quent gehalten, alle igo nur 12. Loth 1. Quent



Quent hielten, und also von neuem um ein ganz 3. Unzes Loth, als man zuvor am feinen auf jede Mark befunden, geringert worden, wie auch mit den neuern Niederländischen Thalern im Jahr 1565. geschehen wäre.

Ausserdem gereichte es auch zur Beschwerde, daß man, vermöge der R. M. O., im Einnehmen und Ausgeben keine andere Münze, als in Reichs-Sorten gebrauchen solle; dann dadurch würden alle Gewerbe und Commerciën zu Grunde gerichtet, und diejenigen, welche mit den Niederlanden und Eidgenossen gränzten, würden künftig weder kaufen noch verkaufen können; folglich wäre ihnen unmöglich, dem Edicte hienunter zu gehorchen, sie wollten dann ihren Handel einstellen, und in das äusserste Verderben und Mangel der täglichen Victualien gerathen. Eben so wenig wäre auch thunlich, vielmehr zu Beförderung des Kaufhandels und nothwendiger Gewerbe nachtheilig, daß ausländische Handelsleute nicht die Macht haben sollten, die R. Münze, welche sie aufrichtiger und erbarter Weise aus ihren Kaufwaaren erlöset, aus dem Reiche zu führen. Ingleichen enthalte auch die R. Münzordnung, daß kein Remedium, oder Nachlassung hinfüro statt haben solle, welches zu halten, den Münzmeistern und auch vornehmlich ihren Münzherren und Obern aus der Ursache unmöglich wäre, weil die Silber nicht allezeit gleichmässig probirt werden, und einen halben Pfennig oder halbe Gran anzugeben, nicht gebräuchlich wäre. Hieraus sey leicht zu ermessen, daß kein, auch noch so geschickter, Münzmeister so gleich mit dem Beschicken zutreffen könne, indem sich öfters begebe, daß das eine Silber geschmeidig, das andere aber ungeschmeidig

3. Er. die befunden werde, woraus dem Münzmeister  
1571 und Münzstand nicht wenig Nachtheil erfolge.

Dann der Münzstand müsse das Silber probirt aus den Thalern annehmen, aber nachher befinde er sie nicht wieder in solchem probirten Gehalte, und müsse deswegen den Abgang einzubüssen und erstatten. Wöthün sollte man es billig hieken, wie es hergebracht, und die Alten vor hundert und mehr Jahren im Gebrauch gehabt, auch über vielfältiges und eifiges Nachdenken niemals ändern und verbessern können; verbleiben lassen, und könnten sie, die Münzmeister, den Eid auf diesen Artickel anderer Gestalt noch zur Zeit nicht leisten. Wöfern aber ein oder mehr Münzmeister die alten Ordnungen übertreten, sich deren mißbrauchen, und mit Vorsatz dawider gröblich sündigen würden; so sollten sie, vermöge des Münzedictes, durch den geschwornen Warden, oder wer dazu verordnet, ernstlich und dergestalt gestraft werden, daß daran ein Anderer einen Abscheu haben möchte.

Ferner würden in dem vielgedachten Münzedict und darauf regulirter Probationordnung, auch darüber ausgefertigten Kayserlichen Mandaten, die verschiedene Belohnungen, wie sie die Münzgesellen anzunehmen Pflicht halber schuldig seyn sollen, angesetzt und bestimmt, dagegen aber ihrem Eide einverleibt, keinen Vertrag, Pacht oder Geding, die der Münzprobierordnung und K. A. einigermaßen zuwider seyn möchten heimlich oder öffentlich zu machen oder abzureden. Auch dadurch fänden sie, die Münzmeister, sich sehr beschwert, und hätten davon zu gewärtigen, daß sie keine Münzgesellen, auf den bestimmten Lohn, würden bekommen können. Dann es würde sich Keiner, für solchen geringen Lohn,  
zu

zu ihrem Münzwerte wollen gebrauchen lassen, I. Er. da man bereits einen Thaler von fünf Markten 1571 Pfenningsforten zu geben pflege, und doch in der R. M. O. erst von acht Markten ein Gulden, zu 60. Kreuzern, bestimmt sey, und die Rheinischen Churfürsten selbst, mehrerer Ergöcklichkeit halber, im J. 1567., zu jeder Mark Pfenninge 72. Stück hätten eingehen lassen. Endlich mußten sie auch noch anzeigen, daß die Reichs- und alle andere Guldene Münzen in ihrer Valuation zu gering gesetzt worden, woraus dann folge, daß, weil sie an ausländischen Orten ein viel mehreres gelten, sie im Reiche haufenweise aufgewechselt, das Reich des baaren Geldes entblösset, und dasselbe an ausländische Orte, besfern Gewinnes willen, verführet würde, welchem jedoch auch leicht zu begegnen und des L. R. Heil und Wohlfahrt zu handhaben seyn möchte. Alles dieses hätten sie, die Münzmeister, den zu diesem Probationstage verordneten Gesandten und Rathsleuten, so wohl ihrer selbst halber, als auch wegen ihrer Münzherrn und Obern, in der besten Meinung, und zu Verhütung mehrern Unrathes, nicht verhalten wollen, und daß es ihnen daher, noch zur Zeit, schwer und unmöglich sey, sich auf das Kayserliche Edict verpflichten zu lassen, welches auch die Gesandten noch weiter erwegen möchten.

Was für eine Wirkung diese Vorstellung der Münzmeister gehabt habe, werden wir bald mit mehrerm vernehmen. Den Münz-Probationstag selbst aber belangend, so war solcher, wie man aus dem gemachten Abschiede erschen kan, der 4. Das erste, der in dem Oberrheinischen Kreise, seit Publikation der R. M. und Probier-O., gehalten wurde. Es hatten sich nemlich die Ober-  
 L. R. 2. 8. Th. Do rhein

**1. Obr. rheinische Kreisstände, zu Befolgung und**  
**1571 Vollziehung** desjenigen, was in dem letztern  
 Speyerischen K. A., der Münze halber, wie  
 m. Mar. disponiret worden, auf ihrem kürlich zu Worms  
 116. gehaltenem Kreistage, dahin verglichen, die Pro-  
 bationstage, vermöge der M. und Pr. O., zu-  
 gleich mit andern Kreisen, ins Werk zu richten,  
 und damit auf den 1. May d. J. den Anfang zu  
 machen. Zu dem Ende sollte ein jeder Münzges-  
 nosse, der wirklich münzen wollte, auf besag-  
 ten Tag seine Münzmeister und Wardeine nach  
 Frankfurt abfertigen, um, nach beigebrachter Be-  
 scheinigung ihrer Redlichkeit und Geschicklichkeit, in  
 Eid und Pflicht des Kreises genommen zu wer-  
 den; unmittelbar die Stadt Frankfurt auf einen ge-  
 meinen Kreis-Wardein bedacht seyn sollte, um  
 denselben den Münzgenossen vorzustellen, und  
 fernere Handlung mit ihnen zu pflegen. Nun schick-  
 ten zwar die obbenannten Münzstände ihre Kä-  
 1. Marthe und Gesandten auf den bestimmten Tag nach  
 Frankfurt, man konnte aber diesmal, mit den bisher  
 im Kreise geschlagenen Münzen, keine Probas-  
 tion vornehmen, theils weil man noch keinen Kreis-  
 Wardein hatte, theils weil noch keine Münzstatt  
 und Ort bestimmt war, wo die Probationstage  
 zu halten, mithin man auch noch nicht die eiserne  
 Büchsen mit den drey Schlössern und Schlüs-  
 seln, von denen einer der Obrigkeit des Ortes,  
 wo die Probationen anzustellen, gelassen werden  
 sollte, verordnet hatte. Hierzu kam nun ferner, daß  
 die zur Beeidigung vorgeschiedene Münzmeister  
 und Wardeine, sich weigerten, den Eid abzule-  
 gen, und dagegen ihre vorgedachte Vorstellung  
 übergaben, nach welcher es, wegen des izzigen Sel-  
 berkaufes, unmöglich wäre, ohne Schaden  
 und Nachtheil nach dem im Münzdicke re-

geschriebenen Schroot und Korn zu münzen, I. C. deswegen dann auch die anwesenden Gesandten 1577 bedenklich fanden, die Vereidung der Münzmeister vorzunehmen, um keine Ursache zu einem vermuthlichen Meineide zu geben.

Ob nun gleich, wenn die Münze der R. M. O. gemäß geschlagen würde, nichts gewisser zu gewärtigen wäre, als daß sie von andern wieder aufgewechselt, zerbrochen und von neuem in den Tiegel würde geworfen werden; so wurde doch, in dem errichteten Abschiede, beliebt, den angränzenden Kreisen, besonders dem Chur-Rheinischen, zu zeigen, daß die Münzgenossen des Oberrheinischen Kreises willig und erbietig seyen, demjenigen, was die Münz- und Probations-Ordnungen, auch die R. A. ausweisen, so viel immer möglich wäre, nachzuleben. Zu dem Ende hätte man also, auf dem igitigen Probationstage, einen gemeinen Kreis-Wardein, nemlich den Philipp Moselern, einen Frankfurter Bürger, bestellet, und in gebührende Pflicht genommen, welcher von dem Rathe zu Frankfurt, vermöge des demselben gethanen Auftrages, wäre benannt, und zu solchem Amte tauglich befunden worden. Demselben hätte man nun auferlegt, sich zu allem, was nach Inhalt der Probationsordnung erfordert würde, gefaßt zu machen, auf dem nächsten, nach Worms, auf den 1. October d. J., angesetztem Probationstage zu erscheinen, und das zu vollziehen, was sein Amt und Befehl mit sich bringe, welchem nachzukommen, er sich auch erboten hätte, worauf man sich alsdann, nach Beschaffenheit seiner Arbeit, Mühe und Fleisses, mit ihm über seine Befoldung vergleichen wollte. Nicht weniger sollten die Münzgenossen im Ober-Rheinischen Kreise, welche

3. Obr. entschlossen wären, zu münzen, sich dem Münz-  
 1571 edicte, der Probationsordnung und R. A. ge-  
 mäß erzeigen, und die in der Probierordnung  
 besagte eiserne Büchsen <sup>†)</sup> verfertigen, und mit  
 drey Schlössern und Schlüsseln versehen lassen,  
 deren einen der Münzstand behalten, den an-  
 dern der Obrigkeit, nemlich dem Rathe der R.  
 Stadt Worms, wo dñmal die Probation zu  
 halten, überliefern, und den dritten einem  
 Münzstande, welcher ihm am bequemsten gelegen,  
 zñstellen sollte, die R. Stadt Worms aber,  
 welche selbst münzte, hätte ihren Schlüssel dem  
 Rathe zu Frankfurt übergeben. Und hierauf soll-  
 ten alle Münzgenossen zu der wñrlichen Probas-  
 tion der inzwischen gemünzten Geldsorten, mit  
 ihren Münzmeistern, auf den 1. October, gegen  
 Abend, sich zu Worms einfinden, und ein jeder  
 Wardein der Stände dieses Kreises, welche  
 münzeten, solche Büchsen mitbringen, um als-  
 dann die Probation, nach Vorschrift der Münz-  
 und Probations-Ordnungen, auch R. A., vor-  
 zunehmen.

Was übrigens das oberrwähnte Bedenten  
 und Beschwerden der Münzmeister, warum sie  
 den Eid, nach Ausweisung der Probationsord-  
 nung, nicht leisten, noch sie und die Stände,  
 nach dem im Münzedicte vorgeschriebenem  
 Schroot und Korn, münzen könnten, belange,  
 so wurden selbige von den anwesenden Råthen und  
 Gesandten für erheblich geachtet. Deswegen  
 wurde in dem errichteten Abschiede beschlossen,  
 die Sache, im Namen des Kreises, durch eine  
 eigene Schickung, an den nächsten Versammlungs-  
 tag der vier Rheinischen Churfürsten zu Bün-  
 gen zu bringen, und es dahin zu richten, wie man  
 eine

†) S. im IV. Bande der A. T. R. G., S. 99. f.

eine gleiche und gute Correspondenz der Münz. Chr. ze halber halten möchte, in Betracht, daß man<sup>1571</sup> durch, neben, bey und unter einander gesetzt wäre, und wie diesen Beschwerden zu begegnen und abzuhelpen seyn möchte. Sollten nun die besagten Churfürsten sich damit nicht beladen, oder darüber in Unterhandlung treten wollen; so sollte man sie ersuchen, es wenigstens, zu einer Resolution und Erledigung, an den nach Frankfurt angesetzten R. Deputations-Münztag gelangen zu lassen. Zu solcher Werbung an die Rheinische Churfürsten, von wegen aller Münzgenossen des Kreises, und auf gemeine Kosten desselben, wurden die beide Kreisabschreibende Fürsten deputirt, welche von ihrer Berrichtung, zwischen hier und dem nächsten Probationstage, den übrigen Münzgenossen Nachricht geben sollten. Hiernächst wurde von dem, auf dem damaligen Probationstage, von dem landgrafen Wilhelm von Hessen-Cassel, übergebenem Münz-Bedenken eine Abschrift genommen, und beliebt, daß die Gesandten solches ihren Herren und C. vorlegen wollten, um auf dem nächsten Probationstage darüber weiter zu berathschlagen. Zuletzt wird in dem Abschiede auch noch des dßmal wiederum, wie auf dem letztern Kreistage zu Worms, vorgefallenen Sessionsstreites zwischen den Pfalzgrafen Johann zu Zweybrücken und Georg Hansen zu Veldenz gedacht, mit dem Anhange, daß das Vorstimmen und Vorsitzen, auch die Unterschrift einem jeden an seiner Gerechtigkeit unabbrüchig seyn sollte; und würden sie sich ohne Zweifel, entweder mit einander freundlich zu vergleichen, oder die Sache an gebührenden Orten auszutragen wissen <sup>9)</sup>.

Do 3

Auf

<sup>9)</sup> Sirsch, l. c., T. VII. n. 70. et 71. p. 74-80.



m. Apr.

1571

Auf dem zu Jüterbock gehaltenem Ober-  
 Sächsischen Kreistage wurde gleichfalls über  
 die Execution und Publikation der R. M. O.  
 und Mandate gehandelt. Nun erklärte zwar der  
 mehrere Theil der anwesenden Gesandten, daß  
 ihren Herren nichts lieber seyn würde, als, daß sol-  
 che R. M. O. in allen Punkten, mit durchge-  
 hender Gleichheit, von allen und jeden Reichs-  
 Ständen, ic. stracks gehalten und vollzogen wür-  
 de, wie sie dann auch selbst dazu geneigt wären.  
 Allein es möchte fast unnöthig seyn, dasselbe so  
 eilend bey ihren Unterthanen ins Werk zu rich-  
 ten, besonders weil die gute Münze, eine Zeit-  
 her, aus ihren Landen ganz hinweggekommen,  
 und selbige dagegen mit geringer und böser Mün-  
 ze überschwemmet worden. Doch äusserten sie  
 endlich, daß ihre Herren ißo, wegen solcher bö-  
 sen eingeschobenen Münzen, die nöthigen Man-  
 data wollten ausgehen lassen, damit ihre Unter-  
 thanen sich davon, in einer benannten Zeit, los-  
 machen, und darauf die R. M. O. vollkommen  
 ins Werk gerichtet werden könnte. Dagegen  
 aber zeigten die Gesandten des Churfürstens von  
 Sachsen an, daß es die hohe und unvermeidliche  
 Nothdurft des Kreises erfordere, solches Münz-  
 edict und Mandate zum fordersamsten zu publi-  
 ciren, damit den Ständen und ihren Untertha-  
 nen ernstlich, und bey den im Reiche verordneten  
 Strafen, auferlegt würde, solchen Edicten bey  
 dem Münzen, und auch bey dem Ausgeben und  
 Einnehmen der Münze zu gehorchen. Be-  
 sonders aber hätte der Kreisobrist, und die Nach-  
 und Zugeordnete darauf Achtung zu geben, und  
 gebürliche Execution zu thun, wie dann der  
 Churfürst in seinen Landen bereits eine solche  
 Verordnung, wegen der bösen Münze, gemacht  
 hatt.



hätte. Und obgleich der Churfürst lieber gegen I. Chr. das R. Münzedeict allewege, und noch auf die 1571<sup>ten</sup> Reichstage hätte protestiren, auch solche Protestation so wiederholen lassen; so wäre doch seine Meinung keinesweges, schlimmere oder geringere Münze, als des H. R. Münze sey, schlagen zu lassen. Vielmehr würde das R. Münzedeict durch die churfürstliche gute Münze mehr befördert und gestärkt; deswegen sich Niemand auf ihn beziehen könnte, als ob seine Münze dem R. Edicte ver hinderlich wäre. Gleichergestalt ließen sich auch des H. Johann Wilhelms von Sachsen und andere Gesandten, wegen ihrer Herrschaften, welche dem Sächsischen Schroot und Korn gleich gemünzet, und es ferner zu thun erbietig waren, vernehmen.

Ob nun gleich hierauf allerhand Berathschla- gungen, wie obgedachtes Münzedeict zu fassen, auch die Probations- und Valuations-Tage in dem Kreise hinfüro zu halten, unter den Gesand- ten vorgegangen sind; so konnten sie doch, wegen der obangezogenen Verhinderungen, und aus an- dern Ursachen, zu endlicher Richtigmachung al- les dessen, damals nicht kommen. Weil aber ohnehin ein gemeiner Probations- und Valua- tions-Tag in dem Kreise fordersamst anzustellen war; so wurde verabschiedet, daß derselbe auf 26 Apr. den 17. Junius zu Leipzig gehalten werden sollte. Auf diesen Tag sollten also alle Kreisstände ihre Gesandten, nebst ihren Münzmeistern, War- deinen und Münzverständigen Personen, ab- schicken, um auf demselben zu handeln, zu bes- chliessen, und ins Werk zu richten, wie es die R. Ordnung und die Nothdurst des Kreises erfordere und mit sich bringe, damit man hernach die Deputirten des Kreises auf den bevorstehenden

3. Oct. Montag zu Frankfurt, mit desto richtiger  
 1571<sup>1</sup> Instruction, abfertigen könnte<sup>1)</sup>. Es wurde  
 auch hierauf dieser Münz-Probations- und Val-  
 17 Jun. vations-Tag zu Leipzig wirklich gehalten, und  
 26 c.m. auf denselben verabschiedet, daß hinfür, zu Fol-  
 ge des H. R. Münz- und Probations- Ord-  
 nung, jährlich zwey Probationstage gehalten  
 werden sollten; und zwar der eine zu Leipzig, und  
 der andere zu Frankfurt an der Oder, womit  
 (17. Merz) auf den Montag nach Lätare 1572. zu Leipzig  
 der Anfang gemacht werden sollte. Ferner sollten  
 die ordentliche Ober-Sächsische Münz-Städ-  
 te künftig seyn Leipzig, Berlin und Stettin<sup>2)</sup>.

Nachdem nun auf die bisher erzählte Weise,  
 in den benannten Kreisen, und ohne Zweifel auch  
 in den übrigen, das nöthige war vorbereitet  
 1 Jul. worden; so rückte die, in dem jüngsten Speyeri-  
 und schen R. A. bestimmte Zeit<sup>3)</sup> heran, da mit dem  
 1 Aug. R. Deputationstage zu Frankfurt der Anfang  
 gemacht werden sollte. Auf demselben erschienen  
 als Kayserliche Commissarien; der Graf Ludewig  
 von Löwenstein und die Kayserliche Rät-  
 the, D. Timotheus Jung und Johann Achil-  
 les Ilung. Ferner beschieden diesen Tag durch  
 ihre Gesandten die Churfürsten von Mainz,  
 Trier, Cöln, Pfalz, Sachsen und Brandens-  
 burg, das Erzhaus Oesterreich und das Haus  
 Burgund; ingleichen wegen aller geistlichen  
 Fürsten der ErzB. Johann Jacob zu Salz-  
 burg, und die Bischöfe Friedrich zu Würzburg,  
 der

1) Mosers Samml. der Crays Abschiede, P. II. n. 50  
 S. 42-44. p. 132. sq.

2) Möllers Sächs. Annales ad a. 1571., p. 155.

3) S. in diesem VIII. Bande der H. T. R. G., S.  
 280. und 300.

der Cardinal Marx Sittich zu Costniz, Jo. J. Sch.  
hann zu Münster, Administrator zu Osnabrück 1571  
und Paderborn, und Gerhard zu Lüttich;  
wegen aller weltlichen Fürsten aber, der S. Al-  
brecht von Bayern, Pfalzgraf Georg Hans  
von Veldenz, die Herzoge von Braunschweig  
Lüneburg, nemlich Julius zu Wolfenbüttel  
und Wolfgang zu Grubenhagen, der S. Wil-  
helm zu Jülich x., der S. Johann Friedrich  
zu Pommern, und die Landgrafen von Hessen,  
Wilhelm zu Cassel und Ludwig zu Marburg;  
von Seiten der Prälaten der Abt Johannes von  
Weingarten, und wegen der Grafen und Her-  
ren, Graf Heinrich zu Fürstenberg; auch end-  
lich wegen der Frey- und Reichs- Städte die  
Städte Cöln und Nürnberg").

Nach geschehener Eröffnung dieses R. Des-  
putationstages trugen die Kayserlichen Com-  
missarien vor: 1) Daß, obgleich die R. und R.  
Münzordnung wohlbedächtlich verfaßt, und  
seitdem, auf den nächsten R. Tagen zu Augs-  
spurg und Speyer, mit allerhand nöthigen und  
näthlichen Zusätzen verbessert, und bey ernstlicher  
Strafe durchaus zu halten, befohlen worden,  
dem ungeachtet dem Kayser, von verschiedenen  
Ständen, schriftlich angezeigt worden, wie in  
Vollziehung und gleichmässigerhaltung der-  
selben, sich allerhand Schwierigkeiten ereigneten.  
Hiernächst wären die fremden verbotenen Mün-  
zen noch nicht überall eingewechselt und gebrä-  
ucht worden, sondern würden noch von etlichen  
für Wehrschafft angenommen, woben auch noch  
sonst

a) S. die Unterschrift des Frankfurt. R. Deputat.  
Abschiedes vom J. 1571., in der 17. Sammlung  
der R. A., P. III. p. 347. sq.

2. etc. sonst allerhand schädliche Verfälschung, Auf-  
 1571 wechslung; Ausführung und Brechung der  
 guten R. Sorten, und dagegen Einschleifung  
 der verbotenen ausländischen Münzen vorge-  
 hen sollen. Ferner und 2) würde man sich aus  
 der letztern Speyerischen Reichstags-Propo-  
 sition zu erinnern wissen, in was für merkwürdige  
 Unrichtigkeiten und Abfall, auch aus was für  
 Ursachen, die R. Matrikel eine Zeitlang gekom-  
 men sey. Deswegen hätte man damals auch ver-  
 abschiedet, daß auf dem itzigen Deputations-  
 tage, in allen Appellationen, welche von den, am  
 1. Julius allhier verordnet gewesenen, Moderat-  
 oren angebracht, und vorher am R. R. G. an-  
 hängig gemacht worden, dasjenige, was recht  
 und billig, endlich erkannt, und hierauf, aus  
 eines jeden Kreises eingeschieden Erkundigung  
 der entzogenen oder unrichtigenstände, die  
 R. Matrikel ergänzt, und richtig gemacht  
 werden sollte. Da nun die höchste Nothdurft  
 des gemeinen Bestens erforderte, diesen Unrich-  
 tigkeiten, ohne längeres Verziehen, zu begegnen,  
 und abzuheben; so wollten Sie, die Commissa-  
 rien, im Namen des Kayfers, die anwesenden  
 Gesandten ersuchen, solches alles umständlich zu  
 erwägen, und mit gemeinschaftlichem Rathe  
 darauf zu denken, wie die R. M. O. und darauf  
 verabschiedete Zusage, in allen Kreisen, in eine  
 durchgängige Gleichheit zu bringen, die ange-  
 brachten Appellationen in Moderationsfachen,  
 nach Recht und Billigkeit, zu entscheiden, und  
 endlich die R. Matrikel nach Möglichkeit zu er-  
 gänzen und zu rectificiren seyn möchte. Sol-  
 ches ihr Gutachten möchten nun die Gesandten  
 ihnen, den Kayserlichen Commissarien, erthei-  
 len, indem Sie, nach ihrer Instruction, weitem  
 Be-

Befehl hätten, mit ihnen das nöthige zu beschließen.<sup>9)</sup> 1571

Die anwesenden Gesandten stellten hierauf unverweilt ihre Berathschlagungen über die ihnen proponirte zwey Punkten, nemlich 1) das R. Münzwesen, und 2) die Ergänzung und Richtigmachung der R. Matrikel, an, und übergaben ihr rathliches Gutachten den Kayserlichen Commissarien, die mit ihnen einen Schluß faßten, welchen sich der Kayser gefallen, und als einen allgemeinen R. Beschluß, durch den gemachten Abschied, publiciren ließ<sup>10)</sup>. In Ansehung, des erstern Punkts also, oder des Reichs Münzwesens, wurde vor allen Dingen die R. M. O. vom J. 1559., mit ihren, auf den R. Tagen zu Augspurg im J. 1566., und letzten zu Speyer im J. 1570., gemachten Zusätzen bestätigt, und verabschiedet, daß darüber fest gehalten, sie völkhen, alles widrige Vornemen dagegen abgeschafft und solches Keinem absetzen werden solle. Weil aber etliche Kreise und Stände schriftlich angezeigt hätten, wie beschwerlich es ihnen bisher gewesen, und noch sey, in ihren Kreisen und Landen dem Kayserlichen Münzedicte und Abschieden durchaus zu folgen, und es zur durchgehenden Gleichheit zu bringen, in Betracht, daß sie mit den Burgundischen und andern benachbarten fremden Landen ihre Commerciën hätten, wo die Münze theils zu hoch gesteigert, theils an Schroos und Korn gefallen wäre, wodurch die guten R. Sorten häufig aufgewechselt, aus dem Reiche ge-

9) Frankfurt. R. Deputat. Abschied vom J. 1571., S. 1 - 5. l. c., P. III. p. 342.

10) Eben derselbe, S. 6. et 7.; l. c., P. III. pag. 342. b.

3. Er geführt, und unter fremden Gepräge vermünzet, wodurch aber ihren Landen und Unterthanen die guten R. Münzen entzogen wurden; so erbot sich der Kayser, daß er den König von Spanien und seine Regierung der Burgundischen Niederlande auf das eheste ersuchen, und dahin vermögen wolle, von solcher Steigerung ihrer Münzsorten abzustehen, und ihr Schroot und Korn der R. M. O. gemäß zu machen, auch deswegen eine billige Reduktion ihrer gemünzten Sorten vorzunehmen. Und ein ähnliches Ersuchen solle auch bey etlichen andern Benachbarten, wo es nöthig, durch den Kayser geschehen.

Damit aber inzwischen allem gefährlichen Aufwecheln, Ausführen, Zerbrechen und Vermünzen der R. Münzsorten, wie auch der Ausfuhr des rohen Silbers, und der nunmehr verbotenen und verwürkten Münzen allenthalben desto ernstlicher gewehret würde: so sollten alle Stände und Obrigkeiten, in ihren Städten, Landen und Gebieten, insonderheit aber an allen Pässen und Zöllen, zu Wasser und zu Lande, eine fleißige Aufsicht bestellen, damit die Aufwechler, Ausführer, Zerbrecher und Vermünzer, an Leib und Gut, insolge des jüngsten Speyerischen R. A. \*), zu verdienster Strafe gebracht würden. Diese verbotene Ausfuhr solle nun dahin verstanden werden, daß keine goldene oder silberne R. Sorten, oder rohes Silber, noch auch die verbotenen verwürkten Münzen aus dem Reiche Teutscher Nation in andere fremde Lande, noch auch in die Burgundische Niederlande, so lange sie sich der R. M. O. nicht gemäß hielten, unter einigem Schein geführt werden.

\*) S. in diesem VIII., Bande der N. E. R. O. S. 297. f.

werden sollen. Deswegen sollten alle Obrigkeiten, I. Chr. besonders in den Kauf- oder Handels-Städten, 1571<sup>1</sup> wo die Güter in Fässer oder Ballen eingepackt würden, hierauf eine fleißige Aufsicht halten. Dagegen sollen hiñwiederum die Burgundischen und anderer fremder Länder silberne und goldene Münzsorten, blos allein die in dem Münzedicte benannten Dukaten und Kronen †), und die in dem ißigen Abschiede verzeichnete Engelotten und Nobeln ausgenommen, in das Teutsche Reich, bey Strafe der Confiskation, nicht eingeführt, vielweniger für Wehrschafft gegeben oder genommen werden. Wegen Bestrafung aber der Steigerer und Schwächer der R. Sorten, auch anderer Uebertreter der R. M. O. und A., wird sich auf dasjenige bezogen, was hievon in dem Münzedicte und dem letztern Speyerischen R. A. deutlich versehen wäre. Indessen da viele verbotene, fremde und einheimische, ungesrechte Münzen hin und wieder eingeschleift würden; so sollte ein jeder, nach Publikation dieses Abschiedes, solche verbotene Sorten auf den Bruch, wie solches auch das, währendem Deputationstage, zu Frankfurt publicirte Proklama \*) verordne, zum Verwechseln und Ver- 24<sup>ten</sup> münzen, in die verordneten Kreis-Münzstädte liefern, keinesweges aber für Wehrschafft ausgeben, noch in die Burgundische und andere fremde Lande ausführen, bey Vermeidung der obberührten Strafen; als worauf alle Obrigkeiten, an allen Zöllen und Pässen, und sonst in ihren Gebieten, eine fleißige Aufmerksamkeit haben sollen.

Hier:

†) S. im IV. Bande der N. T. R. G., S. 92 f.

\*) S. in diesem VIII. Bande der N. T. R. G., S. 302:304.



3. Chr.

1571

Hierdurchst wäre offenbar, und läge vor Augen, wie verächtlich etliche Münzherren und Münzmeister, wider das Verbot der R. M. O. und der R. A. zu Augspurg und Speyer, nunmehr eine gute Zeit her, böse, unzulässige und sonst ungerechte Sorten, grosse und kleine, als Dreybäzner, Dreykreuzer, die Niemanden zu münzen gebühret habe, halbe Bazen, Pfenninge, Zeller u. a. m., nicht ohne grossen Betrug und Vervorthailung des gemeinen Mannes, ausgemünzet hätten. Damit nun solchen Uebertretern ihr Frevel oder Verschulden nicht ungestraft hingehen möge, so verordnet unser R. Deputationsabschied, daß deswegen, auf den bevorstehenden Probationstagen in den Kreisen, genaue Erkundigung eingezo- gen, und solche unzulässige und ungerechte, grosse und kleine Geldsorten fleissig probirt werden sollen. Die eingezogene Nachrichten aber solle man dem Kayser melden, welcher alsdann gegen solche ungehorsame Münzstände, mit Ver- bietung ihrer verwürkten Münzgerechtigkeit, oder sonst, nach Beschaffenheit der verschuldeten Sachen, alsobald zu verfahren, erbietig wäre. Daneben solle ein jeder Kreis, in den verordneten Münzen, verzeichnen lassen, wie viel und was für böse oder ungerechte Sorten von den Stän- den oder Unterthanen eingebracht und eingewech- selt worden, und hernach den Schaden, vermöge des jüngsten Speyerischen R. A. †), taxiren las- sen. Solches Taxatum nun solle der Kreis, als verordneter Exetutor, von den Verursachern, sie seyen nun Münzherren, Münzmeister, oder andere im Kreise Angeseffene und Begüterte, bei-

†) S. in diesem VIII. Bande der H. L. R. O., S. 290. f. und 291.



beitreiben, und den Beschädigten zum Besten J. Br. einbringen. Falls hingegen der Verursacher in 1571 demselben Kreise nicht angesessen und begünstert wäre; so solle solcher Kreis dem andern, worin die Verursacher ihre Wohnung oder Güter hätten, die taxirten Schaden, nebst Ueberschickung eines oder zwey Stücke solcher bösen und ungerecht befundenen Münzsorten, melden, und den Beschädigten zu Güte einfordern. Hierauf solle nun der ersuchte Kreis, als Kayserlicher Exekutor, den Verursachern gebieten, solchen taxirten Schaden dem ansuchenden Kreise, binnen einer benannten kurzen Zeit, ohne alle Verweigerung, zu erstatten. Würde aber solches nicht geschehen, so solle der Kreis die gebührliche Exekution unverzüglich selbst thun, damit die taxirten Schaden, nebst den Exekutionskosten, entrichtet würden, wovon auch keine Appellation stattfinden sollte; als auf welche Art hiemit der §. 127. des letztern Speyerischen R. A. \*) erklärt wurde.

Da auch der Münzherr mit solchem seinen ungebührlichen Münzen fortführe; so sollten die Kreisstände, statt des Kayfers, ihm sein ungebührliches Münzwert alsobald verbieten, niederlegen, alle Materialien in ihre Verwahrung nehmen, und solches dem Kayser unverzüglich zu wissen thun, um sich seines Amtes gegen solchen ungehorsamen Münzherrn, zufolge des Speyerischen R. A., zu gebrauchen. Hingegen den Münzmeister, Wardein und andere mit schuldige Personen solle der Kreis gefangen setzen, und gegen sie, nach Inhalt der öfters gedachten Speyerischen und Augspurgischen R. A., auch

\*) S. in diesem VIII. Bande der H. T. R. G., S. 290. f. sub N. 5.

† Ehr. auch der R. M. O. †), mit der Strafe, neben  
 1571 Erstattung der Schaden, verfahren, und in  
 sonderheit die gefährliche Aufwechsler, Granas  
 liter, Verbrecher, Schwächer oder Vermün  
 zer der R. Sorten am Leib und Gute strafen las  
 sen. Wosern nun aber die Stände, in deren  
 Kreise dergleichen ungebührliches Münzen vor  
 gieng, solches nicht verbieten und abschaffen,  
 sondern vielmehr demselben nachsehen und es ver  
 statten würden; so sollte es der nächst angefes  
 ste Kreis, oder wenn solches Münzen zum Nach  
 theil gereichen möchte, dem Kayser unverweilt zu  
 wissen thun, worauf Er mit schleunigem Verbot und  
 sonst, nach Inhalt des Speyerischen R. A., so  
 wohl gegen den Münzherrn, Münzmeister,  
 Wardein und andere Helfer, als auch gegen die  
 säumigen und nachsehenden Kreisstände, das  
 nöthige verfügen wollte. Sollten auch ein solcher  
 Münzmeister, Wardein oder ihre Helfer ent  
 weichen, oder ihnen jemand Vorschub thun, daß  
 man sie nicht zur gefänglichen Haft bring  
 en könnte; so solle es bey dem Ermessen der  
 Kreisstände stehen, was in solchem Falle weiter  
 vorzunehmen seyn möchte. Uebrigens wolle der  
 Kayser den erwähnten Kreisständen einen glei  
 chen Befehl und gleiche Macht in Ansehung  
 dessen, was in den folgenden, im Speyerischen R.  
 A., vom §. 129. bis zum §. 135., bemerkt sie  
 ben Fällen \*), von den Münzherrn, Münz  
 meistern und Wardeinen verordnet worden, hier  
 mit ertheilet haben.

In

†) S. im VIII. Bande der N. L. R. G., S. 291. f.  
 ingleichen im IV. Bande, S. 97. f. und im VI.  
 Bande, S. 333.

\*) S. im VIII. Bande der N. L. R. G., S. 291,  
 295. von n. 7. 4.

In dem letztern Speyerischen R. A. wäre <sup>3. Th.</sup> zwar verordnet worden, daß, ausser den drey oder <sup>1571</sup> vier in jedem Kreise anzuordnenden Münzstätten, denjenigen Ständen, welche eigene Bergwerke haben, daneben noch besondere Münzen zu haben vorbehalten seyn solle †). Allein man habe bereits wahrgenommen, daß solcher Vorbehalt dahin gemißbraucht werden wolle, als sollte ihnen erlaubt seyn, auch fremdes, erkaufte oder sonst dahin gebrachtes Gold und Silber zu vermünzen. Weil aber dadurch die höchstnöthige Verordnung wegen der drey oder vier Kreis-Münzstätten entkräftet würde, und solche besondere Vergünstigung nur allein von dem Bergwerke und dem daselbst gewonnenen Gold und Silber billig zu verstehen wäre; so wurde in unserm R. Deputationsabschiede jene Verordnung dahin erklärt, und festgesetzt; daß zwar den Münzherren, die eigene Bergwerke haben, das daselbst gewonnene Gold und Silber zu vermünzen, unverboden, sie aber dagegen schuldig seyn sollten, alles andere erkaufte oder sonst an sich gebrachte Gold und Silber, gleich andern Ständen, auf den angestellten drey oder vier Kreis-Münzstätten ausmünzen zu lassen. Und da man auch die Erfahrung habe, daß die jährlich angestellte zwey Probationstage, zu Handhabung ges rechter Münzen, und Abwendung alles Betruges höchst nöthig und nützlich wären; so wurde, zu besserer Correspondenz und Communication der benachbarten Kreise, in diesem allgemeinen nützlichen Werk, unter einander, womit auch einige bereits den Anfang gemacht hätten, <sup>weil</sup>

†) S. im VIII. Bande der H. T. R. G., S. 193. f.  
N. 11.

**J. C.** weiter verordnet, daß hiñsich: 1) der Chur, Rhein-  
 1571 nische, Ober- Rheinische und Westfälische  
 Kreis, ingleichen 2) der Ober- und Niedersäch-  
 sische Kreis, doch dem letztern, seine alte  
 Correspondenz mit dem Westfälischen Kreise  
 fortzusetzen, vorbehalten, und dann 3) der Frän-  
 kische, Bayerische und Schwäbische, samt dem  
 Oesterreichischen Kreise, mit einander gute nach-  
 barliche Correspondenz, zu Handhabung durch-  
 gehender Gleichheit bey der R. M. C., zu hal-  
 ten, schuldig seyn sollten. Und zwar dergestalt, daß  
 sie entweder jährlich einen gemeinen Probations-  
 tag zusammen halten, oder aber doch sonst, wie sie  
 sich beswegen, nach ihrer besten Eirgenheit, verei-  
 nigen könnten, mit Zuschreiben und Bericht, was  
 auf eines jeden besondern Probationstage dem  
 Münzedeict und den Abschieden zuwider vor-  
 gekommen, und dagegen bedacht und verabschie-  
 det worden, die weitere Communication pflegen  
 sollten. Auch sollte ein jeder Kreis dem andern  
 unverweilt anzeigen, wo und wie viel Münz-  
 Städte er in seinem Kreise angeordnet habe, da-  
 mit man sich, bey ereignenden Fällen, mit Anfor-  
 chung und sonst darnach zu verhalten wisse.

Uebrigens obgleich der Niederländischen  
 Zeckemünzen ungerechte goldene Sorten, und  
 ganze, halbe und Orts- Thaler, auch andere  
 silberne Sorten, durch das Münzedeict und den  
 Augspurgischen R. A. vom J. 1566., im Reis-  
 che durchaus verboten und verbannt worden \*);  
 so mußte doch der Kayser vernehmen, daß solchen  
 Sorten, im Westfälischen und andern anstößens-  
 den Landen, nicht ohne sträfliche Verachtung der  
 R. und des H. R. Satzungen und Mandate, aller  
 Un-

\*) S. die N. T. R. G., im IV. Bande, S. 91. f.  
 und im VI. Bande, S. 330. f.

Unterschleif gegeben, und selbige genommen wür. J. Ebr. 1571  
 den. Es wolle daher der Kayser allen Obrigkeit-  
 ten, bey Vermeidung der Kayserlichen Uns-  
 gnade, hiemit auferlegt und befohlen haben, solche  
 verbannte, ungerechte, goldene und silberne  
 Sorten allenthalben, wo sie nur zu bekommen, zu  
 confisciren, und keinesweges für einige Wehr-  
 schaft ausgeben zu lassen, auch einem jeden Anzei-  
 ger den dritten Theil davon zuzustellen. Weil  
 auch viele Lande mit bösen Pfenningen und  
 Zellern, dem gemeinen Manne zu besondern  
 grossen Schaden, ausgefüllt wären, und dadurch  
 Ursache zu wucherlicher Steigerung anderer  
 grober Sorten gegeben würde; so befahl der Kays-  
 ser mit Bewilligung der Räche der Churfürs-  
 ten und der deputirten Fürsten, daß auf den  
 nächsten Probationtagen auf Mittel und Wege  
 gedacht, und selbige ins Werk gerichtet werden sol-  
 ten, wie solche ungerechte Pfenninge und Zells-  
 ler, mit Erholung aller Schaden gegen die Vers-  
 ursacher, wiederum zu vertilgen seyn möchten.  
 Deswegen solle, zu mehrerer Verhütung des un-  
 gleichen und zu vielen Aufstückeln, hinfüro die  
 Reck, oder Ziehe, Bank auch zum Pfennig-  
 und Zeller-Münzen, (doch nicht anders, als zum  
 Durchziehen der Zähn, damit im Aufstückeln  
 Gleichheit gehalten werden möge,) wie zu andern  
 kleinen Münzsorten, gebraucht werden. Würde  
 sich aber einiger Münzmeister oder Geselle dessen  
 weigern, oder es unterlassen, oder auch zu viel  
 aufstückeln; so solle derselbe, nach Inhalt des  
 Augspurgischen R. A. vom J. 1566. †), bey  
 jedermann für unredlich gehalten werden, und zu  
 keinen Ehren kommen mögen, auch noch außers-

†) S. im VI. Bande der N. T. R. G., S. 333. f.

3. Ede. dem von denselben Kreisen und Ständen, nach  
1571 Beschaffenheit seines Frevels, verabschiedeter massen,  
bestraft werden.

Ausserdem wäre auch, auf dem izzigen R.  
Deputationstage, vorgebracht worden, daß die  
Engelotten, Heinrichs-, Rosen- und Schiff-  
Nobels, in den Ober- und Nieder- Sächsi-  
schen Landen, von langer Zeit her, in Handtie-  
rungen und Kaufmannschaften mit Polen,  
Dännemark, Schweden und andern benach-  
barten Ländern, ganz gebräuchlich, und solche  
Sorten von vortreflichem guten Golde wären,  
mithin für Wehrschaft im Reiche billig passir-  
ten sollten. Es wurde daher beliebt, daß auch sol-  
chen goldenen Sorten ihr gewisser und gebühren-  
der Wehrt an Schroot und Korn, wie hiebvor  
mit etlichen Spanischen und Französischen Du-  
katen und Kronen geschehen, auf den nächstkün-  
ftigen Probationtagen, gesetzt, solches von ei-  
nem Kreise dem andern, und dann auch dem  
Kayser berichtet werden solle, damit er befehlen  
möge, dieselben auch für Wehrschaft zu neh-  
men; doch daß keine dergleichen im Reiche  
nachgeschlagen werden sollen. Weil auch etliche  
fremde, doch passirte Dukaten und Kronen  
am Gehalte und Gewichte etwas zu gering,  
und auch einige churtheimische Goldgülden an  
Schroot und Korn ungemäß geschlagen seyn  
sollen; so wurde verordnet, daß deswegen, auf den  
erstgedachten Probationtagen, gewisse Erkundis-  
gung, mit Probirung dieser Sorten, eingezogen,  
und davon Bericht an den Kayser erstattet werden  
solte, worauf er Mandate wolke ausgehen lassen,  
wie selbige zu nehmen seyen. Endlich wäre nur  
allzu bekannt und offenbar, daß die vornehmsten  
Kaufmannschaften und Handtirungen, in den  
R. Kauf,

R. Kauf- und Handels-Städten, mit Geld 3. Chr. und Waaren getrieben, auch daselbst, durch etli. 1571  
 cher eigennützigen Personen wucherlichen Be-  
 trieb, das hochschädliche Steigern, Aufwechselfn,  
 Ausführen, Zerbrechen, Einführen und ande-  
 re verbotene Stücke mit des R. Münzsorten,  
 Silber und verwürkten Münzen, am meisten  
 ausgeübet, dadurch aber alle Unordnung, Ver-  
 achtung und Uebertretung des Kayserlichen  
 Münzedictes am ersten verursacht wurde. Es  
 wolle daher der Kayser den Obrigkeiten in solchen  
 Kauf- und Handels-Städten ernstlich auferle-  
 gen und befehlen, die Mittel und Wege vor die  
 Hand zu nehmen, damit solche vorbesagte sträf-  
 liche Stücke bey ihren Bürgern gänzlich abge-  
 schafft werden, und man hinfüro ihren gebührenden  
 schuldigen Gehorsam gegen das Münzedict und  
 die R. A. mit mehrern Ernste würklich empfinden  
 möge. Widrigenfalls, und wenn sie hierunter säu-  
 mig befunden würden, wollte der Kayser sich vor-  
 behalten, seine Commissarien, nebst Erfordern  
 etlicher angeessener Churfürsten und Fürsten,  
 in dergleichen Städte abzuschicken, und solche  
 Mittel vorzukehren, damit die R. M. O. und  
 Abschiede auch bey ihnen gebührllich ins Werk gerich-  
 tet und exequirt werden möchten<sup>1)</sup>.

Der andere Punkt der Kayserlichen Pro-  
 position auf dem Frankfurtschen Deputations-  
 tage betraf die Erledigung der von einigen Stän-  
 den eingelegten Appellationen in Moderations-  
 sachen, und die Ergänzung und Richtigma-  
 chung der R. Matrikel, worüber zwar auch in

P p 3

den

1) Frankfurt. R. Deputat. Abschied vom J. 1571.,  
 S. 8:37., in der 17. Samml. der R. A., P. III.  
 p. 342. b) → 346. a. und beym Hirsch, l. c., T. II.  
 n. 46. p. 101-110.

3. Or. den Rätthen tractirt, aber nichts ausgemacht  
 1571 wurde. Die Gesandten hätten zwar, vermöge ihrer Instruktionen, auch diesen hochwichtigen Sachen, woran dem Kayser, allen Ständen und dem gemeinen Besten viel gelegen war, nach Möglichkeit gerne abgeholfen, damit einmal die von vielen Ständen, etliche Jahre her, angezogene Beschwerden, der Gebühr nach, erlediget, unter allen Ständen in den R. Anlagen eine billige Gleichheit gehalten, und was dem Reiche an seinen Gliedern, Landen und Gütern entzogen worden, wieder ergänzt, und also die obliegenden gemeinen Bürden und Hülfen desto mehr erleichtert werden möchten. Allein es thaten sich, sogleich nach angegriffenem Werke, und eingesehenen Akten, solche ansehnliche Mängel und Unrichtigkeiten hervor, daß es unmöglich fiel, für iho in diesen schweren Sachen, nach Vorschrift des letztern Speyerischen R. A. \*), endlich zu verfahren, und ihnen *ex aequo et bono* abzuhelfen; sondern man mußte sie bis zu einer andern Zusammenkunft einstellen, wovon dann auch ein ausführlicher Bericht an den Kayser erstattet wurde. Der Kayser ließ sich auch solches Bedenken des R. Deputationstages gefallen, und erbot sich, mit Rath und Zuthun der Churfürsten, Fürsten und gemeinen Stände, auf fügliche Wege bedacht zu seyn, wodurch solchen eingefallenen Vershinderungen und Mängeln in beiden oberrührten Sachen, bey einer andern Gelegenheit, Rath geschafft, und alsdann dieses hochnörhige und gemeinnützige Werk einmal zur gewünschten Erledigung gebracht werden möchte <sup>\*)</sup>. Zum Beschlusse

\*) S. im VIII. Bande der 17. T. R. G. S. 279, 283.

\*) Frankfurt. Deputat. Abschied, S. 38 : 41., I. c., P. III. p. 346.



schlusse des Deputationsabschiedes erfolgt die 3. Or.  
gewöhnliche Urkund und das Versprechen des 1571.  
Kaysers und der deputirten Churfürsten, Fürs-  
ten und Stände, alles vorstehende fest und un-  
verbrüchlich zu halten †), nebst der Unterschrift  
der anwesenden Kayserlichen Commissarien, und  
der Botschaften der deputirten Stände \*). Der  
Abschied aber wurde von wegen der Churfürs-  
ten von dem Maynzischen und Pfälzischen, we-  
gen der geistlichen und weltlichen Fürsten von  
den Oesterreichischen und Bayerischen, wegen  
der Prälaten und Grafen von ihren abgefertigten  
Gesandten und Rätthen, D. Gallus Hager-  
und D. Johann Ramen, und endlich wegen der  
K. Städte von dem Nürnbergischen Deputir-  
ten, für sich und den Cölnischen, unterschrieben: Ort  
und besiegelt †).

Nach währendem Deputationstage zu  
Frankfurt publicirten die daselbst anwesende Kay-  
serliche Commissarien und Gesandten der Rhein-  
ischen Churfürsten wegen die Beobachtung der:  
K. M. O. und das Münzwesen betreffende Ver-  
rufe, deren Inhalt ich aber schon bey dem vor-  
rigen Jahr bengebracht habe †). Um diese Zeit mach-

P p 4

†) Frankfurt. K. Deputat. Abschied, S. 42. & 43.,

l. c., P. III. p. 346. sq.

\*) Eben derselbe, l. c., P. III. p. 347. sq.

‡) Eben derselbe, l. c., P. III. p. 348. Der K. De-  
putations-Abschied wurde sogleich nach in diesem  
J. 1571. zu Maynz, durch Franz Behnen, in  
Folio, 11½ Bogen stark, gedruckt, und steht auch  
in Lünigs K. A., T. III. 1. Forts. , n. 30.  
p. 221-228. und ein Auszug davon in Schmaufs-  
sens Corp. I. P. Academ., n. 45. p. m. 310-317.

a) S. in diesem VIII. Bande der K. A. G. S.  
301; 304. Es stehen übrigens die beide Proklamata

auch

J. Ob. ten auch Nikolaus Schael und Albrecht Boms<sup>1571</sup> gartner, zwey Münzergesellen zu Stuttgard, eine Probe von sechs verschiedenen Sorten der verbotenen Münzen, und setzten davon ihren Bericht auf. Eben dieselben entwarfen, auf Verlangen des Raths zu Schwäbisch-Halle, noch einen andern Bericht, worin sie berechneten, wie man dabey bestehen würde, wenn man einige verbotene Münzen zu Pfenningen, nach der R. M. O., vermünzen wollte, als 1945. Stück auf eine feine Mark, d. i. auf ein Loth Raub 38. Stück, ferner was für Werkzeuge man dazu haben müßte, und was es kosten möchte; da es sich dann auswies, daß man bey allen sechs probirten Geldsorten einen Verlust haben würde <sup>a)</sup>).

Bald nach geendigtem Deputationstage<sup>13 Dec.</sup> aber ertheilte der Kayser, auf rathjames Gutachten und Fürbitte der zu Frankfurt versammelt gewesenen R. Deputirten, den Münzgesellen im Reiche ein Privilegium. Dieselben hatten nemlich sowohl auf dem letztern Speyerischen R. Tage, als auch kürzlich zu Frankfurt beschwerend vorgestellt, daß es auf den Münzen und Münzwerken des H. R. Teutscher Nation, von Alters und unverdenklichen Jahren hergekommen sey, daß alle, welche das Münzen lernen wollten, auf einer redlichen und bewährten des H. R. Münze ihre freye und eheliche Geburt darthun, in ihrem vier. Lehrjahren eine thörlische Kappe tragen, alle Dienste, Mühe und Arbeit auf den Münzen verrichten, und sich insonderheit eines guten und ehrbaren Wandels und Wesens befleißigen,

auch in Königs R. X., T. I. P. I. p. 361. sq. und beyrn Girsch, l. c., T. II. n. 43. & 45. p. 98. sq. & 113-115.

b) Girsch, l. c., P. II. n. 44. sp. p. 100. sq.

gen, auch da sie solches nicht gethan, sich darum 3. Ebe-  
 streichen und strafen lassen müssen, worauf sie, 1571  
 allererst nach ihrer Auslernung, zur Münzar-  
 beit gebraucht und zugelassen, und für R. Münz-  
 gesellen erkannt und aufgenommen würden; mithin  
 man auf den Münzen jederzeit redliche, fromme  
 und erfahrene Münzgesellen gefunden habe. Al-  
 lein diesem entgegen habe sich eine Zeit her, und be-  
 sonders weil das vortheilhafte und betrügliche  
 Zechenmünzen entstanden, zugetragen, daß etliches  
 loses und leichtfertiges Gesindel, so man Meis-  
 temacher (Meutmacher) nenne, sich hin und  
 wieder in die Münzen verbreitet, zu denen sich auch  
 an etlichen Orten Kesselschläger, Schmiede,  
 Schlösser, Leinen- und Wollenweber und derg-  
 gleichen mehr geschlagen hätten. Darüber wäre es  
 an etlichen Orten dahin gekommen, daß, weil die R.  
 Münzgesellen bey und neben solchem Gesindel  
 nicht sitzen, noch arbeiten, und daselbst den ge-  
 winnsüchtigen Münzmeistern etliche Mark  
 Silbers mehr für einen Thaler, als die Pros-  
 pierordnung mit sich bringt, zu gering machen  
 wollen, solches geringe Gesindel zu solcher Arbeit  
 gebraucht würde. Daraus aber wäre nun weiter  
 erfolgt, daß nicht allein die alte löbliche Gewohn-  
 heit und guter Gebrauch vergessen und übers-  
 treten, sondern auch zu so vielen betrüglichen  
 Münzen und Nachkonterfaytungen die Ver-  
 anlassung und Ursache gegeben worden, sie aber,  
 die das Münzen redlich gelernt und gebraucht, da-  
 durch gar sehr verletzt, und in Schaden geführt  
 würden. Um nun solchem Uebel und Mißbrau-  
 che zu begegnen, und um die obgenannte Meis-  
 temacher, Kesselschläger, Schmiede, Schlösser,  
 Wollen- und Leineweber, und anderes zum  
 Münzen untaugliche Gesindel davon ab- und

3. Obr. zu ihren Handwerkern zu weisen, wollten sie den 1571 Kayser um seine Hülfe und Befreyung, womit sie schon auch von dessen Vorfahren im Reiche versehen gewesen, deren aber hernach, durch Verwahrlosung etlicher Meister, wiederum verlustigt worden, demüthig angerufen und gebeten haben.

Diese Bitte der K. Münzgesellen fand nun bey dem Kayser auch um so mehr Statt, weil sie zur Fortsetzung und Erhaltung der K. M. O. und K. A. mit dienlich war; deswegen er also, durch das obgedachte, unter einer Strafe von zehn Mark löthigen Goldes, ertheilte Privilegium, ihnen ihr altes Hertommen und Gebrauch bestätigte, und sie wiederum von neuem befreyete, daß sie hinfüro ihre obgedachte alte Ordnungen und Hertommen im L. R. gebrauchen, und niemanden zu Münzgesellen aufzunehmen, und einkommen zu lassen, schuldig seyn sollten, er habe dann zuvor auf einer redlichen und bewährten Münze seine freye und eheliche Geburt und Hertommen dargethan, und seine vier Lehrjahre und das übrige, was ihm desselben Handwerks Hertommen und Gebrauch auferlege, ausgestanden und geleistet. Falls sich auch etwa jemand, diesem ihrem Hertommen und dieser Kayserlichen Befreyung entgegen, sich des Münzens anzumassen, unterstünde, von was Hertommen und Handwerk er auch seyn möchte, denselben möchten sie als einen Meutmacher und des Münzens Unetfahenen und Untauglichen allenthalben auftreiben, und sollten dieselben nirgends bey den Münzen im L. R. geduldet werden. Doch sollten alle und jede Münzgesellen und ihre Meister, auch Lehrnachben sich sonst allen publicirten K. und K. Policys-Ordn-

Ordnungen und andern Constitutionen gemäß J. Ver-  
verhalten, und nicht anders, als nach den ausgegan- <sup>1571</sup>  
genen R. M. O. und R. A., nach ihrem besten  
Wissen, den Münzmeistern zu arbeiten, auch in  
allen kleinen Sorten die Reckbank zu gebraus-  
chen, schuldig seyn <sup>c)</sup>.

Der R. Deputationsabschied enthielt un-  
ter andern auch dieses, daß die Obrigkeiten in den  
R. Kauf- und Handels- Städten auf Mittel  
und Wege bedacht seyn sollten, wie die sträfliche  
Handlungen gegen die R. M. O. und R. A. be-  
ihren Bürgern gänzlich abgeschafft werden möch-  
ten <sup>d)</sup>. Es trug daher sogleich der Rath zu Augs. <sup>4. Dec.</sup>  
spurg dem Leonhart Christof Kehlring und  
Johann Baptista Hainzel auf, daß sie die Bür-  
ger und Kaufleute, welche von Frankfurt Gü-  
ter bringen, in Gelübde nehmen sollten, alles  
dasjenige, was sie an verbotenem, zerschnitte-  
nem oder unzerschnittenem Gelde, in die Stadt  
einführten, anzuzeigen und dem Rathe zu über-  
liefern. Ferner wurde die Anstalt gemacht, daß  
alle diese Güter, durch die Bürgermeister, ver-  
siegelt werden mußten; man warnete auch die  
Kaufleute vor Schaden, und nahm die Boten  
und Ballenbinder gleichfalls in Gelübde, alles,  
was ihnen von Gelde zu führen und einzumachen  
befohlen würde, in dem Bürgermeisteramte an-  
zuzeigen. Einige Wochen hernach ward noch wei- <sup>8. Dec.</sup>  
ter ein Verruf publicirt, worin besonders die Kauf-  
und Handelsleute gewarnt wurden, der Münz-  
ordnung und dem Abschiede genau nachzukom-  
men, auch ihre Güter und Waaren nicht in ihre  
Häus-

c) Königs R. A., T. I. P. I. p. 363. sq. und Hirsch,  
l. c., T. II. n. 47. p. 115 - 117.

d) E. in diesem VIII. Bande der N. T. R. G.,  
S. 597.

3. Ehr. Häuser zu führen, oder wegzuschicken, sie hätten  
 1571 dann zuvor den zum Münzwesen verordneten Herren  
 angelobt, daß kein Geld oder ungemünztes  
 Silber darunter sey. Und wofern auch Geld da-  
 rin wäre, sollten sie solche Güter nicht anders, als  
 in Beyseyn der gedachten Verordneten eröffnen,  
 und wegen der durchgehenden Güter angelos-  
 ben, daß kein Geld, ihres Wissens, darin be-  
 findlich sey, und sie solche nicht öffnen wollen.  
 Uebrigens nahm um diese Zeit der Rath zu Augs-  
 purg den Hans Vogler von Eichstett zum  
 Münzmeister an, welcher ein neues Münzwert  
 anlegte, durch welches weit geschwinder, als sonst  
 mit dem Hammer, und noch dazu eine weit schö-  
 nere Münze geprägt werden konnte; wie dann  
 hierauf, in den folgenden Jahren, sehr viele Reichs-  
 gulden und anderes gutes Geld zu Augspurg  
 gemünzet worden e).

1 Dec.] Mittlerweil hielt der Churrheinische Kreis  
 den gewöhnlichen Münzprobationstag zu Bop-  
 part, welchen die vier Rheinische Churfürsten  
 durch ihre Räte und Gesandten beschieden. Zu-  
 förderst wurden dann die Münzbüchsen, in Bey-  
 seyn der Wardeine, durch die Gesandten, der  
 Ordnung nach, eröffnet, die darin befundene  
 Probstücke nach einander aufgezeichnet, und so-  
 gends dem Kreis = Wardein zum Aufzeichnen  
 und Probieren übergeben. Hierauf wurde vor-  
 nehmlich der letztere Probationsabschied, und was  
 des Münzpunktes halber auf dem Frankfurts-  
 schen Deputationstage verhandelt, und zu dies-  
 sem Probationswerte verschoben worden, in  
 Erwägung und Berathschlagung gezogen. Da-  
 nun

e) Gassari Annal. Augstburg. ad a. 1571., in Men-  
 ckenii Scriptor., T. I. p. 1935. und von Seelen,  
 l. c., P. I. c. 9. S. 16. p. 598.

nun bey dem damaligen Probationstage von un<sup>ser</sup> I<sup>er</sup> Ch.  
 gefähr Bericht eingelaufen, daß ungeachtet des in 1571  
 dem Deputationsabschiede enthaltenen, scharfen  
 Verbotes, des so betrüglichen und schädlichen  
 Aufwechsels, Ausführens und Zerbrechens  
 der R. Münze und rohen Silbers, dennoch et-  
 liche frevelhafte Personen sich öffentlich verneh-  
 men lassen, die verbotene und R. Münze, nach  
 Gefallen, aus und in das Reich zu führen; so  
 wurde verabschiedet, daß man die Rheinischen  
 Churfürsten erinnern wolle, solchen Frevlern  
 nicht zu gestatten, ihrer Vermessenheit nach, so  
 vorseßlich wider die vielfältigen R. Constitutionen  
 zu handeln, sondern den gebührenden Ernst, zu  
 Wasser und zu Lande, gegen dieselben fordersamst  
 vorzukehren.

Was demnächst in dem Frankfurtischen  
 Deputationsabschiede von Einführung und  
 Ueberschleifung der bösen und geringern aus-  
 ländischen und einheimischen Münzen vermer-  
 det, und beschlossen worden, deswegen auf den  
 Probationstagen in den Kreisen genaue Er-  
 kundigung einzuziehen, wenn und durch wen  
 ein jedes gemünzet worden, und was man noch  
 ferner von den Verzeichnissen des geschehenen  
 Aufwechsels verordnet habe, damit die Schas-  
 den taxirt werden könnten; so wäre bey dem 1571-  
 gen Probationstage eben nicht vorgekommen,  
 daß in dem churtheinischen Kreise, zwischen  
 hier und dem nächsten ersten May, gemünzet  
 worden, woran man einen besondern Mangel  
 verspüret hätte. Ausserdem möchten die andern in-  
 ländische, verbotene, verdächtige und gerins-  
 gere Sorten, und der daraus erfolgte Schade,  
 nicht sowohl durch die Aufzeichnung des Wechs-  
 els, als vielmehr, in einem jeden Kreise, aus  
 den

3. Ob. den Probationbüchern, wie viel deren gemünzt, 1571 und was deren Werth, auf besten zu erkundigen seyn. Mitthin hielt man, vermöge des bißmaligen Probationsabschiedes, für rathsam, weil nunmehr hoffentlich, vermöge der gepflogenen Handlungen, auch der Ober- Rheinische und der Nieder- Rheinisch- Westphälische Kreis die Probationstage halten, und gegen den churtheinischen Kreis gute nachbarliche Correspondenz beobachten werden, erst die Erklärung und Zuschreiben der gedachten Kreise zu erwarten, und alsdann, nach Gestalt der Sachen, ferner nach Maafsgab der übrigen Punkten des Deputationsabschiedes zu verfahren. Deswegen dann auch für rathsam angesehen wurde, gedachten Kreisen um Resolution, was sie auf ihren Probationstagen, wegen Abschaffung der Zechenmünzen und Anstellung der vier Münzstätten, beschloffen, zu schreiben.

Neben den inländischen bösen und geringen halben Batzen waren ißo auch Mariengroschen, oder Cölnische Dreysschillinge und Einschillingspfenninge, die bisher häufig wider die R. M. O. gemünzet worden, in dem churtheinischen Kreise gäng und gebe, hielten aber nicht mehr einen gleichen Wehrt mit den gesuchten halben Batzen und Pfenningen; mitthin es fast beschwerlich wäre, sie in ihrem igeigen Wehrte ausgeben zu lassen, zumal da man auf dem igeigen Probiertage befunden, daß sie in kurzer Zeit sehr gefallen, und ein Werth in etlichen Stücken, so vor einem halben Jahr gemacht worden, bißmal an Schroot und Gehalt viel geringer, als das andere, befunden, indessen aber doch in gleichem Wehrte höher, als deren Gehalt wäre, von dem gemeinen Manne, aus Unwissen-

fens



senheit solches betrüglichen Schadens, ausgegeben und eingenommen worden. Weil aber aus 1571  
Mangel an Sorten keine Jahrzahl habe ausfindig gemacht werden können, und solche Werke besser und anders nicht zu erkundigen wären, als aus den Probierbüchsen; so wurde auch dieser Punkt auf das Zuschreiben und die Erklärung des benannten Kreises ausgesetzt. Soviel aber die böse und geringere kleine Landmünze betraf, wurde verabschiedet, daß ein jeder der vier Churfürsten diejenige, welche nicht valvirt worden, durch seinen Wardein probiren, und sie auf ihren gebührenden Werth reduciren lassen solle, damit die bösen nicht zugleich, wie die guten, in Wehrschaft genommen würden, und der Münzstand, welcher sich der Ordnung und Rechens befleisse, der unrichten Sorten halber, Schaden leide. Nachdem auch etliche güldene Sorten, als Engellotten, Rosen-Heinrichs- und Schiff-Nobels, welche im Münzedicte nicht begriffen, ißo auf Begehren etlicher Churfürsten, Fürsten und Stände, in deren Landen sie gängig, auf ihren wahren Werth gesetzt werden sollten, um sie hinfüro im Reiche passiren zu lassen, solches aber dißmal, aus Mangel solcher Münzen, nicht geschehen können; so wurde dem gemeinen Kreis-Wardein aufgetragen, solche Stücke, zwischen hier und dem nächsten Probationstage, auf Kosten der vier Churfürsten, zusammen zu bringen, sie zu probiren, und in zwischen solche Probation und Valvation den gedachten Churfürsten zu melden. Hierauf wollten dann die Churfürsten, auf dem nächsten Probationstage, durch ihre Gesandten, sich erklären: ob sie dieselben etwas höher oder geringer, als die Valvation betrage, passiren lassen wollen. Da  
sich

3. Ob sich auch etwa zutragen möchte, daß sich, mit Aus-  
 157<sup>1</sup> nehmung der Probststücke, zwischen dem Wardein  
 und Münzmeister, ein heimliches Verständniß  
 oder Irrthum begeben könnte; so wurde, um sol-  
 chem zu begegnen, für gut angesehen, Jemanden  
 von den Ihrigen, in Ausnahme der Probststü-  
 cke, dem Wardein und Münzmeister zuzuer-  
 theilen, um allem Verdachte und Unrichtigkeit da-  
 durch vorzukommen, wie solches auch bereits in  
 andern Kreisen, nicht ohne Nutzen, ins Werk ge-  
 richtet worden.

Soviel demnächst die in dem Frankfurttis-  
 schen Deputations-Abschiede berührte übermäßi-  
 ge Vervortheilung der Kaufleute, in ihren  
 Commerciën, mit Aufwechselfn, Ersteigern,  
 Schwächen, Granaliren und andern Punkten,  
 womit sie dem heilsamen Münzedicte zuwider  
 handeln, belange; so hätten sich diese Handel bisher  
 meistens im Westfälischen Kreise, und bey dese-  
 sen besondern Ständen und Privatpersonen ge-  
 äussert, als welche sich bis 170 der R. M. O., und  
 deren verbesserten Constitution und Abschieden,  
 niemals unterwerfen wollten, sondern denselben  
 zuwider gelebt hätten. Man hielt daher, vermöge  
 des gemachten Abschiedes, für nöthig, den Chur-  
 fürsten von Cöln zu ersuchen und dahin zu ver-  
 mögen, daß er auf den gedachten Westfälischen  
 Kreis, dessen besondere Stände, und vornemlich  
 auf die Stadt Cöln seine Aufmerksamkeit rich-  
 ten möchte: ob dem Münzedicte, in dem gedach-  
 ten Kreise, nachgelebet oder dagegen gehandelt  
 würde. Solches möchte er nun an die übrigen  
 Rheinischen Churfürsten gelangen lassen, um  
 den Kayser dessen zu verständigen, und auch sonst  
 gegen die Uebertreter, vermöge des 2. R. Edictes,  
 des Abschiedes, und besonders des Frankfurttis-  
 schen

schen Deputationsabschiedes, zu verfahren, I. Ch. und sie zu schuldigem Gehorsam anzuweisen. Num<sup>r</sup> 571 hätte man zwar, auf dem Deputationstage zu Frankfurt, etliche Goldgülden zur Probirung auf diesen Probationstag verwiesen. Weil aber dieselben nicht besonders angegeben, und sie größtentheils schon vorhin probirt, den geringern ihr Wehrt gesetzt, und die Zollbedienten und Unterthanen dafür gewarnt worden, auch alle Goldgülden zu probiren, eine geraume Zeit erfordern würde, und selbige für diesmal nicht bey der Hand wären; so hätte man dem gemeinen Kreis-Wardein befohlen, solche Werke, zwischen hier und dem nächsten Probationstage, auf Kosten der Churfürsten, zu probiren, und wie er sie befunden, den Churfürsten zu berichten. Zuletzt wird noch in diesem Probationsabschiede gemeldet, daß man die, seit dem letztern Probationstage, gemünzte und in den verschlossenen Büchsen vorgefundene Werke, durch den gemeinen Wardein, probiren lassen; mit der Anzeige, wie man solche befunden hätte. Es hätte auch der erstbesagte Wardein einen zu Berg gemünzten Goldgulden probirt, der am Gewichte um ein Aß zu leicht und um ein Gran zu gering befunden worden. Der künftige Probationstag aber wurde auf den nächstkünftigen ersten May, ohne ferneres Ausschreiben, angesetzt f).

Der Niederrheinisch- & Westfälische Kreis hatte bis 1580 noch immer unterlassen, die K. M. O. und die, in den folgenden K. A. enthaltene, Zusätze derselben zu befolgen, wie dann auch bisher noch kein Münzprobationstag in demselben war gehalten worden. Nunmehr aber hielt

f) Hirsch, l. c., T. VII. n. 74. p. 80-83.

3. Ebr. hielt der Kreis ausschreibende Fürst, S. Wilhelm von Jülich, für nöthig, zur Publication des leßtern Frankfurtschen Deputations-Abschiedes, und weiterer Berathschlagung der darin enthaltenen Punkten, einen Münz-Probationstag anzustellen, und beschrieb deswegen, mit Vorwissen des B. Johannes von Münster u., als mit ausschreibenden Fürstens, die Kreisstände nach Essen, wohin sie auch auf den be-  
 1571  
 18 Nov. stimmten Tag ihre Räte und Gesandten schickten. Diese wiederholten nun zwar anfangs auf dieser Versammlung, was man für Beschwerden, und einiger massen Unmöglichkeiten, zu nothwendiger Entschuldigung dieses Kreises, mehrmals bey dem Kayser, auf Reichs-Deputations-, gemeinen und besondern Kreis-Tagen, angegeben hätte, und noch die Besorgniß tragen mußte, daß es sehr beschwerlich, und nicht wohl möglich wäre, obgedachte R. Münzgesetze, in ihrem Kreise, ins Werk zu richten. Besonders aber hätten die mit der Burgundischen Regierung nächst angränzende Stände sich nochmals beschwert, und angeführet, daß es ihnen, bey ihrem grossen Gewerbe, welches sie in fremde Königreiche und Länder trieben, und wohin sie jährlich ihre Schiffe abfertigten, um ihre Nothdurft einzuholen, auch sonst der stündlichen und unumgänglichen Commerciens halber mit den Burgundischen Unterthanen, nicht wohl möglich wäre. Allein endlich verglich sich doch der mehrere Theil der Kreisstände, das Münzedict, mit den darauf erfolgten Erklärungen in dem jüngsten Frankfurtschen Abschiede, nach aller Möglichkeit, zu befolgen, solches seinen Unterthanen publiciren zu lassen, und darüber zu halten. Da nun der Kayser, gleich im Eingange des erst-

erwähnten Abschiedes sich erboten hätte, den J. Chr. König von Spanien und die Burgundische Re<sup>1571</sup>gierung, auf das eheste, ersuchen zu lassen, und dahin zu vermögen, sich in ihren Münzen der R. O. gemäß zu verhalten, auf desselben Schroot und Korn ihre Münzen zu schlagen, und die nöthige und billige Reduction ihrer gemünzten Sorten vorzunehmen; so wurde verabschiedet, den Kayser daran zu erinnern, und zu bitten, solches fordersamst zu bewerkstelligen, damit man einmal zu einer durchgehenden Gleichheit und beständigen Handhabung des Edictes kommen möchte. Es würde sich also eine jede Obrigkeit, der verbotenen Aus- und Einführung halber sowohl des rohen, als auch fremder, ausländischer, burgundischer und des H. R. Münze, gegen die Verbrecher dem gedachten Deputations-Abschiede gemäß zu verhalten wissen, und deswegen ein ernstliches Aufsehen haben.

Was hiernächst in dem erst besagten Deputationsabschiede bis zu dem Artickel von Anordnung der vier Münzstädte verordnet worden, als nemlich die Siger und Schwäger der Münzen mit aller Schärfe, nach Beschaffenheit ihres begangenen Frevels, zu bestrafen, die fremde und einheimische ungerechte Münze auf den Bruch einzuwechseln, die verbotener Weise und der R. O. ungemäß gemünzte Sorten, auf den Probationstagen, zu erkundigen, den Betrag des Schadens, wie viel eingewechselt, und von wem solche Sorten gemünzet worden, zu verzeichnen, und dem Kayser zu melden, die Schaden zu taxiren, und die Verursacher zu bestrafen, in gleichen die Abschaffung alles untüchtigen Münzens, und die Bestrafung der Münzmeister und Wardeine, die betrüglich und vortheils

3. **Er.** theilhaft gehandelt hätten; allem diesem solle eine  
 1571 jede Obrigkeit schuldige Folge leisten, sich ihres  
 Amtes gebrauchen, und deswegen auf den Kreis-  
 und Probations-Tagen eine gute Aufsicht ge-  
 halten werden, zumal da ohnehin zu Frankfurt  
 wäre beschlossen worden, daß solches den Reichs-  
 und Kreis-Ständen insgemein, und einer jeden  
 Obrigkeit insbesondere obliegen solle. Ob nun  
 gleich etliche Münzmeister sich wegen der vier  
 Münzstädte zum höchsten beschweret hätten; so  
 habe man sich doch dabei erinnert, daß es nicht in  
 der Macht des Kreises stehe, den allgemeinen  
 R. Schluß zu ändern, deswegen es bey der dß-  
 falls gemachten Anordnung zwar sein Verbleiben  
 haben mußte, doch daß es jederzeit zu der R. Stän-  
 de Bedenken und Ermessen stehen solle, solches  
 nach Gelegenheit zu ändern. Es wurden also  
 vier Münzstädte vom Kreise benannt, und sol-  
 che, vermöge der zu Frankfurt verabschiedeten  
 Correspondenz, (worüber man sich verglichen, daß  
 man sie mit Zuschreiben an die benachbarte  
 Kreise, aber nicht mit Besuchung, welches den  
 vorigen R. A. ungemäß wäre, unterhalten woll-  
 te,) den Chur- und Ober-Rheinischen, wie  
 auch Niedersächsischen Kreisen, nebst andern  
 der Probation anhängigen Punkten, namhaft  
 gemacht. Was für Städte aber zu Münzstäd-  
 ten damals benannt worden, wird weder in un-  
 serm Probationsabschiede gemeldet, noch sind  
 die darin erwähnte Schreiben an die benannten  
 Kreise, meines Wissens, bisher bekannt gemacht  
 worden; mithin ich selbige nicht namentlich anzei-  
 gen kan.

Weil indessen weder in dem Speyerischen  
 R. A., noch in dem Frankfurtischen Deputa-  
 tions-Abschiede besonders versehen sey, wie die  
 Anord-

Anordnung des Münzens in den vier Münz-<sup>1571</sup> St. Chr. Städten ins Werk zu stellen: ob nemlich ein jeder Stand, der münzen wollte, einen besondern Münzmeister und Wardein haben, oder durch die daselbst verordnete Münzmeister und Wardeine möge münzen lassen; ingleichen wie es wegen der Büchsen, Schneiden, und Verwahrung der Eisen, auch sonst zu halten, wenn etwa zwey Stände, zu gleicher Zeit, an einen solcher Oerter Gold oder Silber zu vermünzen überschicken würden; sondern die Berichtigung von diesem allem einem jeden Kreise frey gelassen worden; so zogen die anwesende Gesandten solchen Artikel in nähere Berathschlagung. Es verglichen sich auch dieselben darüber folgender massen, daß es, des Münzmeisters und Wardeins halber, einem jeden Stand frey stehen solle, entweder hiezu besondere Personen anzunehmen, (doch daß sie, vermöge der M. und Pr. O., vorher, auf gemeinen Probationstagen, präsentirt, und dem ganzen Kreise mittelst Eides verpflichtet würden, und daß sie nirgends anders, als in einer der vier zugeordneten Münzstädte münzen, und alle Probationstage besuchen wollten,) oder aber solches durch den des Ortes verordneten und geschwornen Münzmeister und Wardein, welche pflicht dieselben auch gegen die Stände, die münzen wollten, verbinde, verrichten zu lassen. Gleicher gestalt sollte es mit den Münzbüchsen gehalten werden, und in des Standes Gefallen stehen, entweder eine besondere verschlossene Büchse zu haben, oder dem Wardein zu befehlen, die Probstücke in einen Zettel zu schlagen, und sie in die Münzbüchse des Ortes, wo er münzen lassen wollte, werfen zu lassen. Die Münzeisen hingegen sollten blos durch einen, dem Kreise



**3. Or. vereideten, Eisenschneider geschnitten, und**  
**1571** von dem Stande, der willens wäre, münzen zu lassen, dem Wardein, bey seinen Eid und Pflichten, zur Verwahrung anbefohlen werden. Würde nun der Stand aufhören, zu münzen; so sollten die Eisen der Obrigkeit des Ortes, wo gemünzet worden, oder dem Stande selbst, welcher hätte münzen lassen, auf sein Erfordern, versiegelt überliefert werden, damit kein Betrug dadurch geschehen möchte. Wenn es sich auch etwa zutrüge, daß zwey Stände, auf eine Zeit, Gold und Silber zu vermünzen, überschiden würden; so solle derjenige den Vorgang haben, und vor dem andern gefördert werden, der es dem Münzmeister am ersten geliefert hätte. Lieferten sie es aber auf eine Zeit und Stunde; so solle demjenigen zuerst verholffen werden, der im Kreise vor dem andern Stimmen und Session hergebracht hätte.

Was ferner die Stände belange, welche eigene Bergwerke haben, so würden dieselben ihre Nothdurft zu bedenken, und an gehörigen Orten vorzustellen, auch sich sonst des Abschiedes zu erinnern wissen; dann in jedem Jahre die zweyen ordentliche Probationstage, und deswegen mit den benachbarten Kreisen die Correspondenz zu halten, wäre schon vorhin angemerket worden, und gereiche auch zum gemeinen Besten und zur Verhütung vieles betrüglichen Münzens, mithin demselben billig nachzusetzen wäre. Die ungerechten, bereits durch das Kayserliche Münzedeict und den Augspurgischen R. A. vom J. 1566., im Reiche durchaus verbotene und verbannte goldene Sorten, ganze, halbe und Ortshaler, auch andere silberne Sorten sollen hinfüro überall für keine Wehrschaft



schaft mehr gangbar seyn, oder genommen, 3. Chr. sondern bey allen, wo man sie anträfe, ohne Einrede confiscirt werden. Und weil die Pfennunge in diesem Kreise bisher wenig gangbar gewesen, oder gesehen worden; so wäre zwar deßhalb nichts zu verordnen, doch solle eine jede Obrigkeit, weil ein so grosser Mangel an denselben verspüret würde, seine Unterthanen dafür warnen, und sie nicht einreissen lassen. Man hielte auch für nützlich, die Reckbank zum Aufstückeln zu gebrauchen, wie schon ehemals zu Augspurg, und 1571 wiederum zu Frankfurt für gut angesehen, und befohlen worden; mithin die Münzmeister solchem nachzuleben hätten, und es ihnen, wie auch den Münzgesellen, unter bedroheten Strafen, eingebunden werden sollte. Da hiernächst die Engels lotten und Nobels, nebst andern dergleichen Sorten, schon hiebevör in diesem Kreise wären probirt, und ihnen, nach den Landsorten, ihr rechter Wehrt bestimmt worden; so liesse man es dabey bewenden. Was aber andere ausländische geringe Dukaten, Kronen und Goldgülden, die ihren gerechten Gehalt nicht hätten, sondern der R. M. O. im Schroot und Korn ungemäss wären, belange; so hätte man dem Wardein befohlen, weil man solche Sorten nicht bey der Hand gehabt, oder sich deren eigentlich erinnern können, zwischen hier und dem nächsten Probations- tage, sich nach denselben zu erkundigen; und soviel er deren ungefähre habhaft werden könnte, inzwischen zu probiren, und alsdann davon Bericht zu erstatten.

Uebrigens wäre überhaupt die Erinnerung geschehen, allenthalben, und vornemlich in den vornehmen Kaufstädten eine gute Aufsicht zu veranstellen, daß allem eigennützigem und wucherlichen

**J. Chr.** Legiren, wie auch dem höchstschädlichen Steigern, **1571** Aufwechselfn, Ausführen, Zerbrechen, Einführen und dergleichen verbotenen Stücken sollte vorgebeuget, und die Uebertreter unnachlässig, und ohne alle Nachsicht, andern zum Exempel, bestraft werden. Und da auch leztlin, auf dem Deputationstage zu Frankfurt, unter andern wäre verabschiedet worden, daß Keinem, bey Strafe an Leib und Gut, zugelassen seyn solle, des **Z. R.** zugelassene und gangbare goldene oder silberne Münzen in den Tiegel zu bringen, und andere Münze daraus zu schlagen; so erinnerte man dessen die sämtliche anwesende Münzmeister und Wardeine, um solchem nachzukommen, und sich vor Schaden zu hüten. Weil aber alle ausländische fremde und burgundische Münzen im **Z. R.** verboten wären, und auf den Bruch in die Münzen geliefert werden sollten, um **R.** Münze daraus zu prägen; so würde sich ein jeder hierin, der Gebühr nach, verhalten, und eines jeden Ortes Obrigkeit ihm dßfalls Maas zu geben wissen. Wegen des in dem letztern Speyerischen **R. A.** verbotenen Remediums \*) wurden die Münzmeister besonders noch erinnert, und bedeutet, daß, wenn einer dasselbe gefährlich gebrauchen würde, er, deswegen der Gebühr nach, angesehen werden sollte. Und weil auch bey dem Münzwesen ein grosser Betrug mit dem Truccken geschehen könne, wie täglich vorkomme und geklagt würde; so wurde noch weiter verabschiedet und den Münzmeistern befohlen, sich dessen nicht zu gebrauchen, sondern mit dem Hammer, und durch redliche Münzgesellen, nicht aber durch anders böses Gesindel, zu münzen.

End:

\*) S. in diesem VIII. Bande der **N. T. R. G.**, S. 295. sub n. 14.

Endlich wurde auf diesem Probationstage 3. Oct. auch noch erwogen und bedacht, daß man, zu 1571 Ausrottung nicht allein der fremden, sondern auch vieler eingerissenen geringen R. Sorten, als Groschen und dergleichen, wie auch zu Einwechslung der fremden, ausländischen und Brabantischen Münzen, die in gute R. Münze verändert werden sollen, der Landsorten sehr benöthiget wäre. Man beschloß daher, etliche Kreisstände, als den Bischof von Münster, den Herzog von Jülich u., die Stadt Cöln und etwa andere mehr, zu ersuchen, mit solchem Münzen, den Unterthanen und dem armen Manne zu Gute, einen Anfang zu machen, und eine ziemliche Anzahl Landsorten zu münzen; wie dann auch der Rath der Stadt Cöln deswegen den Churfürsten von Cöln ersuchen möchte. Um nun darüber die weitere nöthige Communicationen zu pflegen, so sollten die Kreisstände, gegen den nächsten 13. December, einige solcher Sachen verständige und vertraute Personen nach Cöln abordnen, welche vollkommene Macht und Gewalt, von wegen aller Kreisstände, haben sollten, einen Versuch mit der Calculation, solche Landsorten zu münzen, zu machen, und den zugelassenen und gangbaren Reichs goldenen und silbernen, grossen und kleinen Münzsorten ihren rechten Wehrt zu geben, und das untüchtige Geld zu verbieten; wie sie dann auch, Kraft des izzigen Abschiedes, ohne weiteres Ersuchen und Schreiben, dazu erfordert und beschieden seyn sollten. Was sie sich nun der Valuation halber verglichen hätten, und welche Sorten die verbannte und hinfüro nicht mehr gangbare seyn, sondern auf den Bruch eingewechselt, und in gute Reichsmünze verändert, oder aber allerdings verbannt,

3. Mr. barmt, und sogar für keine Wehrschaft weiter  
 157<sup>I</sup> genommen werden sollten, oder aber welches, vermöge der R. M. O. und R. A., die sowohl fremde und ausländische, als auch einheimische zugelassene goldene und silberne, grosse und kleine Münzsorten seyen, solle alles unterschiedlich verzeichnet, den zugelassenen ihr gerechter Wehrt gesetzt, hernach in Druck, Plakatsweise, oder in ein Büchlein, gebracht, und einem jeden Stande des Kreises, auf seine Kosten, etliche Exemplare förderfamst zugesendet werden, um sich wegen deren Publikation, der Gebühr nach, zu verhalten. Zuletzt erwähnt unser Probationsabschied noch des, jedoch nicht beigefügten, Verzeichnisses, wie man die probirten Münzbüchsen befunden, mit der Bemerkung, daß man es nicht für nöthig erachtet habe, die befundenen Proben an andere Kreise zu melden, weil seither wenig in dem Kreise gemünzt worden, und man auch keinen sonderlichen Mangel, als bey einer Büchse, um ein oder zwey Aes am Gewichte zu gering, verspüret hätte; zumal auch aus andern Kreisen dergleichen an den Westfälischen nicht gelanget wäre <sup>9)</sup>.

Vermöge dieses zu Essen gemachten Probationsabschiedes, gieng auch die nach Eöln verabredete neue Zusammenkunft, wegen fernerer Berathschlagungen über das Münzwesen, auf  
 13 Dec. die bestimmte Zeit, würklich vor sich, wie man aus einem, von da aus, von dem Niederländischen Westfälischen Kreise, an den Fränkischen Kreis erlassenen Schreiben ersehen kan. Aus demselben ergiebt sich auch zugleich, daß der Westfälische Kreis von seinen zu Essen gemachten Schlüssen, zufolge der, im letztern Frankfurtschen

9) Sirsch, l. c.; T. VII. n. 75. p. 83-87.

schen Deputationsabschiede, befohlenen Corre-<sup>3</sup> Chr. spondenz einiger benachbarten Kreise in Münz-<sup>1571</sup> sachen †), dem Churrheinischen Kreise schriftliche Nachricht gegeben habe, und daß um diese Zeit zu Worms auch ein Münz-Correspondenztag der beiden andern Rheinischen und des Fränkischen Kreises sey gehalten worden. An diesen letztern meldete nun der Westfälische<sup>23</sup> Dec. Kreis in seinem obgedachten Schreiben, daß die Kreisstände, auf der izzigen Zusammenkunft zu Cöln, wegen Valuation der zugelassenen, gangbaren, groben und kleinen, goldenen und silbernen Münzsorten sich dahin verglichen hätten, daß solche Valuation, nach eines jeden Kreisstandes gangbaren Landsorten, der R. M. O. gemäß, geschehen, und an einem jeden Orte publicirt werden solle. Soviel aber die Ein-  
wechslung der verbotenen Sorten betreffe, befänden sie bey denselben eine so grosse Ungleichheit im Gewichte und am Gehalte, auch eine so grosse Mannigfaltigkeit dieser Sorten, daß sie ditzmal nicht einer jeden dieser goldenen und silbernen, in weiland R. Ferdinands des I. Edicte verbotenen, und seither eingerissenen Münzsorten ihren rechten Wehrt sogleich hätten bestimmen können, sondern ihren beeidigten Münzmeistern und Wardeinen befehlen müssen, solches fordersamst ins Werk zu richten. Ingleichen habe man iho aus der, auf Befehl des R., im J. 1566. zu Augspurg, gehaltenen Probation, befunden, daß viele Reichsthaler, welche hiebevör von verschiedenen R. Ständen, vor der Publikation des Münzedictes, wären geschlagen worden, in ungleichem Gehalte, Gewichte

†) S. in diesem VII. Bande der N. T. R. G., S.

3. Chr. wichte und Wehrte seyen, wie ihnen der Ober-  
 1571 und Nieder-Sächsische Kreis, in ihren Publicationen, dieselben vermeldet, und daher ihnen einen Wehrt nach Befinden gesetzt hätten. Allein der Fränkische, Bayerische und Schwäbische Kreis liessen diese Thaler ohne Unterschied zu, und hielten sie im Wehrte den Bessern gleich, welches jedoch von vielen für eine grosse Ungleichheit geachtet wurde; daher sie es dem erst benannten Fränkischen Kreise nicht hätten verhalten wollen <sup>b)</sup>).

Auch von Seiten des Ober-Sächsischen Kreises war man darauf bedacht, die im J. 1559. aufgerichtete, und hernach auf den R. Tagen zu Augspurg im J. 1566. und zu Speyer im J. 1570., wie auch kürzlich auf dem Deputations-tage zu Frankfurt, mit etlichen nöthigen und nützlichen Zusätzen erklärte und verbesserte R. Münzordnung in eine durchgehende Gleichheit zu bringen, richtig zu machen, und vollständig ins Werk zu setzen. Deswegen schrieb der Churfürst Augustus von Sachsen einen Kreistag nach Jüterbock aus, welcher auch auf den angelegten  
 12 Dec. Tag ziemlich zahlreich besucht wurde. Es erschienen nemlich auf demselben die Gesandten der Churfürsten von Sachsen und Brandenburg, der Herzoge Johann Wilhelms von Sachsen, und Johann Friedrichs und Ernst Ludwigs von Pommern, des Fürst Joachim Ernsts zu Anhalt, des Burggrafen und des Bischofs von Meissen, der Aebtissinnen zu Quedlinburg und Gernrode, des Abts zu Walkenried, der Grafen von Schwarzburg, des Graf Hans Georgs zu Mansfeld, der Grafen Albrecht  
 Georgs

b) Hirsch, l. c., T. II. n. 50. p. 125. sq.

Georgs und Wolf Ernsts von Stolberg, des J. Ehr. Graf Volkmar Wolfs von Hohnstein, des Graf 1578 Albrechts von Barby, der Herren Heinrichs und Heinrichs des jüngern der Reussen, und endlich der Herren von Schönburg.

In dem hierauf errichteten Kreisabschiede wurde nun festgesetzt: 1) daß auch die Stände des Ober-Sächsischen Kreises der R. M. O. und denen vorgedachten Zusätzen, als einem gemeinen R. Beschlusse, nachkommen, alles, was zur Erhaltung der guten Münze verordnet wäre, fest halten, und vollständig ins Werk richten, und keine andere Sorten, große oder kleine, münzen lassen wollten, als die der R. M. O. an Schroot und Korn gleich und gemäß wären, wie solches auch bereits auf dem letztgehaltenen Probationstage zu Leipzig von allen Kreisständen wäre bewilliget worden \*). 2) Wollten die Kreisstände auf die in den R. Münzgesetzen verbotene Ausführung der guten R. Münzen und des rohen Silbers aus dem Reiche, wie auch auf die Einführung der fremden und bösen Geldsorten in dasselbe eine genaue Aufsicht halten, und gegen die Münzverfälscher aller Arten mit ernstlicher Strafe verfahren. 3) Wurde verglichen, daß, nach Vorschrift des letztern Frankfurtschen Disputations-Abschiedes, nicht allein die gute Münze, sondern auch die noch vorhandenen und auf den Bruch einzunwechselnden, fremden und einheimischen ungerechten Sorten, wie sie in der Probe befunden, taxirt, und in einen Abdruck gebracht worden, fordersamst, durch öffentliche Mandate, im ganzen Kreise publicirt, von der Obrigkeit, der es allein zufälle, auf den Bruch eingewech-

\*) S. im VIII. Bande der N. L. R. G., S. 584.

3. Er. wechselt, und in gute Münze verwandelt werden sollten. Ingleichen sollten und wollten 4) alle Stände, welche in diesem Kreise münzen würden, nach Inhalt der R. Probiordnung, die Proben von einem jeden Werte in die dazu verordnete Büchsen einlegen, und die Jahrzahl auf die Münzen schlagen lassen. Würde aber auf dem nächsten Probationstage zu Leipzig befunden werden, daß solchem etliche Stände nicht nachgekommen wären; so solle alsdann, nach Beschaffenheit des Verbrechens, wider die Münzstände und Münzmeister mit ernstlicher Strafe, nach Maßgab der R. A. und Ordnung verfahren werden.

Nachdem aber 5) der General Kreis Warschein angezeigt hätte, daß besonders zu Hochstedt, (vermuthlich Heckstedt,) wegen der Grafen Vollraths und Carls zu Mansfeld, durch einen, aus dem Niedersächsischen Kreise, verwiesenen Münzmeister, eine Heckmünze angerichtet, worin aufgewechselte gute Münze granalirt, und böse geringe Münze daraus geschlagen, folglich wider des R. M. Edict und den Kreisabschied, auf vielerley Wege, gehandelt worden; so sollte diesem nicht ferner zugesehen, sondern es, durch die dazu verordnete Mittel, alsbald gewehret und abgeschafft werden. Da nun 6) die Zerstörung solcher Heckmünzen, und was dem anhängig, vermöge des mehrgedachten Frankfurt. Deputationsabschiedes, dem Kreise, im Namen des Kaylers, zukäme; so hielten die Kreisstände dafür, daß die Execution dem Churfürsten von Sachsen, als dem ausschreibenden Fürsten und Kreisobersten zustehet. Man wollte daher, von Kreises wegen, dem Churfürsten aufgetragen, und ihn gebeten haben, sowohl iho zu Hochstedt, (Heckstedt,) als



als auch hinfüro an andern Orten, wo sich etwa J. Chr. mehr dergleichen Fälle zutragen, die Execution 1571 vorzunehmen, und hiezü den General-Wardein mit einem offenen Patente zu versehen. Ob nun gleich 7) die Chur-Sächsischen Gesandten das gegen einwänden, daß sie dißfalls von ihrem Herrn Keinen ausdrücklichen Befehl hätten, und dabey ansuchten, daß der Churfürst von Brandenburg und andere Kreisstände ihrem Herrn möchten zugeordnet werden; so ließen es doch die Kreisstände bey ihrem einmal gemachten Beschlusse bewenden, und würde der Churfürst von Sachsen, was ihm, wegen seines tragenden Amtes, und zufolge der R. A., zu thun gebühre, zu verhalten wissen. Ferner und 8) solle der Kreis-General-Wardein alles, was er, in Ansehung des Münzwesens, der R. M. O. und den R. A. in diesem Kreise widriges in Erfahrung brächte, alsobald dem Churfürsten von Sachsen zu wissen thun. Wenn nun hernach, auf dessen Warnung und Verbot, dennoch mit ungebührlichem Münzen fortgefahren würde; so sollte alsdann, auf Ansuchen des General-Wardeins, die Obrigkeit des Ortes, wo das ungerechte Münzwert wäre, verpflichtet seyn, den Münzmeister, Wardein und andere daran schuldige Personen, gefänglich einzuziehen, und alle Materialien eines solchen Münzwertes in ihre Verwahrung nehmen. Falls aber 9) der Münzherr, oder die Obrigkeit eines solchen Ortes hierunter säumig wäre, oder sich dessen, auf Ansuchen des General-Wardeins, weigern würde; so sollen sie alsdann für die Verbrechung des Münzmeisters, und für den dem Kreise dadurch zugefügten Schaden stehen und haften. Und auf eine gleiche Art solle es auch in den Fällen, da, außer den ord-

dents

3. Chr. dentlichen Münzen, neue Zechmünzen befunden  
 1571 wurden, von desselben Ortes Obrigkeit gehalten  
 werden. Weiter und 10) wurde auch beschloffen,  
 daß man der, im Deputations- Abschiede gesche-  
 henen, Erklärung, wegen der besondern Münz-  
 stette derjenigen Stände, die Bergwerke haben,  
 und daß auf denselben nur das daselbst gewonne-  
 ne Gold und Silber vermünzt werden solle, als  
 einem gemeinen R. Schlusse nachkommen wolle.  
 Weil aber von einigen Kreisständen gebeten wor-  
 den, außer den drey hiebevorder angeordneten Münz-  
 städten auch noch die vierte in Thüringen zu ha-  
 ben, und dieses Ansuchen der R. O. nicht ungemäß  
 wäre; so wollte man dazu die Stadt Saalfeld be-  
 nannt haben.

So viel 11) die im Frankfurter Deputa-  
 tions- Abschiede, zu beständiger Erhaltung der  
 R. M. O., den Kreisen anbefohlene nachbarliche  
 Correspondenz mit einander, und besonders des  
 Ober- Sächsischen mit dem Nieder- Sächsi-  
 schen Kreise, belange; so hielten die Stände die-  
 ses Kreises für das bequemste, daß die Proba-  
 tionstage, wie man bisher angefangen hätte, in  
 jedem Kreise besonders gehalten, und die Abs-  
 chiede, durch die ausschreibende Fürsten, ein-  
 ander zugeschicket würden. Würde aber 12) die  
 Nothdurft erfordern, daß die Stände der Obers  
 und Nieder- Sächsischen Kreise, wegen der  
 Münzsachen, eine Zusammenkunft oder einen  
 gemeinen Kreistag mit einander halten sollten;  
 so wollten sich die Stände dieses Kreises, nach  
 vorfallender Gelegenheit, hierin zu erzeigen wissen.  
 13) Der nächste Probationstag wurde, ohne  
 (1701) ferneres Ausschreiben, auf den Montag nach  
 1572.) Lätare nach Leipzig angesetzt. Auf denselben sol-  
 ten nun 14) diejenige Kreisstände, bey denen der,  
 letzten

lehtsin zu Frankfurt, künfftig für Wehrschaft im 3. Cir.  
 z. R., zugelassene Engellotten, Rosen- und 1571  
 Schiff-Nobels gangbar wären, von jedem un-  
 gefähr ein Stück mitbringen, damit sie daselbst ge-  
 hörig probirt, ihnen der rechte Werth gesetzt, und  
 solches dem Kayser und den andern Kreisen möge  
 berichtet werden können. Und da sich endlich 15.)  
 die in diesem Kreise bezirkte Stadt Erfurt, auf  
 Verlangen des Churfürstens von Sachsen, in  
 einem Schreiben, erkläret hätte, daß auch sie der  
 R. M. O. und den R. A. sich unterwerfen wol-  
 le; so solle der General-Wardein es mit der Bes-  
 reitung und aller andern Erkundigung, der  
 Münze halber, in der Stadt Erfurt und ihrem  
 Gebiete, es eben so halten, wie es ihm mit den  
 andern Ständen dieses Kreises befohlen worden.

Diesem Kreisabschiede sind übrigens zwey  
 Beylagen angehängt. Die erste enthält ein Ver-  
 zeichniß, wie es mit den Schlüsseln zu den Münz-  
 büchsen im Kreise, nach Inhalt der R. Probas-  
 tionsordnung gehalten werden solle. Es sollten  
 nemlich die Büchsen mit drey Schlössern und  
 drey Schlüsseln gemacht werden, und den einen  
 Schlüssel der Münzstand, den andern der be-  
 nachbarte Kreisstand, und den dritten die  
 Stadt, worin die Probation und Valuation ge-  
 halten würde, in Verwahrung haben, und selbige  
 auf die Probationstage, nebst den Büchsen, über-  
 schicken. Den dritten Schlüssel bekam zu allen  
 Münzbüchsen, bis auf die des Churfürstens von  
 Brandenburg und der Herzoge von Pommern,  
 welche die Stadt Frankfurt an der Oder zur  
 Verwahrung erhielt, die Stadt Leipzig. Der  
 zweite Schlüssel aber wurde, unter die Münz-  
 stände des Kreises, folgendermassen vertheilt,  
 daß der Churfürst von Brandenburg den  
 N. R. z. 8. Th. R. c. Schlüs-

3. Or. Schlüssel zu der Münzbüchse des Churfürstens  
 1571 von Sachsen, so wie dieser zu jenes seiner, der  
 Fürst Joachim Ernst von Anhalt zu des H. Joh-  
 hann Wilhelms von Sachsen Münzbüchse, zu  
 der Herzoge von Pommern ihrer der Churfürst  
 von Brandenburg, zu des erstbenannten Fürstens  
 von Anhalt seiner der H. Johann Wilhelm von  
 Sachsen, zu der Schwarzburgischen Münz-  
 büchse der Graf von Hohnstein, zur Mansfeld-  
 ischen die Grafen von Stolberg, zur Scob-  
 bergischen die Grafen von Mansfeld, und  
 endlich zur Hohnsteinischen die Grafen von  
 Schwarzburg erhielten. Alle diese Büchsen  
 nun sollten, innerhalb dreß Wochen, zu Leipzig,  
 nebst den Schlüsseln, verfertiget, von den Ständen  
 abgeholt, und ein jeder Schlüssel an seinen ge-  
 hörigen Ort überschicket werden. Wenn nun die  
 Probationstage zu Leipzig und zu Frankfurt  
 an der Oder gehalten würden; so sollten alle  
 Schlüssel, mit den Büchsen, dahin überschickt, und  
 nach Endigung eines jeden Probationstages,  
 wieder an den gehörigen Ort zurückgesandt wer-  
 den. Für igo aber und zu Anfange solle der eine  
 Schlüssel von jeder Münzbüchse zu Leipzig,  
 bis auf den nächsten Probationstag, behalten  
 werden.

Die zweite Beylage enthält die von dem  
 Ober- Sächsischen Kreise seinem angenom-  
 men General- Wardein, dem Georg Baum-  
 1571 pel von Freyberg, bereits im Brachmonat d. J.  
 ertheilte Bestallung. Vermöge derselben solle Er  
 alle und jede Münzen und Münzstädte im Krei-  
 se bereuten, daselbst und auf den Probations-  
 tagen die Münzsorten aufziehen, valuren,  
 probiren und taxiren, auch alles thun, was im  
 disfalls des H. R. Münz- und Probations-  
 Ord.

Ordnung auferlegt, und sein Amt, nach Geleitz. Or.  
genheit des Kreises erfordert, welches alles er be- 1571  
stens zu beobachten und zu verwahren, eidlich an-  
gelobet hätte. Dagegen bestimmte ihm der Kreis,  
von Johannis Baptistâ d. J. an, eine jährliche  
Besoldung von 400. Gulden; jedoch, daß er  
davon, auf seine eigene Untkosten, die Münzen  
und Münzstädte bereute, den Probations- und  
Valuations-Tagen allemal beywohne, sich  
selbst verzehre, und andere in dem Kreise noth-  
wendige Reisen verrichte. Beiden Theilen sollte  
übrigens frey stehen, einander den Dienst aufzu-  
kündigen, doch daß solches von einem Probas-  
tionstage zum andern geschehe <sup>1)</sup>.

Bald darauf publicirte Churfürst Augustus<sup>22 Dec.</sup>  
von Sachsen zu Dresden eine Münzverord-  
nung für seine Lande, in welcher er sich auf seine  
vorhin ergangene offene Aus schreiben, besonders  
das vom 8. April d. J., beruft, in welchem er  
einen Unterthanen ernstlich befohlen hätte, die Thas-  
er, halbe Thaler, Gertter und andere kleine  
Münzsorten, welche in des H. R. und seinen  
vorigen Münzmandaten verboten worden, nicht  
mehr zu nehmen, sondern vielmehr die Spanische  
und Burgundische R. Philipps- und andere zu  
gering besuntene Thaler, auch Schwarzburgis-  
che und Mansfeldische, ingleichen die Mariens-  
und andere geringe ganze und halbe Brauns-  
chweigische Groschen, in einer damals benann-  
ten Zeit, zu verschieben und los zu werden.  
Nachdem nun auf dem letztern R. Deputations-  
tage zu Frankfurt wäre beschlossen worden, die

R r 2

R. III.

1) Müllers Sächs. Annal. ad a. 1571., p. 160. Me-  
ser, l. c., P. II. n. 52. p. 151-161. und Girsch,  
l. c., T. II. n. 48. p. 118-122.

J. Chr. R. M. O. vom J. 1559., mit ihren in den folgenden R. A. enthaltenen Verbesserungen und Zusätzen, zu einer durchgehenden Gleichheit in allen R. Kreisen zu bringen; so habe dem zufolge Er, der Churfürst; kürzlich nach Jüterbock einen Obersächsischen Kreistag ausgeschrieben. Auf demselben wäre nun verabschiedet worden, daß die inn- und ausländische ganze, halbe und Orts Thaler, nebst den obgedachten geringen Sorten, welche der R. M. O. an Schroot und Korn nicht gemäß wären, wie sie dann hievor in etlichen andern R. Kreisen, und besonders auf dem jüngstgehaltenem Probationstage zu Leipzig befunden, und nach der Wehrschaft der in diesem Kreise gang und geben Silber Groschen nunmehr so auf den Bruch taxirt worden, künftig für keine Wehrschaft ferner ausgegeben, sondern in die verordnete Wechselstädte geliefert, und solches durch öffentliche Mandate im ganzen Kreise fordersamst publicirt werden solle. Damit nun aber seine Unterthanen und Manniglich gewiß seyn mögen, welche Sorten an ganzen, halben und Orts Thalern für Wehrschaft zugelassen, oder verboten seyen; so habe Er, weil die inn- und ausländische zugelassene goldene Sorten, nebst ihrem Wehrte und Taxe, bereits in der R. M. O. zu befinden, nebst einigen Kayserlichen und seinen eigenen Thalern, auch etlicher anderer Churfürsten, Fürsten und Stände ihre, welche, gleich denen R. Guldenern, die 21. Groschen gelten, der R. M. O. an Schroot und Korn gemäß wären, zusammen, und dagegen die andere geringe Thaler, und obgedachte Spitzgröschlein, auch Marien- und Braunschweigische Groschen, nebst etlichen mehrern geringen Münzsorten, auch nach einander, mit ihrem jüngst zu Jüterbock bewillig

willigstem Wehrte, unter dieses sein Mandat 3. Or.  
setzen und abdrucken lassen. 1571

Ingleichen habe Er, der Churfürst, zu endlicher Vollziehung dessen, was des Wechsels halber beschlossen worden, in seinen landen, bey den Stadt, Magistraten zu Leipzig, Wittenberg, Dresden, S. Annaberg und Weissensee eine ansehnliche Summe Geldes niederlegen lassen, damit ein jeder, der es begehrte, für die verbotene geringe Sorten daselbst gute Münze bekommen könnte. Es sollten daher alle seine Unterthanen und andere, die sich in seinen landen aufhalten, oder darin Handel und Gewerbe treiben, sich enthalten, hinfüro die geringen und verbotenen Münzsorten, wie sie hieben abgedruckt wären, für Wehrschafft einzunehmen und auszugeben. Dagegen sollten sie solches verbotene und geringe Geld, in einer der vorgedachten fünf Wechselstädte, auf das Rathhaus bringen, wo sie für ein jedes Stück so viel an guter Münze, nach des 3. R. Schroot und Korn, als es gewürdiget worden, oder wenn es fremder Potentaten Münze wäre, die noch keine gewisse Tare hätte, das, wofür es die Wardeine und dazu Verordnete, nach angestellter Probe, am Wehrte befänden, erhalten würden. Uebrigens sollten alle seine hohe und niedere Bediente, wie auch die Rätthe in den Städten, welche in die churfürstliche Rentkammer Geld zu liefern hätten, in ihren anbefohlenen Aemtern, neben der guten Münze, auch die valvirten und geringen Sorten, in ihrem gesetzten Wehrte, und bis auf anderweitige Verordnung, von den Unterthanen annehmen, und selbige in den erwähnten Wechselstädten gegen gute Münze austauschen, damit sie hernach in die Rentkammer, ingleichen auch an die Einnehmer der Land- und



**3. Art. Leant-Steuer**, ihre Bezahlung an unverbotener und gangbarer Münze desto richtiger erlegen könnten. Gleichergestalt sollten auch die von der Ritterschaft und die Räte in den Städten von ihren Untersassen, Bürgern, Einwohnern und Benachbarten die verbotenen Münzen, in ihrem gesetzten Wehre, annehmen, und, wie geacht, verwechseln, damit der arme gemeine Mann mit Unkosten oder Reisen nach den Wechselstädten, so viel möglich, verschonet werde.

Würde aber jemand darüber betreten werden, daß er solche verbotene Münzen für Wehrschaft einnahme oder ausgabe, oder sie in das Land einfuhrte, und es nicht sogleich in den verordneten Wechselstädten meldete, oder aber sie bey andern heimlich verwechselte oder verschob, ingleichen wenn jemand die im H. R. zugelassene goldene und silberne Münzen höher, als in ihrem gesetzten Wehre, ausgeben oder einnehmen würde, als auf welches alles eine gute Aufsicht gehalten, und darnach fleißig nachgeforschet werden sollte; so solle derselbe, vermöge der R. M. O., ohne alle Rücksicht auf die Person, und ungeachtet einiges Geleites oder andern Vorwandes, mit dem Verluste der Münze, und auch sonst, nach Beschaffenheit des Verbrechens, ernstlich bestraft werden. Endlich solle auch wider diejenigen, welche goldene und silberne R. Münze und rohes Silber aus dem Reiche, oder auch in die Bundesländischen Länder, so lange sie sich der R. M. O. nicht gemäß verhielten, ausführten, oder gute Münze gefährlicher Weise aufwechselten, zerbrächen, granadirten, beschnitten, auswaschen, und was solcher Münzverfälscher mehr seyn, mit ernstlicher Strafe an Leib und Gut, nach Inhalt der R. A., verfahren werden. Und

gültig



zuletzt wird den Auktionschaffern und Angebern J. Or-  
solcher Verbrechen der dritte Theil von solchen <sup>1571</sup>  
confiscirten und verfallenen Geldern verspro-  
chen <sup>1</sup>).

Zum Beschluß dieser von unserm R. Münz-  
wesen bisher abgehandelten Materie, will ich noch  
den Inhalt eines merkwürdigen Bedenkens bei-  
bringen, welches in dem gegenwärtigen J. 1571,  
da man sich die Vollziehung einer durchgängig-  
gen Gleichheit der Münze in unserm Reiche so  
sehr hat angelegen seyn lassen, von einem mir unbes-  
kannten Verfasser aufgesetzt worden, worin ders-  
selbe Vorschläge gethan hat, wie die R. Münz-  
ordnung zu verbessern, und die dawider bisher  
eingerissene Mängel abzuschaffen seyn möchten,  
Gleich anfangs heißt es in diesem Bedenken, daß,  
obgleich die R. M. O. statlich bedacht, und nicht  
wohl besser gemacht werden möchte, dennoch der  
Mangel bisher daran gelegen, daß nicht ein jeder  
Münzstand dem Edicte nachgelebet habe, und  
keine Exekution der darin gesetzten Strafen ge-  
gen die Verbrecher vorgenommen worden, ohne  
welche jedoch alles umsonst und vergeblich seyn  
würde. Die Hauptursache aber, woraus ich  
aller Unrath in der Münze entstünde, sey diese,  
daß der geringschätzigen Sorten und Land-  
münzen, dem Edicte zuwider, so viel und  
überhäufig gemacht, und dagegen die groben und  
guten Sorten zerbrochen, und zu Pfenningen  
und dergleichen geringschätzigen Münzen ver-  
münzet worden, welches noch ich beständig geschehe.

Wollte man diesem merkwürdigen Uebel begegnen,  
so wäre vor allen Dingen nöthig, die Pfenninge  
und alle andere geringe Sorten ab- und unter  
ihren

R r 4

1) Strich, l. c., T. II. h. 49 p. 127-129.

3. Chr. ihren wüthlichen Werth zu setzen, damit sie auf  
 1571 solche Art wieder in den Tiegel gebracht, und in  
 gute und grobe Sorten vermünzet würden. Es  
 würde zwar diese Absetzung der Pfenninge und  
 geringern Sorten den armen und reichen Unter-  
 thanen eine Beschwerde seyn, weil ein jeder so  
 viel an der Münze verlieren müßte; allein es  
 wäre dem eingerissenen Unrath in der Münze auf  
 keine andere Weise zu helfen. Dann weil dieser  
 geringen Pfenninge und anderer untüchtigen  
 Sorten eine so große Menge gegen die Thaler  
 und Goldgulden sey; so folge daraus, daß nicht  
 allein die Thaler und andere gute, grobe Sorten,  
 aus schädlichem Geroinne etlicher verdoebenen  
 Goldschmiede und anderer Leute, die sich für  
 Münzmeister ausgäben, zerbrochen, und daraus  
 solche untüchtige Pfenninge und dergleichen ge-  
 ringschätzige Gattungen gemünzet worden, und  
 noch immer, man möge es so viel, als man wolle,  
 verbieten, gemünzet würden, sondern auch daß die  
 übrig gebliebene Thaler, Goldgulden und gute,  
 grobe Sorten, weil ihnen die Pfenninge und an-  
 dere geringe Münzen, in der innerlichen Güte,  
 nicht gleich kämen, immer mehr und mehr erhöh-  
 et und gesteigert würden. Solches gerichte ab-  
 len Churfürsten, Fürsten und Ständen zum  
 höchsten Nachtheil und Schaden, als welche da-  
 durch, und weil die geringen Landmünzen im-  
 mer mehr fielen, an ihren jährlichen Einkünften  
 fast den dritten Theil verloren hätten. Dann  
 vor einigen Jahren hätte man einen Goldgulden  
 für 26. Albus Landmünzen einwechseln können,  
 weil diese damals, in *bonitate intrinseca*, dem  
 Wehrthe des Goldguldens, ihrer Proportion nach,  
 gleich gewesen seyn; izo aber müsse man zu Ein-  
 wechslung eines Goldguldens 36. Albus ha-  
 ben,

ben, woraus der Verlust leicht nachzurechnen sey. I. Ob.  
 Sollte man nun diesem grossen Schaden, woran 1571  
 doch allen Ständen gar sehr gelegen wäre, aus  
 dem Grunde abhelfen; so müßten die geringen  
 Münzen abgesetzt werden, indem es besser wäre,  
 einmal den Schaden zu leiden, als dem je länger  
 mehr einreißendem Nachtheile ferner zuzusehen.

Ob man auch gleich etwa sagen möchte:  
 man sollte einem jeden Stande seine gemänte un-  
 tüchtige Pfenninge und andere Sorten aufstich-  
 en, um sie mit guter und grober Münze wider  
 auszuwechseln; so liesse sich solches zwar wohl  
 reden, aber nicht füglich thun. Dann es würde  
 bißfalls immer an einem Schultheissen fehlen,  
 der die Exekution verrichtete, und einem jeden zum  
 Auswechseln half. Indessen da man doch auch der  
 Pfenninge und anderer geringer Landmünzen  
 nicht wohl entrathen könnte; so müßten sich die  
 Stände eines jeden Kreises mit einander verglei-  
 chen; und unter sich eine Antheilung machen,  
 wie viele Mark Silbers, und nicht darüber, ob  
 jeder Stand zu Pfenningen und andern not-  
 wendigen Landmünzen vermünzen sollte, damit  
 hierunter die Uebermaass nicht überschreiten  
 würde, wie bisher geschehen wäre. So könnte es  
 etwa, auch bei den Münzen der Pfenninge und  
 anderer geringen Landmünzen, dahin gebracht  
 werden, daß man in einen Thaler Pfenninge oder  
 anderer geringer Landmünze, nach der innerli-  
 chen Güte, so viel an Silber, oder doch nicht  
 viel weniger nehmen müßte, als in einen ganz-  
 en Thaler. Dann weil den Münzständen auf  
 das Pfennigmünzen desto größere Unkosten  
 giengen, welche billig ein jeder Münzstand, des ge-  
 meinen Bestens halber, von dem Seinigen tragen,

3. Er. und nicht eben auf die Münze schlagen sollte; so  
1571 würde sich auch ein jeder Stand um so eher ent-  
halten, geringe Sorten münzen zu lassen.

Ferner möchte gut seyn, daß der Kayser un-  
ter den Münzmeistern und Münzgesellen eine  
besondere geschworne Zunft aufrichtete, und ih-  
nen darüber einen Zunftbrief gäbe, worin Artickels-  
weise ausgeführt wäre, wie sie sich zu verhalten  
hätten, und welcher gestalt sie auf das Kayserliche  
Münzedeict, gelobet und geschworen seyen; und  
daß diejenigen, welche demselben zuwider mün-  
zeten, für unsam geachtet, von den andern auf  
keiner Münze geduldet, sondern auf das äußer-  
ste verfolgt werden sollten. Unter andern wäre  
ihnen besonders einzuschärfen, daß, wenn sie vermerck-  
ten, daß irgendwo auf einer Münzstätte die Mün-  
ze geringhaltiger geschlagen würde, sie bey solchen  
nicht allein nicht arbeiten, sondern es auch, bey  
Vermeidung der Strafe des Meineides, so-  
gleich anzeigen wollten. Ingleichen, daß alle, wel-  
che an Orten, wo falsch gemünzet würde, wiß-  
entlich arbeiteten, nicht nur aus der Zunft ge-  
stoßen, und nicht mehr für gut gehalten, sondern  
auch wegen des Meineides, durch Zerstümmen-  
dung an ihrem Leibe, auch wohl, nach Beschaffen-  
heit der Verwüfung, am Leben bestraft werden  
sollten. Ferner daß in ganzen Reiche Teutscher  
Nation von keinem Stande ein Münzmeister  
und Münzgeselle angenommen, und zum Mün-  
zen zugelassen werden müßte; es wäre dann in  
solcher Zunft, und hätte diejenigen, welchen der  
Kayser hiezu verordnen würde, auf das K.  
Münzedeict geschworen, demselben durchaus  
gemäß zu münzen und zu handeln, auch darüber  
genugsame Bescheinigung vorlegen könnte. Dann  
sonst wolle ein jeder verderbener Kaufmann,  
Jude

Jude oder Goldschmidt ein Münzmeister mit Vor-  
 den, und beude die Herren, ihnen mit dem Münz- 1521  
 zett einen besondern Nutzen zu schaffen. Er  
 möchte ihnen auch wohl für die Verstattung des  
 Münzens jährlich 40., 50., oder auf das höchste  
 100. Gulden geben; thue aber dagegen demselben  
 Herrn, und sonst inögemein, für etlich tausend  
 Gulden Schaden. Nicht zu gedenken, daß dera  
 gleichen Herren, in deren Landen solche un-  
 tüchtige Münzen geschlagen würden, ihren gu-  
 ten Namen verlohren, und allerlei beschwerlich-  
 che Nachreden gewärtigen müßten.

Außerdem möchte auch zuträglich seyn, daß  
 der Kayser, an einem oder mehr besondern Orten,  
 als zu Nürnberg, Eöln und Magdeburg,  
 Commissarien bestimmete, denen alle, welche  
 münzen wollten, ihre Münzmeister präsentiren  
 müßten, welche dann, in Gegenwart der Bürger-  
 meister und des Rathes solcher Stadt, den Kay-  
 serlichen Commissarien auf das Münz-Edict  
 geloben und schwören sollten. Zugleich, daß  
 auch diese Commissarien die Mache hätten, die  
 Münzmeister und Münzgesellen zu bestätigen,  
 und von einem jeden zureichende Caution zu neh-  
 men, daß er sich dem Münzedicte durchaus ge-  
 mäß verhalten wolle. Wofem nun einiger Stadt  
 einen andern Münzmeister anstellen würde, der  
 von den Kayserlichen Commissarien nicht wäre  
 bestätigt worden; so möchte derselbe nicht allein  
 sein Münzprivilegium verlohren haben, son-  
 dern auch noch außerdem in eine harte Strafe des  
 Reichs genommen werden. Wollte man nun auch  
 daneben den Städten, welche die Münzfreiheit  
 haben, und sie wirklich ausüben, den Strafe des  
 Verlustes ihres Münzprivilegiums, auflegen,  
 nicht anders, als nach der R. M. O. zu münzen,  
 also



nänner und achtzehn Meistermänner des ge. J. Chr. achten Consoirs zu Bergen ihre Erklärung <sup>1572</sup> und Bedenken auf den im vorigen Jahr errichteten Recess, und brachten auch andere, mittlerweile in wäbntem Contoir entstandene neue Beschwerden an, worüber dann von den versammelten Abgeordneten der Hansestädte berathschlaget, ein Schluß gefaßt, und alles in einen neuen Abschied gebracht wurde <sup>m</sup>). Da auch in dem letztern Steßiner Frieden <sup>n</sup>) war verabredet worden, daß der Vergleich des Königreichs Schweden mit der Stadt Lübeck von dem R. Johannes von Schweden, dessen Bruder, dem H. Carln, und den Reichs-Räthen mit dem ehesten sollte unterzeichnet und bestätigt werden; so schickte des <sup>m.Feb.</sup> wegen die Stadt Lübeck ihren Syndikus, D. Salomo Schein, nebst dem Rathsverwandten, Hermann von Dorne, nach den Schwedischen Gränzen; welche dann auch mit dem ratificirten Frieden, in der Fastenzeit, glücklich wieder zurückkamen <sup>o</sup>). Ingleichen schickte die Stadt Lübeck, im Namen der gesamten Hansestädte, ihren Bürgermeister, Heinrich Plönies, den Syndikus D. Schein, einen Rathsverwandten und vier Bürger nach Coppenha <sup>m.Aug.</sup> gen, um bey dem König von Dännemark um die Bestätigung der ehemals ihren Kaufleuten in Norwegen und Schonen ertheilten Privilegien anzusuchen; welche aber unverrichteter Dint <sup>14 Oct.</sup> gen wieder zurückkamen. Hingegen langten bald <sup>m.Nov.</sup> darauf

m) Joh. Peter Willebrandts Hanfsche Chronik; (Lübeck, 1748. fol.) Sect. II. p. 261. und Sect. III. in den Urkunden, p. 111 - 116.

n) S. in diesem VIII. Bande der H. T. R. G., S. 523. f.

o) Willebrandt, l. c., Sect. II. p. 181.

3. Chr. darauf zwei Schwedische Gesandten zu Lübeck an, und verlangten, daß, weil die Schweden mit den Russen Krieg führten, die Lübeckische Handelsleute sich der Schifffahrt nach Narva enthalten möchten, welches ihnen, unter der Bedingung versprochen wurde, falls auch die übrigen Hansestädte davon abstecken wollten. Endlich fanden sich auch noch Abgeordnete des Prinzens von Oranien zu Lübeck ein, welche begehrt, die Handlung mit den Spanischen Niederlanden zu unterlassen, damit der Herzog von Alba dadurch nicht gestört würde <sup>1)</sup>.

Auf dem, im vorigen Jahr, zu Speyer gehaltenem Städtetag war die Ausschreibung eines gemeinen Städtetages auf Matthäi 1571. beliebt worden <sup>2)</sup>, welcher nun auch nach Eßlingen ausgeschrieben wurde. Auf demselben verglich man sich nun über folgende Punkte. Die Städte, welche bisher das R. G. mit visitirt hätten, sollten ihre gehabtten Unkosten selbst tragen. Weil aber die Ordnung auf das nächste Jahr wiederum die Stadt Köln treffe; so sollten hinfüro die Visitationen aus der gemeinen Stadt-Contribution erstattet werden. Die alten und neuen Reste solle man zwischen hier und den nächsten Ostern, bei Strafe doppelter Entrichtung, erlegen, in dessen Entstehungsfalle man berathschlagen solle, wie man sich gegen die Ungehorsamen zu verhalten hätte. Zu mehrerer Erhaltung des Ansehens der R. Städte, ihres Samdes, Stimme und Session, sollte hinfüro keiner Stadt, ausser den unvernünftigen und kleinen, verstattet seyn, ihre Vollmacht zu Reichen

<sup>1)</sup> Willebrandt, l. c., Sect. II. p. 181.

<sup>2)</sup> S. in diesem VIII. Bande der H. T. R. G., S.



Reichs- oder Städte-Tagen andern aufzutraz. Dagegen, sondern sie sollten dieselben, durch eigene Gesandten, beschicken, und denselben fleißiger, als bisher beywohnen lassen. Ferner wurde der Stadt Schweinfurt die nächst verfallene Contribution erlassen; allein die künftigen sollte sie, gleich andern Städten, tragen. Wegen der hochbeschwerlichen Steigerung aber der Zölle auf dem Rhein, durch die vier Rheinische Churfürsten, wurde beschlossen, die gedachten Churfürsten um deren Abstellung zu ersuchen. Und wegen der neuen Mauthen und hochgesteigerten alten Zölle in Schlesien, Böhmen, Ober- und Nieder-Oesterreich, wie auch in Bayern, verglich man sich, solche Beschwerden, auf den nächsten Kreistagen, an die Kreisstände zu bringen, und sich dahin zu bemühen, damit die Kreise insgesamt, bey dem Kayser, um Milderung und Einsparen einkommen möchten. Ferner wollte man auch bey den Kreis-Mitständen anhalten, die Execution der K. O. wegen der geschenkten Handwerker, durchgehends bey allen Obrigkeitlichen anzustellen, und sollten auch hierin die Städte eine gute Correspondenz mit einander unterhalten; und von der angefangenen Execution der K. Constitution sich aus keiner Ursache abwendig machen lassen. Die Stadt Verdün, welche der Krone Frankreich mit Eid und Pflicht verwandt wäre, solle nicht mehr zu Städtertagen erfordert, oder zugelassen werden. Hingegen Besançon, welche Stadt keinen andern Herrn, als unmittelbar den Kayser und das H. R. erkenne, durch Niemanden, als durch ihren eigenen, von der Gemeinde, ordentlich erwählten Magistrat der vierzehn Gubernatoren, regieret würde, und Spanien nicht anders, dann Schirms halber, auf

3. Ob. auf ihr eigenes Begehren, verwandt sey, wäre, 1571 wie auch Hagenau, zu Sitz und Stimme in Städte + Rath zuzulassen.

Wegen der, auf dem letztern Reichstage zu Speyer, von dem Maynzischen Kanzler, genommenen Neuerungen \*), wurden die vormals verfertigten Rathschläge verlesen, und, wegen der Weislaufigkeit dieser Sache, den Städten Strassburg, Augspurg, Frankfurt und Nürnberg aufgetragen, daß ihre Gelehrte, vor einer künftigen R. Versammlung, auf Mittel und Wege gedenken sollten, wie solcher Neuerung am söglichsten zu begegnen wäre. Ihre Bedenken aber sollten sie sich einander mittheilen, und sich, wo möglich, über eine einhellige Meinung und über alle dazu nöthige Schriften vergleichen. Da auch, soviel die Münze belange, bey der gegenwärtigen Versammlung vorgekommen, daß der churfürstliche und fürstliche Rath, auf dem igitigen Deputationstage zu Frankfurt, verhandelt sey, es dahin anzutragen, daß der Kayser, zu Handhabung des ergangenen R. Münzdictes, in etliche Städte am Rhein Commissarien schicken, und ihnen Gewalt geben solle, gegen die Verbrecher ernstliche Nachforschung anzustellen, dieselben in Verhaft zu nehmen, und ernstlich zu bestrafen; so fand man für rathsam, die zu Frankfurt anwesende Abgeordnete der Städte Cöln und Nürnberg, mittelst Ueberschickung des Abschiedes dieses Städtetages, worin dieses Punktes halber alles statlich ausgeführt wäre, zu ersuchen, es dahin zu bringen, daß dergleichen Schluß und Abschied, zum Abbruche und Nachtheile der alten und von den Städten wohl-

her:

\*) S. in diesem VIII. Bande der H. E. R. G., S. 348. f. und in der Vorrede desselben, S. XLVII. ff.

hergebrachten Obrigkeit, Freiheit und Herrlichkeit. Freiheit, nicht bewilliget und aufgerichtet, sondern öffentlich damider protestiret werde. Man nahm ferner, auf diesem Städtetag, die Rechnungen der einnehmenden Städte ab, und erkannte sie für richtig; zugleich aber machte man aus, daß künftig die Städte von der Rheinischen Bank ihre Anlagen nach Frankfurt, und eine jede von der Schwäbischen Bank ihre Gebühr derjenigen Stadt, welche sie zu beschreiben hätte, erlegen sollten. Wegen der anhaltenden Theuerung aber erliessen die R. Städte von Eßlingen aus ein Schreiben an den Kayser, und baten ihn, an alle hohe und niedere R. Stände, insonderheit an die Kreisfürsten der Städte, ein Mandat ohne Klausel ergehen zu lassen, die Pässe und die Zuführung des Proviantes nicht zu sperren. Und es wurde auch deswegen Christof Link an den Kayserlichen Hof abgeschickt, daß er um eine Antwort anhalten, und selbige, wenn er sie erhielte, der R. Stadt Augspurg zuschicken sollte. Endlich wurden noch einem jeden der beiden Reichsstädtischen Registratoren 50. Gulden verehrt, und ihnen befohlen, ein Verzeichniß von allen bey der Registratur vorhandenen Acten zu machen, und solches den Städten zu überschicken, damit, wenn eine Stadt etwa mehr Acten hätte, dieselben auch zur Registratur und in einen Auszug gebracht werden könnten <sup>8)</sup>.

In Ansehung des Punktes, wegen besserer Einrichtung des Münzwesens, und wie den dabey vorkommenden Unterschleifen und Kipperreien abgeholfen und gesteuert werden möchte, wurde

8) Scherers Repertorium allegatum in MS., Sect. III. fol. m. 47. a. - 49. a.

3. Ebr. wurde nun besonders auf diesem Städtetage bes-  
 1571 <sup>1</sup>chlossen, daß künftig alle ankommende Säcker,  
 Küsten und Ballen der Kauf- und Handelsleu-  
 te eröffnet, das darin befindliche geringhaltige  
 Geld sogleich in den Tiegel geworfen, und den  
 Eigenthümern desselben der innerliche Werth  
 davon bezahlt werden sollte. Zugleich wurde die  
 weitere Ausführung dieser Sache den R. Städt-  
 ten Augspurg, Nürnberg und Ulm aufgetra-  
 gen, die deswegen nachher zu Donauwörth eine  
 besondere Zusammenkunft hielten, und sich bere-  
 deten, wie bald und auf was für eine Art dieser  
 Schluß ins Werk zu richten seyn möchte. Weil  
 nun inzwischen auch ein sehr ernstliches Schrei-  
 ben von den Kayserlichen Commissarien und  
 churfürstlichen Gesandten zu Frankfurt an den  
 Rath zu Augspurg einlief, worin derselbe erin-  
 nert wurde, den R. Verordnungen wegen des  
 Münzwesens genauer, als bisher, nachzukom-  
 men; so ergiengen deswegen, von Seiten des erst-  
 erwähnten Rathes, die schon weiter oben bemerkt-  
 te Münzverordnungen <sup>1)</sup>.

Was nun noch andere, in diesem Jahre,  
 sich im Teutschen Reiche und dessen besondern  
 Provinzen zugetragene Begebenheiten betrifft;  
 so verdienen folgende davon angeführt zu werden.  
 3 Jan. Gleich zu Anfang des Jahrs starb Churfürst Joas-  
 chim der II. von Brandenburg im 67. Jahr sei-  
 nes Alters, und 36. seiner Regierung zu Köpe-  
 nitz plözlich. Man hielt seinen Leibarzt und  
 grossen Liebling, den Hof-Juden Lippold  
 im Verdachte, daß er ihn, in einem Malvasier-  
 tranke, vergiftet hätte. Nun ist zwar nicht aus-  
 ge-

t) Gassari Annal. Augstburg. ad h. a., in *Memoria-  
 Scriptor.*, T. I. p. 1935. und von Stetten, *L. c.*  
 P. I. c. 9. §. 16. p. 597. sq.

gemacht, ob man es auf ihn mit Wahrheit bringen 1571  
 können; er wurde aber doch, ein Paar Jahre her (1573  
 nach, wegen anderer überführten Bubenstücke, und <sup>28.</sup> Jan.)  
 besonders wegen Bestehlung des churfürstlichen  
 Schatzes, hingerichtet. Churfürst Joachim der  
 II. stand bey dem Kayser und dem ganzen Reiche  
 nicht nur wegen seines Alters und grosser Staats-  
 flugheit, sondern auch wegen seiner patriotischen  
 Gesinnungen, in dem grössten Ansehen, und  
 hinterließ den Nachruhm eines frommen, ge-  
 lehrten, beredten, die Wissenschaften beför-  
 dernden, gerechten, friedfertigen und gütig-  
 gen Fürstens. Seine Freygebigkeit aber, und  
 Neigung zur äusserlichen Pracht und zum  
 Bauen, waren Ursache, daß er Schulden auf  
 das Land brachte; und sie seinem Nachfolger mit  
 zur Erbschaft überlassen mußte. Durch ihn wur-  
 de die evangelisch-lutherische Religion in sei-  
 nen Staaten eingeführt, nachdem er endlich alle  
 seine Bemühungen, die catholische und protes-  
 tantische Religion wieder zu vereinigen, vereis-  
 telt sah. Die bey dieser Gelegenheit eingezogene  
 Kirchengüter wandte er grösstentheils zum  
 Besten der Kirchen, der Schulen, der Armen-  
 häuser und anderer frommen Stiftungen, wes-  
 nige aber auf andere Art zum Nutzen des Staa-  
 tes, an. Nach der einmal angenommenen Augs-  
 purgischen Glaubensbekenntniß beharrte er  
 dabey auf das eifrigste, und sah mit Verdruss, daß  
 sich einige Protestanten zu den Lehren des Zwings-  
 lius und Calvins neigten. Es war ihm daher die  
 mit der A. C. vorgenommene Aenderung sehr  
 mißfällig, und er legte, schon bey seinem Leben,  
 den Grund zur nachmaligen Verfertigung der  
 Eintrachtsformel. Indessen war er von allem  
 Verfolgungsgeiste weit entfernt; dann er-

J. Chr. drückte nicht die Lutheraner, als er noch Cat  
 1571 tholisch war, und er kränkte nicht die Catho-  
 lischen, nachdem er zur evangelischen Religion  
 übergetreten war. Er verabscheute die Verfolgung  
 der Reformirten auch sogar in Frankreich  
 und in den Niederlanden, und verbot seinem  
 Adel und Unterthanen, sich als Werkzeuge der  
 Tyranney gebrauchen zu lassen.

Unserm Churfürsten glückte es, während sei-  
 ner Regierung, seine Staaten zu erweitern, oder  
 doch wenigstens den Grund zu deren künftigen  
 Vergrößerung zu legen, und Niemand schien  
 ihn, wegen seiner friedfertigen Gesinnungen, dies  
 ferhalb zu beneiden; vielmehr waren ihm die meisten  
 dazu beförderlich. Die Krone Böhmen wollte  
 zwar seine Erbverträge mit dem Fürstlichen  
 Hause Liegnitz u. in Schlessien nicht bestätig-  
 en; hingegen verknüpfte er Crossen und die  
 Herrschaft Jossen auf eine unzertrennliche Art  
 mit seinen übrigen Staaten. Ferner gelang es  
 ihm, die Erbverträge mit Sachsen und Hessen  
 zu erneuern, neue mit den Fürsten von Lieg-  
 nitz u. zu errichten, die Anwartschaft auf das  
 Fürstenthum Grubenhagen zu erhalten, die  
 Ansprüche seines Hauses auf Anhalt zu unter-  
 stützen, und, was das wichtigste war, von seinem  
 Schwager, dem K. Sigmund August von  
 Polen, im J. 1569., die Mitbelschaft über  
 Preussen, für sich und seine Nachkommen, zu er-  
 langen. Er legte ferner den Grund zu der Ein-  
 ziehung der Bisthümer Brandenburg, Havel-  
 berg und Lebus dadurch, daß er theils seinen  
 Churprinzen, theils seinen Enkel, den Admini-  
 strator des Erzbistums Magdeburg, Joachim  
 Friedrich, zum Verweser derselben erwählen  
 ließ. Ja man kan sogar Magdeburg, und die  
 meiste

meiste Zeit während seiner Regierung auch Halber, J. Ehr. Stadt gewisser massen zu seinen Staaten rechnen, <sup>1571</sup> da nemlich diese Stifter sich Prinzen aus dem Hause Brandenburg wählten oder postulirten, welche die Vorthelle des Churhauses mit befördern halfen. Dadurch so wohl, als auch durch das sogenannte Tripartit, oder den, im J. 1550., zwischen den Churfürsten Moritz von Sachsen, und unserm Joachim dem II. von Brandenburg, wie auch dessen Sohn, dem ErzB. Friedrich von Magdeburg, geschlossenen Vergleich, daß die Stadt Magdeburg allen Dreyen erblich zu gehören, und verwandt seyn solle, bahnte er seinem Hause den Weg, das Erzstift Magdeburg in den folgenden Zeiten mit andern Brandenburgischen Staaten auf beständig zu vereinigen.

In seiner doppelten Ehe hatte zwar unser Churfürst verschiedene Prinzen erzeugt, sie starben aber theils wenig Tage nach ihrer Geburt, theils die Erwachsenen, als die Erzbischöfe Friedrich und Sigmund von Magdeburg, in ihren besten Jahren, noch bey ihres Vaters Lebzeiten, und er hinterließ also bey seinem Absterben nur einen einzigen Sohn, nemlich den Churprinzen Johann Georg, einen Herrn von 46. Jahren, der ihm in der Regierung folgte, und eine seiner ersten Verordnungen seyn ließ, die Juden aus allen seinen Staaten zu verbannen, und verschiedene unter seines Vaters Regierung in Bedienung und Ansehen gestandene Personen zu verabschieden. Nach eingenommener Zuldigung schickte er eine Gesandtschaft an den Kayser nach Prag, um die vom Reiche und der Krone Böhmen abhängende Lehen zu empfangen, welche Belehnung <sup>m. Maio</sup> auch vor sich gieng. Hierauf errichtete unser Chur- <sup>30 Jul.</sup> fürst eine neue Erbverbrüderung mit den Herz-



3. Erb. zogen von Pommern, bey Gelegenheit der Ver-  
 1571 lobung seiner Prinzessin Erdmuth an den H.  
 Johann Friedrich von Pommern. Das Haus  
 Brandenburg hatte zwar schon längst unzweifel-  
 hafte Erbfolgsrechte auf Pommern; aber die  
 bisherige Erbfolge war nur einseitig festgestellt.  
 Nunmehr aber ertheilte Churfürst Johann Georg,  
 nebst den übrigen Marggrafen von Branden-  
 burg, mit Bestätigung ihres Erbfolgsrechtes  
 in Pommern, den Herzogen von Pommern  
 gleichfalls das Recht, daß, wenn alle Marg-  
 grafen von Brandenburg vor den Herzogen  
 von Pommern aussterben würden, an diese,  
 und zwar erstlich an den H. Johann Friedrich  
 und dessen männliche Leibes- Lebens- Erben,  
 nach deren Abgang aber an seine Brüder, die Her-  
 zoge Ernst Ludewig, Bogislaus, Barnim  
 und Casimir, welche zu der Zeit regierende Her-  
 ren und Landesfürsten zu Stettin und Wol-  
 gast seyn würden, und deren männliche Leibes-  
 Lebens- Erben, die Neumark, und das Land  
 Sternberg, ingleichen die Lehensschaften über  
 die Häuser Lökenitz und Vierraden, samt dersel-  
 ben zugehörigen Gütern, soviel deren über die  
 Märkische Landgränze in Pommern gelegen  
 wären, fallen sollten. Die darüber errichtete Ur-  
 kunde ist verschiedener Umstände halber merkwür-  
 dig, indem dieselbe unter andern beweiset, 1)  
 daß zwischen Sachsen, Brandenburg und Hes-  
 sen schon seit mehr als 100. Jahren nicht nur eine  
 Erbvereinigung, sondern auch eine Erbver-  
 brüderung existirt habe, obgleich noch nicht be-  
 stimmt gewesen seyn mag, was auf den Fall, wenn  
 ein Haus ausstürbe, die andern haben sollten; und  
 2) daß mit Vorwissen dieser Erbverbrüder-  
 ten diese neue mit Pommern geschlossen werden.

Uc.



Uebrigens verabredeten beide Theile, daß sie über 3. Jhr. diesen Erbvertrag die Einwilligung und Bestätigung des Kayfers suchen wollten, welche sie auch drey Jahre nachher erhielten †). Auch die Erneuerung der Verträge mit den erbvereinigte[n] Häusern Sachsen und Hessen ließ sich unser Churfürst angelegen seyn, von welcher Handlung bald das weitere gedacht werden soll.

Wenig Tage nach dem Ableben des Churfürst Joachims des II. starb auch dessen Bruder, der Marggraf Johannes von Brandenburg-Cüstrin ohne männliche Erben, wodurch dem neuen Churfürsten Johann Georg dessen bisher besessene Länder, nemlich die Neumark, nebst Crossen und den Brandenburgischen Besizungen in der Lausiz, wie auch die Herrschaften Beseckow und Storkow, welche der Marggraf Johannes von dem Bischof von Lebus an sich gebracht hatte, zufielen. Endlich ist noch bey Gelegenheit dieser Brandenburgischen Angelegenheiten etwas zu bemerken, was den H. Albrecht Friedrich von Preussen, einen gebornen Marggrafen von Brandenburg aus der Fränkischen Linie, betrifft. Die Streitigkeiten dessen Herrn Vaters, weiland Marggraf Albrechts von Brandenburg, gewesenen Hochmeisters des Teutschen Ordens, und nachmaligen ersten Herzogs von Preussen, mit dem Teutschen Orden, und dessen daraus erfolgte Ahtserklärung hatten bisher immer verhindert, daß diese Preussische Linie des Hauses Brandenburg zur Mitbelehnung der teutschen Brandenburgischen Staaten nicht ist

Es 4

mit

†) Sie steht in *Lithanei* I. P. T. V., f. Addit. T. I. ad L. IV. cap. 8. num. 175. p. 620-628. *Lünigs* R. A., T. V. P. III. n. 31. p. 65-69. und bey dem *Du Mou*, l. c., T. V. P. I. n. 97. p. 208-210.

3. Er. mit zugelassen worden. Das gesamte Haus  
 1571 Brandenburg, in der Chur- und Fürstlichen  
 Linie, gab sich zwar deshalb, von Zeit zu Zeit, bey  
 den Kaysern viele Mühe, und auch die Könige  
 von Polen suchten, fast auf allen Teutschen Reichs-  
 tagen, um die Loszahlung ihres Vasallens,  
 des H. Albrechts von Preussen an, wie noch kürzlich  
 auf dem letztern Reichstage zu Speyer wiederum  
 geschehen war \*); jedoch alle ihre Bemühungen wa-  
 ren bisher vergeblich gewesen. Nunmehr aber ge-  
 lung es dem Churfürsten Johann Georg, bey  
 den damaligen Unterhandlungen über seine R.  
 Belehnung zu Prag, eine Erklärung von dem  
 Kayser Maximilian dem II. †) auszuwirken, daß  
 dem H. Albrecht Friedrich von Preussen, we-  
 fern, nach Ableben aller iho lebenden Marg-  
 grafen von Brandenburg, keine männliche  
 Leibes- Lebens- Erben mehr vorhanden seyn  
 würden, alsdann und nicht ehe, die gesamte  
 Land zu ihren hinterlassenen R. Leben und Re-  
 galien gestattet werden sollte. Nun büßte zwar  
 der H. Albrecht Friedrich, durch diese Erklä-  
 rung, die ihm der Verwandtschaft nach eher, als der  
 Chur-Linie, zustehende Lebensfolge in den  
 Brandenburgischen Landen in Franken ein;  
 hingegen aber erhielt er doch dadurch die Aufhes-  
 bung der Acht, wenigstens der Sache nach.  
 Dann Kayser Maximilian der II. konnte dem  
 Herzog von Preussen die Versicherung der künfti-  
 gen Erbfolge in den teutschen Staaten seines  
 Hauses nicht wohl anders einräumen, als daß er  
 zugleich

\*) S. in diesem VIII. Bande der A. T. R. G., S.  
 375. f.

†) Es geschieht ihrer Erwähnung in dem vorgen-  
 derten Verträge, in Königs R. A., T. IX.  
 P. 49.

zugleich die bisherige R. Acht für nichtig erklärte, 3. Chr. als nach welcher der Geächtete sogar auch aller Ansprüche verlustig gehet. Seit der Zeit ist auch nichts weiter von der R. Acht gegen Preussen gedacht worden, und wäre wohl zu wünschen, daß diese merkwürdige Erklärung, ihrem ganzen Inhalte nach, bekannt gemacht würde, weil sich aus derselben ergeben muß: ob und wie weit der Kayserliche Hof sich vorbehalten habe, den Anspruch des Teutschen Ordens auf Preussen zu unterstützen. Aus dem folgenden Betragen der Kayser muß man aber schliessen, daß sie dieseshalb nur noch bloß gütliche Vermittlungen haben anwenden wollen").

In den churpfälzischen Ländern und in der Nachbarschaft hatten sich eine Zeitlang viele Wiedertäufer eingenistet, welche sich verlauten ließen, daß man sie zwar mit Gewalt vertriebe, aber zu keinem Verhör kommen liesse. Deswegen forderte der Churfürst Friedrich von der Pfalz, durch ein öffentliches Ausschreiben, alle und jede Vorsteher, Lehrer und Anhänger ihrer Secte zu einem freyen öffentlichen Gespräche nach Frankenthal.

Es 5

thal

- n) Schardius l. c., ad h. a., in *Eius Scriptor.*, T. IV. p. m. 153. sq. et 154. p. - 155. b. Chytraeus l. c., L. XXII. p. m. 602. et 603. Thuanus l. c., T. II. L. L. p. m. 763. Landorp l. c., T. II. L. XI. p. m. 60. sq. Schadaeus l. c., P. II. L. VII. S. 1. et 2. p. m. 203. sq. Nicol. Leutinger Comm. de Marchia, L. XVIII. S. 26-31. et L. XXI. S. 1-7. p. m. 630-650. edit. Küster. C. F. Pauli allgem. Preussische Staats-Geschichte, T. III. c. 6. S. 78-81. et 86-88. p. 190-201. et 210-212. und cap. 7. S. 91-93. p. 218-226. Item T. IV. S. 220. p. 472. Köblers Münzbelustig., P. II. n. 16. et 17. p. 121-131. und Joh. Jac. Spießens Brandenb. Histor. Münzbelustig., P. IV. n. 18 p. 137-144. coll. P. III. n. 33. p. 259.

J. Chr. thal auf, und versprach ihnen nicht nur ein sicheres  
 1571 res Geleit, sondern auch freye Zehrung, solan-  
 ge die Unterredung dauern würde. Zugleich wur-  
 den auch gewisse Artickel festgesetzt. worin die Wie-  
 dertäufer mit den evangelischen Kirchens-  
 Lehrern streitig waren, als: 1) von der heil-  
 igen Schrift, ob nemlich die Hauptstücke  
 des christlichen Glaubens und Wandels so-  
 wohl aus dem alten, als auch aus dem neuen  
 Testamente könnten und müßten bewiesen wer-  
 den; 2) von der heiligen Dreyeinigkeit, und  
 ob das einige göttliche Wesen in drey Perso-  
 nen unterschieden sey; 3) von Christo, ob er das  
 Wesen seines Fleisches aus der Substanz des Flei-  
 sches der Jungfer Maria, oder anderswoher ange-  
 nommen hätte; 4) von der Erbsünde; 5) von  
 der Kirche; 6) von der Rechtfertigung; 7)  
 von der Auferstehung des Fleisches; 8) von  
 der Ehe, ob der Bann und Unglaube die Ehe  
 scheiden; 9) von der Gemeinschaft der Güter, und  
 ob die Christen eigene Güter kaufen und besitzen  
 möchten, ohne Verletzung der christlichen Liebe; 10)  
 von der Obrigkeit, ob nemlich ein Christ eine  
 Obrigkeit seyn, und mit dem Schwerdte die Bösen  
 strafen könne; 11) von dem Eide, und ob den  
 Christen zugelassen sey, rechtmäßige Eide zu leisten;  
 12) von der Taufe; und 13) vom heiligen Abend-  
 mable, und ob dasselbe ein blosses und leeres Kenn-  
 zeichen und Vermahnung zur Geduld und Liebe, oder  
 aber auch eine kräftige Versiegung der Gemeinschaft  
 der Gläubigen mit Christo zum ewigen Leben sey.  
 Ausserdem stellte der Churfürst auch noch einem  
 jeden frey, nach Erledigung dieser Artickel, auch noch  
 von andern zu reden, und verordnete gewisse Per-  
 sonen zu diesem Gespräche, damit alles ordent-  
 lich tractirt, zur Zufriedenheit der Parteyen  
 pres

protokollirt, und so oft es nöthig, verlesen würde. J. Chm.  
Dieses Mandat ließ der Churfürst nicht nur in 1574  
allen Städten, Flecken und Dörfern öffentlich  
anschlagen, sondern auch zwey Sonntage nach ein-  
ander von den Kanzeln verlesen, damit sich hernach  
niemand mit der Unwissenheit entschuldigen  
könnte.

Nachdem nun auf den bestimmten Tag die 28 May  
Churpfälzischen Gesandten und die Abgeord-  
nete der Wiedertäufer angekommen waren; so  
wurde dieses Religionsgespräch, in Gegenwart  
des Churfürstens, noch an eben diesem Tage an d. e.  
gefangen, und hernach täglich Vor- und Nach-  
mittages bis in den Brachmonat hinein fortge- 19 Jun.  
setzt, auch binnen dieser Zeit von allen vorgedachten  
Artickeln hinlänglich gehandelt. Allein man konnte  
keine genugsame Vergleichung treffen, als nur  
in den Artickeln von der Rechtfertigung vor  
Gott, von der Ehescheidung, von der Gemein-  
schaft der Güter, und vom heiligen Abendmah-  
le, in welchen sich die anwesenden Wiedertäufer  
zur Pfälzischen Confession bekannten. Man  
stattete also an den Churfürsten, der bald nach  
dem angefangenen Colloquium von Frankenthal  
wieder abgereiset war, von dem Erfolge dieser  
Handlung Bericht ab, ermahnete die Wieders-  
täufer nochmals, von ihren Irrthümern, deren  
sie überzogenet wären, abzustehen, und sich wieder  
zu der Kirche zu wenden, wobey man ihnen alle  
Beförderung und Schutz versprach. Weil sie  
aber auf ihren Meinungen steif beharreten; so  
ließ ihnen der Churfürst ernstlich untersagen, sich  
des Lehramtes, wozu sie weder berufen, noch  
tüchtig wären, zu enthalten, seine Unterthanen  
unverwirret, und die Lehre, welche sie mit kei-  
nem Gründe umstossen könnten, ungelästert zu las-  
sen,

9. Chr. sen, und also die Strafe Gottes und der Obrigkeit zu vermeiden. Hiemit wurde dieses Religionsgespräch geendiget, die Protokolle gegen einander zusammen gehalten, von beiden Theilen unterschrieben, das eine den Wiedertäufern, auf ihr Begehren, zugestellet, und hernach durch öffentlichen Druck bekannt gemacht \*).

Wegen der für die Gotha'sche Exekutionskosten dem Churfürsten von Sachsen affektirten vier Herzoglich - Sächsischen Aemter hatten zwischen dem Churfürsten und dem H. Johann Wilhelm von Sachsen bisher noch immerhin allerhand Irrungen obgewaltet, und die Sache war auch wiederum auf dem letzten Reichstage zu Speyer vorgekommen \*\*). Bei der dajelbst vorgenommenen abermaligen Liquidation befand sich nun, daß dem Churfürsten, wegen der vorher liquidirten Kriegskosten, eigentlich noch 2,86316. Gulden und 11. Pfenninge, und darüber auch noch andere 1,04594. Gulden, 2. Groschen und 8. Pfenninge zu bezahlen, restirten. Es verordnete daher zu Speyer der Kayser seine Räte, (6 Decem. 1570.) die Freyherrn Jaroslaus von Kollowrath und Heinrich von Stahrenberg, wie auch den D. Timotheus Jungen, zu seinen Commissarien, welche

v) Protocoll, d. i., Alle Handlung des gesprechs zu Franckenthal inn der Churfürstl. Pfalz mit denen, so man Wiedertäufer nennet, 28. May angefangen und den 19. Jan. geendet; Heidelberg, 1571. 4. item: aufs new gedruckt, und gegen dem rechten Original collationirt; ibidem, 1573. 8. Schararius in Epitome ad h. a., in Eius Scriptor., T. IV. p. m. 156. a. — 157. b. Schadaeus l. c., P. II. L. VII. §. 16. p. m. 208. sq. und Thuanus l. c., T. II. L. L. p. m. 765. sq.

vv) S. die N. T. R. G., im VII. Bande, S. 169: 173. und im VIII. Bande, S. 208. 211. u. 217. f.

welche die affekurirten vier Aemter nach landläu-<sup>3. Ebr.</sup>figen Preise taxiren, über solche Taxe richtige und 1571  
versiegelte Register und Verzeichnisse zwiefach er-  
richten, und das eine den chur- und fürstlich-  
Sächsischen Råthen, das andere aber dem  
Churfürsten von der Pfalz, als verordnetem Vor-  
munde der jungen Sächsischen Prinzen in  
Original zustellen, auch hierauf, im Namen des  
Kaysers, dem Churfürsten von Sachsen mehr-  
gedachte vier Aemter von neuem anweisen sollten.  
Nachdem nun der H. Johann Wilhelm von  
Speyer zu Weymar wieder glücklich angelanget<sup>10 Jan.</sup>  
war; so erließ er die Unterthanen in den vier<sup>31. E. m.</sup>  
affekurirten Aemtern ihrer Pflicht auf gewisse  
Maasse, und verwies sie damit an den Churfürsten  
Augustus, jedoch mit Vorbehalt ewiger Wied-  
ereinlösung.

Die verordnete und obbenannte Kayserliche  
Commissarien aber unterzogen sich hierauf zu  
Weyda im Voigtlande dem ihnen aufgetragenen  
Geschäfte, da sich dann bey der Taxation der  
vier Aemter zeigte, daß dieselben am Hauptgute  
nur 1,89750. Gulden, 4. Groschen und 6. Pfenn-  
ninge, und an jährlicher Nutzung, nach Ab-  
trag der ordentlichen jährlichen Beschwerden,  
nur 9487. Gulden, 10. Groschen und 2. Pfenn-  
ninge betrügen. Folglich reichten sie also noch  
lange nicht zur Versicherung und jährlichen  
Verzinsung der 2,86316. Gulden und 11. Pfenn-  
ninge, geschweige dann auf Abtrag und Verzin-  
sung der andern, noch übrigen, 1,04594. Gulden,  
2. Groschen und 8. Pfennninge, zu; zumal, weil sie  
schon zuvor von dem H. Johann Wilhelm mit allen  
Regalien und Herrlichkeiten übergeben, und solche  
Regalien, gemeinem Gebrauche nach, bey verglei-  
chen Pfandschaften, in keinen Anschlag von den  
Com



3. Ebr. Commissarien gebracht, noch außer der dem H.  
1571 Johann Wilhelm von den Landständen, auf  
vierzehn Jahre lang, bewilligten Trankesteuer,  
solcher gestalt von dem Churfürsten Augustus an-  
genommen werden wollten. Michin wurden dem  
Churfürsten die mehrgedachte vier affectirte  
Ämter bloß allein zur Versicherung und jähr-  
lichen Verzinsung der 2,86316. Gulden und  
11. Pfenninge rückständiger Hauptsumme gelas-  
sen, und die Wiederbezahlung der andern 1,04594.  
Gulden, 2. Groschen und 8. Pfennunge noch  
auf 14. Jahre ausgesetzt, da er sie dann von des  
H. Johann Friedrichs Söhnen erwarten sollte.  
Uebrigens aber wurde die Verschreibung, Ver-  
zinsung und Versicherung an den Vormund  
der jungen Prinzen, den Churfürsten von der  
Pfalz, und an jener wieder erlangten Antheil  
Landes zu eigener gütlichen Vergleichung, oder  
an den Kayser, zu dessen Entscheidung, vermie-  
sen. Jedoch sollte den jungen Prinzen des ge-  
storbenen H. Johann Friedrichs, und ihren Erben  
und Lehensfolgern vorbehalten seyn, die Erlös-  
sung besagter Ämter, entweder aller auf einmal,  
oder einzeln und unterschiedlich nach einander,  
nach vorgängiger Aufkündigung und deren gebüh-  
ren Insinuirung, auch Niederlegung der  
Gelder, mit Bitte, solche, nach Inhalt der Pfand-  
verschreibung, anzunehmen, zu thun; die Ueber-  
weisung und Abtretung aber sollte nach dem ge-  
machten Inventarium geschehen. Und über die-  
ses alles wurde von den verordneten Kayserlichen  
19 Ebr. Commissarien auf dem Schlosse zu Weyda ein  
umständlicher Abschied errichtet<sup>1)</sup>.

Da

1) Müllers Sächs. Annales ad h. a. p. 156. & 157.  
Ge. Paul Hönns Sachsen; Coburg. Hist., L. II. ad  
a. 1571. p. 193. und W. G. Struvens hist. polu.  
Archiv, P. III. p. 209-213.



Da auch der Kayser in dem letztern Speyer<sup>3</sup> Concilischen R. A. erklärt hatte, daß er den Drey un<sup>1575</sup> mündigen Söhnen des geächteten und gefangenen H. Johann Friedrichs von Sachsen ihres Vaters Landesantheil restituiren, und ihnen, zu der vorzunehmenden Landestheilung mit ihrem Oheim, dem H. Johann Wilhelm, Vormünder setzen wolle <sup>9)</sup>; so wurde nunmehr auch zu dieser Sache geschritten. Der Kayser ernannte also den Marggrafen Georg Friedrich von Brandenburg, Anspach und den Landgrafen Wilhelm von Hessen-Cassel, ingleichen die Freyherrn Jaroslaus von Kollowrat und Heinrichen von Stahrenberg, zu seinen Commisariis bey diesem Geschäfte. Beide letztere fanden sich hierauf in <sup>4</sup> Int. Person zu Erfurt ein, wo die Unterhandlung wegen dieser Landestheilung vorgenommen werden sollte, der Marggraf und der Landgraf aber schickten dahin ihre subdelegirte Räte, welches auch von dem Churfürsten von der Pfalz, als Vormunde der jungen Prinzen, seiner Enkel, und dem Churfürsten von Sachsen, ingleichen von dem H. Johann Wilhelm von Sachsen geschah. Es verzog sich aber die Ausmachung dieses Geschäftes bis weit in das folgende Jahr hinein, da dann endlich der Theilungsrecess zu Stande kam, von welchem wir zu seiner Zeit handeln wollen <sup>10)</sup>.

Uebrigens waren auch in diesem Jahr die erbverbrüdereten und erbvereinigten Häuser, Sachsen, Brandenburg und Hessen, auf die Erneuerung ihrer alten Erbverträge bedacht. Zu dem Ende kamen die abgeordnete Räte der Chur<sup>7 Sept.</sup> fürsten Augusts von Sachsen und Johann Georgs

<sup>9)</sup> S. im VII. Bande der N. T. R. G., S. 209: 211. und 216. f.

<sup>10)</sup> Müller, l. c., ad h. a., p. 159.

2. Georgs von Brandenburg, wie auch der drey  
 1571 Brüder und Landgrafen von Hessen, Wil-  
 helmis zu Cassel, Ludewigs zu Marburg und  
 Georgs zu Darmstadt, in dem Städtgen Schö-  
 nebeck, im Erzstifte Magdeburg, zujannun, n,  
 wo sie dieser Sache halber eine vertrauliche Unter-  
 redung mit einander pflogen. Es wurde auch da-  
 selbst ein vorläufiger Abschied getroffen, worin  
 unter andern enthalten, daß aus der alten, im J.  
 1457., zu Nürnberg, zwischen Sachsen, Bran-  
 denburg und Hessen verglichenen \*), nachmals  
 aber erloschenen, wie auch aus der hiebevot zwischen  
 Sachsen und Hessen besonders errichteten, und  
 von Zeit zu Zeit erneuerten Erbverbrüderung,  
 eine besondere und auf obige drey chur- und  
 fürstliche Häuser gestellte Erbverbrüderungs-  
 Model zusammen gezogen, und an einigen Orten, un-  
 sonderheit in Ansehung der Art und der Ordnung  
 der Erbfolge, verändert worden. Zugleich wurde  
 verabredet, daß man darüber auch mit dem H. Jo-  
 hann Wilhelm von Sachsen und dem Markgra-  
 fen Georg Friedrich von Brandenburg, Ans-  
 spach, welche Beide abwesend waren, und die  
 Zusammenkunft nicht beschickt hatten, die nö-  
 thige Communication pflegen, und alsdann wie-  
 derum zu Naumburg zusammentommen wolk.  
 15 Oct. Es wurde auch hierauf zu Weymar zwischen dem  
 H. Johann Wilhelm von Sachsen und dem  
 Landgrafen Wilhelm von Hessen, Cassel, wegen  
 dieser vorsehenden neuen Erbverbrüderung zwis-  
 schen den mehrgedachten drey Häusern, eine Abs-  
 rede

\*) S. im VI. Bande des sogenannten Auszuges &c.,  
 S. 343., wo aber, weil ich dem in der Note a) an-  
 geführten Müller, l. c., gefolget bin, unrichtig:  
 Naumburg an der Saale für Nürnberg angezei-  
 den, und daher zu ändern ist.

rede getroffen, und selbige in einem Abschied ge-  
bracht; wie dann auch dem Markgrafen Georg.<sup>1571</sup>  
Friedrich der neue Entwurf nicht mißfiel, nur  
daß er einige Zweifel dagegen machte, und eine  
gleiche Erbfolge unter allen contrahirenden  
Theilen verlangte. Allein man konnte doch damals  
die Sache noch nicht völlig zu Stande bringen, und  
es verzog sich mit dieser Erneuerung bis zum  
J. 1587., in welchem sie zu Naumburg zwischen  
Sachsen und Hessen vor sich gieng, wie wir zu  
seiner Zeit vernehmen werden<sup>a)</sup>.

In der Mansfeldischen Sequestrations-  
sache<sup>b)</sup> wurde in diesem Jahr, ein neuer Abschied<sup>19 Nov.</sup>  
zwischen den Grafen und ihren Gläubigern zu  
Erfurt geschlossen. Es hatten nemlich, seit dem,  
im vorigen Jahr, zu Leipzig errichteten Abschie-  
de, die dafelbst nicht zugegen gewesene Grafen Pe-  
ter Ernst und Hans Ernst zu Mansfeld an die  
Sequestratoren, den Churfürsten von Sachs-  
sen, den Administrator von Magdeburg und  
das Halbenstädtische Domkapitel, schriftlich ge-  
langten lassen, daß in dem gedachten Leipziger Abs-  
chiede einige dunkle Punkten enthalten wären,  
welche eine Erklärung und Erläuterung bedürf-  
ten; deswegen die Sequestratoren eine neue Tas-  
sagefahrt ansetzen möchten. Ingleichen wandte der  
zu Leipzig ebenfalls nicht zugegen gewesene Graf  
Bruno von Mansfeld gegen den gedachten Abs-  
chied

a) *Limnaei* I. P., T. IV. f. Addit. T. I. ad L. IV.  
c. 8. n. 165. p. 619. sq. *Müller* l. c., ad h. n.  
p. 159. sq. *Henr. Bodini* Diss. de pacto Confrat-  
ternitatis Saxonico-Brandenburgico-Hassiacae,  
§. 8. p. m. 12. sq. und *Pauli*, l. c., T. III. c. 7.  
§. 92. p. 221. sq.

b) S. in diesem VIII. Bande der *N. E. K. G.*, S.  
503. ff.

3. Er. schied ein, daß er an seine Vettern einige pri-  
 vat Forderungen hätte, welche erst erledigt  
 werden müßten, ehe er den Leipziger Abschied  
 annehmen könnte. Die Sequestratoren setzen  
 also, zu Abhelfung dieser Irrungen, anfangs eine  
 Tagesfahrt nach Erfurt an, und verlegten  
 und erstreckten sie nachher, auf Ansuchen der  
 Grafen, nach Erfurt. Allein wider alles Ver-  
 hoffen blieben nicht nur die Grafen Peter Ernst  
 und Hans Ernst, auf den bestimmten Tag, wie-  
 derum aus, sondern sie ließen auch, durch den chue-  
 maynischen Vicedom zu Erfurt, wider alles  
 bisher vorgenommene, und wider alles weitere Un-  
 ternehmen in dieser Sache protestiren. Deswe-  
 gen verglichen sich die von den Sequestratoren  
 nach Erfurt abgeordnete Räte über eine Schrift,  
 worin sie die Ursache des zu Leipzig errichteten  
 Recesses den gedachten Grafen zu Grunde lege-  
 ten, ihre Einwendungen ablehnten, und dem erwäh-  
 nten Vicedom auftrugen, die Grafen zu ermahnen,  
 solchen Abschied anzunehmen, wozu sie ihnen einen  
 neuen Tag, auf den Montag nach Misericor-  
 dias Domini des folgenden Jahrs, nach Leipzig  
 benannten, auf welchem die Grafen erscheinen, und  
 entweder das zu Leipzig verabredete bewilligen und  
 vollziehen, oder andere Mittel vorschlagen, und  
 ins Werk richten sollten, wie ihre Gläubiger be-  
 friediget werden könnten; mit der angehängten Be-  
 deutung, daß die Sequestratoren, inzwischen und  
 jederzeit, in dieser Sache dasjenige vornehmen und  
 fortsetzen würden, was ihr Amt und die Gerechtigkeit  
 erfordere. Ihm brachte zwar auch der zu Erfurt  
 erschienene Graf Bruno von Mansfeld seine pri-  
 vat Forderungen an seine Vettern an, und daß  
 ihm das Amt Morungen und Leinungen, nebst  
 mehreren Gründen, verhaftet sey, vermeinte auch,  
 daß

daß er vor allen andern Gläubigern die Erstig-keit hätte. Weil aber diese Sachen damals zu Erfurt nicht wohl zu erledigen waren; so vermochte man endlich den Grafen Bruno, daß er, unter Vorbehalt seiner vermeintlichen Rechte und Priorität, den vorjährigen Leipziger Abschied ebenfalls annahm, und den deswegen von seinen Vettern ausgestellten Revers vollzog und besiegelte. Wegen dieser zwischen ihm und seinen Vettern vorkommenden Irrungen aber wurde auf den 21. Jenner 1572. ein Termin angesetzt, auf welchem die Parteyen sollten verhöret und in der Sache weiter gehandelt werden.

Da also der Graf Bruno den Leipziger Abschied nunmehr auch angenommen hatte, und die gemachten Einwendungen der Grafen Peter Ernst und Hans Ernst waren beantwortet worden; so wurde unter den Sequestratoren zu Erfurt ausgemacht, daß man nunmehr den erstgedachten Leipziger Abschied schleunig und gänzlich vollziehen wolle. Zu dem Ende setzte man eine neue Tagesfahrt auf den 15. Jenner nach Eisenach an, auf welcher von den Grafen die Anweisung der Lehenstücke, und von den Unterthanen die Huldigung geschehen sollte. Mit Anweisung der Bergwerke und der Huldigung an den Churfürsten von Sachsen, sollte der Anfang gemacht, und sodann mit der Huldigung an einen jeden Lehensherrn in seinen Lehen fortgefahren werden; deswegen dann auch die so wohl von den Grafen, als auch von den Lehenherren in der Grafschaft zu publicirende Mandate, und eine gleichmäßige Formel des von den Unterthanen zu leistenden Huldigungseides entworfen wurde.

Indessen verlangten die Grafen, daß sie sich in ihren Loszahlungs-Mandaten folgende drey Punkte

3. Ob. Punkten vorbehalten dürften: 1) daß ihnen, nach  
 1971 gänglicher Abbezahlung der Schulden, ihr An-  
 theil an der Herrschaft, nebst allen Ämtern, Eis-  
 tern, Bergwerken u., wie sie solche iſſo bey der Ue-  
 berweisung im Besiz und Gebrauche gehabt,  
 wieder eingeräumt werden sollte, wie sie dann  
 auch mittlerweile alle Stücke, Regalien, Frei-  
 heiten und Gerechtigkeiten, deren sie sich in dem  
 Leipziger Abschiede nicht verziehen hätten, sich  
 ausdrücklich vorbehielten. 2) Daß die wahre und  
 christliche Religion, nach Inhalt der A. C., mit  
 Bestellung der Kirchen, Schulen und Consis-  
 torien, samt allen dazu geschlagenen und gewöhne-  
 ten Gütern, Zinsen, Renten und Gefällen, in der  
 Grafschaft treulich erhalten, auch die Unterthan-  
 en, wider das alte Herkommen, nicht beschweret,  
 noch mit einer Neuerung belegt, sondern bey  
 ihren alten Gerechtigkeiten, Freiheiten und  
 Privilegien gelassen werden sollten. Und 3) daß  
 die iſſige Ueberweisung den Lehnsherren an  
 ihren Gränzen und andern habenden Gerechtig-  
 keiten unschädlich und unverfänglich seyn solle.  
 Da man nun dieses Gesuch der Grafen dem  
 Leipziger Abschiede und der Billigkeit gemäß  
 befand; so wurde es ihnen ohne Bedenken bewillig-  
 get; mit der weitem Erklärung, daß, bey künf-  
 tiger Wiedereinträumung der Herrschaft, auch  
 die übergebenen Schuldbücher, nebst den Inven-  
 tarien der Nutzung aller Ämter und Güter,  
 wie sie zum Theil schon taxirt worden, theils bey  
 künftiger Erforschung ferner anzuschlagen  
 seyn möchten, den Grafen überliefert werden sol-  
 ten, damit man künftig daraus ersehen könnte, was  
 die Güter ertragen, und was für Schulden davon  
 bezahlt worden: Um nun diese Dinge desto rich-  
 tiger ins Werk zu stellen, so sollte die im Leipziger  
 Ab-

Abschiede gedachte Taxation der Aemter, läng-  
stens zwischen hier und dem Sonntage Lätare<sup>1571</sup>  
des folgenden Jahrs, vorgenommen, zu Stande  
gebracht, und in allen Aemtern gewisse Inventas-  
rien aller Stücke und Nutzungen verfaßt werden...

Ferner brachten die Grafen, bey der dñmas-  
ligen Handlung zu Erfurt, in Anfrage, wie es  
mit den Lehensfällen, die sich in den Aemtern  
mittlerweil, und ehe die Schulden gänzlich bezahlt  
wären, etwa ereigneten, zu halten seyn möchte?  
Weil nun hievon im Leipziger Abschiede nichts  
disponirt war; so wurde iho, mit Bewilligung  
der Grafen, verabschiedet, daß die Lehen, welche  
in der benannten Zeit, in den Aemtern erlediget  
würden, von den Ober-Lehensherren oder an-  
dern Inhabern der Aemter gekauft, oder sonst  
verkauft, das Geld an die verordneten Ober-  
Aufseher und Sequestratoren geliefert, und zu  
Abführung der allgemeinen Schulden verwandt  
werden sollte. Doch solle die Lehensgerechtig-  
keit, nach künftiger Wiederabtretung der Herrschaft,  
dem Grafen, in dessen Theil sich der Lehensfall  
zügetragen, wieder zukommen und bleiben, ihm auch  
alsdann frey stehen, gedachtes Lehen von den In-  
habern für das ausgelegte Geld, welches ihm in  
Abrechnung der Schulden zu gute kommen sollte, an  
sich zu bringen. So viel aber die ausländischen  
Lehen belange, weil selbige jedesmal dem ältern  
Grafen von Mansfeld zu verleihen zustünden;  
so solle solche Gerechtigkeit dem Grafen Hans  
Georg verbleiben, und nach seinem Tode auf den  
ältesten Grafen fallen, auch es damit jederzeit und  
allenthalben gehalten werden, wie es in der Graf-  
schaft Mansfeld gebräuchlich und hergekoms-  
men wäre. Weiter erinnerten einige Grafen,  
daß der Artikel von den Schulden, im Leipzi-



7. Art. ger Abschiede, etwas undeutlich gesetzt, und dis-  
 1571 falls kein Unterschied unter den gemeinschaftlichen Schulden aller Grafen, und eines jeden besonders gemacht worden. Daraus aber möchte, bey Wiedereinräumung der Herrschaft, erfolgen, daß keinem Grafen sein gebührender Antheil zugestellet würde, bevor nicht aller Grafen gemeine und eines jeden privat Schulden abbezahlt wären, ungeachtet diese letztere sehr ungleich seyen, und einer des andern Schulden zu tragen nicht schuldig wäre. Es baten daher die Grafen um eine Erklärung dieses Artickels, welche dann dahin erfolgte, daß einem jeden Grafen, so gleich nach geschעהer Abbezahlung der gemeinschaftlichen und seiner eigenen Schulden, sein Antheil an der Herrschaft wieder übergeben werden, und darin keiner des andern privat Schulden entgelten solle.

Weil hiernächst bereits in dem Leipziger Abschiede, aus den darin angeführten Ursachen, wäre verabrebet worden, den Grafen, nebst ihren Gemahlinnen und Kindern, ziemliche Alimente, von Amts- und Obrigkeit, wegen, zu verordnen, und eine gewisse Unterhaltung auszusetzen; so wurde nunmehr ausgemacht, daß einem jeden Grafen jährlich ein tausend Gulden, halb an Ostern, und halb an Michaelis, jedesmal acht Tage nach Ausgang der Leipziger Messen, zu Erlieben ausgezahlt werden sollten. Ausserdem sollen den Grafen auf die Häuser, welche ihnen zu ihrer Wohnung vorbehalten worden, jährlich zehn Acker Holzes verabfolget, und durch die Amtsunterthanen angefahren werden; doch daß es bey den Aufsehern und der Sequestration stehe, die Grafen in den Waldungen an bequeme Orte anzu-



anzuweisen, und wegen der Hofsführen die ge-  
hörigste Verordnung zu verfügen. Ferner wur-  
den einer jeden von des Graf Bruno's zu Born-  
stedt beiden Schwestern, welche im Leipziger  
Abschiede, der Alimenter halber, waren über-  
gangen worden, jährlich 200. Gulden zu ihrer  
nothdürftigen Unterhaltung, und bis zu ihrer  
Ausstattung, auf die zwey vorbenannte Termine,  
zu Ostern und Michaelis, ausgesetzt. Alle diese  
Unterhaltungsgelder sollten nun aus dem gemein-  
nen Kasten, worin man die Ausgaben und Ein-  
künfte der Herrschaft sammelte, genommen und dar-  
aus jährlich berechnet werden. Ingleichen sollten  
auch aus demselben die rückständigen Reichsan-  
lagen bezahlt werden, doch daß man vorher mit  
dem K. Pfennigmeister und dem K. G. Sif-  
kal auf leidliche und bequeme Termine handelte,  
und dieselbe vergliche. Und wenn künftig Con-  
tributionen vom H. R. bewilliget würden, wor-  
mit man die Unterthanen nicht belegen könnte;  
so sollten auch dieselben aus der gedachten gemeinen  
Casse entrichtet werden. Endlich suchten auch noch  
die Gräfen an, weil sie mit vielen Kindern ge-  
segnet wären, und deren ohne Zweifel noch mehrere  
bekommen würden, sie aber von ihrem jährlichen  
Unterhalte nichts ersparen könnten, daß ihre  
Töchter und des Graf Bruno's Schwestern,  
bey ihrer künftigen Verheirathung, mit einer  
gebührenden und gräflichen Ausstattung bedacht  
werden möchten. Da nun die zu Erfurt anwesenden  
Räthe von ihren Herren darüber nicht ins-  
truiert waren; so versprachen sie bloß, solches Be-  
such ihren Herren zu hinterbringen, nicht zweif-  
elnd, dieselben werden sich jederzeit gegen die Gräf-  
lichen Töchter und des Graf Bruno's Schwes-  
tern, in solchen Fällen, nach Ermäßigung der be-

3. Abz. zahlten Schulden, und nach Erwägung der bevor-  
 1571 stehenden Heirathen zu erzielen wissen.

Da hiernächst in dem Leipziger Abschiede ausgemacht worden, daß von einem jeden Le-  
 hensherrn ein Oberaufseher oder Sequester-  
 tor, zur Verwaltung der angewiesenen Herrschaft,  
 nebst andern dazu nöthigen Personen, verordnet wer-  
 den sollte; so wurden nunmehr von den Ober-Le-  
 hensherren diese Oberaufseher ernannt, und ei-  
 nem jeden ein Schreiber, ein Rentmeister, ein  
 Doktor der Rechte, welcher die Rechtsfachen  
 der Grafen abwarten sollte, und ein geübter  
 Schreiber zu Bergsachen ernannt, und ihnen  
 ihre Besoldung bestimmt. Die Bestellung eines  
 Kanzleyverwalters aber, welcher die täglich vor-  
 fallende Justizfälle und andere Sachen, welche die  
 Verwaltung aller dreier Lehensherren zugleich  
 betreffen, abwarten solle, wurde auf die, den 15.  
 Jenner des künftigen Jahrs, zu Erflehen zu  
 haltende neue Zusammenkunft ausgesetzt. End-  
 lich wäre auch in dem Leipziger Abschiede einer  
 vertrauten und vereideten Person Meldung ge-  
 schehen, welche die Steuern, auf gemeiner Herr-  
 schaft Unkosten, einbringen sollte. Allein bey Be-  
 stellung derselben wäre angemerkt worden, daß dies-  
 se Person, nicht allein zu Einbringung der sechs  
 Grafen Steuern, sondern auch der andern, als  
 Graf Vollraths, seines Bruders und seiner jun-  
 gen Vettern, wie auch Graf Christofs Antheils  
 zu verordnen seyn möchte; in Betracht, daß et-  
 liche Städte den Grafen in Gemeinschaft ge-  
 hörten. Weil indessen dergleichen Gemeinschaft  
 in den chursächsischen Lehenstücken sich nicht  
 vorfand; so wurde verglichen, daß der Churfürst  
 von Sachsen in seinen Lehenämtern und Stüs-  
 cken die Steuer durch die Stadt, Obrigkeitern  
 und

und Beamten; mit geringen Kosten, auf die be-  
 nannten Termine einbringen, und den gemeinen  
 Aufsehern und Sequestratoren überliefern lassen  
 sollte. Soviel aber die Magdeburgische und  
 Halberstädtische Lehen, und deren angewiesene  
 Städte und Ämter betraf; so bestellten der Ad-  
 ministrator zu Magdeburg und das Domcapis-  
 tel zu Halberstadt, wegen der vermengten Le-  
 henstücke, einen gemeinschaftlichen Steuers-  
 einnehmer, welcher dieser Grafen Antheil, in  
 jedem Termin, fleißig einbringen, und mit ver-  
 schiedenen, ordentlichen und versiegelten Registern  
 eines jeden Amtes und Gutes, den Oberaufse-  
 hern liefern sollte <sup>c)</sup>.

Die innerlichen Zwistigkeiten in der evan-  
 gelisch-lutherischen Kirche dauerten, ungeach-  
 tet des, im vorigen Jahre, zu Jersbst gehaltenen  
 Synodus, und der Bemühungen des D. An-  
 dreä, das Concordienwerk in der Kirche zu  
 Stande zu bringen <sup>d)</sup>, noch immer fort, und die  
 Wittenberger machten sich, durch ihre, in dem  
 gegenwärtigen Jahre, herausgegebene Schriften,  
 des Cryptocalvinismus immer mehr verdächtig.  
 Bald nach Anfang des Jahrs gieng zu Wittenberg  
 ein neuer Catechismus <sup>e)</sup>, im Namen der Unis-

Et 5

vers

c) Königs R. N., T. XI, n. 90. p. 142-146.

d) S. in diesem VIII. Bande der H. T. R. G., S.  
 156, 168.

e) Der Titel ist: *Catechesis ex Corpore doctrinae chri-  
 stianae Ecclesiar. Saxon. et Misn., quae sunt sub-  
 iectae ditioni Ducis Electoris Saxoniae, edita in  
 Acad. Witebergensi, et accommodata ad usum Scho-  
 lar. pueril.*; Witeb. 1571. 8. 10 $\frac{1}{2}$  Bogen stark.  
 Cf. Jac. Wilh. Feuerlini Biblioth. symbolica,  
 edente Ioh. Barthol. Riederer; (Norimb., 1768.  
 8.) P. I. Class. VII. Sect. IV. n. 1046-1051. p.  
 182. sq.

J. Chr. versität, aus, welcher, laut des Vortrags, aus  
 15.71 dem *Corporis Doctrinae* der Sächsischen und  
 Meißnischen Kirchen gezogen, in gewisse Fra-  
 gen und Antworten gestellt, und dahin gerichtet  
 war, daß er in den Schulen der Jugend, die  
 den Catechismus des D. Luthers begriffen, zu  
 besserem und mehrerm Unterrichte vorgetragen wer-  
 den sollte, ehe sie das weitläufige *Examen theologi-  
 cum* und die *Locos communes* des Philipp Mel-  
 anchthons läsen. Kaum aber war dieser neue  
 Catechismus zum Vorschein gekommen, als dar-  
 ber allerhand ungleiche Urtheile und Bedenken  
 entstanden. Dann die Fürstlich Lüneburgische,  
 Jenaische, Braunschweigische, Mansfeldi-  
 sche, Zallische und andere Theologen und  
 m. Apr. Prediger stellten, theils auf Begehren ihrer Für-  
 sten und Herren, theils für sich selbst, verschiedene  
 Censuren und Bedenken über den gedachten Ca-  
 techismus. Hierauf gaben die Wittenbergi-  
 schen Theologen eine weitläufigere Schrift  
 heraus, welche sie die *Grundfeste* †) nannten,  
 worin

- †) Der eigentliche Titel ist: Von der Person und  
 Menschwerdung unsers Herrn Jesu Christi der  
 wahren Christi. Kirchen Grundfest, wider die  
 neuen Marcioniten, Samosatener, Sabellia-  
 ner, Arrianer, Nestorianer, Eutychianer und  
 Monotheleten unter dem Hellenistischen Namen,  
 durch die Theologen zu Wittenberg widerhelt,  
 neben Verantwortung auf die Verleumdungen  
 von den Propositionibus und Wittenberg. Cate-  
 chismo; Wittenberg, 1571. 4. Es kam diese Schrift  
 im Monat Julius 1571. heraus, und ist 2. Al-  
 phab. und 15. Bogen stark. Bald nachher und im  
 Augustmonat d. J. kamen zum Vorschein: Der  
 Wittenberg. Theologen Christliche Stugschick von  
 dem Unterschied der zweyen Artikel des Apostol.  
 Glaubens-Bekenntniß, das Christus gen Himmel  
 aufsteigt.

worin sie nicht allein ihren neuen Catechismus vertheidigten, sondern auch ihre Meinung von der Person und Menschwerdung Christi unständlicher ausführten, und zu beweisen suchten. Sie griffen dabei zugleich etliche vornehme Gottesgelehrten der evangelischen Kirche, als namentlich den Johann Brenz, Jacob Andrea, Johann Wigand, Martin Chemnitz, Wilhelm Bedenbach, Joachim Mörlin und andere, mit heftigen Worten an, und beschuldigten sie vieler und gräulicher Irrthümer in der Lehre von der Eigenschaft und Gemeinschaft der göttlichen und menschlichen Natur in der Person Christi.

Diese neue Streitigkeiten, da sie zumal mit vieler Heftigkeit geführt wurden, bewogen den Churfürsten Augustus von Sachsen, seine Theologen von Leipzig und Wittenberg, nebst den vornehmsten Superintendents nach Dresden zu verschreiben, damit sie nicht nur, wie den Klagen über sie abzuhelpen wäre, mit einander berathschlagen, sondern auch ein deutliches und bestimmtes Bekenntniß ihrer Lehre vom heiligen Abendmahl, und andern dazu gehörigen Artikeln aufsetzen und übergeben möchten, welche mit dem Worte Gottes und der Lehre des seligen Luthers vollkommen übereinkäme. Die versammelten Theologen stellten also ihre Berathsch<sup>10</sup> Schlagnungen an, und es wurde, dem churfürstlichen Befehl zufolge, ein kurzes Bekenntniß vom Abendmahl des Herrn aufgesetzt, welches gemein

auffgefahren sey, und nun sitze zur Rechten Gottes, zu widerlegung der newerdichten vorfelschungen, so dieser Zeit unter dem angemassen schein der Schrifften Lutheri und Corporis doctrinae ausgesprenget; Wittenberg, 1571. 4. Cf. Feuerlin, l. modo c., P. I. Clav. VII. Sect. IV. n. 1052 - 1054. p. 183. sq.

**3. Ur. gemeiniglich Consensus Dreardens, der Dresdensche**  
**1571 Consens** oder das Dresdensche Bekenntniß ge-  
 nannt wird, und in diesem und dem folgenden  
 Jahr 1572. verschiedenemal lateinisch und deutsch  
 gedruckt worden \*). In demselben wiederholten sie  
 auch ihr Bekenntniß von der Person Christi, sei-  
 ner Menschwerdung, Majestät, Himmelfahrt  
 und Sitz zu Rechten Gottes, und erklärten,  
 daß sie es mit Bewilligung der beiden Universi-  
 täten Leipzig und Wittenberg, der drey Cons-  
 istorien und aller Superintendenten und Kir-  
 chendiener in den chursächsischen Landen in  
 Druck ausgehen ließen. Zugleich protestirten sie,  
 daß sie dieses ihr Bekenntniß nicht anders, als  
 nach dem einhelligen Consens, der nun über 40.  
 bis 50. Jahren in den Sächsischen Kirchen und  
 Schulen gewesen, und nach ihren zuvor ausge-  
 gangenen besondern Schriften verstanden ha-  
 ben wollten, mit Verwerfung aller widerwär-  
 tigen Lehren.

Indessen fiel auch dieses Dresdensche Be-  
 kenntniß gar nicht so aus, wie man erwartet  
 hatte, sondern es war ein neuer und augenschein-  
 licher Beweis von der List und den heimlichen  
 Ränken der damaligen chursächsischen Theolo-  
 gen, besonders auf der Universität Wittenberg,  
 als welche eigentlich die Verfasser von diesem Be-  
 kenntniß waren. Dasselbe war nemlich gleichsam  
 ein Auszug aus ihrer zuvor herausgegebenen  
 Grundfeste; es war auf Schrauben gesetzt, und  
 dem Worte Gottes und D. Luthers Schrif-  
 ten

\*) S. den vollständigen Titel der Deutschen Ausga-  
 be, die zu Dresden 1571, 4. gedruckt worden, bey  
 Feuerlin, l. c., P. I. Claff. VII. Sect. IV. n.  
 1055. p. 184. coll. num. 1056-1065., p. 114-  
 186.

ten so wenig gemäß, daß es vielmehr den kalvinistischen Lehrbegriff, auf eine verdeckte Art, begünstigte, ob man gleich darin des sacramentari-  
schen Irrthumes gedachte, und sich der Uebereinstimmung mit Luthers Lehre rühmte. Die wirkliche Mittheilung der göttlichen Eigenschaften an die menschliche Natur Christi ward darin weitläufig geläugnet und bestritten, und unter die Arianische, Nestorianische, Monothionitische, Sabellianische und andere dergleichen alte Ketzereyen gerechnet; von dem heiligen Abendmahl aber wurde auf eine so dunkle und zweydeutige Art geredet, daß man fast nicht sagen kan, was sie eigentlich haben sagen wollen. Ingleichen enthielt dieser Consens gar nicht eine solche Lehre, welcher, wie man auf dem Titel vorgab, ausser den beiden Universitäten und den drey Consistorien, alle Superintendenten in den chursächsischen Landen beygepflichtet hätten; vielmehr hatte man die gegenwärtigen Theologen und Superintendenten gewissermassen zur Unterschrift gezwungen; also daß sich dieselben nachher gar sehr darüber beschwerten haben, daß man ihre Erinnerungen nicht gehört, sondern nur schlechterdings von ihnen verlangt hätte, daß sie unterschreiben sollten. Und kaum konnte der alte D. Pfeffinger aus Leipzig soviel erlangen, daß man in den Consens mit eintückte, daß sie bey der Lehre, die sie 50. Jahre hindurch geschrieben hätten, verbleiben wollten. Da nun die Wittenbergischen Theologen vornemlich behaupteten, daß sie in ihrem Catechismus nichts neues, sondern eben das, was auch vormals in ihren Kirchen und Schulen von der Himmelfahrt Christi und dem heiligen Abendmahl einmüthig gelehret worden, vorgebracht hätten, und da-  
bey

Die bei den Gegentheil hatt anstehen; so widersezt  
 1517 den sich diesem Dresdenschen Consense folglich  
 viele andere evangelische Lehrer, zumal in Nie-  
 derfachsen, nemlich zu Braunschweig, Lüne-  
 burg, Göttingen, Hannover, Einbeck, Ham-  
 meln, Hildesheim, Goslar, Halberstadt,  
 Halle, Lübeck, Hamburg, Rostock und im  
 Mecklenburgischen, und gaben unterschiedene  
 Schriften heraus, worin sie ihre Bekenntniß von  
 den besagten Artickeln aus der heiligen Schrift,  
 den alten Lehrern und Schriften darlegten, die in dem  
 Dresdenschen Consense enthaltenen Calvinischen  
 Lehrsätze zeigten, solche widerlegten, und jeder-  
 mann dafür warneten. Ein gleiches geschah  
 von den Theologen zu Jena, und einigen Wit-  
 tenbergischen Gottesgelehrten, als z. E. von  
 D. Jacob Andrea und D. Julas Oslander, wel-  
 che ebenfalls die Wittenberger der Veränderung  
 in der Lehre besüchtigten †).

Es sah daher Churfürst Augustus von  
 Sachsen bald darauf ein, wie sehr man ihn anse-  
 hene hintergangen, und klagte nicht nur über die  
 bewiesene Untreue, sondern versicherte auch zu wie-  
 derholtenmalen, daß er 20., ja wohl 100000. Gul-  
 den darum geben wollte, wenn der Dresdensche  
 Consens, und andere damals zu Wittenberg  
 ausgegebene Schriften, als der neue Catechismus,  
 die Grundstücke x., die Fragstücke x., nicht  
 herausgenommen wären. In gerechtem Un-  
 willen über diese gefährliche, und dabey hoch-  
 ansehnliche und unverkürzte Leute, wie sie ihre  
 Zeitgenossen schildern, soll er sich sogar haben ver-  
 nehmen

†) Die Meisten von den damals gewechselten Strei-  
 fschriften sind angezeigt apud Feuerlinum, l. c., P. I.  
 Class. VII. Sect. IV. num. 1066-1117. p. 116-  
 194.



nehmen lassen: „Sie setzen mir immer den Stuhl: Ebr.  
 „vor die Thüre; Sie mögen mir leicht winken, ich 1571  
 „jage sie alle zum Teufel,“. Je deutlicher aber der  
 Churfürst nach und nach erkannte, womit diese  
 Männer, denen er alles Gute zugetrauet hatte, um-  
 giengen, und daß sie hauptsächlich zur Absicht hät-  
 ten, unter dem Scheine einer allzugroßen Achtung  
 für den Melancthon und seine Lehren, und  
 eines heftigen Eifers gegen den Glacius und sei-  
 nen Anhang, die kalvinische Lehre in den  
 Sächsischen Landen einzuführen, zumal da Bez-  
 za, wie es glaubte, auf Anstiften der Wittenber-  
 ger, die Dreistigkeit gehabt hatte, ihm sein wjs-  
 der den D. Schneccer geschriebenes Buch \*) zu  
 dediciren; desto mehr war er bemühet, ihre ge-  
 fährliche Absichten zu vereiteln, und sie auf bes-  
 sere Gedanken und Wege zu bringen. Er  
 schickte daher seinen Hofprediger, Philipp Wags-  
 ner, zweimal in geheim nach Wittenberg, und  
 ließ die Theologen, wegen ihres so übel aufgenom-  
 menen Catechismus, zur Rede stellen, die sich aber  
 entschuldigten, und alle Schuld auf den D. Petzel  
 schoben. Ferner ließ der Churfürst die gefährli-  
 chen Bücher dieser Leute, besonders ihren neuen  
 Catechismus aus dem Wege schaffen, und ver-  
 bot dessen Gebrauch, wie auch das Herausge-  
 ben mehrerer solcher Schriften. Sowohl den  
 Urhebern dieser Bücher, als auch ihren Freun-  
 den am Hofe führte er ihr Unrecht zu Gemüthe,  
 und befahl sogar, das Jahr darauf, den Theolo-  
 gen zu Wittenberg, daß sie, zu Ablehnung al-  
 les

\*) Es hat den Titel: Theod. Bezae brevis et neces-  
 saria Responsio ad Nicol. Schnecceri et Theologo-  
 rum Ienensium calumnias; Genevae 1571. 8. S.  
 Feuerlin, l. c., P. I. Class. VII. Sect. IV. num.  
 1061. coll. n. 1062. p. 185.

3. Er. les Verdachtes; wider die Kalvinisten schreien sollten, welches zu thun, sie aber grosses Bedenken hatten. Seinen Leibarzt, den D. Peucer, der im Rufe war, daß er nicht nur der vornehmste Urheber von dem neuen Catechismus gewesen, sondern auch denselben den Lehrern in den Fürstenschulen empfohlen hätte, setzte der Churfürst deswegen selbst zu Rede, der es aber läugnete. Als aber der Churfürst, das Jahr darauf, einen eigenhändigen Brief von Peucern bey dem Rector der Schulpforte sahe, der die Sache außer allen Zweifel setzte; so ließ er ihm antworten, daß er seiner Arzney warten, der theologischen Sachen aber mässig gehen sollte, welches auch Peucer zu thun versprach, sich jedoch bald wiederum in die Gnade des Churfürstens zu setzen mußte, worüber hernach der Churfürst vieles geschehen ließ, wodurch die heimlichen Anschläge der Kryptocalvinisten einen weitem Fortgang erhalten mußten, wie wir solches zu seiner Zeit setzen bemerken wollen \*).

Zum

- e) Scherarius L. c., ad h. a., in *Eius Scriptor.*, T. IV. p. m. 173. a. et b. *Thomae* L. c., T. II. L. p. m. 766. *Schadarius* L. c., P. II. L. VII. §. 1. 23. et 26. p. m. 203. 212. et 214. sq. *Leonh. Hutteri Concordia concors*, cap. 2. et 3. p. m. 36. a. - 48. b. coll. p. 64. b. sqq. *passim*. *Rod. Hospiniani Hist. Sacramentar.*, P. II. p. m. 341. b. - 345. b. *passim*. *Val. Ernst Löschers Hist. Motuum etc.*, P. III. p. 148 - 149, 210. et 158. sq. *Joh. Nkol. Antons Geschichte der Concordienformel*; (Leipzig, 1779. 8.) P. I. Sect. II. §. 13. sq. p. 115 - 120. Cf. (Christ. Thomae) *Versuch von Annal. von a. 1409: 1629.*, ad a. 1571. p. 73 - 80., im Anhange zu dem von ihm herausgegebenen Testamente des D. Melchior von Ditz; Halle, 1717. 4.

Zum Beschluß des J. 1571. ist auch noch der I. Ehr. Erlöschung des alten Niedersächsischen Ges<sup>1571</sup> schlechtes der Edlen Herren von Plesse zu gedenken, da nemlich Dietrich der VI., Edler Herr von Plesse, als der letzte seines Stammes, auf dem Schlosse Plesse, mit Tode abgieng, nachdem <sup>22</sup>Man ihm, einige Jahre vorher, sein einziger, bereits ver<sup>1567</sup>malter Sohn, Christof, im Tode vorangegangen war, und eine einige Tochter, Namens Walburgis, hinterlassen hatte, die hernach im J. 1582. an Graf Franz von Waldeck vermälet worden. Ueber diese, von dem Fürstenthume Göttingen ganz umgebene, und zwischen den Städten Göttingen und Northelm gelegene, K. Herrschaft war, wegen der Ober-Lehensherrschaft, zwischen den Herzogen von Braunschweig und den Landgrafen von Hessen, schon seit Jahrhunderten her, vieler Streit gewesen, und sind darüber bisweilen, zwischen beiden Fürstlichen Häusern, Verträge geschlossen worden. Als nun der Lebensfall sich mit dem Absterben des obgedachten Dietrichs des VI. ereignete, und eben damals H. Erich der jüngere von Braunschweig-Lüneburg-Calenberg, als regierender Landes Herr des Fürstenthums Göttingen, abwesend war; so bediente sich der Landgraf Wilhelm von Hessen-Cassel dieses günstigen Umstandes, nahm von dem Schlosse Plesse, dem dazu gehörigen Flecken Boveniden, und übrigen Dörfern, wie auch dem Kloster Höckelheim, würtlichen Besiz, ließ an das Plessische Schloßthor das in Stein gehauene Hessische Wappen, mit einigen darunter gesetzten teutschen Reimen, einsezen, und zugleich alle Plessische Vasallen citiren, um ihre <sup>m. Jul.</sup>Lehen nirgends anders als bey ihm zu muthen, wie er dann auch noch in diesem Jahr zu Boveniden,

7:19 den, durch seine dahin geschickte Commissarien,  
 .Oct. einen Lehenhof halten, und die Belehnungen  
 1571 vornehmen ließ.

Von Seiten der hinterlassenen Rätthe des H. Erichs geschah zwar auch hernach die rechtliche Besignehmung in der Herrschaft Plesse, und  
 m. Aug. sie nahmen sich des Zolles zu Angerstein an, wo sie einen Zollstock setzen ließen, wie dann auch die von Hardenberg und die Einwohner von Weende den Hessen die Jagd verhielten, und nachmals, im J. 1584., H. Erich das Kloster Höschelheim mit Gewalt wegnahm, dessen sich doch nachher die Hessen wiederum bemächtigten. Allein die Landgrafen von Hessen sind bey dem einmal genommenen wüthlichen Besitze bis auf den heutigen Tag geblieben, und in dem darüber vor dem R. und R. R. G. zu Speyer damals sogleich erhobenem Proceffe, im J. 1581., im Possessorium wider Braunschweig geschüzt worden. Daß indessen die Herzoge von Braunschweig und Lüneburg sich ihrer Possession in der Herrschaft Plesse noch bis ißo nicht begeben haben, bezeuget dieses zur Genüge, daß bey jederzeit angefangener neuen landesfürstlichen Regierung, oder Antretung eines neuen regierenden Herzogs, und nunmehr Churfürstens von Braunschweig, Lüneburg, noch ißo, von Braunschweigischer Seite, zu Bovenden und in andern Plessischen Orten, die gewöhnlichen Notifications, Patente angeschlagen werden. Uebrigens gieng das Haus Braunschweig, Lüneburg, bey dieser Plessischen Erbschaft doch nicht ganz leer aus; denn der H. Wolfgang von Braunschweig, Grubenhagen bemächtigte sich sofort des Amtes Radolfshausen, welches von ihm zu Lehen gegangen war, und verglich sich hernach darüber mit

seinem Bruder, dem K. Philipp, wie auch, das 3. Jahr darauf, wegen ein und anderer Anforderung: 1571 gen, mit dem Landgrafen von Hessen, welcher sich dann auch mit der Wittwe des letzten Edlen Herrn von Plesse, Agnes, einer gebornen Gräfin von der Lippe, und den übrigen Landerben abgefunden hat f).

Daß endlich die Edle Herrn von Plesse auch einige Lehen von dem Churfürsten von Maynz gehabt haben, davon finde ich in dem, beym vorigen Jahre, öfters erwähnten Tagebuche des Graf Ludewigs von Wittenstein einige Nachricht. Er führt nemlich bey dem 8 December 1570. an, daß er bey dem Churfürsten von Maynz gewesen, und bey demselben um die von ihm abhängende Plessische Lehen für den Grafen Simon von der Lippe, der ein Brudersohn von des letzten Edlen Herrn von Plesse zweyten Gemalin war, angesucht habe. Allein derselbe hätte ihm zur Antwort gegeben, daß auch der Landgraf von Hessen, von dem die Herrschaft zu Lehen gieng, ihn um selbige ersucht hätte, und daß seine Lehen nur aus etlichen

Uu 2

f) Chytraeus l. c., L. XXII. p. m. 605. Lundorp l. c., T. II. L. XI. p. m. 97. Thuanus l. c., T. II. L. L. p. m. 763. Herm. Hamelmann. de fam. ill. emort. L. II., in Eius Opp., p. 738 sq. Joh. Leyners Dassel. und Einbeck. Chronica, L. III. c. 32. fol. 99. a. Joach. Meiers Orig. & Antiquit. Plessenses etc.; (Leipzig, 1713. 4.) P. I. c. 4. sq. p. 69-85. P. II. c. 16. p. 270-284. & P. III. c. 1. & 9. p. 287-302. & 352-356. passim. Joh. Just. Winkelmanss Beschreib. der Fürstenth. Hessen und Hersfeld; (Bremen, 1697. fol.) P. II. c. 13. p. 316-322. P. J. Rehtmeyers Br. Lüneb. Chronica, P. III. c. 41. p. 576. & c. 58. p. 813. A. U. Erarb Consp. Hist. Br. Lüneb., ad an. 1571. & sq. p. XLII.

3. Chr. chen Zehenden  $\kappa$ . bestünden, er auch mit dem  
 1571 Herrn von Plesse über die Austauschung derselben gegen etliche Güter im Eichsfelde gehandelt, jedoch nichts endliches geschlossen habe. Und weil er, der Churfürst, ohnehin in der Sache, ohne Vorwissen seines Domkapitels, nichts vornehmen könnte; so möchte man, nach seiner Rückkunft in sein Stift, darum ferner ansuchen<sup>a)</sup>. Wenn aber hernach diese Maynzische Lehen in der Herrschaft Plesse zu Theil geworden, davon find' ich keine weitere Spuren.

1572 Der Kayser, welcher sich im vorigen Jahr von Prag nach Wien zurückbegeben hatte<sup>b)</sup>, hielt sich daselbst im J. 1572., dessen Geschichte wir nun abhandeln wollen, meistens auf, nur daß er, wegen der Krönung seines ältesten Sohnes, des ErzH. Rudolfs, zum König von Ungarn, auf eine kurze Zeit nach Preßburg gieng. Von seinem fast beständigen Aufenthalte zu Wien zeugen einige wenige Urkunden dieses Jahrs, welche mir bekannt geworden sind. Dahin gehöret nun zuvörderst ein von unserm Kayser, auf Ansuchen des Herzogs von Alba, an den Prinzen von  
 15 Jun. Oranien erlassenes Mandat, worin er demselben ernstlich, und bey Verlust aller seiner Regalien, Lehen und Freiheiten, die von dem Reiche herrühren, befiehlt, von seinem unternommenen Kriege in den Niederlanden abzustehen, keinen Stand oder Person in diesen Provinzen zu beleidigen, alle mit Gewalt eingenommene Städte und Flecken dem König von Spanien und seinem Oberstatthalter wieder einzuräumen, und sein Kriegsvolk abzulanten. Diesen Befehl wieder

a) Sendenberg. Sammlung  $\kappa$ ., P. II. p. 99.

b) S. in diesem VIII. Bande der H. E. K. G., S. 571.

wiederholte der Kayser einige Wochen nachher, 19<sup>ten</sup> Jul.  
und antwortete zugleich auf das von dem Prinzen 1572  
von Oranien, im J. 1568., publicirte Aus-  
schreiben \*) folgendes: Er, der Kayser, habe in  
eben diesem J. 1568. Einethalben mit dem R.  
Philipp von Spanien Unterhandlungen gepflo-  
gen, und wenn sich der Prinz noch eine kurze Zeit  
geduldet hätte, so wäre hoffentlich die Sache zu  
einem guten Ende zu bringen gewesen. Weil er  
aber, während der Unterhandlung, zu seinem eigenen  
und vieler unschuldigen Leute groffen Schaden, ge-  
gen den publicirten Landfrieden und die R. O.,  
ohne Vorwissen des Kayfers, ja wider sein Pö-  
nalmandat, die Waffen ergriffen, und die  
Erbländer des R. von Spanien feindlich anger-  
fallen hätte; so habe er die Sachen dadurch är-  
ger gemacht, und sene selbst die gröste Ursache  
eines Elendes. Daß er aber ißo vorwende, Er  
habe seine Kriegsrüstung aus keiner andern Ursa-  
che vorgenommen, als nur um die Niederlande  
wiederum zum schuldigen Gehorsam gegen ihren  
König zu bringen, die Einwohner aller neuen  
Beschwerden zu entledigen, und ihnen zu ihrer  
alten Freiheit wieder zu verhelfen, könne Er,  
der Kayser, deswegen nicht für richtig halten,  
weil der Prinz von dem König, dem dißfalls allein,  
Maß und Ordnung zu geben, gebühre, hiezu kei-  
nen Befehl habe; vielmehr schiene sein Unterneh-  
men einem Aufreuhre ähnlicher, als einem Ge-  
horsam gegen seinen König. Er könne daher sei-  
ne vorgeschützte Unschuldigung nicht anneh-  
men, sondern halte die Kriegowerbung des  
Prinzens, welche er wider einen vornehmen  
Stand und Kreis des h. R. und wider seine  
Obrigkeit, ohne Kayserliches Vorwissen, vorge-

\*) S. die 17. T. R. O. im VIII. Bande, S. 470 f.

3. Er. genommen, für eine gewaltsame That, wodurch  
 1572 er und sein ganzer Anhang in des Reichs Stra-  
 fe gefallen seyn. Wofern auch der Prinz von sei-  
 nem bösen Vornehmen nicht abstecken würde; so  
 mache er sich dadurch aller seiner Freiheiten, Ges-  
 rechtigkeiten und Güter verlustig, wie Er ihm  
 solches schon in dem vorigen Mandate, welches  
 Er hiemit wiederholet haben wolle, zu verstehen ge-  
 geben habe <sup>1)</sup>.

Da die Stadt Castiglione, bereits den 25.  
 August 1567., durch ein feyerliches Instrument,  
 ihrem Herrn, Ferdinand von Gonzaga, wel-  
 chem der Kayser den Titel eines Markgrafen  
 von Castiglione und Fürstens des H. R. R. ver-  
 liehen hatte, die Stadtgüter übergeben; so best-  
 23 Jun. tigte nunmehr der Kayser solche Uebergabe durch  
 eine zu Wien darüber ausgestellte Urkunde <sup>2)</sup>.  
 9 Jul. Bald darauf ertheilte er dem H. Johann Wils-  
 helm von Sachsen einen Begnadigungs- und  
 Anwartschafts-Brief, Kraft dessen derselbe und  
 seine Nachkommen in der Erbfolge und dem  
 Erstgeburtsrechte an dem Krummschallante  
 und Churfürstenthume Sachsen, nebst der  
 Pfalz zu Sachsen auf Allstedt und dem Burg-  
 grafthume Magdeburg, wie auch an den künf-  
 tigen Anfällen von Hessen und Henneberg, sei-  
 nes gefangenen ältern Bruders, H. Johann  
 Friedrichs des Mittlern, Söhnen und ihren  
 Nachkommen vorgehen, und die Prärogative  
 und Erstgeburts-Berechtigung vor ihnen ha-  
 ben und behalten sollte. Jedoch wurde dabei von  
 dem Kayser ausbedungen, daß der H. Johann  
 Wils

<sup>1)</sup> Schadaeus, l. c., P. II. L. VIII. S. 35. p.  
 m. 227.

<sup>2)</sup> Lünigii Cod. Ital. diplomat., T. II. p. 7 - 11.  
 n. 2 & 3.



Wilhelm oder seine Nachkommen, wenn er 3. Okt. 1572  
 oder sie in den wirklichen Besitz der Chur und an-  
 derer Sächsischen Länder kommen würden, als-  
 dann von jüngern Vettern, seines Bruders  
 Söhnen, nemlich den Herzogen Johann Cas-  
 mir und Johann Ernst, oder ihren männlichen  
 Leibeserben, zu einer Ergötzlichkeit und zu bes-  
 serm Unterhalte ihres Fürstlichen Standes und Mai-  
 nens, aus der Fürstlichen Kammer, in jedem  
 Jahre, 12000. Gulden auf zwey Termine be-  
 zahlen, und darüber noch weiter an Landen, Leu-  
 ten und Gütern so viel einräumen sollten, daß  
 sie und ihre Erben davon jährlich 8000. Gulden  
 Nutzungen und Einkommen haben könnten. In-  
 gleichen, wenn sich der Fall mit Hessen oder Zers-  
 neberg ereignete, sollte den gedachten Söhnen des  
 gefangenen H. Johann Friedrichs, oder ihren  
 Nachkommen, an Gelde und jährlichen Ren-  
 ten und Einkünften eine Ergötzlichkeit gereicht,  
 und solches alles auf gewisse Orte und Landstü-  
 cke genugsam versichert und verschrieben wer-  
 den <sup>1)</sup>. Da auch die Stadt Erfurt, auf den  
 vom Kayser, vom Speyerischen Reichstage,  
 an sie erlassenen Befehl, wegen Bezahlung der  
 Türkenhilfe an den Churfürsten von Maynz,  
 ihre Verantwortung übermacht hatte; so über-  
 schickte solche der Kayser, mittelst eines Schreib-  
 ens, an den gedachten Churfürsten <sup>m)</sup>. Und  
 einige Wochen nachher bestätigte er zu Wien den,  
 im vorigen Jahr, zwischen dem Bischof, dem  
 Domkapitel und der R. Stadt Regensburg er-

Uu 4

rich:

1) Müllers Sächs. Annal. ad a. 1572. p. 160 sq.  
 und Lünigs N. N. T. V. P. II. p. 272 - 275.  
 n. 36. \*

m) von Falkensteins Hist. von Erfurt, L. IV. c. 8.  
 §. 13. p. 642 - 645. Cf. N. T. R. G., im VIII,  
 Bande, C. 435.

3. Er richteten Vertrag über alte zwischen ihnen obgewaltene Streitigkeiten <sup>n</sup>).

20 Sept. Hierauf begab sich der Kayser mit seiner Gemahlin, seinem Bruder, dem Erz. Karl, und seinen beiden jüngsten Söhnen, dem Erz. H. Matthias und Maximilian, wegen der vorzunehmenden Krönung seines ältesten Sohnes, des Erz. H. Rudolfs, auf der Donau nach Preßburg, wohin ihm dieser, in Begleitung seines a. e. Bruders, des Erz. H. Ernstens, der Prinzen Wilhelm und Ferdinand von Bayern, und Karl Friedrichs von Jülich u., zu Lande folgte, 21 e. m. am folgenden Tage zu Preßburg seinen prächtigen Einzug hielt, und hierauf daselbst, mit gewöhnlichen 25 e. m. Feierlichkeiten, zum König von Ungarn gekrönt wurde <sup>o</sup>). Der Kayser verweilte hierauf noch eine Zeitlang zu Preßburg, wo er auch dem 23 Oct. R. Erb- u. Marschall, Graf Conraden von Pappenheim, einen Expectanzbrief auf die Gräfl. Lupfischen R. Lehen gab <sup>p</sup>). Nach seiner Rückkunft nach Wien aber ertheilte er der 4 Nov. R. Stadt Frankfurt am Mayn ein Privilegium, worin er dem dasigen Magistrat das Vorrecht in Schuldfällen und die *lura Fisci* über vakante und verwürkte Güter verlieh <sup>q</sup>). Da auch der Kayser, in dem letztern Speyerischen R. A.

n) Lünigs R. A., T. XIV. p. 273-280. n. 13. Cf. N. T. R. G., im VIII. Bande, S. 545. in der Note f).

o) Thuanus l. c., T. II. L. LIV. p. m. 888. Schödaus l. c., T. II. L. VIII. §. 69. p. m. 352 sq. Nicol. Istbuanfii Hist. Regni Ungar., L. XXV. p. m. 343 sq. und *Electio Iuris publici*, T. VII. 1. Grud n. 7. p. 97-120.

p) Lünigs R. A., T. XXII. p. 819-821. n. 7.

q) Idem. ibidem, T. XIII. p. 674 sq. n. 255. und *Privilegia & Pacta* des R. A. Stadt Frankfurt am Mayn, p. m. 404-407. edit. noviss.

R. A. \*) versprochen hatte, das Rothweilische Hofgericht, wegen der vielen von Fürsten und Ständen darüber geführten Beschwerden, durch seine, der Rechten und des gerichtlichen Processus erfahrene, Commissarien, visitiren, und die Gerichtsordnung verbessern zu lassen; solches auch mittlerweile geschehen war; so publicirte nunmehr der Kayser die erneuerte Rothweilische Hofgerichtsordnung, woben zwar die alte Ordnung dieses Hofgerichtes zum Grunde gelegt, selbige aber mit der R. G. O. conferirt, in einen neuen Entwurf von den Commissarien verfaßt, und hierauf mit einigen Kayserlichen Räten und erfahrenen R. G. Assessoren communicirt wurde. Auch diese versahen sie noch hier und da mit einigen nöthigen Zusätzen, besonders aber mit einer deutlichen Erläuterung und Erklärung der sogenannten Ehehaften des Gerichts, und was hinfüro unter denselben verstanden und nicht remittirt werden solle. Es ist nun solches die neueste Ordnung, die wir von diesem Kayserlichen Hofgerichte haben, und bestehet dieselbe aus drey Theilen; wovon der erste in 45. Titeln von den Personen des Hofgerichtes, wie dasselbe mit Richtern und Urtheilern besetzt werden, und wie viel deren seyn sollen, handelt. Der zweite Theil begreift nur 14. Titel, welche die Materien von dem Bezirke, der Jurisdiction und dem Gerichtszwange des Kayserlichen Hofgerichtes enthalten. Und endlich der Dritte Theil handelt in 21. Titeln den gerichtlichen Proceß desselben ab \*).

Uu 5

Der

e) G. in diesem VIII. Bande der H. T. R. G., S. 257. f.

g) Die Rothweilische Hofgerichts-Ordnung ist verschiedentlich gedruckt worden. Sie steht unter andern in Goldasts H. Satzungen, P. II. p. 296-323.

## 480 Letzte Periode. Zweite Epoche.

1. Einrichteten Vertrag über alte zwischen ihnen obgewaltene Streitigkeiten \*).

20 Sept. Hierauf begab sich der Kayser mit seiner Gemahlin, seinem Bruder, dem Erzst. Karl, und seinen beiden jüngsten Söhnen, dem Erzst. Matthias und Maximilian, wegen der vorzunehmenden Krönung seines ältesten Sohnes, des Erzst. Rudolfs, auf der Donau nach Preßburg, wohin ihm dieser, in Begleitung seines d. a. Bruders, des Erzst. Ernsts, der Fürsten Wilhelm und Ferdinand von Bayern, und Karl Friedrichs von Jülich u., zu Lande folgte, 21 e. m. am folgenden Tage zu Preßburg seinen prächtigen Einzug hielt, und hierauf daselbst, mit gewöhnlichen Feierlichkeiten, zum König von Ungarn gekrönt wurde \*). Der Kayser verweilte hierauf noch eine Zeitlang zu Preßburg, wo er auch dem 23 Oct. R. Erb-Marschall, Graf Comaden von Pappenheim, einen Expectanzbrief auf die Gräfl. Lupfischen R. Lehen gab \*). Nach seiner Rückkunft nach Wien aber erhielt er der

4 Nov.

hatte, das Rothweilische 3. 1578  
 der vielen von Fürsten und  
 führten Beschwerden, durch  
 id des gerichtlichen Processus  
 ien, visitiren, und die Ger  
 :ffern zu lassen; solches auch  
 ar; so publicirte nunmehr 1578  
 rte Rothweilische Hof  
 oben war die alte Ordr  
 tes zum Grunde gelegt,  
 S. O. conferirt, in einan  
 n Commissarien verfaßt,  
 Kayserlichen Rätthen  
 efforen communicirt wor  
 sie noch hier und da mit  
 , besonders aber mit ei  
 ng und Erklärung der  
 es Gerichts, und was  
 verstanden und nicht

1380. Der Kayser gab auch hierauf der R. Stadt  
1572 Rothweil, auf ihre Bitte, ein Privilegium,  
daß diese neue Hofgerichtsordnung und die nun-  
mehr darin deutlich erklärte Ehehaften ihr und  
ihren habenden Privilegien, Verträgen, alten Her-  
kommen u. s. w. im geringsten nicht nachtheilig  
1570. seyn sollen <sup>1)</sup>. Und endlich hat derselbe auch noch  
in diesem Jahr zu Wien alle Privilegien des Bis-  
thumes Breslau bestätigt <sup>2)</sup>.

Die Römisch-Catholische Kirche verlor  
in diesem Jahr ihr sichtbares geistliches Ober-  
haupt, da nemlich der bisherige P. Pius der V.,  
den ein schleichendes Fieber, schon eine geraume Zeit  
her, sehr entkräftet hatte, im acht und sechszigsten  
Jahre

in Königs R. A., T. III. in der 1. Fortsetz. n. 32.  
p. 228 - 253. und in Schmaussens Corp. L. P.  
Academ., n. 46. p. m. 317 - 360. Der bekann-  
teicus Paul Matthias Wehner gab zu Frankfurt  
am Mayn, im J. 1610. in Folio, *Observationes*  
*practicas* über diese Hofgerichts-Ordnung heraus,  
die ehemals sogar am Kayserlichen Hofe in großer  
Achtung standen; s. M. Christoph. Ernstens Leben  
des her.ici, P. M. Weberi, mit Anmerk. des  
Veronus Grandens; (Mürnberg, 1735. 8.)  
p. 47 sq. Uebrigens kann man vom Rothweil.  
Hofgerichte auch noch zu Rathe ziehen: Erici Ma-  
ritii Diss. de Iudicio Rothwileni, in Eius Diss.  
& Opuscul., ex edit. Io. Nicol. Herii; (Fran-  
cof. ad Moen., 1692. 4.) p. 528 - 630. Henr.  
Balth. Blum de Kempis Comm. de Iudicio Curiae  
imperial. German.; (Francof. ad Moen., 1745.  
4.) in Append., p. 137 - 144. (J. N. Wegelin)  
Histor. Bericht von der R. und R. Landvogtei in  
Schwaben, P. I. Sect. IX. n. XVIII. p. 208-  
215. und J. E. Freyherrn von Schenckenberg  
Abhandl. von der Kayserl. höchsten Gerichtshofe  
in Deutschland; (Frankfurt am Mayn, 1760. 4.)  
S. 25 - 62. p. 33 - 54.

1) Königs R. A., T. XIV. p. 389 - 389. n. (5.)

2) Idem ibidem, T. XX. p. 1234 sq. n. 39.

Jahr seines Alters diese Zeitlichkeit verließ. Nach: Man  
 seiner Beerdigung giengen 52. Cardinäle in das 1572  
 Conclave, und hofften anfangs die Freunde des  
 Cardinals Moronus, denselben auf den päbstli-  
 chen Stuhl zu erheben. Allein der eiligst von  
 Neapolis angetommene Cardinal Granvella gab  
 dem Wahlgeschäfte auf einmal eine andere  
 Wendung, und brachte es durch seine dringende  
 Vorstellungen dahin, daß der Cardinal Hugo Bon-  
 oncompagno, nachdem das Conclave nur sechs  
 Stunden verschlossen gewesen, einmüthig zum  
 Papste erwählt wurde. Dieser neue Papst nahm  
 den Namen Gregorius des XIII. an, und war zu  
 Bononien, im J. 1502., von bürgerlichen Eltern  
 erzeugt worden. Er legte sich in seiner Jugend  
 mit solchem Fleiße auf die Rechtsgelahrtheit, daß  
 er, im J. 1534., eine Lehrstelle in der Juris-  
 ten-Fakultät auf der hohen Schule zu Bon-  
 onien erhielt, die er aber im J. 1539. wieder  
 verließ, und nach Rom gieng, wo er am päbstli-  
 chen Hofe befördert wurde. Nachher wohnte er  
 sowohl unter dem P. Paulus dem III., als auch  
 dem P. Pius dem IV., dem Concilium zu Tri-  
 dent bey, welcher Letztere ihn hierauf zum Car-  
 dinal machte, und ihn als seinen Legaten nach  
 Spanien schickte, wo er sich bey dem K. Phi-  
 lipp so beliebt zu machen wußte, daß derselbe nun-  
 mehr, durch den Cardinal Granvella, dessen  
 Erhöhung zur päbstlichen Würde hauptsächlich  
 betreiben ließ. Er war von einer sanften, wohl-  
 thätigen und milden Gemüthsart, und dabey  
 mit Klugheit und Mäßigung begabt. Singe-  
 ren tractirte er die Staatsgeschäfte und die bür-  
 gerliche Regierung mit einer gewissen Nachläs-  
 sigkeit, woran entweder seine natürliche Gelin-  
 digkeit, oder sein hohes Alter Schuld haben  
 mocht.

3. Ob- mochten. Er hatte einen natürlichen Sohn, 1572 Namens Jacob, den er mit Ehrenstellen und Gütern reichlich versorgte, und von welchem das in Italien noch blühende Fürstliche Haus Boncompagni-Ludovisi abstammt. Uebrigens hat sich P. Gregorius der XIII., durch die Aufhebung des Fletzelles, durch Aufführung einiger Kirchen und prächtigen Gebäude, durch seine reichliche Almosen, durch die zu Rom errichtete Seminarien für fremde Nationen, und auf verschiedene andere Art bey dem Römischen Volke so beliebt gemacht, daß dasselbe noch bey seinen lebzeiten, seine Bildsäule im Capitolium aufrichten lassen<sup>v)</sup>. Wir werden von diesem Pabste, bey Gelegenheit der von ihm vorgenommenen Kalenderverbesserung, und der Absetzung des Kurfürst Gebhards von Eöln, noch ein Paar mal reden müssen.

Was nun noch andere, in diesem Jahr, vorgefallene Begebenheiten im Teutschen Reiche betrifft; so will ich gleich anfangs bemerken, m. Jan. daß in demselben abermals ein Landspersgischer Bundstag zu München gehalten worden<sup>w)</sup>. Zu Speyer aber gieng die jährliche Visitation m. Maio des Kammergerichtes<sup>x)</sup>, zu gewöhnlicher Zeit, vor sich, und erschien als visitirender Fürst in Person der Administrator des Hochstiftes Freysingen, H. Ernst von Bayern. Von dieser Visitation

v) Schardii Epitome ad h. a., in Eius Scriptor., T. IV. p. m. 177. a. Landorp l. c., T. II. L. XII p. m. 114. Thuanus l. c., T. II. L. LI. p. m. 787 sq. Schedaeus l. c., P. II. L. VIII §. 15. p. m. 222. und Hist. des Papes, T. V. p. 21. 24. & 44.

w) von Stetten, l. c., P. I. c. 9. §. 16. p. 600. Cf. in diesem VIII. Bande der K. T. A. G., S. 503.

x) S. in eben diesem VIII. Bande, S. 549: 554.



Visitation findet man in gedruckten Büchern weit B. Ob-  
 er nichts, als das von der Visitation dem R. 1572  
 G., statt eines Abschiedes, zugestellte Memorial,  
 nebst ein Paar Lebenmemorialien und ein  
 ient an den R. G. Fiscal und Pfenningsmeister,  
 u ihrer Nachachtung, erlassenen Befehl. Allein  
 durch die hohe Gewogenheit des verehrungswürdigen  
 Herrn R. G. Assessors, Barons von Harp-  
 precht, bin ich in Stand gesetzt, aus den unges-  
 druckten damaligen Visitationsacten einige noch  
 unbekannte Umstände meinen Lesern mitzuthei-  
 len. Gleich zu Anfange der Visitation überga<sup>7. May</sup>  
 den der Kammerichter und die Beysitzer den  
 Kayserlichen Commissarien und Visitatoren  
 der R. Stände eine Schrift, worin sie die Ur-  
 sachen anführten, welche das R. G. bewogen hät-  
 ten, alle Sachen wiederum, ohne einigen Un-  
 terschied der *Causarum simplicis Queraelae* oder *Ap-  
 pellationis*, wie von Alters her geschehen, verhana-  
 deln zu lassen. Es hätte nemlich das Gericht be-  
 funden, daß die Abtheilung der Sachen mehr  
 zum Nachtheil, als Nutzen der Partheyen ge-  
 reiche, indem dieselbe der Kanzley gleichsam ein  
 unmögliches Werk sey, die Prokuratoren auch  
 täglich disputirt hätten, ob diese oder jene Sache  
*simplicis Queraelae* oder *Appellationis* sey. Weil nun  
 das R. G., vermöge des letzten Titels des zwö-  
 len Theils der R. G. O., und des Verzeichniß  
 der Herren Visitatoren vom J. 1560., §. Es  
 haben sich auch u., befugt sey, in solchem Falle  
 eine Aenderung vorzunehmen; so habe daher das  
 selbe auch solche bewerkstelliget.

Gleich darauf übergaben auch die sämtlich<sup>10. u. m.</sup>  
 den Advokaten und Prokuratoren des R. G.  
 der Visitation ein sogenanntes wohlmeynendes  
 Gutbedenken, wie dem gerichtlichen Prozesse,  
 ohne

3. Er. ohne Anstellung der täglichen Audienz, und  
 1572 mit wenigerer Beschränkung der Personen, zu  
 helfen sey; mit etlichen angehängten weitem  
 Punkten, darin Besserung anzustellen, auch  
 hoch von nöthen wäre. In diesem Bedenken  
 äussern nun die Procuratoren, daß es ihnen, die  
 Audienz alle Tage im Sommer von 1. bis 5.  
 Uhr des Nachmittages, und im Winter bis 4.  
 Uhr zu halten, ein höchst beschwerliches Werk,  
 und auch solches den Partheyen wenig fürträgs-  
 lich sey, indem in der R. O. versehen, daß die  
 Procuratoren den Partheyen, auf Begehren,  
 auch mit Advociren bedient seyn sollten, und sol-  
 ches auch ausserdem, aus weitem angeführten Ur-  
 sachen, nicht dienlich schiene. Solche mühselis-  
 ge Arbeit aber könnte dadurch abgeschafft wer-  
 den, daß *Termini legales & peremptorii* verordnet  
 würden, zu dem Ende die Procuratoren noch ei-  
 nige fernere Vorschläge thun. In den angehäng-  
 ten weitem Punkten aber bitten die Advocaten  
 und Procuratoren: 1) *ratione Compulsorium*,  
 daß deren Reproduktion auf den angesetzten  
 Termin vorzubringen, auferlegt würde; 2) *ratio-  
 ne Dilationum* möchte den Procuratoren zu be-  
 fehlen seyn, daß sie die zweite vor Verschließ-  
 ung der ersten. und die dritte vor Ablauf der  
 zweiten nachsuchen sollten; 3) *ratione Mandato-  
 rum* möchte in *Causis fractas Pacis* eine bessere  
 Richtigkeit angestellt werden; 4) *ratione der  
 Vollmachten* erfordere die Billigkeit, daß, da  
 die Säumnis, in Einbringung derselben, an  
 den Partheyen und nicht an den Procuratoren  
 liege, die Strafe auf jene verlegt würde; 5) in  
*puncto Executionis* möchte verordnet werden, daß  
 der obsiegende Theil jederzeit, nach Verfließung  
 des Termins, in *Novis*, seiner Nothdurft nach,  
 antus

anrufen möchte; und endlich 6) möchte auch in 3. Be-  
Ansehung der Taxen der Arbeiten und der Copie 1572  
algeder eine Anordnung gemacht werden.

Nachdem nun dieses Bedenken, nebst den  
angehängten Punkten, der Advokaten und Pro-  
kuratoren dem R. G. war mitgetheilet worden;  
so übergaben der Kammerrichter, <sup>13</sup> ~~Amtsverweser~~ <sup>13</sup> ~~Ab-~~  
ser und die Beysitzer darüber ihren Bericht und  
Gutachten der Visitation. In demselben hielten  
sie 1) die Abstellung der täglichen Audienzen,  
und an deren Statt die Wiedereinführung der  
*Comminationum praedjudicialium* keinesweges für  
rathsam; 2) wegen des endlichen Termins aber  
wäre ihr Gutachten, daß an statt derselben die  
*Comminationes praedjudiciales*, nach einer jeden Sa-  
che Wichtigkeit, durch Interloquiten, gebraucht  
würden. Und wenn man 3) zu Reproduktion  
der Compulsoriaten, auf Anrufen des Gegen-  
theils, einen Termin zu Wiedereinbringung  
derselben, *per Interlocutoriam*, auferlegen wür-  
de; so wäre es keines *Termini legalis* nöthig; daß  
aber 4) in *Causis fractae Pacis* *Mandate de re-*  
*laxando* S. C. erkannt werden sollen, könne das R.  
G., *absolute & generaliter*, durchaus nicht zu-  
gestehen. Ferner übergab das R. G. den Kay<sup>13</sup> e. m.  
erlichen Commissarien und Visitatoren auch  
noch die Beantwortung des ihm zugestellten  
Memorialzettels, das Verzeichniß der vergli-  
chenen Punkten, nach Vorschrift des §. 77.  
des Speyerischen R. A. vom J. 1570. \*) betref-  
end, und äusserte in selbiger: 1) daß es unmög-  
lich sey, die special Qualitäten, worauf die  
Processe zu erkennen, zusammen zu tragen,  
und sich darüber collegialiter zu vergleichen;  
hingew

\*) S. in diesem VIII. Bande der N. T. R. G., S.  
259 f. sub n. 28.

J. 1572 hingegen aber habe man 2) durch alle Räte bereits verordnet, die Opinionen, welche bey den Rechtslehrern ganz streitig, und aber in *Relationibus Caussarum*, mit Genehmigung des ganzen Rathes, angenommen worden, zu sammeln.

In dem hierauf, von Visitations wegen, dem Kammerichter, den Präsidenten und Beisitzern statt eines Abschiedes, zugestelltem Memorialle wird denenselben 1) und zuörderst die genaue Beobachtung desjenigen, was wegen des K. G. im letztern Speyerischen R. A., und dem damals, statt eines Nebenabschiedes, vom Kayser dem K. G. übergebenem Memorialzettel, besonders in dessen ersten und dritten Artikel †), ingleichen in den Visitations-Memorialien von den J. 1570. und 1571. \*), verordnet und befohlen worden, nochmals eingeschärft. Ferner und 2) sollen der Kammerichter und die Präsidenten darauf sehen, daß über Dreyen oder vieren von den Beisitzern, zu einer Zeit, nicht Urlaub zum Ausreisen gegeben werden solle. 3) Gemeine wichtige Geschäfte solle man zuörderst an den Kammerichter, als das Haupt dieses Kayserlichen Gerichtes, gelangen lassen, dessen Rath begehren, und was beschlossen, referiren; aber 4) die Stimmen in solchen oder andern Sachen von den Beisitzern, die dem Rathe nicht beigewohnet und der andern Gründe nicht mit angehört, sondern zu Hause geblieben, zu sammeln, sey ein unerhörtes Gesuch, und würde also hiedurch in allen Sachen verboten. Da man auch 5) abermals in Erfahrung gebracht hätte, daß öfters die im Rathe, um Ausbringung noch

†) S. im diesem VIII. Bande der N. L. K. G., S. 271. und f.

\*) S. Eben daselbst S. 333: 243. und 349: 554.

wendiger Prozesse, übergebene Supplikationen & Ehr.  
vom Tische genommen, und bisweilen etliche Wo.<sup>1572</sup>  
hen lang hinterhalten worden, welches den Par-  
teyen nachtheilig wäre, und hiebevör bereits verbo-  
ten worden; so sollte nunmehr der Kammerrich-  
ter eine besondere verschlossene Truhe machen,  
und in die gemeine Rathstube stellen lassen,  
vorin der Kammerrichter oder sein Amtsverwes-  
er alle Supplikationen um Prozesse solange ver-  
wahrt behalten solle, bis man dieselben unter den  
Audienzen, oder zu andern verordneten Stunden  
expedirte. Es solle aber jederzeit, bey der Aus-  
theilung, ein Notarius zugegen seyn, und be-  
merken, welchem Assessor eine jede Supplikas-  
tion zum referiren zugestellet worden, auch kei-  
nem Beysitzer erlaubet seyn, eine Supplikas-  
tion für sich selbst *ad referendum* zu nehmen; sonst  
er deswegen zur Rede gestellet werden solle. Weiter  
und 6) liesse man es, soviel die Beobachtung ei-  
nes gleichmässigen Styls, die Sammlung der  
Requisition und der angenommenen Opinionen u.  
delange, bey demjenigen bewenden, was davon  
der letzte Speyerische K. A. wohlbedächtlich  
verordnet hätte †), welchem auch das K. G.,  
einem Erbieten nach, und zufolge des ernstlichen  
Kayserslichen Befehls, ein Genügen thun solle.  
Und 7) sollen hinfüro die Referenten in Abfas-  
sung der Dekrete und Bescheide mehrern Fleiß  
inwenden, um alle Irrungen und Widersprü-  
che zu vermeiden, weil bey der izzigen Visitas-  
ion vorgekommen wäre, daß öfters hieben verstos-  
sen worden, und auch wohl widerwärtige Bes-  
cheide ergangen wären.

Hier

†) S. in diesem VIII. Bande der H. T. K. G., S.  
259. f.

3. Chr. 1572 Hiernächst und 8) solle der Kammertrichter, oder sein Amtsverweser, wenn bisweilen die Prokuratoren, aus Versehen, zur Ungebühr gestraft worden, und deswegen um Nachlassung der Strafe supplicirten, von Amtswegen dafür sorgen, daß solche Irrungen abgeändert, und Reiner, unverschuldeter Dingen, zur Strafe gehalten werde, deswegen er in solchem Falle das Bedenken etlicher anderer Assessoren, welche bey Erkennung der Strafe nicht zugegen gewesen, vernehmen, und die Billigkeit beobachten solle. Zugleich solle 9) das von einigen Beysitzern, eine Zeitlang, bisweilen practicirte und wider die R. G. O. und Visitations-Abschiede laufende Unternehmen, Dekrete und Bescheide, auch außerhalb der Senate, den Notarien anzugeben, hiemit verboten, und den Notarien untersaget seyn, dergleichen zu protokolliren. Die zwar in dem letztern Speyerischen R. A. verordnet \*), aber von dem R. G., in Ermangelung der vermeinten Hindernisse, unterlassene Abwechslung der Audienzen in *Causis simplicis Querelae et Appellationum* wurde 10) von der izzigen Visitation genehm gehalten, und es bey der alten R. G. O., der Audienzen und Umfragen halber, gelassen. Hingegen aber sollte 11) jedesmal die Helffte der Assessoren, nach Vorschrift des letzten Speyerischen R. A. †), in den Audienzen, und zu Abhörung der Urtheile, Bescheide und Expedition der Supplikationen im Rath erscheinen, an statt daß bisher, nach eingezogener Erkundigung, öfters nur zehen, zwölf oder vierzehnen zur Audienz gekommen wären, und sollte

\*) S. in diesem VIII. Bande der N. T. R. G., S. 251. sub n. 2.

†) S. Eben daselbst, S. 254. f. sub n. 12.

solle der Kammerrichter oder sein Amtsverwes. 3. Er-  
 ser gegen die nicht Erschienenene, mit Abziehung 1572  
 ihrer Besoldung, so *inter Neglecta* auszutheilen,  
 oder auch sonst, nach Beschaffenheit ihres Ausblei-  
 bens, unnachlässlich verfahren. Weiter und 12)  
 wurden die Assessoren erinnert, in den, nach dem  
 Speyerischen R. A. \*), am Sonnabend zu  
 haltenden fiskalischen Audienzen auf die bestim-  
 te Stunde, und nicht so spät, wie bisher gesche-  
 hen, zu erscheinen, und des h. R. Justizsas-  
 chen mit schuldigem Fleisse zu befördern, damit  
 nicht allein der Fiskal in seinem Anrufen, sondern  
 auch die Prokuratoren in *Contumaciis* gehört wer-  
 den mögen. In den fiskalischen Sachen aber  
 solle man 13) eine durchgängige Gleichheit halten,  
 und keinen Stand vor dem andern beschweren,  
 oder treiben lassen. Wenn ferner 14) Ladun-  
 gen *ad reassumendum* in gemeinen Sachen, da fei-  
 re Instanzen fallen, mündlich gebeten würden, und  
 der andere Prokurator geschehen liesse, was  
 recht wäre, oder Niemand dagegen zu reden  
 hätte; so solle man darauf in der nächsten Aus-  
 dienz, um weiterer Bemühung des Complirens  
 und Referirens zuvor zu kommen, erkennen, und  
 hierin, wie auch in andern dergleichen geringen  
 Submissionen, was recht ist, nicht verziehen.  
 Ingleichen solle man die Prokuratoren, vor den  
 Deputirten, in *puncto Commissariorum, recogni-*  
*tionis Sigillorum*, und andern dahin gehörigen Din-  
 gen, wie auch in *Contumaciis*, nach Inhalt des  
 Speyerischen R. A. †), verfahren lassen.

Da auch 15) die unterliegenden Partheyen  
 in dem Exekutions-Processse gemeiniglich alle  
 Ex 2 vers

\*) S. in diesem VIII. Bande der N. T. R. G., S.  
 252. sub n. 4.

†) *Ibidem*, S. 267. sub n. 48.

3. Obr. verzügliche Ausflüchte zu suchen, und ihren  
 1572 Gegentheile, auch nach erhaltenem Rechte, abzumatten pflegen, welches auch bey dem R. G. zu viel gemißbraucht werden wolle; so sollen die Referenten, Falls etwa schriftliche Ausreden in *puncto Executorialium* eingegeben würden, nicht so leicht dem Gegenanwalde auflegen, darauf insbesondere zu handeln, und also zu neuem verzögerndem Verfahren Ursache geben, sondern zu förderst die *Merita Indicati*, und was dagegen von neuem will eingestreuet werden, vermöge der Ordnung, vernünftig erwägen, und alsdann entscheiden, ob solche neue Einreden gegen die vorgenommene Exekution zulässig seyen, oder nicht. Ferner und 16) solle demjenigen, was der Kayser in dem Speyerischen Nebenabschiede, wegen wöchentlich Visitation der gerichtlichen Protokolle verordnet hätte \*), fleissiger, als bisher geschehen, nachgelebet werden, weil es zu Abkürzung des langwierigen Verfahrens nicht wenig dienen würde. Endlich und 17) habe man, bey izziger Visitation, befunden, daß, obgleich das R. G. mit mehreren Assessoren besetzt, und deren Unterhaltung verbessert worden, dennoch, seit der letzten Visitation, in den Senaten das Referiren in *Definitivis* größtentheils nur ein- oder zweimal geschehen, und auch wenigere Endurtheile, als in den vorigen Jahren, ergangen seyen. Weil nun solche Nachlässigkeit vor dem Kayser und den R. Ständen nicht verantwortlich wäre, dadurch eine fernere Anhäufung der beschlossenen Sachen zu gewärtigen, und die Stände die Lust verlieren möchten, solche grosse Kosten und die Unterhaltung so vieler Personen

ferner

\*) S. in Melem VIII. Bande des H. T. R. G., S. 273. sub n. 5.



ferner fortzusetzen; so wurden die Assessoren, von J. Chr. Visitation wegen, erinnert, das lange verdrüssliche Referiren zu vermeiden, und besonders keine Vota zu Protokoll zu dictiren, noch weitläufige *Allegationes Iurium* anzuführen, als welches nur zu Verschwendung der Zeit diene, sondern demjenigen nachzukommen, was in dem, bey der Visitation des J. 1570., dem K. G. zugestellten Memorialzettel hievon verordnet wäre †). Falls über jemand des Dictirens sich doch nicht enthalten würde, solle der Kammerrichter und Präsident, mit Rath zweyer Beysitzer, einen Solchen nach Ermäßigung strafen, oder, wenn es zu künftiger Visitation gelangen sollte, würde man ein anderes nöthiges Einsehen thun müssen.

In einem Neben-Memoriale befahl noch 18. May außerdem die Visitation dem Kammerrichter, oder, in seiner Abwesenheit, dessen Amtesverweser und den Präsidenten, daß sie das itzige Visitations-Memorial, nebst andern darin angelegenen Kayserlichen Neben-Abschieden, und den Memorialien der beiden nächst vorhergegangenen Visitationen, in vollem Rathe, und in Gegenwart aller Beysitzer, mit dem ehesten solten ablesen lassen, und demnächst darauf sehen, daß diesem allen von einem jeden pünktlich nachgelebet, gegen die Säumnigen aber mit den verordneten Strafen verfahren werde; wie man dann bey der nächsten Visitation deswegen besondere Erkundigung einziehen wolle. Alle diese Memorialien und Abschiede aber sollten, auf Kosten des Fiskus, in ein Buch zusammen geschrieben, und solches in die gemeine Rathstube gelegt werden, damit man es jederzeit bey der Hand habe.

Er 3

Auch

†) S. in diesem VIII. Bande der N. L. K. G., S. 236. u. f. sub n. 2.

1572 Auch den Procuratoren wurde von der Visitation ein besonderes Memorial zugestellt, worin ihnen, von Amtswegen, befohlen wurde, bey den Ständen des L. R., denen sie bedient wären, allen Fleiß anzuwenden, damit dieselben die ordentliche und erhöhte Anlagen des R. G., nach Inhalt der zu Augspurg in den J. 1548., 1559. und 1566., wie auch jüngst zu Speyer im J. 1570. publicirten R. A., unverweilt an den gebührenden Orten, in guten R. Münzsorten, richtig und völlig erlegten, mithin kein Mangel an nothwendiger Unterhaltung der Kayserlichen Justiz erschiene. Falls auch etwa ihnen selbst das Geld zugeschickt würde; so sollten sie dasselbe unverzüglich, nebst dem Originalschreiben, was für Sorten, und wie viel es sey, dem Pfennungsmeister zustellen, und es ihm zur Durchlesung mittheilen, auch hernach ihm einen Auszug aus diesem Schreiben, und ein Verzeichniß von dem Gelde, unter ihrer Handschrift behändigen, um es in die verordnete Truhe einzulegen. Und sollte dßfalls ein Procurator sich weigern, solches zu thun; so solle der Kammerrichter deswegen gebührendes Einsehen haben. Hiernächst sollten auch die Procuratoren, in ihren Vorträgen vor dem Gerichte, sich aller Kürze, vermöge der Ordnung, beflüssigen, und, wenn sie, mit Erlaubniß, aufersteten, ihren Substituten satzfamen Berichte und Befehl geben. Wenn auch etliche von ihnen mit Sachen zu sehr überladen wären; so sollten sie dieselben zum Theil Andern, vermöge der R. G. O. und voriger Visitationsabschiede, mit Vorwissen des Kammerrichters, zustellen. Diejenigen Procuratoren aber, welche ihren Stand verändern wollten, sollten solches dem Kammerrichter und ihren Partheyen, sechs Mo-  
nate

late, zuvor, anzeigen. Und da endlich in den Fäl-  
len, wo der Verzug höchst schädlich, zum schleu-  
zigsten zu verfahren nöthig wäre; so sollten die  
Prokuratoren, nach der ordentlichen Audienz,  
vor den Deputirten, in *puncto Tutorum, Com-  
missariorum, Recognitionis Sigillorum*, und was  
vergleichen mehr, auch mit Contumaciren, ver-  
möge des letztern Speyerischen R. A. \*) verfab-  
ren, und auch sonst die Sachen möglichst zu recht-  
licher Erörterung befördern.

Bei der diesmaligen Visitation war unter  
andern auch vorgekommen, daß sich allerhand Un-  
richtigkeiten mit Einbringung und Austheil-  
ung derjenigen Gelder, welche zu Unterhaltung  
des R. G., in den Jahren 1548., 1559., 1566.  
und 1570., auf den damaligen Reichstagen,  
verordnet worden, bisher ereignet hätten. Es be-  
fahlen daher die Kayserlichen Commissarien und  
Visitatoren dem R. G. Fiscal und Pfenning-  
meister, mittelst eines an sie erlassenen Dekretes,  
daß sie fordersamst zusammen treten, und die Ein-  
theilung der von den R. Ständen bewilligten  
ordentlichen und erhöhten Anlagen zum R.  
G., innerhalb einer Monatsfrist, endlich berich-  
tigen, auch dabey die ihnen, aus der churmaynzis-  
schen R. Kanzley, im J. 1548., zugeschiedte R.  
Matrikel, und was ihnen seitdem vom Kayser  
und den R. Ständen weiter befohlen worden, zur  
Richtschnur annehmen sollten. Wosern nun bei  
dieser Eintheilung und Richtigmachung der  
Gebühr eines jeden Standes solche schwere  
Zweifel einfallen würden, welche der Fiscal und  
Pfenningmeister für sich allein nicht richtig ma-  
chen könnten; so sollten sie selbige an die Deputir-  
ten

\*) S. in diesem VIII. Bande der 17. T. R. G., S.  
266. und 267., sub n. 46. et 48.

3. Erben zu den fiskalischen Sachen gelangen lassen, 1572 und auf deren, auch, wo es etwa nöthig, des Kammerrichters Ermessen gänzlich erledigen. Wenn nun die Eintheilung einmal richtig gemacht wäre; so solle hierauf der Fiskal gegen die säumigen Stände, zu Einbringung der ordentlichen und erhöhten Unterhaltungen, mit Poenalmonitorien, worin eines jeden Standes Ziel und Gebühr ausdrücklich zu setzen, schleunig verfahren, und die bereits erklärte, oder hernach noch fällig werdende Poenfälle gerichtlich eintfordern.

Der Pfennigmeister hingegen solle unverszüglich dasjenige, was entweder die Stände ihm selbst zugesandt, oder von ihnen in den Legstädten bezahlet worden, dem Fiskal, mit Vorzeigung der Urfund oder Quittung, melden, um fernern unnöthigem Verfahren vorzukommen. Hiernächst solle er nicht nur die bezahlte Summe aufzeichnen, sondern auch die Ziele; wenn sie von dem bezahlenden Stande nicht benannt wären, selbst machen, und allemal die ältere verstrichene Ziele überdies abziehen; wie er dann auch darauf genau sehen solle, wenn etwa an einem Ziel etwas zu wenig, oder übrig seyn würde. Wenn auch Räten, Prokuratoren oder die Stände selbst, ihren Zustand zu wissen, verlangten, sollen der Pfennigmeister und Fiskal ihnen deshalb richigen Bescheid geben. Ingleichen solle der Pfennigmeister dahin sehen, daß das in den Legstädten erlegte Geld mit den wenigsten Kosten an ihn geliefert, und zur Casse gebracht werde; wobei er aber keine, durch das Kayserliche Münzedeict und die R. A., verbotene oder verbannte Sorten zur Zahlung annehmen, und auch sonst der R. M. C. gebührend nachkommen solle, wozu

von den Kayserlichen Commissarien und Visi- & Ex-  
tatoren dñmal noch besonders an die verordnete<sup>1572</sup>  
Legstädte geschrieben worden. Ferner solle der  
Pfenningmeister die Prokuratoren oder Boten  
der Stände, welche ihm zu Speyer ihre Zieher  
entrichten lassen wollten, nicht lange aufhalten,  
sondern über das, was ihm in guter Münze ge-  
liefert worden, schleunig quittiren. Es sollten aber  
auch die Prokuratoren ihre Originalschreiben,  
was für Sorten, und wie viel ihnen zugeschießt wor-  
den, dem Pfenningmeister ungesäumt vorzeigen,  
und ihm davon eine Abschrift oder einen Auszug  
stellen, um solche in die Truhe mit beyzulegen,  
widrigensfalls gegen die Verweigerer das K. G.  
in gebührendes Einsehen haben sollte. Und Falls  
der Kammerichter und die deputirten Beysis-  
zer verlangen würden, den Vorrath, die Sort-  
en und Urkunden zu besichtigen und nachzu-  
sehen; so solle der Pfenningmeister ihnen solches  
nicht verweigern. Endlich solle auch der Pfenn-  
ingmeister, vermöge der Ordnung, nicht schul-  
dig seyn, die verdiente Besoldung, nach eines jeden  
Gefallen, sondern von Quartalen zu Quartalen  
auszutheilen, und zu bezahlen, und dabei unver-  
ändert gelassen werden. Viel weniger solle er je-  
manden verstatten, bey den Ständen oder Leg-  
städten Geld auf Rechnung oder Abzug seiner  
Besoldung zu empfangen. Und wenn dem un-  
beachtet jemand auf solche Art Geld einnehmen wü-  
re; so solle er darüber keine Quittung geben, son-  
dern vielmehr sich in diesem, wie in andern Punkten,  
der K. G. O. gemäß verhalten<sup>9)</sup>.

Ex 5

Dies

9) Königs H. N., T. IV. n. 266. sq. p. 411-416.  
de Ludolf Corp. Jur. Cameral., T. I. n. 187-190  
p. 313-317.

3. Gr. Dieses, von Visitationis wegen, an den Stift  
 1572 Kal und Pfenningsmeister ergangene Decret gründe  
 24. Art. sich auf ein, in diesem Jahr, dem Pfennings-  
 meister zugestelltes *Conclusum Pleni* der R. G.  
 Deputirten, welches folgenden Inhalts war. Man  
 habe, zufolge des zu Augspurg, im J. 1548., zur  
 Unterhaltung des R. G., bewilligten Anschlages  
 gefunden, daß von dem Stiftal wider etliche  
 Churfürsten, Fürsten und Stände des H. R.,  
 wegen einiger zweifelhaften Ziele, hauptsächlich  
 aus der Ursache nicht verfahren werden könnte,  
 weil die bezahlten Summen nicht in Zielen  
 ausgetheilet worden. Damit nun dinstfalls endlich  
 einmal eine Gewißheit und Richtigkeit, auch die  
 Erlegung des gedachten Anschlages und dessen  
 ausständigen Ziele erlangt werden möge, so solle  
 der Pfenningsmeister den hiezu deputirten Prä-  
 sidenten und Beysitzern ein ordentliches Ver-  
 zeichniß und richtigen Auszug fordersamst zustel-  
 len, was im Namen der nachbenannten Churfür-  
 sten, Fürsten und Stände, zu der Unterhaltung  
 des R. G., im J. 1548., bewilliget, und von  
 dem ersten Ziele an, bis auf den letzten Hornung  
 des itzigen J. 1572., bezahlet worden, wie sol-  
 ches unterschiedlich von Ziel zu Ziel, oder auch  
 Summenweise geschehen sey. In diesem Falle  
 aber, und wenn keine Austheilung oder Ziele ge-  
 macht wären, solle der Pfenningsmeister die Aus-  
 theilung in die Ziele einzeichnen, nemlich wegen  
 der Churfürsten von Pfalz und Sachsen, des  
 ErzB. von Salzburg, der Bischöfe von Bam-  
 berg, Hildesheim, Regensburg, Meissen,  
 Trident und Brixen, der Herzoge von Bayern,  
 der Grafschaft Hohen, des H. Johann Wil-  
 helms von Sachsen für sich und das Stift Saal-  
 feld, der Grafschaft Gleichen, ferner der von  
 Brann

Brandenstein zu Ratis, der Herzoge zu Braunschweig, Grubenhagen, der Herzoge zu Pommern, der Fürsten von Anhalt, der Achsen zu Gernrode, und endlich der Grafen von Erthal, Reichlingen, Steinfurt und Bentheim. Ingleichen solle der Pfenningmeister, wenn des Bischofs von Freysingen, an gehörigen Ort berichten, daß in der Stadt Augsburg Urkund das 42. Ziel für das 41. gesetzt werde.

Ferner wären auch Zweifel und Unrichtigkeiten, einiger Ziele halber, vorgekommen, ob nemlich dieselben bezahlt oder rückständig seien. Damit nun der Fiskal desto gewisser und beständiger, wegen des Ausstandes, anrufen und verfahren könne, und auch auf den Fall, wenn hinfüro grosse oder kleinere Summen, als der Anschlag des Standes beträgt, erlegt würden; so solle der Pfenningmeister jedesmal, sogleich bey der Bezahlung, oder wenn er die Urkund von den Legstädten erhielte, solche Summe in die Ziele austheilen, auf die Ziele unterschiedlich quittiren, und es in seine Register einzeichnen, auch dem Fiskal unterschiedlich, den Zielen nach, Anzeige und Bericht thun, damit derselbe sich in seinem Anrufen und Verfahren darnach zu verhalten wisse. Da indessen der Fiskal bisher jederzeit auf alle ihm vom Pfenningmeister als bezahlt nicht angezeigte Ziele, zu Einbringung derselben, angerufen und verfahren, sich aber hernach, aus des Pfenningmeisters zu spät geschehenen Anzeige der erlegten Ziele, ergeben hätte, daß jener wider manchen, der doch seinen Ausstand, schon etliche Monate vorher, bezahlet hätte, Prozesse erhoben, wodurch die Stände, welche ihre Quittungen mit besondern Unkosten nach Speyer schicken müssen, und das R. G. selbst mit vergeblichem Verfahren

3. Ob. ren beschweret worden; so solle der Pfenning-  
 1572 meister, um solches künfftig zu verhüten, und da-  
 mit der Fiscal desto zeitigere Anzeige von den er-  
 legten Zielen haben möge, die Urkunden, welche  
 ihm von den Legstädten zugeschiedt werden, sog. sich  
 an dem Tage, da er sie erhalten, oder doch am nächst-  
 folgenden Tage, mit dem darauf gesetztem Präsen-  
 tatum, dem Fiscal im Original zustellen, die ihm  
 hernach dieser, nach genommener Einsicht von  
 dem bezahlten Ziele, wieder zurückgeben solle.  
 Endlich hieß auch, das K. G. für nöthig, eine eigens-  
 tliche Erkundigung einzuziehen, wie vieles Geld  
 zu Unterhaltung des K. G. iho im Vorrathe  
 vorhanden sey. Da nun zu dessen gründlicher  
 Wissenschaft und Bericht die Einsicht der von  
 den Lesern geschriebenen Gegentreger nöthig  
 war; so wurde dem Pfenningmeister befohlen, so-  
 1572 gleich am folgenden Tage den hiezu deputirten  
 Präsidenten und Beysigern das gedachte Ges-  
 gegentreger, nebst den, von den Legstädten, bis  
 zum J. 1572, verrechnet überschickten Urkunden,  
 vorzulegen, um sich der Nothdurft nach darauf  
 zu erkundigen i).

29 May

Nach geendigter Visitation erstatteten die  
 Kayserliche Commissarien und Visitatoren der  
 K. Stände ihre gewöhnliche Relation an den  
 Kayser, aus welcher aber, auffser dem bereits ge-  
 meldeten, nichts besonderes weiter anzuführen ist.  
 Bey dem K. G. giengen übrigens blos noch einige  
 Veränderungen mit etlichen Beysigern vor, da  
 nemlich der ehmalige churmaynzische Präsentas-  
 tus, Moriz Wunkelmann, und der vom Nieders-  
 rhein

1) de Ludolf Corp. Iur. Camer., T. I. n. 191. p.  
 317. sq. Cf. des Freyherren von Harpprecht Ver-  
 richt von dem Unterhaltungs; Werke des K. und K.  
 K. G.; (Frankf. und Leipzig, 1768. 4.) §. 15. p. 1.



rheinischen Kreise präsentirt gewesene Assessor, J. Ehr. Johann Michael Cronberger, welche schon im vor<sup>1572</sup> rigen Jahre resignirt hatten \*), nunmehr Speyer<sup>19</sup> er verließen, worauf in die Stelle des Erstern Peter<sup>5. Jan.</sup> Iven, und des Letztern Arnold Cran wieder eintraten. Ferner gieng von den, im J. 1566., bestellten ordentlichen Beysitzern der Präsentatus des Fränkischen Kreises, Georg Brunner ab, für welchen hernach der bekannte Johann Reichsner<sup>10. Oct.</sup> eintrat. Von denen, vermöge des Speyerischen R. A. †), angenommenen neuen und ordentlichen Assessoren aber nahm nunmehr der bisher noch zurückgebliebene Präsentatus des Schwäbischen Kreises, Johann Ram, von seiner Stelle wirklichen Besitz; hingegen starb Simon Hengen, welchen der Ober-Rheinische Kreis präsentirt hatte, ehe er aufschwören konnte, worauf für ihn der Feigius aufgenommen wurde<sup>a)</sup>.

Daß man sich, von Seiten der meisten R. Kreise, die Exekution desjenigen, was in dem letztern R. Deputationsabschiede zu Frankfurt, wegen des R. Münzwesens, verordnet worden<sup>b)</sup>, eifrigst habe angelegen seyn lassen, beweisen die in den verschiedenen Kreisen, in diesem Jahr, vorgegangene Handlungen, von denen ich nun das nöthige anführen will. Bald nach Anfang des Jahres<sup>m. 1574</sup> hielt der Fränkische Kreis zu Nürnberg einen Kreistag, auf welchem man, laut des vorhandenen Abschiedes, folgendes beschloß: 1) daß ein je<sup>10. Jan.</sup> der

\*) S. in diesem VIII. Bande der N. T. R. G., S.

554.

†) S. in eben demselben, S. 252. f.

a) de Ludolf. Comm. systemat. de iure Camerali, App. X. ad a. 1572. p. m. 85. sq.

b) S. in diesem VIII. Bande der N. T. R. G., S. 587-597.

3. Er. der Stand, in seinem Lande und Gebiete, eine  
 1572 fleißige Aufsicht auf die gefährliche Aufwechsler,  
 Ausführet, Zerbrecher und Vermünzer der gu-  
 ten R. Münzsorten haben, selbige auf den Betre-  
 gungsfall bestrafen, und das bey ihnen gefundene  
 confisciren solle. Eine gleiche genaue Aufs-  
 icht sollte auch 2), besonders von dem Kreisse  
 Münz-Wardein, auf den Probationstagen,  
 in Ansehung der verbotenen und ungerechten  
 grossen und kleinen Sorten, gehalten, und von  
 ihm jedesmal dem Kreisse angezeigt werden, damit  
 die Stände deswegen das weitere veranstalten könn-  
 ten. Was hingegen 3) die gesamte oder besons-  
 dere Anstellung der künftigen Probiertage, und  
 daß hinfüro unter den vierten nunmehr zusam-  
 mengeordneten Kreisen, Franken, Bayern,  
 Schwaben und Oesterreich, eine gute nachbar-  
 liche Correspondenz gehalten werden solle, belange,  
 so wäre zwar, auf dem, im May des vorigen  
 Jahres, zu Nürnberg gehaltenem Kreistage,  
 ein gemeiner Probationstag der drey erstbes-  
 nannten Kreise, auf den 1. October desselben  
 Jahres, beliebt worden \*), welcher aber, wegen  
 des Frankfurtischen Deputationstages, und  
 weil auf demselben auch der Oesterreichische Kreis  
 zu obigen andern drey Kreisen geschlagen worden,  
 nicht hätte vor sich gehen können. Michin sollten  
 nunmehr die Gesandten der drey Kreise, auf  
 den Montag nach Reminiscere, zu Nürnberg  
 zusammenkommen, ihre Münzmeister, Wardes-  
 ne und andere Münzverständige Personen mit  
 sich bringen, und die Probationen vornehmen las-  
 sen, woben der Bayerische Kreis es vorher dem  
 Oesterreichischen melden solle, ob derselbe gleich-  
 falls

\*) S. in diesem VII. Bande der N. T. R. G., S.  
 569.

falls jemanden auf diesen verglichenen allgemeinen 3. Chr. Probiertag abschicken wolle. 1572

4) Wegen der Kreis-Münzstädte ließ man es bey den, bereits im vorigen Jahr benannten, vieren, als Würzburg, Schwabach wegen Brandenburgs, Wertheim wegen der Grafen und Herren, die sich aber über einen gewissen Ort noch nicht verglichen hätten, und Nürnberg, wie auch eine für Henneberg wegen seiner Bergwerke, bewenden, und wurde solches den übrigen neun Kreisen, durch ein Schreiben, bekannt gemacht. 12 Jan. 5) Wie die ungerechte Pfenninge und Zeller, mit Erholung aller Schaden von den Verursachern, zu vertilgen; die Reck- und Ziehbank, wegen des ungleichen und zu vielen Ausstückeln, bloß zu den Pfenningen und Zellern, allein zum Durchziehen der Faine, wieder anzustellen; und wie die Engellotten, Heinrichs- und Rosen- und Schiff-Nobels auf ihren wahren innerlichen Wehrt zu setzen seyen; alles dieses wurde auf den bevorstehenden Probiertag verschoben. Ferner und 6) die befohlene genaue Aufsicht in den Kauf- und Handels-Städten auf das Steigern, Aufwechselfn, Aus- und Einführen des Geldes und andere verbotene Stücke betreffend, wurde verabschiedet, daß, weil wenige Kauf- und Handel-Städte in dem Kreise wären, ein jeder Stand in seinem Fürstenthume und Gebiete deshalb das nöthige bestellen solle. Weil man aber befunden hätte, daß die an einigen Orten in Teutschland sich aufhaltende Italiäner dergleichen verbotene Ein- und Ausführung der guten Münze vornehmlich trieben, und dadurch beträchtliche Summen aus dem Reiche schleppen; so wurde beliebt, solches im Namen der drey Kreise, von dem nächsten Probiertage aus, an den

2. Oct. den Kayser zu melden, und ihn um dessen Abschied  
 1572 lung zu bitten. Endlich 7) sollte ein jeder Kreis-  
 stand unverzüglich, in seinen Obrigkeiten und Ges-  
 bieten, ein auf dem Kreistage verglichenes, und  
 11 Jan. dem Kreisabschiede eingerücktes Mandat, der  
 bösen Münzen halber, publiciren und darüber  
 d. e. ernstlich halten lassen, wie auch solches sogleich  
 von dem Marggrafen Georg Friedrich zu Brand-  
 denburg, und vermuthlich auch von den übrigen  
 Kreisständen geschehen ist \*).

Daß indessen im Fränkischen Kreise, un-  
 geachtet dieser gemachten Kreisschlüsse, dennoch  
 mancherley Münzgebrechen sich eingeschlichen  
 haben, kann man aus einem Schreiben sehen,  
 welches um diese Zeit die zu Worms, des Münz-  
 wesens halber, versammelte Räte und Gesand-  
 ten der vier Rheinischen Churfürsten und der  
 vier Brüder und Landgrafen von Hessen an  
 die beide ausschreibende Fürsten des Fränki-  
 schen Kreises, Bamberg und Brandenburg,  
 21 Jan. erlassen haben. Sie melden nemlich, daß zwar ihre  
 Herren, nicht ohne ihren eigenen und ihrer Unter-  
 thanen Schaden, sich bisher eifrigst beflissen hätten,  
 demjenigen, was wegen des Münzwesens jüngst  
 zu Speyer und Frankfurt verabschiedet worden,  
 treulich nachzukommen, und eine durchgängige Gleich-  
 heit dßfalls zu handhaben. Allein aller ihr Fleiß und  
 dabey erlittener Schade würde wenig fruchten,  
 wenn nicht auch die Benachbarten zu einer glei-  
 chen gehorsamen Folge zu bewegen wären, und  
 deswegen eine gute nachbarliche Correspondenz  
 unter

c) Mosers Samml. des h. R. R. samtl. Trays; Ab-  
 schiede. P. II. n. 53. S. 1-9. & 11. p. 162-170.  
 & 171. sq. und Guchens T. R. Münz; Arch.  
 T. II. n. 51. & 52. p. 126-134.

unterstellten. Da nun sie von ihren Herren zu dem Einigen Versammlung zu Worms mit Instruktion und Befehl abgefertiget worden, zu mehrerer Fortsetzung und Execution des Münzdictes, und der R. A., ihrer benachbarten Lande halber, sich näher zusammen zu setzen, und der Westfälische Kreis ihnen kürlich zugeschrieben hätte, daß nunmehr auch er, vom 1. Jenner d. J. an, dem Münzdictet, und dessen Verbesserungen nachkommen, und darüber halten volle, zugleich aber angezeigt hätte, daß auch im fränkischen Kreise allerhand Nachlässigkeiten, besonders mit verflatteten Münzen, ungerechten Pfennige, halber Bagen u., in gleichen mit Nehmung fremder und anderer verbotenen Sorten, und Steigerung etlicher alter Reichthaler über ihren rechten Werth, vorkämen; so hätten sie solches ihnen, den Kreisanschreibenden Fürsten, melden, und sie ersuchen wollen, nebst den andern Kreisständen, dahin zu sehen, daß solches alles forderndst abgeschafft, und das nöthige, zu schuldiger Befolgung der R. M. O. und der Speyerischen und Frankfurtschen Abziede, vollzogen werde, damit sie nicht nöthig hätten, diese Unrichtigkeiten weiter an den Kayser gelangen zu lassen<sup>b)</sup>).

Mittlerweil hatte der Bayerische Kreis am 15. den Montag nach Reminiscere nach Nürnberg, dergestalt angeordneten Münzprobationstag der dreien Kreise abgeschrieben, und gebeten, solchen auf den ersten May d. J. zu prorogiren, welches man sich auf dem um diese Zeit zu Nürnberg gehaltenem Fränkischen Kreistage gefallen ließ, und zugleich beschloß, den Oesterreichischen s. e. m. Kreis,

b) Hirsch, l. c., T. II. n. 53. p. 134. sq.

5. Oct. Kreis, nämlich im Namen aller drey Kreise,  
 1572 in dem bevorstehenden gemeinen Probationstage  
 einladen, und auch auf denselben die weitere Bes-  
 suchschlagung, wegen des vorgedachten, von den  
 vier Rheinischen Churfürsten und den vier  
 Hessischen Landgrafen, ingleichen eines andern  
 von dem Churfürsten von Sachsen, wegen des  
 Oberfächsischen Kreises, eingelassenen und des  
 Münzwesen betreffenden Schreibens, zu verschie-  
 den <sup>e</sup>). Doch unterblieb solches nachher, und war-  
 de vielmehr die Antwort von dem Fränkischen  
 Kreise allein, auf einem abermaligen zu Nürnberg  
 gehaltenem Kreistage, an die gedachten vier  
 Churfürsten und Landgrafen abgelaufen, und  
 7. May zugleich, veranlaßt des Abschiedes, beschlossen, daß  
 auf dem künftigen, nach Regensburg, auf den 1.  
 October d. J., angefestem Probittage, zu we-  
 chem auch der Oesterreichische, Bayerische und  
 Fränkische Kreis beschrieben werden sollten, Bam-  
 berg und Nürnberg, von des Fränkischen Kreis-  
 ses wegen, mit den Münzmeistern und dem  
 Kreis-Wardein erscheinen, die Fränkischen  
 Münzbüchsen, mit den darin verwahrten Proben,  
 zum probiren mit sich bringen, und anzeigen sol-  
 len, wie man die Engellotten, Rosenobel, und  
 andere fremde Dukaten und Goldgulden, in der  
 Probe befunden hätte, als welches auf dem kün-  
 ftigen Probationstage zu Nürnberg noch nicht  
 hätte geschehen können <sup>f</sup>).

Auf diesem nach Nürnberg angefestem und  
 8. e. m. bisher prorogirt gebliebenem Münzprobationstage  
 der drey Kreise, Franken, Bayern und Schwab-  
 en, wurden nun zuoberst die von dem Fränku-  
 schen

e) Hirsch, l. c., T. II. n. 54. p. 236-238. und Me-  
 fer, l. c., P. II. n. 54. p. 190-195.

f) Idem ibidem, P. II. n. 55. S. 4. q. p. 208.

schen und Schwäbischen Kreise überbracht. Da  
 Münzbüchsen eröffnet, die Münzgerath nachge- 572  
 sehen, und die Proben von dem Fränkischen  
 Kreiswarden, weil kein anderer da war, mit  
 Bewilligung der beiden andern Kreise, ver-  
 richtet. Die angestellten Proben aber betrafen ver-  
 schiedene Münzsorten, welche seit dem letzten  
 Probationstage von Würzburg, Eichsteden,  
 Brandenburg, Nürnberg, Württemberg, Bas-  
 den, Montfort und Augsburg waren geschlagen  
 worden. Da sich nun, bey der Probirung vor-  
 gedachter Werks und Münzen, bey etlichen Stän-  
 den, allerhand Unrichtigkeiten, Unordnungen  
 und Mängel hervorgethan, weshalb den Warde-  
 nen und Münzmeistern ernstlich zugeredet wurde,  
 so verordnete man zu Abstellung derselben, und zu  
 nöthiger Exekution der R. M. O., daß die  
 Münzstände, welche sich mit Münzbüchsen noch  
 nicht versehen hätten, selbige fordersamst anschaffen,  
 und künftig kein Werk ausgehen lassen sollten, es  
 hätten dann die Verordneten eines jeden Münze-  
 standes die Probe desselben in die gedachte Büchse,  
 mit einem Verzeichniß, wozu das Gotmül-  
 der dem Abschiede eingerückt wurde, gelegt. Zuglei-  
 chen sollten die Stände, welche noch keine Abs-  
 chrift von der R. M. Probiordnung hätten,  
 sich mit derselben unverzüglich versehen, und selb-  
 iger sowohl, als auch des H. R. Münzgedichten  
 und Ordnungen in allen Punkten, der Münze  
 Schroot und Korn betreffend, durchaus nach-  
 kommen. Damit man aber auf den künftigen  
 Probationstagen nicht allein den Gehalt der ge-  
 schlagenen Münzen aus der Probe finden, son-  
 dern auch ihr Gewicht wissen möge; so solle künfti-  
 go, neben der Probe eines jeden Wertes, auch  
 ein ganzes Stück der geschlagenen probirten  
 Münz

3. Oct. Münze in die Probirbüchsen gesteckt, und bey  
1572 der Pfennungsmünze von jedem Werte 16. Pfennunge eingelegt werden, wobei die Stände, mit Beschliessung und Verwahrung der Probirbüchsen, auch Austheilung der Schlüssel, sich der Ordnung gemäß zu verhalten, wissen würden.

Da man auch bey dem gegenwärtigen Probationstage befunden hatte, daß die geringern und kleinern Münzen, als Zeller, Pfennunge, Kreuzer, und besonders die zwey oder halbe Batzen, auch sonst hin und wieder die Landmünzen zu sehr gehäuft und geschlagen wurden, wie vornehmlich im Rheinischen Kreise, eine Zeit her, mit Pfennungen und andern kleinen Sorten in grösser Anzahl geschehen; so wurde verabschiedet, daß die Fürsten und Stände dieser drey Kreise hinfür die kleinere Münzsorten nicht mehr so häufig, und in keiner grössern Anzahl, als ungefähr eines jeden Standes oder Landes Nothbedurft erforderte, zu schlagen gestatten, sondern ihren Münzmeistern dergleichen schädliche Häufung der kleinern Münze ernstlich abstreifen sollten. Es erging auch deswegen, von dem Probationstage aus, ein Schreiben an den Ober-Rheinischen Kreis, worin derselbe ersucht wurde, das häufige Ausmünzen solcher geringen Scheidemünzen, besonders der halben Batzen, ferner nicht zu gestatten, und den an ihren Münzen befundenen Mangel an Schroot und Korn abzustellen. In einem eingelegten Zettel aber wurden besonders folgende Sorten, nemlich die Pfälzischen mit zwey und drey Schildlein, die Wormser, Speyerer, Frankfurter und Stolbétger halbe Batzen, namentlich angegeben, daß man sie bey der diesmal angestellten Probe zu geringhaltig befunden habe. Und eben dieser Zettel wurde auch in das



das weiter oben erwähnte Schreiben, welches am 3. Dec. die vier Rheinische Churfürsten abging, zu ihm 1572 der Nachricht mit eingelegt. Anfangs war man zwar von Seiten der drey versammelten Kreise gewillt, das Münzen der halben Bagen eine Zeitlang länglich einzustellen, endlich aber wurde beliebt, solches noch zwischen hier und dem nächsten Probationstage, doch nach Vorschrift der R. M. D., zuzulassen. Allein es sollten die Fürsten und Stände dieser drey Kreise fleißig dahin sehen, daß sowohl die halben Bagen und geringe Münzen, als auch die übrigen grossen Sorten der R. O. gemäß geschlagen würden, indem widrigenfalls diejenigen, bey denen man auf dem nächsten Probationstage einen Mangel finden würde, dem Kayser angezeigt, und zur Strafe und Erstattung des Schadens unnachlässig gezogen werden sollten.

Unter andern Münzsorten des L. R. war zwar auch die Thaler Münze, aus besondern Ursachen, und wegen etlicher Länder, die nach Thaler zu contrahiren pflegten, zu schlagen erlaubt worden. Weil es aber nicht nützlich, noch gut wäre, daß zu viele verschiedene Sorten der alten R. Münze geprägt, die R. Gulden geschoben, und in Thaler Münzen verwandelt, und damit auch der gemeine Mann desto weniger durch diejenigen betrogen würde, welche auf den L. Gulden ein Thalergepräge schlagen ließen, und dadurch ihren unziemlichen Vorthail suchten; wurde von den drey Kreisen, in dem diesmaligen Abschiede, festgesetzt, daß ihre Fürsten und Stände das Thaler Münzen unterlassen und einzellen sollten, bis man sich künftig eines andern erglichen hätte. Ingleichen wurde beliebt, daß die Engellotten in den drey Kreisen nicht ge-

3. Ent. genommen, noch für Wechselfaßigkeit, die fremde  
 1572 den Dukaten aber nicht höher, als sie in der  
 R. M. O. angesetzt sind, genommen werden  
 sollten. Als eine Ursache solches Verbotes wird  
 angegeben, weil die Engellotten und Dukaten,  
 als fremde goldene Münzen, in ausländischen  
 Nationen, unter fremder Herrschaft Gepräge,  
 nach verschiedenem und dem geringsten Gehalt  
 zu gemünzt würden, und täglich je länger, je mehr  
 fielen; mithin zu besorgen sey, daß der Rhein-  
 sche Gulden, der deswegen gebrochen, und in  
 verbotene fremde goldene Münzsorten ver-  
 wandt würde, dadurch zum höchsten geschmälert  
 werden, und sich zuletzt gänzlich verlieren möge.  
 Ferner sollen sich die Fürsten und Stände der  
 drey Kreise des schon längst, in der R. M. O.,  
 verbotenen Münzens der drey Räte, zu-  
 rückzuföhren enthalten. Weil auch endlich  
 die in den drey Kreisen deputirte ersten  
 Münzstände, (vermutlich Münz-Städte) alle  
 Sorten und Werte, die bey ihnen, auch unter  
 anderer Stände Gepräge, gemünzt würden,  
 vermöge der R. M. O. zu vertreten hätten; so  
 wurde noch weiter verabschiedet, daß diejenigen  
 Stände, welche künftig ihr Silber unter eigenem  
 Eisen und Gepräge vermünzen lassen würden,  
 schuldig seyn sollten, bey der Münzstadt zu  
 bleiben, bey der sie einmal zu münzen an-  
 fangen hätten. Dann sonst würden die ersten  
 Münzstände, (Münz-Städte,) einer je-  
 den bey ihrer, unter fremdem Gepräge, ge-  
 schlagenen Münze ein Beyzeichen aufdrucken  
 müssen. Deswegen aber wäre auch beschloffen  
 worden, daß die Fürsten und Stände der drey  
 Kreise die Eisenschneider, nach Inhalt der R.  
 M. O., in Pflicht und Gehalts nehmen sol-  
 len,

len, damit sie auf diese Art in keinen Nachtheil oder Beschwerde gebracht werden. 1572

Ferner ist noch in unserm Probationsabschiede enthalten, daß der Bayerische Kreis diesmal weder Münzmeister, noch Wardein, weil dieselben Krankheits halber wären verhindert worden, vorgestellt, und keine Büchsen, noch Proben mitgebracht habe, worüber sich der Fränkische Kreis beschweret hätte. Allein es hätten sich die Gesandten des Bayerischen Kreises erboten, auf dem künftigen Probirtage alles wieder zu erstatten, und sich der R. M. O. und Edicten gemäß zu verhalten. Und weil nun, laut des Frankfurter Deputationsabschiedes, zu den drey Kreisen, Franken, Bayern und Schwaben, auch der Oesterreichische Kreis mit geschlagen worden, um mit jenen gemeinschaftliche Probirtage und eine gute Correspondenz zu halten; so erließen die drey Kreise, in solcher Absicht, ein Schreiben an den Oesterreichischen Kreis, und besonders an den Erzhs. Ferdinand von Oesterreich zu Innsbruck, worin sie ihn ersuchten, seine Gesandten, Münzmeister, Wardein und Münzbüchsen auf den, von ihnen nach Regensburg verglichenen, nächsten Probationstag zu schicken, und hinfüro mit ihnen eine gute, nachbarliche Correspondenz im Münzwesen zu unterhalten. Wegen der, im Frankfurter Deputationsabschiede, befohlenen Erkundigung der falschen Münzer wurde beschlossen, daß ein jeder Münzstand und der Kreis Wardein auf dieselben genaue Achtung halten, und das erkundigte auf den Probationstagen oder sonst den Kreisanschreibenden Fürsten anzeigen solle, womit man solchen ungetreuen Münzen vorzubeugen hoffe. In An-

J. Er. sehung des ungerechten Pfennings und Zeller, 1572 Münzens aber habe man dimal nicht befunden, daß einer oder mehr Münzstände der drey Kreise sich dessen schuldig gemacht hätten; mithin man für unnöthig erachtete, über diesen Punkt weiter zu berathschlagen. Sollte aber etwa dergleichen in andern R. Kreisen in Erfahrung gebracht werden; so würden dieselben sich wohl zu erinnern wissen, was gegen die Verursacher vorzunehmen sey, und demjenigen nachkommen, was ihnen vermöge der Münzedicte und des Frankfurter Deputationsabschiedes zu thun obliege. Wegen der Reck- oder Ziehe-Bank, wegen des ungleichen und zu vielen Aufstüchels zu den Pfenningen und Zellern, zum Durchziehen der Zaine oder Dräte, wurde verabschiedet, daß man dieselbe, zufolge des Frankfurter Deputationsabschiedes, und des Nördlinger Abschiedes der drey Kreise, bey allen Münzständen wieder aufstellen wolle. Es solle nemlich ein gelöchertes Eisen; wie es die Goldschmiede zu ihrem Handwerke zu gebrauchen pflegen, genommen, und der Deat oder die silberne Zaine dadurch gezogen werden, indem auf solche Art der Deat in gleicher Dicke und Größe gemacht, und in gleicher Proportion abgestückt werden möge. Und Falls etwa die Münzgefellen sich darüber beschweren oder widersetzen würden, solche Reckbank zum Durchziehen der Zaine und Dräte zu gebrauchen; so sollen die Obrigkeit sie dazu mit Ernste anhalten.

Endlich die Abstellung der Münzverbrechen, mit Steigern, Aufwechseln, Ausführen, Zerbrechen, Einführen und andern bösen Erbsen, in den Kauf- und Handels-Städten belangend, hielten die drey Kreise für einen der

vornehmsten Punkte, und waren der Meinung, daß, wofem man nicht in ihren Städten eine ernstliche und fleißige Aufsichtsamkeit darauf richtete, es unmöglich seyn würde, sich der bösen Münzen und andern dabei gebrauchten Betruges zu entledigen. Es sollten daher die drey Kreise in ihren Städten, und die R. Städte für sich selbst veranstalten, daß hinsichtlich nicht allein eine bessere Aufsicht auf ihre Kaufs und Handelsleute, welche ihren privat Vortheil, zur höchsten Beschwerde und Verderb der Obrigkeit und Untertanen im H. R., durch die Münze suchen, gehalten, sondern auch gegen die betretene, oder sonst durch angestellte Inquisition erfahrene Verbrecher ernstliche Strafe verhängt würde. Nachdem aber bey der Gelegenheit vorkam, daß nicht allein in der Kayserlichen Erbländern, als in Böhmen und im Oesterreichischen Kreise, mit Einnehmen und Ausgeben der bösen Münze, sondern auch durch die Italiänische Handelsleute, (die so ihren Handel ablenkthalten in das Reich, besonders aber nach Wien und andern Orten der Kayserlichen Erbländer gerichtet, und durch denselben ungählig grosse Summen der guten R. Münze an sich, und Silber aus dem Reiche in andere Länder aus, dagegen aber böse ausländische Münzen in das Reich einführten, und in denselben zu ihrem privat Nutzen vertrieben,) den im H. R. publicirten Münz-Edicten, Ordnungen und Satzungen auf vielfältige Art zuwider gehandelt werden solle; so verglichen sich die Gesandten der drey Kreise über ein deswegen an den Kayser abzulassendes Schreiben, in Hoffnung, daß es diesen Beschwerden abhelfen würde.

**Die . . .** In demselben führen sie nun an, Sie hätten  
 2572 in glaubwürdige Erfahrung gebracht, daß nicht  
 allein in dem Oesterreichischen Reiche, sondern  
 auch in den Kayserlichen Erblanden selbst und  
 in Böhmen, wie noch auf dem letzten Jahrmarte  
 zu Linz geschehen, mit Einrechnung und  
 Ausgebung der ausländischen, verbotenen  
 und ungerechten, silbernen und goldenen  
 Münze, der R. M. O. zuwider gehandelt  
 worden, besonders aber, daß zu Wien, wem-  
 lich die iso daselbst anwesende Italiäner, und auch  
 wohl etliche andere Kaufleute sich unterstanden,  
 eine gute Zeit her, viele tausend Gulden der gu-  
 ten R. Münze, durch ihr Gewerbe, nach Italien  
 und in andere außer dem Reiche gelegene Länder,  
 zu ihrem schädlichen privat Vortheile, zu bringen.  
 Dagegen aber hätten sie ausländische, ungerech-  
 te und verbotene Münze allenthalben in das  
 Reich eingeschleift, und verschoben es noch täg-  
 lich, zum höchsten Nachtheil des gemeinen Wesens,  
 unter den Teutschen Kauf- und Handels-  
 leuten, also daß dadurch allerhand Hindernisse  
 und Unrichtigkeiten verursacht würden, eine all-  
 gemeine und durchgehende Gleichheit zu haben.  
 Da Sie nun sich gänzlich getrosteten, daß derglei-  
 chen der R. M. O. entgegen laufende Handlung-  
 en, ohne Vorwissen des Kayfers, geschehen,  
 und derselbe vielmehr geneigt seyn werde, ob demje-  
 nigen, worüber er sich mit den Churfürsten, Für-  
 sten und Ständen des H. R., der Münze hal-  
 ber, verglichen hätte, mit allem Ernste zu halten,  
 weil man widrigenfalls der bösen Münze nie-  
 mals würde loswerden können; so justifciren Sie  
 nicht, der Kayser werde eine genaue Untersu-  
 chung anstellen, durch wen, und an was für  
 Orten, auch wie mit Nehmen und Ausgeben  
 der

der bösen Münzen in seinen Erblanden, und 3. Die dann, durch die Practicken der Italiäner oder 1572 Anderer, mit Ausführung der guten R. Münze, (wovon, ihrem Vernehmen nach, 30000 Italiäner, noch vor wenig Wochen, auf einmal gegen 30000. R. Gulden, sogar von Wien aus verschoben haben sollen,) und dagegen mit Einführung der bösen ausländischen Münze, des 2. R. Münz-Ordnungen, Edicten und Constitutionen bisher entgegen gehandelt worden, und noch täglich geschehe. Sie hofften hiernächst, daß der Kayser die Verbrecher, adern zum Abscheu nachdrücklich bestrafen, und nicht allein in seinen Königreichen und Erbländern die Exekution der R. M. O. unvertheilt allenthalben ins Werk richten, sondern auch seine Brüder, die beiden Erzherzoge, dahin ermahnen werde, daß sie auch in ihren Landen und Gebieten ein Gleiches thäten. Dann Falls solches unterbliebe, würden auch die Fürsten und Stände dieser drey R. Kreise dieses wichtige Werk der Exekution der R. M. O. und was derselben anhängig, schwerlich erhalten können.

Zulezt wird in dem Probations- Abschiede: Was noch erwähnt, daß die Württembergischen Gesandten eine Relation von der den Gesandten des Schwäbischen Kreises, von den Eidgenossen, auf ihrer zu Baden gehaltenen Tagung, 10. Sitzung, ertheilten Resolution, in Ansehung des Münzwesens, abgestattet hätten, worauf man beschlossen habe, wiederum ein Schreiben, im Namen der drey Kreise, an die Eidgenossen abgehen zu lassen, welches auch ausgefertigt wurde. 6 Das Aus demselben ist nun zu ersehen, daß die Eidgenossen, auf das an Sie, von den drey Kreisen, im vorigen Jahr, von Regensburg aus, erlassene

3. Chr. no Schreiben \*) und die nachmalige, vorerwähnte  
 1572, er-müssen, an Sie geschehene mündliche Wer-  
 bung der Gesandten des Schwäbischen Krei-  
 ses, sich bloß dahin erboten haben, die Verfü-  
 gung bey den Ihrigen zu treffen, daß die groß-  
 ten Sorten von Silber, als Thaler, ganze,  
 halbe und Orts-Gulden, zwölf- und zehen-  
 Kreuzerstücke, an Korn und Schroot, Ge-  
 halt und Probe, der R. M. O. gemäß ge-  
 schlagen werden sollten. Dagegen aber hätten sie  
 vorgeschlagen und verlangt, daß man ihre geringe  
 Münzsorten, als ganze und halbe Batzen,  
 Schillinge und Kreuzer, bis auf den Angster  
 oder Heller, wie auch die französische dicke  
 Pfennige, ihrem Gehalte und Valuation nach,  
 im L. R. von den Ihrigen, welche mit den Un-  
 terthanen der R. Stände handelten, für  
 Wehrschafft nehmen, ingleichen ihnen ihre ge-  
 ringe und zu täglichem Gebrauche nöthige Lan-  
 desmünzen ferner zu haben, und den Silberkauf  
 im L. R. Teutscher Nation gestatten sollte.  
 Auf diese Forderungen gaben nun die drey Kreise  
 den Eidgenossen, in ihrem besagten Schreiben,  
 zur Antwort, daß es ihnen nicht gebühre, der  
 vom Kayser und Reiche verglichenen M. O.  
 und den R. A. entgegen zu handeln, welches  
 auch die Beschaffenheit der Sachen nicht zulassen  
 wollte, indem dadurch im Reiche, solcher Un-  
 gleichheit halber, allerhand Betrug, Unrich-  
 tigkeit und Verwirrung entstehen würde. In-  
 dessen trügen Sie keinen Zweifel, daß sich das L.  
 R., in Ansehung des von ihnen begehrten Silber-  
 kaufes, gegen Sie so erzeigen würde, daß sie  
 keine Ursache haben sollten, sich zu beschweren;

no-

\*) S. in diesem VIII. Bande der N. L. R. M.  
 S. 563:566.



sofern sie anträte, sich vor in der R. M. u. d. S. 112  
 in R. 2. verbotenen Münzsorten enthalten, 112  
 und allein als unzulässige, als Gulden,  
 Schilling, Kreuzer, und Lin, Kreuzer, Schilling,  
 und zwar beide letztere Arten mit der verordneten  
 Einschränkung, ferner die kleinere, geringere  
 und zu täglichem Gebrauche nicht wohl zu erseht-  
 ende Münzen in geringer Anzahl schlagen, und  
 selbige in ihren Kassen behalten, keine andere böse  
 Münzsorten in das Reich einführen, und auch  
 die viele französische Pfennige, und andere  
 in ihnen gangbare und zur R. M. u. d. S. 112  
 gemässe Sorten in den Tiegel werfen, und aus  
 R. Münze daraus schlagen würden. Auf solche  
 Art würde es hernach keinen Valuations bedürfnis  
 und den sowohl, der Obrigkeit, als auch den Un-  
 terthanen verderblichen Beschwerden auf das  
 leichteste abgeholfen werden 9).

Obzgleich indessen die zu Haltung des nach Res-  
 genspurz verabredeten neuen Probationstages  
 der Drey Kreise bestimmte Termin eintrat; wurde  
 von dem Schwäbischen Kreise ein anderweitiges  
 Kreistag gehalten. Weil man nun auf der Drey-  
 kreisversammlung, im Maymonat d. J. gehaltenen,  
 Kreisversammlung \*) nicht deutlich bestimmt  
 hatte, ob alle Warden und Münzmeister des  
 Kreises auf den bevorstehenden Probationstag  
 nach Regensburg mitzunehmen wären; so wurde  
 nunmehr beschloffen, daß, da in dem Kreise  
 wenig Münzstände waren, und Gleichheit,  
 wie mehrmals angefangen, gehalten würde; ein-  
 jeder Münzstand, der seinen eigenen Münz-  
 meister

9) Moser, l. c., P. II. n. 56. S. 4-23. p. 212-221.  
 und Girsch, l. c., T. II. n. 56-59. p. 140-152.

\*) E. in diesem VII. Bande des 22. T. R. G.,  
 S. 206.

3. Oct. meiste und Wardein hater, dieselben nach Regens-  
 1572 purg, mit den Münzbüchsen und Schließ  
 seln schicken solle, mit dafelbst auf den 1 Octo-  
 ber gewiß eintreffen. Und da auch mitterweil  
 der Erz. Ferdinand auf das, der Münze hal-  
 ber, von dem letztem Nürnbergschen Probati-  
 onstage, an ihn erlassene Schreiben <sup>1)</sup>, dem  
 Fränkischen Kreise dahin geantwortet hatt,  
 daß er sich mit der R. M. O. nicht beladen  
 wolle, man aber Bedenken trug, in Abwesen-  
 heit der beiden andern Kreise, Bayern und  
 Schwaben, diesmal etwas darauf vorzunehmen;  
 so wurde die darüber anstellende Berathschla-  
 gung bis auf den mehr gedachten Regenspur-  
 gen Probationstag verschoben, und bloß dem  
 Schwäbischen Kreise eine Abschrift von dem  
 eingelaufenen Schreiben des Erz. Ferdinands  
 zugesandt <sup>2)</sup>.

Dieser gemeine Probirtag der drey  
 Kreise, Franken, Bayern und Schwaben  
 8 Oct. nahm nun hierauf zu Regensburg seinen Anfang,  
 und erschienen auf demselben die Befandten 1) we-  
 gen des Fränkischen Kreises von Bamberg und  
 Nürnberg, 2) des Herzogs von Bayern und  
 der Stadt Regensburg von Seiten des Bayeri-  
 schen, und 3) wegen des Schwäbischen Krei-  
 ses von Württemberg, Montfort und der Stadt  
 Augsburg. Zuerst wurden die mitgebrachten  
 Münzbüchsen eröffnet, und die Probationen  
 der, seit dem letztem Probationstage, gefertig-  
 ten Werke, von den Fränkischen und Bayeri-  
 schen General-Kreis-Wardeinen, vorgenom-  
 men, und fanden sich aus dem Fränkischen Krei-  
 se verschiedene Werke und Sorten, die von  
 Würz-

<sup>1)</sup> E. in Mem. denselben, S. 711.

<sup>2)</sup> Moser, l. c., P. II. n. 58. S. 4. & 6. p. 235 4.

Nürnberg, Brandenburg und Nürnberg-Jain  
waren geschlagen worden. Der Bayerische Kreis 1572  
stellte nunmehr, verbrochener massen, seinen ge-  
neinen Kreis-Wardein und den Bayerischen  
Münzmeister, und ertheilten die Bayeris-  
chen Münzbüchsen die vom 1. May 1571. bis  
zum 2. October 1572. gemachte verschiedne  
Werke an Gulden, halben Bagen, Pfennin-  
gen und Zetteln, die Büchsen der Stadt Res-  
genspurg aber fünf Werke an halben Bagen  
und vier an Dreyern, welche aus Mangel eines  
Wardeins dieser Stadt dem Fränkischen Kreis  
Wardein zum probiren zugestellet worden. End-  
lich wurden auch verschiedne Werke Schwab-  
ischer Kreismünzen an allerhand Sorten vor-  
gelegt und probirt, nemlich von dem Herzog  
von Württemberg, dem Abt zu Rempten, den  
Grafen von Hornfort und Dettingen, und  
den R. Städten Augsburg und Ulm. Da  
man nun alle diese Werke besunden habe, wird  
sich aus dem Probationsabschiede bey dem Hans Dr-  
benten Arnold bald mit mehrern ergeben.

Ueberhaupt giebt uns denselbe zu erkennen,  
was auf diesem Probationstage vorgekommen, be-  
rathschlaget und beschloffen worden, welches in  
folgenden Punkten besteht. Erstlich habe man  
wahrgenommen, daß den Fürsten und Ständen  
der drey Kreise nicht geringe Beschwerde an  
Zanichabung und Fortsetzung der R. M. O.  
dadurch verursacht werde, weil in den österreichi-  
schen Königreichen und Landen, ungeachtet  
aller bisher an den Kayser erlassenen Schreiben,  
auf welche keine Antwort, viel weniger einige Aus-  
ordnung einer Exekution erfolget, noch gar beim  
Anfang, zu Vollziehung der R. M. O. und  
dahin einschlagenden R. A., gemacht worden. Viel-  
mehr

3. 641 mehr: habe man von den nach Oesterreich handelt  
 1572 den Personen sichere Nachricht: daß sie in Bez  
 zahlungen die böhmische Münze annehmen müssen,  
 weil in diesen Landen keine gute R. Münze zu  
 finden, sondern solche noch bis iho haufenweise, durch  
 Ausländer, die man deswegen nicht einmal bestrafte,  
 aus dem H. R. in fremde Länder verschleppt  
 würde. Doch mußten die Fürsten und Stände  
 der bieser und anderer Kreise das gute Geld, wel  
 ches sie täglich mit Schäden und großer Mühe  
 suchten, gleichsam unter der Hand verlieren, und  
 mit gemindertem Werthe sehen, daß fremde Für  
 stentümer ihre gute R. Münze an sich brächten,  
 und dagegen alle Lande und Fürstenthümer mit  
 verbotener und loser Münze anfüllten. Da  
 man diese Last und großen Mangel dem Kayser  
 schon mehrmals berichtet hätte; so habe man immer  
 gehofft, daß er dasjenige, was er andern Fürsten  
 und Ständen des H. R., der Münze halber,  
 durch wiederholte Edicte, geboten hätte, en  
 1722 d. 22. weiter: als das Haupt, in seinen eigenen Landen,  
 zuerst vollziehen, oder doch, auf so vielfältige  
 Erinnerungen, keinen Anlaß zu fremden Klä  
 gen geben würde. Weil aber auf die bisherige  
 Bittschreiben überall keine Vollziehung der R.  
 Ordnungen angestellt; noch das verderbliche Aus  
 führen der guten R. Münze in den Oesterrei  
 chischen Landen gestraft worden; so wurde be  
 schlossen, dieses Punktes halber nochmals an den  
 Kayser, zwar mit aller Bescheidenheit, jedoch auch  
 mit guter klarer Meinung, zu schreiben, und ihn zu  
 bitten, daß er nicht nur in seinen und seiner Bräu  
 der, der Erzherzoge, Landen die R. M. O.  
 unverzüglich ins Wert richten, und die Ausfüh  
 rer der guten Münze ernstlich bestrafen, sondern  
 auch verfügen möchte, daß des Oesterreichische  
 Kreis,

Kreis, zufolge des letztern Frankfurter Deputations- Abschiedes, mit diesen Kreisen in 1572 in eine gleiche Correspondenz gebracht werde. Dies könnte nun nicht süklicher geschehen, als wenn der Kayser zu dem nächstkünftigen Probationstage einige Münzverständige abordnete; mit denen man mündlich die Nothdurft dieses Artikels viel fruchtbarer und ausführlicher tractiren könnte, als es schriftlich geschehen möchte. Sie hofften daher, der Kayser werde solches gemeinnützige Werk bestens befördern, damit Niemanden im H. R.; aus widerwärtiger Erfahrung desjenigen, was im Oesterreichischen vorgieng, Gelegenheit gegeben würde, von dem angefangenen Ernste abzulassen.

Es ergieng auch hierauf dieses Schreiben von Regenspurg aus an den Kayser; und wurde demselben gleich anfangs angeführt, daß die drey Kreise, nach Massgab des Frankfurter Deputations- Abschiedes, von ihrem letztern, zu Türnberg gehaltenem, Probationstage, an Erz. H. Ferdinand geschrieben, und ihn ersucht hätten, mit ihnen, der Münzsachen halber, eine gleiche Correspondenz zu halten, und eine Münzverständige auf den izzigen Probationstag nach Regenspurg zu schicken. Sie hätten auch nicht anders gedacht, als daß der besagte Deputationsabschied, ihnen solches ausdrücklich verlege, und daher gehofft, daß sich die Gesandten des Erzherzoges auf diesem Tage einfinden würden; allein die abschriftliche Antwort des Erzherzogs würde dem Kayser zeigen, was für Ursachen der Erzherzog geweisert habe, sich in solche Correspondenz einzulassen. Nun würde aber der Kayser aus dem liegenden Berichte erschen können, daß die Fürst-  
 Th. R. H. 8. Th. 31 sten

3. Chr. stien und Stände der drey Kreise, mit nicht geringer Mühe, mit ihren mercklichen Kosten, mit ihrem und ihrer Unterthanen höchstem Schaden, sich äufferst beflissen hätten, demjenigen, was die R. und R. M. und Probations-Ordnungen, auch der Abschied des Frankfurterischen Deputations-tages den Ständen auferlege, schuldigen Gehorsam zu leisten, und den gemeinen Nutzen des Vaterlandes möglichst zu befördern. Sie wüßten auch nichts mehr, als daß eine gute und beständige R. Münze wieder eingeführt, die böse Münze aus dem Grunde vertilget, und das ganze deutsche Reich von der verderblichen Last der falschen und geringen Münze errettet werden möchte.

...

Allein sie müßten bemerken, daß ihr bisher bezeugter Gehorsam und Fleiß ihnen nicht nur desto schwerer und mühseliger gefallen, sondern auch ihren Landen, Leuten und armen Unterthanen zu mercklicher Schmälerung ihrer Handthierung, Commerciens und Nahrung gen deswegen gereicht habe, weil von vielen Ständen, und auch in des Kayfers und seiner Brüder, der Erzherzoge, österreichischen Königreichen und Landen, die Execution der R. M. O. noch nie wirklich und ernstlich angestellt worden. Ingleichen wäre an diesen Orten das Ausführen der guten R. Münze, mit Strafe und gehörlicher Aufsicht, auch noch nicht abgestellt worden, woraus nothwendig erfolgen mußte, daß die Finanzier, welche das Verführen der guten R. Münze trieben, dagegen die Teutsche Nation wieder mit fremden, geringen und bösen Münzen überladen. Es lehre die Erfahrung der vorigen Jahre, daß diese Verderber des 3. R. durch solches Auswechseln, zu unglaublichem Gewinne

winne und Reichthume gelanget; wogegen die 3. Chr. gehorsamen Stände, (wie hatt, wie beschwor: 1572 lich, und wie mit grossem Verluste sie auch begehrten, die angefangene Execution fortzusetzen,) zuletzt des Ueberfalles solcher geringen Münze sich in die Länge kaum würden erwehren können, wofern man nicht allenthalben im Reiche einen gleichen Ernst und Handhabung der R. M. D. wirklich vornähme. Dann die Fürsten und Stände dieser drey Kreise könnten unmöglich die guten, nach des Reichs Schroot und Korn geschlagenen, Münzen in ihren Landen und Gebieten behalten, wenn an andern Orten das Ausführen der R. Münzen vermassen landförmig gestattet, und nicht wirklich verboten wäre. Solchen Mangel habe man bereits bey diesen Kreisen befunden, als welche alle neue R. Münzen dergestalt verlohren, daß die Fürsten und Stände der gedachten Kreise gleichsam nichts anders zu thun hätten, als daß sie, mit schädlicher und verderblicher Wähe, den gewinnfüchtigen Landesverderbern einen Vorrath der guten Münze schlagen, und hernach dulden müßten, daß sie unter der Hand verschwänden.

Man wolle nun zwar dieses ohne Noth dem Kayser nicht noch weitläufiger erklären, indem er in Berathschlagung und Aufrichtung der publicirten R. A. und Münzedeckte zur Nothdurft erinnert worden, was es Fürsten und Ständen im 3. R. zu verderblichen Nachtheil bringe, wenn die Execution der R. O. auf sich erliegen, und nicht derselben nicht eine durchgängige Gleichheit von allen Obrigkeiten gehalten werden solle. Zu essen würde sich der Kayser erinnern, was die Fürsten und Stände der drey Kreise, von ihren Kreisräthen und dem Lünbergischen Proba-

3. Er. tionstage aus, an ihn deshalb gelangen lassen,  
 1572 und gebeten hätten. Und da nun die äußerste Noth-  
 durft erfordere, daß hierin kein längerer Verzug  
 vergehe; so wollten sie, den Kayser bitten, das bisher  
 unterbliebene, ohne fernern Aufenthalt, ins  
 Werk zu richten, und solches nicht nur in seinen  
 Königreichen und Erblanden, sondern auch in  
 seiner Brüder Ländern ernstlich zu verfügen,  
 damit die Fürsten und Stände dieser Kreise nicht  
 gezwungen würden, auch wider ihren Willen von  
 der einmal angefangenen Exekution abzustehen.  
 Da auch der Erz. H. Ferdinand in seinem Schrei-  
 ben geäußert hätte, daß er, mit seinen Landen,  
 im Oesterreichischen Kreise nicht sey, es aber  
 zur Zerrüttung der gedachten Exekution gerei-  
 chen, und dem gemeinen Nutzen höchst nach-  
 theilig fallen würde, wenn in diesen Dingen bey  
 dem Oesterreichischen Kreise eine Ungleichheit  
 gehalten werden sollte; so wollten sie noch weiter den  
 Kayser ersuchen, daß er, als das Haupt des erst  
 genannten Kreises, seine Münzverständige auf  
 ihren nächsten, zu Augspurg, auf den 1. May  
 1573, zu haltenden gemeinen Probationstag  
 schicken, hierin mit den drey Kreisen eine gute  
 nachbarliche Correspondenz und Einigkeit er-  
 halten, und dasjenige berathschlagen und beför-  
 dern helfen wolle, was die K. A. und Ordnun-  
 gen, der Münze halber, zu errequiren, verord-  
 nen und befehlen. Gleichwie nun solches ernstli-  
 che Zuthun des Kayfers jenes hochnützliche und  
 nothwendige Werk merklich befördern, und  
 andere K. Stände zu gleichem Fleisse aufman-  
 tern würde; also würden die Fürsten und Stände  
 dieser Kreise den über der Exekution bisher er-  
 trauenen grossen Schaden desto eher vergessen,  
 und hinfüro zur Fortsetzung desto bereitwilliger  
 und



und beharrlicher seyn, je mehr sie wahrnehmen. Er  
würden, daß hierin der Kayser ihnen und andern  
die Hand böte.

Um nun wieder auf unsern Probationsabschied zu kommen, so wurde in demselben zweitens geduldet, daß sich zwar das mehr gedachte Schreiben des Erzhs. Ferdinands dahin deuten liesse, als wenn er gesinnet wäre, eine Verringerung seiner Münze vorzunehmen, und sich durch die R. M. O. daran nicht verhindern zu lassen. Allein man hoffe, daß ein so ansehnlicher Fürst des Erzhauses Oesterreich, durch ungleiche und ungegründete Vor Spiegelungen, zu Verkleinerung seiner eigenen Fürstlichen Reputation, sich zu einem solchen, dem gemeinen Nutzen höchst nachtheiligem Schritte nicht werde bereden lassen. Vielmehr besetze man sich zu ihm, Er werde erwägen, daß die Commencien, durch eine gute Münze, in noch mehrere und bessere Aufnahme gebracht würden, und daß unsere alte teutsche Voreltern es für einen besondern Ruhm ihrer Fürstlichen Hoheit gehalten, eine gute, silberreiche und allenthalben berühmte Münze zu schlagen, und im L. R. auszubreiten; indem sie wohl erkannt hätten, daß zu ihrer und in künftigen Zeiten eine Mark Silber am Gewichte und Gehalte nicht mehr sein und gelten möge, als eine Mark Silber ist und hält. Dann sie hätten auf die Vervielfältigung der Namen und Zahl gar nicht, wie heutiges Tages, aus Unersahrenheit der Sachen, und aus zu geringem Verstande der Münzänderungen, gesehen wolle, sondern auf die merckliche Güte der Münzsorten gesehen, und wohl gewußt, daß, obgleich eine Mark Silber mit mehreren Kosten anderer zur menschlichen Unter-

**I. Ob** Unterhaltung notwendiger Stücke erlangt werden müßte, dennoch nur *Compensatione* gegen eine jede Mark, in vielen oder wenigern Sorten, kein mehreres, als in andere Mark desselben Silbers, natürlich erfordert werden könne, und billig bezahlt werden solle. Weil indessen die Fürsten und Stände der drey Kreise bisher befunden hätten, daß der ErzH. Ferdinand noch immer eine gute und solche R. Münze schlagen liesse, welche im Schroot und Korn der R. Münzordnung gemäß wäre; so hielt man für rathsam, noch zur Zeit weder den Kayser, noch den Erzherzog, wegen solcher angedeuteten Verringerung der Münze, anzugehen. Zumal man bey der noch immer, gegen die geschehene Aeussierung, geschlagenen guten Münze hoffen dürfe, daß der Erzherzog demjenigen kein Gehör geben würde, welche die Fürsten, Obrigkeiten und Stände, mit falschem Grunde, bereden wollen, daß eine geringe Münze, und im Grunde Kupfer eben soviel, als eine bessere Münze, und als Silber gelten solle und werde. Wenn man aber, durch die Probe, wirklich befinden sollte, daß der Erzherzog, durch falsches Ueberreden, sich dahin verführen liesse, nach des L. R. Korn und Schroot nicht weiter zu münzen; so wollten die Fürsten und Stände der drey Kreise alsdann ferner bedacht seyn, was dagegen zur Nothdurft vorgenommen werden solle, damit Seinerthalben die R. M. O. bey Wörden, und der Stände Land und Leute bey einer guten Münze erhalten werden mögen.

Drittens wurde verabschiedet, daß die Fürsten und Stände der drey Kreise, sogleich nach der Zurückkunft der Gesandten, die Execution der R. M. O., durch neue Mandate,

wie

wieder erneuert, und hernach mit ernstlicher 3. Chr. Strafe gegen alle Verbrecher unumhüllig ver- 1572. fahren sollen. Weil auch viertens etliche Ober-  
ländische Städte und Stände die Schweigens-  
münze häufig einreißen ließen, und dagegen bis  
zo noch keine Exekution angesetzt hätten; so  
wurde von dem Probationstage an etliche Städte  
e, als Ueberlingen, Lindau, Nsi, Kempten,  
Wangen, Memmingen, Kaufbeuren, Rat-  
denspurg, Biberach, Leutkirch und Pfullen-  
dorf ernstlich geschrieben, und daneben eine Abs-  
chrift davon an die ausschreibenden Prälaten  
und Grafen des Schwäbischen Kreises über-  
schickt, mit der Bedeutung, diese Stände würden  
nunmehr, auf solche Erinnerung, ebenfalls ge-  
bührenden Fleiß und Ernst in diesem Werke erzei-  
gen, damit man nicht nöthig habe, bey künftigen  
Zusammenkünften gegen sie mit mehrern Ernste zu  
verfahren, oder ihre Nachlässigkeit dem Kay-  
ser zu berichten, welches unverzüglich geschehen solle,  
wenn bey ihnen, auf diese Erinnerung, kein  
wirkliches Einssehen erfolgen sollte. Fünftens  
väre der R. Stadt Ulm halber erinnert worden,  
daß in den Weinbezahlungen auch bey ihr Man-  
gel, und nicht genugsame Einssehen vorkam;  
mithin es wohl nöthig gewesen seyn möchte, da-  
benfalls, gleich den Oberländischen Städten,  
ernstlich zu warnen. Weil man aber hoffe, daß sie  
selbst alle Unordnungen mit Ernste abstellen wer-  
de; so wurde beschlossen, deswegen bloß an sie zu  
schreiben, und ihr eine Abschrift von des Erz-  
Ferdinands Schreiben zu übersenden. Sech-  
stens sollten die vier Rheinische Churfürsten,  
als nächst benachbarte der drey Kreise, mit  
Beylegung eines Auszuges aus dem itigen Pro-  
bationsabschiede, ersucht werden, bey dem Kay-  
ser

3. Die fet eine Fürbitte einlegen, daß die R. M. O. 1572 in den Oesterreichischen Ländern ernstlich und unverzüglich angestellt werde, wodon man sich viel gutes und ersprißliches verspreche. Weil auch in der letztern Frankfurter Messe, durch die Kayserlichen und Churfürstlichen Commissarien, die nicht einmal zugegen gewesen, kein Proclamation und keine Aufsicht, der geringen Münze halber, ergangen, worüber die Kaufleute, die sich mit alletley Münze gefast gemacht, und genug samen Vorrath gehabt hätten, alle Bezahlungen in guter Münze zu leisten, diese nachher hinterhalten, und das geringe Geld ausgegeben hätten; so beschloß man, gedachte Churfürsten, auch dieses Punktes halber, zu ersuchen, hinfürs die Nothdurft zu beobachten.

11. Soviel siebentens die, bey dieser Zusammenkunft, gemachten Proben betrifft, so zeigte sich aus der Relation der Kassa-Wardeine, daß sie dimal mit den Oesen und andern Zubehörungen, wie auch mit guten Waagen und den nöthigen Richtpfennungen, zu Verriichtung dieses Werks, nicht zum besten versehen gewesen, woraus in ihren gemachten Proben ein nicht geringer Unterschied, Unrichtigkeit und Ungewißheit erfolgt ist. Dann etliche Sorten wurden in der ersten Probe um ein Green zu gering, in der andern aber um ein Green zu schwer, so wie etliche Werke der Bayerischen Münze durchaus zu gut befunden. Weil nun die Zurichtung zu richtigern und gewissem Proben noch viele Tage erfordert hätte, worüber die Gesandten noch eine lange Zeit über diesem Handel sich zu Regensburg würden haben aufhalten müssen, und besonders, weil etliche die ganzen Stücke in den Pro-

Probirbüchsen \*) nicht mitgebracht hätten; 3. Etwas aus welchen das Schroot zu befinden gewesen wäre; so ließ man diesmal die Sache, ohne fernere Proben, beruhen. Doch wurde den drey Kreis-Wardeinen, bey ihren Eiden und Pflichten, befohlen, mit ihren Oefen, Capellen, Waagen und aller Zubehör, auf dem nächsten Probationstage, dergestalt verfaßt zu erscheinen; damit an Verrichtung der richtigen Probirung nichts ermangle, indem sie sonst ernstlich gestraft werden sollten. Und weil achtens unter etlichen Gesandten, wegen des diesmaligen auf den 1. October angesetzt gewesenen Termins des Probationstages, eine Irrung vorgefallen war, ob sie nemlich erst an diesem Tage, oder schon den Tag vorher hätten eintreffen sollen, ingleichen die Gesandten auf die Verrichtung und Relation der Kreis-Wardeine, mit Kosten und vergeblicher Zubringung der Zeit, hatten warten müssen; so wurde festgesetzt, daß hinfüro die Gesandten der Fürsten und Stände jedesmal auf den Abend des 1. May und 1. Octobers bey den Probationstagen gewiß eintreffen sollten. Damit sie nun aber sogleich den andern Tag zu den Berathschlüssen schreiten, und zuvor die Relationen der Kreis-Wardeine, wie sie die probirten Werke befunden, anhören könnten; so sollten künftig die Kreise ihre Wardeine nach der Mahlzeit des Probationstages so zeitig abfertigen, damit sie, noch vor der Ankunft der Gesandten, schon vier ganze Tage probirt haben und mit nothdürftiger Relation genugsam gefaßt seyn könnten. Zu dem Ende aber sollten neuntens die Kreis-Münzstände ihre Probirbüchsen mit den dazu gehörigen

Schluß

B. 5

\*) S. weiter oben in diesem VIII. Bande der 17. T. R. G., S. 708.

3. Hr. Schlüßeln an der Rath derjenigen Stadt, in 1772 welcher der Probationstag zu halten ist, zeitig genug, doch in verschlossenen Briefen, überschicken. Der Magistrat aber solle, zu Eröffnung der Büchsen, und zur Verzeichnung der darin gefundenen Werte besondere Personen aus seinem Mittel verordnen, und hernach die Werte den drey Kreis-Wardeinen, nebst fleißiger Erinnerung ihrer Pflicht, zum probiren zustellen. Nach verrichteter Probation solle alsdann der Rath die Schlüssel zu den Probirbüchsen demjenigen Fürsten und Ständen, wohl verwahrt, wieder zuschicken, von denen sie solche empfangen haben.

Woll man auch zehentens, bey einer jeden Probation, zwey Dinge, die nicht von einander zu scheiden sind, probiren und besehen solle, nemlich: ob die Münzen sowohl am Schroot, als auch am Korn der R. M. G. gemäß geschlagen worden, und sich bey etlichen, auf dem nämigen Probationstage, des Schroots halber ein Mangel geäußert hätte; so sollen die Münzstände, laut der Probations-Ordnung, verordnen, daß ihre Münzmeister und Wardeine mit einem gewissen Richtpfennig zu einer jeden Sorte versehen seyen, damit ein jedes Stück gegen den Richtpfennig aufgezoogen werden könne. Derjenige nun, welche man am Schroote mangelhaft befünde, sollten eben sowohl, als die am Korn gebrechliche Stücke alsobald zerschnitten werden. Um auch eifftens das Beschneiden der guten groben R. Münzen desto mehr zu verhüten, solle bey einer jeden Münzstadt darauf gesehen werden, daß die Münzen keine Ohren oder Rappen haben, sondern der ganze Umfang derselben mit dem Gepräge erreicht und ausgefüllt werdt.

verbe. Ingleichen wurden zwölftens, der Klein 3. Str. ten Sorten halber, die amwesenden Münzmeister und Wardeine ernstlich befragt: ob sie die Keckbank angerichtet hätten? Zugleich wurden alle Münzstände nochmals mit Ernst ermahnt, bey ihren Münzstätten zu verfügen, daß die Münzmeister solche Keckbank allenthalben wirklich anrichteten, und bey Nachung der kleinen Sorten gewiß gebrauchten. Die ungehorsamen Meister und Gesellen aber sollten, vermöge der R. O., nach Ungnade gestraft, und mittelst solches Erntes zum Gehorsam und zur Gehör angehalten werden. Weiter sollten dreyzehntens die Münzstände, zufolge des jüngsten Nürnbergischen Probationsabschiedes, von den Guldenern neben der zergänzten Probie, noch ein ganzes Stück, von den halben Gulden, nebst der Probie, noch zwey ganze Stücke, von den Zehnern sechs ganze, von den halben Bagen seyen, von den Kreuzern und Fünfhellern fünfzehn Stücke, von den Pfennungen und Zellen über ein Loth, mit einem Zettel, nach dem dinstalls vorgeschriebenem Formular, in die Probirbüchsen einstoßen.

Es hätte auch vierzehntens der Fränkische Kreis & Wardein, zwischen dem letztern und zigen Probationstage, etliche verbotene, und etliche Sorten der Schweizer & Thaler, ingleichen andere Münzen, wie auch vier Sorten des R. Gulden, welche zu Basel, Freyburg, Colmar und Breisach gemünzt werden, und der R. M. O. an Kern und Schroot gemäß seyn solten, für sich probirt und aufgezogen, welche vier Sorten von ihm, laut seines übergebenen Verzeichnisses, am Gehalte zu gering befunden worden. Ein gleiches hätte man bey der 150 nochmals vor-

3<sup>ter</sup>. vorgenommenen Probation dieser Gulden, 1572 wiederum bemerkt, und man wäre daher anfangs gewillet gewesen, sie in den drey Kreisen zu verbieten. Weil aber, der Probation halber, bessere Richtigkeit auf die nächste Zusammenkunft angestellt werden solle; so habe man dieses Werk noch bis dahin verschoben, und überlasse es dem Gutbefinden der Fürsten und Stände, diese Sorten mittlerweile selbst probiren zu lassen, damit man, bey der nächsten Probation, desto bessern Bericht darüber geben könnte. Zugleich wurden fünfzehntens die Kreis- Wardene ermahnet, auf alle Sorten der Reichs- und anderer einschleichender Münzen, zwischen den Probationstagen, eine wachsame Aufsicht zu haben, selbige fleissig zu probiren, und die etwa befundene Mängel auf den Probationstagen zu berichten. Da auch sechzehntens der Fränkische Kreis- Wardene angezeigt hätte, daß vornehmlich mit der Schweizer- Münze ein grosser Betrug vorgehe, indem bey etlichen Sorten der Thaler um 9. Gulden 28½ Kreuzer zu hoch ausgebracht werde, und etliche drey Bagenstücke nur drey Kreuzer wehrt seyen; so wurde beliebt, alle Schweizer- Münzen zu verbieten, aufzutreiben, und nicht zu gestatten, daß sie in den drey Kreisen eingenommen und ausgegeben werden dürfen. Ingleichen sollte siebzehntens in den drey Kreisen das Ausmünzen der halben Bagen bis auf den nächsten Probationstag eingestellt werden. Weil auch achtzehntens das Remedium, durch den Speyerischen R. A., gänzlich abgeschaffet worden †); so wurde verabschiedet, solches der Probationsordnung einzuverleihen, damit die Münz-

†) S. in diesem VIII. Bande Nr. 27. T. R. G., S. 295. sub n. 14.



Münzmeister und Wardeine, bey Verlesung d. solcher Ordnung, davon Bericht und Wissenschaft erhielten. Weiter und neunzehentens versich man sich über ein Schreiben an den ErzB. von Salzburg, weil er auf den igtigen Probationstag weder seine Räte, noch seine Provirbüchsen, Wardein und Münzmeister geschickt hatte \*); deswegen er ersucht wurde, diesen Mangel bey dem nächsten Probationstage, zu ersetzen.

Endlich und zwanzigstens waren die auf diesem Probationstage versammelten Räte und Gesandten der einhelligen Meinung, daß die Fürsten und Stände der drey Kreise, obgleich die Benachbarten und der Oesterreichische Kreis in Exekution der R. M. O. säumig blieben, dennoch dieselbe, mittelst ihrer obrigkeitlichen Gewalt, eben sowohl erhalten könnten, als andere ausländische, und besonders Italiänische Fürsten und Obrigkeiten, welche ihre besondere Münzen hätten, und handhabeten, obgleich ihre Gebiete, den Landen nach, nicht so weitläufig, sie auch mit eigenen Bergwerken nicht versehen wären, sondern alles Silber und Gold aus Deutschland bekommen müßten. Außerdem möge

\*) Daß sich der ErzB. von Salzburg der R. M. O. nicht habe unterwerfen wollen, solche aber nachher doch noch angenommen habe, davon s. den VII. Band der H. T. R. G., S. 388 : 422, *passim*. Er muß sich aber hernach doch wieder anders bedacht haben, denn in der Unterschrift des Thurnberg. Pfälz. Prob. Abschiedes vom 6. May 1572. steht wegen des Bayerischen Kreises folgendes: „Gervasius Schriq Doct: doch von wegen Salzburg quantum ad monetam attinet: CVM PROBATIONE“. S. Hirsch I. c., T. II. P. 149.

9. Ed. ten auch die Fürsten und Stände dieser drey Krei-  
 1572 ße vornemlich die Hoheit ihrer Reputation und  
 Standes, nebst der Beförderung des gemeinen  
 Nutzens, in Erwägung ziehen, ingleichen die  
 Vermeidung ihres eigenen höchsten Nach-  
 theils, und die Schmälerung ihrer Einkünfte  
 und Kammergüter, die bey der geringen  
 Münze täglich mehr fallen müßten, bedenken.  
 Dann wenn den geringern und verbotenen  
 Münzen wiederum Thür und Thore eröffnet,  
 und den Landesverderbern, zu Suchung ihres  
 merbarn Gewinns, nachgesehen werden sollte;  
 so würde bald das ganze Reich mit der gering-  
 sten Münze wieder angefüllet werden. Singe-  
 gen würden die fremden Nationen des guten  
 Geldes und Silbers, welches im 3. R. Teut-  
 scher Nation aus Gottes milder Gnade gewon-  
 nen wird, mächtig, und hießen, zu höchster  
 Verkleinerung, Spott und Verderben der  
 Fürsten und Stände des 3. R., den teutschen  
 Unterthanen für das Korn des guten Silbers  
 und Goldes die Spreuer ihres, mit unerbarem  
 Besuche, eingedrungenen Kupfers in Händen,  
 welches also um so mehr die Fürsten und Stände  
 der drey Kreise bewegen sollte, bey der einmal  
 angefangenen Exekution mit Ernst zu beharren.  
 Da nun auch solches zur Wohlfahrt des gemei-  
 nen Nutzens, zum Aufnehmen der Stände  
 eigenen Kammergüter, Gefälle und Einkünf-  
 te, und der Teutschen Nation zum Ruhme  
 und Reputation gereichte, hiernächst die Fürsten  
 und Stände der drey Kreise von Gott in einen  
 freyern, ansehnlichem und mächtigern Stand  
 gesetzt wären, als die ausländischen Fürsten,  
 welche doch ihre eigene Münzen bloß dadurch er-  
 hielten, daß sie, Kraft ihrer obrigkeitlichen Ge-  
 walt,

wast, die Verbrecher ernstlich und unnachlässig 3. Chr. bestrafen; so wurde, vermöge der unter den 1572 drey Kreisen aufgerichteten Correspondenz, auch noch verabschiedet, daß die Fürsten und Stände der drey Kreise die R. M. O. und ihre Execution, obgleich andere solches aus Nachlässigkeit unterließen, oder nicht vollziehen wollten, mit allem Ernste fortsetzen könnten, und es auch wirklich leisten sollten und wollten 1).

Auf dem hierauf zu Nürnberg gehaltenen 27. Nov. Fränkischen Kreistage wurde nun den Kreisständen eine umständliche Nachricht und Abschriften von demjenigen gegeben, was zu Regenzspurg vorgekommen, und beschlossen worden, damit sie besonders wegen der verbotenen Schweizer-Münze die nöthigen Mandate könnten ausgeben lassen. Und weil auch die vier Rheinische Churfürsten und die vier Landgrafen von Hessen dem Fränkischen Kreise, mittelst eines, auch an den Bayerischen und Schwäbischen Kreisgerichteten, Schreibens, ihren zu Bacherach 7. Oct. gemachten Probationsabschied zugesandt hatten; d. e. so wurde solches nicht nur den Fränkischen Kreisständen zu ihrer Nachricht mitgetheilt, sondern auch den beiden vorgedachten Kreisen, mit einem Schreiben, übersandt 2).

27. Nov.

Der Erz. H. Ferdinand wollte sich zwar, wie aus dem bisher angeführten ersichtlich ist, in keine Münz- & Correspondenz mit den drey Kreisen, Franken, Bayern und Schwaben einlassen, noch weniger ihre gemeinschaftliche Correspondenztage mit beschicken. Indessen ließ er doch, wegen

wegen

1) Moser, l. c., P. II. n. 59. §. 2-22. p. 239-253.  
und Storch l. c., T. II. n. 60. & 61. p. 159-163.  
2) Moser, l. c., P. II. n. 60. §. 5 sq. p. 258 sq.

3. Ob wegen der, in seinen Vorder-Oesterreichischen  
 1572 Ländern, eingeschlichenen ausländischen und ver-  
 botenen Münzen, gegen Ende des Jahres, zu  
 4. Nov. Costniz ein Verzeichniß von denselben publicirt,  
 welche und wie hoch selbige bis auf weitere  
 Verordnung des Kayfers und des H. R. R.,  
 angenommen werden sollten. Vermöge desselben  
 sollte man 1) die eidgenössischen ganzen Tha-  
 ler für 68. Kreuzer und die halben für 34.  
 Kreuzer einnehmen und ausgeben; 2) die päbst-  
 lichen, Bononier, Stolberger, Schweitzer,  
 als Zuger oder Churer Dreybägnier, für 10.  
 Kreuzer; 3) die sogenannten eidgenössischen  
 Behmischen oder Dreykreuzerstücke sollte man  
 zwar für voll nehmen, aber die Unterwaldner  
 mit den drey Schildlein, die Zuger und Churer  
 nicht höher, als um 8. Schwär oder 9. leichte  
 Pfenninge; 4) die Churer und Zuger Zehener  
 um 8. Kreuzer, die neuen Churer halbe  
 Bäglein um 5. Schwär oder 6. leichte Pfenn-  
 inge, ingleichen die ganzen Schweitzer und  
 alten Churer Batzen um 11. Schwär oder  
 12. leichte Pfenninge, und die halben um die  
 Helfte, hingegen die Französischen Stieber,  
 auch Genfer und italienische halbe Batzen und  
 Sorten, welche bisher unter der Schweitzer-  
 münze mit coursirt hätten, ferner die andere eid-  
 genössische ganze und halbe Doppelvierer, als  
 Lucerner, Zuger und die mit den drey Schil-  
 den, sollten gänzlich verboten seyn, die zu Basel,  
 Freyburg im Breisgau, Thann, Colmar  
 und Breisach geschlagene Münzen aber könnte  
 man in ihrem bisherigen Werthe ferner nehmen;  
 5) die alten Französischen Dickpfenninge für 22.  
 Kreuzer, die Lothringer und Eidgenössische  
 aber nur um 20. Kreuzer; 6) die Niederlän-  
 dische

nisch, Philippischen Zwanzigbäner mit 76. 9. 64  
 Kreuzer und die halben Philippischen Zehner <sup>1572</sup>  
 bäner für 38. Kreuzer; 7) die König-Phi-  
 lippischen Thaler, welche man bisher für 18.  
 Bagen ausgegeben, hinfüro nur mit 60. Kreuz-  
 zer, die König-Philippus Vierbäner mit 15.  
 Kreuzer und die grossen Niederländischen Ze-  
 nener, mit dem Adler und Spanischen Wap-  
 pen, für 9. Kreuzer; endlich 8) was die gerin-  
 gere Währung der Pfenninge und Heller be-  
 ange, sollten allein die im Reiche und von den  
 Städt S. Gallen bisher geschlagene Pfenninge  
 und Heller für Wechschafft genommen werden.  
 Lebrigens sollten ausser diesen verzeichneten Münz-  
 örten sonst alle andere, als päpstliche, französ-  
 ische, eidgenössische, schweizerische, wels-  
 che, lothringische, und vornehmlich niederlän-  
 dische und schwedische ganze, halbe und vier-  
 tel Thaler, auch alle andere ausländische  
 Münzen, als woben ein grosser Betrug befun-  
 den würde, inkliden auch die kleinere und gerin-  
 gere Sorten, als die Lothninger Kreuzer, und  
 die eidgenössische, auch in den drey Bänden  
 geschlagene Münzen gänzlich und bey schwerer  
 Strafe verboten seyn <sup>1)</sup>.

In dem Oberrheinischen Kreise wurden in  
 diesem Jahr auch zwey Münz-Probations-  
 tage gehalten, und zwar der erste zu Leipzig, auf <sup>1601</sup>  
 welchem beschlossen wurde, daß man auf den  
 Tag Ursula d. J. zu Frankfurt an der Oder  
 wieder zusammen kommen, die sämtlichen Münz-  
 büchsen mitbringen, selbige nachsehen und die  
 gemünz-

1) Hirsch, l. c., T. II. n. 69. p. 171. sq.

1572 gemünzten Werke probiren wolle <sup>m)</sup>. Bald darauf publizierte der Churfürst August von Sachsen ein abermaliges Münzmandat, worin er sein, zu Ende des vorigen Jahrs, erlassenes Münz-Edict <sup>n)</sup> erneuerte, und dasselbe, weil ihm nicht durchgehend nachgelebet worden, mit Bedrohung ernstlicher Strafen, allen und jeden von neuem einschärft <sup>n)</sup>. Es wurde ferner, von Seiten des Obersächsischen Kreises, ein Verzeichniß der im Kreise zugelassenen, und auch der valurten groben und kleinen Münzsorten in Druck gegeben, und die Abbildungen der Münzen in Holzschnitten beigelegt, damit ein jeder sich darnach zu richten wisse <sup>o)</sup>. Der zweite Probatis am 1. Oct. onstag aber gieng hierauf auf den bestimmten Tag zu Frankfurt an der Oder wirklich vor sich <sup>p)</sup>. Was aber eigentlich auf diesen beiden Probatis onstagen in Münzsachen berathschlaget und ver-

m) Müllers Sächs. Annales, ad a. 1572., p. 160.

n) S. weiter oben in diesem VIII. Bande der H. T. K. G., S. 627: 631.

n) Hirsch, l. c., T. II. n. 55. p. 139.

o) Der Titel dieser ißo seltenen Schrift ist: Vorzeichen und Gepräge der Groben und Kleinen Münzsorten, Welcher sich die Churfürsten, Fürsten, und Stende in dem Obern Sächsischen Krajs, vermöge des Heiligen Reichs Münzordnung, und darauff erfolgten Krajs und Probatis onstagen vorglichen, darinne anfangs die Gaten Taler, so hinfüro geng und gebe, sein sollen, End dann volgens auch die Groben und Kleinen geringen Valurten Sorten zubefinden, so auff den Bruch, in die vorordente Wechsel geantwortet werden sollen. Anno 1572. Gedruckt zu Leipzig, 4.

p) Müller, l. c., ad a. 1572., p. 761.

verabschiedet worden, kann ich wegen ermangeln. J. Ehr.  
der Nachrichten nicht näher anzeigen. 1572

Daß hiernächst der Niedersächsischer Kreis sowohl schon im vorigen Jahre zu Halle, als auch in dem izzigen zu Lüneburg gleichfalls <sup>m. Apr.</sup> Münz-Probationstage gehalten, und sich endlich über eine gewisse Valuation der bisher im Kreise gangbar gewesenenen; nunmehr aber verbotenen, aus- und inländischen, gröbern und kleiern, goldenen und silbernen Münzsorten verglichen habe; kann man aus der in diesem Jahr in Druck gegebenen Niedersächsischen Valuation <sup>9)</sup> ersehen. Michin also auch dieser R. Kreis sich nunmehr den bisher, im Münzwesen, ergangenen R. A. und Vetordnungen bequemet hat, und selbige zur Execution zu bringen, sich angelegen seyn lassen. Es ließ auch hierauf der H. Julius von Braunschweig-Lüneburg-Wolfenbüttel in seinem Lande ein besonderes Münz-Edict publiciren, worin er ernstlich befahl, das verbotene Geld überall nicht, die nunmehr valvirten Münzsorten aber nicht anders, als nach Maafgab der gedruckten Niedersächsischen Valuation, zu nehmen; doch sollten vorerst, in seinem Fürstenthume, auch noch

A a a 2                      die

9) Der Titel dieser ebenfalls seltenen Schrift ist folgender: Niedersächsischer Valuation Druck, Allerhand Grober und Kleiner Münzsorten, So nun hinfürder vermüge des Heiligen Reichs Münzordnung, zum theil genge und gebe sein, und bleiben, zum teil aber umb iren gebührenden werdt, in Wechsel geantwortet, in Tiegel geworffen, und in gute Reichs Münze vorgendet werden sollen, wie sich die Fürsten und Stende des Niedersächsischen Kreisses, dessen also mit einander voreiniger, und vorglichen. Anno 1572.

8. Dec. die Mariengroschen, ganze und halbe Lübsche Schillinge, Mattiere, Rörtlinge, Pfenninge und Scherfe, nach der Valuation und Wardirung genehm seyn und gängig bleiben. Dieses Fürstliche Edict ließ nun zwar der Rath zu Braunschweig in der Stadt anschlagen, fügte aber einen Nebenanschlag bey, worin derselbe die Battenbergische und der Stadt Hervord Silber- und Mariengroschen, wie auch die Herrenbergische Mariengroschen, weil sie am Gehalte viel zu geringe wären, gänzlich verbot, und haben alles Beschneiden der Silbergroschen oder anderer Münzen, das Auswippen und Granauliren, bey Leibesstrafe, untersaget \*).

11. Maiq Der Niederländisch- Westfälische Kreis hielt dñmal seinen ordentlichen Münz- Probationstag zu Cöln, auf welchem, laut des vorhergehenden Abschiedes folgendes vorkam und beschloffen wurde. 1) Wurde der Anfang mit Eröffnung und Probirung der von Münster, Jülich, Lütich, Ostfriesland, Cöln und Aachen überschickten Münzbüchsen gemacht; da man dann bey der Münsterischen Büchse fand, daß die ganzen Groschen sehr ungleich ausgestückt worden, also daß ein Stück etliche Aes leichter, als das andere gewesen. Deswegen wurde der anwesende Münsterische Warden vom Kreise in Verstrickung genommen, um ihn wegen seines Vergehens demnächst zur Strafe oder Abtrag ziehen zu können; wegen des Krankheits halber abwesenden Münsterischen Münzmeisters aber wurde an den Bischof von Münster geschrieben, daß er von ihm

\*) Rebmeyers Br. Eines. Chronica, R. III. c. 61. p. 1910 sq.



ihnen Caution nehmen, und ihre anhalten sollte, die von ihm gemünzten Groschen wieder einzuziehen, 1572  
 sein und zu verbessern. Bei der Jülichischen Münzbüchse fand man zwar auch einigen Mangel, des ungleichen Schickels halber, bey den Land-  
 forten und Gallen; weil es aber nur zwey oder drey Aleß zum höchsten betrug, so ließ man es bey einem ernstlichen Verweise und Bedrohung des Jülichischen Münzmeisters bewenden. 2) Wun-  
 de, wegen der späten Ankunft einiger Gesandten der Münzstände auf den Probationstagen, und wegen der von einigen, unter dem Vorwande, daß wenig gemünzt worden, unterlassener Einschickung der Münzbüchsen, verabschiedet, daß hinfüro ein jeder Münzstand, bey willkührlicher Strafe, jedesmal pünktlich auf den 1. May und 1. October seine Bevollmächtigte auf den Probationstag schicken, und ihre Münzmeister und Wardeine mit den Büchsen pünktlich einkommen sollten, damit man mit dem Werke nicht aufgehalten würde; wie dann auch ein jeder, obgleich nicht über zwey bis drey Werke bey ihm gemünzt worden, hier-  
 für seine Münzbüchse, wo nicht durch den Münzmeister und Wardein, doch durch eine sichere Person, mit den Schlüsseln, pünktlich überschiessen sollte. 3) Diejenige Münzstände, welche künftig ihr Münzregal in der Stadt Cöln, als einer von den vier Kreis-Münzstädten ausüben, und keinen eigenen Wardein halten wollten, sollten sich des in der Stadt wohnenden Jülichischen Wardeins bedienen, weil man bedenklich fand, ihnen den von ihnen verlangten, Stadt-Cölnischen Münzmeister zu bewilligen, da derselbe zum General-Kreis-Wardein bestellt worden. Da hernächst 4) der Erz-B. von Cambray anzeigt, daß ihm

3. Obi. auf dem letztern Deputationstage zu Frankfurt, 1572 nachgelassen worden, ausser den vier Münzstädten im Kreise, seinen eigenen Münzplatz zu haben, und deswegen einen Münzmeister und Eisenschneider dem Kreise präsentirte; so wurden diese in Eid und Pflicht genommen, und dem Erzbischof auch sein weiteres Gesuch bewilliget, daß er, wegen des dokumentirten Mangels der kleinsten Münzsorten in seinem Lande, nach der dinstalls im J. 1567. gemachten Ordnung, neue Landsorten, doch nicht in grosser Anzahl, und ohne sie in andere Länder zu verführen, sollte können schlagen lassen.

Ferner und 5) wurde dem Grafen von Ostfriesland erlaubt, R. Guldener zu schlagen, doch daß er inzwischen das Reichsthalermünzen solange einstelle, bis ihm solches, auf einem Probationstage, wieder wäre erlaubt worden, und daß er seine Gulden im Umkreise einziehen und die Umschrift nach einem ihm gegebenen Abrisse machen lassen solle, damit man es für einen Gulden desto eigentlicher erkennen möge. Hingegen wurde ihm sein anderes Begehren, in den zu schlagenden neuen kleinen Landmünzen von der R. M. O. etwas abgehen zu dürfen, abgeschlagen; wegen der Witten und halben Witten aber hatte es kein Bedenken, doch daß vorerst nicht mehr, als 100. Mark feines Silbers gemünzt, und selbige nicht aus dem Lande geführt werden sollten. Inzwischen sollte der Graf von seinen gemünzten Verrger & Scheffern hinfüro den R. Apfel und die darin gesetzte Ziffer 2. weglassen, weil sie, mit solchem Gepräge, in der Form edlichen halben Batzen gleicheten, und dadurch allerhand Unrich-

Unrichtigkeiten verursacht werden könnten. Der 3. edle  
 Lebtissin zu Thoren präsentierte zwar 6) dem 1572  
 Kreise zur Beeidigung den Peter Bussenhofen  
 zum Münzmeister und Heinrichen von Gartz  
 weiler zum Wardein. Weil man sich aber erin-  
 nerte, daß wegen des erstern schon ehemals aller-  
 hand Bedenkllichkeiten vorgefallen, und der andere,  
 oder der Wardein, zu seiner Justifikation nicht  
 erschienen war; so wurden selbige nicht zugelass-  
 sen, hingegen der Lebtissin freigestellt, in einer  
 von den vier Kreis-Münzstädten, durch die da-  
 selbst vorhandene und vereidete Münzmeister und  
 Wardeine, münzen zu lassen, oder andere ge-  
 nugsam qualifizierte Personen zum Münzma-  
 ster und Wardein dem Kreise zu präsentieren.  
 Nachdem auch 7) der Edle Dietrich Brunkhorst  
 und Battenberg, Herr zu Anholt, auf dem 13. ta-  
 gen Probationstage, sein Kayserliches Münz-  
 privilegium im Original vorzeigen, und dabey  
 versprechen lassen, sich in seinem Münzen der  
 R. M. O. und den R. A. gemäß zu verhalten;  
 so wurde ihm nicht nur erlaubt, sein Münzregal  
 in einer der vier Münzstädte des Kreises aus-  
 zuüben, sondern auch seine gebührende Session  
 ihm angewiesen, um den Münzsachen mit bey-  
 wohnen zu können, und selbige mit berathschlagen  
 zu helfen. Auf seine fernere Erklärung aber,  
 daß er in der Stadt Cöln münzen lassen, und sich  
 hiezu des Stadt Cölnischen Münzmeisters, zu-  
 bewlg Gramwaldts, und des Jülichischen War-  
 deins, Heinrich Kraubergs, bedienen wollte, wur-  
 de ihm solches gleichfalls bewilliget, und diese beide  
 schon beeidigte Personen angewiesen, sich hienach  
 nach Vorschrift der Reichs- und Kreis-Ordnung  
 zu verhalten. Endlich und 8) da zu gleicher

3. Die Zeit auch die vier Rheinische Churfürsten ihren  
 1571 ordentlichen Münzprobationstag hielten; so er-  
 mangelte der Westfälische Kreis nicht, mit dem  
 selben, vermöge der im Reiche verabschiedeten Cor-  
 respondenz in Münzsachen, ein und anderes  
 nöthlich zu conferiren, wie dann auch von dem,  
 was vorgefallen, dem Ober- + Rheinischen und  
 Nieder- + Sächsischen Kreise Nachricht gege-  
 ben wurde <sup>4)</sup>.

Von dem Ober- + Rheinischen Kreise wur-  
 den in diesem Jahr zwey Probationstage gehal-  
 ten, von denen erstern aber, welcher im May-  
 monat vor sich gieng, ich keine Nachricht geben  
 kann; hingegen von dem andern, zu Worms im  
 Weinmonat gehaltenen, ist der Abschied im  
 Drucke vorhanden. Auf demselben erschienen aus  
 die Gesandten der Bischöfe von Worms,  
 Speyer und Strassburg, des Abts von Murr-  
 bach und Lütters, der Pfalzgrafen Richards zu  
 Simmern und Georg Hansens zu Veldenz, der  
 vier Brüder und Landgrafen von Hessen, Wil-  
 helms zu Cassel, Ludwigs zu Marburg,  
 Philipps zu Rheinfels und Georgs zu Darm-  
 stadt, ferner der Grafen Johans zu Nassau  
 Saarbrück, Ludwigs zu Stolberg + Königs-  
 stein, und Hans Heinrichs und Arnolds zu Lei-  
 ningen + Dagsburg, endlich der R. Städte  
 Strassburg, Worms, Frankfurt und Cöls-  
 mar. Laut des gedachten Abschiedes wurden zu-  
 nächst die Münzbüchsen eröffnet, und die darin  
 befindlichen Münzen, durch den Kreis + War-  
 dein, die Frankfurter Münzen aber, weil die  
 Stadt den erstgedachten Kreis + Wardein ge-  
 braucht

<sup>4)</sup> Hirsch, l. c., T. VII. n. 79. p. 90 - 94.

benutzt, durch zwey andere unparteyliche Wärrer  
 seine probirt, auch Johann den Gesandten von  
 diesen Drey Wardeinen umständlicher Bericht ab-  
 gestattet, wie sie jegliche Proben befanden haben.  
 Man verglich sich hierauf, wegen des folgenden  
 Probationstages, wiederum zu Worms auf den  
 1. May zusammenzukommen, und wenn etwa im  
 zwischen bey einem oder andern Münzstande eine  
 Veränderung mit den Münzmeistern oder  
 Wardeinen sich ereignen würde, sollte es von einem  
 solchen Stande, mit Bestellung dessen Nachfol-  
 gers, hergebracht werden gehalten werden. In  
 gleichen sollte, wegen der guten Correspondenz  
 mit den benachbarten und angränzenden Krei-  
 sen, die bisherige Art ferner beobachtet, und das,  
 was vorgekommen, ihnen mitgetheilt werden.  
 Weil es aber scheint, daß sie von ihren Müßgün-  
 stigen und Feinden bey dem Kayser angegeben  
 worden, als wenn in ihrem Kreise der K. M. O.  
 zuwider gemünzt würde, und deswegen geschärfe-  
 te Kayserliche Rescripte an sie ergangen wären,  
 welches aber sich nicht so verhielt, sondern vielleicht  
 ihr Gepräge von falschen Münzern nachge-  
 schlagen worden, wie davon, auf dem vorigen  
 Probationstage, Fälle von Königstein vorge-  
 bracht worden; so beschloß man deswegen, ein Ent-  
 schuldigungs-schreiben an den Kayser abgeben  
 zu lassen. Wosern auch etwa, zwischen diesem  
 und dem nächsten Probationstage, von dem  
 Chur-Rheinischen, Westfälischen und andern  
 Kreisen, der Münze halber, etwas anderes an  
 die Kreisausschreibende Schwestern einlaufen wür-  
 de, sollte dasselbe dem Münzstande, auf ihre Re-  
 spon, überschickt werden, um sich desto besser dar-  
 nach richten zu können. Uebrigens erginnete sich auf

3. Dec. diesen Probationstage abermals ein Streit wegen des Vorsizes zwischen den Gesandten der Pfalzgrafen zu Zweybrück und Veldenz, und da der Letztere den Vorsiz zumal eingenommen hatte; so blieb der Erstere, nach eingelegter Protestation, von den Sessionen wegg. Der Abschied endlich wurde von des Bischofs von Worms, des Pfalzgrafen von Simmern, des Grafens von Nassau-Saarbrück und der R. Stadt Straßburg Gesandten unterschrieben und gesiegelt<sup>1)</sup>.

Zuletzt ist auch noch des Chur-Rheinischen Kreises zu gedenken, welcher, außer dem kurz vorher gebachten<sup>2)</sup>, und zu Cöln, im Maymonat gehaltenen Probationstage, auch noch einen andern im October zu Bacherach hielt, den die vier Landgrafen von Hessen, als Consociirte des Chur-Rheinischen Kreises, auch wiederum bestrickten. Sowohl von den vier Churfürsten, als auch von den Landgrafen, mit den Landgrafen Philipp ausgenommen, waren die Münzbüchsen vorhanden, und man fand, nach der von dem Kreis-Wardein angestellten Probe, daß die sämmtlichen Münzen, an Schroot und Korn, dem Münzedicte gemäß, und zum Theil noch etwas reichlicher geschlagen worden. Hierauf übergab der Kreis-Wardein ein Verzeichniß von einigen, hin und wieder im Reiche geschlagenen und verbreiteten Münzen, welche er zwischen diesem und dem vorigen Probationstage probirt, und ungleich gefunden hätte. Weil nun diese Sorten größtentheils in Ober- u. Rheinischen Kreise waren ausgegünzert worden; so fand man

1) Hist., I. c., T. VII. n. 80. p. 94-97.

2) S. weiter oben in diesem VIII. Bande, S. 744.

ist nöthig, solches den gedachten Kreis zu verordnen. Wegen der Aufsicht, des Verfahrens und Bestrafung derjenigen, welche das rothe Silber, und die gute R. Münze ausführen; der auf andere Art gegen die R. Münzgesetze anbelten, sollten die Stände an dasjenige zu erinnern, was davon bereits in den Constitutionen und Executionen des Münz-Edictes verordnet wäre. Das übrige dieses Abschiedes betrifft das dem Grafen Ludwig von Stolberg und Königstein zur Last gelegte unrichtige Münzen, häufige Ausmünzen der kleinern Münzformen, die Einstellung des Pfennigmünzens, die auf die Münzen zu setzende Jahrzahl und daher jährlich vorzunehmende Veränderung der Münzzeichen, die von Chur-Trier und Trier zwar gemacht, aber ihnen abgeschlagene Erlaubniß, so genannte Current- oder Usual-Albus zu schlagen; die von dem Kreis-Wardein übergebene Valuation der Engelotten, Zürich-Rosen- und Schiff-Nobel, den den Schweizern verbotenen Silberkauf, und das Verbot ihrer Münzen, die genaue Aufsicht über die im Burgundischen Kreise geschlagene neue Königsthaler, die noch bestehende Aussetzung des, in den Frankfurter Messen, von dem Chur-Rheinischen Kreise anzustellenden Wechsels, u. a. m.

Dem Abschiede ist nun die von dem Chur-Rheinischen Kreis-Wardein gemachte Valuation einiger ausländischen groben Sorten Goldes angehängt, und betrifft solche die Porzgalöser, Rosen- und Schiff-Nobel, alte Engelotten, und Goldgülden, die in Lothringen, zu Wismar und Bern gemünzt worden, die

letz

2. Die letzten von der Stadt Nürnberg ausgegangenen 1572 Goldgulden aber hätte man ein Green zu gering gefunden. Das beigefügte zweite Verzeichniß der von dem Kreis- und Warden probirten Münzsorten aber geht auf die Spanische Doppeltronen, die neuen Königshaler, deren Orte und Zehener oder Zwerybägnen, ferner auf die Churer- Dreybagen, die halbe Bagen von der Stadt Worms, Frankfurt, dem Bischof von Speyer, dem Pfalzgrafen Reichart zu Simsbach, ingleichen Brandenburgische und Königsheimische halbe Bagen, letztere von zweyerley Sorten, Königsheimische Pfennige, und zu Metz geschlagene Goldgulden. Damit man die drey correspondierende Kreise, Franken, Bayern und Schwaben von diesem allen die nöthige Nachricht haben möchten, um auch ihre Staatsregeln darnach nehmen zu können; so wurde ihnen von den vier Churfürsten und den vier Landesgrafen dieser Abschied, mit dem eines Schreibens, überschickt \*).

v) Hirsch, l. c., T. II. n. 62. p. 163-171.





## Register der merkwürdigsten Personen und Sachen.

---

- A**
- Aachen**, Klagt gegen den Prinzen von Oranien 367. f.  
**Adel**, Holsteinischer und Mecklenburgischer wird beym R. O.  
 gleich dem freyen Schwebischen und Fränkischen Adel angenom-  
 men 171  
**Alba**, Herzog, S. LI. f. wird Generalcapitain in den Nieder-  
 landen 442. wird Nachfolger der Oberstatthalterin 452. ordnet  
 einen Rath der Unruhen an 452. bekommt vom Pabst einen  
 geweihten Hut und Degen 475. läßt sich ein Dentinal errich-  
 ten 476. seine groste Einkünfte aus der Stadt Alba 480. f.  
 Streit mit der Königin Elisabeth 487. seine Stedenstädterleu-  
 te 488. sein Einfluß auf dem Reichstage zu Speyer 498. 501.  
**Albrecht Friedrich**, Herzog von Preussen, R. Maximilian Er-  
 klärung feinerthalb 642. f.  
**Andrea**, Jac. 156: 168.  
**Anhalt**, Fürst Bernhard stirbt 150. Joachim Ernst bringt alle  
 vertheilt gewesene Länder wieder zusammen 152  
**Arius Montanus** 476  
**Aranien**, Grafschaft, und Ascheraleben, fordert Anhalt von  
 Halberstadt zurück 359  
**Augustus**, Churfürst von Sachsen, erneuert die Erbvereinigung  
 mit Böhmen 545. f. wird von Böhmen befehnet 546. f.  
 beköndt Verhängung der affectirten Aemter 652: 654. seine  
 Münzdicke 647. 738  
 D.

- Baden, s. Philibert und Philipp.  
 Baden-Durlach, Ursprung dieser Linie 177  
 Befançon, Verdün und Cambrai suchen Sitz und Stimme im Reichsstädtischen Collegio 348. add. 639  
 Bitsch, gräfliches Geschlecht stirbt aus 151. ff.  
 Boweser, Paul 366  
 Braunschweig-Grubenhagensche Klage gegen Braunschweig-Wolfenbüttel 365  
 Buchau, die Hebtisin kommt erst seit 1559 unter den Reichs-Prälaten vor 182

- Cambrai, Erzbistum, hat noch 1570 die letzte Stelle unter allen deutschen Bischöfen 179  
 Carl, Marggraf von Baden-Durlach 86. ff.  
 Carl IX. König von Frankreich, seine Vermählung. 437:440. protestantische Gesandtschaft an ihn 440:442  
 Castiglione, Stadt und Marggraf 678  
 Churfürstlicher besonderer Rath wird als eine Neuerung bestritten, R. XVII.  
 Köln, dortige Versammlung einiger Kreisobristen u. 89. Privilegium des Churfürsten de non appellando 431  
 Commissarius, dazu kan der ordentliche Richter nicht bestellt werden 364  
 von Conde, Prinz, wird erschossen 21  
 Consensus Dresdensis 668  
 Cosinus, Herzog von Florenz, seine Erhebung vom Papste zum Großherzog von Herrurien oder Toscana, und Streit darüber mit dem Kayserlichen Hofe 134:143. sein Ritterorden von S. Stephan 137. †)  
 Cryptocalvinismus zu Wittenberg 665:672

- Deputationstage, Opreetische Verordnung deshalb 199  
 von Diez, Grafen, deren Streitigkeiten mit ihren Halbbrüdern, den Landgrafen von Hessen 354. f.

- Elbe, Streitigkeiten wegen der Schifffahrt. 355. f. und des von Magdeburg erhöhten Zolls 356

|  |                            |
|--|----------------------------|
| Alchingen, Abtey                                       | 368                        |
| Amten, vom Herzog von Alba verklagt                    | 368                        |
| Erbverbrüderung zwischen Brandenburg und Pommeren      | 645. f.                    |
| zwischen Sachsen, Brandenburg und Hessen erneuert      | 1656. f.                   |
| Erbvereinigung zwischen Böhmen und Sachsen erneuert    | 545. f.                    |
| Isenburgische wird bestätigt                           | 431                        |
| Erfurt wird an Maynz gewiesen                          | 435. Verantwortung dagegen |
|  | 679                        |
| Exekutions-Ordnung wird auf dem Speyerischen Reichstag | 198. add. 205              |
| bessert  |                            |

## S.

|  |              |
|--|--------------|
| Sabrinus, Georg  | 437          |
| von Sesto, Graf; dessen Klage gegen Genua  | 358          |
| Sischbach, Streit über Bewilligung eines dortigen Wochenmarkts   | 367          |
| Storenz, vom Pabst zum Großherzogthum erhoben  | 133. 147     |
| Frankenthalisches Religionsgespräch mit den pfälzischen Wiedertäufern  | 649. f.      |
| Frankfurt am Mayn, Privilegia 433. 680. dortiger Reichs-Deputationstag von 1569. S. 90. add. S. XVII. 1) wegen der Französischen Kriegszüge 90. 93. 95. 109. 2) wegen der Gotha'schen Exekutionskosten 93. f. 109. 123. Deputationstag von 1571. S. 584. 599. 1) wegen des Münzwesens 585. 587. 597. 2) wegen der Reichs-Matricul und der Appellationen in Moderationsfachen | 586. 597. f. |
| Frankreich, Pacificationsedict von S. Germain en Laye  | 174          |
| Sugger, Ulrich   | 370. f.      |
| Subrleute, ihre Klage beym R. Hofrath über die Wege in den Westfälischen Landen  | 367          |

## G.

|   |                              |
|---|------------------------------|
| Georg, Pfalzgraf zu Simmern, stirbt   | 82                           |
| S. Georg auf dem Schwarzwalde, Kloster  | 340                          |
| Geschenkte Handwerker, kaiserliches Mandat zu deren Abschaffung                             | 304. 555. f. conf. 348. 639. |
| Gochsheim, Reichsdorf   | 556. f.                      |
| Goslarisches Stift S. Peter   | 365                          |
| Gotha, der Rath und die Bürgerchaft erlangen ein kaiserl. Pönalmandat gegen Beschuldigungen | 433. f.                      |
| Gothaische Exekutionskosten, Speyerische Entscheidung darüber                               | 206. 210                     |
|   | Gottes                       |

|   |               |
|---|---------------|
| Stettesnade, Kloster  | 358           |
| Stannoella, Cardinal  | 451. 457. 902 |
| Gregorius XIII. neuer Pabst                                 | 683. f.       |
| Sturnbachische Händel, Klagen deshalb bey dem Reichshofrath | 374. f.       |

## A.

|  |         |
|--|---------|
| Aagenau wird zum Stadterath zugelassen   | 640     |
| Hamburg, Gnadenbrief von R. Maximilian 120. Streit über ihre Reichsunmittelbarkeit 349:353. die Engländer verlegen ihren Tuchhandel von Antwerpen dahin            | 487     |
| Hansestädte, s. Lübeck.  |         |
| Heidelbergische Versammlung evangelischer Fürsten 171. davon Bescheidung des H. Johann Wilhelm von Sachsen 169. f. Kurfürstenschreiben an den König von Frankreich | 172. f. |
| Hersfeld, Abtey  | 357     |
| Hervorden, Abtey, bekommt ein Protectorium und Conservatorium  | 433     |
| Heuven, s. Hohen: Höwen.   |         |
| Hohen: Höwen, Herrschaft, fällt an den Grafen von Hapsen   | 184     |
| Holsheim bekommt ein Privilegium de non appellando   | 430     |
| Hornbach, Kloster  | 343     |

## J.

|  |         |
|--|---------|
| Jacob, letzter Graf von Zweybrück und Wittsch, stirbt 151. Streit über seine Erbschaft   | 152:156 |
| Jena, Statuten der Universität von H. Johann Wilhelm erneuert und verbessert   | 126. f. |
| Joachim II. Churf. von Brandenburg, stirbt 642. seine Geschichte   | 643:645 |
| Johann, Pfalzgraf Wolfgangs zweyter Sohn, bekommt durch dessen Testament das Fürstenthum Zweybrücken 51. f. Vergleich zwischen ihm und seinem ältern Bruder über die darauf haftenden Schulden | 71      |
| Johann, Marggraf von Brandenburg: Cüstrin, stirbt  | 647     |
| Johann Casimir von der Pfalz 460. dessen Vermählung  | 171     |
| Johann Friedrich, Herzog von Sachsen, Restitution seiner Erbtheil auf dem Speyerischen R. Tage 206. 208: 219. add. C. XXIII. XLIII. Erfurtische Landestheilung mit ihm                         | 659     |
| Johann Georg, neuer Churfürst von Brandenburg 645. dessen neue Erbverbrüderung mit den Herzogen von Pommern 645. f.  | 67      |

er erbt die Steuermark n. 647. wisset eine kaiserliche Erklärung  
für den Herzog von Preussen aus 648  
Johann Wilhelm, Herzog von Sachsen, eine vermurthete Mün-  
ze von ihm 117. f. Erneuerung und Verbesserung der Sta-  
tuten der Universität zu Jena 126. f. er bringt das Amt und  
Schloß Königsberg wieder an sein Haus 127. f. seine Kir-  
chenordnung 129. er wird von denen zu Heidelberg versam-  
ten evangelischen Fürsten wegen seiner streitbaren Theologen be-  
schickt 169. verliert wegen seiner Antwort den halben Theil  
seines Landes 171. conf. 206; 208. 210. ff. add. C. XXIII-  
XLIII. erneuert die Erbvereinigung mit Böhmen 545. f.  
wird von Böhmen belehnet 547. sein in Ungnaden beurlaub-  
ter Rath D. Dangel 365. Kaiserlicher Begnadigungs-  
und Anwartschaftsbrief für ihn, mit Ertheilung des Erb-  
burtrechts 678. f.  
Juden, Privilegia wider sie 120. ihre Klagen beym Reichs-  
hofrath 369

R.

Kammergerichte, dessen Visitation von 1569. C. 114. f. add.  
C. XVII-XXII. Bischof Marquard von Speyer wird Kam-  
merrichter 115. Veränderungen und Visitation von 1570.  
C. 221; 243. add. C. XLIV. f. gemeiner Bescheid dessel-  
ben für die Procuratoren 243. desselben Bedenken, wie die  
Proceße befördert werden möchten 243; 246. Speyerisches  
Reichstags; Bedenken wegen des R. C. 247; 251. und  
Reichsabschied 252; 271. nebst kaiserlichem Memorialzettel  
271; 274. Visitation von 1571. C. 549; 553. und Verän-  
derungen desselben Jahres 553. f. Visitation von 1572. C.  
684; 700. und Veränderungen 700. f.  
Reisstage zu Nürnberg 83. 84. 117. 557. 559. 568; 571. 701;  
704. 706. 717. f. zu Ulm 86. 88. Eln 89. Jährbuch 556.  
582.

L.

Landspergischer Bund, dessen Bundstage zu München 1569.  
C. 118. 119. zu Landsperg 1570. C. 503. zu München  
1572. C. 684.  
Lindauer versagen die Unterschrift des Zerbstischen Consenses 161  
Ludewig, pfälzischer Churpalm, Executor des Pfälzgraf; Wolf;  
gangischen Testaments 68. ff.  
N. R. S. 8. Tb. 566 Luder

- Ludewig, Herzog von Bültenberg, wird Kreisoberster 28  
 Lübeck, Friede der Stadt mit Schweden 523. f. dortige Ver-  
 samlung von Kaufleuten aus den Hansestädten 636. Sendun-  
 gen der Stadt an die Könige von Schweden und Dänemark  
 637. Beschlüssen der Stadt von Schweden und dem Prin-  
 zen von Oranien 638  
 Lüneburg, ungleiche Theilung in dieser Linie des Hauses Braun-  
 schweig; Lüneburg zwischen H. Ernst des Bekenners beiden noch  
 übrigen Söhnen 129:133. vorige Geschichte seit H. Ernsts  
 Tode ibid.  
 Lupfen, Graf erbt die Herrschaft Hohen: Höwen 184

## M.

- Märkte, deren Anlegung erfordert kaiserliche Erlaubniß 361. f.  
 433  
 Magdeburg, Stadt, wider Arreste u. privilegiert 120  
 Magdeburg, Erzstift, Vermählung des Administrators Joachim  
 Friedrich 145:147.  
 Mansfeld, Graf Volrath commandirt die kaiserliche Armee  
 in Frankreich nach des Pfalzgraf. Wolfgang's Absterben 40. f.  
 hilft den Hugonotten den Frieden zu S. Germain en Laye er-  
 sechten 43. Graf Peter Ernst 43. Mansfeldisches Schul-  
 denwesen 120. Leipziger Sequestrations: Abschied darüber  
 503:518. f. Erfurtischer 657:665  
 Maximilian, Kayser, seine Urkunden von 1569. C. 119. f.  
 von 1570. C. 144. f. 430:435. von 1571. C. 544:549.  
 von 1572. C. 676:682. seine Reichshofcanzley: Ordnung  
 407:430. Friedensschluß mit dem Kopwoden von Eir-  
 henbürgen 436. Vermählung seiner Prinzessinnen an die Kö-  
 nige von Spanien und Frankreich 436:440. erneuerte Erb-  
 vereinigung zwischen Böhmen und Sachsen 545. f. Krönung  
 seines Sohns Rudolf zum König von Ungarn 680  
 Montcontour, dortiges Haupttreffen 42  
 Moratorien, mit deren Ertheilung wird sehr behutsam verfahren  
 363  
 Münsterstädte Streligkeit 340:343  
 Münsterischer Vergleich mit Tecklenburg 122:125. bestätigte  
 Hofgerichts: und andere Ordnungen 354  
 Münzwesen, Speyerischer Reichsabschied darüber von 1570. C.  
 289:301. kaiserliches Münzmandat von 1571. C. 301.  
 Frankfurtischer Reichs: Deputationstag von 1571. C. 301  
 304. Münzverkauf zu Augspurg 558. Münisches Münzrecht  
 559

559. Nürnbergischer Kreistagschluß 559. f. Schreiben der vier Rheinischen Churfürsten an den Fränkischen Kreis 561. f. Schreiben der Kreise Franken, Bayern und Schwaben an die Schweizerische Eidgenossenschaft 563:566. Nürnbergischer Kreistag 568:571. Vorstellung einiger Münzmeister auf dem Probationstag zu Frankfurt 572:577. 580. f. Frankfurtscher Reichs-Deputations-Abschied 587:597. und Proclama-  
mata 599. Kayserliches Privilegium für die Münzgesellen 602. f. Boglers zu Augsburg neues Münzwerk 604. Westphälischer Kreistag zu Eöln 618. Münzcorrespondenztag zu Worms 619. Obersächsischer Kreistag zu Jüterbock 620:627. Churf. Augusti Münzverordnung 627:631. Münzbedenken eines unbekannten Verfassers 631:686. Eßlinger Städte-  
schluß 641. f. Münzhandlungen von 1572. S. 701:748. Wormsische Versammlung und Schreiben an Bamberg und Brandenburg 704. f. Schreiben des Nürnbergischen Probationstags dreier Kreise an den Kaiser wegen Oesterreich 714. f. und an die Eidgenossen 715. f. Schreiben des Regenspurger Probationstags an den Kaiser wegen des Erz-H. Ferdinand ic. 721:725. des Erzherzogs Verzeichniß der verbotenen Münzen 736. f. Churf. Augusti abermaliges Münzmandat 738. des Obersäch-  
s. Kreises publicirtes Münzverzeichniß 738. Niedersächsische Bal-  
vation 739. H. Julii von Braunschweig Münz-Edict 739. f. Stadt: Braunschweigischer Nebenanschlag 740  
Münzprobationstag zu Nürnberg 1569. S. 116. und 1570. S. 284. zu Regensburg 1571. S. 563. zu Nürnberg 1571. S. 566. f. zu Frankfurt 1571. S. 571:581. zu Leipzig 1571. S. 584. zu Voppart 1571. S. 604:609. zu Essen 1571. S. 610:618. dreier Kreise zu Nürnberg 1572. S. 706:717. und zu Regensburg 718:735. zu Nürnberg 735. zu Leipzig 737. zu Frankfurt an der Ober 738. zu Halle und Lüneburg 739. zu Eöln 740. zu Worms 740. f. zu Bacherach 746. ff.

II.

von Nassau, Graf Ludwig 455. 462. ff. Johann 459. 463.  
- Adoff, bleibt im Gefechte bey Heilligerlee 464  
Nassau, Saarbrück, Graf Johannis Testament 359. f.  
Neuser, Adam, Prediger zu Heidelberg, wird ein Türke 345. f.  
Niederländische Unruhen von 1567. \* 1570. S. 442:502.  
Blutrath 452. Gefechte bey Heilligerlee 464. Hinrichtung  
der Grafen von Egmond und Hoorn 466. f. Treffen bey Jems-  
mins

- mingen 469. Gefechte an der Gte 474. bey Quersoy 474.  
 große Auflagen 478 : 486. 492 : 495. Waffergesen 489.  
 491. f. Vergnügungsbuch und dessen Einschränkungen 495. f.  
 Supplication einiger gestückten Edelknechte auf dem Speyeri-  
 schen Reichstage 497. f.  
 Womery, der Marggraf kommt 1570 zuerst unter den Sitz und  
 Stimme habenden R. Fürsten vor 181

## Q.

- Qdernheim, Reichsdorf 356  
 Oesterreich, Abscuration der beiden evangelischen Stände im Un-  
 ter : Oesterreich wegen ihrer Religionsfreyheit 526. ff.  
 Oldenburg und Delmenhorst, darauf bekommt Holstein die An-  
 wartschaft 430  
 von Oranien, Prinz Wilhelm 451. 455. ff. 459. ff. (sein Sohn  
 Philipp Wilhelm, Graf von Büren 456. sein Bruder, Graf  
 Johann von Nassau 459. und Ludwig 455.) erste Spur sei-  
 ner Religionsveränderung 462. Urtheil des Blutraths über ihn  
 466. unglückliches Ende seiner ersten Unternehmung 475. Un-  
 ternehmung zur See 489. f. 500. f. Kaiserliche Mandate an  
 ihn 676 : 678

## P.

- von Petigliano, Graf Nicolaus, dessen Klage gegen seinen Bru-  
 der 368  
 Pfalz, Ursprung der Weltheimischen Linie und Stämme 46 : 48.  
 Trennung der Neuburgischen und Zweybrückischen Linie durch  
 Wolfgangs Testament 50. 51. f.  
 Philibert, Marggraf von Baden : Baden, bleibt in der Schlacht  
 bey Montcontour 41. Nachricht von seiner Ehe und Kindern  
 44. f. Fränkischer Kreistagschluß gegen seine Werbung 84  
 Philipp, Marggraf von Baden : Baden tritt die Regierung an  
 45. f. und führt die catholische Religion ein 46. bekommt eine  
 außerordentliche veniam aetatis 548  
 Philipp Ludwig, Pfalzgraf, bekommt Neuburg durch seines  
 Vaters Testament 50. vergleicht sich mit seinem Bruder Jo-  
 hann über die Zweybrückischen Schulden 69 : 71  
 Philipp II. König von Spanien, dessen Vermählung 436. f.  
 496. f. sein Verfahren gegen die Niederländer 442. ff.



|   |           |
|---|-----------|
| Pius V., Papst, stirbt  | 682       |
| von Pleffe, altes Niedersächsisches Geschlecht, dessen Erlöschung<br>673. Hessischer Besitz dieser R. Herrschaft 674. Brauns-<br>schweigischer Antheil daran 674. f. Maynische Lehen darin<br>675. f. | 366       |
| Polwitzer, Paul   | 645. f.   |
| Pommerische Erbverbrüderung mit Brandenburg   | 648. f.   |
| Preussen, wie die Reichsacht gegen den Herzog erloschen   | conf. 376 |
| Privilegia von R. Maximilian 120. 144. f. 430. ff. 544. ff.   | 179       |
| Prüm und Stablo erscheint 1570 zuerst unter den gefürsteten R.<br>Prälaten  | 179       |

## R.

|   |            |
|---|------------|
| Regensburg, bestätigtes Landrecht: 545. bestätigter Vertrag mit<br>dem Bischof und Domkapitel                               | 672. f.    |
| Reichart, Pfalzgraf, erbt Simmern   | 82         |
| Reichshofrath, dessen Anwesenheit und Handlungen beyen Ope-<br>rischen Reichstage   | 354:406    |
| Reichsmatrikel, Oeyerische Handlung desfalls  | 276:283    |
| Reichspfandschaften, sind nur auf gewisse Jahre bestätigt worden  | 356        |
| Reichsritterschaft, Schwäbische, deren Klagen gegen Oester-<br>reich: 2.  | 371        |
| Religionsbeschwerden von 1570.  | S. 339:343 |
| Reuterbestallung und Artikelsbrief des R. A., wird auf dem<br>Oeyerischen Reichstage verbessert 195. f. 310:337. add. S. L. | 374. f.    |
| von Rosenberg, Albrecht   | 383:391    |
| Rostockische Streitigkeit   | 681. f.    |
| Rothweilische Hofgerichtsordnung, erneuerte   | 680        |
| Rudolf, R. Maximilians II. ältester Sohn, wird als König von<br>Ungarn gekrönt  | 680        |

## S.

|   |         |
|---|---------|
| von Sayn, Grafen, bekommen ein Fürstentum   | 432     |
| Schiffahrt auf der Elbe, Streitigkeiten darüber   | 355. f. |
| Schleswig, Streit über die Exemption des Bistums  | 350:353 |
| Schwarzburgische Grafen, ihre Streitigkeiten unter einander<br>391. 397:406. und mit dem Chur- und Fürstlichen Hause<br>Sachsen | Sachs   |



**E.**

- Trier**, Entscheidung des Kammergerichts in der Eremitionsfache des Abts zu S. Maximin 148. f. päpstliche Bulle für den Abt 150  
**Tyrol**, Vertrag mit dem Bischof zu Trient 548. f.

**V.**

- von Vargas, Johann** 452. f. 458  
**Veldenzische Klage gegen den Bischof von Metz** 374. und gegen Churpfalz 376: 383  
**Verdun** wird von den Städtetagen ausgeschlossen 639. conf. 348  
**Viergrafen des Reichs** 395

**W.**

- von Wied, Graf**, in Schuldstrafe verdammt 373  
**Wiedertäufer**, Frankenthalisches Religionsgespräch mit ihnen 649  
**Wilhelm**, Landgraf von Hessen: Cassel, Executor des Pfalzgraf: Wolfgangischen Testaments 68. ff.  
**Wimpfen** 339. f.  
**Wittenbergische Theologen**, Handlung mit ihnen von denen zu Zerbst versammelten Theologen über eine bedenkliche Disputation 161: 167. ihr Cryptocalvinismus 665: 672. Catechismus 665. Grundfeste und Fragstücke 666  
**Wolfgang**, Pfalzgraf zu Zweybrücken, sein Kriegszug in Frankreich zum Dienst des Prinzen Conde' 1: 39. f. seine Erklärungen deshalb an den Kayser 3. f. 6. ff. und an den Herzog von Lothringen 9. seine Vereinigung mit dem Prinzen Wilhelm von Oranien 12. 21. sein wunderbarer Marsch 14. ff. 31. ff. 38. f. Krankheit auf demselben 21. Schreiben an den König von Frankreich 7. 9. 22. 25: 28: 30. (dessen Antwort 31.) Einnahme der Stadt Charite' 34. schädlicher Wassertrunk in Benevent 37. Vereinigung mit dem Admiral Coligny 39. Absterben 39. sein Zug wird für ein Wunder der Kriegsklugheit erkannt 40. seine Länder, und deren Theilung zwischen ihm und dem Pfalzgrafen Georg Johann von Beldenz 46. f. erhaltene Expectanz auf die pfälzische Chur 48. (add. 80.) seine Prinzen 48. f. sein berühmtes Testament 49: 67. ff. (als eine pragmatische Haus: Sanction des Pfälzischen Hauses 49.) Theilung seiner Länder zwischen seinen  
nen

- nen beiden ältern Söhnen 50. 51. f. Versorgung der drei  
 jüngern Söhne 53. ff. Vergleich der beiden ältern Söhne  
 über die Schulden des Fürstenthums Zweybrücken 69: 71. f.  
 Kaiserliche Bestätigung des Testaments 80. Obervormund-  
 schaftlicher Abschied wegen desselben 70: 79  
 Württemberg, Reichsasterbelehmung H. Ludwigs zu Preßburg  
 120. f. und Böhmische Belehnung zu Prag 121. 144

## Z.

- Zerbstischer Synodus und darin errichteter Consens der Theolo-  
 gen A. E. 157: 161. desselben Beschlüßung der Wittenbergi-  
 schen Theologen wegen einer bedenklichen Disputation 161: 167  
 Zenghaus, allgemeines des H. R., wird vom Kaiser vorge-  
 schlagen 196  
 Zille, Beschwerden darüber 347  
 Zweybrückische Linie aus Wolfgangs Testament 51. 144. gräf-  
 liches Geschlecht von Zweybrücken und Birsch stirbt aus 151  
 Zwissalten, Kloster 360







